UNIVERSITY
OF
TORONTO
LIBRARY

Digitized by the Internet Archive
in 2009 with funding from
Ontario Council of University Libraries

http://www.archive.org/details/dergrossekurfr02phil

f8528
Yph

Der

Grofse Kurfürst

Friedrich Wilhelm von Brandenburg.

Von

Martin Philippson.

Zweiter Teil: 1660 bis 1679.

67047
9/11/05.

Berlin.
Verlag Siegfried Cronbach.
1902.

Viertes Buch.

Brandenburg als Verteidiger deutschen Wesens.

Zwanzigstes Kapitel.

Sicherung des Gewonnenen.

Unter dem zersetzenden Einflusse der feudalen Anschauungen und Bestrebungen hatte sich im Verlaufe des Mittelalters die weite norddeutsche Ebene, die nirgends feste, schwer zu überschreitende innere Grenzlinien aufweist, in eine Menge von Fürstentümern geteilt, wie der Zufall der Erbschaften, Heiraten, Kämpfe und Käufe sie hergestellt. Mit eben diesen Mitteln hatte das Haus der Hohenzollern eine bedeutende Anzahl solcher norddeutschen Gebiete unter seine Herrschaft gebracht: sie vermehrt, verstärkt und vor allem zu einem wahren Staate geeint zu haben, ist das Verdienst des Grofsen Kurfürsten. Er hatte sich dann durch Erwerbung der Souveränität in Preufsen eine einzige, unvergleichliche Stellung unter den deutschen Reichsfürsten erworben. Das war bis 1660 vollendet; seitdem ist ihm nach aufsen keine nennenswerte Erwerbung mehr zu teil geworden. Und doch ist die zweite Hälfte seiner Regierung die wichtigere und interessantere: es gelingt ihm, die Macht der junkerlichen Stände unter die landesherrliche Gewalt zu beugen; es gelingt ihm, seinen jungen Staat als einen beachtenswerten und viel umworbenen Teilnehmer in die allgemeine politische Entwicklung Europas einzuführen.

Die beiden grofsen Friedensschlüsse der Pyrenäen und zu Oliva, die den französisch-spanischen sowie den nordischen Krieg beendet, hatten keineswegs eine dauernde Beruhigung in den gespannten Verhältnissen der europäischen Politik herbeigeführt. Die beiden Fragen, die in dem letztverflossenen Jahrzehnt den Erdteil beherrscht und beunruhigt hatten, traten immer wieder

beängstigend in den Vordergrund: die des französisch-habsburgischen Wettstreites im Westen, und die der Zukunft des von Parteien zerrissenen, mit dem Aussterben seines Herrscherhauses bedrohten Polen im Osten. In beiden mufste und wollte Friedrich Wilhelm von Brandenburg Partei nehmen.

Es war der Zeitpunkt, wo der langjährige, so überaus erfolgreiche Lenker des französischen Staates, wo Kardinal Mazarin vom irdischen Schauplatze abtrat und an seiner Stelle, zu allgemeiner Überraschung, der jugendliche König Ludwig XIV. selber mit sicherem Willen und unermüdlicher Thätigkeit die Regierung in eigene Hand nahm. Von Beginn an stand es bei ihm fest, dass er der Herr Europas sein müsse und werde. Zu diesem Behufe sollten die freien Niederlande, Schweden, Dänemark, Polen als Vasallen unverbrüchlich an Frankreich geknüpft, der feile Beherrscher Englands durch Geld gewonnen werden; Spanien war durch unaufhörliche Bekämpfung, auch inmitten formellen Friedens, weiter zu schwächen, bis es nach dem Aussterben seines entarteten habsburgischen Königshauses widerstandslos den Bourbonen anheimfalle. Das Deutsche Reich hoffte Ludwig durch Köderung einer immer gröfseren Schar von Reichsfürsten dem französischen Einflusse zu unterwerfen und damit dem österreichischen Kaisertume zu entziehen, wobei gelegentliche Aneignung weiterer westdeutscher Gebietsteile nicht zu verachten wäre. Dafs der Kurfürst von Brandenburg als der mächtigste Reichsfürst, als Freund oder Feind, besondere Beachtung verdiene, entging dem Allerchristlichsten Könige keineswegs.

Der spanische Staat, der hauptsächlichste Gegenstand von Ludwigs XIV. Begehrlichkeit, befand sich nicht in der Lage, ihm irgend erfolgreichen Widerstand leisten zu können. Die Unfähigkeit seiner Leiter, die Unehrlichkeit seiner Beamten, die Trägheit und Verkommenheit seiner durch einen doppelten, politischen und geistigen, Despotismus niedergehaltenen Bevölkerung, die unaufhörlichen Kriege hatten seine Hilfsmittel unheilbar erschöpft. Das Reich, in dem die Sonne nicht unterging, war schwächer und wehrloser geworden als ein deutscher Mittelstaat. Seine einzige Stütze, sein bisher für unüberwindlich erachtetes Heer, war in den Schlachten bei Rocroy, bei Lens und in den Dünen vernichtet. Wollte man die ungeheure spanische Monarchie vor den Griffen Frankreichs retten und damit

dieses an der Erlangung zweifelloser Oberherrschaft über den ganzen Erdteil verhindern, so konnte man solches Ziel nur durch ein grofses europäisches Bündnis zu erreichen hoffen. Das hat Friedrich Wilhelm von Brandenburg mit dem ihm eigenen politischen Scharfblick schon vor dem Oranier Wilhelm III. erkannt, danach hat er immer wieder gehandelt und gestrebt, soweit es ihm die schwachen Kräfte seines Staates erlaubten.

Am ehesten hätte er hierzu der Unterstützung durch das Haupt des zweiten habsburgischen Herrscherhauses, durch Kaiser Leopold I., vergewissert sein müssen. Allein solche Hoffnung erwies sich bald als trügerisch. Leopold hing vielmehr mit der ganzen Zähigkeit seines beschränkten Geistes an ganz anderen Dingen: der Vernichtung des Ketzertums in seinem ungarischen Gebiete und der Bekämpfung jeder selbständigen Macht im Deutschen Reiche, das Österreich durch die katholischen Reichsfürsten und kleinliche Intriguen möglichst für seine Zwecke auszubeuten suchte. Aus dem letzteren Grunde betrachtete es den Brandenburger mit steter Mifsgunst und geheimer Feindschaft, während die Verfolgung des ersteren Gesichtspunktes es unaufhörlich mit seinen ungarischen Unterthanen und deren eroberungssüchtigen und kriegerischen Helfern, den Osmanen, in lähmende Streitigkeiten verwickelte.

Um so günstiger schien der Boden für Brandenburgs Interessen in England, infolge der gleichzeitig mit dem Abschlusse zu Oliva eingetretenen Rückführung der Stuarts auf den Thron ihrer Väter. Wir erinnern uns, dafs der Grofse Kurfürst einst dem aus der Heimat vertriebenen Karl Stuart ein treuer und thätiger Freund gewesen und von diesem Fürsten als ein solcher anerkannt worden war (Bd. I S. 191). Er durfte also von dem nunmehrigen Könige Karl II. alle Förderung erwarten. Dazu kam ein weiteres Moment. Karl war ebenso wie Friedrich Wilhelm eng mit dem Hause Oranien verwandt. Während deshalb England als Republik stets auf seiten der Widersacher der oranischen Partei und darum auch Brandenburgs zu finden gewesen, war jetzt ein vollständiger Umschwung in seinem Verhalten zu Gunsten Brandenburgs zu erwarten. — Aber auch die auf den englischen König gesetzten Hoffnungen sollten bald genug zu Schanden werden. Karl II., nicht ohne natürlichen Verstand und Witz, war doch selbstsüchtig in kleinlichster Weise, unwahr, ohne Erhebung der Seele, den ärgsten Ausschweifungen ergeben. Zwei Gesichts-

punkte verfolgte er: ungehindert seinen Vergnügungen leben zu können und dann die stets wachsenden parlamentarischen Bestrebungen in England, die schon allzu grofse Macht der Volksvertretung möglichst niederzuhalten. Zu beidem glaubte er Frankreichs zu bedürfen, um von diesem Staate Geld und im Notfalle auch militärische Unterstützung gegen seine eigenen Unterthanen zu erlangen; solchen Wünschen opferte er ohne Bedenken die Ehre und den Vorteil seines Staates. So vermehrte er die Zahl der Trabanten des Allerchristlichsten Königs. Trotz dem Murren seiner Unterthanen heiratete er eine Katholikin, eine Prinzessin von Portugal, lediglich auf den Wunsch der französischen Regierung, die Portugal an England einen Rückhalt sichern wollte. Er trat dann schmählicherweise Dünkirchen, diese kostbarste Eroberung des Protektors, für 5 Millionen Franken an Ludwig XIV. ab. Mit diesem unwürdigen Handel verzichtete England darauf, eine selbständige Politik auf dem Festlande zu verfolgen, gab es den damals besten Hafen der südlichen Niederlande auf, überliefs es letztere völlig der französischen Willkür. Der eigene Verlust schmerzte in England kaum tiefer als der Gewinn Frankreichs.

Nur in einem Punkte, der ihm eine persönliche Herzenssache war, zeigte sich Karl wahrhaft bereit, mit dem Kurfürsten von Brandenburg zusammen zu wirken: in der Verteidigung des oranischen Hauses, dessen Zukunft gerade damals ernstlich bedroht war.

Für des verstorbenen Generalstatthalters Wilhelm II. nunmehr zehnjährigen Sohn, Wilhelm III., bestand infolge der Familieneinigung des Jahres 1651 eine dreifache Vormundschaft: seiner Mutter, der „Princess Royal“ Maria von England, seiner Grofsmutter, der „Douairière“ Amalie von Solms, und seines Oheims, des Kurfürsten von Brandenburg. Leider herrschte zwischen den beiden leidenschaftlichen Frauen steter Krieg. Nach der Thronbesteigung ihres Bruders wünschte die Princess Royal dringend, nach England zurückzukehren, und überliefs deshalb, um den Preis der Aufhebung der „Seklusionsakte“, die die Oranier von den höchsten Ehren der Republik ausgeschlossen hatte, ihren Sohn als „Kind des Staates“ zur Erziehung den Generalstaaten. Diese bildeten den „Edukationsrat“ für Wilhelm III. selbstverständlich aus Mitgliedern der herrschenden, den oranischen Interessen feindlichen Oligarchenpartei; der Pro-

test der Mitvormünder wurde gar nicht angehört. Als bald darauf die Princess Royal plötzlich starb, benutzte der „Edukationsrat" dieses Ereignis, um sich des gesamten oranischen Besitzes zu bemächtigen. Der Neffe des Kurfürsten befand sich also durchaus in der Gewalt seiner Gegner, die zugleich die konsequenten Widersacher Brandenburgs waren.

Die unglücklichen Streitigkeiten zwischen der Princess Royal und ihrer Schwiegermutter hatten noch ein anderes, höchst ungünstiges Ergebnis gezeitigt. Von der ersteren zu Hilfe gerufen gegen den von der Douairière eingesetzten Statthalter des Fürstentums Orange, hatte Ludwig XIV. diese Enclave in seinem Reiche, diese „Perle der oranischen Krone" — wie sich der brandenburgische Diplomat Weimann ausdrückt[1] —, im März 1660 besetzt und in Verwaltung genommen, auch sofort mit Bedrückung der dortigen Reformierten begonnen. Die Generalstaaten fanden kein Wort des Protestes gegen solche Vergewaltigung ihres Mündels und ihrer Glaubensgenossen. Aus Furcht vor dem Wiederaufkommen der Oranier und deren überaus zahlreicher Partei im niederländischen Volke, aus Besorgnis vor der Feindschaft des Königs von England warfen sich die Oligarchen und ihr Führer, der holländische Provinzial-Pensionär de Witt, mit Leidenschaft den Franzosen in die Arme.

So hatte Friedrich Wilhelm von den Westmächten nichts für seine politischen Pläne und für die Interessen Brandenburgs zu erwarten. Nicht viel besser stand es für ihn im Norden und Osten.

Nur Dänemark war ihm aufrichtig dankbar und freundlich gesinnt für die treue Hilfe, die er ihm während des nordischen Krieges geleistet hatte. Und Dänemark war jetzt kein verächtlicher Bundesgenosse. Das Unglück, das die selbstsüchtige und verbrecherische Adelsherrschaft über den Staat verhängt, hatte eine so allgemeine und tiefgehende Erbitterung gegen sie unter dem gesamten Volke hervorgebracht, dafs König Friedrich III. solche Stimmung benutzen konnte, um mit Hilfe der Geistlichkeit und Bürgerschaft auf dem Reichstage des Herbstes 1660 die absolute Herrschergewalt in einem bisher in Dänemark un-

[1] Denkschrift vom 15./25. April 1660; Aitzema, IV, 632. — Die Geschichte dieser Übergabe Oranges wird weitläufig erzählt in seines damaligen Gouverneurs Friedrich v. Dohna „Mémoires" (herausg. von Borkowski, Königsberg, 1898), S. 160 ff.

bekannten Umfange zu begründen. Durch seine Mutter mit den Hohenzollern verwandt, unterhielt König Friedrich III. fürder die Freundschaft mit dem Kurfürsten von Brandenburg. Dieser hat seinerseits 1663 dem Alliierten die verräterischen Pläne des früher allmächtigen dänischen Ministers Corfitz Uhlfeldt mitgeteilt, ihn dadurch unschädlich gemacht und seine Verurteilung zum Tode herbeigeführt[1]. Solche Handlungsweise war bei Friedrich Wilhelm übrigens nicht nur Ausfluſs seiner Bundestreue, sondern auch der von ihm lebhaft empfundenen Gemeinsamkeit fürstlicher Interessen.

Uberdies wünschte er um so dringender, sich der Freundschaft Dänemarks zu versichern, als er sich von dessen Nebenbuhler Schweden keiner Gunst versah. Wirklich waren Regentin und Staatsrat, die für den unmündigen Karl XI. die Herrschaft führten, dem alten Gegner nach dem Olivaer Frieden nicht weniger abgeneigt als vor diesem[2]. So schwach auch Schweden sich nach dem furchtbaren und ungünstig abgeschlossenen Kriege fühlte, oder gerade deshalb: es nahm eine herausfordernde, drohende Haltung an, um dadurch sein Ansehen aufrecht zu erhalten und den finanziell mächtigen Regierungen und besonders Frankreich als ein, fetter Subsidien würdiger Bundesgenosse zu erscheinen. Es fehlte im besonderen nicht an einem akuten Streitpunkte zwischen Brandenburg und Schweden. Friedrich Wilhelm, jederzeit bestrebt, seine Lande von aller Fesselung an fremde Interessen und Berechtigungen zu befreien, sah den lästigen Stettiner Grenzrecefs mit Schweden, vom Mai 1653, als durch den nordischen Krieg beseitigt an. Er verlangte deshalb Verzicht Schwedens auf die Hälfte der hinterpommerschen Seezölle, Rückgabe der jenem am rechten Oderufer abgetretenen pommerschen Orte, Aufhören der schwedischen Mitbelehnung mit der Neumark und einigen benachbarten Kreisen, — Forderungen, die in Stockholm auf das unangenehmste berührten. Eine vom Berliner Hofe ausgehende Flugschrift — Luminarium processus — brachte diesen Streit vor das Forum der Öffentlichkeit.

Vor allem aber beschäftigten den Kurfürsten die polnischen

[1] Neue Einzelheiten, die Uhlfeldts Schuld aufser Frage stellen, Urk. u. Akt., IX, 720 ff.

[2] F. Arnheim, Schwedische Denkschrift vom Jahre 1661; Forsch. z. brandenb. u. preufs. Gesch., VII, 193 f.

Verhältnisse. Galt es doch hier, die letzten Folgerungen aus dem Friedenswerk von Oliva zu ziehen, die thatsächliche Einräumung der ihm dort als Entschädigung der Kriegskosten verheifsenen Stadt Elbing und Starostei Draheim zu erwirken: was um so schwerer fallen mufste, als die Polen, die sich nicht ganz mit Unrecht von Friedrich Wilhelm übervorteilt glaubten, ihm keineswegs freundlich gesinnt waren und sich hinter die preufsischen Stände stecken konnten, um diese von der staatsrechtlich unentbehrlichen Anerkennung der neuen Souveränität ihres Kurfürsten-Herzogs abzuhalten. Die Mifsstimmung des polnischen Königspaares gegen den Brandenburger wurde überdies durch eine Angelegenheit gesteigert von solcher Bedeutung, dafs sie bald ganz Europa beschäftigte.

Es stand längst fest, dafs dem König Johann Kasimir keine Vaterfreuden beschieden seien; seine körperliche und geistige Schwäche legte die Frage der Nachfolge aller Welt nahe. Seine thatkräftige und ehrgeizige Gemahlin Luise Maria wollte die Entscheidung bei Lebzeiten ihres Gatten getroffen sehen, solange sie als regierende Königin noch unmittelbaren und bedeutsamen politischen Einflufs auszuüben vermochte. Am frühesten war hier Österreich auf dem Plane erschienen: schon an der Wende des Jahres 1655 auf 1656, als der König, von den Schweden vertrieben, nach Schlesien geflüchtet war, hatte es als Preis der ihm zu gewährenden Hilfe die Bestimmung der Nachfolge gefordert, auch während des Krieges sich einen Anhang unter den polnischen Grofsen geschaffen[1]. Die Überziehung Polens mit österreichischen Truppen, die gegen den Feind ganz unthätig blieben, ward allgemein als eine zur Durchsetzung von Österreichs Absichten auf die polnische Krone berechnete Mafsregel angesehen.

Der Kaiser fand aber hierbei eine gefährliche Gegnerin in der Königin Luise Maria. Die kluge Frau wufste wohl, dafs sie persönliche Vorteile von den kleinlichen und habgierigen Wiener Staatsmännern nicht zu erwarten habe. Selber Französin von Geburt, voll Vertrauen auf die Freigebigkeit des Pariser Hofes, wünschte sie einen französischen Prinzen zum künftigen König von Polen zu erheben, der überdies ihre Nichte, eine neuburgische Prinzessin, Anna, die Tochter der durch Bossuets Grab-

[1] Eigene Erzählung Joh. Kasimirs; Urk. u. Akt., IX, 355.

rede so berühmten „Pfalzgräfin“, heiraten und ihr selbst weitere Einwirkung auf die Geschicke der Republik einräumen sollte. Vergebens war der Kurfürst bemüht gewesen, den Gegensatz zwischen der Königin und Österreich auszugleichen. Ihrem unbegrenzten Einflusse auf den Gatten gelang es ohne Mühe, Johann Kasimir von seiner anfänglichen Parteinahme für Österreich zu den französischen Plänen herüberzuziehen. Auch unter den politisch einflufsreichen Polen gewann sie bald einen beträchtlichen Anhang. Allerdings erhob sich lebhafter Widerspruch von seiten der Verfechter der Adelsrechte; sie konnten sich dabei auf die früheren Konstitutionen berufen, die jeden Versuch, bei Lebzeiten eines Königs den Nachfolger zu bestimmen, streng untersagten. An der Spitze der Gegner stand der thatkräftige, intrigante, moralisch ganz unbedenkliche Grofsmarschall Lubomirski[1].

So war nicht nur Polen, sondern Europa über eine Successionsfrage gespalten, die kaum minder wichtig erschien als die spanische. Den Kurfürsten von Brandenburg berührte sie viel näher, als diese.

Kardinal Mazarin war mit Eifer auf die Pläne Luise Marias eingegangen. Er sah darin die Verwirklichung seines stets gehegten Wunsches, wie Schweden im Norden so Polen im Osten dauernd der französischen Klientel einzureihen und hiermit Österreich und dessen deutsche Anhänger mattzulegen. In erster Linie bestimmte er für den polnischen Thron den „grofsen Condé“ oder dessen Sohn, den Herzog von Enghien, in zweiter den gleichfalls dem französischen Königshause angehörigen Herzog von Longueville. Er beauftragte den französischen Gesandten in Warschau, de Lumbres, Enghien als offiziellen Kandidaten Frankreichs vorzuschlagen und für den Fall seiner Wahl der Republik Unterstützung durch Frankreichs gesamte Macht zu verheifsen. Französisches Gold und Versprechungen gewannen eine Reihe polnischer Senatoren[2], unter denen die beiden Grofskanzler von Polen und Litauen, der berühmte General Czarnecki und der bald noch berühmtere Kronfähnrich Sobieski die

[1] C. u. A., VIII, 706. 711. — Recueil des instructions, IV, 1, 64. — Pribram, Lisola, 226.

[2] L. Farges, Pologne (Recueil des instructions données aux ambassadeurs de France, Serie IV), Bd. I S. 23 ff. 27 ff. 65 f.: Instruktionen an de Lumbres.

hervorragendsten waren. Auch bemühte sich Frankreich ernstlich darum, ein Bündnis zwischen seinem Alliierten Schweden und den Polen zu stande zu bringen, um letztere dadurch um so enger an das französische Interesse zu knüpfen. Sein Einfluſs war damals am Warschauer Hofe der unbedingt herrschende[1].

Österreich sah hierin mit Recht die schwerste Bedrohung, ja eine Lebensfrage. Im Westen von Frankreich, im Südosten von den Türken bedroht, konnte es einen neuen Gegner im Nordosten nicht ertragen. Am liebsten hätte es nunmehr die ganze Wahl bis nach dem Tode Johann Kasimirs verschoben, also auf einen Zeitpunkt, wo Luise Maria ihres Einflusses zum gröfsten Teile verlustig gegangen wäre. Allein da Frankreich so unmittelbar auf sein Ziel losging, stellte es dessen Kandidaten sofort einen anderen Bewerber gegenüber, den Neuburger Pfalzgrafen Philipp Wilhelm, den Schwager der letzten beiden polnischen Herrscher, mit diesen und dem polnischen Adel längst in regem Verkehr. Auch Neuburg lieſs es an Geld und Versprechungen nicht mangeln. Der geistvolle und kühne Gesandte Österreichs in Warschau, Lisola, gewann dort die Vertreter der klerikalen Richtung und erregte die Gemüter durch Flugschriften, in denen er die ehrgeizigen und selbstsüchtigen Pläne der Königin denunzierte[2].

Diese Lage der polnischen Verhältnisse, mit denen die Interessen Brandenburg-Preuſsens so mannigfach verknüpft waren, erschien dessen Beherrscher als eine geradezu bedrohliche. Er wünschte weder einen Schützling Österreichs noch einen Agenten Frankreichs auf dem polnischen Throne zu sehen, von dem aus die eine oder die andere der beiden Gröſsmächte einen unerträglichen Druck auf sein Herzogtum Preuſsen und damit auf seine Gesamtpolitik auszuüben vermocht hätte. Freilich war Österreich für den Augenblick sein Verbündeter. Um so weniger wünschte er, daſs es im Osten allzu mächtig werde. Des Kaisers Kandidat, der Neuburger, war ihm überdies als erblicher und persönlicher Gegner verhaſst, dessen Wahl er schon 1659 durch seinen trefflichen Gesandten Hoverbeck bekämpft hatte. Aber noch gefährlicher schienen ihm die Bestrebungen Frankreichs und Schwedens, seiner beständigen Widersacher, die ihn allerorten

[1] Pribram, Lisola, 222.

[2] Ebendas., 231. — U. u. A., IX, 204. 214. 223. 249. 253. — Rec. des instr., IV, I. 69.

geschädigt hatten. So trug er dem Wunsche Österreichs Rechnung, indem er den in Polen schon durch frühere Sendungen bekannten Generalmajor Joachim Rüdiger von der Goltz an einige gut brandenburgisch gesinnte Magnaten Polens abschickte, sie vor den Plänen Frankreichs und der Königin zu warnen und im Sinne altpolnischer Freiheit zur Wahl eines minder mächtigen und dafür persönlich unabhängigen Fürsten zu ermahnen. Kein Wunder, dafs Königin Luise Maria und deren ganzer Anhang den Brandenburger als einen ihrer gefährlichsten und schlimmsten Gegner betrachteten.

Um so mehr, als damals eigentümlicherweise seine eigene Kandidatur zur Sprache kam.

Es war das freilich nichts durchaus Neues. Zur Zeit der Freundschaft zwischen der Königin und dem Kurfürsten hatte jene selber Friedrich Wilhelm oder dessen zweitem Sohne die Nachfolge in Polen zuwenden wollen. Fürst Lubomirski und die grofspolnische Familie Leszczynski, die damals den gröfsten Einflufs in der Republik besafsen, hatten dem Plane zugestimmt, den der Kurfürst keineswegs verworfen, sondern zur Berücksichtigung lediglich auf die Zeit nach dem Friedensschlusse vertagt hatte[1]. Zum Gegner der Königin geworden, nahm jetzt Lubomirski diese Entwürfe wieder auf. Allerdings, liefs er dem Kurfürsten sagen, müsse dieser sich entschliefsen, einigemal die Messe zu hören, weil sonst die Sache bei der Geistlichkeit und gemeinem Adel nicht durchzusetzen sei; im übrigen möge er glauben, was er wolle. Was König Henricus IV. von der Krone Frankreich gesagt, könne man auch von der polnischen meinen, dafs solche eine Messe wert sei. Alle Evangelischen glaubten ja, die Katholiken könnten in ihrer Religion auch selig werden; „warum wollte daher der Kurfürst durch Entziehung eines unverdammlichen Actus sich selbst einer Krone und sein ganzes Haus eines hohen Aufnehmens berauben[2]?“

In der That, für den Ehrgeiz und die Herrschbegier Friedrich Wilhelms eine verführerische Aussicht! Nicht einen Augenblick lang hat er daran gedacht, dafs die Annahme der polnischen Krone eine ernste Gefahr für den unter seiner Leitung sich kaum erst bildenden brandenburgisch-preufsischen Staat in sich schliefse. Ebensowenig wie vor zwanzig Jahren dem Jünglinge,

[1] Pufendorf, Frid. Wilh., VII, 5.

[2] Hoverbeck an d. Kurf., Warschau, 15. März 1661; U. u. A., IX, 221.

als es sich um Schwedens Krone handelte, kam ihm jetzt als reifem Manne solche Erwägung. Die aus dem Mittelalter überlieferte privatrechtliche Auffassung des Fürstentums gelangte selbst bei einem so gewissenhaften Herrscher wie Friedrich Wilhelm immer wieder zum Durchbruche. Er war geneigt, Polens Thron zu besteigen. Darüber trat er von Kleve aus, wo er damals weilte, mit Schwerin, Anhalt, Radziwill und Hoverbeck in Verhandlung. Jedoch nur unter der Bedingung ging er auf die Angelegenheit ein, „dafs ich die Religion, gleich wie ich selbe itzo habe, vollkommentlich behalte, denn ich das Zeitlich nimmer für das Ewige begehre“ [1]. Anderes war von der aufrichtigen und ehrlichen Frömmigkeit dieses Fürsten nicht zu erwarten; nicht die Weltherrschaft hätte er mit einer Messe erkauft.

Allein sonst wäre ihm mit der polnischen Krone wohl gedient gewesen. Er sah sich bereits an der Spitze eines sehr mächtigen Staatswesens. „Wo würde eine Macht gegen diese sein?“ schrieb er an Hoverbeck, dem allein „ich alle meine innersten Gedanken eröffne“, die keinem anderen seiner Räte mitgeteilt werden sollen. Eifrig führt er in diesem Briefe vom 16./26. April 1661 [2] alle Gründe an, die den Polen seine Wahl empfehlen können. Er will gern einen seiner Söhne mit der Nichte der Königin vermählen — „dadurch erhielte sie dasjenige, was sie suchte“ — auf die offenbare Gefahr hin, dafs dieser Sohn und dessen Nachkommen katholisch werden müfsten. Auf Elbing und Draheim samt den dafür verpfändeten Summen will er verzichten, der Republik aus Preufsen allein mit 10 000 Mann zu Hilfe kommen, ja die soeben erst mit Mühe und Opfern erworbene Souveränität dieses Herzogtums wieder aufgeben, es von neuem der polnischen Lehnsherrschaft unterwerfen.

Man erstaunt, wie sehr die allgemeinen Gesichtspunkte und Ziele seiner ganzen Regierung für den Augenblick durch die Wallungen seines erregten Ehrgeizes verdunkelt werden. Es fragt sich indes, ob nicht, wie sonst so häufig, ruhige Überlegung ihn wieder zu einer besonneneren und angemesseneren Betrachtung der Sachlage veranlafst hätte. Es ist das um so wahrscheinlicher, als er selbst damals Überlegung genug behielt, um trotz

[1] Schreiben an Schwerin vom 4. und 17. Mai 1661; das. 824 f.
[2] Hist. Zeitschr., N. F. Bd. 72 (1894), S. 62 ff.

der Aufgabe der Souveränität wenigstens das Recht der obersten Gerichtsbarkeit und der alleinigen inneren Verwaltung in Preufsen für dessen Landesherrn vorzubehalten.

Jedenfalls, und zwar mit gutem Fuge, erhob seine ganze Umgebung gegen den Plan heftigen Widerspruch. Die fromme Kurfürstin Luise Henriette sah ihren Gemahl schon in den Schlingen der Gottlosen, die ihn doch über kurz oder lang zur Abschwörung seines Glaubens verleiten würden. „Tag und Nacht" plagte sie diese Furcht. Sie wagte nicht, offen gegen jene Entwürfe aufzutreten, und zog es vor, im geheimen Schwerin zu deren Bekämpfung aufzufordern[1]. Der Oberpräsident war, wie gegen jedes kühnere Projekt, so vollends gegen dieses. Er konnte sich und die Kurfürstin bald beruhigen, denn er und Radziwill gewannen die Überzeugung, dafs ohne den von Friedrich Wilhelm verworfenen Religionswechsel an das Gelingen des Lubomirskischen Planes schlechterdings nicht zu denken war[2]. Der Kurfürst sah das auch ein und gab das Projekt völlig auf. Dafs er daran doch monatelang gedacht hat, ist immerhin charakteristisch für seine und seiner Zeitgenossen staatsrechtliche Anschauungen.

Der Gegensatz zwischen Friedrich Wilhelm und dem Warschauer Hofe in der Frage der Thronfolge flöfste inzwischen diesem den Entschlufs ein, dem Brandenburger allerorten möglichsten Abbruch zu thun. Unter allerlei Vorwänden verzögerte die Königin, die ihren schwachen Gemahl gänzlich beherrschte, die vertragsmäfsige Einräumung von Elbing, dessen Bürger durch ihre Agenten gegen das brandenburgische „Sklavenjoch" aufgereizt wurden, das sie selber zu ihrem Waffenplatze zu machen wünschte und deshalb mit dem Regiment des ihr ganz ergebenen Obersten Koricki besetzte. Die Stadt Danzig, die lebhaft fürchtete, in brandenburgischem Besitze, unter der Herrschaft des wirtschaftlich so rührigen Kurfürsten, werde Elbing zur überlegenen Nebenbuhlerin ihres eigenen Handels werden, bot alles auf, um das Königspaar und den Senat gegen die Abtretung jenes Platzes einzunehmen[3]. Vom Hofe angestachelt, nahm der

[1] Ihre Briefe an Schwerin bei Orlich, IV, 435. 438. — Vgl. Ferd. Hirsch in den Forsch. z. brandenb.-preufs. Gesch., VIII (1895), S. 191.

[2] Schwerin an die Kurfürstin, 3. Juni 1661; U. u. A., IX, 826.

[3] Lengnich, Gesch. Preufsens, VII, 185, VIII, 186. — Goldmann, Danziger Verfassungskämpfe (Leipzig 1901), S. 50.

Adel der an Preufsen grenzenden polnischen Provinzen immer lebhafter für die Festhaltung Elbings Partei. Im Herzogtume selbst wuchs die Unzufriedenheit mit des Kurfürsten Regierung in bedenklichem Mafse und drohte, wenn nur die Polen dazu Beistand leisteten, in gefährlichen Aufruhr überzugehen.

Friedrich Wilhelm hatte zuerst fest auf Überlieferung der Stadt bestanden. Er trug dem Herrn von Schwerin bei dessen Abreise nach Preufsen auf, Elbing, wenn es nicht mit Gutem herausgegeben würde, mit Gewalt zu überfallen und in Besitz zu nehmen. Kein Zweifel, dafs Polen, mit Rufsland noch immer in verlustvollem Kampfe, darüber mit Brandenburg keinen Krieg begonnen hätte. Allein des Kurfürsten Räte waren wieder einmal zu kleinmütig. Schwerin wagte den Überfall nicht, und Hoverbeck liefs sich mit den Elbingern wie mit Gleichberechtigten in langwierige Unterhandlungen ein, zu Friedrich Wilhelms gerechter Entrüstung. Ermutigt durch solche Nachgiebigkeit, gingen die Polen immer weiter in ihrer vertragswidrigen Anmafsung. Nicht nur verwarf der Reichstag die Abtretung Elbings sowie die Gewährung irgend eines Äquivalentes und wollte den Brandenburger wegen seiner Geldforderung auf höchst zweifelhafte Steuern in Polen verweisen, sondern auch die Auslieferung der Starostei Draheim ward von deren bisherigem Inhaber Potocki verweigert (Juli 1661).

Die Feindschaft und drohende Empörung der preufsischen Stände erweckte anderseits bei dem Kurfürsten den Glauben, dafs die Versöhnung mit den Polen und damit die Abschneidung der Preufsen von deren Hilfe ihm wichtiger sei als der Besitz Elbings. Dafs dieses erst ein Jahrhundert später nach unsäglichen Leiden den Hohenzollern und damit einem deutschen Staatswesen zufiel, ist lediglich der Gegnerschaft der preufsischen Stände wider den Grofsen Kurfürsten zuzuschreiben.

Er erklärte sich bereit, auf Elbing zu verzichten, wenn man ihm dafür Braunsberg nebst einigen Starosteien einräume. Zu solchem Vorschlage hatte man ihn aber übel beraten, denn Braunsberg gehörte dem Bischof von Ermland, und so konnten die Polen Gewissensbedenken vorschützen, als ob sie Kirchengut nicht fortgeben könnten. In dieser Sache hatte die Königin das ganze Volk auf ihrer Seite. Die Polen forderten: Friedrich Wilhelm müsse das von ihm schon besetzte Braunsberg wieder räumen und wegen der Zahlung der für Elbing festgesetzten

400 000 Thaler Entschädigungsgelder sich auf unbestimmte Zukunft vertrösten lassen. Als einziger Preis für so viel Entsagung wurde die sofortige Ernennung der Kommissare geboten, die die preufsischen Stände von dem früher der Krone Polen geleisteten Treueide entbinden sollten. Und so wichtig erschien dem Kurfürsten die endgültige und vollständige Durchsetzung der ostpreufsischen Souveränität, dafs er in allem nachgab. Im Oktober 1663 hat er auch Braunsberg dem Bischof von Ermland wieder eingeräumt. Freilich, die Souveränität in Preufsen hat er nun von allen Seiten beschworen erhalten, aber der territoriale Hauptgewinn des jüngsten schweren Krieges, Elbing, war verloren und von der Bezahlung des Geldäquivalents keine Rede. Wenigstens die Herrschaften Lauenburg und Bütow, einst als polnische Lehen Besitzungen der Herzöge von Pommern, waren nun deren echten Erben, den Kurfürsten von Brandenburg, wieder zugefallen. Draheim hat Friedrich Wilhelm nach dem Tode Potockis im Jahre 1668 in Besitz genommen, aber nicht ohne dem vom polnischen Hofe vertragswidrig ernannten neuen Besitzer Demeter Wisnowiecki 15 000 Thaler als Entschädigung ausgezahlt zu haben. Es machten doch diese Vorgänge eine für Brandenburg wenig rühmliche Erledigung des Streites mit Polen aus[1].

Friedrich Wilhelm hätte hier mit um so gröfserem Nachdrucke auftreten können, als die Verwirrung in Polen immer mehr anwuchs. Neue Thronkandidaten traten auf: der junge Prinz Rakoczy von Siebenbürgen, sowie des Kurfürsten von Bayern Bruder, Landgraf Maximilian Philipp von Leuchtenberg, der als neutraler Bewerber dem Brandenburger sehr lieb war. Ein grofser Teil des Adels aber wollte von einer Neuwahl bei Lebzeiten des Königs überhaupt nichts hören und bildete hierfür eine „Konföderation“ — der Aufruhr in gesetzlicher Form. Das Heer erklärte sich zu Gunsten der Konföderierten und blockierte sogar die Hauptstadt, während die kriegerischen Kosaken ganz von der Republik abfielen und teils zu den Russen, teils zu den Türken übergingen.

In ihrer bedrängten Lage glaubte Luise Maria gerade in dem Kurfürsten von Brandenburg einen ihrer gefährlichsten Widersacher zu erblicken. Sie veranlafste deshalb die Pariser

[1] Alles dies nach U. u. A., Bd. IX, sowie Orlich, Bd. II, S. 3 ff.

Regierung, durch ihren aufserordentlichen Gesandten, Herrn de Lesseins, einen Versuch zu dessen Gewinnung für die französische Kandidatur in Polen zu machen, indem man zum Entgelt reiche Hilfsgelder und Unterstützung der brandenburgischen Politik durch Frankreich und Schweden versprach (Januar 1662). Allein solche Bemühungen scheiterten an dem wohlerwogenen Interesse Brandenburgs. Es hatte im Olivaer Frieden allzu schmerzlich die Wucht des französisch-schwedischen Einvernehmens empfunden, als dafs es gewünscht hätte, diesem auch den grofsen Sarmatenstaat angegliedert zu sehen. Besonders war zu fürchten, dafs, wenn Enghien den Thron erhielt, er die Schweden mit dem Besitze nicht allein des königlichen, sondern auch des herzoglichen Preufsen belohnen werde. Und sollte man die Gunst des momentan einzigen Bundesgenossen, Österreichs, wegen jener luftigen polnischen Projekte verscherzen? Der Kurfürst wies Lesseins' Werbungen mit Klagen über die ihm vom Hofe und von der Königin Polens bewiesene Feindschaft ab[1]. Seine Gegnerschaft war der französischen Partei um so schmerzlicher, als sie den Plan, französische Truppen nach Polen zu führen, gänzlich vereitelte. Darauf fafste der Warschauer Reichstag neue Beschlüsse gegen die Wahl eines Thronfolgers bei Lebzeiten eines Königs, und Johann Kasimir sowie seine Gattin mufsten ihnen beistimmen. Die Kandidatur Enghiens schien gescheitert.

Allein im geheimen setzten die Königin sowie die französische Regierung ihre Umtriebe planmäfsig fort. Luise Maria gab die Einwilligung zur Vermählung ihrer Nichte mit Enghien; sie fand im Dezember 1663 statt. Damit war die Fortdauer der Bewerbung des Hauses Condé um den polnischen Thron ausgesprochen.

Friedrich Wilhelm mufste mit dieser Thatsache rechnen. Deshalb bemühte er sich, seine östlichen Provinzen, die er schon durch seine Freundschaft mit Dänemark und durch das Opfer Elbings zu befestigen gesucht hatte, durch Einvernehmen mit Schweden endgültig zu sichern.

Lange Zeit erschien das aussichtslos. Zwar hatte die Stockholmer Regentschaft selber die diplomatischen Beziehungen

[1] Über Lesseins' Gesandtschaft U. u. A., II, 243 ff. 254, IX, 358; ferner Pufendorf, IX, 35. 36, nebst den kritischen Bemerkungen J. G. Droysens, Abhandl. z. neueren Gesch., 360 ff. 383 ff.

zu Brandenburg wieder angeknüpft; dann aber schwamm sie ganz im französischen Fahrwasser, und ihr Gesandter in Warschau, der kecke Graf Schlippenbach, hetzte gegen Brandenburg, bis er auf einer Seereise ertrank. Die Schweden rüsteten mit Macht. Der Kurfürst wurde von den verschiedensten Seiten her gewarnt, sich wohl in acht zu nehmen, und in Preufsen ward wirklich das dortige Armeekorps an der Küste aufgestellt, um der erwarteten Landung schwedischer Truppen unter Königsmark entgegenzutreten[1].

Indes die vormundschaftliche Regierung in Stockholm war viel zu schwach, um derartige Pläne durchzuführen. Ludwig XIV. erkannte ihre prekäre Lage wohl, gab ihr offen seine Mifsachtung zu verstehen und ging, ohne sie zu fragen, mit ihren Gegnern Holland und Dänemark Bündnisse ein[2]. Nun schien dem Kurfürsten der Weg zu dem schon vor Jahren oft begehrten Verständnis mit dem grofsen protestantischen Staate des Nordens geöffnet. Er sandte deshalb im Herbst 1662 einen erst vierundzwanzigjährigen, aber vielversprechenden und gründlich gebildeten pommerschen Edelmann, Lorenz Georg von Krockow, nach Stockholm, um dort über ein Verteidigungsbündnis zu unterhandeln. Er unterstützte seinen Gesandten, indem er bei dem Kaiser die Belehnung des jungen Schwedenkönigs mit Vorpommern durchsetzte; dabei hat dieser auf die Mitbelehnung mit der Neumark und den angrenzenden Gebieten thatsächlich verzichtet und so auch die Ungültigkeit des Stettiner Grenzrezesses anerkannt. Endlich, am 27. März/6. April 1666, ist das brandenburgisch-schwedische Verteidigungsbündnis auf zehn Jahre zu stande gekommen, mit dem üblichen Versprechen gegenseitiger Truppenhilfe. Brandenburg spielte hierbei eine durchaus ehrenvolle Rolle, die nichts mehr von der früheren Demut der schwedischen Grofsmacht gegenüber zeigte, sondern es als ganz gleichberechtigt hinstellte. Als die schwedischen Unterhändler den Anspruch erhoben, es müsse das Dominium maris Baltici den Schweden und Dänen überlassen, für immer auf Haltung einer Kriegsflotte in der Ostsee verzichten, drohte Krockow so entschieden mit sofortigem Abbruche der Verhandlungen, dafs die Schweden nachgaben und nur inständigst baten,

[1] U. u. A., IX, 720. 731. 735. 825, XI, 95 ff. (Einleitung, von Ferd. Hirsch). — Orlich, II, 5 f.

[2] Recueil des Instructions, II, 22 ff. 43 ff.

die ganze Angelegenheit als nicht besprochen zu betrachten[1]. Endlich war wieder ein deutsches Staatswesen vorhanden, das kräftig und selbstbewufst der Vergewaltigung Deutschlands und seiner Interessen durch die Fremden entgegentrat.

Mit Dänemark und Schweden in freundschaftlichen Beziehungen, mit Polen nach schmerzlichen Opfern wenigstens in erträglichem Verhältnisse, konnte der Kurfürst für seine ostelbischen Gebiete das bisher so mühsam Gewonnene für endgültig gesichert erachten. Aber sein Staat mufste schon damals nach zwei Seiten Front machen und hatte den Rhein ebensogut zu verteidigen wie den Niemen. Vor allem lag es ihm hier wie sonst am Herzen, wirklich und allein Herr in seinen Landen zu sein, diesen einen sicheren und geschlossenen staatlichen Charakter zu verleihen. Deshalb betrieb er eifrig die Wiedererlangung seiner von den Niederländern noch besetzten klevischen Festungen. Er hoffte sie auf indirektem Wege, durch den im Haag sehr gefürchteten Druck seitens Englands zu erhalten. „Wer England hat, hat auch die Niederlande," hatte ihm sein einsichtiger Diplomat Weimann wiederholt geschrieben. Daneben sollte ein Bündnis mit König Karl II. hergestellt und dessen Einflufs zum Besten des Hauses Oranien benutzt werden, behufs anderweiter Regelung der Vormundschaft über den jungen Wilhelm III. und Wiedererwerbung seines Fürstentums Orange. Die Aussichten waren günstig: „Es ist durch das ganze Reich (Grofsbritannien) erschollen alles was Ew. Kurfürst. Durchl. dem König in seiner Verfolgung Gutes gethan haben," vermochte der brandenburgische Gesandte zu melden.

Es war dies kein Geringerer als Fürst Johann Moritz von Nassau-Siegen, Statthalter von Kleve, dem zur Unterstützung der hervorragendste unter den brandenburgischen Diplomaten, Daniel Weimann, beigegeben worden: ein Beweis, wie wichtig der Kurfürst diese Mission nahm. Die Herren sollten dem König, der Witwer war, eine Vermählung mit der Kurfürstin Schwester, Prinzessin Maria von Oranien, vorschlagen, auch seine Dazwischenkunft zu Gunsten der verfolgten Evangelischen in Jülich-Berg erbitten.

Im Haag fanden die Gesandten bei ihrer Durchreise, im

[1] U. u. A., IX, 795. — Pufendorf, IX, 70. — v. Mörner, Kurbrandenb. Staatsvertr., 277 ff.

Februar 1661. eine sehr kühle Aufnahme: eine um so freundlichere in London. Freilich mit dem Heiratsantrage wagten sie nicht hervorzutreten, da Karl II. sich schon für die portugiesische Prinzessin entschieden hatte. Aber sonst erreichten sie im ganzen und grofsen ihren Zweck, wenn sie auch, entgegen ihrer Instruktion, auf Wunsch des Königs diesem einen Anteil an der Vormundschaft über Wilhelm III. zugestehen mufsten. So kam der „Tutelvertrag“ vom 17. Mai 1661 zu stande[1]. Die Vormundschaft sollte der Douairière, dem Kurfürsten und dem König anvertraut sein, jedoch so, dafs die erstere alle wesentliche Gewalt inne habe und nur bei den wichtigsten Entschlüssen die beiden Nebenvormünder befragen müsse. Um nun den Niederländern eine goldene Brücke zu bauen, wurden die Stände aller Provinzen — also nicht nur der oligarchisch regierten Provinz Holland — eingeladen, eine Kommission zu ernennen, die der Douairière auf deren Wunsch mit Rat beizustehen habe. Im Grunde war damit die Grofsmutter des jungen Oraniers dessen einzige Vormünderin geworden. Die holländischen Oligarchen, die noch zwei Monate vorher dem brandenburgischen Gesandten Isingh erklärt hatten, rücksichtslos alles daran zu setzen, „nergens voor staen te blyven“, um die Vormundschaft über ihren oranischen „Lehnsmann“ zu behalten, hegten eine solche Scheu vor der drohenden Macht Englands, dafs sie die Provinzialstände der Republik erklären liefsen: sie wollten sich der Tutel einstweilen gänzlich enthalten[2].

An den Tutelvertrag schlofs sich ein weiteres Abkommen über die Verwaltung des Fürstentums Orange, dessen Räumung durch die französischen Truppen König Karl II. und der Kurfürst durch gemeinschaftliche Bemühungen bei dem Pariser Hofe bewirken würden[3].

Diese Förderung des oranischen Interesses war schon ein bedeutsamer Erfolg der brandenburgischen Politik; wichtiger noch der Abschlufs eines Verteidigungsbündnisses mit England

[1] U. u. A., IX, 491—549. — v. Mörner, 252 f.

[2] Aitzema, IV, 759 f. — Brieven van Joh. de Witt, I, 440. — Wicquefort in seiner überaus parteiischen Hist. des Provinces Unies (III, 113) stellt diese Thatsache als eine dem jungen Prinzen sehr schädliche hin!

[3] Der Inhalt dieses bisher unbekannten Vertrages ist zum erstenmal U. u. A., IX, 560, Anm., veröffentlicht worden.

am 20./30. Juli 1661[1]. Es stellte den Kurfürsten gegen einen Angriff von seiten Schwedens sicher, wie man solchen damals ernstlich befürchtete. Weiter aber schützte der Vertrag Brandenburg gegen jede weitere Annexionsgelüste der Generalstaaten am Niederrhein und versprach Schutz und Verteidigung der Protestanten in Jülich-Berg gegen die ungerechten Bedrückungen der neuburgischen Regierung.

Freilich knüpfte sich an diese günstige Abkunft für Friedrich Wilhelm sofort die Versuchung, sich auf das ungewisse Meer der hohen Politik einzuschiffen. Karl II. hatte sich mit ihm verbündet, um ihn für gemeinsame Bekämpfung der beiden mit England rivalisierenden Seemächte zu gewinnen: nämlich Schwedens und ganz besonders der Niederlande, deren Marine und Handel immer mehr zu Gunsten der englischen zurückzudrängen überhaupt seine wesentlichste Absicht war. Deshalb stellte er dem Kurfürsten anheim, andere Stände des Deutschen Reiches — er dachte wohl hauptsächlich an die Küstengebiete — in den Vertrag aufzunehmen. Deshalb richteten die englischen Unterhändler an die brandenburgischen die verfängliche Frage: ob sie nicht endlich ihre klevischen Festungen wiedergewinnen wollten. Der Kurfürst dachte gar nicht daran, sich in neue kriegerische Abenteuer zu stürzen, am wenigsten gegen die Niederlande, mit denen ihn Glaube, Sympathie und die oranischen Familienbeziehungen verknüpften. Er liefs solche Anträge durch Stillschweigen beseitigen[2].

Damit hat er aber die Gunst Karls II. verscherzt, der sich ihm fortan recht kühl gegenüberstellte. Es war solche Haltung um so schwerer zu ändern, als der Mann, dessen klarem Verstande, sicherem und weitem Urteile und entschlossener Thätigkeit er die Verträge mit England vor allem dankte, Daniel Weimann, deren Abschlufs nicht lange überlebte. Er ist wenige Monate nach seiner Rückkehr nach dem Haag gestorben, am 29. Oktober 1661, von seinem Herrn und allen Dienern und Freunden Brandenburgs tief beklagt.

Friedrich Wilhelm hätte leicht auf des Stuart Wohlwollen verzichten dürfen, wenn er den Anerbietungen gefolgt wäre, die

---

[1] v. Mörner, 254 f.

[2] Pufendorf, IX, 26 f. — Aitzema, IV, 754 f.

ihm damals die erste aller europäischen Mächte, die ihm Frankreich machte.

„Einen Fürsten von so grofser Bedeutung“ in den Rheinischen Bund zu ziehen und damit von Österreich zu trennen, hatte die französische Regierung schon im März 1661 als höchst wünschenswert bezeichnet. Nur fürchtete sie den Einflufs Schwerins und der Douairière von Oranien, die sie beide für ihre erklärten Gegner und durchaus österreichischer Gesinnung hielt[1]. Kardinal Mazarin hatte dem Kurfürsten in einem Schreiben, dessen süfslich-liebenswürdiger Ton merkwürdig gegen die Schroffheit seiner früheren Briefe abstach, geradezu ersucht, nunmehr, nachdem der Tod Karls X. Gustav und der Friedensschlufs die früheren Störungen beseitigt, die alten Beziehungen des Hauses Brandenburg zu Frankreich wieder aufzunehmen und die frommen und versöhnlichen Absichten des Allerchristlichsten Königs zu unterstützen[2]. Allerdings sollte der Kurfürst zunächst keinen Gegendienst erwarten, sondern sich gehorsam in die Reihe der deutschen Klienten Frankreichs stellen; erst wenn er so Zeichen unterwürfiger Demut gegeben, durfte er auf Gunstbeweise von Paris her rechnen. Eine Forderung, die bei dem Charakter und den Anschauungen Friedrich Wilhelms wenig Aussicht auf Verwirklichung hatte!

Immerhin ist es für das Ansehen, das dieser Fürst sich in Europa erworben hatte, höchst bezeichnend, dafs, wie Schweden, so auch Ludwig XIV. den ersten Schritt zur Herstellung eines freundlichen Verhältnisses zu Brandenburg that. Im Dezember 1661 ward dann, wie erwähnt, ein leiblicher Vetter Lionnes, des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Herr von Lesseins, zur Herstellung eines französisch-brandenburgischen Bündnisses nach Berlin gesandt[3], übrigens ein kurzsichtiger und leichtgläubiger Beobachter und sehr mittelmäfsiger Diplomat. Die Verhandlungen scheiterten an der Forderung Frankreichs: der Kurfürst müsse das Bündnis mit dem Kaiser aufgeben. Das wies Fried-

[1] Instr. an den franz. Residenten in Regensburg, Gravel, vom 28. März 1661; G. J. Guhrauer, Kurmainz in der Epoche von 1672 (Hamburg 1839), II, 308.

[2] Schreiben vom 23. Mai 1660; U. u. A., IX, 573, Anm.

[3] Über diese Gesandtschaft sehe man ferner U. u. A., II, 243—280, IX, 345. 594. 599—614. 835. — Über Pufendorfs Behandlung der Angelegenheit (IX, 34—36) J. G. Droysen, Abhandl. z. neueren Gesch., S. 358 ff.

rich Wilhelm durchaus zurück, denn er werde nicht einen langjährigen Alliierten, der ihm in den Zeiten der Not geholfen, zu Gunsten einer Macht verlassen, die stets seine Gegner unterstützt habe; doch wolle er, unbeschadet des Verteidigungsbündnisses mit Österreich, die nunmehr ablaufende Defensivallianz mit Frankreich vom Jahre 1656 erneuern. Ebenso lehnte er die Unterstützung der französischen Zettelungen in Polen ab. Diese Haltung Friedrich Wilhelms rechtfertigte sehr wenig die stolzen Worte Ludwigs XIV. an einen seiner Gesandten in Deutschland: „Es hängt nur von mir ab, den Kurfürsten von Brandenburg zu gewinnen und ihn in den Rheinischen Bund eintreten zu lassen[1]."

Voll Grimm über „den grundlosen Hochmut dieser Leute" reiste der französische Unterhändler Ende April 1662 unverrichteter Sache von Berlin ab. In Paris war man um so mehr verstimmt, als Feldmarschall Sparr, den der Kurfürst unmittelbar darauf absandte, um dort zur Geburt des Dauphins Glück zu wünschen, nicht die erhofften Gegenvorschläge intimerer politischer Beziehungen mitbrachte. Man klagte, Friedrich Wilhelm habe sich durch die Ankunft eines österreichischen Gesandten verleiten lassen, durch „lächerliche Schwierigkeiten und Chikanen" in „leichtfertiger Weise" die Verhandlungen zu beenden[2].

Solche Verstimmung in Paris war aber dem Kurfürsten keineswegs genehm. Er mufste bald deren üble Nachwirkung in der feindseligen Haltung der Polen in dem Herzogtum Preufsen fühlen; er fürchtete geradezu einen Angriff der Franzosen auf das klevische Gebiet, wenn sie gegen die drohende Türkengefahr ins Reich rückten. So nahm er, gegen den Rat des damals franzosenfeindlichen Schwerin, die Negotiationen wieder auf, zu deren Betreibung er seines verstorbenen treuen Ministers Sohn, den Johanniterkomtur und Geheimrat Christoph Kaspar v. Blumenthal auserkor, einen gelehrten Juristen, der übrigens mit Schwerins ältester Tochter vermählt war; auch er, wie Krockow, noch jung, erst sechsundzwanzigjährig, ein geistvoller, gewandter Mann voll regen und vielseitigen Interesses, der sich auf dem schwierigen Boden des Regensburger Reichstages die diplomatischen Sporen verdient hatte.

---

[1] Guhrauer, II, 329.

[2] Ludwig XIV. an Gravel, 12. Mai 1662; das. 332. — Boreel an de Witt, 1. Juni 1662; Brieven, I, 352.

Blumenthal hatte aufser der Erneuerung des Königsberger Bündnisses auch den Eintritt des Kurfürsten in den Rheinischen Bund anzubieten, wenn der König ihm den Besitz aller seiner Lande sowie der preufsischen Souveränität durch Bestätigung des Garantie-Artikels des Olivaer Friedens verbürge. Es war das der bedeutsamste Schritt, den Friedrich Wilhelm bisher den Franzosen entgegen gethan hatte!

Zunächst traf Blumenthal auf grofse Schwierigkeiten[1]. Man hielt dort seinen Herrn für unverbesserlich österreichisch gesinnt, glaubte ihn in stetem Verkehr mit kaiserlichen Abgesandten, zumal dem gefürchteten Lisola. Der holländische Ratspensionär de Witt, des Kurfürsten steter Feind, bot alles auf, die französischen Minister gegen diesen einzunehmen, und seine Vorstellungen hatten um so gröfseren Erfolg, je mehr damals, bei dem Zerwürfnis zwischen Schweden und Frankreich, letzterer Staat mit der Freundschaft der vereinigten Provinzen zu rechnen hatte. Freilich der grofse Marschall Turenne, als Protestant und, durch seine oranische Mutter, Verwandter des Kurfürsten, wirkte nach Kräften für dessen Sache; aber um so feindlicher war diesem Lionne, der geniale Leiter von Frankreichs auswärtiger Politik. Er hatte in Deutschland selbst Friedrich Wilhelm als den gefährlichsten Gegner der französischen Herrschaftsgelüste zu betrachten gelernt. Seines Vetters de Lesseins Mifsgeschick in Berlin hatte ihn auch persönlich gegen jenen Fürsten erbittert. Immer neue Schwierigkeiten führte er ins Feld, um die Verhandlungen Blumenthals zum Scheitern zu bringen. Er sprach von der Höhe französischer Machtfülle herab verächtlich von Brandenburg, rief aus: „Zum Henker, ich werde mir doch von einem Doktor Jena keine Gesetze vorschreiben lassen."

Frankreich stellte also ganz unannehmbare Forderungen, an denen Blumenthals Unterhandlung im Mai 1663 ebenso zu scheitern drohte, wie ein Jahr früher die Lesseins' in Berlin. Turenne hielt alles für verloren.

Es war die Zeit, wo Frankreich von neuem Lothringen besetzte, dessen Herzog zur Unterwerfung zwang, dann das päpstliche Gebiet von Avignon und Venaissin kurzer Hand einzog.

[1] Diese Verhandlungen nach U. u. A., II, 290 ff., IX, 614 ff.; Pufendorf, IX, 56 ff. — Vgl. Lettres, Mémoires et Nigociations du comte d'Estrades (Brüssel 1709), I, 59. 67 f. 75. 95.

Man erzählte, es werde sich gleichfalls Jülich und Berg von dem Neuburger abtreten lassen.

Friedrich Wilhelm war heftig entrüstet über den kecken und übermächtigen Nachbarn im Westen; „denn ich lieber," schrieb er am 9. Juli 1663 an Schwerin, „in des Türken Protektion sein will als in französischer Dienstbarkeit." Er befahl Blumenthal, im tiefsten Geheimnisse mit dem Grafen Lafuente, dem spanischen Botschafter in Paris, anzuknüpfen. Der stellte wirklich eine beträchtliche Geldhilfe dem Kurfürsten in Aussicht.

Allein, wie immer, erlosch Friedrich Wilhelms für den Augenblick jäh aufflammende Leidenschaftlichkeit bei ruhiger Überlegung vor der Gewalt der Thatsachen. Auf Spanien, das in kläglichster Verfassung sich befand, nicht einmal mit dem kleinen Portugal fertig zu werden vermochte und Frankreichs stete Beleidigungen nicht zu ahnden wagte, war offenbar kein Verlafs. Dafs der Kaiser nicht gewillt oder doch nicht im stande sei, ihn gegen die Macht Frankreichs und seiner Anhänger zu schützen, hatte der Olivaer Friedenskongrefs hinlänglich gelehrt. Jetzt war Leopold I. überdies durch den Türkenkrieg völlig in Anspruch genommen. Der Kurfürst lenkte also bald genug ein, wenn auch widerwillig. Damals hat er mit Schweden sein Bündnis abgeschlossen. Er erklärte sich zur Aufnahme Neuburgs in den Olivaer Traktat bereit, verzichtete darauf, Elbing, Lauenburg und Bütow besonders in Frankreichs Verbürgung erwähnt zu finden. In Regensburg gab er seinem Vertrauen auf Frankreichs friedlicher Gesinnung Ausdruck, zur grofsen Genugthuung Ludwigs XIV. Turenne benutzte diese Umstände eifrig, um bei dem König für Brandenburg zu wirken. Ludwig wollte freilich die Garantie des Olivaer Friedens — und damit der preufsischen Souveränität — nur in allgemeinen Ausdrücken übernehmen, sonst aber dem Kurfürsten bei Eintritt in den Rheinischen Bund die Sicherheit aller seiner Länder sowie der seiner Verbündeten verbürgen (Dezember 1663). So stimmte Friedrich Wilhelm zu, allerdings unter der ausdrücklichen Bedingung, dafs der Bund lediglich zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Eintracht bestimmt sei.

Noch waren einige formale Schwierigkeiten zu begleichen, zu deren Beseitigung Blumenthal zwischen Paris und Berlin hin und wieder reiste. Endlich, im September 1664, konnten die von beiden Fürsten unterzeichneten, vom 6. März desselben Jahres

datierten Verträge ausgewechselt werden. Blumenthals Sendung war mit Erfolg gekrönt.

Nicht schlechthin, als gewöhnliches Mitglied, trat Friedrich Wilhelm dem Rheinischen Bunde bei. Er knüpfte seinen Anschluſs an die doppelte, ihm von Frankreich zugestandene Bedingung, daſs der Bund nur friedliche Ziele verfolge und aus ihm alles entfernt werde, was der Sicherheit der kurfürstlichen Länder zuwider liefe. Darüber wurde im einzelnen mit den Abgeordneten der Bündler in Regensburg verhandelt, so daſs der thatsächliche Beitritt des Kurfürsten erst im November 1665 erfolgte.

Es ist immerhin ein neuer Beweis für die Wucht, mit der damals Frankreich auf Europa und ganz besonders auf dem Deutschen Reiche lastete, daſs sich der Kurfürst gezwungen sah, das Wohlwollen des Allerchristlichsten Königs durch seinen Beitritt zu einem früher von ihm durchaus getadelten und verworfenen Bündnis zu erkaufen. Hatte er doch noch im Jahre 1662 von dem Rheinischen Bund officiell einem kursächsischen Gesandten gegenüber gesagt: „er laufe den Fundamentalgesetzen und der Reichsverfassung zuwider[1].“ Mehr als eine formale Demütigung aber dürfte man in diesen Vorgängen nicht finden. Der Rheinbund selber hatte im Jahre 1665 längst den Höhepunkt seines inneren Zusammenhangs und seiner äuſseren Macht überschritten: 1668 hat er sich stillschweigend aufgelöst. Der Kurfürst aber hatte seinen nächsten Zweck erreicht. Brandenburg war nun durch Verteidigungsbündnisse mit dem Kaiser und Dänemark nicht minder als mit Schweden, Frankreich, England und dem Rheinischen Bunde gedeckt, im Frieden mit aller Welt. Von sämtlichen Mächten Europas hatte es ohne nennenswerte Opfer die Anerkennung seiner preuſsischen Souveränität erlangt, die somit in den Schutz des Völkerrechts übergegangen war. Im Grunde aber hat er die Richtung seiner Politik nicht verändert. Sie blieb dieselbe, trotz scheinbarer weitgehender Zugeständnisse an die mächtigen Gegner.

[1] U. u. A., XI, 59.

Einundzwanzigstes Kapitel.

Reichspolitik.

Der leitende Gesichtspunkt für die äufsere Politik Friedrich Wilhelms blieb immer das gute Verhältnis zum Reichsoberhaupte, zum Kaiser. Vom Beginne seiner Regierung an hat er, trotz vorübergehender Verstimmung durch den Einflufs Waldecks, stets daran festgehalten, dafs das Interesse seiner Reichslande, sowie die Fernhaltung auswärtigen Einflusses auf solche ihm freundliche Beziehungen zum Kaisertume geradezu aufnötigten. Aus dieser wohlverstandenen, grundsätzlichen Rücksicht auf das Heil und die Unabhängigkeit des eigenen Staates, sowie aus dem innerlich echt deutschen Wesen Friedrich Wilhelms erklärt sich das, was man fälschlich für bewufsten gesamtdeutschen Patriotismus gehalten hat. Die Wahrheit ist, dafs er solchen ebensowenig besafs, wie die übrigen deutschen Fürsten jener Zeit, dafs ihn aber die Integrität und Selbständigkeit der brandenburgischen Lande, bei deren Lage an Deutschlands westlichen, nördlichen und östlichen Grenzen, von selbst zur Verteidigung gesamtdeutscher Interessen zwangen, und dafs diese äufseren Umstände auch seinem innersten Gefühle entsprachen, dem zumal das Franzosentum unsympathisch war. Überdies fürchtete er mit dem klaren politischen Blicke, der ihn auszeichnete, die allen europäischen Fürsten gefährliche Herrschsucht Ludwigs XIV. So oft es die politischen Verwicklungen unvermeidlich machten, sich Frankreich zu nähern, hat er das immer nur als etwas Vorübergehendes betrachtet und stets den Wunsch gehegt, zu der ihm natürlichen, gegnerischen Haltung zurückkehren zu können.

Von Begeisterung für das habsburgische Kaisertum konnte freilich bei ihm nicht die Rede sein. Er wufste wohl, dafs dieses das kühne und erfolgreiche Aufstreben der jungen brandenburgischen Macht mit ungünstigen Augen betrachtete und auch wohl, von seinem besonderen Standpunkte aus, betrachten mufste. Bisher hatte Österreich in Deutschland nur kleineren Staaten sich gegenüberbefunden; es entsprach keineswegs dem österreichischen Interesse, dafs ihm nun im Norden ein rein deutscher, protestantischer Nebenbuhler erwuchs. Kaiser Leopold I. zumal hätte nichts sehnlicher gewünscht, als dafs der Kurfürst im steten Kampfe mit Schweden und Polen diese Staaten und sich selbst erschöpfe. Er hatte in den Olivaer Verhandlungen den Vorteil Brandenburgs keineswegs wahrgenommen, sondern leichten und frohen Herzens geopfert. Trotzdem sah sich Friedrich Wilhelm nach dem Friedensschlusse, in seiner völligen Vereinzelung, notgedrungen auf das Bündnis mit dem Kaiser angewiesen, als die für den Augenblick einzig mögliche Grundlage seiner äufseren Politik. Wenn er im Mai 1661 eine Devensivallianz mit dem ebenso machtlosen wie unruhigen und begehrlichen Kurfürsten Karl Ludwig von der Pfalz eingegangen war, so war das nur geschehen, um im Interesse des Kaisers den von Ludwig XIV. gewünschten Anschlufs dieses Fürsten an den Rheinischen Bund zu verhindern. „Es ist Euer Liebden," schrieb er an Karl Ludwig, „aus denen alten und neuen Geschichten mehr denn zuviel bekannt, dafs das Heilige Römische Reich niemals sich in besserem Stande befunden, als wenn es seine Sachen vor sich allein gehabt. Das wird verhoffentlich mit Gottes Hilfe auch noch jetzo das Beste sein[1]."

Die inneren Verhältnisse des Reiches gaben Friedrich Wilhelm nur allzuviel Gelegenheit, dem Kaiser wichtige Dienste zu leisten. Der Westfälische Friede hatte im Grunde keine der seit Jahrhunderten schwebenden Verfassungsfragen entschieden, er hatte lediglich die herrschende Auflösung und Anarchie mit dem Stempel der Gesetzmäfsigkeit bekräftigt. Auch der kleinste Fürst hielt sich für souverän und suchte in der grofsen Politik eine Rolle zu spielen, die, in ihrem lächerlichem Gegensatze zu

[1] Guhrauer, II, 306 ff. — U. u. A., XI, 69. 78 ff. 87 ff. — v. Mörner, 251. — Vgl. über das Folgende überhaupt U. u. A., XI, 1 ff.

der Geringfügigkeit ihrer Machtmittel, nur zu grenzenloser Verwirrung und zur Begünstigung des ausländischen Einflusses führen konnte. Dem Kaiser selbst war diese unendliche Zerrüttung ganz genehm; denn er zog sie einem festen Zusammenschlusse der Reichsstände gegenüber den Spezialinteressen Österreichs vor, und sie ermöglichte es diesem, seine Ziele durch Sonderunterhandlungen mit einzelnen Fürsten zu erreichen. So hatten sich seit der ergebnislosen Trennung des Regensburger Reichstages von 1654 erst Ferdinand III., dann Leopold I. einer Wiedereröffnung der hohen Versammlung mit Erfolg widersetzt. Inzwischen tagte in Frankfurt a. M. die ständige Reichsdeputation unter Vorsitz des ehrgeizigen Reichs-Erzkanzlers, Kurfürsten Johann Philipp von Mainz. Dieser bildete so eine Art Nebenregierung im Reiche; und seitdem er auch an der Spitze des gleichfalls in Frankfurt residierenden Rheinischen Bundes stand, mochte er sich mächtiger dünken als der Kaiser selbst, dem er das Gesetz vorzuschreiben liebte. Darauf verlegte Leopold den Sitz der Reichsdeputation nach Regensburg, allein der Mainzer und seine Verbündeten bestritten ihm die Vollmacht dazu und blieben in Frankfurt. So gab es zwei Reichsdeputationen, die sich gegenseitig bekämpften; auch dieses Institut war, wie alle Reichseinrichtungen, dem Fluche der Uneinigkeit und Auflösung verfallen.

Friedrich Wilhelm hat den Frankfurter Schützlingen Frankreichs nach Kräften entgegengearbeitet. Indes so weit hatte er seine Unabhängigkeit dem Kaiser nicht zum Opfer gebracht, daſs er nicht in dem von der reichsständischen Opposition dringend geforderten Reichstage das wahre Mittel zur Lösung dieser Streitfrage gleichfalls erkannt und dessen Einberufung dem Kaiser nahe gelegt hätte. Er versprach sogar im Jahre 1661, Leopold 10 000 Thaler zu zahlen, wenn dieser den Reichstag sofort einberufe[1]. Leopold würde jedoch auf dieses Verlangen schwerlich eingegangen sein, wenn die furchtbare, ihm von Osten drohende Gefahr ihn nicht endlich dazu gezwungen hätte.

Der Kampf um die Herrschaft in Ungarn zwischen Österreich und dem Sultan hatte jahrzehntelang geruht, indem der letztere sich mit dem Besitze des ganzen Südens, Ostens und

[1] Orlich, II, 31.

Centrums des Magyarenreiches, sowie mit der Oberherrschaft über Siebenbürgen begnügte. Gerade durch Siebenbürger Streitigkeiten kam der Krieg wieder zum Ausbruche. Die Pforte hatte dort den Grofsfürsten Georg II. Rakoczy abgesetzt und getötet, für ihn, mit willkürlicher Verletzung der Landesrechte, einen unbedeutenden Magnaten, Michael Apaffy, zum Grofsfürsten ernannt und sich der wichtigsten Festungen bemächtigt. Solche Fortschritte der Osmanen konnte Österreich nicht dulden und kam den siebenbürgischen Patrioten zu Hilfe. Die Folge dieser Einmischung war wiederum, dafs, im Frühjahr 1663, der hochbegabte Grofswesir Achmed Köprili mit 120 000 Mann in den kaiserlichen Anteil Ungarns einbrach. Die österreichischen Streitkräfte waren ganz unzureichend, und die Magyaren selber, teils aus unbändiger Freiheitslust, teils aus Grimm über die religiöse Unduldsamkeit der Wiener Regierung, thaten wenig zur Bekämpfung der Türken. Solche Umstände machten es wahrscheinlich, dafs der Grofswesir seine Drohung: er werde mit 100 000 Streitern dem Kaiser in Wien seinen Besuch abstatten, verwirklichen werde. Da die meisten Reichsstände eine Türkenhilfe aber nur auf einem Reichstage erörtert sehen wollten, so hatte Leopold sich wohl oder übel dazu verstehen müssen, einen solchen auf den Juni 1662 einzuberufen.

Hier hat nun, den Einwendungen und Zögerungen der Rheinbündler gegenüber, Friedrich Wilhelm den Kaiser kräftig unterstützt und seine Gesandten instruiert, vor allem und ohne Rücksicht auf die schwebenden Verfassungsfragen die sofortige Bewilligung der Türkenhilfe zu betreiben. Freilich er selber verlangte im geheimen vom Kaiser, dafs dieser, in Hinblick auf die Brandenburg von allen Seiten her bedrohenden Gefahren, ihn einstweilen von der Beitragspflicht an Geld und Truppen entbinde. Es war dies die Zeit seines heftigsten Zwistes mit den preufsischen Ständen, der feindseligen Haltung des polnischen Hofes und der Schweden. Überdies verkündeten die Franzosen allerorten, der Kaiser wolle sich nur Geld schaffen, denke aber gar nicht daran, gegen die Türken wirklich Krieg zu führen[1] — eine Anschauung, die durch einen Anfang Januar zu Temesvar abgeschlossenen, dann freilich vom Grofswesir verworfenen Waffenstillstand Bestätigung erhielt. Über-

[2] Guhrauer, II, 321. 332. 334. 341. — U. u. A., II, 261 ff.

dies wünschte Friedrich Wilhelm zweifellos, Zeit und Höhe seines dem Kaiser zu leistenden Beistandes selber bestimmen zu können.

Indes, die Täuschung über die von den Osmanen ganz Deutschland drohende Gefahr konnte nicht lange währen. Im Juni 1663 brach der Grofswesir mit seinem mächtigen Heere los. An allen deutschen Orten ertönte die Türkenglocke, gewaltige Aufregung bemächtigte sich der Gemüter. Nun mufste auch der Reichstag die Türkenhilfe bewilligen. Doch trat dabei der Rheinische Bund als eine besondere, nicht vom Kaiser, sondern von Frankreich geführte und mit eigenen Kontingenten unterstützte Macht auf, zum grofsen Kummer Leopolds. Es war für diesen eine verzweifelte Lage. Auf der einen Seite das übermächtige Heer der Türken, dem er irgend entsprechende Streitkräfte nicht entgegenstellen konnte; auf der anderen die wachsende Gewalt Frankreichs über zahlreiche Stände, die das kaiserliche Ansehen völlig zu erdrücken drohte. In seiner Not wandte er sich abermals an den Brandenburger, und zwar durch Franz von Lisola, seinen ausgezeichnetsten Diplomaten, der schon 1657 und 1658 das brandenburgisch-kaiserliche Bündnis zu stande gebracht hatte und sich deshalb am kurfürstlichen Hofe grofser Autorität erfreute.

Nicht nur um die Türkenhilfe handelte es sich bei dieser Gesandtschaft: sie sollte auch die ernstlichen und offenbar aussichtsreichen Bemühungen aller Gegner Österreichs — der Franzosen, Schweden, Polen —, den Kurfürsten in ihr Bündnis zu ziehen, durchkreuzen. Freilich bot der Kaiser für alle von Frankreich und dessen Alliierten verheifsenen Vorteile nur das Versprechen steten Schutzes, das bei der augenblicklichen Lage Österreichs geringen Wert besafs, sowie die Zusage der Vermittlung in der Jülicher Sache — was bei der Abhängigkeit des Neuburgers von Frankreich gleichfalls aussichtslos war[1].

Friedrich Wilhelm hatte damals durch Beilegung der Streitigkeiten mit den preufsischen Ständen und der Zerwürfnisse mit dem polnischen Hofe, sowie durch seine Verhandlungen mit Schweden freiere Hand bekommen. Seinem weitausschauenden Blicke konnte es nicht zweifelhaft bleiben, dafs er sich an dem

[1] Denkschrift Lisolas vom Frühjahr, sowie Instruktion desselben vom 23. April 1663; U. u. A., XIV, I, 134 ff.

Kampfe gegen den das ganze Reich bedrohenden osmanischen Erbfeind beteiligen müsse. Allein er wollte das nur in den engsten Grenzen thun, wenn ihm der Kaiser nicht die längst geforderten, aber immer vorenthaltenen Beweise wirklich freundlicher Gesinnung gäbe. In diesem Sinne erklärten er und seine Minister sich dem Ende Juni 1663 in Königsberg eintreffenden Freiherrn von Lisola. Sie verlangten vor allem die endliche Herausgabe des Fürstentums Jägerndorf, sowie Einwirkung auf Spanien, dafs dieses die dem Kurfürsten vor drei Jahren verheifsenen, aber nie gezahlten jährlichen Hilfsgelder von 100 000 Thalern nunmehr entrichte. Ein spanischer Gesandter, Sebastian de Ucedo, langte bald nach Lisola in Königsberg an, brachte aber wieder nichts als billige Verheifsungen und Ermahnungen[1].

Lisola war unparteiisch und einsichtig genug, um zu begreifen, wie begründet Friedrich Wilhelms Forderungen waren. Er befürwortete sie in Wien nach Kräften, ja verlangte im Falle der Nichtbewilligung seine Abberufung, da er dann nichts Ernstliches werde erreichen können. Er stellte fest, dafs der Kurfürst sich viel günstiger zeige, als man irgend habe erwarten dürfen[2]. In der That, Friedrich Wilhelm zog den mäfsigen Gewinn bei der Freundschaft mit Österreich der an sich vorteilhaften, aber drückenden Klientel unter Frankreich vor. Gerade damals schrieb er, dafs er lieber unter der Türken Protektion, als unter französischer Dienstbarkeit stehen wolle. Lisola, der ihm früher abgeneigt gewesen, rühmt jetzt seine gut kaiserliche Gesinnung. Der Kurfürst war entrüstet über das Treiben am Reichstage, über die verräterische Politik der Rheinbündler. Mit Frankreich und Schweden — so instruierte er seine Gesandten — wolle er nach Mafsgabe der Verträge von Münster und Osnabrück guten Frieden halten, aber nicht leiden, dafs sie dem Reiche zu nahe träten oder es mit Verachtung behandelten. Er selber werde dem Kaiser allen schuldigen Respekt leisten und keinem seiner Mitstände je Abbruch thun. Vor allem „würde es nötig sein, dafs Haupt und Glieder alle ihre consilia einzig und allein auf das Heilige Römische Reich

[1] U. u. A., IX, 294 f. 306 ff., XIV, I, 146 ff.

[2] An Walderode, 6. Juli 1663 (U. u. A., XIV, I, 147): re versante longe meliori modo quam speraveram, etc. — Vgl. ders. an dens., 25. Sept. 1663; ebendas. 165.

und desselben wahre Interessen wenden und sich davon durch kein fremdes Absehen, es sei auch dasselbe wie es wolle, abwendig machen lassen.“ Als einziges Mittel für die Sicherung des Reiches riet er, nach eigener Erfahrung, die Aufstellung eines tüchtigen und gut besoldeten stehenden Heeres an[1].

Wahre und goldene Ratschläge, die aber im Getöse der kleinlichen und selbstischen Bestrebungen am Reichstage ungehört verhallten! Die Mehrheit der deutschen Stände zog es vor, die für des grofsen Vaterlandes Rettung und Verteidigung so kostbare Zeit mit endlosen Streitigkeiten über die Theorie der Reichsverfassung und mit Verhandlungen über die beständige Wahlkapitulation auszufüllen.

Der Kaiser aber, dem Friedrich Wilhelm soeben in warmen Worten seine Ergebenheit ausgesprochen hatte, kam ihm in keiner Weise entgegen. Nach alter Gewohnheit glaubte man in Wien, den Mann mit Vertröstungen täuschen und hinziehen zu können. Freilich, seine Zusicherung der Türkenhilfe nahm Leopold gern entgegen. Allein sonst redete er nur von der beabsichtigten Vermittlung bei dem Neuburger, von der gemeinsamen Thätigkeit am Reichstage. Die Jägerndorfer Angelegenheit zu begleichen, sei längst sein Wunsch, aber der gegenwärtige Augenblick dazu nicht geeignet. Kurz, Worte, nichts als Worte. Dafür verlangte er eine Erhöhung des brandenburgischen Hilfskorps und für dessen Befehlshaber einen niedern Rang, damit dieser sich den kaiserlichen Generalen demütig unterordne[2].

Der Kurfürst beschlofs, dem Kaiser 2000 Mann zu senden: 400 Reiter, 600 Dragoner und 1000 Fufsgänger, die aus verschiedenen Regimentern des damals ohnehin sehr schwachen brandenburgischen Heeres entnommen wurden[3]. Zum Befehlshaber ward Generalmajor Herzog August von Holstein-Plön ernannt.

Aber das abweisende, selbstsüchtige und unaufrichtige Benehmen des Wiener Hofes wirkte auf Friedrich Wilhelm durch-

[1] Instrukt. an seine Reichstagsgesandten, 20./30. Juli 1663; U. u. A., XI, 189 ff.

[2] Leopold an Lisola, 26. Juli; U. u. A., XIV, I, 154 f.

[3] Es waren besonders die Regimenter Radziwill zu Rofs, Radziwill- und Derfflinger-Dragoner, Holstein und Goltz zu Fufs; Magirus, Manuscr. Boruss., fol. 50, Bl. 103 (Königl. Bibliothek, Berlin).

aus abkühlend. Er sah in den kaiserlichen Ministern Schwarzenberg und Auersberg persönliche Gegner[1]. Demgemäfs verzögerte er die Absendung der Hilfstruppen und nötigte Lisola zu einer Übereinkunft, nach der die Reiterei nur bis an die Donau, das Fufsvolk gar nur bis Schlesien marschieren sollte. Auch mufste sich der Kaiser zur Verpflegung der Truppen verpflichten (August 1663[2]).

Inzwischen hatten sich die Dinge in Ungarn immer trüber und bedrohlicher gestaltet. Der kaiserliche General Forgatsch war von den Türken geschlagen und in Neuhäusel eingeschlossen worden; Mittel zum Entsatze der überaus wichtigen Festung und des Heeres waren nicht vorhanden. Leopold I. bestürmte den Kurfürsten, er möge den Marsch der brandenburgischen Truppen beschleunigen, deren Verpflegung, bei der üblen Lage der kaiserlichen Kassen, selber übernehmen.

Der Kurfürst und seine Minister antworteten mit Fragen nach dem Stande der Jägerndorfer Sache. Als sie abermals nur vertröstenden Bescheid erhielten, klagten sie über die Undankbarkeit des Kaisers und den Vertrauensbruch der Spanier und wiesen die kaiserlichen Forderungen zurück.

Die Türken aber nahmen nicht allein Neuhäusel, sondern ihre Reiterscharen drangen auch verheerend, brennend, alle Waffenlosen mit sich schleppend, in Mähren ein, wo de Souches mit seinen wenigen Tausenden ihnen keinen Widerstand leisten konnte. So war schon deutscher Boden von den furchtbaren Feinden überrannt.

Da setzten sich die politische Einsicht und das deutsche Gefühl Friedrich Wilhelms, wie einst bei der Frage von Leopolds Kaiserwahl, über alle kleinlichen Gesichtspunkte eigenen Vorteils und berechtigten Unmuts hinweg. Er gestattete den Vormarsch seiner Infanterie nach Mähren, freilich nicht ohne ausdrückliche Mahnung an die Jägerndorfer Angelegenheit. Zugleich liefs er, auf Leopolds Wunsch, den Regensburger Reichstag auffordern, vor allen Dingen „auf die Rettung des Vaterlandes“ und die Anordnung der Reichsverteidigung zu sehen, auch die auf nur 26000 Mann festgesetzte Anzahl der Reichs-

[1] Lisola an Walderode, 30. Nov. 1663; das 171.

[2] U. u. A., XI, 298 ff. — Über das Folgende überhaupt ebendas., 201 ff., ferner XIV, I, 173, 187.

truppen zu erhöhen. Er schrieb selber an die meisten evangelischen Fürsten, um sie zu patriotischen Anstrengungen zu veranlassen.

Für den Augenblick wurde der Kaiser weniger durch seine oder des Reiches Truppen vor dem Verderben gerettet, als durch die Bequemlichkeit des Grofswesirs, der, nach Eroberung fast des gesamten kaiserlichen Ungarn und der Verwüstung Mährens, in die Winterquartiere ging. Sofort vergafsen die kaiserlichen Minister den Dienst des Kurfürsten, um nur noch seiner Ansprüche auf Jägerndorf zu gedenken. Lag dieses Fürstentum nicht auf dem Wege von Schlesien nach Mähren? Wie leicht konnte Holstein es auf seinem Marsche besetzen! Auch fürchtete man in Wien, dafs der Aufenthalt der Brandenburger in Schlesien dort die gequälten und bedrückten Protestanten zum Aufstand anreizen könne. Man gewährte also den Brandenburgern weder Quartier noch Verpflegung oder Löhnung, und beklagte sich dann bitter, wenn der hungernde Soldat selber sich mit Gewalt Nahrung verschaffte[1]. Endlich gestattete der Kurfürst, dafs seine Truppen nach Böhmen geführt wurden, wo sie längs der mährischen Grenze gute Quartiere fanden. Da waren sie freilich von Jägerndorf weit genug entfernt.

Friedrich Wilhelms gerechter Unwille wurde bald durch eine neue Beleidigung seitens der Wiener Staatskünstler erhöht, die ihm offenbar für die Wiedererhebung seiner Jägerndorfer Ansprüche zu strafen gedachten.

Unter den Lockmitteln, die der Kaiser, ohne dafs es ihn etwas kostete, dem Kurfürsten vor Augen gehalten hatte, war auch das Anerbieten des Oberbefehls über das Reichsheer in Ungarn gewesen. Sicherlich war der Sieger von Warschau sehr wohl zu solcher Stellung geeignet und hätte auch durch sein fürstliches und persönliches Ansehen am besten die bunt zusammengewürfelten Massen vereint gehalten. Er sträubte sich wohl nur zum Scheine gegen die ihm zugedachte, allerdings verantwortungsvolle und mit Schwierigkeiten umgebene Würde. Im Grunde legte er seiner Ernennung grofses Gewicht bei. Auch seine Mitstände waren dessen wohl zufrieden; selbst der ihm aus politischen und kon-

[1] Näheres darüber in dem sehr fleifsigen Aufsatze von K. Wutke, Der Durchzug der brandenb. Hilfstruppen durch Schlesien (Zeitschr. d. Ver. f. Gesch. u. Altert. Schlesiens, Bd. 29 [1895], S. 214 ff.).

fessionellen Gründen sonst wenig holde Kurfürst von Sachsen liefs ihm erklären: solche Nachricht sei ihm sehr angenehm gewesen, da er zu Sr. Liebden von Brandenburg ganz besonderes Vertrauen hege, und er sehe keine Ursache, warum letzterer dieses ausschlagen solle. Jede amtliche Kundgebung des Kaisers blieb jedoch aus; vielmehr schlug Österreich im Januar 1664 den katholischen Markgrafen Leopold Wilhelm von Baden zum Reichsgeneralat vor; es war nur eine geringfügige Entschädigung, wenn es den brandenburgischen Feldmarschall von Sparr für die bedeutungslose Stellung eines Adjunkten des kaiserlichen Feldmarschalls Montecuccoli erbat. Auch Condé, Wrangel und sonstige protestantische Heerführer wurden von den Österreichern neben dem Markgrafen von Baden genannt, des Kurfürsten thaten sie keine Erwähnung. Über solche Zurücksetzung, ja öffentliche Beschämung, war Friedrich Wilhelm mit Recht sehr aufgebracht. Nur mit Mühe hat er sich zur zeitweiligen Überlassung Sparrs bewegen lassen. Er zeigte dem Kaiser, dafs es auch ohne Österreich gehe. Damals hat er die französische Allianz abgeschlossen, seinen Beitritt zum Rheinischen Bund zugesagt.

20000 Mann Reichstruppen, 7000 Rheinbündler, ebenso viele Franzosen stiefsen im Sommer 1664 zu Montecuccoli, der südlich der Donau das kaiserliche Hauptheer befehligte. Inzwischen vereinigten sich die Brandenburger, sowie die nieder- und obersächsischen Kreistruppen mit den 10000 Mann de Souches', der nördlich von der Donau zu operieren hatte. Der Herzog von Holstein erhielt hier den Befehl über die gesamte verbündete Infanterie. So zog man vor die Festung Neutra.

Die brandenburgischen Krieger machten ihrem Rufe alle Ehre. Sie führten die Belagerungsarbeiten gegen Neutra, das sich nach vierzehntägiger Berennung am 2. Mai 1664 ergab. Auf dem Vormarsche nach Lewenz wurde das kleine, auf 8000 Streitfähige zusammengeschmolzene Korps bei Czernowitz von 20000 Türken und Tartaren überfallen; allein an dem ehernen Gefüge des brandenburgischen Fufsvolks brach die Macht des wilden Anpralls. Die Reiterei vollendete dann die Niederlage des Feindes, der an 1000 Tote und Verwundete einbüfste (16. Mai). Die Verbündeten zogen sofort vor Lewenz, und die Brandenburger waren wieder, mit den Sachsen, die ersten bei der Erstürmung des Städtchens. Zum Danke für ihre Thaten liefs

der offizielle Gefechtsbericht sie ganz unerwähnt und enthielt man ihnen das Nötigste vor, so dafs verheerende Krankheiten unter ihnen einrissen[1].

Der Unwille des Kurfürsten gegen den Kaiser wuchs immer höher. Nicht nur brachte er nunmehr nachdrücklicher die Jägerndorfer Sache zur Sprache, sondern er warf auch dem Reichsoberhaupte nachlässige Kriegführung und Nichtberücksichtigung seiner Verbündeten in herben Worten vor. Er hatte das Recht, laut zu reden, denn seine übel behandelten Truppen erwarben sich neue Verdienste im Kampfe für das Haus Österreich. Am 19. Juli kam es abermals zur Schlacht, da die Türken mit 25 000 Mann Lewenz belagerten, de Souches es mit 9000 Mann zu entsetzen suchte. Hatte sich bei Czernowitz Brandenburgs Fufsvolk ausgezeichnet, so jetzt dessen Reiter und Dragoner. An ihrer Spitze warf Holstein die Türken von einer beherrschenden Anhöhe hinab und entschied so den Sieg. Selbst der Kaiser war dieses Mal voll des Lobes ob der „tapfern und fast unglaublichen Resolution", die die Kurfürstlichen bei Lewenz bewiesen hatten. Den Sieg ausnützend, rückte de Souches vor Parkan, das die Schiffbrücke bei Gran schützte, und nahm es mit stürmender Hand ein. Es war derselbe 1. August, wo Montecuccoli bei St. Gotthard den Versuch des Grofswesirs, den Raabflufs zu überschreiten, unter grofsen Verlusten des Feindes zurückwies.

Indes die Siege selber zehrten die ohnehin allzu schwachen Streitkräfte des verbündeten Heeres auf. Der Kaiser forderte deshalb von dem Kurfürsten einige Tausende weiterer Soldaten. Nach reiflicher Erwägung beschlofs Friedrich Wilhelm, aus seinen Garnisonen noch 1000 Mann nach Ungarn abmarschieren zu lassen. Mehr zu senden, so schrieb er, verhindere ihn die Gefahr seiner Lande und die üble Behandlung, die er in der Jägerndorfer Angelegenheit erfahre. Allein kaum waren diese Briefe in Wien angelangt, als dem Kurfürsten von dort angezeigt wurde, die Abordnung der Völker sei unnötig — der Friede war geschlossen. Am 10. August 1664 hatten ihn Montecuccoli und der Grofswesir zu Vasvar an der Raab unterzeichnet. Er war für Österreich durchaus demütigend. Der

[1] Berichte des Herzogs v. Holstein, sowie Schreiben de Souches' an den Kurfürsten vom April bis Juli 1664; U. u. A., XI, 326 ff.

Kaiser überliefs, trotz der Siege bei Lewenz und St. Gotthard, ganz Siebenbürgen nebst Grofswardein und Neuhäusel den Osmanen, um in seinem kleinen ungarischen Anteile die Nationalpartei und die Protestanten unterdrücken, andererseits der immer gefährlicheren Offensive Frankreichs gegen das Haus Habsburg die Spitze bieten zu können. Der Brandenburger und die anderen Verbündeten, denen allen von den Friedensverhandlungen weder vor noch sieben Wochen nach deren Abschlufs irgend etwas mitgeteilt wurde, mochten zusehen, wie sie mit ihren vermehrten Kriegsrüstungen ausgingen[1].

In ganz Europa erschollen lauter Tadel und Spottreden über den Kaiser. Die Ungarn hielten sich für verraten, in Wien selbst war die Unzufriedenheit grofs. Auf dem Regensburger Reichstage sprach man in den härtesten Ausdrücken von der Schwäche der Wiener Machthaber und von der Schmach, die ein solcher Vertrag dem Reiche, ja der ganzen Christenheit angethan habe. Die Pariser Regierung, die wohl erkannte, weshalb Leopold sich mit den Türken so schleunig beglichen habe, spottete über dessen Ohnmacht und forderte die Reichsstände auf, sich nach solchen Erfahrungen um so mehr dem Allerchristlichsten Könige anzuschliefsen. Nur Friedrich Wilhelm blieb ruhig und unentwegt. Er wünschte nicht allein dem Kaiser zum Frieden Glück, sondern beauftragte auch seine Gesandten in Regensburg, das Verfahren Sr. Majestät zu verteidigen. Und doch hätte gerade er Ursache zu dauernder Unzufriedenheit gehabt. Seit vier Monaten hatten seine tapferen Soldaten in Ungarn von den kaiserlichen Behörden keine Bezahlung noch Lebensmittel erhalten. Sie starben massenhaft an Hunger und Krankheit — in drei Wochen 136 Mann! „Gewifs glaube ich," schrieb der Herzog von Holstein, „dafs sie uns wollen hier krepieren lassen, damit wir zu nichts mehr tauglich." Ende Oktober 1664 mufste der Überrest der wackeren Scharen möglichst schnell nach der Kurmark zurückmarschieren. Sie zählten noch 674 Mann Fufsvolk, 386 Reiter, 484 Dragoner. Wie in allen Kriegen, war infolge des mühsameren Dienstes der Abgang der Infanterie (33 Prozent) gröfser gewesen als bei den anderen Waffen. Der Gesamtverlust, der hauptsächlich Krankheiten und Entbehrungen zuzuschreiben war, belief sich auf

[1] Vgl. Erdmannsdörffer, Deutsche Gesch., I, 368 ff.

456 Mann oder 23 vom Hundert. Obgleich der Kaiser vertragsmäfsig zur Remontierung der durch den Krieg des Pferdes beraubten Reiter verbunden war, verweigerte er es doch, dieser Pflicht nachzukommen. Wie Bettler schickte man die braven Brandenburger ihrem Herrn wieder heim.

Allein dieser war im Grunde des Friedens, wie er auch ausgefallen, herzlich froh. Nicht nur gab ihm solcher die Freiheit in der Leitung seiner Politik und im Gebrauche seiner Truppen zurück, auch der Kaiser erhielt wieder die Möglichkeit, der Anmafsung Frankreichs entgegenzutreten. Dieses hatte sich soeben in einer für den Kurfürsten recht bedenklichen Weise in die innersten Angelegenheiten des Reiches gemischt, war mit militärischer Gewalt bis in dessen Herz selbst vorgedrungen.

Das geschah in dem Streite um Erfurt[1].

Es war die Zeit, wo die fürstliche Macht in lebhaftem Vordringen begriffen war, nicht nur gegen den Adel, sondern noch mehr gegen die Städte. Vom Mittelalter her war bei vielen dieser die staatsrechtliche Stellung gegenüber den Landesherren schwankend geblieben, man wufste nicht zu sagen, ob sie Landstädte oder freie Reichsstädte seien. So verhielt es sich mit Bremen, Herford, Osnabrück, Münster, Magdeburg, Braunschweig, Erfurt. Einige von ihnen waren schon der überhandnehmenden Macht der Landesherren zum Opfer gefallen, wie vornehmlich Münster. Dabei hatte der Mainzer Bischof seinem Amtsgenossen von Münster geholfen; bald darauf rief er dessen Beistand gegen das widerstrebende Erfurt an.

Mit kluger Benutzung des dem sächsischen Kurfürsten über sie zustehenden Schutzrechtes hatte sich die Stadt von der Landeshoheit des Mainzers, wenn auch nicht dem Rechte nach, so doch thatsächlich befreit. Indem sie die Reformation an-

---

[1] Über den Erfurter Streit vgl. man besonders: v. Tettau, Die Reduktion von Erf. (Jahrb. der Erf. Akad., N. F., III, 1863), sowie derselbe, Erfurts Unterwerfung unter die Mainzer Landeshoheit (Neujahrsblätter der Hist. Komm. der Prov. Sachsen, XI [1873]); S. Helbig, Joh. Phil. v. Mainz u. Joh. Georg II. v. Sachsen während der Erf. Wirren (Arch. f. Sächs. Gesch., III [1865]); Kirchhoff, Die Besitzergreifung Erfurts durch Kurmainz (Zeitschr. f. Preufs. Gesch., VIII, 97 ff.). — Die Rolle des Grofsen Kurfürsten in den Erfurter Wirren erscheint zum erstenmal in ihrem wahren Lichte U. u. A., XI, 268. 272 ff. 360 ff.

nahm, trennte sie sich noch entschiedener von dem ersten katholischen Fürsten des Reiches. Mächtig, wohlhabend, freiheitslustig, von 72 unterthänigen Dörfern umgeben, trotzte sie dem Erzbischofe. Allein der ehrgeizige und herrschsüchtige Kurfürst Johann Philipp (von Schönborn) hatte seit seinem Regierungsantritte, 1647, die Unterwerfung seines thüringer Gebietes angestrebt. Vergebens suchten kaiserliche Kommissionen zu vermitteln; sie fanden bei der leicht erregbaren, auf den Schutz Kursachsens vertrauenden Bürgerschaft keinen Gehorsam. Als schliefslich kaiserliche Kommissare und Herolde von den Erfurtern gemifshandelt, fast getötet worden, verhängte der Kaiser, im Oktober 1663, die Reichsacht über die Stadt. Mit der Vollstreckung wurde der Mainzer selber beauftragt, dem Leopold, in Hinsicht auf den Türkenkrieg, sich gern gefällig erzeigen wollte. Ein Versuch, mit eigener Kraft die Stadt zu erobern, im November 1663, schlug freilich in kläglicher Weise fehl. Darauf sah sich Johann Philipp nach Bundesgenossen um.

Den ersten fand er eigentümlicherweise in dem Fürsten, den die Erfurter als ihren verläfslichsten Beschützer ansahen, und der sich ihnen auch als solcher gab: Johann Georg II. von Sachsen. Wie seine Vorfahren, Moritz, August und Johann Georg I., verkaufte dieser Albertiner die Pflicht gegen Glaubensgenossen und Ehre für kleinliche territoriale Vorteile, in dem Geheimvertrage mit dem Mainzer zu Torgau, 30. November 1663. Dann sagten die geistlichen Mitglieder des Rheinischen Bundes bewaffnete Hilfe zu; weit bedenklicher war, dafs Frankreich seinem Mainzer Alliierten 6000 Mann zu stellen versprach. Truppen des steten Bedrängers der deutschen Lande sollten also diese wieder durchziehen, eine inmitten des Reiches gelegene Stadt berennen und besetzen! Schon war Colignys Korps quer durch Deutschland gegen die Türken marschiert. Die Deutschen sollten sich an den Anblick der goldenen Lilien gewöhnen, die Franzosen immer mehr als des Reiches Schirmherr gelten. Und der Kaiser bot dazu die Hand!

Den Protestanten mufste die Sache besonders gefährlich erscheinen: sie meinten, unter nichtigen Vorwänden solle, wie einst Donauwörth, abermals eine evangelische Stadt einem katholischen Herrn überliefert werden. Die Herzoge von Gotha und Altenburg wandten sich — wie auch der Erfurter Rat selber — in solcher Not an den mächtigsten neugläubigen Reichsfürsten,

den Brandenburger. Der nahm sich der Stadt zunächst durch eindringliche Vorstellungen bei dem Mainzer Kurfürsten an. Dann verhandelte er zu Torgau und Berlin über die Angelegenheit mit Johann Georg II., der in heuchlerischer Weise grofse Teilnahme für die Bürgerschaft ausdrückte. Friedrich Wilhelm meinte also, deren Interessen dem Schutzherrn ruhig anvertrauen zu können, und sicherte ihr nur dabei seine Unterstützung zu. Er wurde aber von Kursachsen schmählich getäuscht.

Im Frühjahre 1664 gelang es dem Erfurter Rate, die unruhige Partei in der Bürgerschaft zu unterwerfen. Er fügte sich deshalb in dem ursprünglich strittigen Punkte, indem er das Kirchengebet für den Mainzer Kurfürsten verrichten liefs und diesen hiermit als Landesherrn anerkannte, also den Anspruch auf Reichsfreiheit aufgab. Aber starker Unterstützung versichert, gab sich Johann Philipp mit solchem Zugeständnisse nicht zufrieden, wollte vielmehr die Gelegenheit benutzen, um sich die Stadt gänzlich zu unterwerfen; und Kaiser Leopold, der dem treuen brandenburger Alliierten nie eine Gunst erwies, beeilte sich, dem katholischen Führer der Rheinbündler zu Gefallen zu sein. Er wies die Bitte Erfurts um Aufhebung der Reichsacht, ja selbst um freies Geleit zum Reichstage zurück. Mainzer, Münstersche, lothringische, Kölner und Trierer Truppen, sowie 6000 Franzosen, zusammen volle 18000 Mann, rückten im September 1664 gegen die Stadt. Diese ging Friedrich Wilhelm durch den Ratsmeister Ludolf mit beweglichen Bitten um Hilfe an. Allein der Kurfürst war nicht in der Lage, ihr in anderer Weise als durch wiederholte dringende Schreiben an den Kaiser, Kursachsen und Kurmainz Beistand zu leisten. Er konnte unmöglich gegen das vom Kaiser befohlene Reichsheer und zugleich gegen seinen jüngsten Bundesgenossen Frankreich das Schwert ziehen. Er drohte dem Kaiser, seine Truppen — es war noch während der letzten Wochen des Türkenkrieges — aus Ungarn zurückzuziehen, sich mit der Krone Schweden über den Schutz des niedersächsischen Kreises zu verständigen: kurz, er that, was in seiner Macht stand. Kursachsen, so führte er in einem seiner Schreiben an Johann Georg aus, solle nicht dulden, dafs fremde Völker in jenen Kreis einrückten, sondern als protestantischer Schirmherr Erfurts selber die Exekution an der glaubensverwandten Stadt vollziehen.

Wirklich hatte Johann Georg ihr Beistand versprochen und führte Truppen in das Erfurter Gebiet — aber nur, um die Versuche seiner ernestinischen Vettern, der Stadt Hilfe zu bringen, zu vereiteln. In einem Schreiben vom 4. September 1664 zeigte er dem Brandenburger an, dafs er in das Lager der Gegner übergegangen sei.

Kein Zweifel, dafs Friedrich Wilhelm, wenn ihm die Schwenkung des sächsischen Kurfürsten rechtzeitig bekannt geworden wäre, durch die von ihm angedrohten Mafsregeln die Widersacher zur Nachgiebigkeit bewogen hätte. Jetzt aber konnten sie um so weniger zum Ziele führen, als der Kaiser seinen Frieden mit den Türken geschlossen, den Brandenburger nicht mehr zu fürchten hatte. Kurmainz wies dessen Vorstellungen nunmehr zurück, versprach jedoch, „dafs sein Vorhaben zu keines Standes Offensive oder Beschwerde gereichen solle". Allzu scharf für die Freiheit der Stadt aufzutreten, verhinderten Friedrich Wilhelm die Absichten, die er selbst gegen Magdeburg hegte, das sich ihm gegenüber in ähnlicher Lage befand, wie Erfurt gegenüber dem Mainzer. So erblickte Friedrich Wilhelm keinen anderen Ausweg, als die Stadt zur Unterwerfung zu ermahnen und durch den Berliner Schlofshauptmann Otto Wilhelm von Berlepsch, einen geborenen Thüringer, zwischen den streitenden Parteien eine Vermittlung zu versuchen. Er bot auch an, selber Truppen in die Stadt zu legen, um sie in des Kaisers und ihres Kurfürsten Devotion zu erhalten.

Johann Philipp sah zu seiner Freude, dafs die protestantischen Stände nichts Ernstliches für Erfurt thun würden. Er lehnte also die Vermittlung Brandenburgs ab und begann die Belagerung. Drei Wochen lang verteidigten sich die Erfurter tapfer gegen die Übermacht; am 15. Oktober 1664 mufsten sie sich ergeben. Der siegende Fürst nützte seinen Erfolg nur zu völliger und dauernder Unterwerfung der Stadt unter seine landesherrliche Gewalt aus, und selbst dies in milder und schonender Form. Die religiöse Freiheit der Erfurter Protestanten hat er in keiner Weise angetastet. Erfurt wurde kein zweites Donauwörth.

Kursachsen aber, das trotz aller gewissenlosen Verschlagenheit bei diesem Handel fast ganz leer ausging, schöpfte aus solchem Mifserfolg nicht die Lehre, dafs es sich eng an seine norddeutschen protestantischen Mitstände anschliefsen müsse,

sondern es zog vor, zu Frankreich in ein Klientelverhältnis zu treten. Die Bemühungen Brandenburgs und der ernestinischen Herzoge, ein enges Bündnis des ober- und niedersächsischen Kreises, sowie die Aufstellung eines norddeutschen evangelischen Bundesheeres zu stande zu bringen, wurden auf dem obersächsischen Kreistage zu Leipzig durch die Abneigung Johann Georgs vereitelt[1]. In dem heillosen Wirrwarr der deutschen Reichangelegenheiten war für eine weitblickende und verständige Politik, wie Friedrich Wilhelm sie verfolgte, kein Raum.

Wenigstens brachten ihm die verdrieſslichen Erfurter Händel anderweit einen wichtigen Erfolg. Die aufrichtig evangelisch gesinnten Fürsten Deutschlands sahen — allzu spät! — ein, dafs der Rheinische Bund sie mit ernsten Gefahren bedrohe, nur im katholischen Interesse wirke. Seitdem war es mit ihrer Vorliebe für Frankreich vorbei. Auch in Stockholm fühlte man, dafs der französische Bund nur darauf ausgehe, für sich allein und für die römische Kirche die Herrschaft über Deutschland zu gewinnen. Die schwedische Diplomatie in Deutschland begann, auf ein protestantisches Sonderbündnis hinzuarbeiten[2]. Von dieser Zeit datiert die Auflösung des Rheinischen Bundes, ein Ergebnis, das dem Kurfürsten von Brandenburg, der nur zum Scheine dessen Mitglied geworden war, sehr erwünscht sein mufste. Die dichten Reihen der französischen Klientel fingen an, sich zu lockern. Friedrich Wilhelm konnte wieder selbständiger auftreten im Interesse des eigenen Staates und damit zum Wohle Deutschlands.

---

[1] Alle diese Dinge hauptsächlich nach U. u. A., XI, 367—433. Aufserdem B. Auerbach, La diplomatie française et la cour de Saxe (Paris 1888), S. 149 ff., und Helbig in der oben angeführten Schrift.

[2] Das hat J. G. Droysen (Gesch. d. preufs. Politik, III, III, 83 ff.) sehr gut ausgeführt. Sonst ist seine Darstellung der Rolle Brandenburgs in den Erfurter Wirren parteiisch und deshalb verfehlt. — Auerbach, 175.

Zweiundzwanzigstes Kapitel.

Brandenburg als Schützer von Deutschlands Westgrenze.

Die Wehrlosigkeit des Deutschen Reiches, eine traurige Wirkung seiner jahrhundertelangen Zersplitterung und inneren Zerrüttung, hatte für seinen territorialen Bestand die unglücklichsten Folgen herbeigeführt. Verloren war seine Herrschaft über Italien; verloren die Besitzungen des Deutschen und des Schwertordens an der Ostsee; verloren Vorpommern, sowie die Bistümer Bremen und Verden; verloren das gesamte Königreich Burgund; verloren die Niederlande, Lothringen und Elsafs. Bereits hatte Frankreich seinen Fufs auf Philippsburg und andere Festungen des rechten Rheinufers gesetzt. Am Niederrhein hatten die Generalstaaten, die Leiter von Gemeinwesen, die selber ein Jahrhundert früher noch zum Reiche gehört, es unternommen, diesem ein Gebiet nach dem anderen zu entziehen. Deutschland schien ein herrenloser Erdstrich, dessen sich ein jeder fremder Staat nach Belieben bemächtigen dürfe: etwa wie heute die Negerländer den Europäern gegenüber. Hohnlächelnd, ohne auf die begründetsten Vorstellungen auch nur Rücksicht zu nehmen, lediglich nach dem Rechte des Stärkeren verfuhren die Hochmögenden; man durfte ihnen, wie es der kaiserliche Gesandte Friquet im November 1661 that, ins Gesicht sagen, dafs sie zu dem Unrecht noch den Spott fügten. Selbstverständlich verfehlten sie nicht, ihr gewaltthätiges Vorgehen mit den schönen Worten: Religion, Freiheit zu schmücken. Wir wissen ja, wie sie unter letzterem Vor-

wande sich jahrzehntelang in die inneren Angelegenheiten von Kleve-Mark eingemischt haben. Ein anderes Mittel, ihre Macht auszudehnen, war der Wucher. Sie schossen bedrängten Fürsten oder Städten des westfälischen Kreises Summen vor, zu gewaltigen Zinsen, die sie, Zins auf Zins, zu unerschwinglicher Höhe anwachsen liefsen, um dann auf Grund solcher Ansprüche Länder und Festungen einzuziehen. In diesen Vorlanden lagen auch ihre Kriegsvölker, die möglichst auf fremder Leute Kosten unterhalten wurden. Vor allem aber waren sie bestrebt, die grofsen Flüsse in ihre Gewalt zu bringen, um zu Gunsten des eigenen Handels den fremden zerstören zu können. So hielten sie an der Maas die bischöflich lüttichsche Festung Mastricht, so am Rhein die klevischen Festungen Orsoy, Wesel, Büderich, Rees und Emmerich, sowie die dem Gelderland einverleibte, ehemals klevische Schenkenschanz; den klevischen Zoll zu Gennep an der Maas erhoben sie zu eigenem Nutzen. Einen Vorwand für solche Gewaltthaten hatten sie nicht und entbehrten ihn gern[1]. Dem Kölner Kurfürsten hatten sie Rheinberg, dem Pfalzgrafen von Neuburg das jülicher Gebiet von Elsloe, sowie die Herrschaft Ravestein entrissen. Dann gingen sie auf die Beherrschung der Ems aus. Seitdem sie Emden vor spanischer Vergewaltigung gerettet, hielten sie Garnison in dieser wichtigen Handelsstadt und beherrschten ganz Ostfriesland. Weiter die Ems hinauf hatten sie das Fort Leerort inne, und bei Bourtang einen Zoll angelegt, der den Westfalen den Handel nach der See erschwerte. Bald erhielten sie Gelegenheit, noch festern Fufs im Emsgebiet zu fassen.

Graf Enno III. von Ostfriesland hatte seiner Tochter, der Fürstin Liechtenstein, eine Mitgift zugesagt, die nie gezahlt worden und infolge der rückständigen Zinsen zu einer Schuld von 300000 Thalern angewachsen war. Die Fürstin klagte beim Reichshofrat, der ihr Recht gab und den Bischof von Münster als Nachbarn mit der Eintreibung der Summe beauftragte.

Bischof war damals Christoph Bernhard von Galen, einer der merkwürdigsten Reichsfürsten jener Zeit. Aus altem

---

[1] Les Hollandois n'ont jamais allégué de meilleures raisons, si ce n'est qu'ils étoient assez puissans pour ne rien rendre, sagt der Graf von Guiche gerade in betreff der klevischen Plätze (Mémoires I. 93).

münsterländischem Adel entsprossen und mit gründlicher Bildung ausgerüstet, war er, erst vierundzwanzigjährig, auf den bischöflichen Stuhl erhoben worden. Christoph Bernhard hatte es vom Beginne an sehr ernst mit seinem Amte genommen, als geistlicher wie als weltlicher Herr. Der junge Prälat stellte Zucht und Sitte unter seinem Klerus her, sorgte für Predigt, Katechese und Schulwesen[1], gab auch auf weltlichem Gebiete treffliche Gesetze. Mit demselben leidenschaftlichen Pflichteifer wufste er sein Gebiet von fremden Besatzungen zu befreien, unterwarf er sich, trotz holländischer Gegenwirkung, die Hauptstadt des Stiftes, die, wie so viele andere damalige Bischofsstädte, die Reichsfreiheit anstrebte. Er bewies da von neuem den kriegerischen Geist, den er in seiner Jugend, als Offizier im kurkölnischen Dienste, eingeatmet hatte, und der ihn auch als Kirchenfürsten stets beseelte. Nach lanwierigen Kämpfen mufste die Stadt sich 1661 dem Bischof ergeben, der nun wieder Herr in seinem Lande war. Man sieht: im geistlichen Gewande eine dem brandenburger Kurfürsten vielfach verwandte Natur! Freilich als eifriger Katholik und ergeben partikularen Interessen, hatte Christoph Bernhard meist auf der anderen Seite gestanden, als jener, war ein alter Alliierter des Neuburgers und längst ein eifriger Rheinbündler.

Mit den Generalstaaten war er nicht allein wegen der Stadt Münster, sondern auch wegen der Herrschaft Borkelo zerfallen, eines münsterschen Lehens, dessen sich die Niederländer unter einem Vorwande bemächtigt hatten, weil es ihre Ostgrenze trefflich abrundete. Endlich kam es zum offenen Kampfe, als auf Befehl des Reichshofrates der Bischof die Liechtensteinsche Schuld einzutreiben sich anschickte. Die Generalstaaten griffen als Beschützer des ostfriesischen Grafen ein, vertrieben die Münsterer und besetzten die wichtigen, den gesamten ostfriesisch-westfälischen Binnenhandel beherrschenden Schanzen von Diel und Jemgum (Juni 1664).

---

[1] Diese Seite seiner Thätigkeit schildert, allerdings vom streng katholischen Standpunkte aus, Aug. Hüfing in Fürstbischof Chr. B. v. Galen, ein kathol. Reformator des 17. Jahrhunderts (Münster u. Paderb. 1887). — Sonst über ihn: K. Tücking, Gesch. des Stiftes Münster unter Chr. B. v. Galen (Münster 1865); und P. Corstiens, B. van Galen (Rotterdam 1872).

Es war eine offene Verhöhnung des Reiches. Der Kaiser liefs durch seinen Gesandten im Haag, Friquet, lebhaft gegen die Besetzung solcher dem Reiche gehörenden Festungen protestieren. Ein gefährlicher Streit war hier im Gange.

Dieselbe Politik wie in Ostfriesland befolgten die Staaten in Kleve. Die Hofysersche Schuldforderung, die 1616 ursprünglich 100000 Thaler betragen hatte, war hier 1661 bereits auf die Höhe von 2864000 Gulden gestiegen. Vergebens hatte Friedrich Wilhelm damals einen Ausgleich oder ein schiedsrichterliches Urteil über diese ungeheuerliche Forderung angestrebt; vergebens bemühten sich selber die sechs kleineren niederländischen Provinzen im gleichen Sinne. Die oligarchische Partei der mächtigen Provinz Holland, unter Führung de Witts, lehnte das gerechte Verlangen ab und wufste ihre Weigerung auch den Generalstaaten aufzuzwingen. Es kam zu persönlicher Anfeindung zwischen dem Kurfürsten und dem Ratspensionär, zum Austausch unfreundlicher Noten zwischen den Hochmögenden und Brandenburg[1].

Dieser Staat hatte also kaum minder Ursache, als der Bischof von Münster, über die Niederländer Klage zu führen. Er war damals mit Galen schon über eine anderweite Angelegenheit in Beziehungen getreten.

Um den immer heftigeren, allen Verträgen und noch dem vom Kaiser vermittelten Übereinkommen des Jahres 1651 zuwiderlaufenden Verfolgungen ein Ziel zu setzen, mit denen Philipp Wilhelm von Neuburg seine protestantischen Unterthanen in Jülich-Berg heimsuchte, hatte Kurfürst Friedrich Wilhelm im März 1663 zu Gegenmafsregeln gegriffen: er hatte die Kapuziner aus der Stadt Kleve vertrieben und deren Kloster schliefsen lassen[2]. Diese Vorgänge machten einen um so tieferen Eindruck auf den Pfalzgrafen, als er wohl erkennen mufste, eine wie ungleich bedeutendere Macht der Brandenburger nunmehr besitze als ein Jahrzehnt früher, und dafs zumal seine eigenen Wünsche nach der polnischen Thronfolge nur Aussicht auf Erfolg hätten, wenn der Kurfürst aufhöre, ihnen entgegen-

[1] d'Estrades, Mémoires, I, 89. 95. 108. 112 f. — Aitzema, IV, 824 ff. 968; V, 323. 326—332.

[2] Aitzema, IV, 1176 ff. — Lehmann, Preufsen u. die kath. Kirche, I, 62 ff.

zuarbeiten. Er knüpfte also mit diesem Verhandlungen an, unter Assistenz des Kaisers, der alle niederrheinischen Fürsten gegen Frankreichs Ländergier zu einen wünschte, und des Bischofs von Münster, der sie alle gegen die Niederländer verbinden wollte. Aber gerade deshalb hielt sich Friedrich Wilhelm zurück. Trotz aller Gründe zur Klage, die ihm die Generalstaaten seit Jahren gegeben, widerstrebte es ihm, sich mit seinen alten Gegnern — Neuburg und Münster — wider die glaubensverwandten Niederländer zu alliieren. Traute er doch jenen beiden Fürsten die Absicht zu, im Vereine mit anderen geistlichen Reichsständen und vielleicht mit Spanien den deutschen Protestantismus grundsätzlich zu bekämpfen[1].

Solche Mäfsigung ist dem Kurfürsten um so höher anzuschlagen, als es ihm damals ein leichtes gewesen wäre, den Übermut und die Böswilligkeit der Hochmögenden empfindlich zu züchtigen.

Schon längst mifsgönnte England diesen die hohe Entwicklung ihres Handels, der — so sagte man in London — sich hauptsächlich durch den Vertrieb englischer Erzeugnisse erhalte. Man glaubte dort, nur zugreifen zu dürfen, um an Stelle der Holländer das vornehmste Handelsvolk Europas zu werden. Der sonst so schlaffe König Karl II. ging auf solche Pläne gern ein, weil er an den holländischen Oligarchen noch deren Bündnis mit Cromwell zu rächen und seinem Mündel, dem jungen Oranier, die Generalstatthalterschaft wieder zu verschaffen hatte, und besonders, weil er hoffte, durch Siege über das kleine niederländische Gemeinwesen billige Popularität und reiche Geldbewilligungen vom Parlament zu erhalten. Ehe noch förmlich der Krieg erklärt war, nahmen im Sommer 1664 englische Schiffe plötzlich die niederländischen Kolonien Neu-Amsterdam in Nordamerika — sie nannten es New-York —, sowie Cap Corso — Coastcastle — im afrikanischen Guinea. Damit brach der Kampf zwischen beiden Staaten aus.

Friedrich Wilhelm beschlofs, die mifsliche Lage der Niederländer zur Erlangung des Besatzungsrechtes in seinen klevischen Festungen zu benutzen, aber nur soweit er dafür nicht zu kriegerischen Mafsregeln veranlafst werde. Krieg gegen die

[1] U. u. A., XI, 174—191. 495—509; XIV, I, 220 ff. (Berichte de Goefs'). — Pufendorf, IX, 71—73. — Lehmann, I, 175.

Niederländer wollte er nicht führen, obwohl sie trotz seiner wiederholten Aufforderungen das achtjährige Bündnis von 1655 nicht erneuert hatten und dieses also im Sommer 1663 erloschen war. Im Juli 1664 sandte er Christoph von Brandt nach England, um Karl II. zu dem Versprechen zu bestimmen, dafs er mit den Generalstaaten keinen Frieden schliefsen werde ohne vorhergehende billige Regelung der Hofyserschen Schuldsache. Begreiflicherweise wollten aber die Engländer eine solche Zusage nur geben, wenn Brandenburg ihnen im Kampfe gegen die Vereinigten Provinzen beistehe[1].

Die Kriegsbegeisterung in England ging immer höher. Ohne Zaudern bewilligte das Parlament dem Könige die damals unerhörte Summe von $2^1/_2$ Millionen Pfund. Man rechnete darauf, mit solchen Mitteln den kleinen Gegner zu vernichten[2]. Nach dem Schlusse des Türkenkrieges hoffte man ferner Kaiser und Reichsfürsten gegen die anmafsenden, rücksichtslosen Mynheers ziehen zu sehen; und dafs Schweden an ihnen Rache nehmen werde wegen der Niederlagen im Sund und auf Fünen, erschien zweifellos. Selbst die Dänen, die von ihrer niederländischen Verbündeten Übermut so viel gelitten hatten, zeigten nicht übel Lust, mit Engländern und Schweden vereint über sie herzufallen[3]. Vor allem in Deutschland wünschten die Engländer ihre Liga zu stande zu bringen: aufser Münster, Kurköln und Neuburg sollte Brandenburg in diese eintreten. Die englischen Minister drängten Brandt so scharf mit dieser Forderung, dafs er ängstlich wurde, seine sofortige Abberufung forderte und auch erhielt. Ähnlich setzte der englische Gesandte im Haag, Drowning, seinem brandenburgischen Kollegen Blaspeil zu: er wollte ihm einreden, dafs Frankreich die Niederländer nicht unterstützen werde. Allein Friedrich Wilhelm liefs sich nicht so leicht aus seiner neutralen Politik herausbringen. Er erkannte sehr wohl den Vorteil, den ihm eine schiedsrichterliche Stellung inmitten der streitenden Parteien bringen müsse. „Ob wir nun wohl," schrieb er an Blaspeil, „bei dieser Occasion unsre Sachen gern in Richtigkeit gebracht sehen möchten, so werden wir uns doch in

[1] U. u. A., XII, 614 ff.

[2] Ranke, Engl. Gesch., IV, 270 ff.

[3] Berichte v. Krockows aus Stockholm, 9. Jan., 29. Mai 1665; U. u. A., IX, 798. 802.

solchen Krieg nicht mischen, es wäre denn, dafs die Herren Staaten uns dazu forcieren[1]."

Indes, wenn er den Preis, den England für seine Unterstützung der brandenburgischen Ansprüche an die Generalstaaten verlangte, nicht zahlen mochte, so mufste er auf andere Weise versuchen, diesen seinen Willen aufzuerlegen. Er näherte sich deshalb Neuburg und Münster. Im Oktober 1664 mufste sich Blaspeil zu Verhandlungen mit dem neuburgischen Kanzler Baron von Lerodt nach Kleve begeben[2]. Der Kurfürst war jetzt bereit, nicht nur mit Münster und Neuburg, sondern auch mit anderen westdeutschen Ständen, katholischen wie evangelischen, ein Bündnis zu schliefsen, das bestimmt war, den Rheinischen Bund zu ersetzen. Die vorurteilslose Art Friedrich Wilhelms zeigt sich von neuem darin, dafs er sein Werk besonders auf Kurköln zu gründen beabsichtigte.

Die Verhandlungen der beiden ausgezeichneten Diplomaten hatten guten Fortgang. Blaspeil gehörte zu der Schule tüchtiger niederrheinischer Staatsmänner im Dienste Brandenburgs, deren hervorragendster Vertreter sein Vorgänger im Haag, Weimann, gewesen war; doch war er ungestümer, weniger besonnen als dieser. Lerodt war ein gemäfsigter, wohlmeinender Mann, der gern versprach: „sein gnädigster Herr würde fortan die Geistlichen davon lassen und sich der moderatesten Räte gebrauchen". Wirklich bewies Neuburg sich im Religionspunkte überraschend nachgiebig und gestand, ebenso wie Münster, dem Brandenburger das Mitdirektorium im westfälischen Kreise zu. Man hatte ihn eben gegen die Niederlande nötig. Die Gesandten der drei Fürsten verabredeten: letztere sollten, im Vertrauen auf den ihnen von England verheifsenen Beistand, ihre Beschwerden gegen die Generalstaaten öffentlich aufstellen, zu deren Abhilfe Rüstungen vornehmen, zunächst den reichsverfassungsmäfsigen Weg einschlagen, um zu ihrem Rechte zu kommen, aber wenn dieser nicht zum Ziele führe, gemeinsam ihre Streitkräfte zur Erreichung ihrer gerechten Absichten verwenden. — Kurköln zeigte sich ebenfalls geneigt, wenigstens einem Verteidigungsbündnis des westfälischen Kreises beizutreten.

---

[1] U. u. A., IX, 515—520; XII, 620 ff.

[2] Das Folgende nach den Aktenstücken U. u. A., XI, 513 ff.

Blaspeil hatte sich durch seinen Thatendurst weiter fortreifsen lassen, als es den eigentlichen Absichten seines Herrn entsprach. Friedrich Wilhelm war auch jetzt zu einem Kriege gegen die Niederlande nicht entschlossen, aus dem er die ernstesten europäischen Verwicklungen hervorgehen sah. Dennoch ordnete er Blaspeil, sowie den Generalmajor Alexander von Spaen und den klevischen Regierungsrat Dr. Adolf Wusthaus zu den Konferenzen ab, die im Februar 1665 zu Dorsten an der Lippe stattfanden. Sie führten binnen wenigen Tagen zu drei Verträgen, deren beide erste am 14. und deren dritter am 16. Februar abgeschlossen wurden.

Der erste enthielt einen Vergleich wegen des Religionswesens in den jülich-klevischen Landen, sowie über das Mitdirektorium Brandenburgs im Westfälischen Kreise. Damit war die unentbehrliche Grundlage zu weiterem Zusammenwirken geschaffen. Hierauf wurde zwischen Brandenburg, Münster und Neuburg ein Verteidigungsbündnis zum Schutze der rheinisch-westfälischen Lande errichtet, mit Festsetzung der Kontingente und Geldmittel, sowie der Art der Bundesleitung. Der dritte Vertrag bestimmte, dafs jeder der kontrahierenden Teile seine rechtlichen Ansprüche an die Generalstaaten zunächst auf gütlichem Wege und durch die Vermittlung des Reiches und fremder Mächte, äufsersten Falles aber durch gemeinsames thätliches Vorgehen durchsetzen solle[1].

Der Wortlaut dieser Verträge, die der kriegerische Galen sofort unterzeichnete, wurde freilich nicht bekannt, wohl aber die Thatsache der westfälischen Allianz, deren Spitze sich nur gegen die Generalstaaten richten konnte. Sie erregte Aufsehen in ganz Europa. Die Kaiserlichen triumphierten; sie sahen bereits weitere Reichskreise sich gegen die Holländer und deren Verbündete, die Franzosen, einen[2]. Um so ungehaltener waren diese über die Dorstener Verträge. Sie erblickten in der westfälischen Allianz noch mehr als eine Bedrohung der Holländer: den Versuch, ihren Rheinbund zu sprengen. Auch sie meinten,

[1] Der erste Vertrag (auszugsweise) bei Dumont, VI, III, 37 ff.; der erste u. dritte (auszugsweise) bei v. Mörner, 262 ff.; der zweite u. dritte U. u A., XI, 330 ff.

[2] Friquet an Porzia, 2. März 1665; P. L. Müller, Neerlands eerste Betrekkingen met Oostenrijk, 1658—78, S. 12 (fälschlich unter 1666).

andere Reichskreise würden dem Beispiele folgen, Österreich den burgundischen Kreis — die spanischen Niederlande — hineinziehen und dann die Leitung aller dieser deutschen Bündnisse übernehmen, zum grofsen Schaden von Frankreichs und Schwedens Interessen und Einflufs. War doch Galen als ein getreuer Anhänger des Kaisers bekannt. Auch in Polen fürchtete man, dafs der Brandenburger nunmehr einem österreichischen Kandidaten zur Krone verhelfen werde. Die gesamte französische Diplomatie wurde zur Bekämpfung so drohender Aussichten aufgeboten, selbst Frankreichs alte Feindin, die Douairière von Oranien, durch allerhand Verheifsungen zur Beeinflussung des Kurfürsten, ihres Schwiegersohnes, vermocht[1].

Friedrich Wilhelm hatte solche Folgen vorhergesehen. Er war aber keineswegs gewillt, um der niederländischen Besatzungen in Kleve willen, deren Beseitigung mit gütlichen Mitteln er über kurz oder lang durchzusetzen hoffte, sich nicht allein mit den Generalstaaten, sondern auch mit Frankreich zu überwerfen, dessen lange begehrte Freundschaft er soeben erst gewonnen hatte. Er hat deshalb die Vollziehung der Dorstener Verträge nicht geradezu verweigert, denn er meinte in ihnen ein kräftiges moralisches Zwangsmittel gegen Frankreich und Holland zu besitzen, wohl aber unter allerlei Vorwänden auf unbestimmte Zeit verschoben. Die ungünstige Art, in der die Verträge die Verhältnisse der jülich-klevischen Protestanten regelten, erhöhte das Mifstrauen des Kurfürsten gegen die beiden katholischen Mitkontrahenten. Das gesamte Werk war gescheitert; Brandenburg liefs sich nicht in das Schlepptau der englisch-münsterschen Kriegspolitik nehmen.

Diese hatte soeben zur förmlichen Kriegserklärung Englands gegen Holland geführt. Beide Seemächte glaubten des französischen Beistandes sicher zu sein. So erhielt Frankreich mehr als je eine ausschlaggebende, die Freiheit und Sicherheit aller anderen Staaten gefährdende Stellung. Wollte man dieser Grofsmacht mit den Kräften des westfälischen Kreises Halt gebieten? Nur die Einigung ganz Deutschlands hätte hier helfen können; aber die stand in weitem Felde. Gerade damals wurde

[1] Mémoires d'Estrades, II, 139. 171 ff. 182 ff. 221 f. 265 f. 306 f. — Briewen van de Witt, II, 92. 118 f. — U. u. A., XI, 542 ff. 548 ff. — M. Lehmann, I, 66. 178 ff.

eines der wehrkräftigsten deutschen Fürstenhäuser, das welfische, durch den heftigen Erbstreit der Brüder Georg Wilhelm und Johann Friedrich um das Herzogtum Celle zerrüttet und brachgelegt; da Johann Friedrich katholisch geworden, drohte der Zwist den ganzen religiösen Gegensatz wieder hervorzurufen. In Süddeutschland geriet der leidenschaftliche Kurfürst von der Pfalz mit seinen Nachbarn in Kampf, weil sie sein „Wildfangrecht", d. h. die altüberlieferte Befugnis der rheinischen Pfalzgrafen, in den ihrem Lande benachbarten Gebieten die Unehelichen und Fremden als ihre Leibeigenen in Anspruch zu nehmen, in ihren Gebieten nicht anerkennen wollten. Während ganz Westeuropa von einem Brande heimgesucht war, der auch Deutschlands Grenzen gefährdete, gefiel sich dieses in kindischen und kleinlichen, aber gerade deshalb mit äufserster Erbitterung geführten Zänkereien.

Friedrich Wilhelm that, was er vermochte, um in diese Verwirrung Ruhe und Ordnung zu bringen. So sehr seine Sympathien dem protestantischen Welfen Georg Wilhelm gehörten, er hat ihn doch zur Mäfsigung und Versöhnlichkeit gemahnt, um einen Bruderkrieg zu vermeiden, der dem ganzen Reiche die schlimmsten Wunden geschlagen hätte. Des brandenburgischen Rates Jena Bemühungen haben nicht wenig zu dem im August 1665 erfolgenden Ausgleich beigetragen, der dem älteren Georg Wilhelm das reichere Celle, dem jüngeren Johann Friedrich das ärmere Hannover überwies[1].

Ebenso hat er die Pfälzer Wildfangsache, in der es bereits zu förmlichen Feindseligkeiten zwischen Kurpfalz und Kurmainz gekommen war, durch seinen Reichstagsgesandten Kurt Asche von Mahrenholtz in friedliche Wege geleitet[2]. Der endgiltige Abschlufs ist freilich erst 1667, ohne sein Zuthun, erfolgt.

Inmitten so verwirrter Zustände sah Friedrich Wilhelm sich von derjenigen Macht, der er stets eine aufrichtige Ergebenheit gezeigt hatte, von dem Reichsoberhaupte eifrig umworben. Der Kaiser wünschte, möglichst ohne eigene Opfer, sich des Brandenburgers in einer Reihe wichtiger Fragen zu versichern.

---

[1] Über diese langwierigen Unterhandlungen: Köhler, Geschichte von Hannover u. Braunschweig, I, 408 f. 416 ff., sowie U. u. A., XI, 563—586.

[2] U. u. A., XI, 595—611. Vgl. über den ganzen Streit: Karl Brunner, Der pfälzische Wildfangstreit (Innsbruck 1896).

Trotz seines tiefen Mifstrauens gegen den aufstrebenden, ketzerischen Reichsfürsten konnte er sich der Erkenntnis nicht verschliefsen, dafs er dessen Mithilfe wie zur Vereitelung der drohenden französischen Kandidatur im Osten so auch im Westen zur Errettung des Rheinlandes und der habsburgischen Niederlande vor französischer und holländischer Vergewaltigung nicht zu entbehren vermöge. Er suchte ihn also zu gewinnen, indem er einen seiner bevorzugtesten Diplomaten, den Freiherrn Johann von Goëfs, an ihn sandte. Die universale Natur des Kaisertums brachte es mit sich, dafs ihm aus allen katholischen Ländern die Diener zuströmten. Waren Lisola und Friquet Freigrafschaftler, Montecuccoli Italiener, so Goëfs der Abkömmling einer aus Portugal in die Niederlande eingewanderten Adelsfamilie: 1611 in Brüssel geboren, hatte er in Löwen gründliche Studien gemacht und war, durch seltene Sprachkenntnisse ausgezeichnet, im diplomatischen Dienste des Kaisers emporgekommen; ein gelehrter, frommer, wohlmeinender Herr, ohne grofse staatsmännische Gaben — so recht nach dem Sinne Kaiser Leopolds[1].

Goëfs brachte dem Kurfürsten endlich einen Vergleich in der Jägerndorfer Sache entgegen, die schon so lange die guten Beziehungen zwischen Österreich und Brandenburg gefährdet hatte: er bot ihm für jenes Fürstentum die von dem Kaiser einzulösende Halberstädter Lehnsgrafschaft Regenstein, sowie eine Geldentschädigung. Allerdings unterliefs der Kaiser nicht, zu bemerken, es müsse der Vorschlag „mehr als eine Bezeigung guter Gesinnung denn als Anerkennung einer Verpflichtung“ aufgefafst werden, und verlangte dafür, dafs Brandenburg, „je gefährlichere Consilia und Motus sich fast aller Orten vermerken lassen und herfür thun wollen, für gut befinden möchte, nicht allein das bereits im Jahre 1658 geschlossene Bündnis zu erneuern, sondern auch noch weiter zu extendieren“. Der Kurfürst sollte sich also entschieden in die Gefolgschaft Österreichs stellen.

So weit den Wünschen des Kaisers sich zu unterwerfen, sah er keine Veranlassung; selbst die Allianz von 1658 zu erneuern zögerte er. Die letztjährigen Ereignisse hatten ihm,

[1] Deutsche Biographie, IX, 323 f. — Die Goëfsschen Verhandlungen in Berlin, bis Nov. 1665: U. u. A., XIV, I, 199—226.

wie Schwerin dies ganz offen Goëfs mitteilte, die Befürchtung eingeflöfst, die Jesuiten vermöchten zu viel bei Leopold I., und dieser warte nur auf die Gelegenheit, mit Hilfe der geistlichen Fürsten und Spaniens einen grofsen Schlag gegen die Protestanten im Reiche zu führen. Indes, soweit es ohne Gefährdung des protestantischen Interesses geschehen konnte, zeigte er sich dem Kaiser gefällig. Er stand diesem auf dem Reichstage in der wichtigen Frage wegen der beständigen Wahlkapitulation treulich zur Seite und bot alles auf, dafs in dieses Grundgesetz nichts „zu Kaiserlicher Majestät oder dero hohem Hause Präjudiz" Gereichendes hineingebracht werde.

Das Mifstrauen des Kurfürsten nährte sich besonders an dem Verhalten des Wiener Hofes in dem münsterisch-holländischen Streite, wo der Kaiser beständig den ohnehin leidenschaftlichen Bischof zum Kriege reizte — in protestantenfeindlicher Absicht, wie Friedrich Wilhelm meinte. Die Gefahr, dafs sich hier, in unmittelbarer Nachbarschaft von Brandenburgs rheinisch-westfälischen Landen, ein gewaltiger Brand erhebe, wurde täglich gröfser. Alle Feinde der Generalstaaten wurden ermutigt durch die zerschmetternde Niederlage, die am 13. Juni 1665 die englische Flotte der holländischen bei Harwich zufügte. Deren Admiral, der uns aus dem Nordischen Kriege wohlbekannte Opdam van Wassenaer, flog mit seinem Schiffe in die Luft; nur einen Teil des besiegten Geschwaders konnte Cornelis van Tromp in die heimischen Gewässer zurückführen. Es war das zugleich eine arge Demütigung der Oligarchenpartei: Opdam war ein vertrauter Freund de Witts gewesen, Tromp, der Retter, ein Anhänger Oraniens.

Friedrich Wilhelm suchte sowohl das Übergreifen des Kampfes nach Deutschland als auch die Vernichtung der freien Niederlande, in denen er trotz allem das festeste Bollwerk des festländischen Protestantismus erblickte, nach Kräften zu verhindern; dazu sah er in Galen einen Söldling Frankreichs, dessen länder- und herrschgierigen Absichten dienend. Er drohte also, die münsterschen Kriegsvorbereitungen nicht ruhig dulden zu wollen. Nicht nur den Bischof mahnte er von dessen „Armatur" ab, sondern ersuchte auch den Kaiser und Schweden, auf Christoph Bernhard im gleichen Sinne zu wirken. Die Herzoge von Celle und Braunschweig forderte er zu Mafsregeln gegen die den Bestand des westfälischen und des nieder-

sächsischen Kreises bedrohenden Entwürfe des Münsterer Bischofs auf[1]. Allein er bethätigte sich auch unmittelbar als Freund der gefährdeten Niederlande.

Nirgends zeigten sich die grofse politische Einsicht, der klare, freie Blick, die Unabhängigkeit seiner bleibenden Ziele von vorübergehenden Empfindungen, alle diese hervorragenden Eigenschaften Friedrich Wilhelms deutlicher als in seinem Verhalten gegen die Generalstaaten. In diesen herrschte eine Partei, die ihm und seinem Hause durchaus feindlich gesinnt war; sie hatten ihn thatsächlich mit verletzender Abneigung behandelt, seine Interessen allerorten bekämpft, seine Unterthanen wider ihn aufgewiegelt, seine Festungen ihm vorenthalten; noch jüngst hatten sie, trotz seiner wiederholten Mahnungen und trotz aller ihnen selbst drohenden Gefahren, die Erneuerung des Bündnisses von 1655 beharrlich zurückgewiesen. Dagegen hatten die Widersacher Hollands, England und Münster, ihm verlockende Anerbietungen gethan, wenn er im Verein mit ihnen den Übermut der Krämerrepublik brechen wolle. Gerechte Verstimmung und beträchtlicher Gewinn schienen ihn gleicherweise zu den Gegnern der Generalstaaten hinüberzuziehen. Allein Friedrich Wilhelm bildete sich die feste und bald genug durch die Thatsachen als richtig erwiesene Überzeugung, dafs die Vereinigten Niederlande die vornehmste Schutzwehr politischer Unabhängigkeit wie religiöser Freiheit auf dem europäischen Festlande seien — und seitdem liefs er sich durch keinerlei vorübergehende Umstände in seiner Anhänglichkeit an sie beirren. Mit klarer Einsicht verband er die Beharrlichkeit des Willens. In dem gegenwärtigen Augenblicke gedachte er ferner durch ein Bündnis mit den Holländern diese daran zu verhindern, dafs sie die Hilfe der Franzosen anriefen und letztere so den Anlafs fänden, sich am Niederrhein festzusetzen. Als deshalb im Angesicht der von Münster ihnen drohenden Gefahr die Hochmögenden endlich, im Juli 1665, den Wunsch nach Erneuerung des alten Bündnisses mit dem Kurfürsten aussprachen, verzichtete er in grofsartiger Selbstentsagung auf die früher als Bedingung geforderte Räumung sämtlicher klevischer Festungen, erklärte sich mit der Räumung des einen Orsoy, der Regelung

[1] U. u. A., XI, 622 ff. — Über des Kaisers Umtriebe: U. u. A., II, 377 die Äufserung des münsterschen Gesandten in Kleve.

der Befugnisse der niederländischen Gouverneure in den übrigen klevischen Festungen, der Rückstellung des Genneper Zolles und einer billigen Regelung der Hofyserschen Schuld zufrieden. Über letztere setzte er thatsächlich eine, wenn auch nicht endgiltige, gütliche Einigung durch[1].

Allein schon hatte bei den Holländern die anfängliche Niedergeschlagenheit wieder gröfserer Zuversicht Platz gemacht. Der Seeheld de Ruyter hatte in Westindien feindliche Schiffe weggenommen und in den dortigen englischen Kolonien reiche Beute gewonnen, ging dann nach Bergen, befreite das dorthin geflüchtete niederländische Kauffahrteigeschwader aus beiden Indien und Smyrna mit dessen 300 Tonnen Goldes werter reicher Ladung und brachte es fast unbeschädigt in die Heimat zurück. Sofort erwachte der alte Übermut der Oligarchen wieder. Sie hielten sich übrigens französischer und welfischer Hilfe sicher. „Wir wollen lieber krepieren," sagte de Witt dem französischen Gesandten, „als Sr. Kurf. Durchl. irgend etwas bewilligen, was dem Staate nicht nützlich oder rühmlich wäre, da wir ja des Beistandes Ihres Königs gewifs sind." Es kam zu bitteren Worten zwischen den Hochmögenden und dem brandenburgischen Gesandten. Die Generalstaaten zogen die kaum begonnenen Verhandlungen böswillig in die Länge[2].

Der Kurfürst war voll schwerer Sorgen. Schon fürchtete er die Münsterer gegen seine von den Niederländern besetzten klevischen Städte marschieren, die Franzosen am Niederrhein erscheinen zu sehen[3]. Und wie die Franzosen, so drohten auch die Schweden in das kaum befriedete Reich zu kommen. Gegen die Holländer und Ludwig XIV. gleich sehr erbittert, mit England im besten Einvernehmen, von Münster durch das Versprechen der Unterstützung ihrer Anschläge auf die Stadt Bremen gewonnen, beorderten sie 8000 Mann unter des Reichsfeldherrn Karl Gustav Wrangel eigenem Befehl nach Deutsch-

---

[1] v. Mörner, 267 f. — U. u. A., III, 150. — Die Instruktion des Kurfürsten an Blaspeil vom 23. Juli/2. August 1665 (U. u. A., XI, 625) beweist, dafs er nicht die schlimme Lage der Vereinigten Provinzen zur Erlangung sämtlicher klevischer Festungen zu benutzen gedachte.

[2] De Guiche, Mémoires, I, 96. — Aitzema, V, 507 f. 526 ff. 532 ff. — d'Estrades, Mém., II. 318. 385 f. — U. u. A., III, 151 ff.; XI, 628.

[3] Eigene Worte des Kurfürsten in der Sitzung des Geheimen Rates vom 7./17. Aug. 1665; U. u. A., XI, 630.

land, wo sie eine drohende Stellung einnahmen[1]. Andererseits verhandelten die welfischen Herzoge mit den Generalstaaten über ein Trutzbündnis; freilich versprachen sie dem Kurfürsten, nicht ohne seine Zustimmung im Haag abzuschliefsen — aber konnte man sich auf solche Zusage verlassen? Zumal Galen sie von neuem durch schändliche Bedrückung der unter ihrem Schutze stehenden Protestanten seiner Abtei Corvey reizte, zum schweren Ärger auch des Kurfürsten, der ihm zur Strafe eine Kompanie Münsterer Reiter, die durch das Halberstädtische zogen, festhalten und zum Eintritt in den brandenburgischen Dienst nötigen liefs. Nichtsdestoweniger schlofs Christoph Bernhard am 13. Juni 1665 mit England ein Bündnis ab, nach dem er mit 30000 Mann gegen die Generalstaaten marschieren und dafür beträchtliche Hilfsgelder erhalten sollte. Beide Bedingungen erhielten sofortige Ausführung. Dafür erklärte Ludwig XIV. dem Bischofe: er werde die Truppen des Allerchristlichsten Königs an der Spitze des niederländischen Heeres finden. Alle Befürchtungen Friedrich Wilhelms erschienen begründet[2].

Der Münsterer aber liefs sich weder durch die Drohungen Frankreichs noch durch die unzweifelhafte Thatsache einschüchtern, dafs er von keinem seiner deutschen Nachbarn Beistand zu erwarten habe. Am 14. September schlug er mit 18000 Mann los. Die herrschende Oligarchenpartei in den Vereinigten Provinzen hatte das oranischer Sympathien verdächtige Heer in schreiender Weise vernachlässigt, die Zahl der Feldtruppen auf 6000 Mann vermindert, die Offizierstellen als Sinekuren für ihre Günstlinge behandelt, die Wälle der Festungen verfallen und die Magazine sich leeren lassen. So konnte Christoph Bernhard erobernd und verheerend — auch Borkelo nahm er ein — durch Overyssel und Zütphen bis gegen Groningen vordringen. Es war ein jämmerliches Wesen in den Niederlanden. Sie sahen sich ängstlich nach Hilfe um. Da vergafsen die Braunschweiger ihrer feierlich an Brandenburg gethanen Zusage und schlossen ohne dessen Zustimmung am 19. September mit den Generalstaaten

---

[1] Ribbeck, 41. — Pomponne, Mémoires, Bd. II (Paris 1861), S. 17 ff. 26. — U. u. A., IX, 804 ff.

[2] Tücking, 128 f. — Corstiens, 89 f. — Ribbeck, 41 ff. — Wiens, Sammlung fragmentarischer Nachrichten über Christ. Bernh. v. Galen, S. 99 f.

ab, denen sie gegen tüchtige Subsidien 12000 Mann zu Gebote stellten. Die Oligarchen hatten die Sache mit Eifer gefördert, um so der Notwendigkeit enthoben zu sein, dem gefürchteten brandenburger Nachbarn einige Zugeständnisse machen zu müssen. Graf Georg Waldeck, der seit seiner Entlassung aus dem Dienste des Kurfürsten diesem Rache geschworen, hatte die ganze Angelegenheit ins Werk gesetzt; schon sah er sich an der Spitze eines Heeres als Herr in Friedrich Wilhelms niederrheinischen Besitzungen schalten. Der Kurfürst war äufserst erbittert über einen Wortbruch, der ihm mit Recht als eine absichtliche Beleidigung erschien. Ein Versuch Waldecks, sich persönlich bei einer Anwesenheit in Berlin zu rechtfertigen, scheiterte durchaus[1].

Aber noch schmerzlicher mufste es den Kurfürsten berühren, als er die längst gefürchtete Nachricht erhielt: die Staaten hatten die Hilfe Frankreichs angerufen! Um so bedrohlicher, als gerade Philipp IV. von Spanien, Ludwigs XIV. Schwiegervater, gestorben war. Nun mochte der französische König, unter dem Vorwande des den Holländern zu leistenden Beistandes, sich der spanischen Niederlande als eines Teiles der Erbschaft seiner Gemahlin bemächtigen, damit den deutschen Niederrhein unmittelbar gefährden.

Es hielt Friedrich Wilhelm nicht länger in Berlin. Am 17. Oktober reiste er nach Kleve ab, gefolgt von allen irgend abkömmlichen Truppen. Zugleich liefs er Werbungen anstellen, an 4000 Mann. Generalfeldmarschall von Sparr wurde in den Marken zurückgelassen, um die Heeresvermehrung und die Bildung des Artillerieparkes zu überwachen, aber mit der Weisung, sich selbst zum Abgange nach dem Rhein jederzeit bereit zu halten[2]. Friedrich Wilhelm wollte sich in den Stand setzen, in das Intriguennetz von Freund und Feind mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit und seines gefürchteten

---

[1] Lefèvre-Pontalis, Jean de Witt, I (Paris 1884), 363 f. — Köcher, I, 440 ff. — de Guiche, Mém., I, 96; II, 204. — U. u. A., XI, 636 ff.

[2] F. Hirsch in der Hist. Zeitschr., N. F., XVII, 246—250. — Über das Folgende sehe man: Die Memoiren von de Guiche, Estrades und Pomponne; A. Strecker, Franz v. Meinders (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, XI, IV [Leipzig 1892]); Ribbeck, 44; Lefèvre-Pontalis, I, 374; U. u. A., II, 305 f.; III, 157; IX, 807; XI, 455. 650 ff. 663 ff. 668. 673; Köcher, I, 150 f.

Heeres einzugreifen. Seine hervorragendsten Berater begleiteten ihn: Schwerin, Johann Georg von Anhalt, Graf Dohna, Friedrich von Jena, General-Kriegskommissar von Platen; dann der junge Franz Meinders, ein Bielefelder, der zuerst durch Waldeck emporgekommen war, aber durch Geschick und gewinnendes Wesen sich auch nach dem Sturze seines Gönners das Wohlwollen des Herrn erhielt.

Nur auf Frieden war dieses Bestreben gerichtet, nicht — wie man damals vielfach annahm — auf den eigenen Vorteil, um im Trüben zu fischen. Allzu grofse Interessen standen auf dem Spiele, als dafs der Kurfürst an kleinlichen Gewinn gedacht hätte; allzu starke Mächte waren beteiligt, als dafs er hätte hoffen dürfen, die Dinge lediglich nach seinem Willen zu leiten. Nach allen Seiten verhandelte er, um die Gefahr des bevorstehenden französischen Feldzuges fernzuhalten oder doch zu mindern. Das Ansuchen des Münsterer Bischofs an den Rheinbund um Unterstützung gegen die Niederlande befahl er seinem Gesandten abzulehnen, unter heftigem Tadel, „wie übel es von dem Herrn Bischof geschehen, dafs er ein so gefährliches Werk ohne Ihrer Kaiserl. Majestät, des Reiches und des Kreises Vorwissen angefangen und dadurch das Reich und den Kreis in die höchste Gefahr gesetzet". Den Generalstaaten bot er seine eigene Person und all seine Kraft zum Dienste an, dem Ratspensionär jede Freundschaft, wenn sie nur ihr Gebiet nicht durch die Truppen einer fremden Grofsmacht betreten lassen wollten, die sie zweifellos in Knechtschaft zu bringen bestrebt sein würde. Allein die Oligarchen zogen es vor, sich dem französischen Joche zu unterwerfen, als dafs sie sich der „Herstellung des Prinzen von Oranien" aussetzten, die sie befürchteten, wenn der Kurfürst von Brandenburg die Republik errette. Das einzige, an sich allerdings erfreuliche Ergebnis, das dieser erlangte, war, dafs die Franzosen bei ihrem Vormarsche das brandenburgische Gebiet vermieden, — und das war nicht dem Wohlwollen der Hochmögenden und ihrer französischen Verbündeten zu danken, sondern dem brandenburgischen Heere im Klevischen. Zum Danke für die erwiesene Rücksicht verwarf Friedrich Wilhelm endgiltig die Dorstener Verträge: „dem Allerchristlichsten Könige zu Liebe", wie er dem Grafen von Estrades, dessen Gesandten im Haag, betonte.

Inzwischen suchte er eine kräftige Friedenspartei zu bilden,

die die Schlichtung des Streites und Schonung des Reichsbodens zu erzwingen im stande wäre. Er wurde dabei besonders von einem katholischen Fürsten unterstützt, dem jungen Bischofe von Paderborn, dem feingebildeten und hochstrebenden Ferdinand von Fürstenberg, der sich um so eher durch seinen Jugendfreund Meinders gegen die gefährlichen Bestrebungen Galens einnehmen liefs, als er sich als dessen Nachfolger, als künftigen Beherrscher des Hochstiftes Münster betrachtete. Ja, Friedrich Wilhelm sandte seinen Hofrat Hans Adam von Schöning direkt an den streitbaren Prälaten von Münster und brachte diesen durch die Drohung schwedischen und brandenburgischen Eingreifens thatsächlich zu dem Zugeständnis: er wolle gern Brandenburgs Vermittlung annehmen, wenn nur sein Verbündeter England, den er nicht übergehen könne, damit einverstanden sei. Andererseits kühlte der Kurfürst den wieder erwachten Übermut der Generalstaaten dadurch ab, dafs er die Braunschweiger Herzoge bewog, das Bündnis mit den Vereinigten Provinzen einstweilen nicht zu ratifizieren und dafür sich den Vermittlungsversuchen Brandenburgs bei dem Münsterer anzuschliefsen.

So günstig wirkte schon das ebenso besonnene wie kräftige Auftreten Friedrich Wilhelms. Es ward unterstützt durch die Art, wie die Franzosen in den Niederlanden auftraten.

Ehre und Vorteil Frankreichs forderten, seine Verbündeten, die Vereinigten Provinzen, nicht überwinden zu lassen. Aber weiter wollte Ludwig XIV. nicht gehen, ihre Machterweiterung nicht dulden; denn er und seine Minister waren fest davon überzeugt, dafs das Lebensinteresse der Staaten sie nötigen werde, sich den Absichten Frankreichs auf die spanischen Niederlande zu widersetzen. Hatten sie doch soeben erst lieber auf jede Hilfe von Frankreich verzichten wollen als ihm dafür die Besitznahme der belgischen Festung Cambrai gestatten[1]. Der Hauptzweck des französischen Feldzuges war vielmehr, das widerspenstige Mitglied des Rheinbundes, den Bischof von Münster, zu entwaffnen und die Schlichtung seines Streites mit den Generalstaaten, unter Umgehung der Kaisers, der Pariser Regierung in die Hände zu spielen, die damit wiederum als

[1] H. Lonchay, La rivalité de la France et de l'Espagne aux Pays-Bas 1635—1700 (Brüssel 1896), S. 213.

die eigentliche Herrin Deutschlands erscheinen sollte[1]. Es wurde also dem französischen Befehlshaber, General Pradel, jedes Übermafs kriegerischen Eifers untersagt. Als er im November 1665 an der Maas erschien, musterte er kaum 6000 Mann; die Reiterei war gut, das Fufsvolk erbärmlich. Alle aber benahmen sich in dem Lande, das zu beschützen sie gekommen waren, ärger als die Feinde, die Bischöflichen, plünderten und mifshandelten die Einwohner und stellten den Weibern nach. Die Klagen über sie waren allgemein. Gegen England gab Frankreich nicht ein Schiff, nicht einen Soldaten, nicht einen Pfennig. Offenbar wollte es die Gunst dieses Landes nicht verscherzen. Die niederländischen Städte verlangten dringend die Entfernung dieser eigentümlichen Verbündeten, die sogar die reformierten Kirchen verwüsteten, und drohten mit Revolution, wenn man ihnen noch mehr Franzosen sende. Diese antworteten mit Gegenklagen. Beide Alliierte liefsen, trotz ihrer überlegenen Streitkräfte, die Truppen des Bischofs sich ruhig über die Grenze zurückziehen.

Kein Wunder, dafs die sechs kleineren unter den Vereinigten Provinzen viel mehr ein Bündnis mit Brandenburg verlangten, selbt unter Räumung Orsoys. Allein die Oligarchen der Provinz Holland blieben fest in ihrer Abneigung gegen den Kurfürsten. Vergebens bemühten sich die Welfen, ja selbst der Franzose d'Estrades, die Holländer dahin zu bringen, dafs sie mit einem geringen Opfer die Hilfe Brandenburgs erkauften. Endlich willigten die Generalstaaten grofsmütig ein, dafs man dem Brandenburger Orsoy überliefere — aber nur während der Dauer des Krieges; von seinen Truppen wolle man einen Teil in Sold nehmen, der gröfsere Teil aber müsse ihnen auf eigene Kosten dienen, und zwar mit sofortigem Angriffe auf Münster. Dazu war Friedrich Wilhelm nicht zu haben. Er wollte sich nicht von oben herab behandeln, sich den Befehl über seine Truppen nicht entwinden lassen. Ehe es zum Kampfe kam, wollte er versuchen, gerade durch sein Bündnis mit den Generalstaaten den Bischof zum Frieden zu schrecken, den er ja beständig als sein eigentliches Ziel betrachtete. Er wies jene Vorschläge unbedingt zurück, brach aber die Unterhandlungen

[1] Schreiben Ludwigs XIV. und Lionnes an d'Estrades, vom Sept. bis Dez. 1665; Wiens, 175 ff.

deshalb nicht ab. „Denn," so sagte er im Geheimen Rate, „einmal bin ich als Kurfürst schuldig, das Reich in Frieden zu setzen; zweitens ist die Religion eine der vornehmsten Ursachen, dafs ich nicht will, dafs die Staaten sollten zu Grunde gehen. Meine Lande sind also situieret, dafs ich nicht wohl daraus bleiben kann: sie sind mit Katholischen umzingelt: neutral zu bleiben ist ein Wurm, der sich selbst verzehret." Worte, die die ganze Denkweise Friedrich Wilhelms über die äufsere Politik trefflich erläutern! Mit 5500 Mann Feldtruppen, die er bereits in Kleve hatte, zwei weiteren Infanterieregimentern, die er soeben werben, und einem dritten, das er aus den kurmärkischen und pommerschen Besatzungen bilden liefs, konnte er schon mitreden. Er bot den Niederländern eine Hilfe von 8000 Mann binnen sechs Wochen und Bereitstellung eines weiteren Korps an, wenn ihm Orsoy eingeräumt werde[1].

Seine Stellung war eine treffliche, ausschlaggebende, ganz Europa bewarb sich um seine Gunst. Aus Frankreich kam im Dezember 1665 ein Herr du Moulin, der ihn zum Bündnis mit den Generalstaaten ermahnte und ihm dazu von seinem Könige Hilfe an Geld und Volk verhiefs. Also abermals das Bestreben, Brandenburg von Frankreich abhängig, dieses zum Oberherrn und Wohlthäter aller zu machen! Es war dies um so bedenklicher, als du Moulin offen erklärte: sterbe der schwache und kränkliche Karl II. von Spanien, so werde Ludwig XIV. sein Anrecht auf das spanische Erbe in vollem Umfange geltend machen[2].

Auch die Gegenpartei bemühte sich um den Brandenburger. Karl II. von England sandte ihm Sir Walter Vane zu, der seines Herrn echt protestantische Gesinnung betonte und den Kurfürsten zum Kampfe für seine eigenen, von den Holländern so vielfach verletzten Rechte, sowie für die Interessen des jungen Prinzen von Oranien ermahnte. Friedrich Wilhelm wies ihn zunächst ab, indem er mit Recht darauf hindeutete, dafs dem Oranier mit einer von Fremden erzwungenen Wiedereinsetzung in die frühere Stellung schwerlich gedient und dafs eine Schwächung der freien Niederlande dem allgemeinen Besten

[1] de Witt, Brieven, II, 118 f. — d'Estrades, Mémoires, II, 437 f. 507 ff. — U. u. A., XI, 653—673. — Köcher, I, 447.

[2] U. u. A., II, 309 ff.; XI, 672 f.; XIV, I, 234.

unzuträglich sei. Da traten Umstände ein, die ihn doch veranlafsten, einen anderweiten Vorschlag des englischen Gesandten in Betracht zu ziehen.

In seinem Wunsche, einen den Staaten ungünstigen Ausgang des Krieges zu verhüten und einen billigen Frieden herbeizuführen, hatte er jenen ein grofses Zugeständnis gemacht: um das Ehrgefühl der Hochmögenden zu schonen, werde er die Forderung der Einräumung klevischer Festungen überhaupt bis nach dem Friedensschlusse vertagen. Dafür aber wolle er von dem Zwange sofortigen Bruches mit Münster verschont bleiben, zunächst den Zwist gütlich beizulegen suchen. Zum Scheine erklärten sich de Witt und seine Freunde mit diesem Vorschlage sehr zufrieden; in Wahrheit zogen sie die Unterhandlungen in die Länge. Sie beabsichtigten, so den Kurfürsten an der Parteinahme für ihre Gegner zu verhindern, inzwischen aber den Prinzen von Oranien unschädlich zu machen. Sie beraubten ihn seiner Freunde und Berater durch deren Einkerkerung. Die Vorstellungen der ihm günstigen Provinzen, ihn mit einer hohen Stellung im Staatswesen zu betrauen, wurden durch die Gegenbemühungen Frankreichs und der holländischen Stadtaristokraten in den Generalstaaten verworfen. Die Oligarchen erwarteten offenbar das Heil nur von Frankreich: die dem Kurfürsten unangenehmste Lösung![1]

Derartig gegen die Staaten verstimmt, erhielt dieser, Ende Dezember 1665, den Antrag des englischen Gesandten: nur neutral möge er bleiben, dann werde ihm England monatlich 30000 Thaler Hilfsgelder zahlen. Ein solches Anerbieten glaubte der Kurfürst bei der widrigen Haltung der Generalstaaten und bei der offenbaren Geringschätzung, mit der diese seine wiederholten Bündnisanträge behandelten, nicht von der Hand weisen zu dürfen. Seine Gemahlin unterstützte Sir Walter Vane nach Kräften, aus Abneigung gegen die im Haag herrschende antioranische Faktion. Ohne auf die Bittgesuche des Münsterer Bischofs gegen den drohenden Angriff der

[1] Aitzema, V, 517. 670 f. — Pufendorf, X, 12. — de Guiche, Mém., II, 210. — de Witt, Brieven, II, 143. 148. 162. 166. — U. u. A., II, 327; III, 161 ff.; XI, 678 ff. — d'Estrades, Mém., II, passim. — Lefèvre-Pontalis, I, 387 f.

welfischen Herzoge einzugehen, begann Friedrich Wilhelm doch Unterhandlungen über den englischen Antrag[1].

Die französische Regierung wurde durch diese Vorgänge heftig erschreckt. Suchten doch auch die kaiserlichen Gesandten im Haag und in Kleve den Frieden zu vermitteln und so den Franzosen das Heft aus den Händen zu nehmen. Um so mehr mufste Frankreich den Kurfürsten gewinnen, von dessen Haltung offenbar auch die des welfischen Hauses in dieser Frage abhing. Das feste und selbstbewufste Auftreten Friedrich Wilhelms brachte in Paris einen bedeutenden Eindruck hervor. Lebhafter als je empfand man dort den Wunsch, diesen Fürsten und sein tapferes Heer dauernd an sich zu fesseln; damit glaubte man, für alle Zeit den Einflufs des Kaisers in Norddeutschland vernichten zu können. Keinen Geringeren als den Grafen d'Estrades beschlofs man nach Kleve zu entsenden; und da dessen Mission an einer Etikettenfrage scheiterte, ging an seiner Stelle zum Kurfürsten ein naher Verwandter des Ministers Colbert, der Requetenmeister Colbert-Croissy, unter dem Vorwande, den Tod der Königin-Mutter Anna offiziell anzuzeigen. Er brachte, als Erwiderung auf frühere Gaben des Kurfürsten, diesem sowie dessen Gemahlin reiche Geschenke des französischen Herrschers, 62000 Livres an Wert[2].

Die Absendung einer so vornehmen Persönlichkeit und die Höhe der Geschenke beweisen deutlich, welche Bedeutung die Pariser Regierung der Haltung des Kurfürsten beilegte. Man wollte diesen zum engen Anschlufs an Frankreich veranlassen — allein Friedrich Wilhelms Benehmen war so kühl, dafs Colbert-Croissy sich mit derartigen Anträgen gar nicht herauswagte.

Die feindliche Stellung Brandenburgs gegen die Niederlande, die es so tief gekränkt hatten, und gegen Frankreich, dessen Pläne es verabscheute, spitzte sich immer mehr zu. Nur in dem gleichen Sinne konnte es aufgefafst werden, wenn Friedrich Wilhelm jetzt mit katholischen Fürsten, dem Kölner Kurfürsten

---

[1] de Guiche, Mém., II, 205. — U. u. A., III, 161 ff.; XI, 161 ff. 678 ff.; XIV, I, 239 ff.

[2] Orlich, II, 38, Anm. 1. — Galand, Der Grofse Kurfürst u. Moritz v. Nassau, 39. — P. Seidel, Der Silber- u. Goldschatz der Hohenzollern im kgl. Schlosse zu Berlin (Berlin 1896), S. 4 f. — d'Estrades, Mém., II, 510 ff. 525; III, 32. — U. u. A., II, 320 ff. 355. 371. 407; XI, 682 ff.

und dem Neuburger, Verhandlungen begann. Hatte doch Neuburg bei dem Rheinischen Bunde geradezu bewaffnetes Einschreiten gegen die Generalstaaten beantragt. Es wurde eine Zusammenkunft, zuerst in Neufs, dann in Aachen verabredet.

Dabei war die Lage der Niederländer fortdauernd ungünstig. Freilich, König Ludwig erklärte damals den Engländern förmlich den Krieg Aber von thatsächlichen Rüstungen der Franzosen gegen England war nichts zu merken. Der französisch-niederländische Feldzug gegen den Bischof fiel kläglich aus. Eine so kleine Stadt, wie Bocholt, vermochten die Verbündeten nicht zu nehmen. Sie erlitten Niederlage auf Niederlage und mufsten das münstersche Gebiet unter grofsen Verlusten räumen; ja, die Münsterer drangen von neuem in die Niederlande ein. Im verbündeten Heere stritten sich die holländischen und die französischen Generale, sowie der Hochmögende Felddeputierte, und schrieben sich gegenseitig die Schuld an dem Mifsgeschicke zu.

Der traurige Verlauf des Krieges steigerte die Unzufriedenheit in den Vereinigten Provinzen. Stürmisch verlangten die kleineren unter ihnen und sogar dreizehn Städte der Provinz Holland nach dem Prinzen; der Oranier allein schien berufen, nach dem glorreichen Vorbilde seiner Ahnen, die niederländischen Fahnen zum Siege zu führen. Bei längerer Dauer des Kriegsunglücks hatten der Ratspensionär und seine Freunde eine Revolution zu fürchten. Bereits kam es zu Kämpfen der Landesbewohner gegen die lästigen und übermütigen Franzosen. England rüstete mächtig zur See und zu Lande und drohte, dem Münsterer ein Hilfsheer zu senden. Noch immer weilte Vane in Kleve; sollte man abwarten, bis er durch seine Versprechungen den Kurfürsten vollends auf die Seite der Feinde zog? Auch Schweden bereitete sich vor, nach Abschlufs eines Offensivbündnisses mit England seine Truppen mit denen des Münsterer Bischofs zu vereinen und die Niederländer direkt anzugreifen[1]. Die Braunschweiger Herzoge wollten nichts für diese thun ohne Zustimmung des Brandenburgers. Die Hochmögenden konnten dessen Beistandes nicht länger entraten. Selbst von Paris aus wurden sie ermahnt, endlich mit Branden-

[1] Geijer-Carlson, IV, 485 f.

burg abzuschliefsen, da der Allerchristlichste König nicht gestatten könne, dafs um der oligarchischen Faktionsinteressen willen der mächtigste Fürst Deutschlands den Feinden in die Arme getrieben und zu einem Bündnisse mit dem Kaiser und den Schweden geradezu gezwungen werde.

Die holländischen Machthaber sahen ein, dafs sie nicht anders konnten, als sich ernstlich an den ihnen so verhafsten Kurfürsten zu wenden. Sie sandten an ihn (Mitte Januar 1666) den früheren Generalschatzmeister Hieronymus van Beverning, einen intimen Freund de Witts, aber gemäfsigt denkenden Mann von hoher diplomatischer Begabung.

Der brandenburgische Hof in Kleve war zur Zeit abermals, wie 1657 und 1658, zum Mittelpunkte der europäischen Politik geworden. Von allen Seiten trafen die Gesandten dort ein, um die Gunst des klugen und mächtigen Fürsten für ihre Regierung zu suchen. Aufser den Bevollmächtigten zahlreicher Reichsstände waren da Goefs für den Kaiser, Vane für England, Colbert-Croissy für Frankreich, Beverning für die Generalstaaten. Auch ein spanischer Botschafter, Estévan de Gomara, traf mit Anerbietungen ein; vorübergehend erschienen Dänen und Schweden. Es war die Glanzzeit von Friedrich Wilhelms Regierung. Stolzes Selbstgefühl mochte seine Brust erfüllen, wenn er diese rühmliche Stellung mit den dürftigen Anfängen seiner Herrschaft verglich.

Beverning erkannte, dafs der Kurfürst grundsätzlich zu einem Vertrage mit den Vereinigten Provinzen neige, aber auf seinen letztgeäufserten Bedingungen bestehe. Die Generalstaaten dagegen wollten zwar die Bürgschaft für ganz Preufsen und Pommern — nicht nur, wie bisher, für deren Seeplätze — übernehmen, blieben aber sonst bei ihrer Abweisung der brandenburgischen Forderungen. Allein der Druck, den in Kleve Colbert, im Haag Graf d'Estrades auf sie ausübte, stimmte sie allmählich nachgiebiger, zumal in der Sache des Genneper Zolles, an der zeitweise „das ganze Werk accrochierte“. Der verständige Beverning, der persönlich durchaus für die Allianz mit Brandenburg eingenommen war, machte noch über seine Instruktionen hinaus Zugeständnisse in dem Zahlungsmodus der Hilfsgelder, und indem er den Zeitpunkt des Losschlagens gegen den Münsterer in das Belieben des Kurfürsten stellte. So kam

man am 16. Februar glücklich überein und fafste die Bündnisverträge endgiltig ab[1].

Eine besondere Genugthuung mochte es dabei dem Kurfürsten sein und ein Lichtstrahl für die Zukunft, dafs Beverning' die Einmischung Frankreichs sorgfältig vermieden und selbst dessen Erwähnung in dem Allianzvertrage gänzlich unterlassen hatte. Darüber kam es zwischen ihm und dem heftigen, hochfahrenden Colbert-Croissy zu erregten Scenen, sowie zur Verklatschung Bervernings durch die Franzosen im Haag, wo solche Anklagen freilich an der Freundschaft de Witts für den Generalschatzmeister unschädlich abprallten. Die brandenburgischen Minister sahen mit Schadenfreude den Zwist zwischen den Vertretern der soeben noch auf das engste vereinten Mächte und suchten ihn zu verschärfen, indem sie alle Schuld an der Übergehung Frankreichs den Niederländern beimafsen[2].

Es wurden also zwei Verträge aufgesetzt. Der eine enthielt im wesentlichen eine Erneuerung des Verteidigungsbündnisses von 1655, mit einigen Abänderungen, die seine Wirksamkeit verstärkten. Den Genneper Zoll beliefs der Kurfürst den Niederländern auf weitere zwölf Jahre, jedoch nur gegen eine Entschädigung von 50000 Gulden. In einem Geheimartikel behielt sich Brandenburg vor, bei einem Angriffe des Kurfürsten von Köln, des Pfalzgrafen von Neuburg oder des Fürsten von Ostfriesland auf ihre von niederländischen Garnisonen besetzten Festungen den Generalstaaten nur dann Hilfe zu leisten, wenn besagte Fürsten sich dazu anderweiten Beistandes bedienten. — Das zweite Instrument umfafste eine „Nähere Zusammensetzung" betreffs der damals schwebenden niederländisch-münsterschen Wirren. Der Kurfürst durfte deren Schlichtung zunächst auf gütlichem Wege versuchen. Nur wenn dieser nicht zum Ziele führte, versprach er mit 4000 Reitern und 8000 Fufsgängern den Bischof und dessen Helfer zu bekämpfen. Dafür zahlen

---

[1] Über diese Verhandlungen sehe man: de Guiche, Mémoires, I, 168 (wo er die mafsgebende europäische Stellung des Kurfürsten hervorhebt); II, 211 f.; de Witt, Brieven, II, 118 f. 178; d'Estrades, Mémoires, III, 24 ff. 49. 73 ff.; Aitzema, V, 776 ff.; U. u. A., II, 329—355; III, 165 bis 183.

[2] Über diesen Zwist: de Guiche, Mém., 229; ferner: d'Estrades; de Witt; U. u. A., II, 342 f. 349; III, 181 Anm. 1. — Die Bündnisverträge: Pufendorf, X, 13 f.; Aitzema, V, 997 ff.; v. Mörner, 279 ff.

ihm die Generalstaaten Hilfsgelder zur Werbung im Betrage von 160000 Thalern, sowie monatlich weitere 45839 Thaler. Den Oberbefehl über diese Truppen, die vereint bleiben, führt der brandenburgische Generalfeldmarschall Otto Christoph von Sparr. Im Notfalle hat der Kurfürst noch weitere 2—3000 Mann mehr zu stellen. Keine der beiden Mächte darf ohne Zustimmung der anderen Waffenstillstand oder Frieden schliefsen. Der einzige Zweck dieses Bündnisses ist, dem Bischof von Münster die Herstellung von Ruhe und Frieden aufzunötigen.

Damit hatte Friedrich Wilhelm einen bedeutsamen Schritt auf dem Pfade, den er sich vorgezeichnet, voran gethan. Es beruhte vollkommen auf Wahrheit, wenn er und seine Minister dem Kaiser und dessen Gesandten Goefs nachdrücklichst erklärten, dafs der einzige Zweck dieser Allianz sei, den Bischof derart einzuschüchtern, dafs er baldigst Frieden schliefse, und zwar nicht durch Vermittlung und nach den Wünschen Frankreichs, sondern Brandenburgs, sowie des Kaisers und anderer deutscher Fürsten. Nicht minder aufrichtig war es, wenn sie hinzufügten: eine Hauptabsicht bei dem ganzen Werke sei, die Niederlande der Abhängigkeit von Frankreich zu entziehen, dabei aber auch Sorge zu tragen, dafs dem Reiche kein Fufs breit deutschen Bodens mehr entfremdet werde. Um seinen festen Entschlufs zur Durchführung seiner Absichten darzuthun, ordnete der Kurfürst eine Vermehrung seiner Feldtruppen in Kleve auf 12000 Streiter an. So weihte er Brandenburg-Preufsens Bestimmung ein, als treuer Hüter die deutsche Westmark gegen alle Feinde zu verteidigen[1].

Er vermied es freilich, der Pariser Regierung seine wahren Anschauungen und Absichten zu verraten. Unmittelbar nach dem Abschlufs der Allianz mit den Staaten sandte er Blumenthal abermals nach Frankreich, unter dem Vorwande, zum Tode der Königin-Mutter zu kondolieren, thatsächlich um sich als treuer Verbündeter der Niederlande und Frankreichs der Gunst des letzteren zu empfehlen. Solche diplomatische Unaufrichtigkeiten kosteten dem Kurfürsten ebenso wenig, wie den anderen Staatsmännern seiner Zeit. Auffallender ist es, dafs die klugen Franzosen sich täuschen liefsen. Sie bereiteten nicht nur Blumen-

[1] Vgl. U. u. A., XI, 688; XIV, I, 247—251. — Über die Rüstungen: F. Hirsch in der Hist. Zeitschr., N. F., XVII, 252 ff.

thal die glänzendste Aufnahme in der königlichen Residenz St. Germain, sondern eröffneten ihm auch das Innerste ihres Herzens: Brandenburg solle dem Allerchristlichsten Könige zur Besitznahme der spanischen Niederlande helfen, „die er dem Kaiser nie gönnen werde, und sollte auch diese Krone hierdurch in ewige Kriege verwickelt werden"; dafür werde man den Kurfürsten gegen Schweden und Polen schützen. Colbert-Croissy, sowie der zu den Friedensverhandlungen nach Kleve entsandte Graf Wilhelm von Fürstenberg, der Bruder des bei dem Kölner Kurfürsten allmächtigen Bischofs Franz Egon von Strafsburg, hatte Friedrich Wilhelm dieselben Anträge mündlich zu empfehlen[1].

Eine bedrohliche Zukunft trat auf dem Grunde dieser französischen Eröffnungen hervor: neue Machterweiterung des die Unabhängigkeit aller bedrohenden Staates, Krieg desselben mit dem Kaiser, mit den freien Niederlanden! Um so mehr drängte es den Kurfürsten, dem münsterschen Zwiste ein Ende zu bereiten, die guten Beziehungen zwischen dem Reiche und den Generalstaaten wieder herzustellen, aus diesen den französischen Einfluſs möglichst zu verdrängen. Indem er dem Colbert-Croissy durch scheinbares Eingehen auf dessen Vorschläge die Enthüllung von Ludwigs XIV. Absichten in vollem Umfange entlockte, betrieb er die friedliche Umstimmung Christoph Bernhards von Galen durch seinen thatkräftigsten und schlauesten Diplomaten, Friedrich von Jena.

Wochenlang dauerten noch die Verhandlungen, da die Generalstaaten dem Bischof entehrende Bedingungen auferlegten und dieser vielmehr Gewinn aus dem Kriege ziehen wollte. Er rief aus: er sei stark genug, erst noch Holländer und Brandenburger tüchtig zu schlagen, um dann einen besseren Frieden zu erhalten. Dazwischen tummelten sich die Gesandten Kurkölns, Neuburgs, Paderborns, des Kaisers und Frankreichs, stritten sich untereinander und mit den unterhandelnden Parteien und drohten das ganze Werk zu stören. Die hauptsächlichsten Schwierigkeiten waren, dafs der Bischof Borkelo wieder haben, dafs andererseits ihm die Generalstaaten die Verpflichtung auferlegen wollten, nur 1500 Mann Truppen zu halten.

[1] U. u. A., II, 380. 404 ff. — Die Gesandtschaft Blumenthals, Febr. u. März 1666; U. u. A., XI, 703—709.

Über beides stritt man lange. Indes de Witt und seine Freunde sahen nun auch aus dem Ehrgeize und der Ländergier Frankreichs einen neuen grofsen Krieg hervorgehen, bei dem das Dasein der Republik auf dem Spiele stehen würde. Es drängte sie also jetzt zum Friedensschlusse, aus den gleichen Gründen wie den Kurfürsten. Es mufste sie alle sehr bedenklich stimmen, dafs Ludwig XIV. offenbar bemüht war, den streitbaren Münsterer Prälaten, mit Aufopferung der niederländischen Interessen, auf seine Seite zu bringen. Andererseits überzeugte sich Galen, dafs weder der Kaiser noch ein anderer katholischer Fürst „seinetwegen den Degen ziehen werde"; allein aber war er dem Angriffe, mit dem ihn der Brandenburger nun ernstlich und nachdrücklich bedrohte (Ende März), nicht gewachsen. So fand man in beiden streitigen Angelegenheiten einen Ausgleich. Auf eigene Gefahr gab de Witt zu, dafs wegen Borkelos die Rechte des Reiches vorbehalten wurden und dem Bischofe zugestanden ward, dafs er im Notfalle und zur Erfüllung seiner Reichspflichten über die ihm auferlegte Maximalzahl von 3000 Soldaten hinausgehen dürfe. Am 18. April 1666 wurde also der Friede unterzeichnet. Der Kurfürst suchte mit feinem Takte den erzürnten Prälaten zu versöhnen, indem er ihm bereits am folgenden Tage den Dank aussprach, dafs der Bischof mit Hintansetzung seiner Partikularinteressen die gemeine Wohlfahrt und Sicherheit solchergestalt habe befördern wollen[1].

Das Friedensinstrument nennt als Vermittler den Kaiser, den König von Frankreich, dann erst den Kurfürsten von Brandenburg und noch sieben andere deutsche Fürsten. Aber alle Welt wufste, dafs Friedrich Wilhelm allein durch sein ebenso festes wie besonnenes und uneigennütziges Auftreten dem Kriege ein Ende gemacht hatte. Wo blieben die Anschuldigungen, die man gegen ihn erhoben, dafs er im Trüben habe fischen wollen, dafs er durch sein Bündnis mit den Generalstaaten den Frieden lediglich erschwert habe? Gerade das Gegenteil von allem dem war erwiesen. Ohne sich mit

---

[1] Aitzema, V, 1023 ff. — Londorp, XI, 431 ff. — d'Estrades, Mém., III, 171 ff. — U. u. A., II, 371—408; III, 183—186; XI, 688 - 720; XIV, I, 251 ff. 257 ff. 264. — Tücking, 143 ff. — Corstiens, 114 ff. — Wiens, 128 ff.

jemandem zu verfeinden, hatte er mit Güte und Festigkeit die Kriegführenden zur Versöhnung gebracht.

In den Vereinigten Provinzen war man seines Lobes voll. Er hatte sie aus wirklicher Gefahr gerettet. Den englischen Feind glaubten sie mit Frankreichs Hilfe schon bestehen zu können. Die Herstellung des Friedens mit dem Münsterer, die Vermeidung eines Krieges mit Schweden galten ihnen mehr, als wenn sie mit Brandenburgs Hilfe eine Schlacht gewonnen hätten. Damals stellte der holländische Bildhauer Muller eine der hübschesten getriebenen Denkmünzen her, die das Bild des mit Lorbeer gekrönten Friedrich Wilhelm und die Inschrift trug:

Hier staat Keur-Brandenburg, s'lants trouwst Bontgenoot,
Die door syn staale vuist de goude vreed beslot.[1]

Freilich, England war über des Kurfürsten Bündnis mit den Generalstaaten, das es als einen Bruch der englisch-brandenburgischen Allianz vom 30. Juli 1661 auffafste, äufserst entrüstet und wies jeden Versuch des ungetreuen Freundes, auch zwischen London und dem Haag zu vermitteln, mit bitteren Worten zurück[2]. Um so geneigter war zur Freundschaft mit Brandenburg der Kaiser, den sowohl die Furcht vor Frankreichs polnischen Anschlägen, als vor dessen belgischen Plänen mit dem Kurfürsten einte[3]. Friedrich Wilhelm aber bewies auch hier, dafs er die Rücksicht auf die grofsen europäischen Verhältnisse jederzeit seinem Sondervorteile vorziehe. So sehr ihm die Jägerndorfer Angelegenheit am Herzen lag, er liefs sich noch einmal auf die Zukunft vertrösten und unterzeichnete, ohne darin eine Befriedigung erhalten zu haben, am 10. Mai 1666 die Erneuerung seiner Allianz mit dem Kaiser vom Jahre 1658 auf weitere zwei Dezennien. Das war die Antwort auf die französischen Lockungen.

Friedrich Wilhelms Programm für die nächste Zukunft war: Vorbereitung für den grofsen Kampf, mit dem Frankreich offen drohte. Deshalb sicherte er sich damals durch Bündnisse mit Schweden und Dänemark, deshalb wünschte er die westdeutschen Fürsten um sich zu scharen. Er schlofs also

---

[1] Galland, Der Grofse Kurf. u. Moritz v. Nassau, S. 9.

[2] U. u. A., XI, 720 f.; XII, 631 ff.

[3] Die Verhandlungen das. XIV, I, 260. 266 ff. 274. 279. — Der österr.-brandenb. Vertrag selber bei v. Mörner, 279 f. 683 ff.; U. u. A., XII, 569 ff. — Vgl. dazu Pribram, Lisola, 323 ff.

Defensivallianzen mit den welfischen Herzogen sowie mit Kurköln und Hessen-Kassel. Vor allem aber hielt er es für notwendig, den alten Zwist mit dem Neuburger endgiltig beizulegen und damit eine stete Ursache des Unfriedens am Niederrhein aus dem Wege zu räumen. Wirklich hatte, hauptsächlich im Hinblick auf die polnische Thronfolge, Philipp Wilhelm seit geraumer Zeit sich dem mächtigen Nachbarn freundlich erwiesen und selbst dessen Verwerfung der Dorstener Verträge ohne Klage hingenommen. Er hegte die Absicht, Brandenburgs bewaffnete Hilfe zu erbitten, wenn er den polnischen Thron bestiegen haben, dabei aber Widerstand finden werde. Friedrich Wilhelm ging auf diese Pläne um so lieber ein, als ihm im Falle gegenseitiger Befreundung thatsächlich der Neuburger, der nahe Verwandte des polnischen Königshauses, als bester Gegenkandidat gegen die von Königin Luise Maria begünstigte und geführte französische Partei in Warschau erschien. Er erbot sich, jenen mit 10—12000 Mann im Notfalle zu unterstützen, allerdings unter der Bedingung, dafs in der jülich-klever Streitfrage ein für Brandenburg günstiger Erbvergleich zu stande komme. Hierüber ward von Ende Mai an in Kleve unterhandelt. Am 10. Juni 1666 wurde zunächst der polnische Erbvertrag eventuell abgeschlossen und zwar ganz in Gemäfsheit der brandenburgischen Forderungen; er sollte auch giltig sein, wenn anstatt des Pfalzgrafen einer von dessen Söhnen zur Krone gelangte.

Die religiöse Unduldsamkeit des Pfalzgrafen verzögerte den Erbvertrag noch monatelang. Harte Kämpfe tobten in der Seele Philipp Wilhelms zwischen seinem Fanatismus und dem Ehrgeize, der nach der polnischen Krone strebte. Endlich gab er nach, dafs in Jülich-Berg die Evangelischen noch an sechs, von ihnen besonders gewünschten und namentlich aufgeführten Orten öffentlichen Gottesdienst halten durften. In betreff der Gebietsteilung aber zeigte sich der Kurfürst, trotz der dringenden Gegenvorstellungen vieler seiner Räte, sehr nachgiebig, auch hier seine Sonderinteressen der Rücksicht für das Allgemeine unterordnend. Der Erbvergleich mit seinen Nebenrezessen konnte also am 9. September 1666 endlich unterzeichnet werden. Dazu bestimmt, zukünftig „alle Streitigkeiten und Zwistigkeiten zwischen den Vertragschliefsenden und deren Nachkommen mit der Wurzel auszurotten und der vergangenen Erinnerung auszulöschen", sanktionierte er die Teilung, wie sie damals that-

sächlich bestand, indem er Jülich und Berg dem Pfalzgrafen, Kleve, Mark und Ravensberg — den weitaus kleineren Teil der Erbschaft — dem Kurfürsten zusprach. Die Herrschaft Ravenstein ward, nach einem Geheimvertrag vom 20. November 1666, dem Kurfürsten überwiesen, für den Fall, dafs der Pfalzgraf oder einer von dessen Söhnen den polnischen Thron besteige, sonst aber dem Neuburger gegen eine Entschädigung von 50000 Thalern[1].

So hatte Friedrich Wilhelm, allerdings mit beträchtlichen Opfern an altüberkommenen Ansprüchen, Wünschen und Hoffnungen, den mehr als halbhundertjährigen Streit um die grofse niederrheinische Erbschaft aus der Welt gebracht und hiermit in jenen Gegenden einen festen und sicheren Zustand geschaffen. Wenn er sich dabei nachgiebig erwiesen, so war es, weil er auf diese Weise gerüstet war, sowohl in Polen wie am Rhein der bedrohlichen Politik Frankreichs entgegenzutreten. Stark durch geordnete Finanzen, durch ein schlagfertiges und leicht zu vermehrendes Heer, durch eine vorsichtige und doch kräftige Politik, durch sein weitverschlungenes System von Bündnissen, wenig beliebt, aber allgemein geachtet, konnte Friedrich Wilhelm weiterhin seines Amtes als Schützer der deutschen Ost- und Westmarken walten. Er that das weniger aus rein deutschem Patriotismus, als um der wohlverstandenen Interessen seines eigenen Staates willen; aber dafs solche mit den allgemein deutschen übereinstimmten, gerade dieser Umstand bezeugte den deutschen Beruf Brandenburg-Preufsens.

[1] Pufendorf, XI, 75. 76. — Aitzema, V, 1011 ff. — U. u. A., XI, 733. 735. 739—755. — v. Mörner, 288 ff. — Lehmann, 186—209. — Strecker, 18 ff. — Im Juni 1670 ist die Herrschaft Ravenstein wirklich, gegen eine Geldentschädigung, dem Pfalzgrafen überlassen worden.

Dreiundzwanzigstes Kapitel.

Magdeburg und Bremen.

Das politische System, das Friedrich Wilhelm seit dem Frieden von Oliva befolgte, bestand darin, sich durch Verteidigungsbündnisse mit allen mächtigeren Staaten deren Freundschaft zu sichern, zugleich aber, um nicht unter dem Deckmantel solcher Freundschaft übervorteilt und geringschätzig behandelt zu werden, bei wichtigeren Angelegenheiten thatkrätig einzugreifen und zu diesem Behufe ein tüchtiges Heer bereit zu halten. Diesem System verdankte er seine Erfolge bei den Klever Verträgen; ihm ward er unmittelbar darauf für neue bedeutsame Vorteile verpflichtet.

Er hatte in Kleve eine Feldarmee von 12000 Mann beisammen. Nicht ungenützt wollte er solches Heer belassen, sondern es zum Austrage einer ihn seit lange beschäftigenden Sache verwenden.

Zu den deutschen Städten, deren Verhältnis zu ihrem Landesherren ein sehr unsicheres war, gehörte auch Magdeburg, gleich berühmt durch seine tapfere Verteidigung im Jahre 1551, wie durch sein furchtbares Unterliegen im Mai 1631. Der Überrest seiner Bürger war seitdem in die zerstörte Stadt zurückgekehrt, hatte sie wieder aufgebaut, die alte Verfassung hergestellt. Die günstige Lage des Ortes, die Betriebsamkeit seiner Bürger, zumal im Handel und im Brauereigewerbe, sowie das von ihm beanspruchte und erlangte unbedingte Stapelrecht auf alles in den Landen der mittleren Elbe zum Verkauf kommende Getreide hatten dort Wohlstand und trotziges Selbstgefühl von neuem erzeugt. Der Administrator des Erzstiftes,

Herzog August von Sachsen, ein gutmütiger und wohlwollender Herr, liefs die störrischen Bürger ruhig gewähren. Mit Berufung auf das angebliche Privileg Kaiser Otto des Grofsen hatte es die Stadt, unter der geschickten Leitung des geistvollen und gelehrten Bürgermeisters Otto Guericke, verstanden, jede Huldigung an den Administrator, sowie an dessen durch den Westfälischen Frieden bestimmten Nachfolger und künftigen Landesherrn, Friedrich Wilhelm von Brandenburg, zu vermeiden. Wirklich war Magdeburg zweifellos jahrhundertelang eine freie Reichsstadt gewesen, ihrem Erzbischofe nur auf geistlichem Gebiete und durch wenige, genau vorgeschriebene weltliche Pflichten verbunden. Allein im 16. Jahrhundert hatte sie diese Stellung nicht bewahren können, vielmehr 1579 dem weltlich und protestantisch gewordenen Landesherrn — dem jeweiligen Administrator — sowie bald auch dem Domkapitel huldigen müssen. So bestanden Magdeburgs Ansprüche dem Herzoge August und dem Kurfürsten gegenüber eigentlich nicht mehr zu Rechte. Der Westfälische Friede hatte, Artikel 11 § 8 des Osnabrücker Instrumentes, der Stadt das vorgebliche Ottonische Privileg, sowie das Befestigungs- und Besatzungsrecht und endlich Gerichtsbarkeit bis zu einer Viertelmeile jenseits ihrer Mauern zugestanden, nicht aber die volle Reichsfreiheit bestätigt[1].

Bei so ungewissen Rechten, die ein jeder nach seinem Interesse auslegte, konnte es an Streitigkeiten zwischen der Stadt und dem Kurfürsten nicht fehlen. Wir wissen, dafs im Nordischen Kriege Karl X. Gustav diese Verhältnisse hatte benützen wollen, um diesen wichtigsten Elbpafs für sich selbst zu erwerben. Friedrich Wilhelm aber war durch mannigfache andere Sorgen und Beschäftigungen daran verhindert worden, sich, wie er öfters gedroht, ernstlich mit Magdeburg auseinander zu setzen. Allein nunmehr schienen ihm die Umstände solches gebieterisch zu erfordern. Der Herzog von Wolfenbüttel hatte sich der Stadt Braunschweig, der Kurfürst von Mainz der Stadt

[1] Jul. Opel, Die Vereinigung des Herzogtums Magdeb. mit Kurbrandenburg (Halle 1880). — F. Hirsch, Der Grofse Kurf. und die Altstadt Magdeb. bis zum Jahre 1666; Forsch. z. brandenb. u. preufs. Gesch., IV (1891), II 169 ff. — Über die Rechtsfrage: G. Stöckert, Die Reichsunmittelbarkeit der Altstadt Magdeb.; Hist. Zeitfr., N. F. XXX (1891), S. 193–240.

Erfurt bemächtigt; Schweden bedrohte Bremen, dessen Rechte klarer waren als die Magdeburgs, mit gleichem Schicksal. Da mufste es den Brandenburger an der Zeit dünken, sich der Festung zu vergewissern, die ihm, da er sonst keinen festen Platz an der Elbe besafs, allein den Zusammenhang seiner östlichen und westlichen Lande zu sichern imstande war. Es war dies um so notwendiger, als der Administrator damals mit seinem Bruder, dem sächsischen Kurfürsten, verhandelte, um, entgegen dem Westfälischen Frieden, Stadt und Erzstift für die eigenen Nachkommen in erblichen Besitz zu nehmen[1]. Dem mufste unter allen Umständen vorgebaut werden. Zu diesem Behufe wollte Friedrich Wilhelm nicht nur, wozu er wohl berechtigt war, die Stadt zur Huldigung, wie an den Administrator so an ihn selbst als Erben, nötigen, sondern auch, mit Nichtachtung ihrer zweifellosen Privilegien, zur Aufnahme brandenburgischer Besatzung. Denn im Interesse des Staates die politischen Rechte der Unterthanen zu verletzen, das hat ihm nie Bedenken verursacht. In diesem Falle mochte er sich sagen, dafs er mit Magdeburg gleichsam im Kriegszustande sei. Die augenblicklichen Verhältnisse konnten günstiger nicht gedacht werden. Sein Heer stand ihm mit 12000 Mann zur Verfügung, die ihm zum gröfsten Teil von den Holländern bezahlt wurden, und für die eine anderweite Verwendung nicht vorlag. Alle Mächte, die Widerspruch hätten erheben können, — der Kaiser, Frankreich, die Schweden — standen zu ihm in freundschaftlichem Verhältnisse. Die Schweden zumal, die früher der Stadt so grofse Versprechungen gemacht hatten, waren jetzt sicher nicht geneigt, solche auszuführen, da sie ähnliche Absichten auf Bremen hegten.

Schon einige Tage vor der Unterzeichnung des Klever Friedens, als dieser aber bereits gewifs war, stand der Beschlufs wegen Magdeburgs fest. Der Abmarsch der Truppen nach Osten sollte unter dem Vorwande der polnischen Wirren geschehen[2]. Charakteristisch ist, dafs die Räte, selbst der absolutistische Jena, vor dem offenbaren Rechtsbruche, die Stadt zur Einnahme kurfürstlicher Garnison zu zwingen, zurückschreckten; hier hat Friedrich Wilhelm ganz selbständig ent-

[1] Auerbach, La diplomatie française et la Saxe, 207.

[2] Goefs an den Kaiser, 14. April 1666; U. u. A., XIV, I, 263. — de Guiche, Mém., II, 273 ff.

schieden. Jena riet dann, niemand solle von der Sache hören, die Stadt selber nicht, ehe nicht die brandenburgischen Truppen in ihrer Nähe ständen, um alles unnötige Querelieren, Einmischen und Verhandeln zu verhüten[1]. Dem Administrator sollte angeboten werden, dafs die Besatzung ihm mit zu schwören habe, dann müfsten aber er und das Erzstift zu deren Verpflegung beitragen. Überhaupt sollte Herzog August durch Zusicherung einer Witwenrente von 2000 Thalern für seine Gemahlin und durch Belehnung eines seiner Söhne mit der magdeburgischen Herrschaft Rosenberg, sowie andere Vorteile für seine Familie gewonnen werden.

Etwa 12000 Mann[2] mit der nötigen schweren Artillerie unter den Generalen Holstein und Goltz und dem Oberbefehle des Feldmarschalls von Sparr rückten auf den Versammlungsort Hamm los, seit dem 14. Mai; von dort geradenwegs auf Magdeburg. Strengste Manneszucht, Vermeidung jeder Plünderung, bare Bezahlung alles dessen, was das Heer bedurfte, wurde zur unbedingten Pflicht gemacht. Zu gleicher Zeit begaben sich Platen und Jena nach Halle zum Administrator. Sie kamen zu rechter Zeit, denn schon hatte Kurfürst Johann Georg II. von Sachsen seinen Hofmarschall von Kanne dorthin gesandt, um den Bruder zum Widerstande gegen Brandenburg aufzureizen. So aber wurde Herzog August noch überrumpelt und schlofs bereits am 28. Mai mit den beiden brandenburgischen Räten zu Halle einen Vertrag, der völlig den Wünschen ihres Herrn entsprach.

Auch an den Kaiser war eine Anzeige ergangen. Die Magdeburger hatten, sobald sie von des Kurfürsten Absicht Kenntnis erhalten, das Reichsoberhaupt um seinen Schutz angerufen. Wirklich sah man in Wien das ungewöhnliche und reichsverfassungswidrige Verfahren Friedrich Wilhelms ungern, wagte aber den 12000 Mann Sparrs gegenüber nichts zu unter-

[1] Gutachten vom 30. April, 1. Mai 1666: U. u. A., XII, 8 ff. — Vgl. ebendas. S. 16 ff. 20—24. 44 ff., sowie v. Mörner, 280 ff.

[2] F. Hirsch (Hist. Zeitschr. N. F. XVII, 266) giebt 10250 an. Dazu kommen aber noch der Train und andere Nichtkombattanten. So wird die von Goefs in seiner Depesche vom 15. Mai (U. u. A., XIV, I, 270) genannte Zahl von 12000 Mann wohl erreicht. Die Ziffer 14000, die der Kurfürst selber Goefs angab (ebendas. S. 75), ist offenbar übertrieben, um Effekt zu machen.

nehmen. Auch die welfischen Herzoge, zu denen Ledebaur abgefertigt worden, machten gute Miene zum bösen Spiele, sprachen nur Befürchtungen wegen Bremens aus. Die kursächsischen Minister sahen am scheelsten darein, aber die Angelegenheit entwickelte sich so schnell, dafs sie zum Einspruch nicht gelangten [1].

Die Hauptbeteiligten, die Magdeburger [2], erhielten erst am 24. Mai von dem Anzuge der kurfürstlichen Truppen Kunde. Sie trafen einige Verteidigungsmafsregeln, ernannten einen Befehlshaber ihrer Miliz und schickten Hilfegesuche an die benachbarten Fürsten und Städte — aber von mannhaftem Entschlusse zur Verteidigung ihrer Freiheit war nicht die Rede. Die Erinnerung an den furchtbaren 10. Mai 1631, den noch mancher Bürger mit erlebt hatte, lähmte aller Herzen. Auf die Einladung Jenas und Platens, sowie des Administrators sandte der Rat vier Bevollmächtigte zu einer Konferenz, die am 2. Juni in Wanzleben stattfand.

Freilich konnte man von einer Konferenz kaum reden. Allen Beweisgründen der Magdeburger setzten die Kurfürstlichen das unwiderlegliche Argument der Gewalt entgegen. Die Bürger erhielten nur bis auf den nächstfolgenden Tag Bedenkzeit; „sie möchten fleifsig beten, dafs ihnen Gott die Herzen erleuchte und alle widrigen Impressiones aus ihren Gedanken nehme."

In der Stadt gab es natürlich noch einiges Widerstreben. Die Abgeordneten, die am 4. Juni nach Wanzleben zurückkehrten, wurden instruiert, sich zur Huldigung bereit zu erklären, die Garnison dagegen als sämtlichen Rechten der Stadt zuwiderlaufend mit allen Mitteln abzuwehren. Aber sie kamen damit nicht durch. Platen und Jena erklärten ihnen, Huldigung ohne Garnison werde nicht angenommen, auch lasse sich über der letzteren Zahl und Einrichtung der Kurfürst keine Vor-

[1] J. G. Droysens Darstellung dieser Dinge schafft eine wahre Feindseligkeit in der Haltung des Kaisers und Kursachsens, indem sie leere Gerüchte und unbestimmte Äufserungen dieses und jenes für Thatsachen giebt: ein bei dem geistvollen Forscher leider sehr häufiges Verfahren, wenn es gilt, Brandenburg-Preufsen als das Opfer allgemeiner Tücke hinzustellen.

[2] Über die Magdeburger Vorgänge und Verhandlungen U. u. A., XII, 25—40. 46; F. W. Hoffmann, Gesch. der Stadt Magdeb. (2. Aufl. von Hertel und Hülfse), II, 284 ff. — Über die Rolle, die Guericke dabei gespielt, die Bemerkung Jul. Opels zu der von ihm herausgegebenen Biographie Guerickes von F. W. Hoffmann (Magdeb. 1874), S. 172.

schriften machen. Mit Mühe erlangten die Abgeordneten noch einen Tag Bedenkzeit. Die Bürger fanden nicht den Mut, ihr Dasein noch einmal gegen ein feindliches Heer zu wagen. Wie war seit nur dreifsig Jahren, seit der Zeit der heldenhaften Verteidigung Stralsunds und Magdeburgs, selbst, die Kraft des Bürgertums gesunken! Die neun Stadtviertel gaben alles dem Rat anheim, und dieser konnte nicht anders denn beschliefsen: „Wiewohl der Punkt der Garnison sehr beschwerlich und zur Niederdrückung der Stadtprivilegien gereicht, steht doch die Macht dar, welcher zu widerstehen man nicht vermöchte, alldieweil die Bürgerschaft in Schrecken und sich nicht halten würde. Darum sei der Zeit und Gewalt zu weichen.“ Bürgermeister Otto von Guericke, der früher so eifrig für die Reichsfreiheit der Stadt gewirkt hatte, dessen Sohn aber als Diplomat in brandenburgischen Diensten stand, hatte besonders auf das Nachgeben der Bürgerschaft und des Rates hingearbeitet.

Am 6. Juni 1666 wurde zu Kloster Bergen der Vertrag zwischen der Stadt und den kurfürstlichen Räten aufgesetzt, am 7. förmlich abgeschlossen. Er bestimmte, aufser den erwähnten Hauptpunkten, die Verabschiedung der städtischen Soldateska; die Höhe des Zuschusses der Bürgerschaft zu den Kosten der Besatzung, der aber höchstens 1200 Thaler monatlich betragen solle; das Gelöbnis des Kommandanten, die Stadt und deren Gewerbe und Wohlfahrt zu schützen, sich aber in keiner Weise in deren Verwaltung und Gerichtsbarkeit zu mischen; die Belassung des geistlichen Patronats beim Rate. Die brandenburgischen Bevollmächtigten zeigten sich in allen diesen Dingen höchst nachgiebig, nachdem die Hauptsachen im Sinne und nach dem Wunsche des Kurfürsten geregelt waren.

Die adligen Herren der Landschaft hätten es freilich lieber gesehen, wenn die wohlhabende Stadt mit Gewalt bezwungen und zu Grunde gerichtet worden. Allein Platen und Jena erkannten wohl deren künftige Wichtigkeit für den Kurstaat, nahmen deshalb in allem Partei für Magdeburg und versicherten es besonders von neuem seiner Stapelgerechtigkeit. So geschah es, dafs die Magdeburger wegen ihres Schicksals nicht dem Kurfürsten, sondern dem Administrator grollten, der sich stets zu ihrem Nachteile mit dem erzstiftischen Ständen verbunden hatte. Sie wünschten dringend, wenn auch vergeblich, nicht

jenem, sondern nur dem Kurfürsten huldigen zu dürfen. In diesem, nicht in dem Administrator sahen sie ihren Herrn; und nachdem sie sich in das Unvermeidliche gefunden, erblickten sie in dem brandenburgischen Schutze die Bürgschaft des friedlichen Gedeihens und äufserten diese Zuversicht auch laut und öffentlich.

Zwei Tage nach dem Vertragsabschlusse rückte das Regiment des Obersten Schmid in die Stadt. Sofort ging Sparr auf des Kurfürsten Befehl an die Verstärkung der Festungswerke — der rote Adler Brandenburgs sollte aus diesem Neste nicht leichtlich wieder vertrieben werden.

Die Huldigung für den Administrator und den Kurfürsten fand am 24. Juni statt. Das Domkapitel, das gleichfalls Huldigung verlangte, wurde von Friedrich Wilhelm abschlägig beschieden, da es nach dem bevorstehenden Übergange des Erzstiftes in den erblichen Besitz des Hauses Brandenburg landesherrliche Gewalt niemals mehr üben werde. Der Administrator langte am 23. Juni mit einem stattlichen Adelsaufgebot von 600 Personen an — allein seine Hoffnung, eine selbständige Rolle zu spielen, wurde abermals vereitelt. Feldmarschall Sparr sandte ihm unter dem Schein eines Ehrengeleits drei Reiterregimenter entgegen und besetzte die Thore der Stadt so stark, „dafs wir derselben allezeit mächtig sein können.“ Ärgerlich reiste der Administrator an dem der Huldigung folgenden Tage sogleich nach seiner Residenz Halle zurück. Auch sonst sah er sich zur Machtlosigkeit verurteilt. Ohne sich viel um seine vertragsmäfsige Einwilligung zu bekümmern, setzte der Kurfürst den aus dem Türkenkriege als thatkräftigen Soldaten bekannten Herzog August von Holstein zum Gouverneur von Magdeburg ein: auch mufste sich die erzstiftische Landschaft zu einem jährlichen Beitrage von 24000 Reichsthalern für die städtische Garnison bequemen. Gegenüber der offenbaren Feindseligkeit des Administrators und der Stände sah die Bürgerschaft in dem Kurfürsten ihren wahren Schutzherrn, an den sie sich direkt mit ihren Bitten und Beschwerden wandte. Er trug solchen auch nach Möglichkeit Rechnung und nahm sich der städtischen Interessen mit Eifer an. Der Administrator mufste sich seinen Wünschen meist notgedrungen fügen. Ein Versuch, mit Hilfe der Schweden die Magdeburger Bürgerschaft gegen die neue Ordnung der Dinge aufzuhetzen, schlug gänzlich fehl, so grofse

Mühe sich auch dabei Sendboten der mifsgünstigen Stockholmer Regierung, wie u. a. ein gewisser Steen Bielke, in der Stadt selbst gaben. Man hatte dort den Wert der schwedischen Verheifsungen richtig abzuschätzen gelernt. Selbst ein Bündnis, das Schweden mit Kursachsen abschlofs und dessen Spitze sich gegen Brandenburg kehrte, kümmerte den Kurfürsten wenig, der die Schwäche und Veränderlichkeit der Stockholmer Machthaber wohl erkannt hatte[1].

Die Unterwerfung Magdeburgs war mit einer verblüffenden Schnelligkeit und Sicherheit vollzogen, die in ganz Deutschland tiefen Eindruck hervorbrachte. Nicht ein einziger der Neider, die bei längerer Dauer der Sache wohl Einspruch erhoben hätten, liefs sich hören, vielmehr beeilten sich alle, dem Kurfürsten mit verbindlicher Miene Glück zu wünschen. Wie an Pregel, Oder, Weser und Rhein hatte er jetzt auch an der Elbe eine wichtige und starke Festung inne. Brandenburg machte in politischer und kommerzieller Beziehung seinen Einfluls im gesamten Norddeutschland geltend. Vom ersten Augenblick der Besitznahme Magdeburgs an hat Friedrich Wilhelm gerade den Handelsverhältnissen an der Elbe seine Aufmerksamkeit zugewandt; sein klarer, allen bedeutsamen Richtungen des öffentlichen Lebens offener Geist erfafste jede das Wohl und die Macht seiner Lande interessierende Frage und widmete ihr ein Studium, das meist zu richtigen Folgerungen und Beschlüssen führte.

Schweden dagegen gereichte es in den Augen der Deutschen zum grofsen Schimpfe, dafs es seine langjährigen Schützlinge, die Magdeburger, ohne jeden Versuch der Verteidigung Brandenburg überlassen hatte. Es stieg schnell von der hohen Stufe der Macht, die es unter den beiden letzten Königen erklommen hatte, hinunter. Karls X. Witwe hatte sich keinen wesentlichen Einfluls auf die Geschicke des Reiches zu sichern vermocht; sein Bruder Adolf Johann war als Fremder von der vormundschaftlichen Regierung für den minderjährigen Karl XI. vollständig ausgeschlossen. Sie fiel dem Staatsrate anheim, in dem allein der Hochadel vertreten war. Dieser aber betrachtete die Regierung lediglich vom Standpunkte engsten persönlichen und

[1] Hoffmann-Hertel-Hülfse, II, 292. 295. — U. u. A., XII, 46—56. 174; XIV, I 280. — Auerbach, 210.

Standesinteresses, plünderte Staatsdomänen und Reichsschatz in rücksichtsloser Habgier. An der Spitze der beiden im Reichsrate sich bekämpfenden Faktionen standen der Reichskanzler Graf Magnus de la Gardie, ein glänzender Edelmann von bestechenden Gaben, beredt, ein Gönner der Wissenschaften, voll kühner, weitausschauender Pläne, aber ohne wahre politische Einsicht und beharrliche Thatkraft, sowie andrerseits der Reichsschatzmeister Gustav Bonde, ein ruhiger, besonnener, auf Erhaltung des Friedens und guter Finanzen bedachter Staatsmann. Indes Bondes Einfluſs erlag immer mehr dem kecken Streben de la Gardies, der seine Macht auf alle Weise zu vergröſsern suchte und das ohnehin dürftige Staatseinkommen vergeudete. Die Staatsschuld, die 1661 schon an elf Millionen Thaler betragen hatte, wuchs beständig durch das jährliche Defizit, das zwischen 350000 und 700000 Thaler ausmachte. Und nun drohte der abenteuernde Sinn des Reichskanzlers Schweden in einen neuen Krieg zu verwickeln: wegen Bremens[1].

Der Friede zu Stade hatte den langwierigen Streit, ob Bremen als Reichsstadt oder aber als Landstadt des der Krone Schweden gehörenden Herzogtums Bremen zu betrachten sei, im wesentlichen unentschieden gelassen. Die Bürger hatten ihre Unabhängigkeit durch Präzedenzien darzuthun und zu befestigen gesucht. Sie hatten dem jungen Könige Karl XI. den geforderten Unterthaneneid verweigert, dagegen dem neuen Kaiser Leopold I. die Huldigung geleistet und den Regensburger Reichstag beschickt. Schweden konnte in der That diese Vorgänge nicht ungerügt lassen, wenn es nicht seine Ansprüche auf Landeshoheit über Bremen endgiltig aufgeben wollte. Es betrat im Frühjahr 1665 zunächst den Weg gütlicher Unterhandlung. Allein die Stadt, die wohl wuſste, daſs die schwedische Macht den norddeutschen Fürsten ein Dorn im Auge war, und deshalb von ihnen wie von Kaiser und Reich Unterstützung erhoffte, blieb auf ihrem rechtlichen Standpunkte und fand sich lediglich zur Leistung des im Stader Vertrage vorgeschriebenen, rein formalen Huldigungseides bereit, und selbst zu dieser nur, wenn Schweden ihre sonstigen Beschwerden und Forderungen berücksichtigte. Zugleich sandte sie (Anfang Juli 1665) ihren Syndikus Wachmann an die benachbarten Fürsten mit der Bitte,

[1] Geijer-Carlson, IV, 405 ff. 476—481.

sich ihrer bei Kaiser und Reich anzunehmen, auch ihr im Notfalle einige Truppen zu überlassen. De la Gardie dagegen setzte es, mit Hilfe des thatendurstigen Reichsfeldherrn Karl Gustav Wrangel, gegen den Widerstand Bondes und seiner Partei durch, dafs die Regentschaft diese mutigen Mafsregeln der Stadt am 29. Juli / 8. August mit einer förmlichen Kriegserklärung beantwortete.

Auch bei dem Kurfürsten von Brandenburg hatte Wachmann seine Werbung angebracht. Friedrich Wilhelm war sofort entschlossen, das Mögliche zu thun, damit ein in politischer, militärischer und kommerzieller Beziehung so wichtiger Platz nicht in die Hände der Schweden falle; allerdings zog er einem ernstlichen Zerwürfnisse mit der protestantischen Macht des Nordens den Weg gütlicher Verhandlungen vor, denen durch militärische Vorkehrungen Nachdruck zu geben sei — kurz, ein Verfahren, dem ähnlich, das er gleichzeitig in den niederländisch-münsterischen Wirren einschlug. Er verwandte sich also bei den welfischen Herzogen dahin, dafs sie, in Gemäfsheit einer kaiserlichen Verfügung, der Stadt Hilfe gegen jeden Angriff und, zum Zeichen ihrer Reichsfreiheit, Sitz und Stimme auf dem niedersächsischen Kreistage gewährten. Den schwedischen Feldmarschall Grafen Wrangel mahnte er von jeder gewaltsamen Handlung gegen Bremen ab. Indes der Stader Regierungspräsident, Dietrich Schweder Kleihe, erklärte sofort: die Regentschaft wolle gern der Stadt in ihren Handelsinteressen behilflich sein, fordere auch kein Besatzungsrecht in derselben; indes die Reichsstandschaft Bremens könne sie nicht zugeben [1].

Dessen bester Verbündeter war einstweilen der in Stockholm herrschende Geldmangel, der Wrangel im Herbst 1665 an jeder kriegerischen Thätigkeit verhinderte. Erst im Dezember füllte sich das Herzogtum Bremen mit Truppen — etwa 4500 Mann — die gegen die Stadt bestimmt waren, sperrten zugleich schwedische Zöllner an der unteren Weser deren Handel [2].

[1] U. u. A., XI, 584; XII, 72 ff.; XIV, I 216. — Vgl. Geijer-Carlson, IV, 481 ff.

[2] Dieses und das folgende nach: Duntze, Gesch. der freien Stadt Bremen, IV (Bremen 1851), 154 ff.; Pachner v. Eggenstorff, Sammlung der Reichstagsschlüsse, I (Regensb. 1740) 203. 230 ff.; Geijer-Carlson, IV, 484 ff.; Pufendorf, IX, 82; U. u. A., XII, 77 ff.; XIV, I 265 f.

Die Bürger riefen von neuem Friedrich Wilhelms Beistand an. Er befand sich in wunderlicher Lage: gern wollte er Bremen vor den Schweden erretten; aber da er einen ähnlichen Schlag gegen Magdeburg plante, konnte er ihnen nicht mit voller Wucht entgegentreten. Er half sich, indem er bei Wrangel gegen die Sperrmafsregeln protestierte, die auch seine westfälischen Provinzen schädigten, sich für die Stadt verwandte, auch sie zur Mäfsigung und Nachgiebigkeit zu ermahnen versprach. Der kriegslustige Wrangel aber gab dem brandenburgischen Kammerjunker Georg Wilhelm von Podewils ebenso wie den bremischen Abgeordneten, die sich zu gütlichen Verhandlungen bei ihm eingefunden hatten, nur ausweichende Antworten. Inzwischen rückten die schwedischen Reiterwachen auf das Stadtgebiet, bis zu einer Viertelmeile von deren Mauern, brachten bremische Schiffe auf, schnitten zu Wasser und zu Lande die Zufuhr ab. Endlich forderte die schwedische Regierung zu Stade unzweideutig: nur wenn die Stadt sich der Reichsfreiheit begebe, könne von weiteren Verhandlungen die Rede sein. Dies Ansinnen aber wurde von Rat und Bürgerschaft mit mutiger Einstimmigkeit abgelehnt. Der Regensburger Reichstag fand in seiner Abneigung gegen Schwedens Überhebung die Kühnheit, den Kaiser zum Einschreiten für Bremen aufzufordern. Demgemäfs verbot Leopold den Schweden, als Reichsvasallen für Pommern, Verden u. s. w., jedes gewaltsame Vorgehen, das offenbar dem westfälischen Frieden zuwiderlaufe.

Glücklicherweise für die Stadt, sowie für die Ruhe des Reichs kam solchen Weisungen des Kaisers die Gestaltung der politischen Verhältnisse zu Hilfe. Schweden war damals durch einen Krieg mit Rufsland und mit dem von den Holländern bezahlten und gegen den nordischen Nebenbuhler aufgereizten Dänemark bedroht. In Stockholm erwog man den Plan eines Bündnisses mit dem Kaiser und Spanien, um der französisch-niederländisch-dänischen Allianz ein Gegengewicht zu bilden. Unter solchen Umständen konnte man nicht an einen Krieg mit Kaiser und Reich denken. Die schwedische Regentschaft zeigte sich also geneigt, den Streit mit Bremen dem Schiedsspruche Leopolds I. zu unterwerfen. So erhielt Wrangel den Befehl, sich mit dem gröfsten Teile des Heeres nach Vorpommern zurückzuziehen; selbst die im Bremischen verbleibenden Re-

gimenter wurden zu einen Einfalle in Holstein bestimmt. Zugleich schickte man den Präsidenten Kleihe an den Kurfürsten, ihn um seine Vermittelung in der Bremer Sache und zum Eintritt in ein grofses protestantisches Bündnis aufzufordern, dem aufser Schweden und Brandenburg noch Hessen-Kassel und die welfischen Herzoge angehören sollten[1].

Friedrich Wilhelm nahm diesen Werbungen gegenüber sofort Stellung. In den grofsen europäischen Fragen riet er den Schweden zu friedlichem und versöhnlichem Auftreten und verhiefs dazu seine besten Dienste. Seinen Standpunkt in der Bremer Sache bestimmte er dahin, dafs er den Anspruch der Stadt auf vollkommene Unabhängigkeit nicht billigen könne, andrerseits aber deren Nötigung zur Aufnahme schwedischer Besatzung weder gutheifse noch wünsche. In diesem Sinne erbot er sich auch hier zu freundschaftlicher Vermittelung. Er blieb damit auf dem Boden des thatsächlich der Stadt günstigen Stader Vergleiches und meinte, so der Stockholmer Regierung den Weg zu ehrenvollem Rückzuge geöffnet zu haben[2].

Seine Stellung in dieser Sache wurde um so bedeutungsvoller, als Kaiser und Reich ihm, nebst den braunschweigischen Herzogen, dem Kurfürsten von Köln, dem Bischofe von Paderborn sowie den Städten Köln und Lübeck die gütliche Beilegung des Bremer Streites offiziell übertrugen. Indes Friedrich Wilhelm wünschte den Kaiser von der Sache fern zu halten: einmal weil er wufste, dafs die schwedische Regierung dessen Jurisdiktion nie anerkennen würde, und dann, weil ihm bekannt war, dafs Leopold I. dem schwedischen Gesandten in Wien, Mathäus Palbitzki, angeboten hatte, Bremen den Schweden zuzusprechen, wenn diese sich mit ihm gegen die drohenden Entwürfe Frankreichs auf die spanischen Niederlande verbinden wollten. Indem Friedrich Wilhelm vielmehr seine rein persönliche Vermittelung anbot, erreichte er wenigstens, dafs die Schweden sich mit der Blockierung der Stadt begnügten und sich eines gewaltsamen Angriffs enthalten zu wollen versprachen; dafs sie auch jene aufgaben, konnte er nicht von ihnen erlangen. Obwohl sie im

[1] Das wahre Datum der Ankunft Kleihes in Kleve — 7. Mai 1666 — giebt eine Depesche Goefs'; U. u. A., XIV, I 270.

[2] Brieven van Joh. de Witt, II, 261 f. — U. u. A., XII, 81 ff. 168; XIV, I 267. — Über das Folgende vgl.: Pachner v. Eggestorff, I, 214. 230 ff. 238; Pomponne, Mémoires, II, 210 ff.; U. u. A., XII, 83 ff. 174; XIV, I 279.

stillen über die Einmischung des Kurfürsten äufserst entrüstet waren[1], bemühten sie sich in der Öffentlichkeit, ihn vielmehr als ihren Verbündeten darzustellen.

Dahin ging seine Absicht keineswegs. Im Gegenteil, Johann de Beyer und Johann von Ledebaur, die er zu gemeinsamer Vermittelung mit den Abgesandten der braunschweiger Herzoge in Wrangels Lager schickte (Ende Juli 1666), erhielten den Auftrag, nur im Geiste des Westfälischen und des Stader Friedens zu wirken.

Ihre Aufgabe war eine sehr schwierige. Denn in Stockholm hatte sich soeben eine neue, für Bremen bedenkliche Wendung vollzogen. Die Kriegslust gegen Dänemark und Holland hatte sich dort ebenso schnell abgekühlt, wie sie entstanden war. Die Niederlande waren durch den Klever Frieden von der lästigen Feindschaft des Münsterer Bischofs befreit und um so furchtbarer geworden. „Ich möchte wohl tausend Dukaten für meine Person darum geben, wenn der Brandenburger seine Hand aus dem Spiele gelassen," sagte Wrangel bei der Kunde von dem Abschlusse in Kleve[2]. Andrerseits hatte sich Dänemark gegen den drohenden schwedischen Angriff durch Bündnisse mit norddeutschen Fürsten gesichert. Schwedens Freund, England, war von dem Helden de Ruyter in der berühmten Seeschlacht an den Dünen, 11.—14. Juni, völlig besiegt worden. Endlich arbeitete der gewandte Diplomat, den kurz vorher Ludwig XIV. nach Schweden gesandt hatte, der Marquis von Pomponne, mit dem ganzen Aufgebote von Frankreichs Ansehen und Gold dahin, die Regentschaft an jedem feindlichen Akte gegen seines Königs Verbündete, die Holländer, zu verhindern, sie gegen Deutschland und den Kaiser zu hetzen. Er trug den Sieg davon, de la Gardie trat zu der französischen Partei über. Die Regentschaft, die von Pomponne selbst mit dem „Proteus in der Fabel" verglichen wird, erliefs am 17./27. Juli eine von dem französischen Gesandten gebilligte Neutralitätserklärung, die den Abfall vom englischen Bündnisse bedeutete.

Da also aus dem grofsen Kriege nichts geworden war, wünschten die Regenten ihre Streitkräfte wenigstens in dem kleinen zu verwenden; da sie sich nicht mit Holland und Däne-

[1] Königin Christine an Kardinal Azzolino, 14. Juli 1666: Baron Bildt, Christine de Suède et le card. Azzolino (Paris 1899), S. 177.

[2] Köcher, I, 453.

mark herumzuschlagen wagten, wollten sie Bremen ihre Macht fühlen lassen. Sie beschlossen also, zu förmlichem Angriffe auf die Stadt überzugehen. Das hatten die brandenburgischen Gesandten im Bremischen bald zu merken, da Wrangel einen unbedingt kriegerischen Ton anschlug. Er prahlte nicht wenig: bald werde er dort 20000 Mann beisammen haben. Die Städter dagegen erklärten mit altem deutschen Bürgermute: sie wollten lieber Ehre, Leib und Gut daran setzen, ja alles verlieren, als der Reichsfreiheit absagen und sich zu schwedischen Unterthanen machen lassen. Die Ausgleichskonferenzen zu Vegesack, an denen die brandenburgischen Bevollmächtigten eifrigen Anteil genommen hatten, verliefen ergebnislos, bis sie am 3. Oktober abgebrochen wurden. Das Schwert sollte entscheiden.

Mit 12000 Mann standen im August 1666 die Schweden vor der Stadt, und ihr Heer erhielt täglich Verstärkung. Die Bremer freilich waren stark gerüstet. Siebzehn grofse Basteien und die mit den Wassern der Weser gefüllten Gräben schützten ihre Wälle, die mit Kanonen reichlich versehen waren. 1600 Soldaten, 20 Kompagnien Bürgermiliz waren zur Verteidigung bereit. Aber nicht die städtischen Streitkräfte flöfsten den Schweden Besorgnis ein, sondern die Gesinnung der benachbarten deutschen Fürsten, zumal der Welfen, die die Festsetzung der Schweden in der wichtigen Handelsstadt und eine Vermehrung des Druckes, den jene ohnehin von der unteren Weser aus auf die braunschweig-lüneburgischen Gebiete übten, durchaus nicht dulden wollten. Ermutigt durch neue Reichsbeschlüsse und die Excitatorien des Kaisers, schlugen sie dem Kurfürsten von Brandenburg eine Konferenz zu Bielefeld behufs Beratung des den Bremern zu gewährenden Schutzes vor. Friedrich Wilhelm ging nur sehr vorsichtig darauf ein. Er wünschte freilich dringend, eine weitere Ausdehnung der schwedischen Macht in Deutschland zu vermeiden, zumal man sich in Stockholm wieder der französischen Partei zugewandt hatte. Allein er konnte doch auch Schwedens zu günstiger Regelung der polnischen Thronfolgefrage nicht entraten und gedachte ebenso wenig auf das System allseitiger freundschaftlicher Beziehungen zu verzichten, das ihm in den letzten Jahren reiche Früchte getragen hatte.

Es wurde jedoch immer schwieriger, eine friedliche Politik zu verfolgen, da die Dinge zu rascher Entscheidung drängten. Die Schweden verletzten ungescheut die Reichsverfassung wie

den Westfälischen Frieden. Sie nahmen die vorgeschobenen Schanzen der Bremer fort und begannen, Anfang Oktober 1666, die Beschiefsung der Stadt aus dem groben Geschütz. Die Abmahnungsbriefe des Kaisers wies Wrangel durchaus zurück und mifshandelte den Notar, der ihm solche reichsamtlich zu übergeben hatte, in schimpflicher Weise. Darauf forderte der Reichstag den Kaiser auf, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben. Leopold erliefs in der That an die Fürsten des niedersächsischen Kreises — darunter den Kurfürsten von Brandenburg — die Aufforderung, „der Stadt in ihrer äufsersten Bedrängnis mit aller Macht zu Hilfe zu kommen und nichts unversucht zu lassen, wodurch sie von der feindlichen Gewalt liberiert und dem Reiche zum Besten erhalten werden möchte."

Die ersten, die mutig Partei nahmen, waren die welfischen Herzoge. Sie erlaubten ihrem Generalmajor von Uffeln und dreifsig Offizieren, sich zur Befehligung der Bremer Miliz in die Stadt zu schleichen. Freilich wurden sie dabei abgefangen, allein die Schweden mufsten nun erkennen, dafs sie die Feindseligkeiten des Hauses Braunschweig zu erwarten hatten. Dieses zog bei Hildesheim ein Heer zusammen, zu dem auch Kurköln 1500 Mann stofsen liefs.

Getreu seinem wohlüberdachten politischen Systeme beschlofs Friedrich Wilhelm, so lange wie möglich versöhnliche Mittel anzuwenden, ohne dafs er doch über seine Parteistellung und seinen Willen, solche nötigenfalls mit den Waffen zur Geltung zu bringen, einen Zweifel lasse. Er versuchte es noch einmal mit einer dringenden Vorstellung bei Wrangel, sowie durch Krockow in Stockholm selbst. Zugleich konnte er aber den Kurfürsten von Köln und die Welfen darauf verweisen: er habe „sowohl am Weserstrome als auch im Halberstädtischen so viel Mannschaft stehen, dafs er auf allen Fall sein Reichskontingent beibringen und auch seinen Alliierten und Freunden, wenn sie angegriffen werden sollten, gebührende Assistenz leisten könne." Sein Auftreten war der Sache des Friedens aufserordentlich zuträglich. In Stockholm war man mit dem Benehmen des Kurfürsten und seiner Bevollmächtigen sehr zufrieden. Der Reichskanzler sagte zu Krockow: „er könne nicht exprimieren, wie satisfait sein König mit des Kurfürsten officiis wäre." Damit hat Friedrich Wilhelm den Bruch zwischen Schweden und Norddeutschland verhütet, den Weg zum Aus-

gleiche offen gehalten und sich doch Achtung und Vertrauen bei allen Beteiligten erworben. Seine ebenso wohlwollende wie ruhige und besonnene Politik war geradezu eine mustergiltige[1].

Er hielt es an der Zeit, mit den Schweden ein ernstes Wort zu reden, wie einst mit dem Bischof von Münster. Am 13. Oktober richtete er an Wrangel die nachdrückliche Mahnung, nicht willkürlich den Frieden des Reiches zu stören noch sich dessen einmütigem Willen zu widersetzen. Er durfte darauf hinweisen, dafs nur Brandenburg bisher die Möglichkeit gütlicher Einigung bewahrt und sogar sich dadurch im Reiche verdächtig gemacht habe. Schweden müsse nunmehr im eigenen Interesse seiner Aufforderung nachkommen, die Bekämpfung Bremens einzustellen. Wirklich erreichte er, dafs der Feldmarschall die Belagerung wieder in eine Blockade abschwächte, sich zu neuen Unterhandlungen bereit erklärte.

Wrangel hatte allen Grund, die Mahnung des Kurfürsten zu beherzigen. Damals — 25. Oktober — schlofs dieser mit den Niederlanden, Dänemark und den Braunschweigern die noch näher zu erwähnende Quadrupelallianz, deren Spitze sich leicht auch gegen Schweden kehren konnte. An seinem Hofe zu Kleve erschien ein kaiserlicher Spezialgesandter, Graf Rudolf Sinzendorf, ihn in Gemeinschaft mit dem Hause Braunschweig zur schleunigen Rettung Bremens zu ermahnen, dafür Kriegskostenentschädigung durch das gesamte Reich, sowie Generalgarantie seiner Länder zu verheifsen. Die gleiche Aufforderung kam ihm von den braunschweigischen Herzogen als Obersten des niedersächsischen Kreises, mit der Anzeige, dafs ihre Truppen zum Kampfe bereit stünden. Ähnliches brachte der Kurfürst von Köln vor. Wirklich that jetzt Friedrich Wilhelm einen wichtigen Schritt voran. Er sprach dem Kaiser seinen festen Entschlufs aus, Bremen nicht vom Reiche abbringen zu lassen, ging ihn an, zur Unterstützung der gemeinsamen Sache Truppen in Schlesien zusammenzuziehen, erteilte seinen sämtlichen Regimentern, mit Ausnahme der preufsischen, Befehl, sich zum Abmarsche an die Unterweser bereit zu machen. Den Welfen versprach er, auf reichsverfassungsmäfsige Mahnung sein

[1] U. u. A., XII, 86—100. 179 ff. — Köcher, I, 471. 483 ff. — Duntze, IV, 160 ff. — Pomponne, II, 264 ff. — Pachner v. Eggestorff, I, 235 ff. 243 ff.

Kreiskontingent gegen die Schweden zu stellen, auch diejenigen Reichsfürsten, die wegen der Bremer Sache angegriffen würden, „mit aller Macht zu assistieren.“ 2000 Brandenburger sammelten sich Anfang November bei Minden. Johann de Beyer mufste sich von neuem zu Wrangel begeben und ihm eine in freundlichem, aber festem Tone abgefafste endgiltige Abmahnung überbringen.

Offenbar hatte Friedrich Wilhelm eine Haltung angenommen, die, ohne noch die Freundschaft mit Schweden ganz aufzugeben, den Grafen Wrangel nicht in Zweifel lassen konnte, dafs er bei weiterer Hartnäckigkeit nicht allein das kurkölnische und die welfischen Kontingente, sondern auch das brandenburgische zu bekämpfen haben werde.

Die Schweden mufsten das Spiel verloren geben. Sie hatten gerechnet auf Zwietracht unter den ihnen glaubensverwandten Bremer Bürgern — diese standen, mit Ausnahme weniger Verräter, einmütig gegen die Unterdrücker zusammen; auf die Wirren des Münsterschen Krieges — Brandenburg hatte ihm ein schleuniges Ende bereitet; auf die Gunstbeweise des Kaisers — sie hatten sich als trügerisch herausgestellt; auf die Furcht vor ihren Waffen — gerade diese hatte das nordwestliche Deutschland gegen ihren ersten Versuch weiterer Machtvergröfserung geeint. Das Heer der Braunschweiger und Kölner stand, 16000 Mann stark, unter dem Grafen Waldeck, zuerst bei Nienburg, dann bei Thedinghausen, nur wenige Meilen von der schwedischen Armee. Die brandenburgischen Truppen im Halberstädtischen und in Minden waren zur Hilfeleistung für die niedersächsischen Brüder bereit; und 6000 Niederländer marschierten auf Ostfriesland, dazu bestimmt, für den Notfall in den Kampf gegen die Schweden einzugreifen. Überdies unter herbstlichem Regen und Kälte in dem sumpfigen Lande schwer leidend, mufste Wrangel sein Heer in enge Quartiere zusammenziehen und dadurch die Blockade thatsächlich aufheben[1].

Von aufsen her hatten die Schweden keinerlei Hilfe zu erwarten. Sie hatten die englische Allianz schnöde verraten, und ihr alter Verbündeter, zu dem sie reumütig zurückgekehrt waren — Frankreich —, nahm sich ihrer, da er das ganze Reich gegen sie vereint sah, nur mit Abmahnungen im Haag gegen

[1] F. Hirsch in der Hist. Zeitschr. N. F. XVII, 275. — Pomponne, II, 267 ff. — Aitzema, V, 989—992. — U. u. A., XII, 101 ff.; XIV, I 282 f. — Köcher, I 506 f.

eine kriegerische Aktion an, die nicht einmal Erfolg hatten. Darauf liefs Ludwig der bedrängten Regentschaft 50000 Thaler als Vorschufs auf seine Subsidiengelder aushändigen — wahrlich ein Tropfen auf heifsem Steine! Im Grunde hatte der König nur die Absicht, zu verhüten, dafs hier der Friede ohne Einmischung Frankreichs geschlossen werde; es sollte ohne dessen Beteiligung nichts Wichtiges in Europa vor sich gehen. Als ihm der Kurfürst durch den Sohn des Oberpräsidenten, den jüngeren Otto von Schwerin, die Lage der Bremer Sache auseinandersetzen liefs, beschlofs Ludwig, sofort seinen Obersten Jeure de Millet nach Bremen abzusenden [1].

Allein der Vertreter des Allerchristlichsten Königs kam diesmal zu spät.

Das Heranrücken der Kreisarmee machte auf die Regentschaft einen ebenso niederschmetternden Eindruck wie die entschiedene Haltung des Kaisers und des Brandenburgers und die völlige Vereinzelung Schwedens [2]. Diese Umstände erfüllten sie mit den dringenden Wunsche nach Frieden, so dafs sie nur fürchtete, der Kriegseifer Wrangels könne sie in unheilbare Wirren verwickeln, und höchstens die Deutschen durch die Drohung, sich gänzlich den Franzosen in die Arme werfen zu wollen, zu nachgiebigerm Auftreten zu schrecken suchte. Dem brandenburgischen Gesandten Krockow gegenüber ergingen sich die Mitglieder des Reichsrates in den versöhnlichsten Beteuerungen.

Wrangel freilich that alles, was in seinen Kräften stand, um die Verhandlungen, die unter de Beyers, sowie kurkölnischer und braunschweigischer Verordneter Assistenz in seinem Hauptquartier Habenhausen geführt wurden, noch im letzten Augenblick zum Scheitern zu bringen. Indes den bestimmten Weisungen aus Stockholm und den ernsten Drohungen der Vermittler wagte er nicht sich zu widersetzen. Am 25. November ward zu Habenhausen der Vertrag zwischen Schweden und der Stadt Bremen unterzeichnet. Allerdings verzichtete letztere

[1] d'Estrades, Mémoires, III, 427. 444. 452. 458 f. — Pomponne, II, 279 f. — U. u. A., XII, 106 f. — Millet ist maréchal des camps et armées (U. u. A., II, 423), was nicht, wie gewöhnlich übersetzt wird, „Feldmarschall" heifst — das ist der maréchal de France — sondern dem Range eines Obersten entspricht.

[2] Geschichte des Habenhauser Vertrages: U. u. A., II, 422 f.; XII, 112. 182; Aitzema, V, 992 ff.; Geijer-Carlson, IV, 490.

auf ihre Beteiligung an der Kreisstandschaft, übernahm den vierzehnten Teil der dem Herzogtum Bremen obliegenden Kreis- und Reichssteuern und versprach, bis zum Jahre 1700 künftig einzuberufende Reichstage nicht zu beschicken — was niemals praktisch wurde, da der Regensburger Reichstag dauernd blieb bis zum Ende des Reiches. Dafür brauchte die Stadt dem Könige von Schweden nur, wie nach dem Stader Rezefs, einen rein förmlichen Huldigungseid zu leisten. Sonst behauptete sie nicht nur ihre Reichsfreiheit, sondern auch ihre Landeshoheit in den bisher von ihr abhängigen Gebieten. Das im Stader Vertrage eingeführte Provisorium wurde damit in einen endgiltigen Zustand verwandelt. Seitdem ist Bremen unangefochten eine freie Stadt geblieben.

Wie ungünstig der Habenhauser Vertrag den Schweden war, zeigte die Wut Wrangels, der weder Freude noch Dank wegen des Abschlusses äufserte. Die Bürger dagegen feierten ihren Sieg durch Kanonensalven und andere lärmende Bezeugungen ihrer Zufriedenheit. Das Hauptverdienst an der friedlichen Schlichtung der Bremer Streitigkeiten hatte, wie bei der Beilegung des niederländisch-münsterschen Zwistes, Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Ohne einen Schufs zu thun, hatte er die wichtige Stadt dem Reiche gerettet, die stolzen Schweden gedemütigt. Es gewährte ihm besondere Genugthuung, dafs Frankreich diesmal seine Hand nicht einmal der Form nach im Spiele hatte haben können. Freilich, in seinem Schreiben an Ludwig XIV. vom 25. Dezember 1666 lobte er die „Hochherzigkeit und heroische Güte, die Se. Majestät auch bei dieser Gelegenheit für das öffentliche Wohl bezeugt habe“ — aber diese übertriebene Höflichkeit klang ebenso ironisch, wie das Bedauern, der Gesandte sei zu spät gekommen, als die Angelegenheit „der Dazwischenkunft Eurer Majestät nicht mehr bedurfte“.

Bei näherer Überlegung mufste man sich in Stockholm eingestehen, dafs der Ausgang des Bremer Krieges eine arge Demütigung bedeute. Schweden, das noch ein Dezennium früher seinen Willen, ja seine Laune mit brutaler Gewalt zur Durchführung zu bringen pflegte, hatte hier nicht allein den Zweck seiner kriegerischen Mafsregeln gänzlich verfehlt, sondern noch hinter den früheren Stadischen Rezefs zurückweichen müssen. „Dieser Vertrag mit Bremen,“ sagt ein zeitgenössischer

französischer Diplomat, „hat die Schweden vor ganz Europa als aus eigenen Mitteln schwache und ohnmächtige Leute erwiesen“[1]. Dabei hatte das verunglückte Unternehmen dem ohnehin armen Staatswesen neunzehn Tonnen Goldes gekostet, seine Finanzen völlig zerrüttet, ein bleibendes Defizit von zehn Tonnen Goldes geschaffen. „Wrangel,“ schreibt damals aus Hamburg Königin Christine von Schweden, „ist vor Kummer und Wut derart geschwächt und verändert, dafs man ihn nicht wieder erkennt. Er, der stolz und ruhmliebend ist, kann die unwürdige Lage, in der er sich befindet, nicht ertragen, und es mufs für ihn ein tiefgehender Herzensverdrufs sein, wenn er sich erinnert, ganz Deutschland zu seinen Füfsen gesehen zu haben, und sich nun heute das Gesetz von Leuten auferlegt sieht, die ehemals bei der blofsen Nennung seines Namens erzitterten“[2]. Die Regenten verhehlten auch ihren Zorn keineswegs; ihr Grimm galt aber nicht sowohl dem Kurfürsten, dessen besonnenes Auftreten ihr Heer vor einer zweifellosen Niederlage bewahrt hatte, als den Braunschweigern und dem Kaiser. Ihr Gesandter in Wien, Palbitzki, liefs sich zu offenen Drohungen hinreifsen, und der ungestüme Wrangel rief aus: dafür, dafs sich der Kaiser Bremens mit solchem Eifer angenommen habe, werde der Böhmerwald erzittern müssen. Allein die Furcht vor der schwedischen Macht war schon allzusehr gesunken, als dafs solche Prahlereien bedeutenden Eindruck hervorgebracht hätten.

Bremens Dank aber galt vor allem dem Kurfürsten von Brandenburg. Seine freundschaftliche, schonende und doch ernste Verwendung, sowie die wenigen tausend Mann, die er bei Minden zusammengezogen, hatten in Stockholm gröfsere Wirkung geübt als die laute Feindschaft Kurkölns und der welfischen Herzoge. Wie gern hätte Wrangel an den „Lüneburgern“ seinen Zorn gekühlt; wie freudig hatte ihm das sogar die schwedische Regentschaft gestattet[3]: allein die Erwägung, dafs hinter jenen die brandenburgische Macht stehe, hatte das schon gezückte Schwert wieder in die Scheide zurückgestofsen. Nicht nur im

[1] Guiche, II, 168. — Vgl. U. u. A., XII, 187 f; Pufendorf, IX, 82; Geijer-Carlson, IV, 491 f.

[2] Bildt, Christine de Suède et le card. Azzolino, 257.

[3] Geijer-Carlson, IV, 490.

äufsersten Osten und Westen des Vaterlandes, auch an der Wesermündung im Norden hatte Brandenburg deutsches Wesen vor Schaden und das deutsche Reich vor neuem Gebietsverlust bewahrt. Man stelle sich vor, dafs zu jener Zeit der brandenburgische Staat nicht vorhanden gewesen sei oder nur nicht das Brandenburg Friedrich Wilhelms, sondern das seiner unmittelbaren Vorgänger — und dann möge man sich das Elend und die Schmach ausmalen, die damals Frankreich, die Vereinigten Provinzen, Schweden und Polen über Norddeutschland gebracht hätten. Preufsen und der Niederrhein, Pommern, sowie die Ems- und Weserlande wären kläglich den Fremden anheimgefallen. So wird man sich erst von der aufserordentlichen Bedeutung des Grofsen Kurfürsten nicht nur für Brandenburg-Preufsen, sondern für das gesamte deutsche Vaterland ein klares Bild zu machen vermögen. Im grofsen wie im kleinen hat dieser hervorragende Fürst seinem Lande und dem deutschen Volke wichtige und bleibende Dienste geleistet.

Vierundzwanzigstes Kapitel.

Brandenburg und der Devolutionskrieg.

„Jeder gute Deutsche richtet seine Konsilia und Konduite jedesmal zur Konservation der deutschen Freiheit und des Vaterlandes Sicherheit. Zwar mufs ich jedesmal auf auswärtige Kronen meines Staates halber gebührende Reflexion nehmen. Solches geschieht aber mit der Moderation, dafs man sich denselben nicht in die Arme wirft, sondern alles mit solcher Circumspektion thut, dafs man dabei freie Hände behält; und man hat die gemeine Sicherheit insoweit beobachtet, dafs, wenn das Haus Österreich zu weit gehen will, es durch dergleichen Absehen und Nachdenken davon ist abgehalten worden. Man hat eine Zeit hero dieses Haus in Verdacht gehabt, dafs es niemand neben sich leiden könnte und nach einer Universalmonarchie trachtete. Anitzo aber wendet sich das Blatt um, und wäre deshalb wohl wenig zu fürchten. Hingegen aber wird Frankreich übermäfsig grofs und arrogiert sich gleichsam das Arbitrium in allen Dingen."

Also liefs in der Mitte des Jahres 1667 Kurfürst Friedrich Wilhelm im tiefsten Vertrauen das gesamte Programm seiner auswärtigen Politik entwickeln[1]. Das Interesse der Unabhängigkeit des eigenen Staates wie das Gesamtdeutschlands nötigte ihn, sich nach Kräften jedem Versuche zur Universalmonarchie zu widersetzen, mit der Vorsicht, die für ein kleines Staats-

[1] In dem in seinem unmittelbaren Auftrag von Meinders an den Grafen Waldeck gerichteten vertraulichen Schreiben vom 7./17. Aug. 1667. Strecker, Meinders, 117 f.

wesen eine Lebensfrage war, aber mit Beharrlichkeit und thunlicher Festigkeit.

Eine solche Gefahr drohte aber nicht mehr, wie ein halbes Jahrhundert früher, vom Hause Habsburg, sondern ausschliefslich von Frankreich, dessen Macht unter der Leitung eines selbstbewufsten, ehrgeizigen und gewandten Herrschers, sowie seiner genialen Minister in gewaltiger Weise anschwoll. Colbert hatte binnen sechs Jahren die Staatseinnahmen von 84 auf 95 Millionen Livres erhöht, die Schuldzinsen von 53 auf 32 Millionen ermäfsigt, so das verfügbare Einkommen von 31 auf 63 Millionen Livres (über 200 Millionen Mark nach heutigem Geldwert) gesteigert. Solche Mittel gestatteten eine bedeutende Stärkung der Offensivmittel des Staates. Die Kriegsflotte, die Mazarin gänzlich hatte verfallen lassen, umfafste jetzt 59 Linienschiffe und 51 sonstige Fahrzeuge, mit mehr als 22000 Mann Besatzung; sie war der englischen wie der niederländischen ebenbürtig. Das Heer, nach dem Pyrenäischen Frieden kaum vermindert, zählte 125000 Mann, vorzüglich abgerichtet und ausgerüstet und durch ausgezeichnete Offiziere befehligt. Seit dem Tode Philipps IV. von Spanien, im Jahre 1665, standen 50000 Mann in den Nordprovinzen zu sofortigem Angriffe auf Belgien bereit. Alles in Frankreich atmete Kraft, Entwicklungsfähigkeit, Zuversicht; Staat und Volk waren in frohem Vorwärtsschreiten begriffen.

Kein Zweifel, dafs die kriegerischen Vorbereitungen Frankreichs den spanischen Niederlanden galten, von denen Ludwig XIV. einen beträchtlichen Teil auf Grund des in mehreren Bezirken Brabants geltenden Privaterbrechts, des sogenannten Devolutionsrechts, beanspruchte. Der Generalgouverneur Belgiens, Marques von Castel-Rodrigo, sah den Sturm nahen. Er traf alle ihm möglichen Vorsichtsmafsregeln — allein der klägliche Verfall, in dem sich Spanien befand, erlaubte ihm nicht, wie er selber der Regentin Maria Anna schrieb, auch nur „den hundertsten Teil des Erforderlichen zu beschaffen“. Die Gemüter der Belgier waren mit Niedergeschlagenheit erfüllt, und sie verzweifelten an jeder Möglichkeit des Widerstandes.

Ihre Errettung durch auswärtige Mächte hatte Ludwig XIV. mit vielem Geschick zu verhindern gewufst. Er hatte die Holländer genau so weit unterstützt, dafs sie ihren englischen und deutschen Feinden nicht unterlagen, somit Holland wie England in gegenseitigem Kriege erhalten und ihre Einmischung in

die belgischen Angelegenheiten unmöglich gemacht. Er hatte den Madrider Hof durch trügerische Verhandlungen nicht nur in vollkommene Sicherheit gewiegt, sondern auch vom Abschlusse eines Bündnisses mit England und des Friedens mit Portugal abgehalten. Dafür ging er selber mit letzterem Staate am 31. März 1667 eine geheime Offensivallianz gegen Spanien ein. Dieses war in seiner Schwäche völlig vereinzelt[1].

Die Eroberung der spanischen Niederlande durch Frankreich wäre aber eine furchtbare Bedrohung für Deutschland gewesen. Von der Maas und von Luxemburg aus konnten die Franzosen in wenigen Wochen die in zahlreiche Gebiete gespaltenen, meist von kriegsuntüchtigen geistlichen Fürsten beherrschten Lande des linken Rheinufers überschwemmen und besetzen; nur durch knechtische Demütigung und Unterwerfung schienen diese Gebiete einem solchen Schicksale entgehen zu können. Neuburg und Kurköln hatten schon mit Frankreich Verträge geschlossen, die, um den Preis französischer Subsidien, den beiden deutschen Fürsten untersagten, fremden Truppen, das heifst deutschen Hilfsheeren für die spanischen Niederlande, den Durchzug durch ihr Gebiet zu gestatten.

Wie Brandenburg, so sahen auch die Generalstaaten mit Besorgnis und Kummer die drohende Vergröfserung der schon unerträglichen französischen Macht. Sie hatten längst erkannt, dafs sie nichts mehr von Spanien, von Frankreich alles zu fürchten hatten. Eine klare und kräftige Politik hätte sie, wie später Wilhelm III. von Oranien, veranlassen müssen, sich gegen Frankreichs Universalherrschaft mit England, Spanien, dem Kaiser, Brandenburg zu thatkräftiger Gegenwehr zu verbinden. Allein de Witt und seine oligarchischen Freunde fürchteten von kriegerischem Auftreten die Machterhöhung des geborenen Kriegsführers, des jungen Prinzen, und wünschten deshalb nur durch die Mittel der Diplomatie dem Vordringen Ludwigs XIV. Einhalt zu thun. Unter dem Vorwande, sich gegen Schweden zu sichern, hatten sie deshalb unmittelbar seit dem Klever Frieden eine Quadrupelallianz mit Dänemark, Brandenburg und den welfischen Herzögen angebahnt. Friedrich Wilhelm, der ja längst ein solches Bündnis höchlichst gewünscht hatte, war sofort entschlossen,

[1] Mignet, Succession d'Espagne, I, 52 ff. 542 ff. — O. Klopp, Der Fall des Hauses Stuart, I, 131 ff.

dazu die Hand zu bieten. Er zog deshalb seine, den Oligarchen äufserst mifsfällige Einmischung zu Gunsten der staatsrechtlichen Besserstellung des Prinzen von Oranien bereitwillig zurück. Ein Schiffahrtsvertrag, vom April 1666, verstärkte das freundliche Verhältnis zwischen den Niederlanden und Brandenburg durch Gemeinschaft materieller Interessen. Friedrich Wilhelm reiste im geheimen selber von Kleve nach Amsterdam, wo er am 12. Mai 1666 anlangte und in wiederholten Gesprächen mit de Witt die Grundlagen zur Quadrupelallianz legte. Schwerin hatte dort die Unterhandlungen weiter zu führen, während er selber mit den Welfen das engere Zusammenwirken betrieb.

Den Franzosen wie den Schweden drohte die Quadrupelallianz einen Strich durch ihre Eroberungspläne zu machen. Kein Wunder, dafs sie mit allen Mitteln jene Entwürfe zu durchkreuzen bemüht waren. Estrades glaubte des Erfolges sicher zu sein. „Da ich die Absichten Eurer Majestät," schrieb er im Juli seinem König, „über den Bundesvertrag zwischen den Generalstaaten, Brandenburg und Lüneburg kenne, darf ich Sie versichern, dafs er nicht geschlossen wird, und dafs mir die Mittel bei den Abgeordneten der (holländischen) Städte nicht fehlen werden, um ihm Hindernisse entgegenzustellen, die diejenigen, die ihn herbeiwünschen, nicht überwinden werden." Worte, die uns die anmafsende und siegesbewufste Haltung der damaligen französischen Diplomatie deutlich vor Augen führen! — Wunderbarer noch ist, dafs der Kaiser durch Goefs am Klever Hofe der Quadrupelallianz entgegenarbeitete, die er für ein Werk der Franzosen hielt, obwohl man ihm meldete, dafs in Paris die Rede ging, „der Kurfürst von Brandenburg, wie er sich auch anstellen möge, sei nicht gut französisch" [1].

Die Vorstellungen der Franzosen übten auf die oligarchische Partei Hollands die gewohnte einschüchternde Wirkung. Sie begann, über die zu zahlenden Subsidien mit dem Kurfürsten zu hadern, ihm die abermals erbetene Einräumung der klevischen Festungen zu verweigern. Endlich unterhandelte sie nur mit den Abgesandten der Welfen, denen sie auch die Hilfsgelder ohne Schwierigkeit weiter entrichtete, und schob die kur-

[1] De Witt, Brieven, II, 214 f. — Aitzema, V, 783 f. 788. — d'Estrades, Mém., III, 236. 297 ff. 323. — U. u. A., XII, 124—129. 168; XIV, 1, 271 f. 277 f.

fürstlichen Bevollmächtigten Copes und Romswinkel gänzlich beiseite. Solche Mifshandlung liefs sich das gerechte Selbstbewufstsein Friedrich Wilhelms nicht bieten, und so brach er im September 1666 die Verhandlungen ganz ab.

Der Kurfürst suchte den drohenden Absichten Frankreichs auf andere Weise zuvor zu kommen, indem er England und Holland versöhne und dadurch beiden eine selbständige Politik gegenüber der Pariser Regierung ermögliche. Aber auch damit glückte es ihm nicht. Der neumärkische Kanzler Christoph von Brandt, den er abermals zur Friedensvermittelung nach London schickte, fand hier unfreundliche Aufnahme und tief eingewurzelten Unwillen gegen Brandenburg wegen dessen Parteinahme wider Münster. Bis zum Herbst 1666 brachten Friedrich Wilhelms Bemühungen gegen Frankreichs Invasionspläne zu des letzteren lebhafter Freude nicht das mindeste Ergebnis[1].

Indes eine sachgemäfse und beharrliche Politik ist immer des endlichen Erfolges sicher. Die oranische, Brandenburg freundliche Partei innerhalb der Generalstaaten wurde in ihren Warnungen vor den bedrohlichen Absichten Frankreichs zu sehr von der Logik der Thatsachen unterstützt, als dafs sie nicht schliefslich auch die Gegner überzeugte. Dazu kam der Bremische Streit, in dem Schweden, Frankreichs Alliierter, die Handelsinteressen gerade der Provinz Holland auf das schwerste gefährdete; sie und zumal die Stadt Amsterdam riefen nun laut nach dem soeben noch verabscheuten nordischen Bündnis[2]. Auf Veranlassung der oranisch Gesinnten begab sich Romswinkel nach Kleve und wufste den Kurfürsten, der vor allem der Einmischung Frankreichs in die Bremer Angelegenheit zuvor zu kommen wünschte, zu einigen Zugeständnissen zu bewegen, die, nach mannigfachen Verhandlungen, den Abschlufs der Quadrupelallianz ermöglichten. Sie wurde am 25. Oktober 1666 unterzeichnet, und zwar auf sechs Jahre. Freilich war sie rein defensiver Natur und bezog sich, um die Verbündeten der Vereinigten Provinzen nicht in einen Kolonialkriegzu verwickeln, lediglich auf europäische Besitzungen. In gewohnter Weise stellte sie die

[1] U. u. A., II, 417; XIV, 1, 68 f. 129 ff. 633 ff. — Köcher, I, 463 ff. 475 ff.

[2] Über den Abschlufs der Quadrupelallianz und deren Gestaltung sehe man: v. Mörner, 307 ff. 312 f.; Aitzema, V, 905 ff. 998 f. 1067; Köcher, I, 447 ff.; d'Estrades, Mém., III, passim; de Witt, Brieven, passim. — Lefèvre-Pontalis, I, 503. — Über die Wahlkapitulation: M. Doeberl, Bayern und Frankreich, S. 295 ff.

Ziffern der gegenseitigen militärischen Unterstützung fest und verhiefs für gewisse Fälle den Verbündeten niederländische Hülfsgelder. Der direkte Vorteil, den der Kurfürst für sich aus diesen Abmachungen zog, war gering: ein wenige Monate später — 6. Januar 1667 — abgeschlossenes Übereinkommen sicherte wenigstens sein und seiner klevischen Unterthanen Interesse gegenüber den staatischen Garnisonen seiner Festungen.

Nur zum allgemeinen europäischen Besten hatte er in die Quadrupelallianz gewilligt. Sie bewirkte in der That das Zurückweichen der Schweden im Bremer Streite. Würde sie auch auf die Haltung Frankreichs einen ähnlichen Einfluſs üben?

Das hing zunächst von der Bedeutung ab, die de Witt dem neuen Bündnis geben würde. Der Kaiser und Spanien waren bereit, ihm beizutreten. So wäre eine grofse europäische Koalition zusammengekommen, die wahrscheinlich den Angriff Frankreichs auf die spanischen Niederlande von vornherein verhindert hätte. Allein der Ratspensionär, erschreckt über den ihm aufgenötigten Vorstofs gegen Frankreich und den Unwillen, den dieses darüber äufserte, that schnell wieder mehrere Schritte zurück, um nur den grofsen Schutzherrn in Paris zu versöhnen. Er wies den Beitritt der Habsburger ab, lud vielmehr Frankreich ein, sich der Quadrupelallianz anzuschliefsen, und rief wiederholt dessen Mitwirkung zur Schlichtung des Bremer Zwistes an: gerade das, was Friedrich Wilhelm hatte vermeiden wollen! Schon nach wenigen Monaten verlor die Allianz jede Bedeutung.

Ihre deutschen Teilnehmer suchten sich in anderer Weise zu helfen. Die Braunschweiger Herzoge brachten eine engere Vereinigung mit Kurköln zu stande, obwohl dieses als Vasall Frankreichs bekannt war. Der Kurfürst von Brandenburg näherte sich dem Kaiser, dessen Interessen er in der Frage der beständigen Wahlkapitulation allein unter seinen kurfürstlichen Kollegen eifrig verfocht. Vergebens bemühte sich Frankreich, den mächtigsten deutschen Fürsten durch Liebenswürdigkeiten aller Art zu gewinnen: wie es denn gerade zu diesem Zwecke dem Prinzen von Oranien, Friedrich Wilhelms Neffen, das so lange vorenthaltene Fürstentum Orange endlich zurückerstattete. Der Kurfürst war klug genug, um zu verstehen, dafs es die Hauptsorge war und blieb, „die allzu weit um sich greifende Macht der Franzosen besser zurückzuhalten“. Er meinte, er „habe dahin zu sehen, dafs des Hauses Österreich Macht besser

emporkomme und die französische hierdurch balanciert werde". Freilich war er nicht so unbesonnen, allein die Hand ans Werk zu legen; der Kaiser, die Schweden oder Holländer müfsten ihm helfen, die spanischen Niederlande vor den Griffen Frankreichs zu retten[1]. Und wie immer in wichtigen Fragen, suchte er vor allem eine deutsch-nationale Einigung herbeizuführen. Seine Verhandlungen mit Kursachsen schlugen fehl, da dieses mit Frankreich im Bunde stand und ohne Scheu für Auslieferung der belgischen Provinzen an Ludwig XIV. stimmte. Besser glückte es ihm bei den lüneburger Herzogen. Diese Fürsten, deren mutigem Auftreten gegen Schweden die Rettung Bremens grofsenteils zu danken gewesen war, fürchteten, da die Generalstaaten sich trotz der Quadrupelallianz so kühl zeigten, die Rache der skandinavischen Grofsmacht. Deshalb suchten sie sich durch Ausdehnung ihrer „engeren Vereinigung" mit Kurköln auf Hessen-Kassel und Brandenburg zu sichern. Friedrich Wilhelm ging gern auf solche Pläne ein, allerdings in der Absicht, deren Richtung durchaus zu verändern: das Bündnis sollte nicht nur nicht gegen Schweden gerichtet, sondern dieser Staat vielmehr zum Beitritt bewogen werden. Damit waren ja alle Rachegelüste wegen Bremen ausgeschlossen, zugleich aber der Anhalt gegeben, Schweden, das die Begünstigung der Holländer durch Frankreich ungern sah, zur Abwehr von dessen Vergröfserungsplänen mit mobil zu machen. Man sieht, welches Ziel er unausgesetzt im Auge behielt. Monatelang wurde über diese Dinge auf Konventen zu Hildesheim und Braunschweig verhandelt. Endlich erreichte Friedrich Wilhelm seine Absicht: die „engere Vereinigung" kam zwischen jenen deutschen Staaten, ohne besondere Spitze gegen Schweden, am 25. März 1667 in Braunschweig zu stande, und die Bildung eines Bundesheeres von 6000 Mann wurde verabredet. Auch Schweden zum Beitritt heranzuziehen, war seitdem des Kurfürsten eifriges Bestreben.

Aber auch die Franzosen waren nicht müfsig, sich eine Partei im Reiche zu bilden, die einst dazu dienen sollte, ihr Heer in Belgien vor jedem Flankenangriffe seitens des Kaisers oder anderer deutscher Fürsten zu schützen. Dafür hatten sie ja schon Neuburg und Kurköln selbst gewonnen. Nun brachte

[1] Eigene Äufserungen des Kurfürsten und Schwerins, 4. 18. März 1667; U. u. A., XIV, I, 298. 301. — Vgl. ebendas. 297 ff., sowie U. u. A., XII, 137 ff.; v. Mörner, 313 f.; Köcher, I, 518—524.

der französische Resident in Mainz, der Abbé Gravel, ein Bruder des Gesandten in Regensburg, ähnliche Verträge auch mit Kurmainz und mit dem Münsterer Bischof von Galen fertig, der, von England im Stiche gelassen, mit den Holländern verfeindet, sich gänzlich den Franzosen in die Arme geworfen hatte. Die vier rheinisch-westfälischen Fürsten sperrten nunmehr den Zugang zu den spanischen Niederlanden.

Ein Hauptgesichtspunkt Frankreichs aber war die Bewahrung des Kriegszustandes zwischen den Vereinigten Provinzen und Grofsbritannien, damit keiner der beiden Staaten sich seinen belgischen Plänen widersetzen könne. Ihm entgegen arbeitete, um die Versöhnung zwischen beiden herbeizuführen, der geistvolle und unermüdliche Lisola, jetzt kaiserlicher Gesandter in London. Er wurde unterstützt durch die Geldgier Königs Karl II., der gern Frieden geschlossen hätte, um das Auslaufen der englischen Flotte zu ersparen und damit das hierfür vom Parlament bewilligte Geld zu seinen Vergnügungen und Ausschweifungen verwenden zu können. Dazu kam, dafs das von Auflagen erschöpfte englische Volk dringend nach Frieden rief. So wurde im Mai 1667 ein Friedenskongrefs zu Breda eröffnet, doch dauerte einstweilen der Krieg noch fort. Und die französische Regierung, die vorher mit allen Mitteln das Zustandekommen des Kongresses zu verhindern gesucht hatte, war nunmehr bestrebt, durch Intriguen jeder Art ihn wieder zu sprengen. Indem ihre Gesandten sich aufs engste den englischen anschlossen, gelang es ihnen, beide Parteien von neuem gründlich untereinander zu verhetzen. Das Wunderlichste aber war, dafs die Spanier, zu deren Rettung der Friede unentbehrlich war, in unglaublicher Verblendung mit den Franzosen um die Wette gegen ihn arbeiteten, weil sie das Einverständnis der beiden ketzerischen Seemächte fürchteten[1]!

Anders der Kurfürst von Brandenburg. Er war nicht nur in London und im Haag eifrig zu Gunsten des Friedens thätig, sondern beorderte auch, obwohl er nicht förmlich dazu eingeladen war, Brandt aus London, sowie Blaspeil, sich nach Breda zu begeben und dort nach Möglichkeit zu vermitteln.

---

[1] Pribram, Lisola, 299 ff. — Mignet, II, 32. 35. 40 ff. — Lonchay, 217. — Lefèvre-Pontalis, I, 396 ff. — Berichte von Brandts aus London: U. u. A., XII, 649 f. — Vgl. über des Kurfürsten Bemühungen für den Frieden: ebendas. 647–653.

Während Friedrich Wilhelm hiermit, im Gegensatze zu Frankreich, unausgesetzt beschäftigt war, sah er plötzlich den französischen Obersten Millet[1] wieder an seinem Hofe erscheinen — einen Krieger, der längst im diplomatischen und Verwaltungsdienste verwandt worden, aber mehr ein ungestümer und offener Soldat, als ein verschlagener Staatsmann geblieben war. Der Oberst hatte von seiner Regierung einen eigentümlichen Auftrag erhalten: die norddeutschen Fürsten und besonders den Brandenburger zu ersuchen, sie möchten einer angeblich zur Unterstützung der Polen gegen die Türken bestimmten französischen Heeresabteilung den Durchzug durch ihre Länder gestatten. Ludwig XIV. war sich zweifellos darüber klar, dafs der Kurfürst, der an der Zerstörung des französischen Einflusses in Polen eifrig arbeitete, das an ihn gestellte Ansinnen nie bewilligen würde. Er wollte nur diese verneinende Antwort haben, um, darauf sich stützend, mit scheinbarem Rechte die Verweigerung des Durchzuges auch für kaiserliche, nach Belgien bestimmte Truppen fordern zu können. Das war der eigentliche Zweck von Millets Unterhandlung[2]. Um die Intrigue Millets zum gewünschten Ausgang zu bringen, lief bei Brandenburg und den welfischen Höfen ein in den höchsten patriotischen Tönen gehaltener Protest von Kurmainz ein gegen das unbillige Ansinnen Frankreichs[3]!

Millet erhielt in Berlin selbstverständlich die erwartete abschlägige Antwort, die allerdings mit höflichen Worten umkleidet wurde. Dabei gab der Kurfürst dem französischen Gesandten zu verstehen, dafs er seines Königs Pläne auf Polen mifsbillige und für undurchführbar halte. Millet erkannte mit seinem natürlichen Scharfblick die grundsätzliche Abneigung des Kurfürsten gegen die französische Politik. Er erklärt in seinem Ärger den Herrn für schwach und wankelmütig, ganz abhängig von dem schändlichen, angeblich durch Österreich erkauften Schwerin, den er ebenso wie dessen Schwiegersohn, den jüngeren Blumenthal, mit Schmähungen überhäuft; „Schurken“ — fourbes — ist noch einer der mildesten Ausdrücke. Alle Rache des Himmels

[1] Über Millet: Pinard, Chronologie historique et militaire, VI, 354.

[2] Lionne setzt dies selber dem Herrn v. Gravel auseinander, in seiner Depesche vom 6. Mai 1667; Mignet, I, 177.

[3] Köcher, I, 527 f. — U. u. A., II, 461. — Vgl. ferner U. u. A., II, 432–442; XII, 697 f.; XIV, I, 302 f.

fleht er auf den Kurfürsten und dessen hauptsächliche Ratgeber herab. Dagegen findet er es ganz natürlich, dafs zwei brandenburgische Minister, der Oberstallmeister von Pöllnitz und der Generalleutnant von der Goltz, an ihrem Fürsten und Vaterlande den schimpflichsten Verrat übten, indem sie alle Staatsgeheimnisse, deren sie habhaft werden konnten, dem französischen Gesandten mitteilten — und das zu einer Zeit, wo sie wufsten, dafs der Kurfürst entschiedener Gegner Frankreichs sei[1].

Ohne es zu wollen und zu wissen, war Friedrich Wilhelm in die Falle gegangen, die ihm die französische Regierung schlau gestellt hatte. Und plötzlich mufste er hören, dafs diese ihre gewaltsamen Absichten auf die spanischen Niederlande mit ungeahnter Schnelligkeit verwirklichte.

Das französische Kriegsmanifest erschien am 8. Mai 1667. Ohne die Antwort der Regentin Spaniens auf die dort entwickelten Ansprüche Frankreichs auf einige Teile Belgiens abzuwarten, fiel Ludwig XIV. an der Spitze von 55000 Kriegern in dieses Land ein. Dessen Statthalter, Marques von Castel-Rodrigo, hatte solchem Heere keine entsprechenden Streitkräfte entgegenzustellen. In wenigen Wochen eroberte Marschall Turenne die wichtigsten Festungen des südlichen Belgien, ohne nennenswerten Widerstand zu erfahren. Die Besitznahme des Restes der spanischen Niederlande schien nur eine Zeitfrage.

Die holländischen Oligarchen waren wiederholt gewarnt worden, aber ihr felsenfestes Vertrauen auf Ludwigs Zusage: er werde nichts ohne ihre vorhergehende Zustimmung unternehmen, bereitete ihnen nunmehr die unangenehmste Überraschung. Sie waren überzeugt, dafs, wenn Frankreich die spanischen Niederlande erobert habe, es den freien Niederlanden binnen zweier Jahre das gleiche Schicksal bereiten werde. Und dabei beantwortete der König ihre abmahnenden Zuschriften gar nicht, sondern setzte ruhig seinen Feldzug fort. De Witt besann sich in seiner, durch das Gefühl seiner Verantwortlichkeit gesteigerten Angst plötzlich an den so lange vernachlässigten Kurfürsten von Brandenburg. Er wünschte, durch dessen Vermittelung England und Schweden mit den Generalstaaten auszusöhnen und zur

[1] Wir werden auf diese beiden Ehrenmänner zurückkommen. Einstweilen: a) über Pöllnitz, U. u. A., II, 280. 418. 448. 451. 455. 475. 481, sowie Strecker, Meinders, S. 33 Anm. 1; b) über Goltz, U. u. A., II, 280. 451 f. 454. 461 f. 473. 476.

Bekämpfung des französischen Ehrgeizes zu verbinden. So tritt uns hier der erste Gedanke der Tripelallianz entgegen. Zugleich betrieben die Hochmögenden militärische Rüstungen. Frankreich aber liefs alle Minen springen, um den Kampf zwischen England und den Vereinigten Provinzen zu verlängern; seine Werkzeuge dabei waren König Karl II. und dessen Kanzler Clarendon, während das englische Volk und seine Vertretung Frieden mit Holland und Unterstützung des räuberisch angefallenen Spanien forderten.

Nicht nur die Holländer erbaten den Beistand Friedrich Wilhelms für Spanien; auch der Kaiser verlangte von ihm, er solle seine Mitkurfürsten zu der Erklärung veranlassen: „Weder sie noch das Römische Reich könnten und wollten den burgundischen Kreis als ein vornehmes Glied dessen nit abandonnieren noch hülflos lassen[1].“

Brandenburg war sofort bereit, alles zu thun, um gegenüber den drohenden französischen Plänen eine feste Gruppe mächtiger Staaten zu vereinen. Jetzt stellte sich der Nutzen der vorsichtigen und schonenden Weise heraus, in der er Schweden behandelt hatte: diese Macht zeigte sich einem solchen Bündnis geneigt. Mit Zuversicht konnte er dabei auf sein eigenes Heer hinweisen, das, aufser seinem Friedensstande von 8200 Mann Feldtruppen und den Garnisonen, noch Cadres, Ausrüstungsgegenstände und Artilleriematerial für weitere 20000 Mann besafs. Wirklich hat er in diesen gefährlichen Zeitläuften seine Streitkräfte um 13000 Mann vermehrt, so dafs sie Ende 1667, mit Einschlufs der Besatzungen, nicht weniger als 14448 Mann Fufsvolk, 8659 Reiter und 1016 Dragoner, also zusammen 24123 Mann — ohne Artilleristen und Trofs — betrugen[2]. Das war eine Macht, mit der jeder zu rechnen hatte — mehr als das damalige Spanien aufzubringen vermochte!

Immerhin war für Friedrich Wilhelm die gröfste Vorsicht geboten. Donquichotterie lag nicht in seinem Wesen, sondern bedächtige Sorgfalt in allen Entschlüssen. Da mufste er denn bemerken, dafs die Generalstaaten Spanien mit seinen dringenden

[1] U. u. A., XIV, I, 306 ff.; vgl. XII, 722 ff. — Mignet, II, 483 ff. — Lefèvre-Pontalis, I, 425 ff.

[2] Eigene Äufserungen des Kurfürsten vom 15. Juni 1667 (U. u. A., XII, 725 f.) und Stuhr, Brandenb.-preufs. Kriegsverf. zur Zeit des Grofsen Kurfürsten, I, 212.

Hülfegesuchen auf die Zeit nach ihrem Friedensschlusse mit England vertrösteten, ihn selbst die Last seiner wohlgemeinten Rüstungen allein tragen liefsen, während sie den Welfen fortdauernd Subsidien zahlten[1]. Der Kaiser vollends, der Verwandte und Alliierte des spanischen Königs, rührte keinen Finger: mit dem Brustton völkerrechtlicher und nationaler Entrüstung suchte er nur die Kurfürsten gegen Frankreich zu hetzen, ohne selber das Mindeste zu wagen. Und die offizielle Reichsvertretung, der Regensburger Reichstag! Kein Zweifel, dafs ihm nach dem Wortlaute und Geist des Münsterschen Vertrages die Pflicht oblag, den burgundischen Kreis, also die spanischen Niederlande, zu verteidigen. Allein dieser Punkt wurde wohl in Pamphleten, aber vorsichtigerweise in der hohen Körperschaft selbst niemals erörtert. Von dem furchtsamen Kaiser durchaus nicht dazu veranlafst, waren die Reichsstände froh, somit jeder Nötigung zu kostspieliger und gefährlicher Kriegspolitik überhoben zu sein, und ihre Gesandten in Regensburg verbrachten die Zeit mit nutz- und inhaltlosen Debatten.

Friedrich Wilhelm durfte nur tastend, versuchend vorgehen, bis er sich vergewissert, dafs und inwieweit er in seinem Streben nach Errettung Europas vor französischer Unterdrückung Beistand finden werde. Seine nächste Absicht war, nicht die ganze schwerfällige Reichsorganisation, sondern das Kurfürstenkolleg die Vermittelung zwischen Frankreich und Spanien übernehmen zu lassen. In diesem Sinne beantwortete er das Schreiben, durch das ihm Ludwig XIV. seinen Einfall in die spanischen Niederlande offiziell angezeigt hatte. Zu diesem Behufe sandte er auch den Berliner Schlofshauptmann von Berlepsch an das Haupt des Kurfürstenkollegs, den Reichs-Erzkanzler und Kurfürsten von Mainz. Der war mit allen möglichen Vorstellungen und Waffnungen durchaus einverstanden; als aber Berlepsch die Frage anregte, wie man sich, wenn gütliche Mittel nichts fruchteten und Frankreich sich ungebührlich ausdehne, dem widersetzen solle, begnügte sich Johann Philipp, zu seufzen und die Hände

[1] Lonchay, 233. — U. u. A. XII, 726. — Über das folgende: F. Scheichl, Leopold I. und die österreich. Politik während des Devolutionskrieges (Leipziger Diss. 1887), 42 ff. 60; Meinecke, Der Regensburger Reichstag und der Devolutionskrieg (Hist. Ztschr, N. F., Bd. XXIV, S. 193 ff.); Mignet, II. 168 ff. 174 ff. 278; U. u. A., II, 445: XII, 700 ff. 707—711. 760; XIV, I, 310 ff.; Pufendorf, X, 30.

über dem Kopfe zusammenzuschlagen. Nachdem dann sein Geheimrat Jodoci, den er nach Brüssel und Paris geschickt, ihm einige begütigende Worte des französischen Königs gemeldet hatte, segelte er vergnügt wieder in das Fahrwasser Frankreichs und vertröstete den Brandenburger auf einen Konvent, den die Franzosenfreunde unter den deutschen Fürsten in Köln zu halten beabsichtigten.

Diesen Versuch mufste also der Kurfürst als gescheitert betrachten. Die Furcht vor Frankreich, sowie der Einflufs seines Geldes und seiner Diplomaten hatte sich bei den rheinischen Fürsten abermals stärker gezeigt, als die Stimme der Klugheit und der Vaterlandsliebe. Christoph Bernhard von Münster aber rüstete, um den Franzosen beizustehen und bei dieser Gelegenheit Borkelo zu erlangen, dessen Verlust er noch nicht verschmerzt hatte.

Die Lüneburger Herzoge waren die einzigen Reichsfürsten, die Brandenburg nicht im Stiche liefsen. Der österreichische Gesandte in Berlin blieb wochenlang ohne Instruktionen, und wenn solche anlangten, bestanden sie in unbestimmten Reden und Ermahnungen. „Wann Zeit und die Bereitschaft vorhanden sein werden, alsdann werden wir uns weiter vernehmen zu lassen nicht ermangeln," das war der heldenhafte Beschlufs, wozu der „allezeit Mehrer des Reiches" sich aufzuschwingen vermochte (Leopold I. an Goefs, 11. Juli 1667). Triumphierend durfte der französische Gesandte beim Kaiser, Gremonville, nach Paris berichten: „In Wien werden wenig oder gar keine Anstalten zum Kriege getroffen, viel mehrere zu Balleten und Jagden, und es werden bei letzteren mehr Hirsche gefehlt, als von den Spaniern in diesem Feldzuge Franzosen erschossen worden sind." Kein Wunder, dafs der Kurfürst solche Lauheit des Kaisers bitter empfand. „Ihr treibt mich an," sagte er dem Baron von Goefs, „dafs ich mich dieses Werkes annehmen soll, und Ihr selber thut nichts dazu." Er erklärte offen, nur dann werde er etwas unternehmen, wenn er sicher sei, dafs ihn „eine starke Partei unterstützen werde". Sich nutzlos mit Frankreich durch leere Demonstrationen zu verfeinden, lehnte er ab. Weder die Hilfegesuche Castel-Rodrigos noch dessen prahlerische Schilderungen von der Macht der spanischen und kaiserlichen Truppen und von seinen geheimen Verbindungen mit den Hugenotten und anderen französischen Unzufriedenen konnten ihn darin irre

machen. Er war viel zu klug, um diese Dinge für etwas Anderes zu nehmen, als sie wirklich waren — Luftschlösser.

In dieser verdrossenen und halb verzweifelten Stimmung befand sich Friedrich Wilhelm, als Ludwig XIV. die Konsequenzen seiner fein eingefädelten List betreffend den vorgeblichen polnischen Succurs zog. Er beauftragte Millet, dem Kurfürsten anzuzeigen: er habe auf den Durchzug nach Polen verzichtet, erwarte aber dafür, dafs der Kurfürst ebensowenig kaiserliche Völker durch seine Staaten nach den Niederlanden marschieren lassen werde. Übrigens habe er den Marquis von Créquy mit 10000 Mann in den lothringischen Bistümern aufgestellt, um das Gebiet derjenigen Fürsten zu besetzen, die den Kaiserlichen ihre Länder eröffnen würden. Ferner hatte Millet die Verlängerung des Rheinbundes zu verlangen.

Der Brandenburger liefs sich durch die brutale Drohung nicht einschüchtern. Meinders hatte Millet zu antworten: bisher habe der Kaiser die Forderung des Durchzugs nicht gestellt; geschehe es, so werde der Kurfürst sich darüber nicht allein entschliefsen, sondern nach der Entscheidung des gesamten Reiches bestimmen. Auch in der Sache des Rheinbundes gedenke er nur im Verein mit den anderen Ständen und zumal der Krone Schweden zu handeln[1].

Dieser Bescheid bedeutete eine scharfe Ablehnung der französischen Zumutungen. Wirkungsvoll wies er auf die Grenzen hin, die dem Übermut des Allerchristlichsten Königs leicht durch die Gesamtheit Deutschlands und die offenbare Abneigung Schwedens gezogen werden könnten. Der Kurfürst wollte sich, wie er in seiner drastischen Weise sagte, der „Servitut", der „Sklaverei" Frankreichs nicht unterwerfen; er „beklagte sich zum höchsten, dafs Kur- und Fürsten des Reichs, und zwar die geistlichen zuvörderst, das edle Kleinod ihrer Freiheit nicht besser in acht nehmen". Indem er auf die Beihilfe Schwedens hoffte, trug er in den Julitagen des Jahres 1667 Festigkeit und Zuversicht zur Schau, die in seinem beweglichen Gemüte an Stelle der früheren Entmutigung getreten waren. Er trat dem Kaiser vertraulich näher: auf dessen Anregung widerriet er der Stockholmer Regierung und den Welfen geradezu die Verlängerung des Rheinbundes und drang in Breda auf die Ein-

[1] Mignet, II, 279. — U. u. A., XII, 698 f.

beziehung des burgundischen Kreises in den Friedensvertrag. Besonders mit den wohlgerüsteten und mutigen welfischen Herzogen knüpfte er engere Beziehungen an. Sie zeigten sich geneigt, den Bischof von Münster mit Güte oder Gewalt zur Einstellung seiner Rüstungen und zur Ruhe zu zwingen [1].

Neue Hoffnungen erfüllten dann Friedrich Wilhelm beim endlichen Erlöschen des englisch-holländischen Krieges, das durch einen glänzenden Sieg der Niederländer in der Themsemündung selbst und durch das Niederbrennen des hauptsächlichen englischen Schiffarsenals von Chatham herbeigeführt wurde. Der Donner von de Ruyters Geschützen war in London selbst vernommen worden. Nun ward am 31. Juli der Friede zu Breda gezeichnet; der Kurfürst und seine Staaten waren in ihn eingeschlossen.

Es war die höchste Zeit für die beiden Seemächte, sich gegen Frankreich zu wenden, wenn sie verhüten wollten, dafs die goldenen Lilien ganz Belgien überwucherten. Lille, eine der bedeutendsten Festungen Europas, war den Franzosen in die Hände gefallen. Der Gang des Krieges bereitete dem Kurfürsten von Brandenburg grofse Sorge: nach der Eroberung der spanischen Niederlande werde der Allerchristlichste König seine schwere Hand auf Deutschland legen. Erschien nicht soeben in Paris mit königlichem Privileg das Buch Aubrys: De jure regis Galliae in totum imperium, dessen unverschämte Darlegung der Ansprüche Frankreichs auf ganz Deutschland überall im Reiche lebhaften Unwillen erregte? Friedrich Wilhelm selber war höchst entrüstet über das Buch, das er beständig in der Tasche führte und den übrigen Reichsfürsten als wahres Programm der französischen Regierung zu schildern pflegte. Indes zu deren Bekämpfung bedurfte er sicherer Bundesgenossen; ihren Vasallen und Schützling, den Bischof von Münster, allein zu überfallen, zu entwaffnen und gefangen zu nehmen, wie ihm de Witt zumutete, wies er zurück, um sich nicht hilflos der Rache Frankreichs auszusetzen. Er forderte zunächst den Beistand einer Grofsmacht.

Der Kaiser schien endlich hierzu bereit. Die Vorwürfe und

[1] Vgl. Berichte Goefs' vom 1. 22. Juli 1667 (U. u. A., XIV, I, 312 f. 316). — Goltz, der an die Welfen gesandt worden, hat darüber nach seiner Gewohnheit an Millet berichtet (U. u. A., II, 452). — Vgl. ferner: U. u. A., XII, 147 ff. 653 ff. 706; XIV, I, 308 f.; Lefèvre-Pontalis, 400 ff. 407 ff.

Vorstellungen Spaniens erweckten ihn aus seiner Thatenlosigkeit. Er stellte Rüstungen an, suchte das Bündnis Englands, der Generalstaaten, Schwedens. In letzterem Lande unterstützte ein sehr einflufsreiches Mitglied der Regentschaft, Björnclou, seine Bemühungen. Sein Gesandter in London, Lisola, der als Schriftsteller nicht weniger eifrig denn als Diplomat den Kampf gegen Frankreich betrieb, hatte soeben in dem Bouclier d'état, einer Widerlegung von Aubrys Buch, mit rücksichtsloser Offenheit der Welt die ganz Europa bedrohenden Pläne Ludwigs XIV. dargelegt und in kraftvoller Sprache zu deren gemeinsamer Bekämpfung aufgefordert. Seine Schrift, in alle Sprachen übersetzt, hat eine um so gröfsere Wirkung geübt, je deutlicher die Thatsachen sie bestätigten. Es gelang Lisola, mit Hilfe der gegen Frankreich äufserst erbitterten öffentlichen Meinung, den hauptsächlichsten Vertreter der französischen Politik bei Karl II., den Kanzler Clarendon, zu stürzen. Hier eröffneten sich also für die Gegner Ludwigs XIV. verheifsungsvolle Aussichten. Zugleich ging der Kaiser den Kurfürsten von Brandenburg an, sein mit ihm abgeschlossenes Verteidigungsbündnis auf die spanischen Niederlande auszudehnen, damit offen deren Schutz zu übernehmen, auch das Haus Braunschweig hierfür zu gewinnen. Man sieht, umfassende Pläne, ganz in der Richtung, die Friedrich Wilhelm selber gewünscht hatte.

Nur auf den Wunsch des Kaisers sandte der Kurfürst seinen Rat de Beyer zu dem Konvente der rheinischen Franzosenfreunde — der drei geistlichen Kurfürsten, sowie des Neuburgers — nach Köln, nicht um deren Beschlüssen beizutreten, was er vielmehr ausdrücklich ablehnte, sondern um sie zu überwachen[1].

Er hatte die Genugthuung, den wichtigsten von ihnen, den Kurfürsten von Mainz, gerade damals die Sache Frankreichs verlassen zu sehen. Johann Philipp von Schönborn, ein wohlmeinender und edel gesinnter, freilich mehr mit glänzenden als wirksamen Vorzügen begabter Fürst, hatte endlich aus den jüngsten Mafsregeln und Ansprüchen der Franzosen die Gefahren erkannt, mit denen ihr Herrscher Europa und besonders das Deutsche Reich und jeden einzelnen seiner Stände bedrohte.

[1] Pufendorf, X, 38 f. — Pomponne, II, 421 ff. — U. u. A., II, 468 f.; XII, 704 ff. 727—734. 806 ff.; XIV, I, 315 ff. — Mignet, II, 178 f. — Pribram, 351 ff.

Seitdem wurde er, der bisherige Anhänger Frankreichs, dessen entschiedener Gegner. Seiner Haltung ist es besonders zuzuschreiben, dafs der Rheinbund, nachdem er am 15. August 1667 abgelaufen, zum grofsen Verdrusse der Franzosen nicht erneuert wurde[1]. Die Stimmung im Reiche ging mächtig gegen sie.

Unter so verheifsungsvollen Umständen langte am 16. August, im Auftrage Castel-Rodrigos, der alte katholische Vertraute des Kurfürsten, Markgraf Hermann von Baden, in Berlin an, vom Kaiser durch dringende Empfehlungen unterstützt. Er hatte dem Brandenburger ein Bündnis mit den Spaniern vorzuschlagen, gegen reiche Subsidien, die, bei der bekannten Geldklemme ihrer Regierung, auf einen Teil des Gelderlandes hypothekisiert werden sollten. Aus brandenburgischen, welfischen und spanischen Kontingenten sollte ein Bundesheer von 20000 Mann gebildet werden, an dessen Spitze der Kurfürst in die lothringischen Bistümer einzufallen hatte. Friedrich Wilhelm zeigte sich thatsächlich geneigt, sogar mit 15000 Mann den Spaniern zu Hilfe zu ziehen, wenn der Kaiser sich dem anschliefse, wenn ihm selbst daraus einiger Landgewinn erwachse und, vor allem, wenn er vor jedem Angriffe von Schweden her, sei es durch dessen bindende Erklärung, sei es durch ein kaiserliches Heer, gesichert sei[2].

Man hat häufig[3] Friedrich Wilhelm einen Vorwurf daraus gemacht, dafs er nicht ohne weiteres zur Rettung der spanischen Niederlande das Schwert gezogen, sich erst Verbündete, Hilfsgelder und eine nachträgliche „Ergetzlichkeit“ ausbedungen hat. Aber es darf nicht vergessen werden, dafs er mit ansehen mufste, wie Spanien selber sich zu keinerlei Anstrengung aufraffte, wie Leopold I., der als Schutzherr des Reiches und als Haupt des Hauses Österreich die erste Pflicht zur Verteidigung des burgundischen Kreises hatte, völlig still safs und die Franzosen nach ihrem Belieben gewähren liefs. Ferner ist klar, dafs Brandenburg bei entschiedener Parteinahme für Spanien seine rheinisch-westfälischen Lande aufs Spiel setzte. Weiter, dafs ein Streich Schwedens ihm Hinterpommern kosten, ja die Kur-

[1] Guhrauer, Kurmainz, I, 95 ff. — Mignet, II, 260. — Vgl. die gründlichen, aber nicht viel Neues bringenden Untersuchungen von G. Mentz in seinem Joh. Phil. von Schönborn (Jena 1896).

[2] U. u. A., XII, 731 f. 761 f.; XIV, I, 317 ff. — Mignet, II, 280 f.

[3] Noch neuerdings Pribram, Lisola, 377 ff.

mark selbst in Gefahr bringen konnte. Sollte ihm bei solchen Bedenken nicht Hilfe und eine Versicherungsprämie gewährt werden? Endlich müssen wir erwägen, dafs Friedrich Wilhelm gar nicht in der Lage war, ohne fremde Subsidien auf längere Zeit 15000 Mann Feldtruppen zu unterhalten. Der gute Wille, Frankreichs Übermacht zu bekämpfen, war bei ihm vorhanden, aber sich für Spanien und das Haus Habsburg blindlings dem Verderben zu überliefern — dazu sah sich der vorsichtige Landesherr wahrlich nicht veranlafst.

Hermann von Baden kehrte nach Brüssel zurück, um die Angelegenheit mit Castel-Rodrigo zum Schlusse zu bringen. Inzwischen wurde Millet mit der halben Wahrheit abgefunden, der Markgraf sei mit seinen Vorschlägen durchaus zurückgewiesen, keinerlei Truppenhilfe sei ihm versprochen worden. Ein aufserordentlicher kaiserlicher Gesandter, Graf Maximilian Mansfeld, der unter einem Vorwande nach Berlin gekommen, um dem Kurfürsten den bevorstehenden Anmarsch eines österreichischen Heeres nach den Niederlanden anzuzeigen, sah sich von Friedrich Wilhelm auf das Freundlichste aufgenommen. Der verhiefs, als treuer Kurfürst zur kaiserlichen Majestät zu stehen, solange es nur die Umstände gestatteten. Aber der Kaiser möge eilen, möge auch die Schweden mit Geld gewinnen, was nicht schwer fallen werde; „eine jede Stunde sei schade, so man verliere."

Das waren keine leeren Worte der Höflichkeit, sondern sehr ernst gemeint. Friedrich Wilhelm hegte die gröfste Besorgnis vor Frankreich: auch wenn König Ludwig, sagte Schwerin ganz offen zu Millet, jetzt Frieden mit Spanien schliefse, werde solcher keinen Wert besitzen, da man sich später stets auf die Minderjährigkeit des Dauphins und seiner Geschwister bei dieser Abmachung berufen werde, wie der König sich jetzt auf die Minderjährigkeit seiner Gemahlin bei Abschlufs des Pyrenäenfriedens berufe [1].

Der Kurfürst ging viel kühner voran, als seine Räte Schwerin, Somnitz, ja selbst der schneidige Jena, die ihn zu äufserster Vorsicht ermahnten [2]. Er liefs in tiefster Heimlichkeit durch

[1] Berichte Mansfelds an den Kaiser: U. u. A., XIV, I, 326 ff. — Berichte Millets: U. u. A., II, 463. 465. 472. — Sonst U. u. A., II, 466 f.; Mignet, II, 284 f.

[2] U. u. A., XII, 770 ff.

Meinders den Grafen Waldeck von Arolsen nach Potsdam berufen zur Verhandlung über die verworrene und gefährliche Lage[1].

Wir wissen, dafs der Graf in hellem Zorne aus dem brandenburgischen Dienst in den feindlichen Schwedens übergegangen war; seitdem hatten zwischen ihm und dem Kurfürsten ärgerliche Streitigkeiten pekuniärer Natur geschwebt. Es war also ein hochherziger Entschlufs Friedrich Wilhelms, jetzt dessen persönlichen Rat einzuholen. Übrigens war Waldeck mit zunehmendem Alter ruhiger, fester und besonnener geworden. Früher ein begeisterter Anhänger Frankreichs, hatte er sich nunmehr von dessen Gefährlichkeit überzeugt und wünschte dringend, das Gleichgewicht zwischen dieser Macht und Spanien wieder herzustellen. Seine Berufung war also ein förmliches Programm seitens des Kurfürsten. Er liefs dem Grafen Pafs und Anweisung auf Vorspann zukommen, mit der Empfehlung, recht unbemerkt zu reisen. Am 27. August fand die Zusammenkunft statt. „Sollte Frankreichs Macht," davon ging Friedrich Wilhelm aus, „durch eine so notable Accession, als die hispanischen Niederlande sein, vergröfsert und vermehrt werden, so kann man sich leichtlich die Rechnung machen, was daraus erfolgen und wessen man in Deutschland sich endlich zu versehen haben würde. Das gemeine Interesse des Reiches ist klar und die Gefahr für Augen." Waldeck riet, das Werk gegen Frankreich mit der Entwaffnung Münsters und der rheinischen Anhänger Frankreichs zu beginnen. Das verwarf der Kurfürst mit Recht: er meinte, man dürfe sich nicht durch kleinliche Unternehmungen ohne Nutzen für das Ganze in Gefahr bringen, müsse sogleich auf das Grofse gehen, ein umfassendes Bündnis mit dem Kaiser und den Generalstaaten abschliefsen, dann das Heer zur Rettung Belgiens an den Rhein vorrücken lassen. Er verhehlte nicht seine Bedenken: dafs die Holländer sich fortgesetzt zaghaft zeigten, auch Leopold bisher Miene machte, die anderen vorangehen zu lassen. Dazu kam die grenzenlose Apathie Spaniens, wie denn später Friedrich Wilhelm an Waldeck schrieb: „Es wird sich niemand so leicht in das Werk mischen [und sich und seinen Staat in Hazard stellen wollen, wenn diejenigen, welche in der

[1] Die Verhandlungen mit Waldeck: Strecker, Meinders, 21—30. 116: nach Arolser Archivalien.

Not bereits stecken und um deren Wohlfahrt es zu thun ist, die Hände sinken oder doch keinen Eifer und Nachdruck bei der Sache spüren lassen."

Friedrich Wilhelm nahm hier den einzig des wahren Staatsmannes würdigen Standpunkt ein, für grofse Ziele nur durch grofse Mittel und mit gesammelter Kraft. Sich durch kleine Einzelunternehmungen, die keine Entscheidung bringen konnten, die volle Rache Frankreichs aufzuladen, hätte geheifsen eine selbstmörderische Thorheit begehen.

Und wirklich schien es, als ob der Kaiser diesen Standpunkt teilte. Er ordnete die Aushebung von 16000 Mann an, forderte zu deren Ausrüstung und Unterhalt von den Erbländern 5—600000 Gulden neuer Steuern. Er befragte den Kurfürsten, ob dieser durch seine Staaten den österreichischen Truppen Durchzug nach den Niederlanden gewähren wolle. Er betrieb eifrig den Abschlufs von Bündnissen zu Gunsten Belgiens mit England, Schweden, Brandenburg. Um letzteres Frankreich gegenüber unheilbar zu kompromittieren und so zur Stellungnahme wider diesen Staat zu nötigen, verbreiteten Mansfeld und Hermann von Baden, im Widerspruche zu der zwischen ihnen und dem Kurfürsten getroffenen Abrede vollster Diskretion, überallhin: der Brandenburger wolle 20000 Soldaten dem Kaiser zur Verfügung stellen, wenn dieser eine gleiche Anzahl ins Feld sende, um die Franzosen aus den Niederlanden zu verjagen [1].

Das war freilich in dieser Fassung eine Unwahrheit — allein dafs Friedrich Wilhelm damals lebhaft wünschte, an der Seite stattlicher Bundesgenossen den burgundischen Kreis zu schützen, ist unbestreitbar. Deshalb suchte er auch einen der wichtigsten deutschen Alliierten Frankreichs, den sächsischen Kurfürsten Johann Georg II., jener Macht zu entfremden und zu der beabsichtigten antifranzösischen Koalition hinüberzuziehen. Eine Zusammenkunft der beiden Nachbarfürsten wurde in dem magdeburgischen Kloster Zinna verabredet. Anfangs September fanden sich die beiden Herrscher mit ihren vertrauten Räten ein. Friedrich Wilhelm verhehlte dem Sachsen den Ernst der Lage nicht und erlangte wenigstens ein halbwegs günstiges Resultat. Obwohl Johann Georg jeden Gedanken an ein Offensivbündnis

[1] Mignet, II, 240. 287. — U. u. A., XII, 815 ff.; XIV, I, 329. 332.

gegen Frankreich von sich wies, versprach er doch in einem Vertrage vom 26. August/5. September 1667, in Paris zugleich mit Brandenburg für die Herstellung des Friedens zu wirken, auch zur Erhaltung des Westfälischen Friedens, sowie der Sicherheit und Würde des Reiches mit Brandenburg, dem Kaiser und den braunschweigischen Herzogen einen Bund zu schliefsen, zu dessen Verteidigung jeder der beiden Kurfürsten 4500 Streiter stellen sollte.

Johann Georg hatte hier alles vermieden, was ihn in einen Krieg verwickeln konnte; er hatte sogar Friedrich Wilhelms kräftige Erklärungen im Vertragsentwurfe: „man werde dem Reiche kein fremdes Direktorium mit Gewalt aufdrängen lassen“ und keine „von den Fremden vorgeschriebenen Gesetze“ dulden, gestrichen. Allein so weit hatte es Friedrich Wilhelm doch gebracht, dafs der sächsische Kurfürst sich persönlich als Anhänger des Kaisers bezeichnete, dafs er die Wege der französischen Politik verliefs. Leopold I. sprach dafür dem Brandenburger lebhaften Dank aus. Friedrich Wilhelm bestimmte auch Hessen-Kassel, der „engern Vereinigung“ zwischen Brandenburg, den Welfen und Kurköln beizutreten, und selbst Schweden äufserte den Wunsch, dieser Allianz sich anzuschliefsen. Des Rheinischen Bundes wurde nicht mehr gedacht.

Schritt für Schritt ging der Kurfürst vor, mit ebenso grofser Besonnenheit wie Ausdauer den Franzosen die Bundesgenossen entziehend und die Elemente zu einem antifranzösischen Bündnisse sammelnd. Auch Schwedens Gegner, den König von Dänemark, vermochte er durch Schilderung der allen europäischen Fürsten von Frankreich her drohenden Gefahren zu dem Versprechen, diesem Staate keinerlei Beistand zu leisten, sondern eine den Spaniern günstige Haltung einzunehmen [1].

Friedrich Wilhelm war gegen die Franzosen und deren deutsche Helfer auf das Äufserste erbittert. An öffentlicher Tafel schalt er auf den französischen Gesandten in Polen, der dort bereits der Herr zu sein meine, da noch der König die Krone auf dem Kopfe trage; er selber wolle sich aber nicht affrontieren lassen. Sein Grimm galt besonders den schlimmen Beratern des Kurfürsten von Köln, den beiden Brüdern Fürsten-

[1] Pufendorf, X, 35 f. — U. u. A., II, 478; XII, 157 ff. 198 f. 784 ff.; XIV, I, 333 ff. — Köcher, I, 533 ff. 713. — v. Mörner, 318 ff.

berg, Bischof Franz Egon von Straſsburg und Landgraf Wilhelm. Beide waren von Frankreich erkauft: der Bischof, nach Aussage der Franzosen selbst, „eine niedrige Seele“, nur seinen persönlichen Vorteil berücksichtigend[1]; der Landgraf ein kluger Intrigant, unter der Maske lärmender und brutaler Offenheit[2]. Friedrich Wilhelm rief aus: er könne nicht leiden, wessen sich die Fürstenberg aller Orten unterfingen, und ärgere sich sehr darüber, daſs der Kaiser, dem sie bei jeder Gelegenheit so viel Übles anthäten, ihnen den Fürstenstand verliehen habe.

Sein Beispiel und das Auftreten seiner Gesandten übten eine mächtige Wirkung. Nunmehr verlieſs, wie schon früher der Mainzer, auch der Trierer Kurfürst die französische Partei, weigerte sich, an einem Bündnisse zur Sperrung des Passes nach den Niederlanden teilzunehmen, und bat seinen Kollegen von Brandenburg, mit ihm fleiſsig über die Reichs- und Weltangelegenheiten Korrespondenz zu pflegen. Ja selbst der Bischof von Straſsburg, der die Nachfolge auf dem Kölner Erzstuhle begehrte, meinte, der nationalen Richtung Zugeständnisse machen zu müssen. Er stellte sich den brandenburgischen Diplomaten als die von den Spaniern ungerechterweise verfolgte Unschuld hin und beteuerte, nur Frieden und Versöhnung, sowie die Sicherheit des kölnischen Landes im Auge zu haben. Auf Schwerins Rat bedachte Friedrich Wilhelm diesen Fürstenberg und seinen Kölner Kurfürsten mit freundlichen Schreiben. Es genügte ihm einstweilen, sie in ihrer Devotion gegen Frankreich erschüttert und von der Parteinahme für diesen Staat abgehalten zu haben. Ihm war es hauptsächlich zu danken, daſs die Versammlung, die die französenfreundlichen deutschen Fürsten damals in Köln hielten, ohne jedes ernstliche Ergebnis auseinander ging[3].

Ludwig XIV. muſste sich überzeugen, daſs sein keckes Unternehmen, mitten im Frieden seine vermeintlichen Ansprüche durch Überfall durchzuführen, je länger je mehr den Unwillen Europas erregte. Die Stimmung in England, den Vereinigten Provinzen, dem Deutschen Reiche, Schweden wurde ihm immer feindlicher. Im Besitze eines wichtigen Teiles der spanischen Niederlande, glaubte er einstweilen innehalten, seine Diplomatie ins Feld senden zu sollen. Schon im August verkündeten seine

[1] Lonchay, 187.
[2] Saint-Simon, Mémoires, ed. Cheruel, II, 391.
[3] U. u. A., XII, 721. 809—821; XIV, I, 328. 330.

Gesandten — wie Millet in Berlin —, er sei zur Annahme der Vermittelung bereit; „ihr König werde sich dabei so räsonnabel zeigen, dafs man ein mehreres von ihm nicht zu wünschen hätte.“ Nach einigen besonders glänzenden Erfolgen gegen die Spanier brach Ludwig in den ersten Tagen des September 1667 den Feldzug ab und liefs seine Truppen in dem eroberten Lande frühzeitige Winterquartiere nehmen. Allerorten waren Friedensunterhandlungen im Gange. Aubry, der Verfasser des Buches über die französischen Anrechte auf alle deutschen Lande, das im Reiche so lebhaften Unwillen erregt hatte, wurde in die Bastille eingeschlossen: so sprach der König aller Welt seine Mifsbilligung des Pamphlets aus.

Allein Friedrich Wilhelm liefs sich durch solche scheinbare Mäfsigung nicht beirren; er wufste wohl, dafs der ebenso herrschsüchtige wie mächtige Monarch im folgenden Jahre mit desto vernichtenderer Wucht auftreten werde, wenn man nicht rechtzeitig einen Damm gegen ihn errichte. Eifriger als je war deshalb der Kurfürst am Werke, das grofse Bündnis zu stande zu bringen, das, womöglich in Güte, nötigenfalls aber mit Gewalt der Waffen den Rest Belgiens vor der französischen Eroberung retten sollte. Wirklich schien die Macht, auf die er stets vor allen für die Rettung der europäischen Freiheit gezählt hatte, die Vereinigten Provinzen, endlich ihrer vornehmsten Aufgabe und ihres wahren Interesses sich bewufst zu werden.

Während des ganzen Sommers hatten die Staaten sich dem Brandenburger gleichgiltig gezeigt, ängstlich um Frankreichs Liebe gebuhlt. Diesem zur Freude, jenem zum Trotz hatte die Provinz Holland, auf Veranlassung de Witts, durch das „Beständige Edikt“ die Statthalterwürde ihres Landes für immer abgeschafft und deren Befugnisse an ihre Ständeversammlung, sowie den Adel und die städtischen Obrigkeiten verteilt. Indes die öffentliche Meinung drängte die herrschenden Kreise zur Parteinahme gegen Ludwigs XIV. Eroberungssucht, und des französischen Königs Zurückweichen, die Einstellung seines Feldzuges machten de Witt einigermafsen Mut. Er und seine Freunde ermannten sich zu dem Entschlusse, in die belgischen Wirren einzugreifen; der Gedanke war, die Quadrupelallianz des letztvergangenen Jahres zur Herbeiführung eines billigen Friedens zu benutzen. In später Abendstunde des 6. September machte de Witt dem brandenburgischen Gesandten seine Eröffnung: man

solle sich gemeinschaftlich „in eine considerable Verfassung setzen“ und beide streitenden Kronen zu einem Waffenstillstande bestimmen, währenddessen sie sich nach Recht und Billigkeit zu vergleichen hätten. Würde eine von ihnen sich dem widersetzen, so solle man der, die sich willig zeige, beistehen, bis ein christlicher Friede bewirkt sei. Also eine neue Auflage des Haager Konzertes von 1659. Der Kurfürst möge hierzu die Hand bieten und, wie gegen Münster, ein Heer von 12000 Mann aufstellen; dann würden die Generalstaaten ihm hierfür wieder die nötigen Hilfsgelder bewilligen. Friedrich Wilhelm stimmte sofort und gerne zu. Er war bereit, wenn man ihm nur wegen der Subsidien Sicherheit gebe, unverzüglich seine Truppen an die niederländische Grenze vorzuschieben und den Generalstaaten zur Verfügung zu stellen.

Die Lüneburger Herzoge, an die de Witt gleichfalls sich wandte, waren über den Plan hocherfreut und beschlossen, sich darüber mit Brandenburg ins Einvernehmen zu setzen. Am 27. September sandten sie den Hofmarschall von Hammerstein nach Berlin, wo man sich leicht über ein mit dem Kaiser abzuschliefsendes Bündnis und zur Verhinderung aller französischen Werbungen im Reiche einigte. Alle dem Widerstrebenden sollten mit gemeinsamer Macht bekämpft werden. Schon war von der Bildung eines Bundesheeres und dessen Oberbefehlshaber die Rede. Seinem rasch aufbrausenden Temperamente entsprechend, glaubte Friedrich Wilhelm voll Begeisterung, die endlich anbrechende Morgenröte einer besseren Zeit zu schauen. Das hatte zunächst Millet zu erfahren. Als er bei Tafel, in Gegenwart des Kurfürsten und Hammersteins, sich über die Vorzüge der Beschränkung der kaiserlichen Gewalt durch die Kurfürsten in Lobeshymnen erging, antwortete ihm Friedrich Wilhelm, mit beifsender Anspielung auf Ludwigs XIV. Despotentum: „Das schönste ist, dafs der Kaiser den Reichsfürsten nicht zu sagen wagt: car tel est notre plaisir.“

Nach dem Vorbilde des Vertrages zu Zinna ward am 18. Oktober zu Potsdam ein Bündnisentwurf vereinbart. Brandenburg wollte 8000 Streiter stellen, die beiden Lüneburger 6000. Der Traktat sollte freilich erst in Kraft treten, wenn der Kaiser sich dem Bunde angeschlossen. Dieses zu bewirken, eilte Hammerstein, dem binnen kurzem der Kurfürst Blumenthal nachzusenden versprach, nach Wien. Inzwischen erklärten sich die Lüneburger

bereit, in Wien, Köln und dem Haag völlig im Einvernehmen mit Brandenburg vorzugehen.

De Witt hatte inzwischen mit Blaspeil, Romswinkel und Copes weiter verhandelt. Er und seine Freunde zeigten sich „begierig, sich mit dem Kurfürsten zu vereinigen, um den französischen Desseins und hohen Concepten zu begegnen". Friedrich Wilhelm schickte seinen Gesandten Vollmacht, mit den Staaten abzuschliefsen. Darauf verabredete Blaspeil mit de Witt am 15. Oktober zwei Verträge: der erste, öffentliche, enthielt die gemeinsame Forderung des Waffenstillstandes und gütlichen Vergleiches zwischen den Kriegführenden, sowie die Sanktion durch Aufstellung eines holländischen und brandenburgischen Heeres; der zweite, geheime, das Versprechen, derjenigen der beiden sich bekämpfenden Kronen, die sich nachgiebig erweisen würde — nach den damaligen Umständen konnte solches nur Spanien sein —, gegen die andere, widerstrebende, beizustehen.

Wie sehr die Allianz, unter dem Scheine gleichmäfsigen Wohlwollens, doch im Grunde gegen Frankreich gerichtet war, zeigt der Umstand, dafs die Vereinigten Provinzen und Brandenburg gleichzeitig mit Spanien wegen eines Bündnisses verhandelten. Zumal Blaspeil zeigte unermüdlichen Eifer. Hermann von Baden hatte die Zustimmung Castel-Rodrigos zu den in Potsdam getroffenen Verabredungen gemeldet, mit mächtigen Lobeserhebungen für den Kurfürsten, von dem „man allhier gar wohl erkennet, dafs man Euer Gnaden mehr als keinem andern in der Welt obligiert ist, und dafs alle guten Freud und Effecten, so wir zu erwarten, von Deroselben guten, löblichen, patriotischen, genereusen Exempel und Consiliis ihren Ursprung nehmen". Freilich wünschte der Markgraf, als ihn Blaspeil zu Mecheln aufsuchte, den Kurfürsten von den Holländern loszulösen, nur an die Habsburger zu ketten: in Gemäfsheit der Potsdamer Verabredungen solle er als Reichsfeldherr an der Spitze von 25000 Mann gegen Frankreich ziehen. Blaspeil begab sich auf des Markgrafen Wunsch sogar nach Brüssel und liefs sich hier in seinem Übereifer von Castel-Rodrigo zur Aufstellung eines Vertragsentwurfs verleiten (6. November 1667), der völlig den spanischen Anschauungen entsprach: der Kurfürst solle im Frühjahr mit 12000 Mann gegen Frankreich losschlagen, dafür von Spanien Hilfsgelder empfangen, sich zur Wiederherstellung des Standes des Pyrenäischen Friedens verpflichten. Hierfür war

freilich Friedrich Wilhelm nicht zu haben; an das bankerotte spanische Staatswesen konnte und wollte er das Schicksal seines Landes nicht knüpfen.

Allein sonst liefs sich alles vorzüglich für das grofse Bündnis gegen Frankreich an. Auch in der schwedischen Regentschaft unterlag, trotz geschickter Unterstützung durch Pomponne, der Führer der französischen Partei, der Kanzler de la Gardie, immer mehr seinen von Björnclou geführten Gegnern. Man verhandelte über eine Allianz mit England, dem Kaiser und Spanien, natürlich gegen Subsidien[1].

Friedrich Wilhelm nahm die Sache sehr ernst; denn nach der Eroberung Belgiens — so liefs er seine Meinung dem sächsischen Kurfürsten melden — werde der Allerchristlichste König die Vereinigten Provinzen, dann das Reich in Besitz nehmen, und die Kurfürsten würden einfache Marschälle von Frankreich werden[2]. Wirklich stimmte ihm Johann Georg II. eifrig bei: „Ich versichere E. Liebden, dafs ich jederzeit beharrlichen als ein treuer Kurfürst dem Römischen Kaiser und dem kurfürstlichen Verein, so ich eidlich beschworen, steif halten und ohne Falsch treu bleiben werde. E. L. lassen sich nicht irren, sondern trauen mir und meinen Worten.“ Die beiden Nachbarn setzten die Verhandlungen wegen engern gemeinsamen Anschlusses fort.

So spitzten sich die europäischen Angelegenheiten immer mehr zu einem allgemeinen Kriege gegen Frankreich zu. Als Seele der Koalition, als die eigentlich treibende Kraft erschien Friedrich Wilhelm, nicht allein, wie wir gesehen, den Spaniern in den Niederlanden, sondern auch deren Gegnern, den Franzosen. Millet gab seiner Mifsstimmung offen Ausdruck: der Kurfürst sei es, der die Verlängerung des Rheinbundes hintertreibe, der den Kaiser anreize, sich des belgischen Werkes anzunehmen; sein König müsse ihn für seinen Feind halten. „Was soll ich hier unter diesen Spitzbuben machen,“ schrieb er voll Grimm an Lionne, „ich berste.“ Und Lionne antwortete ihm: den Kurfürsten solle der Teufel holen, dem er sich durch lügnerische Beteuerungen ergeben habe. Wirklich hielt der Ver-

---

[1] Das Vorhergehende hauptsächlich nach U. u. A., XII, 735 ff. 774. 797 ff. 812; XIV, I, 346 f. — Pomponne, II, 459 ff. — Köcher, I, 546 ff. — Geijer-Carlson, IV, 500 ff. — Pribram, 375.

[2] Auerbach, 282. — Vgl. U. u. A., XII, 790 ff.

räter Pöllnitz die Franzosen auf dem Laufenden über alle geheimen Vorgänge am Berliner Hofe[1].

Da, in diesem entscheidenden Augenblicke, kam den Franzosen die Verschiedenheit der Interessen ihrer Gegner zu Hilfe. In Schweden besafsen sie noch immer eine mächtige Partei, unter der Führung des Reichskanzlers und der Königin-Witwe selbst. Die holländischen Oligarchen glaubten das Heil ihrer Faktion mit Frankreich verknüpft und spähten ängstlich nach einer Möglichkeit aus, das alte Bündnis mit diesem Staate wieder zu schliefsen. Dabei haderten sie mit Spanien auf das Bitterste, indem sie von ihm die Einräumung der wichtigsten flandrischen Festungen verlangten. Der Kaiser blieb unthätig, zaudernd; er setzte auf die spanische Macht kein Vertrauen und fürchtete, bei dem absoluten Geldmangel in Madrid, schliefslich die Hilfsgelder für die Schweden, Brandenburger und Lüneburger aus seinem eigenen, ohnehin leeren Säckel bezahlen zu müssen. Aus diesem Grunde weigerte er sich auch, das ihm angetragene Bündnis mit Schweden zu unterzeichnen. Sein erster Minister. Lobkowitz, erklärte dem französischen Gesandten Gremonville geradezu: sein Herr denke nicht daran, seine Rüstungen gegen Frankreich zu wenden. In Regensburg hatte das Kurfürstenkolleg am 16. September den tapferen Beschlufs gefafst, das Reich solle den burgundischen Kreis als sein integrierendes Glied anerkennen und die beiden kriegführenden Teile auffordern, die Waffen niederzulegen, damit der Zwist durch gütliche Vermittelung beigelegt werde. Aber als die Sache an das Fürstenkolleg kam, blieb sie hängen, und Österreich that auffallenderweise nichts Ernstliches, um sie zum Abschlusse zu bringen. „Wohl oder übel Affektionierte," schreiben am 28. Oktober die Brandenburger von Mahrenholtz und von Jena aus Regensburg, „wundern sich, dafs Österreich sich der burgundischen Sache nicht eifriger annehme. Solange es sich nicht regt und das Werk mit Ernst angreift, ist anderen in Deutschland nicht zu verdenken, wenn sie nicht die ersten sein wollen." Selbst der österreichische Präsidialgesandte, Kardinal Thun, Erzbischof von Salzburg, beschwerte sich über die Unbeweglichkeit des Kaisers bei diesem selbst[2].

[1] U. u. A., II, 474. 479. 491; XIV, I, 347. 349.

[2] Über die Regensburger Vorgänge: Meinecke, in der Histor. Ztschr. N. F., XXIV, 200 ff., sowie U. u. A., XII, 844 ff. — Wenn Meinecke be-

Die französische Diplomatie nutzte diese Zerwürfnisse mit bewundernswertem Geschicke aus. Zunächst wandte sie sich an die Generalstaaten und bot diesen Frieden mit Spanien auf Grund bestimmter und beschränkter Abtretungen belgischen Gebietes an. Darauf beschlossen de Witt und seine Freunde, mit der Vorsicht, die ihnen die erregte öffentliche Meinung im eigenen Lande auferlegte, allmählich in das französische Fahrwasser zurückzulenken. Sie fürchteten die Ankunft brandenburgischer Truppen und deren Verbindung mit dem eigenen, durchaus oranisch gesinnten Heere; dann werde der junge Wilhelm III. zu dessen Befehlshaber ernannt werden müssen, und mit der Macht der Oligarchen sei es für immer vorbei[1]. Ihr Plan wurde ihnen wesentlich erleichtert durch die steten Zögerungen der Spanier, deren Unfähigkeit und thörichter Stolz sie veranlafste, sich den Anschein zu geben, als erwiesen sie denjenigen, die sich um ihre Rettung bemühten, eine besondere Gnade. Nun nahmen die Provinzialstände von Holland die Zurückhaltung Spaniens zum Vorwande, Brandenburg und den Lüneburgern gegenüber die Feststellung der Subsidien hinauszuschieben. Friedrich Wilhelm fafste den Verdacht, die Niederländer wollten ihn nur mifsbrauchen, um sich selbst bei den Franzosen wichtiger zu machen, und würden ihn dann in der Verlegenheit sitzen lassen. Da auch Spanien, England, der Kaiser geringen Eifer zeigten, gedachte er wider eine so gewaltige Macht, wie Frankreich, nicht alle Mifsgunst und Gefahr auf sich zu laden. Am 2. November befahl er deshalb seinen Gesandten im Haag die gröfste Vorsicht an. Er verhehlte seine Mifsstimmung dem Vertreter des Kaisers durchaus nicht: die Spanier gäben magnifica verba, aber kein Geld; des Kaisers Absichten seien ganz ungewifs, und in Polen arbeite er keineswegs in Übereinstimmung mit Brandenburg. De Witt nahm endlich ganz die Partei Frankreichs, indem er die Spanier mit der Feind-

merkt, Gravel habe, um seine eigenen Verdienste herauszustreichen, die Bemühungen der österreichischen Reichstagsgesandten ungebührlich übertrieben, so wird das durch die anderweiten Thatsachen durchaus bestätigt. — Über die Vorgänge im Haag: Lonchay, 233; Pufendorf, X, 40. — Über die Vorgänge in Wien: Scheichl, 76; A. Wolf, Lobkowitz, 168 f.

[1] Vgl. H. Peter, in der Histor. Ztschr., XIII, 143 f. — U. u. A., XII, 744 ff.; XIV, I, 351—359. — Mignet, II, 492 ff. — Lefèvre-Pontalis, I, 434 ff.

schaft seines Staates bedrohte, wenn sie sich nicht den gerechten Forderungen Ludwigs XIV. fügten. Es wurde klar, dafs seine Verhandlungen mit Schweden und den norddeutschen Fürsten nicht mehr aufrichtig gemeint waren.

Und während so die Aussichten auf das Zustandekommen des grofsen antifranzösischen Bündnisses sich immer mehr trübten, erhielt der Kurfürst seitens der Franzosen überaus verführerische Anträge. Um sie zu verstehen, müssen wir uns die Lage der polnischen Thronstreitigkeiten vergegenwärtigen.

Fünfundzwanzigstes Kapitel.

Polnische Thronfolge und Tripelallianz.

Brandenburg befand sich zur Zeit des Grofsen Kurfürsten in der keineswegs beneidenswerten, die höchste Vorsicht erfordernden Lage, mit seinen schwachen Kräften nicht nur nach Westen, gegen Frankreich, sondern auch nach Norden, gegen Schweden, und nach Osten, gegen Polen, Front machen zu müssen. War es jetzt wegen des durch die Wirren der Regentschaft erschütterten skandinavischen Nachbarn ziemlich beruhigt, so nahm die polnische Thronfolgefrage seine Aufmerksamkeit desto mehr in Anspruch. Denn ein ihm feindlich gesinnter Monarch in Warschau fand tausend Mittel und Wege, die noch junge, wenig befestigte Souveränität in Preufsen wieder zu erschüttern. Am wenigsten konnte der Kurfürst einen französischen Thronkandidaten zulassen; er wäre dann durch Frankreich, das ja Schwedens Bündnis bei genügender Subsidienzahlung immer haben konnte, auf drei Seiten umfafst und zum gehorsamen Vasallen des Machthabers an der Seine herabgedrückt worden.

Seit dem Jahre 1662[1] hatte Königin Luise Maria von Polen ihre Bemühungen, dem mit ihrer Nichte vermählten Sohne des grofsen Condé, dem Herzoge von Enghien, die Nachfolge zu verschaffen, einstellen müssen. Allein der Aufschwung der

[1] S. über das Folgende: Kochowski, Annales Poloniae, Bd. III; Grauert in den Sitzungsber. der Wiener Akad., philos.-histor. Klasse, VI (1851), 355 ff., mit den Bemerkungen J. G. Droysens in seinen „Abhandl. z. neuen Gesch.“, S. 326 ff.; Rob. Hassenkampf, Die Bewerbung des Pfalzgr. Phil. Wilh. v. Neuburg um die poln. Krone (Zeitschr. d. hist. Ges. der Prov. Posen, XI [1896], S. 275 ff.). — Ferner: U. u. A. XII 172 ff. 294 ff. 307; XIV, I, 289.

Macht Frankreichs und das wiederholte Erscheinen von dessen Heeren in Deutschland ermutigten die thatkräftige, ehrgeizige Frau zu neuen Intriguen (1664). Sie liefs ihren gefährlichsten Gegner, den Vorkämpfer der Adelspartei, Kron-Grofsfeldherr Georg Lubomirski, als Verräter vor den Reichstag citieren und in contumaciam zum Tode, sowie zum Verluste aller seiner Güter und Ämter verurteilen. Lubomirski gab aber den Kampf nicht auf: von Breslau, wohin er sich unter den Schutz des Kaisers geflüchtet hatte, bot er seine Partei zur Empörung auf. Wirklich nötigte sie im November 1665 den Hof zum Abschlufs eines Waffenstillstandes; der für das Frühjahr 1666 einzuberufende Reichstag sollte die Entscheidung bringen.

Friedrich Wilhelm war ebenso wie sein sachkundiger und getreuer Hoverbeck fest davon überzeugt, die Königin beabsichtige das polnische Preufsen pfandweise an Frankreich zu überlassen, sich dafür die Mitwirkung einer französischen Flotte und Armee zu sichern. Ein solcher Plan ist wirklich zwischen Luise Maria und der Pariser Regierung verabredet worden und nur an dem Widerspruche des den Sund beherrschenden Schweden gescheitert. Um so eifriger nahm der Kurfürst für den Kronfeldherrn Partei, den er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, auch mit Geld, unterstützte. Er hatte dafür die Beihilfe des Kaisers gefunden, der selbstverständlich den französischen Anschlägen auf Polen ebenso feindlich war wie der Brandenburger.

Der zur Entscheidung berufene Reichstag vom April 1666 wurde durch die Uneinigkeit der Landboten ergebnislos gesprengt. Sofort begann der Krieg von neuem. Frankreich sandte dem Hofe starke Subsidien, um dem konföderierten Adelsheere Lubomirskis eine beträchtliche Armee entgegen zu stellen. Man sprach davon, auf Antreiben seiner Gemahlin wolle König Johann Kasimir im Feldlager abdanken, und mit Hilfe der Armee des Hofes solle dann Enghien sofort zum Könige ausgerufen werden.

Solcher Gefahr gegenüber mufste Friedrich Wilhelm einen grundsätzlichen Entschlufs fassen. Lubomirski hatte ihm noch einmal die Krone angetragen. Schon verbreiteten er und seine Anhänger das Gerücht, der Kurfürst habe den Konföderierten unter der Hand mitteilen lassen, er wolle, wenn man ihn wähle, katholisch werden, ja, er habe dies seiner Gemahlin er-

öffnet, die darüber bittere Thränen vergossen habe und vor Kummer erkrankt sei. Es war dies alles absichtliche Erfindung, von einer Religionsänderung wollte Friedrich Wilhelm nach wie vor nichts wissen: er sei kein Kind Gottes, wenn er solches betreibe. Darin stimmte ihm die fromme Gattin eifrig zu; auch ihre Söhne durften nicht genannt werden; sie wolle sie lieber auf den Kirchhof tragen sehen, als auf einen königlichen Thron unter Aufgabe ihres Glaubens[1]. Friedrich Wilhelm selber versicherte — es war im Juli 1667 — dem französischen Gesandten Millet: „Man wird mich nie in meinem Glauben wanken sehen. Ich befinde mich wohl, wie ich bin. Wenn ich selbst diese Krone zu meinen Füfsen sähe, so würde ich sie nicht aufheben. Der König von Polen ist der Sklave seiner Unterthanen, nichts als der Austeiler von Gnadenbezeugungen, die ihm bei den Bevorzugten keinen Dank schaffen und den Neid zahlloser anderer hervorrufen, die seine Feinde werden."

Er hatte also damals den früher gehegten Gedanken an die Erwerbung dss polnischen Thrones für sich selbst endgiltig aufgegeben. Die gesunde politische Einsicht in das Wesen der Dinge hatte bei ihm über den glänzenden Schein den Sieg davongetragen. Deshalb hielt er Umschau nach einem andern geeigneten Kandidaten. Als solcher erschien ihm zunächst der zum Katholizismus übergetretene Welfe Johann Friedrich von Celle; damit wollte er zugleich „einen Katholischen aus dem westfälischen Kreise wegbringen"[2]. Allein dieser Plan scheiterte an dem Widerspruche aller Beteiligten. Deshalb hat er sich, wie wir wissen, schliefslich mit dem Pfalzgrafen von Neuburg als dem einzig möglichen Gegenkandidaten Enghiens verglichen und ihn seitdem mit seinem ganzen Einflusse in Polen unterstützt. Er wurde geradezu der hauptsächliche Werber für den Pfalzgrafen bei dem polnischen Adel wie bei den Schweden und dem Kaiser. Er forderte Lubomirski zum Kampfe für Neuburg auf, indem er ihm hierfür beträchtliche Geldsummen zustellte

[1] Goefs, als Ohrenzeuge, an den Kaiser, 14. April 1666; U. u. A., XIV, I 264. — Schon im März 1665 hatte der Kurfürst eine entsprechende Erklärung abgeben lassen; U. u. A., XI, 418. — Über diese Angelegenheit sehe man ferner: U. u. A., II 260. 263. 462; XII, 294 f. — Auch Königin Christine von Schweden hatte gehört, dafs Friedrich Wilhelm nur durch seine Gemahlin vom Übertritte zum Katholizismus abgehalten werde (Aug. 1666); Bildt, 191.

[2] Köcher, I, 409.

und nötigenfalls Unterstützung mit 10—12000 Mann verhiefs. Wirklich nahm die Partei Lubomirskis den Pfalzgrafen als ihren Thronkandidaten an, was um so wichtiger war, als sie durch einen glänzenden Sieg über das Heer Johann Kasimirs diesen König zu einem Friedensschlusse nötigte (31. Juli 1666), der nicht nur den Grofsfeldherrn und dessen Anhänger in alle ihre Würden und Güter wieder einsetzte, sondern auch abermals für Lebzeiten des Königs jede Verhandlung über dessen Nachfolge untersagte. Eine schwere Niederlage für Luise Maria und die französische Partei!

Die kühne und charakterstarke Königin gab indes ihre Sache noch nicht verloren. Sie änderte nur ihre Taktik, indem sie, um trotzdem eine schnelle Entscheidung herbeizuführen und die Gunst Frankreichs auszunützen, auf die sofortige Abdankung ihres Gemahls hinarbeitete. Zugleich suchte sie durch grofse Verheifsungen, die auch von Paris aus unterstützt wurden, den siegreichen Lubomirski für sich zu gewinnen. Die äufseren und inneren Verhältnisse Polens waren inzwischen die denkbar traurigsten. Tataren, Kosaken und Russen besiegten das Adelsaufgebot, durchzogen verheerend und mordend das unglückliche Land. Da auch die Türken mit Krieg drohten, mufste Polen im Januar 1667 den Kampf mit Rufsland durch den schmählichen Vertrag von Andrussow beenden, der Smolensk und Kiew mit den Nachbarprovinzen, sowie den gröfseren Teil der Ukraine abtrat und das Übergewicht „Moskowiens“ über das einst so mächtige Polenreich begründete.

Friedrich Wilhelm arbeitete den Intriguen Luise Marias nach Kräften entgegen. Er sagte selber: in Hinblick auf die Verhältnisse Preufsens brauche er in Polen einen König, der ihm ergeben sei. Durch freundschaftliche Sendungen, sowie durch Hilfsgelder erhielt er Lubomirski bei der Neuburgischen Partei. Um sich womöglich mit Frankreich und Österreich über die polnische Wahl zu verständigen, sandte er den jüngeren Schwerin nach Paris, Blumenthal nach Wien (Ende 1666).

Diese Missionen blieben ohne Erfolg. Frankreich hielt an seinem nationalen Kandidaten fest. Der Kaiser war dem Neuburger wegen dessen franzosenfreundlicher Haltung in der allgemeinen Politik ungünstig und wollte von einer Abdankung Johann Kasimirs oder von einer vorzeitigen Wahlhandlung überhaupt nichts wissen. Zu allem Unheil starb Lubomirski am Schlag-

anfalle, den 31. Januar 1667 — ein Ereignis, das die Partei der Königin nicht allein sehr ermutigte, sondern auch beträchtlich verstärkte. Bei der Unentschiedenheit des Kaisers, dem ewigen Schwanken Schwedens, der Beharrlichkeit und Macht Frankreichs, der Begabung und Entschlossenheit, sowie dem Einflusse Luise Marias wurde deren Sieg sehr wahrscheinlich, zumal sie Johann Kasimir zum Entschlusse der Abdankung bestimmte. Schon schickte Condé sich an, seinen Sohn nach Polen zu begleiten und ihm dort auf den Thron zu setzen.

Dazu sollte der Reichstag dienen, der im März 1667 in Warschau zusammentrat. Hier mufste man vor allem den Einflufs des Brandenburgers zerstören; man behauptete also, er habe durch den Vorschlag der Wahl des Neuburgers die Freiheit des polnischen Adels vernichten wollen. Indes er wufste diesen Schlag geschickt zu parieren, indem er nachwies, dafs nicht er, sondern nur Frankreich und die Königin der Republik ein fremdes Joch aufzuerlegen suchten, und indem er dieser ein beträchtliches Hilfscorps gegen die äufseren Feinde anbot. Der Reichstag erkannte seine Verdienste um die Republik mit slawischer Überschwänglichkeit über Gebühr an und fafste Beschlüsse gegen jede voreilige Wahl, sowie gegen die Heranziehung fremder Truppen. Die Königin, ohnehin an Lungenentzündung und Wassersucht schwer leidend, wurde durch die abermalige Vereitelung ihrer Hoffnung auf das Tiefste betroffen: sie verschied am 20. Mai 1667, von niemandem als von den Anhängern der Enghienschen Sache betrauert.

Der Tod der Königin und der Einfall der Franzosen in Belgien veranlafsten Friedrich Wilhelm zu erneuter Thätigkeit zu Gunsten des Neuburgers. Gerade das Verfahren Ludwigs XIV. in den spanischen Niederlanden gab ihm Grund, die Polen davor zu warnen, dafs sie sich das schwere Sklavenjoch dieses Monarchen auferlegen liefsen. Ihm vor allem ist es zu danken, dafs wenigstens in Polen die Pläne Ludwigs scheiterten. Dieser wufste wohl, wer dort sein gefährlichster Gegner sei. Er sandte den polnischen Kronreferendar Anton Morsztyn nach Berlin — einen geschickten und geistvollen Diplomaten, der auch als Schriftsteller sich grofse Verdienste erworben hat — um den Kurfürsten durch Verheifsungen und Drohungen zur Unterstützung der Enghienschen Kandidatur zu bewegen. Allein beide Argumente machten auf Friedrich Wilhelm geringen

ringen Eindruck, da seine polnische Politik auf wohlerwogenem und festem Entschlufs beruhte: Morsztyn mufste unverrichteter Sache wieder abreisen. Vielmehr errang der Brandenburger damals, wenn auch nicht bei dem Kaiser, so doch bei Schweden einen grofsen Erfolg. Die Mehrheit des Staatsrates, ohnehin über das rücksichtslose Vorgehen Frankreichs erbittert, entschlofs sich, wenigstens in Polen das Überwiegen des französischen Einflusses nicht zu gestatten. Als ihr der brandenburgische Gesandte von Krockow nachwies, dafs auch der Tod Luise Marias dort den Umtrieben Frankreichs kein Ende bereitet habe, schlofs sie mit ihm am 2. Juli 1667 ein Übereinkommen für die polnische Sache. Es liefs zwar die Neuburgische Kandidatur unerwähnt, verbürgte aber die volle Freiheit der polnischen Wähler, sowie für die Zukunft die Ernennung eines erprobten und der polnischen Verfassung ergebenen Fürsten. Indem es sich gegen jede Wahl während der Regierung Johann Kasimirs aussprach, gab es der antifranzösischen Partei in Polen Ermutigung und Stütze[1].

Ludwig XIV. mufste nun selber einsehen, dafs der Sieg Enghiens recht unwahrscheinlich geworden sei. So fafste er im Sommer 1667 den Entschlufs, lieber seine polnischen Entwürfe, die er noch vor kurzem als die wichtigste Angelegenheit der Christenheit bezeichnet hatte[2], zu vertagen, um dafür die niederländischen durchführen zu können. Der lebhafte Widerstand, den ihm der Kurfürst von Brandenburg im Osten wie im Westen entgegensetzte, konnte nur durch teilweise Nachgiebigkeit beseitigt werden. Vor allem lag dem Könige daran, dafs der Brandenburger nicht ein grofses deutsch-holländisch-spanisches Bündnis zustande bringe und an der Spitze eigner und alliierter Truppen gegen ihn den südlichen Niederlanden zu Hilfe ziehe. „Diesen Coup," wie Lionne sich in einem Schreiben an Millet ausdrückt[3], abzuwehren, erschien geradezu

---

[1] v. Mörner, 314 ff. — Pufendorf, X. 56. 76. — U. u. A., II, 441 ff. 446 ff.; XII 195 f. 340; XIV, I 310. — In sehr parteiischer Darstellung Pomponne, II, 428 ff.

[2] K. Waliszewski, Marysienka reine de Pologne (Paris 1898), S. 51.

[3] Mignet, II, 281 (12. Aug. 1667). — Vgl. über das Folgende: ebendas. 282 ff. 286 ff. 295 f.; U. u. A., II, 456 ff. 468. 477. 493 ff.; XII, 341 ff. 712 ff.; 746 ff.; XIV, I 330. — Ferner: den Bericht des neuburg. Agenten Bonin in Paris v. 18. Febr. 1667, der beweist, dafs schon damals die französ.

als eine Hauptaufgabe der französischen Politik. Ludwig entschlofs sich nicht nur, dem Kurfürsten für die blofse Neutralität jährliche Subsidien von 100000 Thaler und auch dem Oberpräsidenten von Schwerin eine einmalige Gratifikation von 50000 Thalern zu zahlen — wie er damals Kursachsen, um es den Zimmer Verabredungen untreu zu machen, alle rückständigen Hilfsgelder zukommen liefs —, sondern er war überdies zu einem bleibenden und grofsen Opfer politischer Art bereit, um den Brandenburger zu gewinnen.

Schon im Juni 1667 hatte der französische Gesandte bei der Kölner Konferenz, Gomont, dem Neuburger Anerbietungen gemacht: sein König werde die Begünstigung Enghiens in Polen aufgeben, auch die Vermählung von Philipp Wilhelms Tochter mit dem nunmehr verwitweten Johann Kasimir befördern, wenn der Pfalzgraf sonst der französischen Partei treu bleiben wolle. Dieser Fürst zeigte sich dem Vorschlage wohlgeneigt; er meinte, die spanischen Niederlande seien doch verloren, und wenn er und der Kurfürst sich Frankreich anschlössen, könnten sie nicht nur in Polen ihre Absichten durchsetzen, sondern auch von der spanischen Beute das Gelderland erlangen, das einst Karl V. ihren Rechtsvorgängern, den Herzogen von Jülich-Kleve, gewaltsam entrissen hatte. Allein die brandenburgischen Diplomaten sahen in dem Anerbieten nur einen Versuch, die deutschen Fürsten und zumal ihren eigenen Herrn zu täuschen und an der Unterstützung Belgiens zu verhindern. Der Kurfürst selber war weit davon entfernt, die grofse allgemeine Sache kleinlichem Eigennutz zu opfern, und meinte überdies, die Franzosen wollten nur gegen den Pfalzgrafen und ihn selbst bei den Polen Verdacht erregen. Das liefs er dem Neuburger sagen.

Die Warnung fruchtete nicht, vielmehr wurde Philipp Wilhelm immer eifriger für ein Projekt gestimmt, das ihm nicht nur die polnische Krone, sondern auch die Hälfte des spanischen Gelderlandes einzubringen verhiefs. Aber soviel er auch, von Frankreich angetrieben, dafür bei Friedrich Wilhelm thätig war, dieser lebte und schaffte ausschliefslich für das grofse antifranzösische Bündnis. Er beklagte die Verblendung des Pfalz-

---

Regierung begann, der neuburgischen Kandidatur in Polen näher zu treten; O. Krebs, Poln. Königswahl im Jahre 1669 (Zeitschr. d. hist. Ges. f. die Prov. Posen, III [1887], 189).

grafen, der seinen Ratschlägen kein Gehör gebe und blindlings Frankreich folge, das ihn zuguterletzt noch hintergehen werde. Das Verlangen der Pariser Regierung, er möge nur den Durchmarsch kaiserlicher Truppen nach den Niederlanden durch seine Staaten untersagen, wies der Kurfürst, trotz Schwerins versöhnlicher Ratschläge, ebenfalls zurück: nur dann werde er darauf eingehen, wenn Frankreich sofort Waffenstillstand abschliefse und sich billigen Friedensbedingungen zugänglich zeige; sonst werde er die Selbständigkeit seiner Politik wahren (Mitte Oktober 1667).

Allein da zeigte sich je länger je deutlicher die Unwahrscheinlichkeit, dafs er sein grofses Bündnis wirklich zu stande bringen werde. Der Kaiser war lau, die Spanier unthätig, die Holländer geradezu verräterisch. In diesem Augenblicke der Mifsstimmung und trüben Aussicht trafen ihn erneute Vorschläge Frankreichs, die zwei neuburgische Gesandte, Stratmann und Giese, übermittelten: der Allerchristlichste König wolle zu Gunsten der neuburgischen Kandidatur sogar auf seine Schuldforderung von 800000 Thalern an die Republik Polen verzichten, ihm selbst das Gelderland geben, wenn er den Rheinbund verlängere, sein Land fremden Heeren verschliefse und die Friedensvermittelung übernehme. Millet unterstützte diese Anerbietungen offiziell im Namen seines Königs. Glaubte doch Ludwig XIV. zu wissen, dafs allein Friedrich Wilhelm den Kaiser aus seiner Lethargie aufzurütteln suche, dafs der Kurfürst den Oberbefehl über das Bundesheer anstrebe, dem er 20000 Mann zuzuführen beabsichtige, und auch die auswärtigen Staaten in solches Bündnis einzuschliefsen sich bemühe. Gerade deshalb wünschte der König den Brandenburger zu gewinnen, selbst um hohen Preis.

Ohne sich noch fest zu binden, zeigte sich der Kurfürst dieses Mal geneigt, auf derartiger Grundlage mit der Pariser Regierung zu verhandeln. Vielleicht liefsen sich dadurch die bisherigen Freunde „excitieren“ — dann hätte er ihr Bündnis noch immer dem französischen vorgezogen.

Allein dazu war keine Aussicht. Es stellte sich vielmehr mit erschreckender Deutlichkeit heraus, dafs de Witt mit den Franzosen handelseinig sei. Spanien andrerseits erhob unmögliche Forderungen und gewährte dafür keinerlei feste Zusage. Zugleich gab die unzuverlässige und gierige Stockholmer Regentschaft die Verhandlungen mit dem geldarmen Kaiser auf und stellte sich einfach dem Meistbietenden zur Verfügung. Da fafste

Friedrich Wilhelm seinen Entschluss. Die Ratifikation des von Blaspeil und Castel-Rodrigo vorbereiteten Bündnisses lehnte er unter scharfem Tadel seines Unterhändlers ab, der seine Vollmachten weit überschritten habe. Freilich suchte er seine Schwenkung möglichst zu verhüllen, indem er Blaspeil Fortsetzung der Unterhandlungen anbefahl. Seine wirkliche Meinung indes geht aus den Worten hervor, mit denen er die Meldung der französisch-neuburgischen Anträge für den Herzog von Lüneburg beschliefst: „Ich muss auch im Interesse des Reiches auf die Verhältnisse in Polen besondere Rücksicht nehmen und halte dafür, dafs, wenn Frankreich sich nach seinem Erbieten bei dem Wahlwerk erzeigen und dazu im burgundischen Wesen aequas pacis conditiones belieben will, dann es allenthalben zu einem gewünschten Zustande gelangen wird." Er versicherte, nicht mit Unrecht, dem französischen Gesandten, noch sei er niemandem gegenüber gebunden, habe die Hände frei; indem er seine Vermittelung zur Herstellung des Friedens anbot, setzte er hinzu: wenn sich die Spanier unvernünftig zeigten, werde er sich gegen sie erklären. Vergebens warnten ihn die Braunschweiger, Graf Waldeck, ja der schwedische Feldmarschall Wrangel. Sie konnten ihn nicht mehr daran verhindern, das als seicht und unsicher erkannte Fahrwasser zu verlassen, sein Schifflein mit jähem Ruck nach der entgegengesetzten Richtung herumzuwerfen [1].

Um sich dabei dem Kaiser gegenüber sicher zu stellen, entsandte er Blumenthal nach Wien. Der hatte Leopold zum wiederholten Male um Unterstützung des Neuburgers in Polen anzugehen — nicht sowohl weil noch der Kurfürst hier wirklich etwas zu erreichen hoffte, als um neuen Grund zu Vorwürfen gegen Österreich zu erlangen. In der belgischen Sache sollte er über die Vereinzelung klagen, in der Österreich und Spanien den Kurfürsten gegenüber den Franzosen beliefsen, sonst aber den Kaiser dessen beständiger Devotion versichern. Als politisches Programm hatte Blumenthal schleunigen Abschluss des Friedens, selbst mit Abtretung einiger Orte, und für die Zukunft bessere Vorbereitung gegen einen ferneren

---

[1] Pribram, 375 ff. — U. u. A., II, 489; XII 779 ff. 800 ff. — Strecker, Meinders, 120 ff. — Über das Folgende vgl.: U. u. A., XII, 585 ff. 657 ff. 849 ff.; XIV I 355 f.; Mignet, II, 295 ff.

Überfall anzuraten. Man sieht, die Schwenkung der brandenburgischen Politik spricht sich in dieser milden und friedeatmenden Stellung gegenüber den französischen Gewaltthaten deutlich genug aus.

Ebenso bezeichnete sie als erstrebenswertes Ziel lediglich die Vermeidung des Anheimfalles der gesamten spanischen Niederlande an Frankreich in der Instruktion, die Brandt mit nach London nahm, wo er zur Vermittelung eines billigen Vergleiches zwischen Franzosen und Spaniern thätig sein sollte. Der Kurfürst suchte so, seiner Gewohnheit entsprechend, sich auch bei seiner veränderten Haltung überall Freunde und Unterstützung zu sichern.

Weit wichtiger als diese Sendungen war diejenige, die er nach Paris bestimmte. Deren Zusammensetzung erfüllte Millet schon mit heller Freude. Zu ihr wurde der Oberstallmeister Gerhard Bernhard von Pöllnitz und der Geheimsekretär Franz Meinders bestellt. Pöllnitz, in des Vicomte von Turenne Hause erzogen, war wegen seines verdächtig freundschaftlichen Verhältnisses zu dem französischen Gesandten bekannt; Meinders aber galt trotz seiner Jugend und bürgerlichen Herkunft bereits als der nach Schwerin einflufsreichste und mit des Kurfürsten Gedanken vertrauteste Minister. Seine Wahl erschien dem Obersten Millet als sicherster Beweis, dafs Friedrich Wilhelm es dieses Mal aufrichtig mit Frankreich meine. Vergebens bemühte sich Goefs mit aller Macht, die Abreise der beiden Gesandten zu hintertreiben. Der Kurfürst wies seine Vorstellungen und Verheifsungen „mit Impertinenz“ ab: „Thun doch die Spanier nichts, und bei Euerm Hofe geschieht ebensowenig.“ Mit Recht machte er auch dem Kaiser dessen stete Bekämpfung der Neuburgischen Kandidatur in Polen zum Vorwurf.

Die Forderungen, die Meinders und Pöllnitz an Ludwig XIV. zu stellen hatten, bezogen sich sämtlich auf die polnische Sache. In der burgundischen Angelegenheit dagegen wollte sich der Kurfürst nur zur Neutralität und Friedensvermittelung, dann zur Verlängerung des Rheinbundes verstehen. Er wies das Anerbieten Gelderns zurück — „er begehre keine Conquesten, sondern nur einen beständigen Frieden“ —, um sich von jeder Parteinahme für Frankreich frei zu halten. Er wünschte vielmehr sowohl in der Frage des Durchzuges wie bei etwaigem Eintreten des Reichstages für den burgundischen Kreis den reichs-

verfassungsmäfsigen Satzungen nachzukommen. Von einem Bündnisse mit Frankreich war also nicht die Rede, sondern nur davon, dafs um den Preis von Frankreichs Verzicht auf die polnische Kandidatur eines seiner Prinzen der Kurfürst anderseits die Bekämpfung Frankreichs in den belgischen Wirren aufgab.

Darin mufste er durch die Haltung der mächtigeren unter den andern deutschen Reichsfürsten bestärkt werden. Da Johann Georg II. von Sachsen merkte, dafs von Österreich und Spanien keine Hilfsgelder zu erhoffen seien, verliefs er den Boden der Zinnaer Verabredungen und kehrte reumütig zu Frankreich zurück. Ende Dezember 1667 sandte er nach Paris, um dort abzuschliefsen. Derjenige Staat aber, der während des Dreifsigjährigen Krieges der mächtigste in Deutschland gewesen war, Bayern, stand völlig auf seiten der Franzosen, seitdem der schwache Kurfürst Ferdinand Maria, nach dem Tode seiner österreichisch gesinntenMutter, dem Einflusse der „französischen Trinität" verfallen war, nämlich seiner ganz dem Franzosentum ergebenen Gemahlin Adelaide von Savoyen, seines Oberhofmarschalls Hermann von Fürstenberg, eines würdigen Bruders der Reichsverräter Franz Egon und Wilhelm, sowie seines Kanzlers Kaspar Schmid. Man lehnte in München alle Hilfegesuche der Habsburger höhnisch ab und pries vielmehr in allen Tonarten die hohe und edle Mäfsigung, die Frankreich beweise[1].

Wo hätte Brandenburg damals in Deutschland klar denkende und mutig empfindende Staatsmänner als Bundesgenossen zum Kampfe gegen Frankreichs alles bedrohende Übermacht gefunden? Ja, selbst der Kaiser und Spanien hatten nicht allein keinen Finger gerührt, sondern sich nicht einmal um Alliierte ernstlich beworben. Dem erlauchten Erzhause Österreich mufste alles Gute vom Himmel fallen. Dagegen hatte man von Wien und Brüssel aus, um die Franzosen zu schrecken, in wortbrüchiger Weise die kriegerischen Vorschläge des Kurfürsten aller Welt verkündet[2]. Es entsprach durchaus der Wahrheit, wenn Friedrich Wilhelm sich de Goefs und Castel-Rodrigo gegenüber beschwerte, Frankreich klage ihn an, dafs er ganz allein den Kampf gegen den Allerchristlichsten König betreibe und die übrigen Mächte wider ihn aufhetze. So ist es in der

[1] Doeberl, Bayern und Frankreich, 158 ff.
[2] Mignet, II, 292. — U. u. A., II, 491 f.

That wörtlich in den Depeschen Lionnes an Millet zu lesen. Andrerseits konnte der Kurfürst auf die Länge nicht ohne fremde Geldunterstützung ein Heer von 12—15000 Mann im Felde erhalten: und zu solcher war einstweilen weder von Holland noch von Spanien sichere Aussicht. Um so unzuverlässigen Alliierten zu dienen, durfte er den grofsen Vorteil nicht opfern, den ihm Frankreichs Anerbieten in Polen hoffen liefs. Der Kaiser, der alles hätte thun sollen, um seine Bundesgenossenschaft, die er so gern den Habsburgern gewährt hätte, in für diese zu gewinnen, wies alle seine Bitten um Unterstützung Polen mit ebenso vieler Beschränktheit und Kälte zurück[1], wie seine gerechten Ansprüche auf Jägerndorf. Welch Gegensatz zu der Haltung Frankreichs, das, immer um Brandenburgs Freundschaft bemüht, ihm stets zu Gefälligkeiten bereit gewesen war — ein treuer Freund seiner Freunde! De Goefs selber mufste anerkennen: Friedrich Wilhelm sei zuerst „den Handlungen mit den Franzosen sehr alienus gewesen" und habe, unter häufigem Tadel des Neuburgers, dessen und Frankreichs Vorschläge mehrfach abgewiesen: allein die „Empfindlichkeit, dafs er weder bei uns [in Wien] im polnischen, noch bei Spanien im niederländischen Werke fortkommen können", habe ihn zu gegenteiligem Entschlusse bewogen.

Nicht Empfindlichkeit bestimmte den Kurfürsten, sondern die ruhige Überlegung: da in den belgischen Wirren nur Gefahren und Niederlagen zu ernten seien, diese Sache, trotz ihrer Bedeutung, aufzugeben, dafür wenigstens in Polen den Sieg über die französischen Bestrebungen davon zu tragen. Und hierzu liefs sich thatsächlich alles günstig an: der französische Botschafter in Warschau, Bischof von Béziers, stellte selber engere Beziehungen zwischen Hoverbeck und dem Könige Johann Kasimir her.

So entschlofs sich Friedrich Wilhelm, noch vor der Ankunft seiner Gesandten in Paris, seinen Vertrag mit Millet fertig zu machen, am 15. Dezember 1667. Danach verpflichtete sich Ludwig XIV., die Thronbesteigung eines französischen Prinzen, namentlich Condés und seines Sohnes, nicht allein nicht zu

[1] Des Kaisers eigene Weisungen darin: U. u. A., XIV, I 362 ff.; vgl. das. XII, 591. — Über das Folgende: das. XII, 357 ff.; XIV, I 356 f.; Mignet, II, 296—303.

unterstützen, sondern positiv zu verhindern, vielmehr seinen ganzen Einfluſs in Polen für die Wahl des Pfalzgrafen von Neuburg aufzubieten. Andrerseits verhieſs der Kurfürst, in dem belgischen Kriege neutral zu bleiben, sich in solchen nur als Friedensvermittler zu mischen, auch in seinen Landen keinem fremden Staate Werbungen oder militärischen Durchmarsch zu gestatten, aufser soweit es Reichsverfassung und Westfälischer Friede, Wahlkapitulation und Rheinbund vorschrieben, welchen letzteren zu erneuern er gleichfalls zusagte.

Der Rheinbund besafs keine wirkliche Bedeutung mehr, und es war bei der Abneigung vieler früherer Teilnehmer gegen ihn seine Fortdauer überhaupt sehr zweifelhaft. Andrerseits hatte sich Friedrich Wilhelm durch Berufung auf die Reichsverfassung immer den Weg offen gehalten, kaiserlichen Truppen nach den Niederlanden den Pafs durch seine Provinzen zu gestatten.

Trotzdem betrachtete die französische Regierung diesen „Berliner Vertrag“ als einen grofsen Erfolg, und mit Recht. Die Erfahrung hat gezeigt, dafs damit thatsächlich der antifranzösischen Vereinigung der Lebensnerv durchschnitten, Frankreich der Sieg gesichert war. Und es hatte nicht einmal zu zahlen. Von den 100000 Thalern jährlich, die es dem Kurfürsten als Preis seiner wohlwollenden Neutralität während der Dauer des Krieges hatte geben wollen, war nun nicht mehr die Rede. Nur 3000 französische Sonnenthaler wurden unter die mafsgebenden Minister Friedrich Wilhelms verteilt — das waren einmal die Sitten der Zeit!

Die französische Diplomatie verwertete selbstverständlich das ihr so erfreuliche Ereignis nach Kräften. Es machte im Auslande grofses Aufsehen, und man glaubte Brandenburg nunmehr im Schlepptau Frankreichs. Setzte doch die Pariser Fama hinzu, der seit kurzem verwitwete Kurfürst werde sich demnächst mit der reichsten Erbin Frankreichs, des Allerchristlichsten Königs Base, Fräulein von Orleans-Montpensier, der berühmten „grofsen Mademoiselle“, vermählen. Besonders in England, das sich gerade damals anschickte, mit den Generalstaaten vereint die Friedensbedingungen vorzuschreiben, war man von dem Berliner Vertrage sehr unangenehm berührt. Karl II. verstieg sich in seinem Ärger und seiner Besorgnis zu der metaphorischen Warnung: der Kurfürst werde doch nicht

„einen Gensdarmen heiraten und in seinem Hause eine andere Herrschaft als seine eigene aufrichten wollen“. Die Furcht war unbegründet. Friedrich Wilhelm lachte über diese angebliche Vermählung mit einem in Liebessachen schon viel erfahrenen älteren Fräulein und rief scherzend aus: Vestigia me terrent[1].

Der kaiserliche Hof fühlte sich durch die unerwartete Wendung in Berlin so erschreckt, dafs er plötzlich die lange vermifste Thätigkeit entfaltete. Nun, wo es zu spät war, rüstete er eifrig; und ohne irgend eine von Friedrich Wilhelms Forderungen zu erfüllen, verlangte er von ihm, sich trotz allem noch mit Österreich gegen die Franzosen verbünden oder wenigstens „in Positur zu stellen.“ Der Kurfürst liefs antworten: nur den Frieden strebe er noch an, zu dem sich auch Frankreich notgedrungen werde verstehen müssen.

Er war mit dem zwischen de Witt, Beuningen und Frankreich verabredeten Friedensprogramm, das auf Ludwigs XIV. letzten Anerbietungen beruhte, zufrieden. Spanien solle alle von Frankreich besetzten belgischen Plätze abtreten, oder aber einen bestimmten Teil dieser Festungen, sowie die Freigrafschaft. Über diese sogenannte „Alternative“ liefs er in Köln, Paris und Brüssel eifrig unterhandeln. Allein man traf damit auf den Widerstand Castel-Rodrigos, der immer noch auf den Beistand des Kaisers und Englands hoffte, zwar den Zusammentritt eines Friedenskongresses in Aachen zuliefs, aber das holländische Projekt durchaus verwarf. Die Friedensaussichten verdunkelten sich von neuem.

Da kam die Lösung von einer anderen Seite.

In England gingen die Wogen der nationalen Entrüstung gegen Frankreichs Ehrsucht und Ländergier sehr hoch. Die Londoner Regierung, die freilich im geheimen auch mit Paris verhandelte, sah sich durch die öffentliche Meinung bewogen, Sir William Temple nach dem Haag zu senden, um hier über ein Bündnis zum Schutze der spanischen Niederlande zu unterhandeln. Die Generalstaaten waren aber nur zu einer Allianz zu bestimmen, die darauf hinauslief, beide kriegführende Teile zur Annahme der Alternative als Friedensgrundlage zu zwingen. Im Grunde war solch Programm Frankreich viel genehmer, das es ja selber aufgestellt hatte, als den Spaniern, die es aus-

[1] Berichte Brandts aus London; U. u. A., XII, 660 ff. — Strecker, 31.

drücklich verwarfen[1]. Allein de Witt wufste den Vorschlag als eine von England und Holland gemeinsam zu vollbringende Heldenthat zu schildern und dafür von Karl II. sogar das Opfer des Schutzes über den Prinzen von Oranien zu erlangen. Sehr schnell kamen die beiden Seemächte überein, in der Haager Konvention von 23. Januar 1668, die später durch den Beitritt Schwedens in die sogenannte Tripelallianz verwandelt wurde. Spanien wie Frankreich sollten erforderlichen Falles gewaltsam zur Annahme der Alternative genötigt werden.

So sehr die Tripelallianz sich den Anerbietungen Ludwigs XIV. anpafste, er war höchlichst über sie erzürnt. Der stolze „König Sonne" mochte es nicht ertragen, dafs Fremde sich herausnahmen, ihm auch nur scheinbar zu bestimmten Friedensbedingungen zu zwingen. Überdies war er entrüstet, dafs in den Geheimartikeln des Bündnisses, die ihm selbstverständlich sofort bekannt wurden, die drei kontrahierenden Mächte es wagten, die Frage der spanischen Erbfolge, nach dem Tode des kinderlosen spanischen Königs, regeln und allsogleich den, für die französische Politik sehr störenden, Frieden zwischen Spanien und Portugal herbeiführen zu wollen: Bedingungen, die allerdings weder dem Ansehen noch den Interessen Frankreichs entsprachen[2]. Wirklich bewog England die Portugiesen, am 13. Februar den Frieden mit Spanien zu unterzeichnen, das damit einer schweren Kriegslast entledigt und zum Kampfe gegen Frankreich besser in den Stand gesetzt wurde.

Es zeigte sich aber, wie recht Friedrich Wilhelm gehandelt hatte, als er auf des Kaisers Anerbietungen und Forderungen keine Rücksicht mehr nahm. Leopold I. opferte die noch soeben von ihm mit hohen Worten verteidigte Sache des habsburgischen Gesamthauses und Europas, teils aus Bequemlichkeit und Verzagtheit, teils weil seine Bigotterie in einer Allianz mit dem katholischen Frankreich ein Gegengewicht zu finden hoffte gegen die „ketzerische Tripelallianz", der er schon „Brandenburg, Dänemark und andere Ketzerfürsten" sich zu einer „Ketzerliga"

---

[1] Das sagen auch nachdrücklich Meinders und Pöllnitz in ihren Depeschen vom 3. Febr. 1668; U. u. A., XII, 859 (nicht 13. Febr., wie Strecker, S. 31, anführt). — Vgl. Mignet, II, 547 ff.; Ranke, Engl. Gesch., IV, 328 ff.; Lefèvre-Pontalis, I, 447 ff. — Über des Kurfürsten Verhandlungen U. u. A., XII, 592 ff. 753 f. 781 ff. 824 ff. 852 ff.; XIV, I 365 f.

[2] Bericht Meinders' und Pöllnitz' v. 15./25. Febr. 1668; U. u. A., XII, 861.

anschliefsen sah[1]. Seinem neuen Gesandten im Haag, Daniel Joh. Kramprich, befahl er allen Werbungen der Generalstaaten gegenüber die gröfste Vorsicht an[2]. Im tiefsten Geheimnisse schlossen am 19. Januar 1668 zu Wien seine überdies von Frankreich bestochenen Minister mit diesem einen Teilungsvertrag über die spanische Monarchie für die Zukunft: für den Augenblick verhiefs dieses Abkommen völlige Neutralität Österreichs.

So war der deutsche Zweig der Habsburger dem spanischen entfremdet. Und nun gelang es Ludwig XIV. mit leichter Mühe, den lächerlichen Stolz der Spanier zu brechen. Ein militärischer Spaziergang brachte binnen zwei Wochen, vom 3. bis 19. Februar 1668, die gesamte Freigrafschaft in französischen Besitz.

Diese überraschend schnelle Eroberung flöfste den Mächten der Tripelallianz die Besorgnis ein, Frankreich werde nun sein Versprechen, sich bis zum 1. Mai an die Alternative für gebunden zu erachten, verletzen. Sie suchten ihr Bündnis zu verstärken und wandten sich deshalb vor allen an den Kurfürsten von Brandenburg[3]. Der schwedische Gesandte in London, Graf Dohna, sagte ihm geradezu: ohne seinen Beitritt erscheine ihre Vereinigung den Franzosen nicht furchtbar, zumal diese wüfsten, dafs ohne ihn niemand im Reiche sich gegen sie erheben werde. Das klang ja sehr schmeichelhaft, konnte aber Friedrich Wilhelm nicht zur Aufgabe einer Stellung veranlassen, die ihm Unthätigkeit und Übelwollen eben derjenigen aufgenötigt hatten, die jetzt seine Beihilfe in Anspruch nahmen. Er erwartete viel mehr von der Vertragstreue des französischen Herrschers als von der Einsicht und Festigkeit der holländischen Oligarchen. Mit einer Offenheit, die man sonst an diesem Künstler in der Politik nicht gewöhnt ist, wandte er sich geradezu an Ludwig XIV. und befragte ihn, ob es ihm genehm sein werde, wenn Brandenburg der Tripelallianz beitrete; so fest war Friedrich Wilhelm davon überzeugt, dafs diese auf Frankreichs geheime Veranlassung entstanden sei. Als aber

[1] Leop. I. an den Marquis v. Grana: Legrelle, La diplomatie française et la succession d'Espagne, I (Paris 1888), S. 143 Anm. 2.

[2] P. L. Muller, Neerlands eerste betrekkingen met Oostenrijk, S. 14 f.

[3] Zu dem Folgenden vgl.: Pufendorf, X, 44; U. u. A., XII, 595. 598 ff. 663 ff. 756 ff. 858. 860. 862 ff. 920; XIV, 1 377 ff.

Lionne mit Berufung auf die Geheimartikel der Haager Konvention dem Kurfürsten ersuchte, ihr fern zu bleiben, gab Friedrich Wilhelm den Verbündeten ausweichende Antwort, eine offen ablehnende aber den allezeit kriegerischen Lüneburgern. Dagegen that er in Paris beständig ernstliche Vorstellungen wegen des Friedens, die von Ludwig in freundlichster Weise, allerdings mit scharfen Ausfällen gegen die Anmafsung der Holländer, aber mit bindenden Zusicherungen erwidert wurden. Der König wufste, dafs England und die Generalstaaten, die jetzt, allzu spät! erkannten, wie sie in ihren früheren Verhandlungen mit dem Kurfürsten „zu sehr auf die Börse gesehen", alles aufboten, ihn zu sich herüberzuziehen. Um ihn bei Frankreich festzuhalten, zahlte er ihm 50 000 Thaler aus und versprach ihm gröfsere regelmäfsige Subsidien nach dem Friedensschlusse. Wie kontrastierte die stete Freundlichkeit und höfliche Rücksichtnahme des grofsen französischen Monarchen mit dem brutalen Hochmute, mit dem der Kaiser unausgesetzt den Brandenburger behandelte! Dessen Wunsch, den Grafen Waldeck in den Reichsfürstenstand erhoben zu sehen, blieb unerfüllt — war er doch nicht, wie die Reichsverräterfamilie Fürstenberg, katholisch! Gerade damals wurde Blumenthal in der polnischen Frage durch eine Finalresolution Leopolds I. endgiltig abgewiesen. Der Kaiser behauptete, den Polen volle Wahlfreiheit bewahren zu wollen; in Wahrheit begünstigte er die Kandidatur des ihm verwandten und den habsburgischen Interessen völlig ergebenen Herzogs von Lothringen. Kein Wunder, dafs Friedrich Wilhelm auf der französischen Seite verblieb. „So lange Frankreich," schrieb er am 31. Mai dem Oberpräsidenten von Schwerin, „bei einmal gegebener Parole beharret, kann ich nicht ersehen, warum man noch zur Zeit Mifstrauen auf es setzen solle. Sollte aber, welches ich nicht hoffe noch glaube, Frankreich gegen seine gethane Kontestation und Parole zu weit gehen und den Krieg kontinuieren wollen, müfste man alsdann andere Consilia ergreifen."

Die Tripelallianz bedrohte Castel-Rodrigo geradezu mit einem Angriffe, wenn er sich nicht der Alternative unterwerfe. Da auch das Wunder, das die Spanier für das erlauchte Haus Habsburg gläubig erwartet hatten, vom Himmel hartnäckig verweigert wurde, bequemten sie sich am 2. Mai 1668 zur Unterzeichnung des Aachner Friedens, dessen Grundlagen

vierzehn Tage vorher Ludwig XIV. den Gesandten der Tripelallianz in St. Germain diktiert hatte. Die Spanier zogen es vor, die Freigrafschaft zu behalten, obwohl sie militärisch wertlos war, und dafür die wichtigsten südbelgischen Festungen abzutreten: um so die Gefahr der französischen Nachbarschaft für die Vereinigten Provinzen zu erhöhen, diese damit für ihre zweideutige Haltung zu strafen und für die Zukunft zum Schutze des Restes der spanischen Niederlande zu zwingen. Eine für die Holländer um so gefährlichere Stellung, als ihnen Ludwig XIV. ohnehin wegen der Geheimartikel der Haager Konvention heftig zürnte und im stillen eine vernichtende Rache an ihnen vorbereitete.

Höchst unbehaglich fühlte sich auch Schweden, das wegen seines Eintrittes in die Tripelallianz den Grimm Frankreichs fürchtete. Ein Bündnis, das die Regentschaft mit dem Kaiser schlofs, konnte für den Schutz durch die französische Macht und für den Segen französischer Hilfsgelder nicht entschädigen [1]. Um so mehr suchten die Stockholmer Regenten sich in der polnischen Frage mit Brandenburg zu verständigen.

In der Republik herrschte grenzenlose Zerrüttung [2]. Zu den fremden Thronkandidaten Enghien, Neuburg, Prinz Karl von Lothringen hatten sich noch der Sohn des Zaren, Alexis Alexiowitsch, und der toskanische Prinz Cosimo gesellt. Der Reichstag bot das traurige Bild heilloser Streitigkeiten, die häufig genug in Gewaltthaten ausarteten. König Johann Kasimir, der stets an geistiger Schwäche gelitten und nunmehr den gewohnten Halt an seiner klugen und thatkräftigen Gattin verloren hatte, wünschte nur, sich baldmöglichst seiner unglücklichen und friedlosen Regierung zu entledigen und an einen stillen Ort zurückzuziehen. Inzwischen gedachte er sich vor dem Tumulte der streitenden Parteien unter den Schutz Brandenburgs zu retten. Friedrich Wilhelm erbot sich auch, ihm solchen unter gewissen Bedingungen zu gewähren, um so mehr, als der Kurfürst des Königs baldmöglichste Abdankung bewirken wollte, während er selber noch in der Gunst des durch die niederländi-

---

[1] Geijer-Carlson, IV 508 ff. — U. u. A., XII, 207.

[2] Über diese polnischen Dinge: Pufendorf, X, 57. 69. 70; U. u. A. XII, 208 ff. 361 ff. 367; Pomponne, II, 488 ff.; v. Mörner, 327 f.; Recueil des Instructions données aux ambassadeurs de France, IV, I, 85 ff.

schen Angelegenheiten beschäftigten Frankreich stehe. Wirklich war der französische Gesandte, Peter von Bonzi, Bischof von Béziers — ein schlauer Florentiner aus Mazarins Schule —, sehr gegen seinen Willen durch seine Regierung zum engen Anschlusse an Brandenburg genötigt worden. Hoverbeck setzte es, trotz aller Gegenbemühungen des Kaisers, mit des Bischofs und des neuburgischen Gesandten Giese Hilfe durch, dafs mit beiden letzteren Johann Kasimir am 9. März 1668 einen förmlichen Vertrag schlofs, durch den er im nächstfolgenden Juli oder August abzudanken und den Pfalzgrafen als seinen Nachfolger anzuempfehlen versprach. Der König von Frankreich verhiefs ihm — der ja früher Kardinal gewesen war — zur Entschädigung kirchliche Benefizien im Werte von 150000 Livres jährlicher Einkünfte; auch in Polen sollte er eine Rente von 50000 Gulden, sowie andere Vorteile erlangen, ferner den Königstitel und einen Hof behalten, aber nicht in Warschau residieren dürfen. Mit Brandenburg stand er im besten Einvernehmen und versprach ihm sogar den Besitz Elbings. So mochte der Kurfürst der Erledigung des polnischen Thrones mit Zuversicht entgegensehen. Er hatte die Genugthuung, dafs auch Schweden sich im geheimen Vertrage vom 6./16. Mai 1668 zur Förderung von Neuburgs Wahl verpflichtete.

Es war der gleiche Augenblick, wo der Aachener Friede zu stande kam. Eine schwere Zeit, voll Gefahr und Aufregung, war einstweilen abgeschlossen. Friedrich Wilhelm konnte nicht mit unbedingter Befriedigung, wenn auch mit einiger persönlicher Genugthuung auf sie zurückschauen. Der kecke und übermütige Anfall Frankreichs auf die spanischen Niederlande war nicht nach Gebühr abgewiesen worden; und was schlimmer war, der Erfolg dieses Raubzuges mufste den mächtigsten aller europäischen Monarchen zu neuen Gewaltthaten ermutigen. Dieser Gedanke lag fürder dem Kurfürsten schwer auf dem Herzen. Er fürchtete, wie er sich später ausgedrückt hat, Frankreich werde allmählich die Bastille nach Deutschland bringen. Immerhin durfte er sich sagen, dafs er alles gethan, um dieses Ergebnis zu verhindern, und dafs er, als er die Unmöglichkeit eines gänzlichen Erfolges erkannt, gerade durch seinen Vertrag mit Frankreich dessen Eroberungen wenigstens in gewisse Grenzen einzuschliefsen mitgeholfen habe, und zwar auf eine Weise, die ihm nicht die Gegnerschaft, sondern die

Freundschaft Frankreichs eintrug. Andrerseits hatte er den Angriff dieses Staates auf die Unabhängigkeit Polens siegreich und doch wiederum durch gütliche Mittel abgeschlagen. Der Sieg des Neuburgers in Polen war nicht entschieden. Allein das war nicht die Hauptsache — wichtiger war für Brandenburgs preufsischen Besitz, dafs die französische Partei im Sarmatenlande hoffnungslos daniederlag. Diese Ergebnisse hatte Friedrich Wilhelm erlangt, ohne einen Schufs abgefeuert zu haben. Freilich, grofse patriotische Redensarten hatte man nicht von ihm gehört; aber diejenigen, die so freigebig mit ihnen herumwarfen, hatten viel weniger für der deutschen Lande Unabhängigkeit sich bemüht und gewirkt als er. Eine gerade und zuverlässige Politik durfte man von ihm nicht erwarten, das hatte er von neuem bewiesen — allein sein Verfahren hatte unter allen Umständen das richtig verstandene Interesse seines jungen Staates und das Wohl Europas, soweit seine verhältnismäfsig geringe Macht es zu fördern im stande war, vor Augen. Der Phrasendunst, der damals alle Köpfe in Deutschland umnebelte und dazu diente, die Eigensucht und Thorheit der leitenden Kreise zu verhüllen, war seinem klaren Geiste widerwärtig. Mit scharfem Blick erkannte er in jedem Momente das Nützliche und Erreichbare, und mit sicherer Hand wufste er auf dieses Ziel loszusteuern, durch alle Windungen, Klippen und Untiefen, ohne sein Staatsschiff irgend daran aufsitzen zu lassen. Es sollte die Zeit kommen, die bewies, dafs er nicht nur Schlauheit und Verschlagenheit besitze, dafs er vielmehr, wenn die Umstände es erheischten, auch verstehe, grofse Politik mit Festigkeit und Ausdauer zu betreiben und kräftig die Gestaltung der gesamten europäischen Verhältnisse zu beeinflussen. Einstweilen hiefs es, weiter mit Vorsicht lavieren und der Sache Europas, deren wahre Erfordernisse niemand klarer als er durchschaute, nur insoweit dienen, wie solches ohne Schaden der vielfach verwickelten und gefährdeten Interessen des eigenen Staatswesens geschehen konnte.

Sechsundzwanzigstes Kapitel.

Die polnische Königswahl des Jahres 1669.

Achtzig Jahre lang hatte der katholische Zweig der Wasa über Polen regiert, als der letzte Nachkomme dieses Herrscherhauses, Johann Kasimir, sich zur Niederlegung einer Krone anschickte, deren Last dem schwachen Fürsten viel zu schwer, nach dem Hinscheiden seiner begabten und ehrgeizigen Gemahlin und Leiterin vollends unerträglich war. Unter seiner unseligen Regierung war der längst vorbereitete Verfall Polens in die Erscheinung getreten. Es hatte im Frieden von Oliva das herzogliche Preufsen dem Brandenburger und fast das gesamte Livland dem Schweden, im Frieden von Andrussow Smolensk, Severien und die Ukraine dem Moskowiter abtreten müssen. Schlimmer noch als diese Gebietsverluste war der innere Zwiespalt, zugleich Quelle und Folge solcher Unglücksfälle. Der König, durch stete Anfeindung und grundsätzlichen Widerstand jeder thatsächlichen Macht beraubt, gereizt und erbittert, dachte nur daran, sich der eitlen und drückenden Krone zu entledigen. Der Hochadel und die aus ihm gebildete oberste Regierungsbehörde, der Senat, waren von Parteien zerrissen, die sich mit der äufsersten Erbitterung bekämpften und es zu keiner einheitlichen Aktion des Staatsganzen mehr kommen liefsen. Inzwischen benutzten die Günstlinge des Königs die kurze Frist bis zu dessen förmlicher Thronentsagung, um die Besitzungen der Krone und des Staates in schamloser Weise zu plündern und an sich zu reifsen. Der kriegerische Kleinadel fand weder Einheit noch Führung, um des Vaterlandes zahlreiche Feinde zu bestehen und Polen, die Vormauer der abendländischen Christen-

heit, gegen die Barbaren zu verteidigen. Ungewarnt von den schmerzlichen Verlusten, die man bereits erlitten hatte, duldete er, dafs die Nogai-Tataren im Jahre 1667 dreihundert polnische Dörfer in Asche legten, die Krim-Tataren weit und breit die Grenzprovinzen verheerten, deren Einwohner mordeten oder gefangen mit sich fortführten. „Wenn jemals," sagt der zeitgenössische Geschichtschreiber Kochowski (III 317), „so konnte damals die Republik ein lebendiger Leichnam genannt werden; nichts war nach aufsen unverletzt, nichts im Innern sicher, alles in Verwirrung, alle Grundgesetze wankend. An der Grenze Feinde und drohende Kriege; nicht weniger Gefahr oder doch Besorgnis vor den Freunden, da der goldene Erisapfel des erledigten Königtums den Ehrgeiz anreizte. Im Staate selbst keine Eintracht unter den Bürgern, alles voll Mifstrauen und Argwohn, da der Senat die Anmafsungen des niederen Adels tadelte, dieser jenem mangelnde Sorgfalt für das Staatswohl und allzu grofse Konnivenz bei Verletzungen der Verfassung und Schädigungen des Staates vorwarf."

Aber eine Königskrone, selbst wenn sie ihrem Inhaber mehr Kummer und Enttäuschung als Befriedigung und Einflufs schafft, strahlt allzu schimmernden Glanz aus, um nicht auf ehrgeizige Gemüter verlockend zu wirken. So fand auch, wie wir wissen, der polnische Thron zahlreiche Bewerber unter den fremden Fürsten und Grofsen. Der Abt von Blesen, sowie viele andere grofspolnische Geistliche und Edelleute wünschten immer noch den brandenburgischen Kurfürsten zu ihrem Könige, drangen in Friedrich Wilhelm, sich dazu bereit zu erklären, verhiefsen ihm in Gewissenssachen jede mögliche Erleichterung. Allein er war jetzt in sich klar geworden. Abscheu gegen jeden Schacher mit seinem Glaubensbekenntnisse liefs ihn solche Werbungen zurückweisen; selbst eine Mahnung des Primas-Erzbischofs von Gnesen, die noch im April 1669 an ihn erging, konnte ihn darin nicht wankend machen. Er empfahl vielmehr dringend seinen Neuburger Kandidaten, der neben dem lothringischen Prinzen und den Condés allein in Betracht kam. Freilich mit Reden und Zuschriften war wenig gethan: was die polnischen Senatoren vor allem verlangten, in unersättlicher Weise forderten, war Geld — Geld für ihre Republik und für sich selber. Am schamlosesten verfuhr der Grofsmarschall Johann Sobieski, der spätere König, den man als Muster ritterlicher Gröfse gepriesen

hat. Der unglückliche Pfalzgraf hatte seine Erbländer durch Zahlungen an die edlen Sarmaten schon so gut wie ruiniert; Friedrich Wilhelm schofs ihm vielfach die dazu nötigen Gelder vor. Unermüdlich empfahl er die Sache des Neuburgers ihrem neuen Verbündeten Ludwig XIV.[1].

Johann Kasimir eröffnete im Juni 1668 dem polnischen Senate seinen festen Entschlufs, abzudanken. Vergebens hatten sich Kaiser und Papst bestrebt, ihn auf dem verhafsten Throne festzuhalten: der Pontifex, weil er einen klerikaleren Herrscher in Polen niemals hätte finden können; Leopold I., weil er den alten impotenten Polenherrscher durch eine österreichische Heirat an das Interesse des Wiener Hofes zu fesseln hoffte. Vergebens beschworen ihn auch die Senatoren, nicht durch seine Thronentsagung den unglücklichen Staat in die ärgste Zerrüttung zu stürzen. Auch das gleiche Anliegen der Sendboten auf dem im September 1668 eröffneten Reichstage vermochte ihn nicht zu erschüttern. Am 17. September legte er die Regierung nieder[2]. Die Herrschaft der Wasa war in Polen beendet, das Interregnum eröffnet.

Eine ungeheure Aufregung bemächtigte sich des gesamten polnischen Adels. Die Bemühungen der fremden Mächte, ihm einen König aufzudrängen, hatten sein nationales und ständisches Selbstgefühl verletzt und gesteigert. In erster Linie richtete sich sein Ingrimm gegen Frankreichs Intriguen; aber auch der Kurfürst von Brandenburg schien des Attentates auf die polnische Unabhängigkeit schuldig, und sein allerdings wenig stichhaltiger Vorwand, er habe nur verhindern wollen, dafs den Polen mit Gewalt ein König aufgedrungen werde, konnte ihn nicht vor der allgemeinen Abneigung der Schlachta schützen. Seine Besitznahme Draheims erregte grofsen Unwillen. Alle fremden Gesandten mufsten das Gebiet der Republik verlassen[3].

---

[1] Hirsch, Gesch. der poln. Königswahl 1669; Zeitschr. f. westpreufs. Gesch., Heft 25 (Danzig 1889). — Krebs, Zeitschr. d. hist. Ges. f. d. Prov. Posen, III (1888), 177 ff. — Droysen, III, III 255. — U. u. A., II, 500; XII, 381. 391.

[2] Das richtige Datum bei Kochowski, III, 328.

[3] Hirsch, a. a. O., S. 95. — Grauert, Über die Thronentsagung des Königs Joh. Kasimir, Sitzungsber. der Wiener Akad., hist.-philos. Klasse VI (1851), S. 367.

Allein damit konnten die Polen nicht verhindern, dafs die Umtriebe der Mächte sich um so rücksichtsloser entwickelten, je mehr der Augenblick der Königswahl heranrückte. Kurfürst Friedrich Wilhelm hatte schon Anfang August die Reise nach Königsberg angetreten, um den entscheidenden Ereignissen näher zu sein. Er fand genügend zu thun. Das Intriguenwerk war so verwickelt, dafs selbst der klügste Staatsmann sich darin hätte verlieren können. Zwar offiziell hatte der Kaiser durch Vertrag vom 12. August sich gleichfalls zur Beförderung der neuburgischen Kandidatur verpflichtet, auch ostensibel seinen Gesandten in Warschau, Freiherrn von Meyernberg, hierzu angewiesen. Allein dieser bemühte sich in Wahrheit, mit vielen Polen vereint, wenn auch vergeblich, durch Verleumdungen aller Art den trefflichen Hoverbeck, dessen Sach- und Personenkenntnis ihn zum geeignetsten Vertreter Brandenburgs in den polnischen Angelegenheiten machte, aus der Gunst des Kurfürsten zu verdrängen[1]. Dann mufste es auffallen, dafs Österreichs bisheriger Schützling, Prinz Karl von Lothringen, seine Bewerbung nicht aufgab, plötzlich im Besitze von 400000 Kronen erschien, die ihm sein landflüchtiger Oheim, Herzog Karl III., nicht gegeben haben konnte, unter grofsem Geleite von Jesuiten und Dominikanern sogar auf polnischem Gebiete seine Andacht vor dem Gnadenbilde von Czenstochau verrichtete. Unter den Auspizien des Kaisers schlossen die Kurfürsten von Mainz und Trier, sowie der Herzog von Lothringen am 25. Oktober zu Limburg einen Bund, der unter anderm die Erwählung des jüngern Karl von Lothringen zum Könige von Polen in Aussicht nahm[2]. Der Kaiser seinerseits glaubte nicht an die Aufrichtigkeit von Brandenburgs Auftreten für den Pfalzgrafen[3]. Die Treulosigkeit und Unzuverlässigkeit der damaligen Staatskunst zerstörte am Ende sich selbst.

Noch schlimmer war das Verhalten Frankreichs[4]. Wir

[1] Kurf. an Schwerin, 9./19. August 1668; U. u. A., XII, 930.

[2] Mentz, I, 151.

[3] Instruktion an Goefs, Wien 20. Okt. 1668; U. u. A. XIV, I 401. — Hirsch, a. a. O., S. 99.

[4] Über Frankreichs damaliges Verhalten: brandenburgische Aktenstücke, U. u. A., XII, 383. 867 f.; die französ. amtlichen Instruktionen an Béziers u. Courtois in den Instr. aux amb. de France, IV, I 89 ff. 101 ff. —

wissen, dafs dieses offiziell die Unterstützung Condés aufgegeben, dagegen Neuburg zu fördern versprochen hatte. In einer Konferenz, die der Bischof von Béziers nach seiner gezwungenen Abreise aus Polen in Köpenick mit Otto von Schwerin gehabt, hatte er sich überaus besorgt für die polnischen Interessen des Pfalzgrafen gezeigt. Allein man mufste bald hören, dafs unter der Hand noch immer für Condé in Polen gearbeitet wurde: hauptsächlich deshalb sandte der Kurfürst im Herbst 1668 Christoph von Blumenthal abermals nach Paris. Der Verdacht war nur allzu gerechtfertigt. Nachdem die französische Regierung durch den Aachener Frieden der Rücksicht auf Brandenburg überhoben war, verletzte sie schamlos den Vertrag vom 15. Dezember 1667. Während in einer ostensiblen Unterweisung vom 15. Oktober 1668 Béziers angewiesen ward, die Sache Neuburgs auf alle Weise zu fördern, erhielt er gleichzeitig eine geheime Instruktion, die ihm — angeblich weil die Polen von dem Pfalzgrafen doch nichts wissen wollten — befahl, vor allem für Condé oder doch dessen Sohn Enghien thätig zu sein. Den polnischen Grofsen hatte er für diesen Zweck ganz aufserordentliche Vorteile, der Republik den Erlafs einer französischen Schuldforderung von 2 300 000 Livres zu versprechen. Ein anderer französischer Sendling, der Abbé Courtois, der in Warschau verblieben war, ging unter einem Vorwande zu dem Grofskanzler Christoph Paç, um diesen und seine in Litauen sehr einflufsreiche Familie für die Condésche Kandidatur zu gewinnen. Also ganz direkter Verrat! Bekannt davon wurde zunächst, dafs Ludwig unter Vorwänden die dem Neuburger verheifsene Geldunterstützung zurückbehielt; dafs er plötzlich Ehrenskrupel zeigte, den Prinzen von Condé, wie er es versprochen, zum öffentlichen Verzichte auf die polnische Krone zu nötigen. Trotz der Vertrauensseligkeit, die Blumenthal noch infolge der Pariser Vorspiegelungen bewahrte, mufste Friedrich Wilhelm, von Polen und von Wien aus vielfach gewarnt, sich von der Doppelzüngigkeit der Franzosen überzeugen. Nur um so kräftiger trat er, trotz des Kaisers und des Allerchristlichsten Königs, für den Neuburger ein. Er schofs diesem Fürsten aus freien Stücken für die

Eine neue Instr. an Béziers v. 20. Dez. 1668 (ebendas. 106 ff.), die zu Gunsten Neuburgs lautet, ist offenbar nur ostensibler Natur. — Vgl. Bischof Béziers an Pfalzgr. Neuburg, 5. Dez. 1668; Krebs, S. 195.

polnische Angelegenheit Summen vor, deren Rückerstattung sehr zweifelhaft war. Er sandte im geheimen Krockow an den einflufsreichsten aller polnischen Grofsen, Sobieski, sowie an den Woiwoden von Pomerellen, und den Erbschenken von Borstell an die grofspolnischen Magnaten und an die Stadt Danzig. Endlich schickte er Ahasver von Lehndorff, einen geborenen Ostpreufsen, der in polnischen Diensten zum Oberstleutnant aufgestiegen war, den er aber jetzt zum kurfürstlichen Hof- und Legationsrat ernannte, an den Bischof von Ermeland und andere hervorragende Grofse, um sie für die brandenburgischen und neuburgischen Interessen zu gewinnen. Diese Bemühungen hatten indes nur geringen Erfolg[1].

Am 5. November 1668 trat der Konvokationsreichstag zusammen, der den eigentlichen Wahlreichstag vorbereiten sollte. Die Stimmung gegen den Brandenburger war unter den Landboten um so feindseliger, als dieser sich soeben Draheims bemächtigt hatte. Es genügte, dafs jemand mit dem Agenten des Kurfürsten, Joachim Scultetus, verkehrte, um ihn aller Welt verdächtig zu machen. Besonders richtete sich der Zorn der Nationalpartei gegen den Fürsten Bogumil Radziwill, dem man das reformierte Bekenntnis und die Statthalterschaft in Preufsen nicht verzeihen wollte, und den deshalb die Landboten von Plozk und Masovien auf das heftigste angriffen. Selbst als am 5. Dezember der Konvokationsreichstag ein Ende genommen, hatte er noch ein für die Stimmung der Polen gegen Friedrich Wilhelm bezeichnendes Nachspiel. Radziwill mufste sich nach Königsberg begeben, um die Starostei Draheim zurückzufordern, wegen des von Brandenburg besetzten Weichselübergangs bei Neuburg Vorstellungen zu machen und den Verzicht auf den Titel eines Herrn der Lande Lauenburg und Bütow zu verlangen, der dem Besitzrecht der Krone Polen an diese Kreise Abbruch thue. Der Kurfürst liefs sich freilich durch solche Anmafsung des wirren und ohnmächtigen polnischen Wesens nicht einschüchtern und begnügte sich damit, eine ausweichende Antwort zu erteilen.

In dem Bestreben, den thätigen und gewandten Bischof von Béziers, der durch seine Verbindungen in Polen grofse persön-

[1] Hosäus, Ahasv. v. Lehndorff, 272 ff. — Hirsch, a. a. O., S. 95. 137 ff. — U. u. A., XII. 388. 931 f.

liche Bedeutung erworben hatte, endgültig für den Pfalzgrafen zu gewinnen, sorgte Friedrich Wilhelm bei des Prälaten mehrmonatigem Verweilen in den brandenburgischen Staaten für dessen gute Aufnahme und Bequemlichkeit und bedachte ihn mit schmeichelhaften Äufserungen der Anerkennung und Hochachtung. Wirklich hatte der Kurfürst die Genugthuung, dafs Condé endlich dahin gebracht wurde, in einem amtlichen Schreiben an Béziers „aus Gehorsam gegen Seine Allerchristlichste Majestät" auf die polnische Krone zu verzichten und seine Freunde zur Begünstigung des Pfalzgrafen zu ermahnen.

Das war freilich alles nur Schein; im geheimen wühlten Condé und Béziers ruhig fort, unterstützt von der Partei der verstorbenen Königin, vorzüglich Sobieski und dem Primas-Erzbischof Prazmowski. Der Pariser Hof war sichtlich damit einverstanden. Die Hunderttausende von Livres, die er dem Neuburger abgeschlagen hatte, gingen direkt nach Polen, um die Anhänger Condés zu ermutigen. Trotz aller Mahnungen Philipp Wilhelms, den Bischof von Béziers abzurufen und einen nicht für Condé kompromittierten Gesandten an dessen Stelle zu schicken, blieb Bonzi der Vertreter Frankreichs und setzte während des Interregnums von dem herzoglich preufsischen Städtchen Marienwerder aus seine Umtriebe fort. Dem Pfalzgrafen sagten die Franzosen, der Brandenburger strebe selber nach der Krone, dem Kurfürsten, die Wahl des Neuburgers sei unmöglich, und suchten seine Minister durch Bestechung für Condé zu gewinnen. So bemühte man sich, zwischen den Verbündeten Uneinigkeit zu stiften. Selbst Blumenthal durchschaute jetzt den Nebel, den man in Paris ihm vor die Augen gezaubert hatte. Friedrich Wilhelm merkte mit Ingrimm, dafs der Allerchristlichste König ihn „dupirt" habe[1].

Leopold I., der fortfuhr, den Brandenburger sehr eindringlich vor den Umtrieben der Franzosen zu warnen, verfuhr freilich um nichts gewissenhafter. Er hatte zugelassen, dafs der Prinz von Lothringen sich nach Schlesien begab, um von hier aus mit den Grofsen des benachbarten Kleinpolen desto

[1] Gottfr. Lengnich, Gesch. der preufs. Lande polnischen Anteils, VIII (Danzig 1748), S. 5. 9 f. — Hirsch, a. a. O., S. 34 ff. 37. — Grauert, 374 ff. — Krebs, 202 ff. — U. u. A., II, 502 f.; XII, 389 ff. 878. 880; XIV, I 407. 409. 414 ff.

bequemer verhandeln zu können. Alle Freunde Österreichs, die ganze klerikale Partei, besonders die Jesuiten waren unausgesetzt für ihn thätig. Die Kaiserin-Witwe beförderte eifrig seine Interessen und setzte es thatsächlich durch, dafs ein französischer Edelmann in österreichischen Diensten, Graf Chavaignac, nach Warschau gesandt wurde, um öffentlich für Neuburg zu sprechen, im stillen für Lothringen zu arbeiten[1]. Ihn unterstützte ein früherer Sekretär Lisolas, Narwitz. Das erfuhr man selbstverständlich alles in Königsberg, wo der Lothringer mit Recht als des Pfalzgrafen gefährlichster Nebenbuhler erschien. Brandenburg aber wünschte in Polen die österreichische Grofsmacht nicht mehr als die französische herrschen zu sehen; wenn die letztere an Kraft überwog, so jene durch die Nachbarschaft.

Allgemeines Mifstrauen herrschte in dieser verworrenen Sache. Jeder log, jeder intriguierte, oft zugleich nach zwei verschiedenen Richtungen hin, nach einer öffentlich, nach der andern im geheimen. Nur Brandenburg handelte diesmal aufrichtig und gerade — weil es so in seinem Interesse lag.

Der Kurfürst war entrüstet über das Spiel, das Frankreich und Österreich mit ihm trieben. Blumenthal mufste bei dem Herrn von Lionne ernste Vorstellungen erheben und ihm im Namen seines Fürsten geradezu erklären: Brandenburg werde eher Lothringen begünstigen als Condé zulassen. Das war freilich nur zur Einschüchterung der Franzosen bestimmt. Denn dem kaiserlichen Gesandten in Berlin sagte Meinders aus ähnlichem Grunde: „wenn mit Neuburg nit aufzukommen, werde Se. Kurf. Durchl. Condaeum Lotharingo präferieren.“ Das nützten dann freilich die Österreicher aus, um in Polen die Meinung zu verbreiten, der Kurfürst sei nur zum Scheine noch für den Pfalzgrafen, thatsächlich aber zu der französischen Partei übergetreten.

Am 2. Mai 1669 kam endlich der Wahlreichstag in Warschau zusammen. Die Augen ganz Europas waren auf ihn gerichtet. Das freie Feld zwischen Warschau und Wola ward im Viereck durch einen Wall und Graben zum Wahlplatze — Kollo — abgeschlossen, in dessen Mitte auf einer Erhöhung ein Schuppen für die Sitzungen der Senatoren erbaut wurde, während der

[1] Chavaignac, Mémoires (3. Aufl. Amsterdam 1701), S. 274 ff.

gemeine Adel, in Woiwodschaften abgeteilt, sich unter freiem Himmel rings um den Schuppen versammelte: es waren an 50 000 Mann. Eine so ungefüge, viele Tausende zählende Vereinigung hatte über das weitere Schicksal des Reiches zu bestimmen!

Nun durften auch die fremden Gesandten wieder erscheinen. Friedrich Wilhelm sandte Hoverbeck und den jetzt bei ihm so einflufsreichen Friedrich von Jena nach Warschau. Sie hatten das Verhalten des Kurfürsten gegenüber der Republik in allen Stücken in günstiges Licht zu setzen, jeden Angriff auf die preufsische Souveränität oder den Besitz Draheims zurückzuweisen, mit Hilfe des neuburgischen und des französischen Gesandten für die Wahl des Pfalzgrafen zu wirken, diesen als den eigentlich nationalen Kandidaten der Polen hinzustellen. Wie immer, wo sich eine Gelegenheit bot, war der Kurfürst um die Religionsfreiheit bemüht: seine Vertreter sollten neben ihrem Hauptziele auch für die Rechte der Nichtkatholiken thätig sein. Er glaubte sich übrigens damals seines Sieges ziemlich sicher. Schon wurde Johann Georg von Anhalt beauftragt, alle Anstalten zum feierlichen Empfange des Pfalzgrafen bei dessen bevorstehendem Durchzuge durch das Herzogtum Preufsen nach seiner Königsresidenz Warschau zu treffen.

Allein die brandenburgischen Diplomaten mufsten sich bald davon überzeugen, dafs ihre Aufgabe keine so leichte sein werde. Die Nationalpartei in Polen wie die lothringische sah ihren eigentlichen Gegner im Kurfürsten. Sie verlangten, dem zukünftigen Könige müsse durch die Wahlkapitulation — die pacta conventa — die Verpflichtung auferlegt werden, Draheim wieder einzuziehen; die preufsischen Unzufriedenen schürten durch den Sohn des gefangenen Königsberger Bürgermeisters Roth. Schlimme Aussichten auch für den Neuburger!

Woche auf Woche vergingen mit Formstreitigkeiten. Die Schlachta trat den Senatoren mit Mifstrauen gegenüber und mit übermütigem Pochen auf ihre Zahl; untereinander befehdeten sich die Faktionen aufs heftigste — ein richtiger polnischer Reichstag. Karl von Lothringen erklärte: zwei Tage nach der Wahl werde er sich mit 8000 Mann Krakaus bemächtigen, zumal auch der Sultan ihn unterstützen werde; sein Regiment im österreichischen Solde wurde dicht an die polnische Grenze verlegt. Der kaiserliche Gesandte, Graf Schaffgotsch, war im stillen mit Eifer für ihn thätig, trat

öffentlich gegen die Vertreter des Kurfürsten sehr schroff auf und verweigerte ihnen den Besuch, ja das Zusammentreffen am dritten Orte, wenn sie nicht auf den Titel „Excellenz“ und den Vorrang vor den herzoglichen Gesandten verzichteten, weil der Kurfürst nur ein kaiserlicher Vasall sei; daraus entspann sich ein bitterer Streit zwischen dem Berliner und dem Wiener Hofe. Die Anhänger Lothringens zählten offenbar darauf, Condés und des Neuburgers Parteien würden sich gegenseitig unmöglich machen und sie selber dann alle Stimmen auf ihren Kandidaten vereinigen. Ähnlich, nur im entgegengesetzten Sinne, rechneten die Freunde Condés, die jetzt ganz offen von Paris aus begünstigt und unterstützt wurden. Lionne sandte an Béziers ein Schreiben: Ludwig werde seinem Vetter die Annahme des polnischen Königtums unter keiner Bedingung gestatten, verbot ihm aber, von diesem Aktenstück eher Gebrauch zu machen, als bis Condés Wahl sich ohnehin als unmöglich erweise. Es sollte also Frankreich nur vor der Schmach einer offenen Niederlage bewahren. Inzwischen hielt man Blumenthal mit dilatorischen Erklärungen hin, bis die Entscheidung in Warschau gefallen sei. Hier sprach sich der Primas, der in französischem Solde stand und der sich auf das feierlichste für Neuburg verpflichtet hatte, nunmehr laut für Condé aus und suchte auch die wirklichen Freunde des Pfalzgrafen zu dem Bourbonenprinzen herüberzuziehen. Alle Anhänger Frankreichs in Warschau warnten vor der Wahl Neuburgs, den sie unerhörter Umtriebe und der Vergewaltigung der polnischen Wahlfreiheit beschuldigten [1].

Friedrich Wilhelm fühlte sich ohnmächtig innerhalb dieser Intriguen. Der Gewissenlosigkeit der damaligen Staatskunst gegenüber halfen nicht Verträge und Recht, sondern nur die thatsächliche Macht. Die aber fehlte dem Kurfürsten. Man beurteilt ihn häufig, als ob sein Zögern, seine Umtriebe, sein Wechsel in der politischen Stellungnahme seinem Charakter und seiner Geistesrichtung zuzuschreiben seien: in der That entsprangen sie dem Mifsverhältnisse zwischen der Gröfse und Kühnheit seiner Entwürfe und der Beschränktheit seiner pekuniären und militärischen Mittel. Er suchte solche möglichst

[1] U. u. A., XII, 377. 391 ff. 399—404 886 ff.; XIV, I 420. — Pufendorf, X, 84—86. — Grauert, 405 f. — Orlich, II, 18.

durch rastlose Thätigkeit wenn nicht zu ersetzen, so doch zu verdecken. Um des Lothringers Drohungen unschädlich zu machen, liefs er westfälische Regimenter und einige Truppen von Frankfurt an der Oder an die polnische Grenze rücken. Dem kaiserlichen Gesandten Goefs machte er lebhafte Vorwürfe über die Art, wie man ihn von Wien aus zu hintergehen suche. Er setzte hinzu, dafs er das nicht ruhig mit ansehen, sondern alles aufbieten werde, um des Lothringers Wahl zu hintertreiben. „Auf solche Weise könnte ein tertius ins Mittel kommen und die Krone emportieren, der ebensowenig dem Kaiser wie dem Kurfürsten genehm sein dürfte." Zugleich liefs er durch Blumenthal in Paris nachdrückliche Vorstellungen thun und offen erklären, er werde Condés Erhebung kräftigst bekämpfen; einen französischen Herrscher in Polen müsse er mit allen Mitteln zu vermeiden bestrebt sein. Wie er in Wien Condé als Schreckgespenst erscheinen liefs, so in Paris den ganz dem Kaiser ergebenen Lothringer. Kurz, er bot auf, was in seiner Macht stand, um Österreich und Frankreich bei ihren Zusagen festzuhalten. Allein wie wenig hat er damit bei diesen Staaten erreicht, die vielmehr rücksichtslos ihren vermeintlichen Interessen nachjagten.

Der Kurfürst hatte wenigstens die Genugthuung, die französischen Intriguen schmählich scheitern zu sehen. Aus Hafs gegen den zumeist an Frankreich verkauften Senat, von dem er seine eigene Wahlfreiheit bedroht glaubte, entschied der Kleinadel am 6. Juni, den Prinzen von Condé wegen der von ihm geübten Bestechungen von der Wahl auszuschliefsen; mit den Waffen in der Hand und unter wilden Drohungen nötigte er die Senatoren, dem beizustimmen. Nach diesem überraschenden Vorgange traten viele Anhänger Condés zur neuburgischen Partei über, allein die Folge davon war nur, dafs diese gleiche Stärke mit der lothringischen erhielt und somit der Sieg eines ausländischen Kandidaten überhaupt unmöglich wurde. Freilich die Franzosen gaben Condés Sache noch nicht verloren. Sie beschlossen, diese wieder auf den Plan zu bringen, sobald der Neuburger und der Lothringer sich gegenseitig vernichtet hätten. Béziers nahm gerade aus Condés Ausschliefsung den Vorwand, dessen Wahl nunmehr offiziell zu betreiben, indem er gegen jene Mafsregel als eine Beleidigung seines Königs protestierte, mit dessen Rache drohte und in-

zwischen Tausende von französischen Goldthalern in die unergründlichen polnischen Taschen versenkte [1].

Allein die elementare Gewalt der Massen des mifstrauischen und erregten Kleinadels zerrifs noch einmal dieses feine Intriguengewebe. Aus allen Woiwodschaften des weiten Reiches strömte die Pospolite Ruszenie, das Adelsaufgebot, in voller Bewaffnung herbei, um den Umtrieben der käuflichen Grofsen ein jähes Ende zu bereiten. Die wilden Scharen umritten die Erhöhung, auf der der Schuppen für die Senatoren errichtet war, unter lauten Drohungen, schossen hinein, verwundeten und töteten dort mehrere Personen; „zwischen heute und übermorgen wollen wir einen König haben," riefen sie (17. Juli). Eine furchtbare Feuersbrunst wütete zugleich in der dem Wahlfelde benachbarten Hauptstadt, Räuberbanden plünderten in den brennenden Strafsen. Der Himmel schien Polen dem Untergange zu weihen.

Wie am Wahltage, dem 19. Juni 1669, die beiden Parteien sich voneinander schieden, stand wirklich ein blutiger Kampf bevor. Da brachte der Unterkanzler, Bischof Andreas Olszowski von Kulm, einen einheimischen Kandidaten, den Fürsten Michael Koribut Wisnowiecki, in Vorschlag. So wenig dieser Magnat durch äufsere Macht und Bedeutung oder persönliche Begabung zu so hoher und verantwortungsvoller Stellung geeignet war: der Vorschlag verhiefs Rettung vor dem drohenden Bürgerkriege und schmeichelte überdies dem Nationalgefühle der Schlachta. Mit brausendem Beifalle stimmte die Menge aller Woiwodschaften dem heimischen Kandidaten zu und erstickte den Widerspruch einzelner mit Säbelhieben und Schüssen. Michael Wisnowiecki wurde ordnungsmäfsig als König ausgerufen. Der ganze Vorgang hatte nicht einmal drei Stunden in Anspruch genommen.

Freilich so ganz unvorbereitet war diese Wahl nicht, wie es den Anschein hatte. Bischof Olszowski hatte schon mehrere Monate vorher durch eine in Massen verteilte Druckschrift, die Censura candidatorum, die Krönung dieses Nachkommen der alten litauischen Grofsfürsten unter allerlei Anpreisungen seiner angeblichen Tugenden empfohlen. Olszowski und seine ganze Familie waren aber ergebene Anhänger der österreichischen

[1] U. u. A., XII, 397, Anm. 8. 400. 402. 884. 889. — Grauert, 385 f. — Orlich, II, 19 f. — Hirsch, 121.

Partei, und es ist klar, dafs diese, das heifst der Wiener Hof, den jungen, unbedeutenden und gänzlich verarmten Piastenfürsten in Reserve gehalten hatte für den Fall, dafs die Wahl Lothringens sich als unthunlich herausstellen sollte, die Olszowski selber zuvor in erster Linie mit glühendstem Eifer betrieben hatte. Der Kaiser hoffte Wisnowiecki um so mehr nach Gutdünken leiten zu können, als man ihn mit einer österreichischen Prinzessin zu vermählen gedachte[1].

Zuerst war alles ob des Ausganges der Wahl, die man als ein direktes Wunder betrachtete, voll Jubels. Man zeigte dem Könige Michael grofse Freude und Ehrerbietung. „Er hat ein gutes Lob, dafs er fromm, höflich, verständig und dabei auch nicht ungelehrt; er ist etwas ein kleiner untersetzter Herr und geht noch zur Zeit in deutschem Habit," schreiben Hoverbeck und Jena am 21. Juni dem Kurfürsten. Allein der Freudentaumel der Menge hatte keine lange Dauer. Der neue König war ganz mittellos, die Krongüter waren durch seine Vorgänger verschleudert worden, die Republik hatte für seinen Unterhalt und Hof zu sorgen. Er besafs auch nicht die persönlichen Vorzüge, sich Macht, Zuneigung und Ehrfurcht zu verschaffen. Die vornehmsten und mächtigsten Grofsen und Kronbeamten hatten nur unter dem Säbelgeklirr und den Pistolenschüssen der Schlachta seiner Wahl zugestimmt, betrachteten ihn als einen Eindringling und Gegner. Von Beginn an zerrissen Faktionen den Staat und machten den jungen König, der seine Wahl nur unter Thränen angenommen hatte, zu ihrem Spielball. „Das Werk," bemerkten unmittelbar nach der Wahl Hoverbeck und Jena sehr richtig, „wird Euer Kurf. Durchl. nicht eben zum Präjudiz gereichen, und ist die Respublica durch dieses subjectum nicht verstärkt worden."

Zunächst brauste freilich Friedrich Wilhelm über diese unerwarteten Vorgänge, die seinen so lange gehegten und mit so beträchtlichen Anstrengungen und Opfern verfolgten Plan vereitelt hatten, in hellem Zorn auf. Den Franzosen wie den Österreichern machte er heftige Vorwürfe, dafs sie durch ihre ver-

[1] Die Ansicht, dafs die Wahl Wisnowieckis nicht plötzliche Eingebung des Patriotismus, sondern längst von der österr. Partei vorbereitet war, ist zuerst von Krebs (S. 183) ausgesprochen worden. Nach Erwägung aller Umstände, auch der Berichte der brandenburgischen Augenzeugen, kann ich ihr nur zustimmen.

tragswidrigen und heimlichen Umtriebe die sonst sichere Wahl des Neuburgers hintertrieben hätten[1]. Das war auch die Ansicht Blumenthals, der besonders den Franzosen die Schuld beilegte. In gleichem Sinne schrieb der Kurfürst an Pfalzgraf Philipp Wilhelm. Dieser erkannte inmitten seines Schmerzes ob der getäuschten Hoffnungen dankbar an, dafs der Brandenburger „mit einer unvergleichlichen Generosität seine Promotion pussiret habe". Er ist, sagte der neuburgische Gesandte in Paris, meines Herren einziger treuer Freund gewesen, während alle anderen ihn verraten und verkauft haben.

Allmählich beruhigte sich die Stimmung des Kurfürsten. Da seine Gesandten in Warschau ihm die völlige Machtlosigkeit des neuen Königs, sowie die Schwierigkeiten schilderten, die sich von allen Seiten gegen Michael erhoben, glaubte man in Berlin, von diesem Fürsten nichts befürchten zu müssen. Er werde zur Rücksicht auf die Nachbarn gezwungen sein. Wie anders, wenn Condé, Lothringen oder gar der Moskowiter gewählt worden wäre! Bald verliefs die Mehrzahl der Senatoren, durch den Ausfall der Wahl um die ihnen von den fremden Kandidaten versprochenen Belohnungen betrogen, des armen Herrschers Hof, zeigten ihm offen ihre Unzufriedenheit, schlossen sich zu Schutz und Trutz gegen ihn zusammen. So eröffnete sich dem Kurfürsten die willkommene Aussicht, von beiden Parteien angerufen zu werden, als Vermittler zwischen ihnen ausschlaggebend aufzutreten.

Die österreichische Faktion, die Michael zum Throne verholfen hatte, zeigte sich freilich dem Kurfürsten durchaus feindlich. Auf ihre Veranlassung begann Michael ihn mit allerlei kleinen Streitigkeiten zu ärgern: wegen Draheims, wegen des Titels von Lauenburg und Bütow, wegen des Weichselübergangs. Man verlachte aber in Berlin diese machtlose Bosheit.

Bedenklicher war, dafs Frankreich und Österreich sofort begannen, ihre Arme nach dem neuen Könige auszustrecken. Béziers, der sich in Polen unmöglich gemacht hatte, wurde abberufen. Dafs er aber seine Intriguen ganz im Sinne Ludwigs XIV. gesponnen hatte, wurde dadurch bewiesen, dafs

[1] Kurf. an Blumenthal, 15./25. Juni 1669; U. u. A., XII, 890 f. — Goefs an den Kaiser, gleiches Datum; das. XIV, I 421.

dieser Monarch ihn mit reichen Pfründen und dann mit der erzbischöflichen Würde von Toulouse belohnte. An seine Stelle in Warschau kam kein minderer als ein Sohn des Ministers Lionne, der beauftragt wurde, die Vermählung Michaels mit einer französischen Prinzessin, einer Verwandten der verstorbenen Königin Luise Maria, zuwege zu bringen. Allein Frankreich hatte damit keinen Erfolg. Olszowski und seine Anhänger hielten darauf, möglichst bald die Folgerungen aus ihrem Siege bei der Königswahl zu ziehen. Der Unterkanzler, der auf Michael einen unbedingten Einfluſs ausübte, lieſs sich selber von dem Herrscher nach Wien senden, um hier wegen einer österreichischen Heirat zu verhandeln. Da offenbar die Sache beiderseits von langer Hand vorbereitet war, führten die Negotiationen bald zu günstigem Abschlusse. Alles wurde mit Hast betrieben, um den vielfach im Lande gegen eine Verbindung mit dem verhafsten Österreich laut werdenden Widerspruch nicht zu Thaten erstarken zu lassen. Schon Anfang März 1670 fand vor dem berühmten wunderthätigen Marienbilde zu Czenstochau die Hochzeitsfeier zwischen König Michael und der Schwester Kaiser Leopolds, Erherzogin Eleonore, statt.

Und das war zunächst das Endergebnis der so lange Jahre dauernden Unterhandlungen wegen der polnischen Königswahl: ein völliger Sieg der österreichischen Partei. Frankreich war wegen seiner bundesbrüchigen Umtriebe gegen den Neuburger durch den Verlust der altüberkommenen polnischen Bundesgenossenschaft gebührend bestraft. Aber selbst der Kaiserhof hatte im Grunde nichts Dauerndes gewonnen. Michael Wisnowiecki war viel zu schwach und hatte zu zahlreiche und mächtige Gegner, um dem Kaiser wesentlichen Nutzen zu bringen. Der Kurfürst von Brandenburg hatte schliefslich vom Ausgange der ganzen Angelegenheit den gröfsten Vorteil. Ungestört von dem feindlich gesinnten, aber ohnmächtigen Polenherrscher, konnte er Draheim, Lauenburg und Bütow seinem Staate dauernd einverleiben, vor allem die widerspenstigen preufsischen Stände der centralen Regierungsgewalt unterwerfen. Das aber ist ihm in vollem Mafse gelungen.

Siebenundzwanzigstes Kapitel.

Der Entscheidungskampf mit den preufsischen Ständen.

Grofse und tiefeingreifende Umwälzungen in den inneren Verhältnissen eines Staates können nicht vor sich gehen, ohne zahlreiche, an sich rechtlich wohlbegründete Einzel- und Gesamtinteressen zu verletzen. Selbst die beste und nützlichste Neuerung mufs altüberlieferte Zustände und Einrichtungen beeinträchtigen und wird von vielen um so schmerzlicher empfunden, wenn sie mit offenbarem Bruche der geltenden Verfassung sich vollzieht. Revolutionen, mögen sie von dem Throne oder von der Strafse ausgehen, sind rechtswidrige Vorgänge, die nur durch thatsächlichen Beweis ihrer Notwendigkeit und Nützlichkeit eine nachträgliche Sanktion erhalten können.

Eine solche Umwandlung hat aber der Grofse Kurfürst in den brandenburgisch-preufsischen Provinzen vollzogen. Er hatte klar erkannt, dafs die Herstellung eines starken, blühenden und mächtigen Staatswesens nur möglich sei, wenn das bisherige Sonderdasein der einzelnen Provinzen und der Einflufs ihrer nur auf Klassenvorrechte bedachten Ständeversammlungen gebrochen werde. Voll dieser Überzeugung ging er mit unermüdlicher Zähigkeit an das Werk, mit Hilfe eines zahlreichen und wohlgeordneten Heeres die Einheit des Staates und die unbeschränkte Macht der solche allein verbürgenden Centralgewalt zu begründen. Seine Stellung war hierbei eine zunächst ungünstige. Gesetz und Überlieferung stritten zweifellos auf seiten der Stände, und deren Bekämpfung war eine offene

Rechtsverletzung. Der Landesherr, der höchste Schützer des Rechtes, konnte also den Krieg nicht mit offenem Visiere führen, er war genötigt, sich der Ausflüchte und Unwahrheiten zu bedienen, von Zeit zu Zeit beschwichtigende Versprechungen zu erteilen, die nicht zu halten er doch fest entschlossen war. In den Augen der besser unterrichteten und aufgeklärteren Nachwelt wird sein Verhalten durch das Wohl des Staates, ja durch die Notwendigkeit gerechtfertigt; allein die Zeitgenossen, in überkommenen Anschauungen naturgemäfs befangen, sahen in seinem Vorgehen lediglich Tyrannei und heillose Unaufrichtigkeit. Der Kurfürst hat sicherlich diesen herben Übelstand schwer empfunden, zumal er erleben mufste, dafs seine eigenen Räte ihn oft genug mifsverstanden und, mehr oder minder offen, mit den Unzufriedenen sympathisierten. Er hatte zumal im preufsischen Lande niemanden, keinen Stand, keine Partei, keinen einzelnen, der ihn unterstützt hätte: er als einziger mufste gegen alle ankämpfen. Dabei hatte er noch den mifsgünstigen Polenadel zu scheuen, der selbstverständlich mit seinen preufsischen Standesgenossen fühlte und überdies am liebsten die unbequeme Nachbarschaft des Kurfürsten gänzlich unterdrückt hätte. Um so bewundernswerter ist die Willenskraft, mit der er, freilich nicht ohne List und Täuschung, trotz aller innerer und äufserer Hemmungen sein grofses Ziel verfolgt und endlich auch erreicht hat.

Praktisch und besonnen, wie immer, wollte er in der Bekämpfung der landständischen Gerechtsame nicht weiter gehen, als die Notdurft des Staates solches forderte: von Schritt zu Schritt, von Mafsnahme zu Mafsnahme, wie die Umstände es erheischten. Er hätte, wenn er seiner Neigung gefolgt wäre, die aristokratisch-oligarchischen Landtage am liebsten ganz abgeschafft, von denen Gutes weder für die fürstliche Gewalt noch für das Staatswohl zu erwarten war. „Je mehr Landtage Ihr haltet," sagte er seinem Nachfolger in seinem politischen Testamente vom Jahre 1667 [1], „je mehr Autorität Euch benommen wird, weil die Stände allzeit was suchen, so der Herrschaft an ihrer Hoheit nachteilig ist." Allein zu einem so durchgreifenden Vorgehen hat er sich nicht entschlossen. Wir haben

[1] Ranke, Werke, Bd. XXV/XXVI, S. 512.

gesehen, in wie zähem und doch mit Mäfsigung geführtem Kampfe er die kurmärkischen Stände im Zaume hielt, die ungleich selbstbewufsteren klevischen sich unterwarf. Die schwerste Aufgabe aber wartete seiner im Herzogtum Preufsen.

Hier trafen die Absichten des Kurfürsten und die der Landstände in schärfstem Gegensatze aufeinander. Die preufsischen Edelleute und Städte wünschten eine ähnliche Freiheit und Ungebundenheit zu erlangen, wie solche die zügellosen Schlachzizen und Städterepubliken Polens besafsen. Dazu gedachten sie sich der Beihilfe der Suzeränin, eben der Republik Polen, zu bedienen. Von irgend einem Gefühle der Zusammengehörigkeit mit Brandenburg war nicht die Rede. Sie betrachteten vielmehr den Kurfürsten recht eigentlich als ihren Feind, dessen Einflufs, wenn er nicht gänzlich vernichtet werden konnte, doch möglichst zu schwächen war. Die Verschiedenheit des Religionsbekenntnisses zwischen dem lutherischen Lande und dem reformierten Fürsten erhöhte die Abneigung gegen diesen, die sich bei jeder Gelegenheit offen kundgab. Friedrich Wilhelm hatte deshalb die Erlangung der Souveränität in seinem preufsischen Herzogtume nicht nur vom Gesichtspunkte der Unabhängigkeit dem Auslande gegenüber angestrebt, sondern auch deshalb gewünscht, um nach Durchschneidung des Zusammenhanges mit Polens Krone und Reichstag desto leichter und sicherer den separatistischen Gelüsten der Preufsen ein Ende zu bereiten. Er hatte sofort hierzu dienliche Mittel ergriffen, indem er ein landesherrliches Ober-Appellationsgericht einführte, das die Rechtsverwaltung der Willkür des heimischen Adels entzog, die Stelle eines ständischen Landesobersten nicht wieder besetzte und dafür einen nicht eingeborenen und sogar reformierten Statthalter aus seiner eigenen Verwandtschaft ernannte.

Sinn und Ziel dieser Mafsregeln blieben den preufsischen Ständen nicht verborgen: sie erblickten in der kurfürstlichen Souveränität die schwerste Gefahr für ihre Pläne, ja für ihre ganze altüberlieferte „Libertät“. Deshalb erklärten ihre Wortführer, freilich auf Grund des bestehenden Rechtes: das staatsrechtliche Verhältnis des Herzogtums zur Krone Polens beruhe auf alten Verträgen, die, mit Zustimmung der preufsischen Stände abgeschlossen, ohne deren Einwilligung nicht wieder aufgehoben werden könnten; König und Reichstag Polens hätten gar nicht die Befugnis, sie ohne weiteres „wie Äpfel und Birnen

zu verkaufen"[1]; die Souveränität bestehe so lange nicht zu Recht, wie der preufsische Landtag ihr nicht zugestimmt habe — eine Eventualität, die sie schon zu vermeiden gedachten. In dieser Hinsicht waren die Städte, vor allem das reiche, mächtige und mit grofsen Vorrechten begabte Königsberg, mit den Vertretern der Adelsinteressen durchaus einig; die Bürger wollten nicht „märkische Sklaven" werden[2]. Die lutherische Geistlichkeit schürte öffentlich und im geheimen die Unzufriedenheit, denn der katholische Oberherr in Warschau war ihr weit lieber als der kalvinische in Berlin.

Der Kampf war schon während des Nordischen Krieges eröffnet worden. Die Stände erklärten sich entschlossen, dem Kurfürsten-Herzoge die Huldigung als ihrem Souverän nicht eher zu leisten, als bis ihre Beschwerden abgestellt und ihre Gerechtsame vollauf bestätigt seien — ein trefflicher Vorwand, dessen Dehnbarkeit es gestattete, die Huldigung auf unabsehbare Zeit hinauszuschieben[3]. Die Bürgerschaften verschlossen den kurfürstlichen Soldaten einfach die Thore, nicht nur in Königsberg, sondern selbst in kleinen Landstädten[4]. Friedrich Wilhelm dagegen nahm die gefährlichen Kriegsläufe zum Vorwande, um die Zahl seiner Truppen in Preufsen beständig zu vergröfsern und deren Unterhalt durch vermehrte Steuern aufzubringen, die von den Ständen nicht bewilligt waren und ohne weiteres auf dem Wege militärischer Exekution beigetrieben wurden.

Die hauptsächlichste Schwierigkeit für ihn war die, dafs er mit solchen Mafsregeln alle Bewohner des Landes, ohne Ausnahme, gegen sich aufbrachte. Die Widersetzlichkeit wurde allgemein und selbst von den hohen Beamten geübt, die zwar vom Kurfürsten ernannt waren, aber alle dem erbgesessenen Adel angehörten. Die Landräte protestierten am 26. Februar 1660 gegen die Erhebung unbewilligter Steuern und forderten die sofortige Einberufung des Landtages[5]. Die eigentliche

[1] Äufserung des Königsberger Schöffenmeisters Hieronymus Roth; Droysen, III, II 402.

[2] Worte eines Königsberger Flugblattes; ebendas. 560.

[3] Man sehe hierüber den Briefwechsel des Statthalters Fürsten Radziwill bei Orlich, Gesch. des Preufs. Staates im 17. Jahrh., I, 263. 281 ff.

[4] Ein Beispiel bei A. Strecker, Franz v. Meinders, S. 8 Anm. 2.

[5] Über das Folgende sehe man: U. u. A., XV, 457 ff. 471 ff.; Baczko,

Regierung — die vier Oberräte — war der gleichen Gesinnung. Der einzige Fremde, der Statthalter Fürst Bogumil Radziwill, durch seine Mutter, eine Tochter des Kurfürsten Johann Georg, dem brandenburgischen Hause eng verwandt, fühlte sich unsicher, riet immer zur Mäfsigung und zum Nachgeben, weil er wufste, dafs man ihn hafste, wegen seines Amtes und wegen der, freilich irrigen, Voraussetzung, er sei schuld an den gesetzwidrigen Bedrückungen. Selbst der vornehmste Minister des Kurfürsten, der Oberpräsident Otto von Schwerin, gab im Grunde den Unzufriedenen recht und drang bereits seit dem Jahre 1658 auf Versammlung des preufsischen Landtages.

Es zeigte sich bei dieser Gelegenheit von neuem, dafs seit den letzten Zeiten des Nordischen Krieges Friedrich Wilhelm in höchster Instanz der alleinige Leiter seiner Politik war. Er trug jetzt weder dem Verlangen der Preufsen, noch den Ansichten seiner Räte Rechnung. Nach dem Frieden verminderte er zwar die Zahl seiner Truppen in Preufsen, liefs aber, gegen das allgemeine Erwarten und Hoffen, davon immerhin eine beträchtliche Zahl im Herzogtume stehen, das zu ihrem Unterhalte einen Teil der unbewilligten Steuern, an 20000 Thaler monatlich, weiter entrichten mufste. Den säumigen Zahlern wurden wohl die Ziegel vom Dache herab gepfändet. Hatte man früher die Gesetzwidrigkeiten mit dem Kriegszustande entschuldigt und deren Abstellung vom Frieden sicher erwartet, so wurde jetzt klar, dafs von seiten des Landesherrn hier ein wohl überlegtes und dauerndes System der Gewaltsamkeit vorliege. Der Unwille wuchs bedrohlich an. Man sagte sich nicht, dafs Friedrich Wilhelm zu seinen Mafsregeln eben durch die feindselige, ja zum Teil verräterische Gesinnung der preufsischen Edelleute genötigt sei; man sah in seinem Vorgehen nur die tyrannische Unterdrückung verfassungsmäfsiger Freiheiten. Die Stände fanden sich ohne Berufung des Herzogs zu aufrührerischen Versammlungen ein: sie seien befugt, sagten sie, die Verteidigung von Recht und Freiheit selber in die Hand zu nehmen. Die Landräte warfen sich sogar zu Führern in diesen Vereinigungen auf; die Oberräte liefsen sie gewähren und protestierten bei dem Kurfürsten gegen die Beibehaltung der Truppen und ungesetzlichen Steuern.

Gesch. Preufsens, V 312 ff. 479; Ferd. Hirsch, Otto v. Schwerin (Histor. Zeitschr. N. F. Bd. XXXV) S. 237.

Dieser allgemeine Widerstand wurde um so gefährlicher, als ihm von aufsen Beistand verheifsen ward.

Schon die Friedensverhandlungen zu Oliva hatten, wie wir gesehen (Teil I, S. 355), das gute Einvernehmen zwischen Brandenburg und Polen zerstört. Dann drohte der Streit wegen Elbings und Draheims geradezu zum Bruche zu führen. Eine verheifsungsvolle Aussicht für die preufsischen Unzufriedenen! Sie traten sofort mit dem Hofe und den leitenden Persönlichkeiten Warschaus in Verbindung: sie ermahnten Polen zum Kampfe gegen den Kurfürsten und zum Angriffe auf Preufsen: „es solle sie nicht länger unter der bösen Leute Gewalt lassen." Sechs Ständemitglieder schrieben sogar dem Grofsmarschall Lubomirski: die Republik möge nur irgend ein Truppenkorps in das Land schicken: „auf solchen Fall würden nicht nur der Adel, sondern auch die Stadt Königsberg, ungeachtet der Citadellen, die hin und wieder angelegt, ihr zufallen, dann es ihnen unmöglich, unter dem Joche der jetzigen Tyrannei länger zu leben."[1] So verräterisches Vorgehen rechtfertigt das an sich gesetzwidrige Verfahren des Kurfürsten in Preufsen! Freilich Königin Luise Maria, die damals mit ihm noch immer einen Briefwechsel unterhielt, stellte jede Begünstigung der preufsischen Rebellen in Abrede. Aber wie reimte es sich mit solcher Versicherung, wenn der polnische Grofskanzler Prazmowski offiziell den brandenburgischen Gesandten die Abstellung der Beschwerden des preufsischen Adels und eine vertragsmäfsige Sicherung seiner Freiheiten als Bedingung für die Übergabe Elbings bezeichnete? Es versteht sich, dafs der Kurfürst solche ungerechtfertigte Einmischung der Polen in die inneren Verhältnisse seines Herzogtums energisch zurückwies.

Allein diese Nachrichten machten doch Eindruck auf ihn. Zu einer Empörung, die vom Auslande offen oder im geheimen unterstützt würde, wollte er es nicht kommen lassen. Er that also den Preufsen einen Schritt entgegen: auf Ende Mai 1661 berief er den so dringend von ihnen begehrten Landtag ein. Freilich, er verfehlte nicht, diesem die Richtschnur genau zu bezeichnen, von der nicht abzuweichen er fest entschlossen war.

---

[1] Hoverbeck an den Kurf., Krakau 28. Jan. 1661; U. u. A., IX, 183. — Auch sonst die folgende Darstellung, wo nichts anderes bemerkt ist, nach den U. u. A., Bd. IX. u. XV. enthaltenen Dokumenten.

Er forderte die Anerkennung der Souveränität ohne weitere Bedingungen sowie Fortbewilligung der bisher erhobenen Abgaben, um das Land „nicht von aller Defension zu entblöfsen“. Dafür verhiefs er alle Freiheiten und Privilegien des Herzogtums aufrecht zu erhalten. Zur Leitung der hochwichtigen Geschäfte dieses Landtags schienen ihm der Statthalter und die vier Oberräte weder an Zuverlässigkeit richtigen Verständnisses noch an Festigkeit des Charakters genügend; und so ordnete er ihnen seinen bevorzugten und vertrautesten Ratgeber, den Oberpräsidenten Otto von Schwerin bei.

Seine Aufgabe war keine leichte. Die Mitglieder der Stände kamen mit dem festen Vorsatze zusammen, die Souveränität nur anzuerkennen, wenn ihre Forderungen in vollem Umfange nicht nur bestätigt, sondern auch gesichert, die Befugnisse des Landesherrn auf einen blofsen Schein herabgedrückt würden; das Herzogtum sollte von jeder Verbindung mit dem Kurfürstentum losgelöst werden. Herrenstand, Ritterschaft und Städte entwarfen ein „geeinigtes Bedenken“, das die Souveränität geradezu als höchst schädlich bezeichnet: „daraus könne grofs Unheil, Jammer und Elend erwachsen.“ Zugleich verlangten die Stände Abschaffung der Accise und aller neuen Abgaben, sowie Entlassung der noch unter den Waffen stehenden Truppen. Es kam schon hier und da im Lande zu offener Steuerverweigerung.

Die Führer der Opposition gingen aber in ihren Entwürfen viel weiter, bis zu völligem Verrat: vor allen der Generalleutnant von Kalckstein und der Königsberger Schöffenmeister Hieronymus Roth.

Albrecht von Kalckstein entstammte aus einem alten, reichbegüterten preufsischen Adelsgeschlecht, das von jeher durch seine Gewaltthätigkeit berüchtigt gewesen war[1]. Nicht von den Vorzügen, wohl aber von den Fehlern der benachbarten sarmatischen Standesgenossen war vieles auf diese Kalckstein übergegangen: hochfahrender leidenschaftlicher Sinn und doch Hinneigung zu Heuchelei und Unterwürfigkeit, unbedenklicher List und Spiel mit Eiden und Menschenleben. Albrecht hatte während des Dreifsigjährigen Krieges es in kursächsischen

[1] Vgl. F. Hirsch, Geschichte Christian Ludwigs v. Kalckstein; Forsch. z. brandenb. u. preufs. Gesch., III, 248 ff.

Diensten bis zum Generalleutnant gebracht, war dann in seine Heimat zurückgekehrt und hier bald an die Spitze der Opposition gegen den Kurfürsten getreten; wir wissen, dafs er während des Nordischen Krieges sich mit dem Obersten Creuts förmlich zum Aufstande verschworen hatte (Teil I, S. 243). Nach Einberufung des Landtages ward er der Führer derjenigen Partei, die Rückhalt bei Polen — also jetzt dem Auslande — gegen den eigenen Landesherrn suchte. Er forderte die Ritterschaft zu einer Gesandtschaft nach Warschau auf, zu der er das Geld herzuleihen sich erbot. Ja, er hatte die Stirn, dem Oberpräsidenten von Schwerin anzuraten, der Kurfürst möge den König von Polen als Schiedsrichter zwischen sich und den Ständen anrufen. Man behauptet, er sei einer der sechs Unterzeichner des Schreibens an Lubomirski gewesen. Dabei suchte er mit unbedenklicher Schlauheit äufserlich ein gutes Einvernehmen mit dem Kurfürsten und dessen Vertreter aufrecht zu erhalten, liefs es an Versicherungen von Treue und Ergebenheit nicht fehlen, sandte dem Oberpräsidenten zum Geschenke Wildpret, das meist aus den kurfürstlichen Forsten gestohlen war.

In seinen Umtrieben standen ihm seine beiden Söhne zur Seite. Der ältere, Christian Ludwig, hatte, wie sein Vater, fremde Kriegsdienste gesucht, und zwar in französischem Solde, sich aber hierbei so übel geführt, dafs Turenne ihn aus dem Heere jagte. Dann trat er in die polnische Armee, wo er 1654 Oberstleutnant wurde. Obwohl in seiner preufsischen Heimat wegen seiner Roheit übel berüchtigt, fand er mit seinem abenteuernden Wesen bei dem Grafen Waldeck vielen Anklang. Dieser gab ihm auch nach Ausbruch des Nordischen Krieges Obersten rang und zwei Regimenter; zur Deckung seiner Auslagen erhielt er die einträgliche Amtshauptmannschaft Oletzko. Allein diese verlor er 1660 wegen Unterschleifs, und seine Regimenter wurden nach dem Olivaer Frieden aufgelöst. Zu gleicher Zeit geriet der wilde Mensch in heftigen Streit mit dem eigenen Vater und seinem jüngern Bruder Christoph Albrecht. Angeblich um sich Unterhalt zu schaffen — in Wahrheit war er wohlhabend —, erbat und erhielt er von dem Kurfürsten die Erlaubnis, wieder in polnischen Dienst zu treten. So fand er sich Ende Mai 1661 in Warschau ein: in der That als Agent der preufsischen Aufrührer und zumal seines Vaters, mit dem

er in politischen Dingen einig war. — Auch Cristoph Albrecht von Kalckstein war unter fremder Fahne Oberstleutnant geworden; 1661 kehrte er nach Preufsen zurück und schürte eifrig die Unzufriedenheit, indem er überall erzählte, wie grausam der Kurfürst seine Unterthanen in der Kurmark und Kleve behandle.

Agitierten die Kalckstein unter dem Adel, so unter den Bürgern Hieronymus Roth, ein reicher Kaufmann, der in seiner Vaterstadt Königsberg grofsen Ansehens genofs und zum Schöffenmeister, d. h. Gerichtsvorsitzenden, im Kneiphöfischen Teile gewählt war. Der König von Polen hatte ihm als Edlen von Rothenstein den Adel verliehen. Überhaupt trat er, als sein Gewerbe mehr und mehr stockte und sein Vermögen in Verfall geriet, mit dem polnisch-katholischen Wesen in Beziehungen. Sein Bruder ging offen zur römischen Kirche über, wurde sogar Jesuit. Den gebrauchte der Schöffenmeister als Agenten in Warschau, wo er eifrig um Hilfe gegen den Kurfürsten nachsuchte, während er zugleich die Königsberger zur Meuterei aufwiegelte[1].

Auch die Königsberger Geistlichkeit beklagte sich in Warschau über die Bedrückungen, die der lutherische Glaube im Herzogtume zu leiden habe, ja über das Verbot des Kanzelgebetes für den König von Polen. Christian Ludwig von Kalckstein und der Jesuit Roth versprachen Johann Kasimir 100 000, seiner Gemahlin gar 200 000 Gulden, wenn sie die Souveränität des Herzogtums wieder vernichteten. Zwanzig der vornehmsten Familien Preufsens und die drei Städte Königsberg erklärten einem polnischen Abgesandten, „sie würden ärger als unter den Türken und Tartaren traktiert; würde keine Linderung erfolgen, so müfsten sie ihr Äufserstes daran setzen, und sollte auch eine Leiche über der andern zu liegen kommen".

Wenn schon die Land- und Oberräte im Grunde mit der Opposition sympathisierten, so weit mochten sie ihr doch nicht folgen. Erschreckt über die Wendung, die die Dinge nahmen, suchten sie zu vermitteln. Allein nur bei dem Herrenstande glückte es ihnen einigermafsen. Ritterschaft und Städte zeigten sich entschlossen, die Wehlauer und Bromberger Verträge und mit ihnen die Souveränität nicht anzuerkennen und darüber

[1] Allgem. Deutsche Biographie, XXIX 371 f. — Orlich, I 291.

eine offizielle Gesandtschaft an König und Reichstag nach Polen abzuordnen. Die gesamten Stände forderten einstimmig Herrschaft der lutherischen Kirche, regelmäfsige Vereinigung des Landtages in jedem zweiten Jahre, Niederreifsung der Befestigungen, Entlassung aller stehenden Truppen bis auf einige Garnisonen, Wiederherstellung des Amtes des Landesobersten, Verzicht auf die neuen Steuern: kurz, völlige Unterwerfung und Machtlosigkeit des Landesfürsten (Juli 1661).

Die Lage erschien so gefährlich[1], dafs Schwerin seinem Herrn dringend riet, dem gerechten Zorne nicht nachzugeben, sondern Mäfsigung und Versöhnlichkeit walten zu lassen. Allein nur in sehr beschränkter Weise trug Friedrich Wilhelm solcher Auffassung Rechnung. Es bedurfte bei ihm nicht der schärferen und strengeren Ratschläge, die ihm Jena und Dobrczenski erteilten; der gesamte Plan, die ganze Richtung seiner Regierung waren hier derart bedroht, dafs er nicht nachgeben durfte noch wollte. Mit scharfen Worten tadelte er das Benehmen der Stände, der Geistlichkeit, ja der Oberräte: er werde nie dulden, dafs seine Souveränität angetastet, seine reformierten Religionsverwandten schlechter gehalten würden als die Katholiken; ebensowenig werde er die militärische Gewalt durch Wiedereinsetzung eines Landesobersten und durch Ersetzung des stehenden Heeres durch die Landesmiliz aus der Hand geben. Nur insofern kam der Kurfürst den Ständen entgegen, als er auf die verhafstesten unter den neuen Steuern, den Zuschlag zur Accise und die „Anlage", verzichtete.

Zum Glücke kam ihm eine augenblickliche Besserung seiner Beziehungen zu Polen zu statten. König Johann Kasimir lehnte jede Einmischung zu Gunsten der Stände ab und sprach (9. Juli 1661) seinen festen Willen aus, die mit dem Kurfürsten abgeschlossenen Verträge treulich zu halten. Dadurch wurden die Unzufriedenen nicht wenig entmutigt. Überdies machten sich die schlimmsten Agitatoren durch ihr leidenschaftliches Auftreten selber unmöglich. Einer von ihnen, der Landrat Graf Schlieben, wurde offenbarer Lügen überführt. Ein anderer, der Rittmeister von Schlieben, stiefs durch seine heftige Sprache überall an. General Kalckstein wagte es, die vermittelnden

[1] Zu dem Folgenden vgl., aufser U. u. A. IX u. XV, F. Hirsch, a. a. O. 248, sowie Orlich, III 70 ff.

Landräte der Bestechlichkeit zu zeihen und vorzuschlagen, man solle sie nach Prager Art zum Fenster hinauswerfen — was dann Schwerin geschickt benutzte, um bei den Ständen gegen ihn eine Art Untersuchung zuwege zu bringen. Endlich gab ein Ausbruch der Pest den Anlafs, den Landtag auf zehn Wochen zu vertagen, von dem unruhigen Königsberg nach dem kleinen und stillen Bartenstein zu verlegen.

Der Kurfürst fand Schwerin noch viel zu nachgiebig. Voll Unmutes drohte er, „in die Länge solchen unruhigen Köpfen nicht nachzusehen, sondern Uns gegen dergleichen Aufwiegler Unseres Amtes, wie vor diesem, notwendig und wider Unseren Willen gebrauchen zu müssen". Allein er hob doch alle Kriegssteuern auf und erklärte, dafs die einstweilige Weitereinziehung der übrigen, 1655 bewilligten Abgaben den Freiheiten und Gerechtigkeiten der Stände für die Zukunft keinen Abtrag thun solle.

Diese Zugeständnisse sowie das Wüten der Pest stimmten die Gemüter der Stände bei deren Wiedervereinigung zu Bartenstein, Mitte Oktober 1661, etwas milder. Auch traten, auf die entschiedenen Weisungen des Kurfürsten hin, Schwerin und Radziwill kräftiger auf. Sie erhielten gegen den Generalleutnant Kalckstein bald eine treffliche Gelegenheit zum Einschreiten, da er vor Zeugen die Ritterschaft mit Schmähungen überhäufte und den Landtagsmarschall Dietrich von Flanssen gar zum Zweikampf herausforderte. Nun wurde der Unhold auf seinem eigenen Gute Plümmern in Arrest gehalten, und als dadurch die Zungen frei wurden, hörte man, dafs Kalckstein in des Kurfürsten Wäldern arg gewildert habe. Freilich, diese Untersuchung schlief allmählich ein, da die meisten der Ritterschaft den Genossen zu schonen wünschten und man die Zeugen der Wilddiebstähle nach Polen verschwinden liefs — allein die ganze Angelegenheit demütigte den Generalleutnant tief und hinderte ihn wenigstens an offener politischer Thätigkeit. Sein Gefährte in Gewaltthat und Opposition, Graf Schlieben von Birkenfelde, ward durch eine peinliche Untersuchung brach gelegt, weil er einem Offizier, der früher unter ihm gedient und Geldforderungen an ihn hatte, kurzer Hand die Ohren hatte abschneiden lassen. Roth endlich wurde von Schwerin bei dem Statthalter und den Oberräten förmlich wegen kränkenden und verräterischen Auftretens gegen den Namen und die Autorität

des Kurfürsten verklagt. Dem Anraten der Stände selbst, „dem publico bei diesen ohnedem nicht wenig obhandenen Schwierigkeiten“ durch Abberufung Roths aus ihrer Versammlung zu genügen, mufsten dann die drei Städte Königsberg trotz anfänglichen Sträubens endlich Rechnung tragen. Da Schwerin sich aber hiermit nicht zufrieden gab und die Auslieferung des Schöffenmeisters bei 5000 Reichsthalern Strafe von der Dreistadt verlangte, zog es der Bedrohte vor, sich der Gefahr durch Flucht an den Warschauer Hof zu entziehen, im März 1662.

Damit war die Opposition im Landtage ihrer hauptsächlichsten Führer beraubt. Die Bemühungen der Oberräte und die Ankündigung, dafs der Kurfürst eine weitere Reduktion der Truppen angeordnet habe, übten ihre Wirkung auf die Stände. Sie beschlossen also, die Souveränität des Herzogtums anzuerkennen und dem Kurfürsten als ihrem direkten Oberherrn Huldigung zu leisten. Aber sie knüpften beides an mannigfache Bedingungen. Polnische Kommissare mufsten der Huldigung beiwohnen, um die Preufsen ihres der Krone geleisteten Treueides förmlich zu entbinden. Der Kurfürst müsse zuvor in feierlicher und staatsrechtlich verpflichtender Form den Anheimfall Preufsens an Polen für den Fall des Aussterbens des brandenburgischen Mannsstammes sowie die Aufrechterhaltung sämtlicher ständischer Freiheiten und Privilegien, besonders des Steuerbewilligungsrechtes, aussprechen, endlich den regelmäfsigen Zusammentritt des Landtages in jedem zweiten Jahre, sowie bei jedem Regierungswechsel zugestehen. Selbst gegen die unter so harten Bedingungen anzuerkennende Souveränität legte die Bürgerschaft Königsbergs, mit Ausnahme einiger Gewerke des Löbenicht, Verwahrung ein.

Allerdings war mit der Anerkennung der Souveränität seitens der Stände ein grofser Schritt nach vorwärts gethan. Die staatsrechtlich zweifellos gut begründete Stellung der Stände auf ihrer ewigen, ohne ihre Einwilligung nicht zu beseitigenden Union mit Polen war von ihnen geräumt. Aber so weitgehende Forderungen, wie das „Geeinigte Bedenken“ der Stände sie enthielt, konnte der Kurfürst nicht bewilligen. Schwerin arbeitete deshalb einen Gegenentwurf aus, eine förmliche Verfassungsurkunde, die der Kurfürst im wesentlichen annahm und mit dem grofsen Siegel bekräftigte (24. Nov. 1661). Sie verhiefs den Schutz der lutherischen Religion und die Nicht-

zulassung sektiererischen und jüdischen Gottesdienstes; „doch wollen wir," hiefs es dort weiter, „hierdurch keines Gewissen constringieret haben." Also Denk- und Gewissens-, wenn auch nicht Kultusfreiheit wufste der duldsame Fürst zu behaupten. Für seine reformierten Glaubensgenossen nahm er das Recht in Anspruch, ihnen auf seine eigenen Kosten Kirchen und Schulen zu halten. Er verbot den Geistlichen aller Bekenntnisse das gegenseitige Beschimpfen und Verketzern. In der Regierung behielt er sich vor, den ständischen Oberräten einen Statthalter nach eigenem Ermessen überzuordnen. Jede ständische Zusammenkunft ohne landesherrliche Einberufung ward, recht im Gegensatze zu der Forderung der Stände, durchaus untersagt. Er suchte dafür, wie auch sonst, den Adel zu trösten, indem er dessen sociale Vorrechte, die ja die landesherrliche Macht nicht schädigten, bereitwillig anerkannte; auch das Recht, die höheren Beamten- und Richterstellen ausschliefslich zu besetzen, gestand er dem preufsischen Adel zu. Die Städte erhielten Bestätigung ihrer sämtlichen Rechte und Freiheiten, zumal eigener Gerichtsbarkeit und Wahl ihrer Obrigkeiten, sowie des Privilegs von Handel und Gewerbe, deren Ausübung dem Adel untersagt blieb. Mit dem Steuerbewilligungsrechte fand auch eine grofse Anzahl sonstiger landesherrlicher Freibriefe der Vergangenheit für die Stände Neubestätigung[1].

Des Kurfürsten Willensmeinung war, dafs diese Verfassung von den Ständen nicht diskutiert, sondern als seine „letzte Resolution und Erklärung" einfach angenommen werde; über etwaige Abänderungen hätten sie nur in Berlin durch Abgeordnete mit ihm selbst zu verhandeln.

Allein hiermit konnte er nicht durchdringen. Ganz Preufsen, auch die Oberräte, war einig in der Zurückweisung einer Verfassung, in der man „unter Thränen" „das Grab der Freiheit" zu erblicken glaubte. Man behauptete, die vornehmsten Grundsätze der überlieferten Konstitution seien darin verletzt, und bewies das durch zwölf Klagepunkte, in denen es hiefs: viele Artikel und frühere Landtagsabschiede seien ganz übergangen; in Besetzung der Statthalter- und Kanzlerstelle behalte sich der

[1] Veröffentlicht durch Wichert in der Zeitschr. f. preufs. Gesch. u. Landesk., Bd. XI (1874), S. 33—89; dazu Varianten U. u. A., XV, 646 Anmerk. — Schreiben des Kurf. v. 15./25. Nov. 1661; Orlich, III, 101 ff.

Kurfürst völlig freies Belieben vor; die Oberräte seien zu Gunsten der Berliner Centralregierung jedes Einflusses entkleidet; der einheimische Adel sei wichtiger Vorrechte beraubt; die Versammlungsfreiheit sei beschränkt. Die Unduldsamkeit der Lutheraner kam in der Doppelbeschwerde zum Ausdruck, dafs der Kurfürst das reformierte Bekenntnis dem lutherischen gleichstellen, sowie Arianer, Mennoniten und Juden in Preufsen dulden wolle. Die Stände weigerten sich, auch nur in die Beratung einer solchen Verfassung einzutreten und darüber Abgeordnete zu schicken; denn diese würden sicher in Berlin zur Nachgiebigkeit „forciert" werden. Sie verlangten vielmehr eine Generalbestätigung aller ihrer Rechte und Abstellung ihrer abermals weitläufig entwickelten Beschwerden.

Schwerin war über die Einmütigkeit und Heftigkeit des Widerstandes äufserst erschrocken: er sah bereits das Herzogtum in vollem Aufstande, von Polen unterstützt. Er mahnte den Kurfürsten dringend zur Milde und zu der gewünschten Generalbestätigung; zugleich bat er um seine Abberufung, um jede Verantwortung für etwaige Gewaltmafsregeln von sich abzuwälzen. Einstweilen wurde der Landtag über Weihnachten und Neujahr vertagt.

Der Kurfürst war zuerst über die Ablehnung, die seine Verfassung in Preufsen gefunden hatte, höchlichst entrüstet. Aber, wie gewöhnlich, machte sein schnell auflodernder Zorn allmählich ruhiger Erwägung Platz. Und da entschlofs er sich, so schwer es ihm auch ankam, zum Nachgeben. Wir irren wohl kaum, wenn wir voraussetzen, dafs er das, was er jetzt im ganzen gewährte, später wieder im einzelnen zurückzunehmen gedachte. Er erteilte die gewünschte Generalbestätigung aller bisherigen Rechte der preufsischen Stände, mit selbstverständlicher Ausnahme derjenigen, „die durch das erlangte jus supremi dominii aufgehoben worden". Er schaffte einstweilen die Accise ab und stellte die Abdankung des gröfsten Teils der noch in Preufsen befindlichen Truppen in Aussicht. Es war eine arge, obschon nicht unwiederbringliche, Niederlage der landesherrlichen Gewalt.

Das Schlimmste war, dafs sie die Preufsen nicht befriedigte, sondern lediglich zu neuen Angriffen ermutigte. Die dortigen lutherischen Geistlichen nahmen aus dem konfessionell versöhnlichen Verhalten des Königsberger Theologieprofessors Dr. Dreier

Anlafs, in Verketzerung der Reformierten und des Kurfürsten selbst das Äufserste zu leisten, sogar die Soldaten zur Unzufriedenheit aufzureizen. Die Anlegung der Citadelle Friedrichsburg in der Nähe Königsbergs hatte stets den Unwillen der Bürger erregt, den das allerdings eigenmächtige und ungesetzliche Benehmen des Kommandanten Bellicum noch weiter steigerte. Es kam zu offenen Feindseligkeiten, und der Rat der drei Städte hatte grofse Mühe, das Verlangen der Bürgerschaft abzuwehren, man solle sofort Abgeordnete mit Bericht und Klage nach Warschau senden.

Der Adel hatte wieder andere Beschwerden vorzubringen: er verlangte die Freilassung des Generalleutnants Kalcksteins aus dem Arrest, da der Prozefs gegen ihn nicht ordnungsmäfsig eingeleitet sei.

Der Landtag brachte bald neue Streitigkeiten. Die Erhaltung selbst einer bescheidenen Kriegsmacht in Preufsen war ohne Neubewilligung der Accise unmöglich; der Kurfürst verlangte sie in Höhe von 500000 Thalern, auf drei Jahre verteilt. Wirklich wollten die adligen Stände wenigstens 450000 Thaler bewilligen, die Städte aber, deren Handel freilich am meisten unter der Accise litt, gar nichts. Sie drangen darauf, man solle sich mit dem eben damals in Warschau tagenden Reichstage gegen den Kurfürsten ins Einvernehmen setzen. Förmliche Tumulte gegen die Accise brachen in Königsberg aus. Da rifs Friedrich Wilhelm die Geduld. Er sah wohl ein — wie die Städter es ihrerseits begriffen —, dafs es sich hier um den Entscheidungskampf zwischen ständischer „Freiheit“ und landesherrlicher Vollgewalt handelte. Er mahnte Schwerin und die Oberräte zu gröfserm Eifer; er wies die Beschwerden der Stände und zumal der Städte in schroffer Weise zurück; er verlangte nunmehr Gehorsam und Unterwerfung (April 1662)[1]. Nach der bisherigen Gepflogenheit hätte die Accise, als nur von den beiden Oberständen, nicht aber von den Städten bewilligt, für verworfen angesehen werden müssen. Allein Friedrich Wilhelm benutzte geschickt den Umstand, dafs die Städte eine anderweite Abgabe — eine Vermögenssteuer —

[1] Baczko, V, 326 ff. 480 f. — Orlich, I, 312. 319, III, 121. 127. 130. 135 ff. 141. 149 ff. — U. u. A., XV, 725. 740 — 772; dann Bd. XVI, I u. II. Ferner Bd. IX, soweit Polen mit in Betracht kommt.

vorgeschlagen hatten, die wieder von den Oberständen nicht angenommen worden: so entschied er den Streit kraft des alten, im Privilegienbuch erwähnten[1], aber längst nicht mehr gebräuchlichen landesherrlichen Ausgleichsrechtes, das Komplanation hiefs. Selbstverständlich trat er den Oberständen bei, nahm die von ihm selbst vorgeschlagene Besteuerungsart an und befahl die Entrichtung der Accise seit dem 1. Juni 1662. Zum Zeichen, dafs die Zeit der Milde vorüber und strenge Mittel zu erwarten seien, berief er im Juni Schwerin aus Preufsen ab, der mit Recht als Vertreter versöhnlicher Anschauungen galt. Der Oberpräsident verliefs am 6. Juli die Provinz.

Die Städte aber waren zu fernerem Widerstande mit echt preufsischer Zähigkeit entschlossen: sie wollten ihre Freiheit bis zum Äufsersten verteidigen. Königsberg verweigerte die Zahlung der von ihm nicht bewilligten Accise; die kleineren Städte sträubten sich gegen die Einquartierung. Darüber kam es zu heftigen Streitigkeiten zwischen den Städten und den Oberräten, die die Abgeordneten Königsbergs Rebellen, eidvergessen und treulos schalten. Die Bürgerschaft der Dreistadt sandte, allerdings ohne Zustimmung des Magistrats und der Gerichte, den jüngern Roth, des Schöffenmeisters Sohn, nach Warschau mit einem Schreiben, das die Dazwischenkunft der Republik zu Gunsten der bedrängten politischen und religiösen Freiheit des Herzogtums anrief. Der Kurfürst, hiefs es da, wolle das Land aller seiner Rechte berauben, die edlen Preufsen zu Sklaven machen. Sie aber wollten sich in Ewigkeit nicht von der Republik Polen trennen.

Dieser Appell an eine fremde Macht war um so gefährlicher, als die ehrgeizige Königin Luise Maria, die nach Art feuriger Charaktere aus einer begeisterten Freundin Friedrich Wilhelms dessen leidenschaftliche Gegnerin geworden war, nach einem Vorwande suchte, den Verlust der polnischen Oberhoheit über Preufsen wieder rückgängig zu machen, und deshalb die Umtriebe der beiden Roth eifrigst unterstützte. Sie setzte es wirklich bei dem kranken und charakterschwachen Johann Kasimir, einer blofsen Marionette in ihren Händen, durch, dafs dieser am 30. Juni durch amtliche Schreiben seine „Getreuen“ in den Städten seines Schutzes versicherte und den Schöffen-

[1] Das hat Droysen (III, II 582) gegen Baczko erwiesen.

meister Roth geradezu wegen seiner Rebellion beglückwünschte und zu deren weiterem Betreiben, trotz aller Hindernisse und Gefahren, ermahnte. Er war sich seines unentschuldbaren, vertragswidrigen Betragens so gut bewufst, dafs er an eben dem Tage, wo er diese Briefe erliefs, Hoverbeck gegenüber jede Kenntnis der preufsischen Händel ableugnete.

Die befremdlichen Kundgebungen Johann Kasimirs erhöhten den Mut der Königsberger Aufrührer gar sehr. Da der Statthalter das Schlofs sowie die Feste Friedrichsburg mit stärkerer Besatzung versah und die Stadt mit Reiterhaufen blockierte, die allen Verkehr mit Polen verhindern sollten, griffen die Bürger gleichfalls zu den Waffen, verstärkten ihre Wälle, besetzten diese mit Geschützen und drohten, sie würden ihre Abgesandten mit Gewalt zur Grenze geleiten. Zugleich erbaten sie Husaren und Fufsvolk von dem jüngern Czarnecki, der die polnischen Garnisonen in Ermlande befehligte, mit dem Hinzufügen, solche in Königsberg aufnehmen und verpflegen zu wollen. So erneuerten sie dem Kurfürsten gegenüber den Verrat, den einst der preufsische Bund dem Deutschorden gegenüber begangen hatte; abermals sollte das Land der deutschen Herrschaft entzogen und den Polen überliefert werden. Die Führer entwarfen schon eine Eidesformel, die jeder Bürger beschwören sollte, und die sie, unter heuchlerischen Einschränkungen zu Gunsten des Hauses Brandenburg, zur Vereinigung und zum Kampfe für die Freiheiten des Landes und für die Zugehörigkeit zur Krone Polen verflichtete. Diese Formel wurde in der Kneiphofer Kirche vorgelesen, und ihre Beschwörung konnte nur durch ein strenges Verbot des Statthalters aufgeschoben werden.

Die Leitung der aufrührerischen Bewegung übernahm wieder Hieronymus Roth, dessen Auslieferung Friedrich Wilhelm vergebens von dem polnischen Könige verlangt hatte, und der noch im März in das empörerische Königsberg zurückgekehrt war. Der Kurfürst ordnete von neuem seine Verhaftung an; er sollte nach Memel abgeführt und dort wegen Majestätsverbrechens prozessiert werden. Allein das war leichter befohlen als ausgeführt. Der Magistrat von Königsberg lehnte seine Verhaftung ab, und die Oberräte wagten aus Furcht vor einem förmlichen Aufstande der Bürger nicht, mit Gewalt gegen den Schöffenmeister vorzugehen.

Überhaupt zeigte es sich von neuem, dafs die Oberräte, die ja selber mit dem Adel durch Familienbande und Interessen, mit der Stadt Königsberg durch tausend geschäftliche Verbindungen, mit der gesamten Oppositionspartei durch gemeinsame Vorliebe für die ständischen Privilegien verknüpft waren, zu scharfem Einschreiten gegen die Meuterer nicht zu bewegen waren. Nur durch Überredung suchten sie diese zur Gesetzlichkeit zurückzuführen und ermahnten dabei den Kurfürsten immerfort zu Milde und Nachgiebigkeit, die doch bisher keine guten Früchte gezeitigt hatten. Das sollte auch jetzt sich wieder bewähren. Magistrat und Gerichte der drei Städte Königsberg, die sich bis dahin der empörerischen Bürgerschaft entgegengestellt, gingen jetzt offen zu ihr über, entschuldigten sie wegen ihres Auftretens mit dem Elend und Nahrungsmangel, in dem sie sich befinde, und bezeichneten die Abordnung von Gesandten nach Warschau als gesetzlich und zulässig. Die niedere Geistlichkeit in Königsberg hetzte unter dem Vorwande der bedrohten Religion täglich gegen den Kurfürsten. Die Absperrung der Stadt durch die Truppen, die auf Radziwills Befehl niemanden ohne seinen Pafs aus ihr herauslieſsen, erhöhte nur die Erbitterung. Und was schlimmer war, der Adel, der sich in den letzten Monaten gefügiger gezeigt hatte, begann gleichfalls wieder auf polnische Hilfe zu rechnen und verlangte stürmisch die Erlaubnis, seine Bittbriefe nach Warschau zu schicken. Der Statthalter, völlig vereinzelt und von Geldmitteln entblöfst, verlor den Mut und ersuchte den Kurfürsten wiederholt und inständigst, selber ins Land zu kommen, da sonst seine Sache nicht zu retten sei.

Freilich, die kräftigen Vorstellungen Hoverbecks in Warschau brachten es dahin, dafs die Intriguen der Königin und ihrer Partei durchkreuzt wurden und Johann Kasimir am 20. Juli den preufsischen Ständen seine und der Republik Vertragstreue beteuerte und ihnen die Hoffnung auf polnische Unterstützung benahm. Allein die Wogen des Aufruhrs gingen bereits in Preufsen zu hoch, als dafs diese, ohnehin von vielen angezweifelte, Kundgebung sie hätte stillen können. Roth blieb überdies mit seinen Freunden, den Anhängern Luise Marias, immer noch in Verbindung, und trotz der Blockade Königsbergs schlichen sich verschiedene dieser Polen in die Stadt, der sie Hilfe versprachen. Die Befehle des Kurfürsten, solche

Sendlinge und Roth selber zu verhaften, blieben ebenso unbeachtet wie Ausgleichsvorschläge Friedrich Wilhelms. Die Aufrührer riefen aus, sie wollten lieber des Teufels Herrschaft ertragen, als sich der märkischen Sklaverei unterwerfen. Sie wandten sich vielmehr von neuem nach Warschau und auch nach Stockholm, wo sie die Zuschickung von 2000 Soldaten aus Livland erbaten, obwohl sie hier nicht einmal den rechtlichen Vorwand der alten gesetzlichen Verbindung besafsen. Der auf den 14. Sept. 1662 wieder einberufene Landtag ward fast gar nicht besucht, die Steuerzahlung in ganz Preufsen verweigert: von den Städten, weil sie die Accise nicht bewilligt hätten, vom Adel, weil er nicht schlechter behandelt werden wolle als die Städte. Die Einkünfte der tief verschuldeten und übel bewirtschafteten Domänen waren völlig unzureichend. So blieben die Truppen, die einzige Stütze der landesherrlichen Gewalt, ohne Sold. Sie begannen deshalb in ihrer Treue und Zuverlässigkeit zu wanken. Geradezu das Aufhören jeder Regierung war in der Provinz zu fürchten.

Friedrich Wilhelm entschlofs sich also, im August 1662, zur Reise nach Preufsen, die in der That höchst notwendig geworden war. Am 14. September verliefs er Berlin und reiste langsam über Kolberg und Pillau, an beiden Orten die Befestigungen besichtigend. Um sich einen günstigen Empfang zu sichern, veröffentlichte er am 11. Oktober eine „Assekuration" der politischen und religiösen Freiheiten Preufsens, die sich allerdings nur allgemeiner Ausdrücke bediente[1]. Am 25. Oktober langte er im Schlosse zu Königsberg an, in Begleitung einer stattlichen Truppenzahl. Wie nötig seine Ankunft war, hatte die Thatsache gezeigt, dafs noch am Vorabend die Bürger den Oberstleutnant Raesfeld auf der Gasse angefallen, verhöhnt und mifshandelt hatten.

Der Kurfürst mufste und wollte durch ein abschreckendes Beispiel die Meuterer zur Ruhe bringen. Er befahl sofort dem Obersten Hille, Roth zu verhaften. Zweimal wurde die Ausführung durch einen Volksauflauf verhindert, da der Kurfürst geboten hatte, Blutvergiefsen möglichst zu vermeiden. Endlich glückte eine List. Hille zog mit einem Wagentransport, den

[1] Vgl. hierzu und zu dem Folgenden — aufser Baczko, V, Orlich, I, U. u. A., IX, XVI, I 237 ff. — noch Pufendorf, IX, 47 ff.

er zum Schein mit einer Reiterschwadron eskortierte, an des Schöffenmeisters Haus vorüber. Als dieser, von dem Lärm angelockt, aus dem Fenster schaute, wurde er von den Reitern gepackt, in ein an der nahen Honigbrücke bereit liegendes Schiff getragen und auf das Schlofs geführt. Der Anblick von 3000 Soldaten, die vor diesem aufmarschiert waren, sowie der Kanonen, die von der Citadelle Friedrichsburg auf die Stadt gerichtet wurden, wirkte auf die Gemüter der Bürger derart ernüchternd, dafs sie nichts zur Befreiung ihres Schöffenmeisters unternahmen (30. Oktober)[1]. Generalleutnant Kalckstein fuhr auf diese Nachricht eiligst aus Königsberg davon, ähnliches Schicksal befürchtend: ebenso verschwanden die polnischen Sendlinge schleunigst aus der Stadt.

Man sieht, der Hieb safs gründlich. Am 8. November liefs der Kurfürst die hervorragendsten Bürger Königsbergs auf das Schlofs rufen, wo ihnen in seinem Namen Friedrich von Jena volle Verzeihung und Anerkennung aller städtischen Freiheiten anbot, wenn sie zur Pflicht zurückkehren und endlich seine Souveränität anerkennen wollten. Sie baten sich acht Tage Bedenkzeit aus; dann kamen sie wieder und versprachen, den Wünschen des Landesherrn nachzuleben.

Inzwischen ereilte dem Schöffenmeister sein Schicksal. Die Drohungen seiner hartnäckigen Anhänger: er werde mit mehr Pracht wieder in die Stadt geführt werden, als er auf das Schlofs gebracht worden, und polnische Kommissare würden ihm die Freiheit schon verschaffen, hatten nur eine Beschleunigung des Verfahrens zur Folge. Er zeigte sich gefafst und stark, gestand, dafs er die Bürger zum Widerstande ermahnt, das Schreiben an Johann Kasimir aufgesetzt, sowie den aufrührerischen Bundeseid verfafst habe — wozu er alles Recht besessen zu haben glaubte. Seine Festigkeit flöfste dem Kurfürsten um so mehr die Überzeugung ein, dafs Roth „ein frecher und kluger Mensch", also überaus gefährlich und deshalb unschädlich zu machen sei. Vergebens verwandten sich die Königsberger, König Johann Kasimir, der Erzbischof von Gnesen und sogar Schwerin für ihn: er wurde zu beständiger Gefangenschaft verurteilt in einem Verfahren, das allerdings kaum gesetzlich zu nennen ist. Im folgenden Jahre wurde Roth zu Wasser

[1] Die richtige Version dieser Verhaftung bei Droysen, III, II 606 f.

nach Kolberg, dann nach Küstrin und schliefslich nach Peitz abgeführt. Ein förmliches Urteil ist über ihn nicht gesprochen worden. Friedrich Wilhelm, der ja von Natur keineswegs grausam war, neigte schliefslich dahin, den Schöffenmeister zu begnadigen. Allein er wurde von neuem gereizt durch die Umtriebe, die der Sohn Roths beständig am polnischen Hofe gegen ihn ins Werk setzte, so dafs er Hoverbeck anbefahl, sich, wo möglich mit des Königs Genehmigung, des Intriganten zu bemächtigen. Und als der Kurfürst einmal in Peitz war und den alten Hieronymus Roth aufforderte, seine Gnade anzurufen, antwortete dieser trotzig, er habe nichts gethan, als was Rechtens und seines Amtes gewesen sei. Später hat er sich dennoch an die Gnade des Kurfürsten wiederholt gewendet, aber immer sich darauf berufen, er habe nur aus Liebe zu seinem Vaterlande und auf Veranlassung des Königs von Polen gehandelt. Solche Selbstgerechtigkeit war nicht geeignet, ihn dem Fürsten als ungefährlich für die Zukunft erscheinen zu lassen. Man empfängt den Eindruck, als habe Roth, der im Vermögen völlig bankrott und von seinen Gläubigern bedrängt war, es gar nicht ungern gesehen, in der Festung eine Zuflucht und zugleich die Krone des Märtyrers zu finden — zumal seine Haft eine recht milde war. Er hat dann in Peitz, im Jahre 1678, sein Leben geendet. Man darf den Kurfürsten von dem Vorwurfe gesetzwidriger Willkür in dieser traurigen Angelegenheit nicht freisprechen; doch trifft solch Tadel mehr die Form als das Wesen seines Verfahrens. Dafs Roth der Majestätsbeleidigung und mindestens des Versuchs zum Hochverrate schuldig war, kann einem Zweifel nicht wohl unterliegen[1].

Der Adel aber liefs sich durch Roths Schicksal weniger einschüchtern als die Städte. Er fand die „Assekuration" des Kurfürsten zu allgemein gehalten und forderte eingehende Bestätigung jeder einzelnen ihrer Freiheiten. Vor allem verlangte er, dafs weder Werbungen und Kriegsrüstungen angestellt noch Kriege unternommen werden sollten ohne Zustimmung der Stände — eine Zumutung, die der Landesherr keineswegs billigen konnte, wenn er nicht die Einheit des Staatsganzen durchaus

[1] Pufendorf, IX, 49. — U. u. A., IX, 385. 388 ff. 396; XVI, I 253 ff. 291 ff. — Baczko, V, 349 f. — J. G. Droysen, Abhandl. z. neueren Gesch. (Leipzig 1876), S. 345 ff.

vernichten zu lassen bereit war. Dazu kam die leidige Bekenntnisfrage. Geistlichkeit und Universität beklagten sich über die Ernennung und Beschützung nichtlutherischer Professoren und über die den Reformierten in Preufsen gewährte Duldung, und sie fanden hierbei die eifrige Zustimmung nicht nur des Adels, sondern selbst der Oberräte. Sehr charakteristisch ist eine Unterredung, die Friedrich Wilhelm im November 1662 mit dem kranken preufsischen Kanzler von Kospoth in dessen Behausung hatte, und über die er selber folgendermafsen an Schwerin berichtet: „Der Kanzler gedachte gegen mich, die Stände würden sich schon accommodieren, sie suchten nur versichert zu sein, dafs sie bei ihrer einig und allein selig machenden Religion verbleiben möchten: das läge ihnen auf dem Gewissen, und da könnten sie nicht von abweichen. Ich replicierte, dafs niemand sein würde, der sich zu beklagen hätte, dafs ich ihn in seinem Gewissen jemals turbiert hätte; ich würde hierin kontinuieren, aber es liefe gegen mein Gewissen und Conscience, dafs ich die von meiner Religion schimpfen lassen sollte. Darauf schwieg er ganz stille und versicherte mich, dafs die Stände alles thun würden, was möglich sein würde. Hierauf antwortete ich, dafs ich hieran nicht zweifelte, ich begehrte nichts Unbilliges. Ich wollte Herr und sie sollten meine Unterthanen sein, da ich alsdann weisen wollte, dafs ich sie als ein Vater seine Kinder lieben und alle Gnade erweisen wollte."

Das war gerade der springende Punkt, und Friedrich Wilhelm war nicht so naiv, ihn nicht zu begreifen: diesen patriarchalischen Absolutismus wünschten die Stände eben abzuwenden. Adel und Oberräte zogen die Dinge unerträglich in die Länge, um den Kurfürsten zu ermüden. Wirklich wurde er ungeduldig, der harte preufsische Winter kam ihm schwer an. „Gott helfe mir von diesem Landtage," schreibt er am zweiten Weihnachtstage an Schwerin, „damit ich bald wieder in die Mark kommen möge. Seit der Zeit, dafs ich hier bin, habe ich fast keine recht gesunde Stunde gehabt." Er drohte, „es mit den bösen Leuten auf eine andere Art anzufangen". Er sprach davon, einem jeden Widerspenstigen „den Kopf vor die Füfse legen zu lassen". Allein solche augenblickliche Zorneswallung vermochte bei ihm nie ruhiger Überlegung stand zu halten. Inmitten der mifsgünstigen Mächte Polen und

Schweden wollte er lieber in Güte sich mit seinen Unterthanen vertragen, wenn er nur keine wesentlichen Hoheitsrechte zu opfern brauchte. So gab er in vielem nach. Er versprach, ohne Zustimmung der Stände niemals eine Auflage zu erheben und einen Krieg „nur im Notfalle“ zu beginnen, ferner alle sechs Jahre einen Landtag zu halten, den in seiner Abwesenheit die Oberräte einberufen dürften. Auch in der Bekenntnisfrage liefs er sich zu schweren Zugeständnissen herbei. Die Reformierten sollten nur vier Kirchen erhalten, nur zu wenigen, bestimmten Ämtern zugelassen werden, zu den Oberrats- und Hauptamtsstellen gar nicht.

Diesen Verheifsungen entsprach die endgültige Assekuration, die der Kurfürst am 23. März 1663 den Ständen erteilte. Er bewilligte hier noch, dafs zur förmlichen Erbhuldigung polnische Kronkommissarien hinzugezogen werden sollten, die die Unterthanen des an Polen geleisteten Treueides freizusprechen und das Devolutionsrecht geltend zu machen hätten: eine Anpassung an das beständige Verlangen der Preufsen, das dem Herrn gewifs schwer fiel. Überdies versprach er Beteiligung der Stände an dem Landesdefensionswerk, Vermeidung jedes landesherrlichen Eingriffs in die ordentliche Gerechtigkeitspflege, Bestätigung aller Privilegien bei jedem Regierungswechsel.

Die Stände gaben sich damit zufrieden. Der Kurfürst hatte erreicht, dafs die Anerkennung seiner Souveränität nicht von förmlicher Zustimmung der Stände abhängig gemacht wurde, dafs die bisher rechtlosen Reformierten eine, wenn auch beschränkte, gesetzliche Stellung im Lande erhielten; dafs er „im Notfalle“ — und dessen Vorhandensein hatte nur er zu bestimmen — ohne Befragung der Stände einen Krieg beginnen konnte. Auch das Verlangen der Oberräte, dafs der Kurfürst ihnen fürderhin keinen Statthalter überordnen solle, blieb unerfüllt. War derart die landesherrliche Macht und Unabhängigkeit fester begründet und eine planmäfsige Regierung ermöglicht, so blieben doch innerhalb dieser notwendigen Grenzen die ständischen Freiheiten unangetastet.

Der durch die inneren Wirren und äufseren Niederlagen so kläglich zerrüttete Zustand Polens mufste jeden Widerstand gegen den Brandenburger und dessen Truppen als aussichtslos erscheinen lassen. Man verglich sich leicht über die noch ausstehenden Punkte, die Abgaben und Landesbeschwerden. Friedrich

Wilhelm zeigte überall versöhnliches Entgegenkommen. Am 1. Mai 1663 konnte er den Landtagsabschied erteilen. Dieser setzte zunächst die Auflage fest: binnen dreier Jahre sollten Adel und kleine Städte 180000, Königsberg 100000, also das Land zusammen 280000 Reichsthaler aufbringen — eine weit geringere Summe, als die einst vom Kurfürsten geforderten 500000 und von den Oberständen bewilligten 450000 Thaler. Dann wurde die Regierung geordnet, dabei jede wichtigere Angelegenheit der eigenen Entscheidung des Kurfürsten ausdrücklich vorbehalten. Er konnte voll Genugthuung Schwerin am 15. Mai schreiben: „Hier ist die Regimentsverfassung ganz geändert, und hätten die Stände bei der“ — im November 1661 von Friedrich Wilhelm vorgeschlagenen — „Regimentsverfassung mehr erhalten als itzo bei dem Landtagsabschiede.“ Das Herzogtum war damit der allgemeinen Staatsleitung, der Centralgewalt fest eingeordnet: im Grunde das bedeutsamste Ergebnis der ganzen zweijährigen Verhandlungen.

Um so leichter fiel es dem Kurfürsten, dafür einige Zugeständnisse zu gewähren. Er verzichtete stillschweigend auf das Recht der „Komplanation“, indem er bewilligte, dafs bei ausbrechenden Meinungsverschiedenheiten der Stände unter sich oder mit dem Landesherrn ein Schiedsgericht von dreizehn Personen gebildet werden solle, zu dem er und die Stände je sechs und beide Gewalten zusammen den dreizehnten Beisitzer zu ernennen hätten. Die Rechte der Reformierten wurden noch enger begrenzt, die der Katholiken bestätigt; Königsberg sollte sowohl Katholiken wie Reformierte in sein Bürgerrecht aufnehmen.

Hiermit waren alle inneren Schwierigkeiten glücklich beseitigt. Friedrich Wilhelm war im ganzen von dem Ausgange befriedigt. Trotz aller seiner Opfer war eine starke Grundlage geschaffen, auf der er weiter arbeiten konnte. Die Hauptsache blieb, dafs die landesherrliche Macht und damit der brandenburgisch-preufsische Gesamtstaat im Kampfe mit der partikularistischen „Libertät“ nicht allein sich behauptet, sondern bedeutende und wirkungsvolle Fortschritte gemacht hatte. Das war das Endergebnis des „grofsen Landtages“, der am 1. Mai 1663 geschlossen wurde.

Einstweilen blieb nur die Formalität der Erbhuldigung zu erledigen. Friedrich Wilhelm hatte gehofft, dafs sie Ende August oder Anfang September vollzogen werden würde: aber

da hatte er ohne das Übelwollen und die Intriguen der Polen gerechnet.

Sie stellten ganz widerrechtlich die Forderung der Rückgabe Braunsbergs auf. Nach anfänglichem Sträuben hat sich auch hierin der Kurfürst, wie wir wissen, gefügt, gegen den Rat Hoverbecks, auf Andrängen Jenas, der sich den Ansichten Hoverbecks widersetzte, wie er auch stets gegen Schwerins Anschauungen votiert hat — offenbar um beide verdiente Männer aus dem Vertrauen des Herrn zu verdrängen. Man gewinnt die Überzeugung, dafs dieser hier übel beraten war, und dafs es, bei der hilflosen Lage des polnischen Hofes, nur seiner gewöhnlichen Festigkeit und Ausdauer bedurft hätte, um die Polen zur Aufgabe ihres ganz rechtswidrigen Ansinnens zu nötigen. Allein Friedrich Wilhelm ward ungeduldig, endlich das Resultat achtjähriger Bemühungen zum Abschlufs zu bringen. Am 5. Oktober 1663 räumte er Braunsberg dem Bischof von Ermland ein, am 18. Oktober fand die Erbhuldigung, in Gegenwart zweier polnischer Kommissarien, mit der gebührenden Feierlichkeit statt. Die Preufsen schworen, dafs sie den Kurfürsten für ihren „einzigen, wahren und unmittelbaren Oberherrn" anerkannten und sich von ihm durch nichts, „wie solches auch von Menschen erdacht werden mag", abspenstig machen liefsen. Der von den lutherischen Zeloten so hartnäckig angefeindete Dr. Dreier hatte den Vorzug, die Huldigungspredigt zu halten. Preufsische Lokaldichter besangen den prächtigen Aktus in patriotisch-loyalen Liedern. Elf Tage darauf beendigte Friedrich Wilhelm den ihm wenig zusagenden Aufenthalt in Preufsen. Die Bürgerschaft Königsbergs stand in Gewerken und unter den Waffen, die Kanonen donnerten, die reicheren Bürgersöhne begleiteten den scheidenden Herrn noch ein Stück Weges aufserhalb der Stadt[1].

So war endlich, wenn auch mit manchem schmerzlichen Opfer, nach Überwindung von tausend inneren und äufseren Schwierigkeiten, das grofse, lange Zeit hindurch mit ebensoviel Beharrlichkeit wie Klugheit und Mäfsigung angestrebte Ziel erreicht: das preufsische Herzogtum gehörte jetzt zweifellos in voller Souveränität dem Hause Brandenburg. Das östliche Preufsen war für immer den Fremden entzogen und vor dem Schicksale bewahrt,

[1] Pufendorf, IX, 51—55. — U. u. A., IX, 397—459. 862. 864. — Baczko, V, 354 ff. — Orlich, I, 334 f.

in die Unordnung und die steten Umwälzungen des Sarmatenstaates mit hineingezogen zu werden. „Se. Churfürstliche Durchlauchtigkeit", sagt ein zeitgenössischer preufsischer Chronist [1], „die bishero der Zweyte gewesen, wurden nun in einem Lande, so seiner Vortrefflichkeit halber vor ein ansehnliches Königreich jeder Zeit geachtet worden, der Erste, und erhuben Ihr Haubt über alle Dero Herren Vorfahren und Mitchurfürsten."

Aber gerade das verdrofs viele im Lande, und zwar die Reichsten und Mächtigsten. Während die Edelleute und Bürgerschaften in Polen herrschten, den König kürten und bekämpften, sich völliger Unabhängigkeit erfreuten, sollten die „edlen Preufsen" einem fremden Fürsten und seinen fremden Zwecken dienen, sollten gehorchen und schwere Steuern zahlen. Von deutscher Empfindung, die leicht ob des Verlorenen hätte trösten können, war auch nicht eine Spur in den Herzen vorhanden. Mit Neid sahen die Königsberger auf die Danziger im polnischen Preufsen, die ihre Politik und ihre Handelsbeziehungen einrichteten, wie es ihnen gefiel, während die ostpreufsische Metropole den Wegen folgen mufste, die ihr der Kurfürst vorzuzeichnen für gut befand. Vor allem hafste man das stehende Heer. Die Kriegszeiten, in denen es zweifellos das Land am besten schützte, schienen auf lange hinaus abgeschlossen — wenn nicht der Kurfürst solche willkürlich wieder eröffnete; im Frieden aber sah man in diesen Söldnern die gefährlichen Werkzeuge der als Tyrannei aufgefafsten landesherrlichen Vollgewalt, zumal die höheren Offiziere sämtlich Nichtpreufsen waren. Die „Assekuration" und der Landtagsabschied des Frühjahrs 1663 gab den Ständen die verfassungsmäfsige Möglichkeit, durch das unbegrenzte Recht der Steuerbewilligung und durch die Teilnahme an dem Landesdefensionswerke die kräftige Verteidigung ihrer „Freiheiten" und die Auflösung der in Preufsen stehenden „Soldateska" von neuem in die Hand zu nehmen. Der Sieg der fürstlichen, das heifst hier der gesamtstaatlichen Gewalt gegenüber provinziellen und ständischen Sonderbestrebungen war noch keineswegs entschieden.

Denn man darf keineswegs die ständischen „Freiheiten" als

[1] Magirus; Königl. Bibliothek, Berlin, Mscr. Borussica fol. 50, Bl. 94. — Der Autor giebt Bl. 92 ff. eine ausführliche Beschreibung der Huldigungsfeier vom 18. Oktober 1663.

mit der wahren Freiheit gleichbedeutend ansehen. Vielmehr kamen sie ausschliefslich den bevorrechteten Klassen der Bevölkerung zu gute. Die Masse des Volkes — die Landleute — wurde von den freiheitsdurstigen Edelleuten mit gröfster Härte behandelt und fand einen Verteidiger nur in dem angeblichen Tyrannen, dem Kurfürsten. Er hatte schon 1661 die Frage angeregt, ob nicht die Leibeigenschaft der meisten Bauern völlig rechtswidrig sei. Er verlangte 1664 eine billige Entlastung der armen Landleute von den Abgaben auf Kosten der Grofsgrundbesitzer, die jenen alle Staatssteuern aufzuwälzen die Gewohnheit hatten. Allein seine gerechten Forderungen scheiterten an dem eigennützigen Widerstande der edlen Herren[1]. Ebenso verlangte er Duldung für Reformierte, ja für Arianer, Socinianer, Mennoniten und Juden — die Stände dagegen waren vom Geiste der Intoleranz und Verfolgungssucht erfüllt. Kurz, die Stände repräsentierten das Mittelalter, der Kurfürst die moderne Anschauung.

Unter steten Reibungen mit den dem Adelsinteresse ergebenen Oberräten kam das letzte Jahr heran, für das die Accise festgesetzt war; eine Neubewilligung wurde nötig, um die sieben in Preufsen stehenden Regimenter zu unterhalten. Ja, der Kurfürst verlangte eine Erhöhung der Steuern, um für die Zeit des münsterisch-niederländischen Krieges aus dem Herzogtume weitere tausend Reiter ziehen zu können. Die Zeiten hatten sich doch geändert: mit einiger Mühe erlangte er, wenigstens urkundlich, im Sommer 1666 das Gewünschte, wobei freilich die Cölmer und Freibauern von den libertätsbegeisterten Edelleuten wieder tüchtig übervorteilt wurden.

Mehr noch: Adel und Städte zeigten sich in der Entrichtung der Steuern so säumig und die eingeborenen Beamten in deren Beitreibung so lässig, dafs die Rückstände im Jahre 1669 sich im Herzogtum bereits auf die für die damaligen Verhältnisse ganz ungeheuerliche Summe von 93000 Reichsthalern beliefen. Ein so offenbares Übelwollen und gesetzwidriges Gebahren der leitenden Klassen in Preufsen konnte nicht geduldet werden, wenn nicht die Einheit und Macht des Staates geopfert werden sollten. Derartigem Treiben gegenüber griff der Kurfürst zu schärferen Mafsregeln. Er forderte für die Landesverteidigung eine ver-

[1] Baczko, V, 365.

mehrte und bleibende Abgabe, deren Höhe er ein für allemal selber bestimmte; die Stände sollten nur über deren Art und Verteilung beschliefsen. Es war das eine, freilich durch die Schuld der führenden Klassen Preufsens hervorgerufene ganz neue staatsrechtliche Theorie, die von Freiheit und wirklich bedeutsamer Mitwirkung der Stände nichts übrig liefs. Sie zeigt uns den fürstlichen Absolutismus als das eigentliche Ziel, auf das Friedrich Wilhelm hinarbeitete. Für den Augenblick — Sommer 1667 — vermochten die Oberräte das Unheil noch abzuwenden, indem sie, wie mit einem Zauberschlage, auf einmal das nötige Geld zum Unterhalt des Militärs fanden. Aber der Anstofs war gegeben, und Adel und Städte Preufsens wufsten, was sie von dem Kurfürsten zu erwarten hatten. Argwohn und Mifsstimmung waren wieder allgemein.

Sie wurden durch einen Schlag vermehrt, der damals einen der reichsten und bekanntesten preufsischen Edelleute traf.

Oberst Christian Ludwig von Kalckstein hatte, trotz Schwerins ausdrücklicher Verwarnung[1], jahrelang in Polen seine Umtriebe gegen den Kurfürsten fortgesetzt und dadurch dessen Mifsfallen erregt, so dafs Friedrich Wilhelm es als wünschenswert bezeichnete, dem Menschen „das Maul zu stopfen“[2]. Zugleich war Kalckstein in das polnische Heer eingetreten, hatte den Krieg gegen die Russen mitgemacht, in deren Gefangenschaft er über ein Jahr schmachtete, und war dann 1665 in die Heimat zurückgekehrt. Hier geriet der gewaltthätige Mensch von neuem in Streit mit seinem nicht minder jähzornigen Vater, der seine Verhaftung bei dem Kurfürsten beantragt und seine Enterbung beschlossen hatte. Ehe er aber letzteren Vorsatz ausgeführt, starb der General, am 26. Mai 1667. Über die Erbschaft kam es zwischen dem Majoratsherrn, eben dem ältesten Sohne Christian Ludwig, auf der einen, dessen Bruder Christoph Albrecht und den drei Schwestern zu den ärgerlichsten Zwistigkeiten, die mit aller in dieser Familie gebräuchlichen Roheit ausgefochten wurden. Endlich that Christoph Albrecht einen Hauptschlag: am 5. August 1667 denunzierte er seinen älteren Bruder bei den Oberämtern wegen hochverräterischer, auf den Tod des Kurfürsten selbst abzielender Reden, die Christian

[1] U. u. A., XV, 504.

[2] Kurf. an Schwerin, 10. Nov. 1661; U. u. A., IX, 833.

Ludwig vor den beiden jüngeren Schwestern geführt habe[1]. Diese Anklage war sehr künstlich zurechtgemacht und an sich unwahrscheinlich; zweifelloser, was der feindliche Bruder an Drohungen des Obersten aus dessen polnischer Dienstzeit gegen die kurfürstliche Herrschaft in Preufsen sowie an dessen Schmähungen gegen Friedrich Wilhelm anführte. Die sofort eingesetzte Untersuchungskommission stellte weiter fest, dafs der alte General durch den jüngern Bruder dem erstgeborenen Landtagsakten und andere Schriftstücke nach Polen zugesandt hatte. Aber bestimmte Anklage wegen Hochverrats liefs sich, abgesehen von den unglaubwürdigen Angaben des jüngern Bruders — eines sittenlossen und verkommenen Menschen — nicht begründen. Trotzdem liefs der Kurfürst den Obersten, allerdings auf Antrag der preufsischen Regierung, aber in gesetzwidriger Weise verhaften, im Königsberger Schlofs in einen Keller stecken (Nov. 1667) und dort, dem Landrechte zuwider, mehrere Wochen halten. Er beabsichtigte offenbar die Gelegenheit zu benutzen, um dem gefährlichen Menschen „das Maul zu stopfen". Im Dezember ward dann eine aus preufsischen Richtern gebildete Kommission zur Aburteilung niedergesetzt. Friedrich Wilhelm, von den Absichten des Obersten auf sein Leben überzeugt, hat mehrfach in den Strafprozefs eingegriffen, indem er kommissarische Zeugenaussagen, die Kalckstein zu entlasten geeignet waren, den Richtern vorenthielt. Wie nichtsnutzig allerdings der Angeklagte war, geht aus dem Umstande hervor, dafs er nachweislich mehrere seiner Diener zur Ablegung falschen Zeugnisses gegen seine Geschwister bestochen hat. Er hat dies selber eingestanden.

Das Urteil wurde am 9. Juli 1662 gefällt. Es sprach den Obersten von der Anschuldigung, mörderische Absichten gegen den Kurfürsten gehegt sowie feindselige Handlungen wider ihn und das Herzogtum Preufsen vorgenommen zu haben, wegen mangelnden Beweises frei, bestrafte ihn aber wegen majestätsschänderischer Reden und Verleitung von Zeugen zum Meineide mit lebenswieriger Festungshaft. Der Kurfürst milderte die Strafe in Zahlung von 5000 Thalern, bis zu deren Abtragung

[1] Die Denunziation (mit der falschem Jahresangabe 1660) ist wörtlich abgedruckt bei F. Hirsch, Forsch. z. brandenb. u. preufs. Gesch., V, (1892) 300 f.

Kalckstein auf seinem Gute Knauten interniert bleiben sollte. Offenbar hatte Friedrich Wilhelm der Mahnung seines Gewissens, das ihn der Voreingenommenheit wider den Obersten anschuldigen mochte, in frommer und grofsmütiger Weise Gehör geschenkt[1].

Die Standesgenossen Kalcksteins aber betrachteten ihn als Märtyrer der Landesrechte. Die Anfregung, die sich ihrer daraus bemächtigte, wurde durch die Verhältnisse im benachbarten Polen gesteigert. Die Abdankung Johann Kasimirs, des letzten Königs, in dessen Adern noch das Blut Jagellos rollte, entfesselte den Kampf um die Krone. Der polnische Adel, der frei über die Verleihung der höchsten Würde verfügte, sah sich deshalb von Fremden und Einheimischen umworben und erhob schliefslich einen der Seinigen, Michael Wisnowiecki, auf den Thron. Die Preufsen dagegen sollten gehorchen, zahlen und sich den Gerichten des brandenburgischen Fremdlings unterwerfen. Sofort begann dort der Landtag wieder das Feilschen um die notwendigsten Geldbewillligungen.

Als Friedrich Wilhelm, um den polnischen Ereignissen näher zu sein, im Herbst 1668 wieder in Königsberg erschien, wollte er deshalb seine Anwesenheit benutzen, um in Ausführung seiner schon im vorhergehenden Jahre geäufserten Absicht ein für allemal seine Finanzen und Truppen in Preufsen von dem Belieben der Stände unabhängig zu machen. Indem er diese auf den 3. Mai 1669 einberief, verlangte er schon in dem Konvokationsschreiben, dafs ihm die erhöhte Accise auf unbestimmte Dauer, so lange er ihrer bedürfe, bewilligt werde — also die Vernichtung des eigentlichen Hauptrechtes der Stände.

Jedermann erkannte das, und der Widerstand wurde allgemein. Nur der Herrenstand bewilligte die Accise, und zwar lediglich bis zum 1. Sept. 1670; Ritterschaft und Städte verweigerten sie überhaupt. Der Adel wollte überdies kein Geld geben zur Wiedereinlösung der Domänen, die er früher gegen spottbilligen Vorschufs in Pfandbesitz erhalten hatte, um so weniger, als

[1] Die früheren Darstellungen dieses ersten Prozesses gegen Kalckstein, die Droysens und Jarochowskis, sind durch die vorzügliche aktenmäfsige Schilderung Jos. Paczkowskis (Forsch. z. brandenb. u. preufs. Gesch. II [1889], II 103 ff.) sowie durch die Berichtigungen und Zusätze von F. Hirsch (das. III [1890] 248 ff.) vollständig beseitigt. Das Urteil selber in der angef. Zeitschr. Bd. V (1892), S. 301.

diese Domänen künftighin nicht durch ständische Beamte verwaltet werden sollten, die sich an ihnen auf Kosten des Kurfürsten bereichert hatten, sondern durch die landesherrlichen Beamten der Kammer — zum grofsen Teile „Fremde“! Die Königsberger, die Cölmer und Freibauern hatten die mannigfachsten Klagen gegen die Regierung zu erheben. Der Sinn aller an den Kurfürsten gerichteten Vorstellungen war immer: Herstellung des alten Zustandes, ausschliefsliche Verwaltung des Landes durch den einheimischen Adel und zu dessen Gunsten, republikanische Unabhängigkeit der Städte, Abschaffung des stehenden Heeres und Wiedereinführung der verbummelten Miliz an Stelle der „fremden Söldner“. Leben und leben lassen, nach polnischem Muster, anstatt der „märkischen Sklaverei“, des oft harten, aber zum Heile der Einzelnen wie des Ganzen notwendigen Staatsgedankens[1]. Zwei ganz entgegengesetzte Anschauungen stiefsen hier noch einmal, wie auf dem „grofsen Landtage“ der Jahre 1661 bis 1663, aufeinander: der Kampf mufste nun endgültig ausgefochten werden.[2]

Davon war Friedrich Wilhelm fest überzeugt. Er besafs jetzt hinreichende Macht, um seine Absichten, deren Ausführung er als unumgänglich nötig betrachtete, um jeden Preis durchzusetzen. Die Polen scheute er nicht, und seine Truppenmacht in Preufsen war grofs genug, um allen Widerstand im Innern niederzuschlagen. Er verwies den Ämtern das Murren und Klagen mit strengen Worten und befahl, ihm die Namen der Rädelsführer kund zu thun, um gegen solche peinlich verfahren zu können. Allein auch die Partei des Widerstandes gab ihre Sache nicht verloren; sie hoffte auf den Beistand fremder Mächte.

Oberst von Kalckstein hatte die Zahlung der ihm auferlegten Strafsumme unter heuchlerischen Vorwänden hinausgeschoben, und der Kurfürst, der, nach dem Wortlaute des Begnadigungsdekretes, sich seiner Person und Habe ohne weiteres hätte bemächtigen können, behandelte ihn mit einer Nachsicht, die bei

---

[1] Vgl. besonders „Einer ehrbaren Landschaft von allen Ständen untertänigste unumgängliche Erinnerungen“ vom 30. Juli 1669; U. u. A., XVI, II, 577 ff.

[2] Über das Folgende vgl. Paczkowski, a. a. O.; Hirsch, a. a. O.; Orlich, I, 265. 340 ff.; III, 187; Pufendorf, XI, 103; U. u. A., XII, 127 f. 293. 396. 422—425. 438—454. 466. 474 f. 479 f.

dem frommen Fürsten wohl aus Gewissensbedenken wegen seiner frühern zornigen Einmischung in den Strafprozefs des Obersten hervorging. Kalckstein nützte diese Milde aus, um seine Güter teils zu verkaufen, teils zu verpfänden, während er mit heuchlerischen Worten seine Bereitwilligkeit aber Unfähigkeit, die 5000 Thaler zu zahlen, versicherte. Nachdem er so sein Vermögen in Sicherheit gebracht hatte, entfloh er, am 10. März 1670, zu Schlitten auf dem festgefrorenen Schnee, wieder nach Polen. Am 16. langte er unbehindert in Warschau an. Er, der dem Kurfürsten gegenüber in kläglichen Ausdrücken seine völlige Armut behauptet hatte, führte 6000 Thaler in Gold und in einer gewaltigen Kiste eine noch viel gröfsere Summe in Silber mit sich.

Der Aufenthalt des kecken und jetzt zum Äufsersten entschlossenen Mannes in der polnischen Hauptstadt war um so gefährlicher, als er dort auf einen schlauen und thätigen Bundesgenossen rechnen konnte: den jüngern Roth. Der stand längst im Dienste Wisnowieckis und kam nun als des neuen Königs Kammerherr an den Hof. Seine Absicht war, entweder seines Vaters Freilassung zu erzwingen oder an dem Kurfürsten Rache zu nehmen. Unter seiner und der Freunde, zumal des Unterkanzlers Olszowski, Einwirkung nahm Michael eine dem Brandenburger immer feindlichere Stellung ein. „Der König, der Unterkanzler und Roth sind nunmehr ein rechtes Trifolium", schrieb der brandenburgische Geschäftsträger schon im August 1669. Roth hetzte unaufhörlich in Polen und auch in Preufsen, von wo wieder mehrere Ständemitglieder mit dem Warschauer Hofe in Verbindung traten. Alles bisher Gewonnene schien abermals in Frage gestellt.

Roth war sofort mit Kalckstein ein Herz und eine Seele. Er bemühte sich, dem Flüchtlinge, der laut auf des Kurfürsten Tyrannei schalt und der Republik einen Befreiungszug nach Preufsen anriet, eine Audienz bei König Michael zu beschaffen. Kalckstein trat auch, um den Polen besser zu gefallen, zum Katholizismus über. Seine Auslieferung war nicht zu erlangen. Der Unterkanzler, der Kammerherr Roth, die ganze Geistlichkeit und klerikale Partei standen auf seiten des Konvertiten. Freilich erging er sich dem brandenburgischen Geschäftsträger in Warschau gegenüber in Ergebenheitsbeteuerungen für den Kurfürsten, über die er selber sich in Briefen an seine Frau

lustig machte; allein sie konnten niemanden täuschen. Des Königs eigener Oheim, Fürst Demetrius Wisnowiecki, gewährte ihm Zuflucht und freundliche Aufnahme.

Unter so bedrohlichen Umständen verlor Friedrich Wilhelm auch seinen bewährten Statthalter in Preufsen, Boguslaw Radziwill, durch den Tod. An dessen Stelle trat ein nicht minder hochgeborener Herr, der damals fünfzigjährige Herzog Ernst Boguslav von Croy, Bischof von Camin, ein naher Verwandter des letzten Herzogs von Pommern, ein gelehrter, überlegter und ehrenhafter, aber thatenscheuer Mann, zu Mifsmut und Verzagtheit geneigt. Es waren diese Eigenschaften um so bedenklicher, als die abermalige Besetzung des verhafsten Statthalterpostens durch einen Fremden die Preufsen übermäfsig verdrofs; auch die Oberräte, der Statthalterei immer abgeneigt, teilten solche Stimmung.

Ende Juli 1670 trat der Landtag in Königsberg zusammen: es war die höchste Zeit, da die Accise schon am 1. September ihr Ende nahm. Aber der neue Statthalter vermochte ihre Weiterbewilligung nicht durchzusetzen. Es wurde so schlimm wie je. Die Steuerzahlung hörte auf und mit ihr die Bezahlung der kurfürstlichen Soldaten. Die Stände, mit Ausnahme der gedemütigten Städte, beratschlagten darüber, eine Abordnung nach Warschau zu senden, um von dem neuen Könige eine Bestätigung ihrer Vorrechte zu erbitten. Der Kurfürst war von diesem Vorhaben tief beleidigt, und nur das eifrige Abraten Schwerins konnte ihn daran verhindern, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Jedoch schrieb er, mit Fug, wenn auch nicht mit Recht, bei der bedenklichen Haltung Polens zur Bestreitung der Landesverteidigung selbständig einen Hufenschofs aus. Hatte er doch einen Brief des französischen Ministers Lionne aufgefangen, der geradezu von einer Besetzung der preufsischen Städte sprach als dem notwendigen Mittel, um französische Truppen für die künftige Wahl eines bourbonischen Prinzen zum Könige nach Polen zu bringen.

Michael Wisnowiecki verweigerte inzwischen die Bestätigung der Verträge von Bromberg und Wehlau sowie die Belehnung des Kurfürsten mit Lauenburg und Bütow, so dafs die brandenburgischen Gesandten Hoverbeck und Ostau unter Protest Warschau verliefsen. Der Reichstag trat zusammen; mit gewaffneter Hand standen sich hier die Parteien gegenüber, waren

aber einig in der Abneigung gegen den ehemaligen Vasallen, den Kurfürsten, den sie Preufsens ganz zu berauben gedachten. Die Landboten wollten sich dazu der preufsischen Stände bedienen, die sie eifrig ihrer baldigen Unterstützung versicherten. Sie teilten schon „in ihren Diskursen Preufsen in Woywodschaften, Starosteien und Bistümer unter sich aus“. Kalckstein lärmte überall gegen den Kurfürsten, wollte ihn vor das königliche Gericht ziehen. Er hatte die Frechheit, sich als Beauftragten aller preufsischen Stände auszugeben und in ihrem Namen dem Reichstage eine Bittschrift zu überreichen, die über des Kurfürsten ungerechtes Regiment und Grausamkeit Klage führte. Auch an den König richtete er ein ähnliches Schriftstück. Der Unterkanzler schützte den Wütenden gegen die berechtigten Beschwerden Brandenburgs.

Kalckstein hatte seine Schriften auch in Preufsen verbreiten lassen; die Stände bezeugten aber den Oberräten ihren Abscheu gegen die dort ausgesprochenen Dinge. Das verschlug dem Obersten wenig: er liefs in den Strafsen Warschaus neue Schriftstücke ausstreuen, die, angeblich von den preufsischen Ständen ausgehend, ihn in deren Namen zu mutigem Ausharren aufforderten und erklärten, der Protest gegen seine ersten Eingaben sei den Ständen durch Gewalt abgenötigt worden.

War auch Kalckstein persönlich in Preufsen gering geschätzt, ja gehafst, so lag doch die Gefahr vor, dafs der Schutz, den die Warschauer Regierung seinem Treiben gewährte, die Unzufriedenen im Herzogtume wieder mit Hoffnung auf thätige Unterstützung durch Polen erfülle. Der Herzog von Croy wurde schon durch einen Vertrauten in Warschau gewarnt, die Grenzen in acht zu nehmen, da ein Einfall von Polen drohe. Dreimal verlangte Friedrich Wilhelm im Namen des Völkerrechts, der Verträge und des gemeinsamen Interesses aller Fürsten von König Michael die Auslieferung des rasenden Menschen: stets antworteten ihm Herrscher und Senat in hochmütigster Weise abschlägig und endlich selbst mit Lobsprüchen für Kalcksteins grofse Verdienste um Polen. Der Bischof von Posen bot dem Obersten gar ein Asyl in seinem Hause an[1]. Da beschlofs der Kurfürst, Kalckstein auf andere Weise unschädlich zu machen.

---

[1] U. u. A., XII, 490. — Dafs der dritte Brief des Königs an den Kurfürsten, vom 24. Nov. 1670, wirklich abgegangen ist, beweist die Anwesen-

Er hatte schon im Mai 1669 den Anschlag erwogen, den jüngeren Roth durch einen zuverlässigen Offizier festnehmen und in seine Gewalt bringen zu lassen. Damals hatte sich ein in polnischen Diensten stehender brandenburgischer Unterthan, Oberstleutnant Berendts, um seine Gunst beworben: der Kurfürst verhiefs ihm solche und seine Erhebung in den Adelstand, „wenn er den jungen Roth mit guter Manier in die Grenze des Herzogtums Preufsen liefern lassen könnte". Dieser Plan war nicht zur Ausführung gekommen, beweist aber, dafs Friedrich Wilhelm solche völkerrechtswidrige Gewaltthat im Falle der Notwehr für erlaubt hielt.

Kalckstein zu beseitigen, war ihm noch viel wichtiger. So hatte er im Mai 1670, während er den Oberräten auftrug, den Prozefs gegen den Obersten bis zum Todesurteile fortführen zu lassen, mit dem brandenburgischen Legationsrate Ahasver von Lehndorff, der noch als Oberstleutnant in polnischem Dienste stand, ruhig darüber verhandelt, sich der Person Kalcksteins mit Gewalt zu bemächtigen. Er scheute dabei auch vor den äufsersten Konsequenzen nicht zurück. „Sollte sich auch Kalckstein," so schrieb er wörtlich, „zur Wehr stellen, oder aber unterwegens die Gefahr sein, dafs er wieder befreiet und losgemachet werden könnte: auf solchen Fall soll es uns gleich viel gelten, dafs er auch tot geliefert werde, weil er das Leben ohne das verwirket." [1]

Zur Ausführung solcher Absichten fand Friedrich Wilhelm damals ein bereites Werkzeug in seinem Agenten am Warschauer Hofe, Eusebius von Brandt.

Ein jüngerer Bruder des neumärkischen Kanzlers Christoph von Brandt, war Eusebius schon in seiner Jugend von dem Kurfürsten zum diplomatischen Dienste bestimmt und erzogen worden. Er hatte ihn studieren lassen, dann zu verschiedenen Gesandtschaften verwendet, besonders aber unter Hoverbeck die Zustände und Sprache Polens zu erlernen angewiesen. Nach Hoverbecks Abreise von Warschau, im Juli 1669, blieb Brandt

heit des Originals im Berliner Geh. Staatsarchiv; F. Hirsch, a. a. O., III, 267.

[1] Der Kurf. an Brandt, 5./15. Mai 1670, U. u. A., XII, 448 f. — Vgl. über Eusebius v. Brandt die von Ferd. Hirsch gesammeltenNotizen: das. 225 ff. — Über Lehndorff die schon citierte Biographie von W. Hosäus (Dessau 1867).

dort zurück, erst ohne amtlichen Charakter, dann förmlich als Geschäftsträger accreditiert. Der nunmehr achtundzwanzigjährige Diplomat war ein schlauer, kühner Mann, von Thatendurst und brennendem Ehrgeiz erfüllt, begierig, sich auf jede Weise auszuzeichnen. Er kam selber auf des Kurfürsten Plan vom vorhergehenden Mai zurück und beriet die heimliche Fortführung des Verfemten mit dessen persönlichen Gegnern, dem aus Spandau gebürtigen polnischen Hauptmann Megelin und dem polnischen Obersten Lacky. Friedrich Wilhelm billigte, in einem Schreiben vom 3. November 1670, den Plan durchaus und verhiefs den beiden Offizieren Belohnung[1]. Von Preufsen aus wurde ein schottischer Abenteurer, Leutnant Montgommeri, mit seinem Zuge Reiter nach Polen entsandt, um dort Brandt bei dessen Werke behilflich zu sein. Sofort machte sich der Resident an die Ausführung. Er hatte durch listige Vorspiegelung einer Versöhnung mit dem Kurfürsten den Obersten sicher gemacht, so dafs dieser sich öfters in Brandts Wohnung einfand; ja, der Herzog von Croy hatte sich nicht gescheut, dieses Trugspiel zu unterstützen, indem er dem Obersten in einem Schreiben die Verzeihung des Landesherrn aussprach, wenn er sich nur reuig zeigen wolle. Kalckstein, der nach Art tückischer Leute bei andern wenig Schlauheit und List voraussetzte, wurde nun ganz zutraulich und schliefslich so kühn, dafs er am 28. November zum erstenmal ohne zahlreiche Begleitung zu Brandt kam. Da fielen Montgommeris Reiter, die der Resident bei sich verborgen gehalten hatte, über den Obersten her, banden und knebelten ihn, wickelten ihn in eine Decke und warfen ihn auf einen Wagen, mit dem die Schar der preufsischen Grenze zueilte. Erst drei Tage später bemerkte man in Warschau das Verschwinden Kalcksteins.

Brandt liefs verbreiten: der Oberst habe seine Frau besuchen wollen und sei dabei auf preufsischem Gebiete verhaftet worden; der Gefangene selber schrieb, um seinen Hals zu retten, Briefe im gleichen Sinne. Brandt sowohl wie der Kurfürst beteuerten ihre völlige Unkenntnis des Vorganges. Indessen die Polen mafsen solchen Behauptungen um so weniger Glauben bei,

---

[1] Das aktenmäfsige Material für die Entführung Kalcksteins: U. u. A., XII, 305 ff. 482 ff. 938; Forsch. z. brandenb. und preufs. Gesch., V, 304; Paczkowski, 189 f.; Hosäus, Ahasv. v. Lehndorff, 94—99.

als die Fortführung des Obersten auf polnischem Gebiete selbst bemerkt worden war. Eine bei den Hausleuten Brandts angestellte Untersuchung durch den Unterkanzler führte bald zur Entdeckung des wahren Sachverhalts. Am polnischen Hofe war alles über die der Republik angethane Schmach in hellem Zorne, der kaiserliche Gesandte schürte eifrigst; man sprach davon, den kecken Geschäftsträger gefangen zu setzen und so Kalcksteins Herausgabe zu erzwingen. Brandt hielt sich in Warschau nicht mehr für sicher und entfloh am 4. Dezember zur preufsischen Grenze.

Dadurch bestätigte er freilich den gegen ihn entstandenen Verdacht, und der Kurfürst mufste ihn, den heftigen polnischen Reklamationen gegenüber, einstweilen fallen lassen. Indem er ihn im geheimen wegen seiner voreiligen Flucht scharf tadelte, befahl er ihm, das kurfürstliche Gebiet zu meiden und sich allerorten als den einzig Schuldigen zu bezeichnen. Montgommeri erhielt gleichfalls einen Wink, sich in Sicherheit zu bringen. Nunmehr leugnete Friedrich Wilhelm jede Beteiligung an der Entführung Kalcksteins durchaus und stellte die Bestrafung von deren Urhebern in Aussicht. Kalcksteins Rückgabe aber lehnte er um so mehr ab, als die polnische Regierung ihm diesen Verräter längst hätte ausliefern sollen. Friedrich Wilhelm war guter Zuversicht. Freilich mit der Hoffnung, dafs die Polen seiner kühnen Ableugnung Glauben schenken würden, trug er sich nicht. Allein er wufste, dafs König Michael durch innere Umtriebe und den drohenden Türkenkrieg allzu beschäftigt sei, als dafs er „aus der Mücken einen Elefanten machen wolle".

Der Unwille in Polen minderte sich allerdings nicht so bald. Oberst Ahasver von Lehndorff, dessen Freundschaft mit Brandt ihn in den nicht unbegründeten Verdacht brachte, sein Mitschuldiger zu sein, mufste seine Stellung in Polen aufgeben und das Land verlassen. Der Unterkämmerer Michaels, Albert Opacki, forderte im Januar 1671 noch einmal in Berlin die Herausgabe Kalcksteins, die Bestrafung Brandts und Montgommeris. Je bestimmter Friedrich Wilhelm die erstere verweigerte, desto mehr sah er sich genötigt, gegen seine eigenen Werkzeuge einen peinlichen Prozefs zu führen, den er aber im geheimen selbst als ein Scheinverfahren bezeichnete. Montgommeri, der eine ansehnliche Belohnung erhalten hatte, blieb

einige Zeit unter falschem Namen verborgen. Brandt ward von dem neumärkischen Gerichte zum Verluste seiner Güter und zur Verbannung verurteilt, aber vom Kurfürsten alsbald begnadigt. Im Jahre 1672 kehrte der getreue Diener an den brandenburgischen Hof zurück. Zu eigentlicher diplomatischer Thätigkeit wurde er nicht mehr verwendet, da der Kurfürst mit der Art, in der Brandt sich selbst und damit seinen Fürsten in die Entführung Kalcksteins verwickelt hatte, mit Recht unzufrieden war. Doch rückte er in verschiedenen Hof- und Staatsämtern schliefslich zum Geheimen Rat auf, als welcher er 1706 gestorben ist[1]. Lehndorff wurde gleichfalls durch Ernennung zum kurfürstlichen Kämmerer und Obersten, sowie zum preufsischen Landrate und endlich durch Aufnahme in den Johanniterorden reichlich entschädigt. Die Korrespondenz über die Kalcksteinsche Angelegenheit ging noch monatelang zwischen Warschau und Berlin weiter, aber in schläfrigem Tempo. König Michael mufste selber eingestehen, dafs an dem Obersten nichts Gutes und er „in allen Landen an Ehre banqueroutiert" gewesen. Im Laufe des Jahres 1672 gerieten dann der König und die Republik in solche Not, dafs sie vom Kurfürsten Hilfstruppen erbaten und erhielten — da wurde die Kalcksteinsche Sache ganz verlassen.

Die preufsischen Stände hatten sich zunächst durch die Verhaftung des Obersten nicht einschüchtern lassen, sondern zeigten sich entschlossener als je, ihre Freiheiten, koste es, was es wolle, aufrecht zu erhalten[2]. Sie weigerten sich, irgend welche Steuern zu bewilligen, ehe nicht ihre Beschwerden abgestellt seien, die sie (Dez. 1670) in Form eines mäfsigen Folianten einreichten, zur grofsen Entrüstung des Kurfürsten, der mit seinen märkischen und westfälischen Regimentern ins Land zu marschieren drohte. Dieses „vereinigte Bedenken" donnerte von neuem gegen Calvinisten und Synkretisten, gegen die verdammten Arianer, Menoniten und Juden und forderte deren Verurteilung zum Güterverlust, ja zu Leib- und Lebensstrafen. Berechtigter waren die Klagen über Verletzung der Gerichtsordnung und über willkürliche Einziehung verpfändeter

[1] Erdmannsdörffer in der Allgem. Deutschen Biographie.

[2] Über diese letzten Kämpfe der preufs. Stände mit dem Kurfürsten: Baczko, V, 393 ff. 510; Orlich, I, 344 ff.; U. u. A., XII, 941 f.; XVI, II 603 ff.

herzoglicher Domänen. Die Militärlast bot selbstverständlich wieder Anlafs zu Beschwerden. Dazu kamen zahllose lokale Zänkereien.

Der Kurfürst liefs seinem Zorne freien Lauf, da er meinte, die Stände gedächten nur, jede Bewilligung von Steuern ins Endlose zu verschleppen. Er drohte, mit Gewalt vorzugehen; „er will wissen, ob die Preufsen ihn noch für ihren Herrn anerkennen oder nicht“. Er verwarnt sie in seiner Antwort, „die im Jahre 1663 ausgestellte kurfürstliche Deklaration nicht wider die Sicherheit und Wohlfahrt des Staates zu mifsdeuten“, und kündigt ihnen unverhohlen an, dafs er „in casu necessitatis für sich einen modum an die Hand nehmen werde, wodurch die zur Erhaltung von Land und Leuten benötigten Mittel von den Unterthanen aufgebracht und ad publicam status Prussici conservationem“ verwendet würden. Also Staatsstreich auf Grund des öffentlichen Wohles! Ein durchaus revolutionäres Verfahren, dessen Beurteilung allemal von der Lage der Verhältnisse und von der weisen Ausnützung des ungesetzlich Erlangten abhängt. Nur die dringendsten und bestbegründeten Beschwerden fanden Abhilfe. Mit grofser Schärfe wandte sich der Kurfürst gegen die Eiferer unter den lutherischen Theologen, in denen er mit Recht die hauptsächlichen Aufwiegler sah, und die er, wenn sie mit Verketzerungen und Zänkereien fortfuhren, mit Absetzung und noch härteren Strafen bedrohte.

Die Stände waren von solchem Bescheide wenig erbaut. Sie fafsten dessen eigentlichen Sinn sehr wohl, indem sie erklärten: dafs, wenn der Kurfürst sich das Recht zuschreibe, in jedem angeblichen Notfalle ihr Vermögen zu schätzen und mit Abgaben zu belegen, ihre Freiheit vernichtet, ihr Hab und Gut nicht mehr ihr eigen seien. Sie bewilligten nur eine Viehsteuer von 42000 Thalern und für Königsberg ein Kopfgeld von 6—7000 Thalern: das alles lediglich für den Kurfürsten selbst, nicht für die „Soldatesca,“ zu deren Unterhalt sie keine Verpflichtung übernommen hätten.

Schwerin und der Statthalter rieten zur Milde, zu Zugeständnissen und gütlicher Verhandlung. Allein Friedrich Wilhelm erklärte, sich mit solchen thatsächlich ganz ungenügenden Bewilligungen nicht länger hinhalten zu lassen: „Ich will, dafs an die Oberräte und Statthalter geschrieben werde, dafs Ich als ein Erb- und Oberherr solche Verordnung thun werde,

wie es des Landes Zustand und meines Hauses Beste erfordert und Ich vor Gott und der Posterität verantworten kann. Derohalben Ich für gut ansehe, auch schon die Ordres abgehen lasse, dafs einige Völker (Truppen) voran nach Preufsen gehen, damit sie die nötige Exekution verrichten, auch die Milice (das stehende Heer) wegen Unterhaltung nicht ruinieret werde.“ Auf das Bestimmteste verlangte er von dem am 26. Mai 1671 neu versammelten Landtage die Bewilligung von jährlich 120000 Thalern, da er aus den Mitteln der Domänen die Regimenter nicht länger unterhalten könne. Der Türkenkrieg drohte, der König von Polen forderte Beistand, im Westen zogen sich die verderbenschwangeren Wolken des französisch-niederländischen Kampfes zusammen. Da mufste eine werdende europäische Macht, wie Brandenburg, ihre Kräfte anspannen. Dafs die preufsischen Stände, in ihrer Vereinzelung und Entfernung vom Weltgetriebe, das nicht einsahen, kann ihnen um so weniger verdacht werden, als des Kurfürsten Statthalter und sogar sein erster Minister, Schwerin, sich solcher Einsicht verschlossen. Man sieht, wie überlegen Friedrich Wilhelm als Staatsmann damals selbst seinen vertrauten Ratgebern und Dienern geworden war. Seine Mahnungen und sein Drohen gegen Einzelne hatten endlich doch Erfolg — später als er gewünscht. Im September 1671 bewilligten, wenn auch widerstrebend, die Stände auf zwei Jahre eine erhöhte Accise.

Damit war ihre Niederlage entschieden. Kaum hatte der Kurfürst die Accise erhalten, so schrieb er, da sie zum Unterhalte des Militärs bei den kriegerischen Zeitläufen nicht ausreiche, selbstherrlich eine Kopfsteuer aus. Sie wurde, obschon mit Murren, bezahlt. Von Polen konnten die Mifsvergnügten keinerlei Unterstützung erhoffen, da das Reich am Rande des Abgrundes stand. In Preufsen selbst waren die verschiedenen Klassen untereinander verschiedener Interessen und verschiedenen Sinnes, gegen einander mehr erbittert als gegen den Landesherrn. Die Städte waren entmutigt, da sie sahen, wie ihr einstiger Führer Roth gefangen blieb, ohne dafs sich eine Hand für ihn erhoben hätte. Der Adel aber wurde durch das tragische Schicksal geschreckt, das einen seiner reichsten und vornehmsten Genossen, den Obersten von Kalckstein, ereilt hatte.

Sofort nach dessen Flucht aus Preufsen hatte der Kurfürst

die Gerichtskommission, die schon früher dessen Sache behandelt, von neuem mit der Untersuchung gegen ihn betraut. Sie hatte ihn in contumaciam zum Verluste des Lebens und der Güter verurteilt. Als aber Montgommeri seinen Gefangenen binnen 24 Stunden über die preufsische Grenze gebracht hatte, dieser dann auf die Festung Memel abgeführt worden war, setzte der Kurfürst zur Verhandlung gegen den persönlich Anwesenden eine neue Kommission ein, der auch zwei Kammergerichtsräte aus Berlin angehörten — eine schreiende Verletzung des in Preufsen geltenden Rechtes. Es ist klar, dafs Friedrich Wilhelm jetzt Kalcksteins Tod wollte. Der Oberst hatte ihn unter Mifsbrauch seiner Milde schändlich hintergangen, er hatte eine gegen Landesherrn und Vaterland gerichtete politische Rolle gespielt, deren Bedeutung der Kurfürst, auf des Unglücklichen eigene, noch nach seiner Gefangennahme fortgesetzte Prahlereien fufsend, beträchtlich überschätzte. Seine treuesten und zuverlässigsten Freunde, wie Fürst Moritz von Nassau, bestärkten ihn darin: „Um Gottes Willen," schreibt Moritz bei der Nachricht von Kalcksteins Verhaftung, „lassen Ew. Liebden Kalk davon brennen, da mufs Furcht in dergleichen Vögels mit Ernst gebracht wurden, anders E. Ld. allezeit beunruhigt werden."[1] Der Kurfürst erteilte seinen beiden Kammergerichtsräten förmliche Instruktion, in der er Kalcksteins Folterung verlangte. Die preufsischen Kommissare aber bezeichneten das ganze Verfahren als ungesetzlich und forderten: es solle ein ordnungsmäfsiger, dem preufsischen Landrechte entsprechender Prozefs vor dem zuständigen Gerichte gegen Kalckstein eingeleitet werden. Der Herzog von Croy, Schwerin und das Plenum des Geheimrates unterstützten einstimmig diese Anschauung und wünschten ein judicium formatum, ein landesgesetzliches und rechtskräftiges Verfahren. Allein der erbitterte Kurfürst, der durchaus ein Exempel statuieren wollte, zog die leidenschaftlicheren Vorschläge Jenas und Sonnitz' vor und befahl unter schweren Vorwürfen die sofortige Anwendung der Tortur (Febr. 1672). Indem er den preufsischen Kommissaren gestattete, diesem Akte persönlich fern zu bleiben,

[1] Forsch. z. brandenb. u. preufs. Gesch., III, 266 Anm. — Sonst über Kalcksteins zweiten Prozefs: Jos. Paczkowski, a. a. O. II, 91—195; Orlich, I, 357 ff.; Baczko, V, 513 ff.: U. u. A., XII, 939. 942.

erkannte er freilich selber dessen Gesetzwidrigkeit an. Allein er war der Meinung, Kalckstein habe sich durch sein Verfahren selbst aufserhalb des Gesetzes gestellt.

Die Folterung brachte geringe Ergebnisse. Die märkischen Kommissare aber hielten sich nach diesem Ereignisse in Preufsen nicht mehr für sicher und kehrten in fluchtähnlicher Eile nach Berlin zurück. Die alte, rein preufsische Kommission trat wieder in Thätigkeit, nachdem sie vom Kurfürsten für den Angeklagten die Freiheit der Verteidigung erlangt hatte. Der Prozefs wurde nun mit rechtlichen Förmlichkeiten endlos hingeschleppt: man hoffte offenbar, schliefslich die Begnadigung des Obersten von dem Herrscher zu erlangen. Der König von Polen schritt von neuem zu Gunsten des Angeklagten ein. Die preufsischen Stände protestierten lebhaft gegen ein Verfahren, das den ordentlichen Lauf Rechtens „evertiere", sie selber mit Schmach und Unehre bedecke: „in ihm sind die Stände selbst gleichsam torquieret worden." Solche pathetische Widerrede diente nur dazu, Friedrich Wilhelm in seinem Verdachte, dafs Kalckstein unter den Ständen zahlreiche geheime Anhänger besitze und in seinem Entschlusse, mit ihm ein Ende zu machen, zu bestärken. Die Richter mufsten endlich seinem Drängen nachgeben. Sie reisten, inmitten des Winters, nach dem rauhen Memel und verhörten dort Kalckstein, der sich sehr trotzig benahm. Darauf verurteilten sie ihn, im Januar 1672, noch einmal zum Tode und zur Gütereinziehung, doch nicht ohne dafs zwei von ihnen aus formalen und inneren Gründen gegen diese Entscheidung feierlich Verwahrung eingelegt hätten. Lange Verhandlungen mit Polen verzögerten die Hinrichtung des Unglücklichen; erst am 8. November endete Christian Ludwig von Kalckstein, reumütig und willig, unter dem Schwerte des Scharfrichters.

Kein Zweifel, dafs seine Wegführung und Verurteilung ausschliefslich dem Kurfürsten selbst zuzuschreiben ist. Dessen Auftrag an Brandt, sich des Obersten zu bemächtigen und ihn lebend oder tot nach Preufsen zu schaffen, lautete so bestimmt, wie das bei der weiten Entfernung und der Unberechenbarkeit der Einzelumstände nur sein konnte. Die moralische Verantwortung der völkerrechtswidrigen Handlung trifft demnach den Kurfürsten einzig und allein; Brandt ist die fehlerhafte Inscenierung der That nur als ein Mangel der Intelligenz an-

zurechnen. Ebenso ist die dem Landesrechte zuwiderlaufende Anordnung des Prozesses lediglich das Werk Friedrich Wilhelms, der sich hierbei mit fast allen seinen Räten, märkischen wie preufsischen, im Widerspruche befand und durch seine strengen und bestimmten Befehle immer wieder in den Gang der Sache eingriff. Allerdings war damals die Trennung der richterlichen von der Herrschergewalt weder theoretisch noch praktisch so scharf durchgeführt, wie in der Gegenwart. Es ist ferner zweifellos, dafs der Fürst den Obersten für schuldiger und gefährlicher hielt, als dieser thatsächlich war, und dafs Kalckstein nach den zu jener Zeit gültigen Anschauungen und Gesetzen als Majestätsverbrecher den Tod verdient hatte. In ihm wollte Friedrich Wilhelm den störrischen, meuterischen Geist des preufsischen Adels treffen, einen blutigen Beweis liefern, dafs jetzt in Preufsen der Brandenburger souverän und es um die Verbindung mit Polen für immer gethan sei. Hierin hat er auch seine Absicht völlig erreicht; nichts ist bezeichnender als der Umstand, dafs der Sohn des auf seinen Machtspruch hin Enthaupteten als Offizier treu und erfolgreich dem Enkel Friedrich Wilhelms gedient hat.

Des Eindruckes gewifs, den diese Ereignisse hervorgebracht hatten, nahm der Kurfürst nunmehr, da er zu den Kriegen gegen Frankreich und Schweden dringend Geld und Soldaten brauchte, auf das Widerstreben und Jammern der preufsischen Stände keinerlei Rücksicht mehr. Er bezeichnete ihnen die Höhe, ja die Art der Abgaben, deren er zu bedürfen glaubte, und ob sie nun solchen zustimmten oder nicht, er liefs die Steuern, zum Teil durch militärische Exekution, eintreiben. Er erneuerte dabei ohne Bedenken seine früheren „Assekurationen“ und versprach jedesmal, dafs der Gewaltakt den Rechten und Freiheiten der Stände für die Zukunft nicht präjudizieren solle. Leere Worte, mit denen er das eigene Gewissen und die Befürchtungen der Stände zu beruhigen suchte, ohne dafs er ihnen thatsächlich je Rechnung getragen hätte. Die Stände hatten recht, wenn sie anführten, der Überrest ihrer ehemaligen Freiheit bestehe nur noch in der Befugnis, über deren Verlust laut klagen zu dürfen. Eine Reihe schlechter Ernten und wiederholte verheerende Viehkrankheiten hatten, in Verbindung mit den schweren Steuern, den Wohlstand des Herzogtums wirklich tief zerrüttet, so dafs, zumal unter den Bauern,

grenzenloses Elend herrschte. Allein Friedrich Wilhelm mufste in den harten Kriegsjahren, wo er die Freiheit Europas gegen die französische Unterdrückung, ja das Dasein des eigenen Staates gegen Schweden und Franzosen zu verteidigen hatte, jede Fiber anstrengen und durfte selbst auf die bestbegründeten Klagen keine Rücksicht nehmen. Er suchte durch Verteilung von Getreide die Not der Ärmsten zu mildern, bestand aber sonst mit unerbittlichem Nachdruck auf seinen Anforderungen, die, mit oder ohne ständische Bewilligung, mit Gewalt eingetrieben wurden. Schliefslich ward den Ständen auch die Dauer ihrer Verhandlungen vorgeschrieben, nur die Verteilung der Abgaben überlassen. Am liebsten hätte der Kurfürst die Landtage ganz beseitigt. „Die Erfahrung weiset," schreibt er am 3. Januar 1673, „dafs mit vielen Landtägen und kostbaren Deliberationibus mit den Landständen der Sache nicht geholfen, und die jetzige höchst gefährliche Konjunkturen dergleichen Weitläufigkeiten nicht zugeben." Jeden Widerspruch unterdrückte die Erklärung: „Wir können und müssen auf die Konservation und den Schutz der von dem Allerhöchsten Uns anvertrauten Lande und Unterthanen, Unseren hohen obrigkeitlichen Pflichten gemäfs bedacht sein; und es würde diejenigen, die ihrer angeborenen Schuldigkeit entgegen, Uns hierunter aus der Hand gehen oder es an gebührender Willfährigkeit ermangeln lassen würden, zu schwerer Verantwortung bei Gott und der Obrigkeit gereichen." Und wie die Selbständigkeit der Stände wurde auch die bisher geltende Stellung der preufsischen Regierung als Vermittlerin zwischen Fürst und Unterthanen beseitigt; ihre Mitglieder durften sich nur noch als kurfürstliche, zu blindem Gehorsam gegen den Landesherrn verpflichtete Beamte fühlen[1]. Ebenso fiel die bisherige „ordinari Landesdefension", das Aufgebot des Adels und der Miliz, vor der überlegenen Mitbewerbung des stehenden Heeres dahin. Vergebens suchte selbst die Regierung jene immer wieder zu beleben — der Kurfürst wollte nur Soldaten haben, auf die er, gegen innere Widersacher wie gegen den äufseren Feind, unbedingt zählen könne[2].

[1] Über diese Dinge sehe man Baczko, V, 417—518; Orlich, I, 360 bis 402; U. u. A., XVI, II 718 ff.

[2] Ferd. Hirsch, Der Winterfeldzug in Preufsen 1678/79 (Berlin 1897), S. 13 ff.

Die Hauptsache war, dafs die Anschauung von der gottgewollten Vollmacht des Fürstentums und die Überzeugung von dessen wohlthätigem Wirken thatsächlich einen völligen Umschwung in der Gesinnung der Preufsen herbeiführte. Die Versuche der Jesuiten, Franzosen und Schweden in den Jahren 1674 und 1675, die Preufsen zum Aufruhr gegen den Kurfürsten zu bewegen, blieben ganz erfolglos[1]; vielmehr haben der Fehrbelliner Sieg, sowie die schnelle Befreiung des Herzogtums von der schwedischen Invasion durch das brandenburgische Heer die Autorität des Herrschers im Lande unerschütterlich gefestigt. Es kam über die Preufsen ein siegesfrohes Bewufstsein der Zugehörigkeit zum Hohenzollernstaate, wie 1866 über die Rheinländer. Friedrich Wilhelm konnte seine Absichten im fernen Herzogtume als verwirklicht, dieses als treue und gehorsam mitwirkende Provinz in das Staatsganze eingefügt betrachten. Er durfte die Eintreibung der Steuern mehr und mehr der Regierung entziehen und den ihm mit militärischer Disciplin untergebenen Kriegskommissariaten auftragen, auch im letzten Jahre seines Lebens durch Einführung einer immerwährenden Accise in den preufsischen Städten den Unterhalt seines dortigen Armeeteils sicher und von den Landtagen unabhängig stellen. Für immer war, mit der provinzialen und ständischen Sonderstellung, das polnische Wesen in dem ehemaligen polnischen Vasallenlande beseitigt: erst seit dieser Zeit ist Ostpreufsen ein wirklich deutsches Land von echt deutscher Gesinnung. Wahrlich eine grofse Errungenschaft!

Nicht immer mit glimpflichen, oft sogar mit gesetzwidrigen Mitteln war das Ziel erreicht: aber es war ein für das Dasein eines grofsen und mächtigen brandenburg-preufsischen Staates und damit für die Errettung Deutschlands, zumal Norddeutschlands, vor den Fremden notwendiges gewesen. Dies erkannt und trotz aller äufseren Schwierigkeiten und inneren Gewissenspein durchgeführt zu haben, ist einzig das Verdienst des Grofsen Kurfürsten. Wenn alle seine Räte zagten, war er allein fest geblieben — er darf die Verantwortung, aber auch die Ehre des Gelingens allein vor der Geschichte tragen.

[1] Pufendorf, XIII, 59. 60.

Achtundzwanzigstes Kapitel.

Die brandenburgischen Stände; finanzielle Neuschöpfungen.

Den allgemeinen politischen Anschauungen des Grofsen Kurfürsten hat unter den staatswissenschaftlichen Schriftstellern der Zeit der geniale Samuel Pufendorf systematischen Ausdruck gegeben. Friedrich Wilhelm selber hat diese Übereinstimmung zwischen seinem Wollen und Pufendorfs Denken anerkannt. Nicht nur indem er später den Geschichtsschreiber seines Gegners Karl X. Gustav zum eigenen Biographen berief; auch seinen Plan zur Reform der deutschen Reichsverfassung, vom Frühjahr 1662, der die gesamte Leitung des Reiches auf das Zusammenwirken des Kaisers und des Kurfürstenkollegs beschränken wollte, hat er auf des Gelehrten berühmte Schrift „Mozambano“ (VIII, 4) begründet[1]. Andrerseits widmete Pufendorf 1687 dem Kurfürsten sein Buch: „De habitu christianae religionis“, in dem er, ganz nach Friedrich Wilhelms Auffassung, die Hoheit des Staates über die Kirchen, aber auch das Recht des Einzelnen auf volle Gewissensfreiheit verficht. Da ist denn die Ansicht höchst bemerkenswert, die Pufendorf in seinem epochemachenden Werke „Jus naturae et gentium“, das 1672 in Lund erschien, und das gleichfalls gegen Kirchenherrschaft und religiöse Unduldsamkeit eifert, über die notwendige Staatsverfassung ausgesprochen hat (VII, 4). Das summum imperium, heifst es da, die Herrschergewalt, mufs eine umfassende Einheit ausmachen. Der Staat, als ein organischer Körper, kann nur einen Willen besitzen, der von der höchsten Gewalt dargestellt wird. Dieser Wille hat zu bestimmen, was erlaubt und was verboten, ja was

[1] J. G. Droysen, Abhandl. z. neueren Gesch., S. 339.

ehrenhaft und unehrenhaft ist. Er enthält die gesetzgebende, verwaltende und richterliche Macht. Doch mufs dieses summum imperium so beschaffen sein, dafs sein Wille „nichts anders anzustreben vermag, als worin der gesunde Verstand den auf die Zwecke des Staates gerichteten Nutzen zu finden im stande ist". Solch aufgeklärter Absolutismus soll auch auf finanziellem Gebiete herrschen. Der Staat mufs das Recht haben, sowohl direkte Steuern als auch Accise und Zoll aufzuerlegen — immer zu Gunsten der wahren Zwecke des Gemeinwesens.

Ganz im Sinne dieser Theorie hat Friedrich Wilhelm den klevischen und den preufsischen Ständen gegenüber gehandelt; in gleicher Richtung bewegte sich sein Thun auch in der Kurmark Brandenburg. Seine Bestrebungen gingen in diesem Lande wie in jenen beiden anderen von der Notwendigkeit aus, die für eine straffe Staatsverwaltung und ein starkes stehendes Heer unentbehrliche, dauerhafte finanzielle Ordnung zu schaffen, ein zugleich gerechtes und einträgliches Steuersystem zu begründen. Und so gelangte er zum aufgeklärten Absolutismus.

Er hatte für die Zeit des Krieges sich in der Kurmark das Recht erobert, auf eigene Macht hin Steuern zu erheben. Eine grundsätzliche Feststellung dieser Verhältnisse konnte aber erst nach Beendigung der kriegerischen Wirren stattfinden. Der ökonomische Zustand der Kurmark war ein nahezu unerträglicher, weniger für die bevorrechteten Klassen, die sich beinahe ganz von der Last der Abgaben zu befreien gewufst hatten, als für den Kleinbürger und Bauer. Diese, das heifst die wenig oder gar nicht Bemittelten, mufsten die alleinige direkte Steuer — die Kontribution — aufbringen. Eine unter den Nachwehen des Dreifsigjährigen Krieges noch schwer leidende Bevölkerung von etwa 900000 Menschen mufste jährlich an 700000 damaliger Thaler, das heifst nach heutigem Geldwerte mindestens sechs Millionen Mark, direkt an den Staat aufbringen. Kein Wunder, dafs diese Abgabe meist nur durch militärische Exekution eingetrieben werden konnte, die den davon Betroffenen neue schwere Kosten verursachte. Die Residenzstadt Berlin-Kölln hatte zwar 1656 die Accise angenommen, allein die Selbstsucht der patrizischen Magistrate hatte schon nach einem Jahre diese gerechtere und weniger drückende Steuerart in Wegfall gebracht. Die Last der direkten Abgaben für

militärische Zwecke wurde um so drückender, als nach dem Frieden von Oliva die ersehnte Entlassung des Heeres nur zum Teile eintrat, der Kurfürst die Weitererhebung der Kontribution durchaus forderte. Und dabei war das Land noch durch hohe Schulden schwer bedrängt.

Die Schulden der Kurmark, schon über ein Jahrhundert alt, wurden von deren Ständen verwaltet. Das System dieses „Kreditwerkes" aber war so unpraktisch, kostspielig und verrottet, dafs jahrzehntelang Abzahlung und sogar Verzinsung stockten und derart die Schulden bis 1660 auf 6 Millionen Thaler — nach heutigem Geldwerte 55 Millionen Mark — gestiegen waren. Allerdings war der Hauptteil der Schuld zu Wucherzinsen von der alt- und mittelmärkischen Ritterschaft selbst dargeliehen worden. Die erdrückende Schuldenlast sollte durch drei Steuern behoben werden: das Neue Biergeld, den Städtekasten und den ländlichen Hufeschofs. Die bei weitem wichtigste dieser drei Kassen war die des Biergeldes[1].

Diesem unerträglichen Zustande, der den Ruin der Unterthanen und der landesherrlichen Macht zugleich herbeizuführen drohte, mufste ein Ende gemacht werden. Die Stände, das heifst der Adel, waren schnell mit der Antwort bereit. Mit den schönen Worten, die damals dem nacktesten Eigennutze und der gräulichsten Roheit jederzeit zu Gebote standen, erklärten sie (27. Nov. 1661): „Wir müssen E. Kurf. Durchl. ganz unterthänigst ersuchen und anflehen, dafs Sie Sich die grofse Not Ihrer totaliter exhaurierten Unterthanen zu Herzen gehen lassen, ein christlich Mitleid mit ihnen darüber haben, und es gnädigst dahin zu vermitteln geruhen wollten, dafs nunmehr diese Lande auch einmal der süfsen Früchte des durch Gottes sonderbare Gnade erlangten Friedens wirklich und in der That geniefsen mögen." Das sollte durch Auflösung des stehenden Heeres geschehen, von dem nur einige Garnisonkompagnien übrig zu lassen seien. Sonst bleibt alles beim alten: der Adel zahlt nichts und geniefst die Wucherzinsen von der Biergeldschuld; der Kurfürst, ohne Truppen, ist von dem guten Willen des Adels in allem und jedem abhängig und mag zusehen, wie er mit seinen verpfändeten Domäneneinkünften sich behilft.

Darauf konnte und durfte Friedrich Wilhelm nicht eingehen.

---

[1] Isaacsohn in den U. u. A., X, 349 ff. 478.

Als der Friede von Oliva die brandenburgisch-preufsischen Länder von der unmittelbarsten Gefahr befreite, blieben sie immerhin in politisch bedenklicher Lage. Einen Freund zählten sie nirgends, nur offene und geheime Gegner. Es war deshalb unmöglich, den Wünschen der Stände entsprechend das Heer gänzlich aufzulösen. Der Kurfürst hat es thunlichst reduziert. Es belief sich 1661 nur noch auf wenig über 9000 Mann, von denen fast die Hälfte in dem von äufseren und inneren Feinden bedrohten Preufsen stand. Die kostspieligeren Waffen, Reiterei und Artillerie, waren fast ganz verabschiedet, auch der Generalstab beträchtlich verringert. Selbst als später, im Jahre 1663, der Kurfürst dem Kaiser 2000 Mann zur Hilfe gegen die Türken schickte, vermehrte er seine Truppenzahl nicht, sondern entnahm jenes Korps den wenigen vorhandenen Regimentern[1]. Bei der Reduzierung der Jahre 1660 und 1661 wählte man aus den entlassenen Truppenkörpern die best gekleideten und bewaffneten Leute und stellte sie in die beibehaltenen Regimenter ein[2]. So war die verkleinerte Heeresmacht immerhin aus tüchtigen, schmucken Soldaten zusammengesetzt und jederzeit kriegsbereit.

Der umfassende Blick des Grofsen Kurfürsten war indessen nicht allein auf die Verteidigung der Landgrenzen seiner Gebiete, sondern auch auf den Schutz seiner ausgedehnten Küsten gerichtet: womit dann immer Pläne auf Entwickelung des heimischen Seehandels zusammenhingen. Wir kennen die Entwürfe Gysels' van Lier und den Anklang, den sie bei Friedrich Wilhelm gefunden hatten, sowie die ersten Versuche der Schaffung einer brandenburgischen Kriegsmarine. Die grofsen Schwierigkeiten, die hier zu überwinden waren, bestanden einmal in der Entlegenheit der preufsischen Häfen — der einzigen, die für den Staat in Betracht kamen; dann und vor allem in der Eifersucht, mit der Schweden und Niederländer das Aufkommen einer brandenburgischen Seemacht zu verhindern bestrebt waren. Der bundesbrüchigen Gegnerschaft der Holländer hatte es der

[1] F. Hirsch, Die Armee des Grofsen Kurf. 1660—1666; Hist. Zeitschr. N. F. XVII (1885), 229 ff. — Danach ist die Angabe Droysens (III, III 6), der Kurfürst habe noch 1660 jederzeit mit 8000 Mann ins Feld rücken können, zu verbessern. Höchstens mit 4500 Mann wäre ihm das möglich gewesen.

[2] v. Mülverstedt, Die brandenb. Kriegsmacht unter d. Grofs. Kurf. (Magdeburg 1888), S. 592 f. — Orlich, III, 66.

Kurfürst vor allem zu danken, dafs der Friede von Oliva ihm den Besitz Stettins und der Odermündungen vorenthielt. Deshalb wandte er sich, noch im Frühjahre 1660, mit einem neuen, grofsartigen Entwurfe an den Kaiser. Eine grofse asiatische Handelsgesellschaft sollte gegründet werden, deren Teilhaber nur Reichsfürsten seien, und an deren Spitze der Kurfürst stünde; der Kaiser sollte sie durch die Autorität seines Namens und die Reichsflagge schützen und der befreundeten spanischen Krone zur Begünstigung in ihren Kolonien empfehlen.

Gysels, der mit solchen Vorschlägen nach Wien entsendet ward, fand für sie lebhafte Unterstützung bei dem Franziskaner-Provinzial Cristobal de Rojas, einem geborenen Spanier, der aber religiös sehr duldsam dachte und nach Kräften auf eine Versöhnung der Protestanten mit der katholischen Kirche hinarbeitete. Freilich beabsichtigte Rojas den Kaiser in hervorragendem Mafse an der neuen Kompanie zu beteiligen und dieser einen vorwiegend katholischen Charakter zu geben. Die Leitung des Unternehmens sollte dem altgläubigen Markgrafen Hermann von Baden-Baden anvertraut werden, der sich in spanischen Kriegsdiensten ausgezeichnet hatte; er widmete sich der Sache mit vielem Eifer. Die Stadt Hamburg war gern bereit, als Sitz und Stapelplatz für die zu gründende Gesellschaft zu dienen. Auch König Philipp IV. von Spanien zeigte sich ihr günstig. Allein der ganze Plan, der wenigstens eine beträchtliche Zahl der mächtigeren deutschen Gebiete zu festerer Einheit zusammengefafst und dem Reiche den schmerzlich vermifsten Anteil am Welthandel verschafft haben würde, scheiterte an der Geistesträgheit und dem kleinlichen Mifstrauen des Wiener Hofes, der jede Stärkung des protestantischen Norddeutschlands mit scheelem Auge betrachtete[1].

Wenigstens in beschränkterm Mafse ging Friedrich Wilhelm selbständig vor. Er liefs schon im Beginne der sechziger Jahre zwei Fregatten bauen, die die Namen „Herzogtum Kleve“ und „Grafschaft Mark“ erhielten. —

Für alle diese Rüstungen zu Wasser und zu Lande mufsten die Kosten aufgebracht werden.

---

[1] Höchst interessante Darstellung dieser früher unbekannten Verhandlungen bei Ed. Heyck, Brandenburgisch-deutsche Kolonialpläne; Zeitschr. f. d. Gesch. des Oberrheins, N. F. II (1887), 129—192.

Des Kurfürsten Absicht war zunächst: durch Einführung der Accise Bürger und Bauer zu entlasten, die Steuern gerechter zu verteilen und endlich eine feste und bleibende Grundlage für sein Heer zu schaffen; ferner die ärgsten Mifsbräuche des ständischen Kreditwerkes abzustellen, die Schulden zu regulieren und deren Zinsen herabzusetzen.

Dagegen erhob zumal der Adel in den Ständeversammlungen heftigen Widerspruch. Er wollte keiner indirekten Steuer unterworfen sein, auch die hohen Zinsen des Kreditwerkes weiter genieſsen. Überdies war die Angelegenheit für ihn eine Machtfrage. Da der Kurfürst den allgemeinen Landtag überhaupt nicht mehr einberief, war die Verwaltung des Kreditwerkes immerhin ein Ersatz, ein Anlafs zu ständischen Versammlungen, auf denen man auch die allgemeinen Standesinteressen zu besprechen Gelegenheit hatte. Diese wollten die Herren sich nicht durch Übertragung des Kreditwerkes auf kurfürstliche Verwaltung nehmen lassen. Sie hafsten noch mehr die Accise, die indirekte Steuer, die den Edelmann, den Geistlichen, den hohen Beamten in seinen Konsumartikeln ebenso traf wie den Bürger und Bauer; die den landesherrlichen Beamten auf die Rittergüter wie in die Städte führte; die den Kurfürsten von den ständischen Bewilligungen unabhängig machte.

Gerade aus diesen Gründen ging Friedrich Wilhelm während der dem Vertrage von Oliva folgenden zwölf Friedensjahre an eine Neuordnung der finanziellen Verhältnisse der Kurmark. Ruhig und systematisch, aber mit unbeugsamer Festigkeit schritt er hier voran.

Er begann seinen Eingriff in das ständische Kreditwerk mit Ernennung einer Kommission, die, aus kurfürstlichen Beamten zusammengesetzt, mit dem ständischen Ausschusse zur Verwaltung des Biergeldes über dessen bessere Regelung verhandeln sollte. Schwerin, der zuerst an der Spitze jener Kommission gestanden, wurde, weil er selber dem Ständewesen zuneigte, in diesem Auftrage bald durch den absolutistisch gesinnten, rücksichtslosen pommerschen Kanzler Somnitz ersetzt. Eine ständische Kommission von drei Mitgliedern, deren Obmann Hans Ludwig von der Gröben war, hatte mit den landesherrlichen Beauftragten zu verhandeln. Sie stellte sich begreiflicherweise auf den ihr durchaus günstigen Standpunkt der geschichtlichen und verfassungsmäfsigen Überlieferung. Der langwierige

Streit endete zunächst mit einem Kompromifs: dem Landtagsrezefs vom 23. Mai 1664, der die Verwaltung des Kreditwerks den ständischen Organen beliefs, die Oberaufsicht aber dem Kurfürsten zusprach [1].

Damit war einem so selbstthätigen und selbstbewufsten Landesherrn, wie es Friedrich Wilhelm war, die Handhabe zu steter Einmischung in die Verwaltung des Kreditwerks und der ständischen Gerechtsame gegeben. Das geschah 1666, wo er konzentriertere und sparsamere Administration und Herabsetzung der Ansprüche der Gläubiger forderte, die an hohen Zinsen schon weit mehr als den Wert des ursprünglich geliehenen Kapitals erhalten hätten. Wirklich stellte sich heraus, dafs einzelne Klassen von Gläubigern stets parteiisch bevorzugt, ja einige urkundlich gar nicht belegbare Ansprüche der Ritterschaft erfüllt worden waren. Die Stände und ihre Beamten suchten den Streit immer auf das allgemeine, verfassungsrechtliche und wirtschaftliche Gebiet zu spielen, beschwerten sich über die steten unerschwinglichen Anforderungen des Kurfürsten an seine Unterthanen und liefsen dessen Befehle einfach unberücksichtigt. Friedrich Wilhelm dagegen machte, wie in Preufsen, seine Pflichten und Rechte als Landesherr geltend, der für das Wohl aller seiner Unterthanen und des Staatsganzen zu sorgen habe. Dieser zweite Kampf endete mit einem neuen Siege des Fürsten. Der Landtagsrezefs vom 22. März bis 1. April 1670 schrieb der Biergeldkasse die Grundsätze vor, die Friedrich Wilhelm ihr auferlegt wissen wollte: Zinssuspension und Kapitalsreduktion für alle Gläubiger, mit Ausnahme der frommen Stiftungen. Formell ward die so geregelte Verwaltung freilich den ständischen Verordneten noch belassen, allein diese wurden durchaus dem Vertreter des Landesherrn untergeordnet.

Das hartnäckige Ringen trat in seine letzte entscheidende Periode, nachdem der aus dem Bürgerstande hervorgegangene, scharf absolutistisch gesinnte Jurist Friedrich von Jena 1679 die Aufsicht über das Kreditwerk erhalten hatte. Entrüstet über die Unaufrichtigkeit und Unpünktlichkeit der ständischen Verwaltung verursachte er eine neue Untersuchung, deren Ergebnis das Landschaftsreglement vom 11. April 1680 war. Es verwandelte die bisher ständischen Vertreter kurzerhand in kur-

[1] Mylius, VI, I 506 ff.

fürstliche „Bediente“ und stellte sie unmittelbar unter die Leitung eines Geheimen Rates. Damit war die Verwaltung der kurmärkischen Schulden zu einer landesherrlichen geworden, den Ständen eines ihrer wichtigsten Rechte und Machtmittel auf immer entzogen. Bald darauf (2./12. Juni 1683) wurde der Grofse Ausschufs der Stände von 50 bis 60 auf 12 Mitglieder herabgesetzt und ihm durch Beschränkung der Dauer seiner Tagung sowie seiner Befugnisse auf blofse Rechnungsprüfung jede politische Wirksamkeit genommen. Der Kurfürst wies die wiederholten Proteste der Stände zurück; mit plötzlicher Zärtlichkeit für das Verfassungsrecht fand er, dafs, wenn er gestatte, „bei Zusammenkünften wegen des Landschafts-Creditwesens auch andere Sachen abzuhandeln, dadurch die Landstände per indirectum wider die Landes-Reverse und Landes-Verfassung erhalten würden, ohne Vorbewufst Sr. Kurfürstl. Durchl. Conventus anzustellen und von gemeinen Landessachen zu deliberieren“.

Der letzte Schlag ward 1686 geführt. Die verhältnismäfsig geringen Reste der auf Biergeld und Hufeschofs begründeten Schuld wurden am 19. Juni auf Rechnung des Landesherrn übernommen, damit der ständischen Verwaltung vollends ein Ende bereitet.

Ähnlich ordnete man die Angelegenheit des Städtekastens, obwohl hier die städtischen Organe, von denen eine politische Thätigkeit nicht zu fürchten war, die Verwaltung für die Einzelheiten der Geschäfte behielten.

Friedrich Wilhelm hat jedenfalls bewiesen, dafs es ihm mit dem staatlichen Interesse durchaus Ernst war. Er verstand es, die Provinzialschuld bis auf ein Geringes zu tilgen. Andrerseits setzte er das neue Biergeld um mehr als ein Drittel, von 7 auf $4^1/_2$ Thaler pro Gebräu, herunter, zur grofsen Erleichterung der Unterthanen [1].

Der dreifache Zweck einer festen finanziellen Begründung der Militärmacht, der gerechtern Verteilung der Steuern und der Vernichtung der ständischen Mitregierung in der Kurmark liefs sich aber nur erreichen, wenn hier, wie in Preufsen und Kleve, die Accise, die Verzehr- und Verkaufsteuer, die wichtigste und dauernde Einnahmequelle des Staates würde.

[1] Die Akten für die Geschichte der Umwandlung des ständischen Kreditwerkes finden sich U. u. A., X, 347—474.

Die Accise war überhaupt in der damaligen finanzpolitischen Theorie sehr beliebt. Indirekte Steuern werden später bedeutsam als direkte, weil der Verkehr jünger ist als der Besitz, und weil dessen Beobachtung mehr geschickte Beamte erfordert als die Katastrierung der Grundstücke. Aus den gleichen Gründen ist wieder unter den verschiedenen Arten der indirekten Besteuerung die Accise später aufgekommen als der Zoll. Allein in der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts erschien sie als die sicherste und, da sie von den Standesvorrechten absah, als die gerechteste Steuer. Selbst der damals hochberühmte, sonst durchaus konservativ und ständisch gesinnte, gleichzeitige Nationalökonom Veit Ludwig von Seckendorf neigt aus praktischen Gründen durchaus zur Accise. Wie früher erwähnt, existierte sie in dem hochkultivierten Holland; das betriebsame Sachsen führte sie 1641 ein[1]. In der Kurmark aber scheiterte, wie 1652, so auch 1661 und 1662 ein abermaliger Versuch des Kurfürsten, diese Steuer allgemein geltend zu machen, an dem hartnäckigen, aus socialen und politischen Beweggründen hervorgehenden Widerstande des Adels und seiner bürgerlich-patrizischen Gesinnungsgenossen. Der Adel zumal setzte seine Standes- und persönlichen Interessen so hoch über das Wohl des Landes, dafs er zu keiner Steuerreform zu bewegen war, obwohl er einsehen mufste, dafs, wenn hier keine Änderung eintrat, alle Städte der Kurmark dem baldigen Untergange verfallen seien.

Hier mufste sich also Friedrich Wilhelm, wie bei Ordnung des Kreditwesens, über verfassungsmäfsige Bedenken hinwegsetzen; es war kein blofser Vorwand, wenn er sich diesen und dem ungeheuerlichen Egoismus des kurmärkischen Adels gegenüber auf seine heiligen Herrscherpflichten stützte. Für den Januar 1667 berief er einen Deputationslandtag ein, den er lediglich zur Festsetzung der Verzehrsaccise bestimmte. Er erlebte die Genugthuung, dafs jetzt die Abgeordneten der Städte der Mittel-, Neu- und Uckermark durchaus für diese Steuer Partei ergriffen. Wenn altmärker und priegnitzische Magistrate

---

[1] Roscher, Gesch. d. Nationalökonomik, 231. 319 f. — Schmoller, im Jahrb. f. Gesetzgeb., Verwalt. und Volkswirtsch., N. F. I (1877), S. 61 f. — Über die Accisekämpfe in der Kurmark sehe man U. u. A., X, 488 ff. 509 ff.; Mylius, IV, III, 23 ff. 91 ff.; Orlich, I, 430 ff.

einstweilen noch in der Opposition blieben, entsprachen sie damit so wenig den Wünschen der Bürgerschaft, dafs diese in der Altmark gegen sie den Aufstand erhob. Gilden und Gewerke brachten, unter der Führung von Stendal, nicht nur ihre Proteste vor den Kurfürsten, sondern es brachen auch Tumulte gegen die oligarchischen Obrigkeiten aus. Sie erklärten den Kontributionseinhebern „die Hälse brechen und durchaus keine Kontribution, sondern nur die Licenten (Accise) geben zu wollen". Auch den „Flecken und Bauernschaften wurde dergleichen Gift ebenmäfsig beigebracht".

Der Kurfürst nahm, kurz entschlossen, die Führer dieses Widerstandes, Jakob Deetze und Christoph Schulze, in seinen Schutz. Da wichen auch die altmärker und priegnitzer Magistrate: eine in den ergreifendsten Ausdrücken abgefafste Eingabe sämtlicher brandenburgischer Städte flehte den Landesherrn, in ausgesprochenem Gegensatze zu der Ritterschaft, um Ersetzung der Kontribution durch die Accise an — die beste Rechtfertigung von Friedrich Wilhelms Vorgehen. Der Widerstand des Herren- und Ritterstandes hatte freilich die Folge, dafs diesem, d. h. seinen Bauern, die Kontribution erhalten blieb. Den Städten aber wurde geboten, sie vom 1. Juni desselben Jahres durch eine Verzehrsaccise zu ersetzen. Nur wenn es sich herausstelle, dafs einer oder der andern Stadt die Neuordnung unzuträglich gewesen, solle der Magistrat das Recht haben, sie wieder aufzuheben (15./25. April 1667).

Allein dazu kam es nicht. Die neue Besteuerungsart erwies sich als so segensreich, dafs sie in den Städten immer volkstümlicher wurde. Der damalige Berliner Bürgermeister Zerlang stellt fest, dafs nunmehr in seiner Vaterstadt während zweier Jahre mehr als 150 verfallene Gebäude wieder ausgebessert, ebenso viele ganz neu errichtet worden seien. Auch andere märkische Städte, die „ganz und gar verfallen, wurden wieder in gutes Aufnehmen versetzt und viele derselben, so vorher ganz desoliert und ohne Einwohner waren, sind jetzo wieder in gutem Stande" [1].

Die Städte wünschten nur innere und äufsere Weiterentwicke-

[1] Orlich, I 425. — Das wird auch, zunächst für Berlin-Kölln, durch die Einleitung zur Revidierten Accise-Ordnung v. 2. Jan. 1681 (Mylius, IV, III 119) bezeugt. Vgl. U. u. A., X, 558—562.

lung der Steuerreform, die sich, im Interesse der Billigkeit und Ergiebigkeit, gleichmäfsig nicht nur auf die notwendigen Lebensmittel und Bekleidungsstoffe, sondern auf die ganze märkische Industrie erstrecken solle. Ihrem Wunsche wurde durch die kurfürstliche Verordnung vom 15./25. November 1667 willfahrt. Die Städte gingen aber noch weiter: sie drängten fortwährend auf Ausdehnung der Accise über das platte Land. Friedrich Wilhelm jedoch zeigte auch in dieser Hinsicht die weise Mäfsigung und Selbstbeschränkung, die, bei aller Festigkeit in den Hauptsachen, sein Auftreten in den ständischen Kämpfen charakterisieren und nicht am wenigsten zu seinem endlichen Siege beigetragen, diesen gesichert und befestigt haben. Während er den Beschwerden der Ritterschaft über die städtische Accise kein Gehör gab, liefs er doch den Adel und das gesamte platte Land bei der Kontribution, die freilich nur die nichtritterschaftlichen, d. h. bäuerlichen Hufe traf. Das Vorhandensein eines scharfen Gegensatzes zwischen den Städten und den Oberständen war ihm sicher genehm, da solcher ihm die dauernde politische Schwäche aller Stände und damit das Überwiegen des landesherrlichen Einflusses verbürgte.

Inzwischen war der Kampf um die immerwährende Accise und damit um die Befreiung der landesherrlichen Gewalt von dem ständischen Bewilligungsrechte auch in einem andern kurfürstlichen Gebiete, im Fürstentum Minden, ausgebrochen.

Die Nachwirkungen des grofsen Krieges hatten auch dieses Land in die elendeste Lage versetzt. Die hohen finanziellen Anforderungen, die der Kurfürst aus militärischen Gründen an die Provinz stellte, drückten sie um so mehr, als sie unter einer ohnehin unerträglichen Schuldenlast seufzte. Um nur von den Ständen die nötigsten Bewilligungen zu erlangen, gab ihnen Friedrich Wilhelm, durch den Reinebergschen Rezefs vom 1. Februar 1667, das Indigenatsrecht für alle Ämter des Fürstentums, die Verwaltung der Steuern und einen wesentlichen Anteil an der Steuerverwaltung preis — ein Zugeständnis, das im Grunde allen seinen Anschauungen und Bestrebungen zuwiderlief. Freilich sah er es nur als ein rein theoretisches an, da er überall, wo ihm daran gelegen war, sich, ebenso wie in Preufsen, Eingriffe in die soeben bewilligten ständischen Gerechtsame erlaubte. 1674, inmitten der Drangsale des französischen Krieges, machte er jeder Täuschung ein Ende, indem er aus eigener

Machtvollkommenheit die immerwährende Accise anordnete, und zwar für Stadt und Land. Damit waren mit einem Schlage die Verfassung umgestofsen, die Rechte der Stände im wesentlichen vernichtet, aber auch die Gleichheit vor der Besteuerung hergestellt.

Indes der mindensche Adel widersetzte sich mit Heftigkeit dieser Beschränkung seiner Privilegien. Er brachte es dahin, dafs er und die höheren Beamten 1677 von der Schlacht-, Mahl- und Brauaccise befreit wurden. So ging der allgemeine Charakter der neuen Steuer wieder verloren, und bald wurde sie auch hier ausschliefslich auf die Städte beschränkt. Der Adel hatte seine sociale Sonderstellung bewahrt, aber seine politischen Rechte geopfert[1].

Kaum war der französisch-schwedische Krieg durch den Nymweger Frieden beendet, so wandte Friedrich Wilhelm sein Augenmerk wieder der Entwickelung der kurmärkischen Accise zu. Er veröffentlichte unter dem 27. Mai (6. Juni) 1680, ohne Befragung der Landstände, eine neue Acciseordnung[2], die zahlreiche, bisher befreite Gegenstände umfafste, und zugleich eine Art Gewerbesteuer einführte. Damit aber die Städte diese vermehrte Last leichter tragen könnten, verbot sie dem flachen Lande jeden Bierverkauf aufser dem Hause, mit Ausnahme der dazu berechtigten Prälaten und Ritterbürtigen, die aber den Preis des von ihnen gelieferten Bieres nicht niedriger ansetzen durften, als er in den accisepflichtigen Städten stand. Ähnliche Beschränkungen zu Gunsten der Städte wurden für das Branntweinbrennen und das Mühlengewerbe ausgesprochen. Alle Proteste der Ritterschaft gegen das Rechtswidrige solcher einseitigen landesherrlichen Verordnungen blieben unbeachtet. Vielmehr führte der Kurfürst die Accise aus eigener Machtvollkommenheit selbst in die ritterschaftlichen und stiftischen Mediatstädte ein.

Es war eine neue, schwere Niederlage des kurmärkischen Adels. Dafs der Kurfürst dabei von unwandelbaren Grundsätzen ausging, beweist die Einführung der Accise auch in die Städte des Herzogtums Magdeburg, im Jahre 1680. Ebenso ward in

---

[1] K. Spannagel, Minden und Ravensberg unter brandenb.-preufs. Herrschaft 1648—1719 (Leipzig 1894), S. 84 ff. 191 ff.

[2] Mylius, IV, III 102 ff. — Vgl. die verbesserten Acciseordnungen v. 2./12 Jan., 10./20. Febr. 1681: das. 119—132. — U. u. A., X, 573—582.

den pommerschen Städten die dort schon bestehende indirekte Besteuerung zur Accise umgewandelt und staatlicher Aufsicht unterstellt[1].

Die Ausdehnung der kurmärkischen Accise über die dem Adel gehörenden Mediatstädte schien diesen Ständen ein unerträglicher Eingriff in ihre Rechte und in ihre persönliche Unabhängigkeit. Sollten doch zum erstenmal kurfürstliche „Steuerbediente" innerhalb der adligen Besitzungen amtieren. Darin trat an die „Unterthanen" der Herren zum erstenmal der Staat unmittelbar heran, während bisher jenen der Edelmann und dessen Beauftragter die einzige sichtbare Obrigkeit gewesen waren. Das war die endgültige Zerstörung des ständischen Staatsgebäudes. Der Ausschufs der Stände nahm den Kampf auf, indem er vom Kurfürsten einen Deputationslandtag zur Beratung und Formulierung der Landesbeschwerden erbat und für den März 1682 auch erlangte. Die Versammelten forderten hauptsächlich: Abschaffung der Accise und des Stempelpapiers, Milderung der Kontribution, Aufhebung des General-Kriegskommissariats, strenge Beachtung ihrer urkundlich begründeten Rechte, zumal des der Steuerbewilligung: kurz, Vernichtung aller im Interesse der Staatsgewalt während der letzten Jahrzehnte getroffenen Anordnungen. So ward die Schilderhebung des Adels abermals zum Kampfe um die Macht zwischen ihm und dem Kurfürsten.

Der Ausgang konnte um so weniger zweifelhaft sein, als unter den Ständen Uneinigkeit herrschte, die Städte der Forderung der Aufhebung der Accise beizutreten sich weigerten, auch unmittelbar bei dem Kurfürsten über das Verfahren der Ritterschaft Klage führten.

Eine nebensächliche Angelegenheit zeigte bald die Schwäche der ständischen Stellung. Friedrich Wilhelm hatte einem Bürgerlichen, dem Hofamtmeister Christoph Barthold Stille, das Dekanat des Stiftes Havelberg verschafft. War das schon eine Verletzung eines alten adligen Vorrechtes, so erschien noch ungeheuerlicher, dafs er diesem selben Stille den Vorsitz im ständischen Ausschusse und damit auf dem Landtage einzuräumen befahl. Seine

[1] Schmoller, Epochen der preufs. Finanzpolitik (Jahrb. f. Gesetzgeb., Verwalt. u. Volkswirtsch., I [1877]), 60 f. — Derselbe, Städtewesen (Zeitschr. f. preufs. Gesch. u. Landesk., VIII), 552.

wahre Absicht dabei war, den Landtag der Leitung durch einen seiner Beamten zu unterwerfen. Das empfanden die Herren Edelleute auch sehr wohl und weigerten sich, einen Bürgerlichen als ihren Präsidenten anzuerkennen. Um diesem Proteste Gehör zu schaffen, zogen sie einfach ohne weiteres nach Hause.

Allein der Kurfürst liefs sich nicht einschüchtern. Durch Reskript vom 2./12. April 1683 gab er seinem Mifsfallen über die harten Beschwerden und das Benehmen der Oberstände scharfen Ausdruck, wies ihre Forderungen mit allgemeinen Vertröstungen auf die Zukunft ab. Dabei verlangte er, bei Androhung schärfster Ungnade und einer persönlichen Strafe von 200 Thaler für jeden Ungehorsamen, das sofortige Wiedererscheinen der Stände und die Zulassung Stilles zum Vorsitze. Und die Herren unterwarfen sich auch diesmal, sobald sie den ernsten Willen des Landesherrn merkten. Im Juni 1683 traten die Oberstände wieder zusammen, ja, baten den Kurfürsten demütiglich um Verzeihung. Friedrich Wilhelm benutzte seinen Sieg, um, trotz aller Einwendungen der Oberstände, den ständischen Ausschufs, wie schon erwähnt, an Zahl und Bedeutung herabzusetzen, indem er sich (25. Juli/4. August) auf die Reichsverfassung berief, die den Landesherrn auch ohne Genehmigung der Stände zur Erhebung und Verwendung der für die Sicherheit des Reiches notwendigen Landessteuern berechtige und verpflichte. Eine verbesserte „General-Steuer- und Consumptions-Ordnung in denen Städten und Flecken der Chur- und Marck Brandenburg“ vom 2./2. Januar 1684, die die bisher in den Acciseeinrichtungen hervorgetretenen Mängel beseitigte, sowie eine auf Hebung des Handelsverkehrs berechnete Ermäfsigung der Accise für Grofskaufleute und Mefshändler vom 1./11. Oktober 1684 krönten das Werk[1].

Die Accise als hauptsächliche städtische Abgabe war bis Ende der Regierung in allen kurfürstlichen Gebieten eingeführt. Das war für die damaligen ökonomischen und socialen Verhältnisse ein bedeutsamer Fortschritt zu Gunsten des Landeswohles. Deshalb hat die Accise nicht nur in der Theorie immer zahlreichere Verteidiger, sondern ebenfalls in der Praxis immer ausgedehntere Anwendung gefunden: sie ist während der folgenden

[1] U. u. A., X, 484 ff. 582—624. — Mylius, IV, III 134—187. — Orlich, I, 456.

Jahrzehnte in Kurpfalz, Hannover, England, Österreich eingeführt worden[1]. Allein sie bedeutete einen noch gröfseren Fortschritt für die Macht des Fürsten. Der überwiegende Teil der für den Unterhalt des Kriegsstaates notwendigen Einkünfte war dem Bewilligungsrechte der Stände entzogen und mufste bei dem natürlichen Anwachsen der Bevölkerung und des Wohlstandes der Städte fortwährend an Erträgnis zunehmen. War es dem Kurfürsten nicht geglückt, durch Ausdehnung der Accise auch über das platte Land die völlige Gleichheit aller Stände auf dem Gebiete der Steuer und damit das Bewufstsein gleicher Pflichten sämtlicher Staatsangehöriger gegenüber dem Gemeinwesen zu begründen, so erreichte er dies Ziel wenigstens zeitweise durch die proportionelle Kopfsteuer, die am Ende des schweren französisch-schwedischen Krieges den brandenburgischen Landen auferlegt wurde. Hier mufsten Prinzen und Grafen, Geheime Räte und Prälaten ebensogut nach Rang und Einkommen dem Staate steuern, wie Bürger und Bauern[2]. Die Bevorrechteten wurden so endlich mit dem Gedanken vertraut gemacht, dafs sie für die Notdurft des Staates, dem sie ihre glückliche Stellung verdankten, nicht weniger, sondern mehr beizutragen verpflichtet seien als die Armen und Dienenden. Ebenso wurden durch diese Abgabe zum erstenmal die verschiedenen Gebiete des brandenburgischen Staates in derselben Belastung einander gleichgestellt und miteinander verknüpft. Nicht mehr der Stand galt hier, noch der Zufall provinzialer Zugehörigkeit, sondern ein Recht, eine Verpflichtung aller brandenburgischen Staatsangehörigen.

So entwickelt sich der Charakter des von Friedrich Wilhelm in seinen Landen neu begründeten fürstlichen Absolutismus. Nicht zum Vorteil des Herrschers, nicht zu seiner Bereicherung, nicht zur Befriedigung des Allmachtskitzels wurde er geschaffen, sondern zur Herstellung eines starken, einheitlich geschlossenen, gut verwalteten und wohl gerüsteten Staatsganzen, das jedem Unterthan nach dem Mafse seiner

---

[1] Roscher, Nationalökonomik, 319 ff. — Schmoller, Jahrb. f. Gesetzgeb., a. a. O. 61 f.

[2] Auf Preufsen, wo eine rohere Art von Kopfsteuer schon in Geltung war, erstreckte sich diese neue Abgabe nicht. — Mylius, IV, V 1 ff. 8 ff. — K. Breysig, Der brandenb. Staatshaush. in d. 2. Hälfte des 17. Jahrh.; Jahrb. f. Gesetzgeb. etc. N. F. XVI (1892), S. 490 ff.

Lebensstellung gerecht werden sollte. Nur in diesem Sinne ist das Suum cuique aufzufassen, das des grofsen Kurfürsten Sohn zum Wahrspruche des jungen Königreichs machte. Es handelte sich dabei nicht um Gleichheit vor dem Gesetze nach moderner Anschauung, vielmehr um eine Gerechtigkeit je nach dem durch Geburt oder Verdienst auf der mannigfach gegliederten socialen Stufenleiter erworbenen Range; aber auch derart, dafs den höheren Rechten zugleich strengere Verpflichtungen entsprächen. An der Spitze des ganzen Gebäudes sollte der Herrscher stehen, und hier hiefs das Suum cuique so viel, dafs ihm die unbedingte Macht des Befehlens zukomme, wie sie für die Interessen des Staates notwendig und nützlich erschien; dafür sollte aber der Fürst sein ganzes Dasein dem Staate widmen, kein anderes Streben kennen, als in dessen Dienst unablässig zu arbeiten. Nur sehr wenige Hohenzollernkönige sind solchem Grundsatze untreu geworden und von den durch den Grofsen Kurfürsten seinen Nachfolgern vorgeschriebenen Bahnen abgewichen. Die meisten von ihnen haben vollkommen verstanden, dafs ihnen das Herrschertum nur zum Besten des Staates anvertraut sei, und dieses Princip hat selbst den mittelmäfsig Begabten unter ihnen eine schlichte Gröfse verliehen, die sie in den Augen der Mit- und Nachwelt auszeichnete und ihrem Lande zum Segen gereichte.

Fünftes Buch.

Die Heldenzeit.

Neunundzwanzigstes Kapitel.

Der Bruch mit Frankreich.

Ruhmreich und glänzend war Frankreich aus den Devolutionskriegen hervorgegangen, die erste und vornehmste Macht Europas, wenn nicht der Welt. Fest in sich geeint durch die unvergleichlich centralisierte Regierungsweise, durch die Vaterlandsliebe und königstreue Gesinnung der maſsgebenden Bevölkerungsklassen: durch Colberts Bemühungen mit trefflich geordneten Finanzen ausgestattet, betriebsam, wohlhabend, mit aufblühender Industrie; ausgerüstet mit einem durch Louvois vorzüglich organisierten, gehorsamen, überaus zahlreichen Heere von nahezu 300000 Mann und einer sich kräftig entwickelnden Seemacht; geleitet von einem selbstbewuſsten, thätigen Könige, den geschicktesten Ministern und genialsten Feldherren der Zeit: so konnte es darauf ausgehen, der Welt seine Gesetze aufzuerlegen. Wer sollte einem so gewaltigen, in sich geschlossenen und von einem festen Willen geleiteten Staatswesen Widerstand leisten? Von neuem tauchte damals der Plan auf, die Thatsache der französischen Herrschaft über die Christenheit durch die Übertragung der Kaiserwürde auf Ludwig XIV. auch staatsrechtlich zum Ausdrucke zu bringen. Der Monarch aus dem Hause der Bourbonen sollte selbst in der Theorie der erste und vornehmste aller Könige sein.

Aber trotz seiner Triumphe war Ludwig XIV. nach dem Aachener Frieden ein schmerzender Stachel im Herzen zurückgeblieben. Der Devolutionskrieg hatte die spanischen Niederlande entwaffnet, indem er ihnen die wichtigsten Festungen entriſs, aber sie nicht, wie der König es beabsichtigt, zu einer

Provinz Frankreichs gemacht. Dafs sein Zweck nicht vollständig verwirklicht worden, hatte er vor allem dem Widerstand der öffentlichen Meinung in Holland zu danken; und so sehr dessen Staatsmänner sich bemüht hatten, den Gegensatz abzuschwächen und Ludwig zu versöhnen, er konnte die ihm angethane Kränkung nicht verwinden. Er fühlte sich um so gründlicher verletzt, je zweifelloser Holland die Eroberung seiner Unabhängigkeit einst französischer Hilfe zu danken hatte, je mehr es ihm selbst für Gewährung von Handelsvorteilen sowie für den Beistand gegen England verpflichtet war. Dafs die niederländischen Staatslenker, die Vertreter einer kleinen, übermütigen Krämerrepublik, als Begründer der Tripelallianz seinem Willen vor ganz Europa, wenigstens scheinbar, Gewalt angethan hatten und sich rühmten, Frankreich mitten in seiner Siegeslaufbahn das „Stehe still, Sonne", zugerufen zu haben, war dem schrankenlosen Herrschergefühle dieses Monarchen ein unerträglicher Gedanke. „Er fühlte sich bis ins Innerste getroffen und beschlofs Rache zu nehmen" — bemerkte er selber in einer bald darauf verfafsten Denkschrift[1]. In Holland, sagte er, liegt der Schlüssel zu Brüssels Thoren.

Aber nicht allein die ihm angethane Schmach und der politische Widerstreit reizten Ludwigs Zorn gegen seine bisherigen Verbündeten, sondern auch der innere Gegensatz des niederländischen und des französischen Staatswesens. Der eifrige Kalvinismus der Holländer war dem streng katholischen Könige durchaus zuwider; noch mehr der freiheitliche, bürgerliche Charakter ihres Staates, freilich das vollkommenste Widerspiel des pomphaften, aristokratischen, volksverachtenden Absolutismus des „Königs Sonne". Dafs von der zügellosen Presse und den unzähligen Flugschriften Hollands die schärfsten Angriffe gegen seine Person und Regierungsweise ausgingen, dafs alle politischen Flüchtlinge Frankreichs in Holland unbehindert Zuflucht fanden, — diese „Keckheiten", diese „Fischweiber-Frechheiten", — verstimmte den eiteln Despoten unsäglich. Seit dem Friedensschlusse von Aachen dachte er nur an die Züchtigung der freien Niederlande. Er wollte sie nicht geradezu vernichten, aber demütigen, ihrer Macht auf immer berauben, zu seinen gehorsamen Vasallen machen.

Das französische Volk, wenigstens in seinen politisch denkenden

[1] Cam. Rousset, Histoire de Louvois, I, 519.

und wirksamen Elementen, sowie Ludwigs Minister teilten diesen Groll in vollem Mafse. Man darf den König nicht allein für den bald darauf ausbrechenden Kampf verantwortlich machen, obschon er ohne Zweifel dessen thätigster und ausschlaggebender Urheber war. Aufser dem „Undank“ und der „Anmafsung“ der Holländer erzürnte die Franzosen die kommerzielle und zumal maritime Blüte des kleinen Landes, die den französischen Seehandel in engen Schranken hielt. Die niederländische Handelsflotte, zahlreicher als die Englands und Frankreichs zusammengenommen, bedeckte die Meere mit ihren 20 000 Fahrzeugen; die Aktien ihrer ostindischen Kompanie brachten jährlich 50 bis 54 Prozent und standen 500 Prozent im Werte[1]. Die Amsterdamer Börse war das grofse Geldreservoir für ganz Europa. Die Bevölkerung wuchs reifsend, die Städte dehnten sich aus, auch der Landbau befand sich in glänzender Entwickelung. Die Finanzen waren so trefflich geordnet, dafs unverzüglich nach dem grofsen Kriege gegen England die Steuern beträchtlich herabgesetzt werden konnten. Herrliche Bauwerke und prächtige Parkanlagen verschönten weit und breit die Landschaft und legten Zeugnis von dem Reichtum und dem gebildeten Geschmack der Bewohner ab. Die Vereinigten Provinzen erschienen wie das Juwel Europas.

Freilich barg dieser scheinbare Glanz viele innere Momente der Schwäche. Die grundsätzliche Zerfahrenheit der Verfassung ward durch die gewaltsame Unterdrückung der oranisch-volkstümlichen Partei seitens der städtischen Oligarchen der Provinz Holland und durch deren Partikularismus auf das bedrohlichste gesteigert. Während sie nur mit Gewalt ihre Herrschaft gegen die grofse Mehrheit des Volkes behaupteten, während sie Heer und Festungen verfallen liefsen — teils aus übel angebrachter Sparsamkeit, teils aus Abneigung gegen die oranisch gesinnte Landmacht — mifsgönnten sie einander den mafsgebenden Einflufs, von Stadt zu Stadt, ja von Person zu Person. Sie hatten längst dem Ratspensionär Jan de Witt die eigentliche Leitung abgenommen und liefsen ihm nur die Verantwortung von Mafsregeln, die er häufig mifsbilligte. Sie verhinderten ihn, diejenigen kriegerischen Vorbereitungen zu treffen, die er bei der ihm wohlbekannten Feindseligkeit Frankreichs für notwendig

[1] Lefèvre-Pontalis, II, 3.

hielt[1]. Sie suchten Rettung nur im Wohlwollen Ludwigs XIV., der sich doch tödlich von ihnen beleidigt glaubte, und der lediglich auf ihre Bekämpfung bedacht war. Sie liefsen sich, man möchte sagen absichtlich, von ihm täuschen, weil er ihnen noch kurze Zeit hindurch gütige Gesinnung heuchelte, um zunächst seine militärischen Vorbereitungen zu vollenden und die Gehafsten mit dem ehernen Netze diplomatischer Intriguen zu umschliefsen, an dem sein genialer Minister Lionne mit ebenso grofser Feinheit wie Beharrlichkeit unausgesetzt spann.

Die einzige Sicherungsmafsregel, zu der die Generalstaaten sich aufzuraffen wagten, war der Versuch der Befestigung und Ausdehnung der Tripelallianz. Sie bemühten sich, in diese Dänemark, die Schweizerkantone, den Kaiser hineinzuziehen — freilich ohne rechten Ernst und Nachdruck und deshalb auch ohne Erfolg. Ebenso wandten sie sich, unter Beihilfe Englands, an den mächtigsten deutschen Reichsfürsten, an Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Allein dieser hatte nicht vergessen, wie schmählich sie ihn jüngst behandelt, wie feindselig zumal de Witt gegen ihn aufgetreten war. So lange, liefs er in London erklären, er in dem polnischen Wesen die Assistenz Frankreichs benötige, werde er diesem nichts zuwider thun. Offener noch äufserte er sich gegen die Vereinigten Provinzen: er verlange von ihnen „richtige Preuven einer beständigen und aufrichtigen Freundschaft", ehe er sich zu „dergleichen foedera entschliefse", die ihn „zu starker und kostspieliger Kriegsrüstung obligierten"[2].

Das Schlimme war nur, dafs Frankreich wiederum von seinen Verbündeten bedingungslose Unterwerfung verlangte. Vom Kurfürsten, seinem Alliierten seit dem letzvergangenen Dezember, forderte es ein vollständiges Schutz- und Trutzbündnis; und wohin das ziele, wurde Friedrich Wilhelm durch die weitere Zumutung klar gemacht: er müsse entschieden mit Holland brechen; sowie durch die bestimmte Andeutung Turennes: Holland zeige sich so undankbar und feindlich gegen Frankreich, dafs dieses bei erster Gelegenheit Vergeltung dafür zu nehmen gedenke[3].

Die wahren Absichten des allerchristlichsten Königs enthüllten

[1] Das. S. 117.
[2] U. u. A., XII, 671. 896.
[3] Berichte Blumenthals aus Paris; ebendas. 872 f.

sich so dem Kurfürsten schon an der Wende des Jahres 1668 auf 1669 mit erschreckender Deutlichkeit: Ludwig hatte es auf die Bekämpfung und Unterwerfung der Vereinigten Niederlande abgesehen. Dahin wollte und konnte ihm aber der Brandenburger nicht folgen. So viele Gründe zur Klage er auch gegen Holland besafs, er liefs sich durch derartige vorübergehende Verstimmungen nicht in der festen und bleibenden Überzeugung beirren, dafs jener Staat das kräftigste, ja einstweilen einzige Bollwerk der europäischen Freiheit gegen die bourbonische Herrschsucht, des Protestantismus gegen die katholische Unduldsamkeit sei. Sein Gesandter Blaspeil im Haag machte mit seinen Warnungen vor den Gefahren, die eine Unterdrückung der Niederlande durch Frankreich der Religion bringen müsse, tiefen Eindruck auf ihn[1]. Er konnte deshalb sich wohl zeitweise von Holland abwenden, aber zu dessen dauernder Schwächung oder gar Vernichtung die Hand zu bieten lag ihm fern. Zu nichts anderm, erklärte er wiederholt den Franzosen, könne er sich verpflichten, als der Tripelallianz nicht beizutreten; schon diese wohlwollende Neutralität sei Frankreich, zumal durch den Einfluſs Brandenburgs auf die übrigen Reichsstände, derartig günstig, dafs es ihm dafür Subsidien schulde. Und als er sah, dafs diese Darlegung in Paris nicht den gewünschten Erfolg habe, befahl er Blumenthal, dort von den Hilfsgeldern lieber ganz zu schweigen. Er stand beiseite, zunächst den Ausgang der polnischen Königswahl abzuwarten; auf niemanden glaubte er sich verlassen zu können, und am wenigsten auf den Kaiser[2].

Die niederländischen Machthaber hatten gemeint, des Brandenburgers, der aus Rücksicht auf die Gesamtlage Europas sich so oft um ihre Freundschaft beworben hatte, auf alle Fälle sicher zu sein. Sie sahen mit unwilligem Staunen, dafs er sich von ihnen emanzipierte, den Beitritt zur Tripelallianz, an dem ihnen so viel gelegen war, beharrlich zurückwies. Sie suchten ihn, da es mit Güte nicht ging, gewaltsam dahin zu bringen, indem sie nicht allein jeden Vergleich in Sachen der klevischen Festungen ablehnten, sondern auch das Schreckgespenst der Hofyserschen Schuld wieder auftauchen liefsen. Eine überaus kurzsichtige und thörichte Politik! Denn kaum hatte die fran-

[1] U. u. A., III, S. 190 Anm. 6.

[2] Bericht Goefs' v. 26. Febr. 1669; U. u. A., XIV, 413 f.

zösische Regierung von diesen Zumutungen vernommen, als sie plötzlich gegen Brandenburg vertraulicher wurde und ihm mit einer gewissen Zudringlichkeit Hilfe gegen die Generalstaaten anbot. Lionne selber, der französische Minister des Äufseren, erklärte Christoph von Blumenthal: „Man wird nimmer zugeben, dafs Holland Se. Kurfürstl. Durchl. auf die Füfse trete; sollte es aber geschehen, mag man uns nur den leisesten Wink geben, so soll schon kräftiger Schutz gegen Unrecht und Gewalt geleistet werden. Euer gnädigster Herr mufs bei Gott seine Städte in Kleve wieder haben, und wir müssen sehen, den Prinzen von Oranien grofs zu machen.“ Kurz, die Franzosen hofften offenbar, in den brandenburgischen Beschwerden einen neuen Vorwand zum Angriffe auf die freien Niederlande zu erlangen.

Lionne hielt es deshalb für zeitgemäfs, den Gesandten für Berlin, Marquis de Vaubrun, den er schon seit Monaten in Bereitschaft hielt, nunmehr auf den Weg zu schicken (April 1669); er mufste den Herrn im fernen Königsberg aufsuchen. Seine Instruktion spiegelte die Absicht des französischen Königs wieder, den Kurfürsten ernstlich und auf lange Zeit hinaus an seine Politik zu knüpfen. Brandenburg solle ihm zur Durchführung seiner Rechte auf die spanische Erbschaft, bei deren Eröffnung, 6000 Mann Hilfstruppen stellen, die auf 10000 zu erhöhen seien, wenn der König — wie er es thatsächlich beabsichtigte — sich mit dem Kaiser über die Teilung jenes Erbes verständigt haben werde. Aufser reichen Hilfsgeldern wurden die Festungen Geldern, Venlo und Roermonde, mit souveränen Rechten, dem Kurfürsten als Lohn verheifsen[1].

Zunächst begegnete Vaubrun in Königsberg grofsen Schwierigkeiten. Friedrich Wilhelms einflufsreicher Schwager, Fürst Johann Georg von Anhalt, sowie Gerhard Bernhard von Poellnitz, der die Partei völlig gewechselt hatte, wirkten einseitig im Sinne Österreichs. Am liebsten hätte der Kurfürst, seiner ganzen Gesinnung und Gewohnheit entsprechend, auch weiterhin freie Hand behalten, sich nur französische Subsidien gesichert. Allein, dafs dies unthunlich sei, davon überzeugte ihn der Gesandte bald. Es mufste Friedrich Wilhelm immerhin angenehm

[1] H. Prutz, Aus des Grofsen Kurfürsten letzten Jahren (Berlin 1897), S. 15. 335.

berühren, dafs man von ihm keinen unmittelbar feindlichen Schritt gegen die Holländer forderte. Dagegen wufste er, dafs, menschlichem Ermessen nach, die Erlangung eines grofsen Teiles der spanischen Erbschaft durch Frankreich nicht mehr zu verhindern war; denn seit dem Frühjahr war ihm das Dasein des französisch-österreichischen Teilungsvertrages bekannt geworden. Es konnte sich thatsächlich für ihn nur noch darum handeln: ob er der grofsen Aktion als unbeteiligter Zuschauer beiwohnen oder als Teilnehmer wenigstens ein Stücklein der unermefslichen Beute davontragen solle. Das letztere hatte er nur im Anschlufs an Frankreich zu erwarten. Denn die Holländer suchten selber unter grofsen Opfern sich mit Frankreich auszusöhnen, während sie ihn grundsätzlich auf das übelste behandelten; und ebensowenig vermochte er auf die wankelmütigen Regenten Schwedens zu zählen, die sich stets dem Meistbietenden in die Arme warfen[1]. So kamen, nach des Kurfürsten Rückkehr nach Berlin, Ende September 1669, die Verhandlungen zwischen seinen Ministern von Jena und Schwerin, sowie dem Marquis von Vaubrun in lebhaftern Flufs. Es handelte sich für Friedrich Wilhelm in erster Linie nicht um Subsidien, die er keineswegs als so unentbehrlich betrachtete, wie damals Freund und Feind es glaubten, sondern er entschlofs sich zum Bündnis mit Frankreich aus den schon erwähnten allgemeinen und sachlichen Gründen. Wie er denn selber seinen Kommissaren erklärte: „er habe auf das Geld nicht zu sehen, sondern müsse sich des Königs von Frankreich Freundschaft recht versichern, zumal der Kaiser alles vergessen, was er an demselben gethan, ihm Tort zufüge und in keiner Sache Satisfaktion geben wolle“[2]. Eigentlich war man beiderseits in allen wichtigen Dingen einig; trotzdem gingen, nach der bedächtigen Weise jener Zeit, die Verhandlungen noch während vier Monate hin und her. Vaubrun glaubte — mit Unrecht — schwere Besorgnisse hegen zu müssen, wegen der Vorteile, die die Tripelallianz und der Kaiser dem Brandenburger böten, wenn er von dem Traktate mit Frankreich abliefse[3].

---

[1] Berichte Goefs' v. 23. Jul., 23. Sept., 4. Nov. 1669; U. u. A., XIV, 425 f. 429 ff.

[2] Zechlin, 19./29. Sept. 1669; U. u. A., XII, 908.

[3] Prutz, 17. — Prutz nimmt alle diese Befürchtungen Vaubruns als

Jedenfalls wirkte das auf ihn und seine Regierung in einem für Brandenburg günstigen Sinne ein. So kam am 4. Januar 1670 zu Berlin zwischen dem Könige und dem Kurfürsten ein auf zehn Jahre abgeschlossenes Geheimbündnis zu stande, das indes auf den 21./31. Dezember 1669 zurückdatiert wurde[1]. Der Kurfürst verhiefs darin, der Tripelallianz fern zu bleiben, dagegen, unter bestimmten Bedingungen, einem erneuten Rheinbunde beizutreten. Er werde in eigener Person dem Könige 10000 Mann zur Eroberung der spanischen Niederlande, nach Eröffnung der spanischen Erbschaft, zuführen. Dafür solle er während der nächsten zehn Jahre je 40000 Thaler Subsidien, sowie im Kriegsfalle 150000 Thaler Werbegelder erhalten, auch nach dem Übergange Belgiens an Frankreich die Festungen Geldern, Venlo und Roermonde mit den dazugehörigen Gebieten in voller Souveränität erlangen. In geheimsten Artikeln versprach Friedrich Wilhelm, die welfischen Herzoge, sowie die Landgräfin von Kassel dem Rheinbunde zuzuführen, in allen Reichsangelegenheiten die französischen Absichten zu fördern, endlich gegen die Aufnahme des Kaisers, als Königs von Böhmen, in die Kurfürsten-Einung zu stimmen. Später ist, auf Wunsch des Kurfürsten, ihm ganz Spanisch-Geldern rechts der Maas verheifsen worden.

Dieser Vertrag stellte den Brandenburger vor allem dem Kaiser scharf gegenüber — in Reichssachen mufste er diesem künftighin unbedingte Opposition machen, so lange es Frankreich nicht anders beliebte. Die Abhängigkeit von diesem Staate ist sonst mehr scheinbar als thatsächlich. Brandenburg genofs seines Schutzes und seiner, allerdings wenig beträchtlichen Subsidien. Dafür verpflichtete es sich nur auf ein Ereignis, dessen Eintreten vielleicht einer sehr fernen Zukunft angehörte — thatsächlich hat Friedrich Wilhelm es nicht mehr erlebt, fand es doch dreifsig Jahre später unter ganz veränderten Verhältnissen statt. Irgend eine Obligation für den

der Wirklichkeit entsprechend an, obwohl ihm die Akten in den U. u. A., Bd. III, XII, XIV, das Gegenteil hätten beweisen müssen.

[1] Pour ne pas dater de deux années différentes, à cause des deux stiles; Bericht Vaubruns v. 5. Jan. 1670. — Der Vertrag: v. Mörner, S. 335 ff. 691 ff. — Die geheimsten Artikel: U. u. A., XII, 914, Anm. 1. — Die Abtretung des gesamten span. Geldern, rechts der Maas: ebendas. S. 914 f.

bevorstehenden Kampf Frankreichs gegen Holland hat Friedrich Wilhelm nicht übernommen, ja, nicht im mindesten in Aussicht gestellt. Dieses Bündnis, wie das von 1667, war in seinem Sinne eigentlich nur ein von der Notwendigkeit erzwungener Waffenstillstand mit dem furchtbaren Gegner an der Seine.

Freilich, Ludwig selber und seine deutschen Verbündeten faſsten das Verhältnis ganz anders auf und waren entschlossen, den Kurfürsten nach diesem ersten Schritte noch andere, entscheidendere, in der gleichen Richtung thun zu lassen. Am 6. Januar 1670 — nur zwei Tage nach Abschluſs des Vertrages — erschien der kölnische Domherr Fürst Wilhelm von Fürstenberg in Berlin, vorgeblich mit der harmlosen Aufgabe, über verschiedene laufende Angelegenheiten des Reiches sich mit dem Kurfürsten zu verständigen. Ungläubigen Zweiflern gegenüber gab er höchstens zu, daſs es sich darum handle, bei den in den Niederlanden drohenden Wirren die beiden am nächsten gefährdeten Kurstaaten Köln und Brandenburg enger aneinanderzuschlieſsen. Er protestierte mit Heftigkeit gegen die Annahme, daſs er französische Interessen vertrete. Allein in Wahrheit sollte er Brandenburg vorschlagen, dem französischen Könige bei seinem bevorstehenden Angriffe auf Holland thätigen Beistand zu leisten, ebenso, wie Kurköln und Münster es schon beschlossen hätten, wofür ihm die Rückgabe der von den Holländern noch immer besetzt gehaltenen klevischen Festungen verheiſsen wurde[1]. Das wäre freilich ein karger Lohn für ein groſses Opfer gewesen. Fürstenberg fühlte es wohl, er sah sich gemüſsigt, selber ein verlockendes Projekt aufzustellen, das er dem Kurfürsten vorlegte. Die Vereinigten Provinzen sollten an die deutschen Nachbarfürsten verteilt, nur Holland und Seeland dem Prinzen von Oranien vorbehalten, das Ganze durch eine Art föderativen Bandes zusammengehalten werden. Ein Vorschlag, so abenteuerlich und zugleich den wahren Absichten Ludwigs XIV. so wenig entsprechend, daſs er nur Fürstenbergs eigenem Hirn entsprungen sein kann.

Friedrich Wilhelm hatte das Eintreffen dieses übel berüchtigten Agenten Frankreichs an seinem Hofe sehr ungern

[1] Pufendorf, XI, 5. 6. — U. u. A., XII, 894; XIII, 5; XIV, 439. 443. — Prutz, 18 f. — Strecker, Meinders, 38 ff.

gesehen, da er fürchtete, das Geheimnis seiner damaligen Politik müsse hierdurch verraten werden. Allein er konnte den Sendling nicht geradezu abweisen. Er liefs also die Sache in anscheinendem Vertrauen so darstellen, als sei Fürstenberg nur im Auftrage Kurkölns angelangt, hielt den Domhern durch vorgebliches Eingehen auf seine Projekte hin und schickte ihn endlich mit allgemeinen Redewendungen wieder fort. Nicht einmal einen engern Anschlufs Brandenburgs an die beiden französischen Vasallen Kurköln und Münster hatte Fürstenberg durchzusetzen vermocht.

Der Kurfürst wollte die Leitung seiner Politik zu eigenen Händen behalten, und zwar um so mehr, je verschiedener im Grunde seine Absichten von denen der französischen Regierung und ihrer Verbündeten waren. Er sandte deshalb einen seiner ausgezeichnetsten Diplomaten nach Paris, den Legationsrat Lorenz Georg von Krockow, einen obwohl noch jungen, doch schon an den Höfen von Warschau und Stockholm geschulten, scharf und fein beobachtenden Staatsmann. Seine Aufgabe war zunächst, in Paris zu Mäfsigung und Frieden zu mahnen — eine Aufforderung, die Brandenburg eifrigst auch an die Hochmögenden im Haag ergehen liefs[1].

Allein die Gegensätze waren zu tief gewurzelt, als dafs solche gut gemeinten Bemühungen auch nur den mindesten Erfolg hätten haben können. Krockow und Fürstenberg meldeten übereinstimmend, dafs der Allerchristlichste König den Angriff auf die Republik noch für den bevorstehenden Sommer beabsichtige. Ungezählte, schmerzende Beleidigungen häufte er auf die Generalstaaten, seine Feindschaft so unverkennbar enthüllend, dafs man schon daraus auf die nahe Eröffnung des Krieges schliefsen mufste[2]. Die Holländer aber, damals noch voll Vertrauens auf den vertragsmäfsigen Beistand Englands, Schwedens und Spaniens, mit denen sie am 7. Mai 1669 eine neue Verpflichtung zu gemeinsamer Verteidigung eingegangen waren, wiesen die Vermittelung des Brandenburgers zurück, in dem sie, trotz seiner Ableugnungen und Beteuerungen, lediglich einen Verbündeten ihres Gegners erblicken mufsten. Sie stellten ihn auf die Probe, indem sie von ihm den Beitritt zu der

[1] Pufendorf, XI, 7. 14.
[2] Lefèvre-Pontalis, II, 45 ff.

Garantieakte für den Aachener Frieden forderten — ein Ansinnen, das er entschieden ablehnte, mit der ausdrücklichen Begründung, dafs er sich nicht ohne Not mit der Krone Frankreich überwerfen werde[1]. Selbstverständlich bestärkte solche Motivierung die holländischen Staatsmänner in ihrer ungünstigen Auffassung der brandenburgischen Politik. Sie meinten, der Kurfürst wolle sich ihnen nur aufdrängen, günstige Bedingungen und Zugeständnisse erpressen.

Friedrich Wilhelm war damals niedergeschlagen, still, melancholisch: ganz seinem natürlichen sanguinischen und aufbrausenden Temperamente entgegen[2]. Er befand sich in der unbehaglichsten Stimmung, da er sich von der eigentlichen und grundsätzlichen Richtung seiner Politik gänzlich abgedrängt sah. Mit den Holländern, deren Bundesgenossenschaft er stets gewünscht hatte, war er zerfallen. Die niederländischen Machthaber antworteten auf seine Friedensermahnungen mit höhnischen Worten: sie wüfsten von keiner Feindschaft Frankreichs oder anderer ihrer Nachbarn gegen sie, da sie solchen keinerlei Grund zum Kriege gegeben hätten. So wiesen sie in thörichter Verblendung die wohlgemeinten Vermittelungsversuche des Kurfürsten zurück[3]. Und der Kaiser, mit dem er in möglichster Gemeinschaft zu handeln bestrebt gewesen, behandelte ihn gerade damals in Polen mit offener Feindschaft und bezeugte ihm eine Mifsachtung, die ihn in hellen Zorn versetzte. „Der Teufel mufs alsda ganz los sein," schrieb er am 2. April 1670 an Schwerin[4]; „läfst mir Gott Leben und Gesundheit dabei, so werde ich suchen, solches zu revanchiren, denn es ist zu grob. Das ist der Dank, dafs ich ihm die Krone aufgesetzt habe; die Zeit kann kommen, dafs ich ihm die ab- und einem andern, der es besser meritirt als er, wieder aufsetze." Sein einziger Anhalt war Frankreich, dasselbe Frankreich, dessen ehrgeizige Absichten auf Weltherrschaft er über alles fürchtete, gegen das er stets eine grofse europäische Koalition geplant hatte!

Freilich kamen von allen Seiten — von Kurköln, Mainz, Münster — Vorschläge zur Bildung eines westdeutschen Fürsten-

[1] U. u. A., XII, 903 ff.

[2] Berichte Goefs' v. 28. März 1670; U. u. A., XIV, 448.

[3] Pufendorf, XI, 14. — H. Peter, Der Krieg des Grofsen Kurfürsten gegen Frankreich 1672—75 (Halle 1870), S. 11.

[4] U. u. A., XII, 935.

bündnisses behufs der Verteidigung des Reiches. Allein sie boten Friedrich Wilhelm wenig Greifbares, zumal die Gesinnungen der Bischöfe von Köln und Münster mehr als verdächtig waren. Es war ihm lieb, durch die Sendung des Marschalls von Schönborn, eines Neffen des Mainzer Kurfürsten, nach Dresden und Berlin zu erfahren, dafs wenigstens der Reichserzkanzler jetzt völlig die französische Partei verlassen habe. Er zeigte sich auch geneigt, sich mit Mainz und den westfälischen Fürsten zu gemeinsamem Schutze des Reiches zu verbünden[1]. Aber das waren noch keine hinreichend starken und zuverlässigen Elemente, auf die gestützt er es hätte wagen können, eine neue, ihm genehmere Wandlung in seiner Gesamtpolitik zu vollziehen.

Und doch sah er seine Befürchtungen wegen der alles und alle bedrohenden Vergröfserungssucht Frankreichs sich in immer erschreckenderer Weise verwirklichen. Ein französisches Heer fiel mitten im Frieden, ohne jede Kriegserklärung (Ende August 1670) in das Herzogtum Lothringen ein und besetzte es innerhalb weniger Wochen. Der Vorwand war, dafs Herzog Karl III. die Absicht gehabt, der Tripelallianz beizutreten und deren sowie des Reiches Schutz für sein Land anzurufen; auch sein Anschlufs an den kaiserfreundlichen Limburger Bund wurde ihm aufs Kerbholz geschrieben. Es war also ein todeswürdiges Verbrechen, wenn man sich gegen Ludwigs XIV. Ländergier zu sichern suchte! Ganz Europa war über diese alles Recht verhöhnende Willkür entsetzt und entrüstet. Der Allerchristlichste König hatte gezeigt, dafs er jeden Zwist mit einem anderen Staate nicht durch diplomatische Mittel beizulegen, sondern ganz einfach durch Vernichtung des Gegners zu entscheiden gewillt sei. Welch furchtbare Drohung für die freien Niederlande, aber auch für die westlichen Reichsfürsten, denen jeder Tag das Schicksal Lothringens bereiten konnte! War nicht auch dieses Land, wenigstens dem Namen nach, ein Glied des Deutschen Reiches, dessen Rechte hier ebenso hochmütig mit Füfsen getreten wurden, wie bei den Angriffen Ludwigs XIV. auf die spanischen Niederlande? Dabei galt

[1] Guhrauer, Kurmainz, I, 104 f. — Mentz, I, 154 f. — Landwehr v. Pragenau, Die Marienburger Allianz (Mitteil. d. Instit. f. österr. Gesch.-Forschung, XVI [1895]), S. 587 f. — U. u. A., XIV, 450 f.

Lothringen „als eine Citadelle, deren man sich nur zu bemächtigen habe, um die ganze Nachbarschaft zu beherrschen“[1]. In der That war nunmehr das Elsafs mit dem französischen Staatsgebiete unmittelbar verbunden, die spanische Freigrafschaft von Belgien abgeschnitten, die französische Grenze in die Nachbarschaft von Luxemburg, Trier, Speyer vorgeschoben. Des Kaisers Proteste wurden in Paris mit Hohn und Drohungen zurückgewiesen.

Ein blinder Schreck ging durch das morsche, altersschwache Reich. Fürsten und Städte besserten ihre verfallenen Festungswerke aus. Die Landgräfin von Kassel, die Brandenburgerin Hedwig Sophie, eilte, im Oktober, nach Berlin, um das Bündnis der westdeutschen Reichsstände fertig zu bringen. Allein wie sollten die buntscheckigen Kontingente dieser kleinen Staaten dem furchtbaren französischen Heere widerstehen? Sie hätten die Gefahr nur heraufbeschworen, wie das Beispiel des Lothringers zeigte. Die Hilfe einer europäischen Grofsmacht war nirgends in Sicht. Der Kaiser, der Regensburger Reichstag blieben vor der grenzenlosen Demütigung still. Die Einsichtigen waren, und — wie wir wissen — mit Recht, davon überzeugt, dafs Leopold I. mit Frankreich im geheimen Einverständnisse sei, und dafs man deshalb von dem Reichsoberhaupte gegen diesen Staat keinerlei Hilfe zu erhoffen habe. Zunächst hatte die lothringische Gewaltthat den Kurfürsten von Brandenburg höchlichst erregt; aber wie er den Verlauf der Dinge sah, erkannte er bei ruhiger Überlegung, dafs man einstweilen Frankreich vielmehr durch Unterwürfigkeit von weiteren Gewaltthaten abhalten und zur etwaigen Abrechnung günstigere Zeitverhältnisse abwarten müsse. Er lehnte die Aufforderung der Landgräfin ab[2].

Er war damit vollkommen im Rechte. Die Tripelallianz, auf die allein Holland sich stützte, und in die man ihn mit allen Mitteln hatte hineinziehen wollen, existierte schon nicht mehr. Karl II. von England, ein erbitterter Feind der holländischen Oligarchen, ein geheimer Bekenner des Katholizismus, begierig nach den Subsidien des französischen Herrschers, die ihn von seinem Parlamente unabhängig machen und ihm die

[1] Lefèvre-Pontalis, II, 48.

[2] Berichte Goefs' v. Okt. u. Nov. 1670, Jan. u. März 1671; U. u. A., XIV, 459 ff.

Befriedigung seiner Prachtliebe und seiner Lüste gewähren sollten, hatte in dem Geheimvertrage zu Dover (Juni 1670) sich, sein Heer und seine Flotte Ludwig XIV. gegen die Vereinigten Provinzen zur Verfügung gestellt. Der Kurfürst erfuhr von diesem Verrate der Engländer an der Tripelallianz durch Fürstenberg, der alles aufbot, um ihn mit in das französische Bündnis zu ziehen[1]. Ebenso arbeitete in Stockholm die französische Diplomatie unausgesetzt, um Schweden zum Anschlufs an ihren König zu bewegen, die Niederländer gänzlich zu isolieren. Diese, in tragischer Verblendung, legten die Hände in den Schofs und stiefsen hochmütig den treuesten Bundesgenossen von sich, den sie hätten finden können.

Unter solchen Umständen stand Friedrich Wilhelms Entschlufs fester als je, sich mit dieser schon zerfallenen Tripelallianz in keiner Weise einzulassen. Was blieb ihm übrig, als der Versuch, mit Güte auf Frankreich zu wirken? Dieses zeigte ihm fortgesetzt das gröfste Vertrauen. Lionne und Ludwig XIV. selber eröffneten seinem Gesandten Krockow, dafs sie nur aus besonderen Gründen den Ausbruch des Krieges noch bis zum folgenden Sommer aufschöben; dann aber würden sie sicher Holland angreifen. Sie verhiefsen, nur Nordbrabant und Staatsflandern behalten, ihre übrigen Eroberungen den Verbündeten abgeben zu wollen. Brandenburg solle mit Köln und Münster ein Heer aufstellen, das von Osten her die Vereinigten Provinzen überziehe. Friedrich Wilhelm antwortete auf diese Eröffnungen freundlich, aber mit bestimmter Absage; vielmehr beschwor er die französische Regierung immer von neuem, den unheilvollen Plan einer abermaligen Erschütterung und Umwälzung Europas aufzugeben und die Erweiterung ihres Einflusses und ihrer Macht durch friedliche Erzwingung jedweder Genugthuung von den Generalstaaten zu suchen[2]. „Der Kurfürst", schreibt um jene Zeit[3] sein vertrauter Minister Schwerin, „verwendet alle Sorgfalt, den Frieden zu erhalten, darin Sie allein Ihr Interesse suchen."

Allein man mufste sich bald davon überzeugen, dafs solche Ratschläge in Paris auf unfruchtbaren Boden fielen. Der

[1] Pufendorf, XI, 10.
[2] Ebendas. 11.
[3] 1. Mai 1671; Orlich, II, 43.

Handelskrieg, den Colbert längst gegen die freien Niederlande eröffnet hatte, nahm einen immer schärferen, erbitterteren Charakter an. Schon machte man sich von Paris und vom Haag aus gereizte Vorstellungen wegen der beiderseitigen Rüstungen — sichere Vorboten des bevorstehenden Bruches. Die Vasallen Frankreichs in Deutschland: Neuburg, Kurköln und Münster, bestürmten Friedrich Wilhelm um ein Bündnis, damit ein jeder unter dem Banner der goldenen Lilien Stücke der niederländischen Beute erhasche. Der Kurfürst ging auf solche Anträge um so weniger ein, als er nicht die alberne Meinung teilte, die ihm der kölnische Abgesandte Nicolartz kundgab: man werde nur so lange mit den Franzosen gehen, wie solches mit dem eigenen Vorteil bestehe. Als ob man später die Macht besitzen würde, sich der französischen Gewalt zu entziehen, wenn erst die Vereinigten Provinzen verschwunden wären! Nur insoweit glaubte der Kurfürst eine Pflicht zu erfüllen, als er mit den beiden anderen ausschreibenden Fürsten des Westfälischen Kreises, dem Neuburger und dem Bischof von Münster, am 7. April 1671 zu Bielefeld ein Bündnis schlofs, das die Aufstellung einer Kreisarmee von 15000 Mann zur Verteidigung des Kreises gegen jedweden Angriff anordnete. Aber wenn der Kurfürst geglaubt hatte, damit die anderen Westfalen auf die Seite der europäischen und zumal der deutschen Freiheit hinüberzuziehen und für solche sichern zu können[1], so mufste er bald einsehen, dafs auch hierin er noch allzu optimistisch gedacht hatte. Auf dem Westfälischen Kreistage im Sommer 1671 kehrten Münster und Kurköln ihre französischen Sympathien heraus; die andern Stände zeigten sich lau — die Versammlung ging ergebnislos auseinander. Es war mit den damaligen Deutschen Reiche wahrlich nichts auszurichten.

Ludwig XIV. aber hielt es an der Zeit, nachdem er England gewonnen, Schweden sich geneigt gemacht, ebenso mit dem wichtigsten süddeutschen Reichsgebiete, Bayern, schon 1670 ein enges Bündnis geschlossen[2] hatte, auch das nordwestliche Deutschland endgültig an seine Partei zu knüpfen und so die

[1] Das war in der That seine Absicht bei dem Bielefelder Bündnis; s. Schwerins Erklärungen an Goefs (dessen Dep. v. 3. Juli 1671; U. u. A. XIV, 489).

[2] In seinem authentischen Wortlaute zum erstenmal veröffentlicht bei Doeberl, Bayern und Frankreich, S. 450 ff.

Holländer von allen Seiten mit einer überwältigenden Phalanx von Widersachern zu umgeben. Um diesen wichtigen Zweck zu erreichen, sandte er im April 1671 den Grafen Verjus nach Deutschland[1]. Louis de Verjus, Graf von Crécy, ein älterer, erfahrener Diplomat, durch Geist und Schlagfertigkeit ausgezeichnet, war zugleich ein kenntnisreicher Jurist, fein gebildet, ein geschickter und eleganter Schriftsteller, wie sein jüngerer Bruder, der in den geistlichen Stand getreten war. Als wichtigster der von ihm zu gewinnenden Fürsten erschien Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Am 30. April langte also der französische Abgesandte in Berlin an. Er fand hier zunächst freundliche Aufnahme: ihn, wie in direktem Schreiben den König Ludwig selbst, versicherte der Kurfürst seiner Ergebenheit für das mächtige und hochherzige Frankreich. Allein weder zu einem Offensivbündnisse noch auch zu einem Neutralitätsversprechen — der zweiten, mäfsigeren Forderung des Grafen — war Friedrich Wilhelm zu bewegen. „Was neutral zu sein ist.“ schreibt er am 6. Mai an Schwerin, „habe ich schon vor diesem erfahren; und wenn man schon die allerbesten Conditiones hat, wird man doch übel traktieret. Ich hab' mich verschworen, mein Leben lang nicht neutral zu sein, und würde mein Gewissen damit beschweren. Ich habe diese ganze Nacht wegen dieser wichtigen Sache nicht schlafen können, und habe Gott fleifsig angerufen, mir in den Sinn zu geben, was ich zu thun und zu lassen hätte.“ Er hielt — wie Ludwig solches damals in der That beabsichtigte — den Ausbruch des Krieges für nahe bevorstehend. Nicht auf Seite Frankreichs zu fechten, das stand bei ihm fest; aber auch gegen jenes Staates und seiner Verbündeten furchtbare Macht ganz allein zu kämpfen, war unthunlich. Er folgte darin den Ratschlägen des Oberpräsidenten Schwerin, der ihm vorgestellt hatte: ein Bündnis gegen Holland sei für ihn, der mit diesem Staate durch persönliche Verwandtschaft, durch alte politische Verbindungen und durch die Gemeinsamkeit der Religion verknüpft sei, unmöglich; aber ebenso der Kampf gegen Frankreich, das Brandenburg nicht beleidigt, sondern stets in guter Freund-

[1] Über die Persönlichkeit Verjus' sehe man die Biographie nationale. Über seine Sendung: U. u. A., II, 506 f.; III, 288 ff.; XII, 945 ff.; XIV, 479 ff.; Mignet, III, 289 ff.; Prutz, 20 ff.

schaft mit ihm gestanden habe, auch durch seine Macht ihm sehr nützlich werden könne[1]. So beschlofs er abzuwarten, und inzwischen zu versuchen, ob er nicht das protestantische Schweden bewegen könne mitzuwirken, dafs die Staaten nicht ganz über den Haufen geworfen würden, sondern das evangelische Interesse mit beobachtet werde. Auch mufste Schwerin dem Grafen Verjus vorstellen, dafs es keineswegs im wahren Interesse Frankreichs liege, die niederländische Republik, seine alte Verbündete, zu vernichten. Nur die leidenschaftliche Herrsch- und Rachsucht Ludwigs XIV. konnte ihn in dieser Bemerkung die Stimme der Staatsklugheit verkennen lassen. Der Erfolg hat gelehrt, dafs Friedrich Wilhelm gerade von französischem Standpunkte aus das Richtige getroffen hatte: wenn Ludwigs Pläne schliefslich im entscheidenden Augenblicke gröfstenteils gescheitert sind, so ist daran die unversöhnliche Feindschaft schuld, die er den Holländern aufgenötigt hatte, sowie das Emporkommen Wilhelms III. von Oranien, den lediglich Frankreichs Angriff auf den Trümmern der diesem Staate so ergebenen oligarchischen Partei zur Macht geführt hat.

Zum Unglück für Europa und am letzten Ende für Frankreich selbst waren die kriegerischen Pläne der französischen Regierung schon zu fest begründet und zu weit gefördert, als dafs Verjus auf das erneute Vermittelungsangebot Brandenburgs hätte eingehen können; er verlangte eine bestimmte und bindende Erklärung. Die wies der Kurfürst zurück: er müsse zuerst wissen, wie sich Schweden zur Sache stellen werde, denn mit dessen Nachbarschaft sei er gezwungen bei allen Gelegenheiten zu rechnen. Um sich des eifrigen Mahners zu entledigen, bat er Verjus — angeblich um das Geheimnis besser zu wahren — er möge nicht in Berlin, sondern auf dem Westfälischen Kreistage in Bielefeld mit seinen dortigen Gesandten Jena und Blaspeil weiter verhandeln.

Die wahre Antwort erteilte Krockow in Paris, indem er dem Minister Lionne zu erklären hatte: niemals werde der Kurfürst zu einem Angriffsbündnisse gegen die Holländer zu haben sein. Allerdings sein Anerbieten, Brandenburg werde die Holländer zu jedweder Genugthuung dem Könige gegenüber

[1] Ms. Gutachten Schwerins v. 4./14. Juli 1671; Berlin, Geh. Staats-Arch., Rep. 63, Konv. 2.

bestimmen, wies Lionne hochfahrend zurück: sein Herr verlange keine Genugthuung von den Generalstaaten, er beabsichtige überhaupt, deren Stolz und Übermut zu brechen; auch seien die Dinge zu weit gediehen, um noch beigelegt zu werden, und der König habe sich bereits mit Freunden verbündet, deren Interesse er nicht aufopfern könne. Aber seine Forderung an Brandenburg war im Grunde bescheiden: er verlangte lediglich Neutralität und volles Geheimnis. Letzteres hat der Kurfürst, der ja den mächtigen Monarchen nicht persönlich gegen sich aufbringen wollte, getreulich bewahrt.

Nach solchen Erfahrungen rechnete Verjus nicht mehr auf einen Erfolg seiner Negotiationen mit den Brandenburgern in Bielefeld. Wenn er dorthin reiste (23. Mai), so geschah es vielmehr, um mit den anderen westdeutschen Landesfürsten zu verhandeln. Und damit hatte er mehr Glück, denn hier fand er weder so viel politische Einsicht, noch so feste und edle Gesinnung wie bei Friedrich Wilhelm. Der katholische Herzog Johann Friedrich von Hannover war der erste, der — am 10. Juli 1671 — mit dem französischen Gesandten einen sogenannten Neutralitätsvertrag abschlofs, der im Grunde ein Angriffsbündnis gegen die Holländer war. Der Kurfürst von Köln und der Bischof von Münster folgten diesem Beispiele. Selbstverständlich erhielten alle diese Fürsten von Frankreich Subsidien. Ludwig XIV. stellte ihnen überdies den Krieg gegen die Holländer als einen Kampf für die katholische Kirche wider die Ketzer dar. Nicht allein die politischen, auch die heiligsten religiösen Interessen des Brandenburgers waren bedroht.

Und zwar um so mehr, als seine rheinisch-westfälischen Besitzungen nunmehr von Frankreichs Söldnern eingeschlossen waren. Die ganze Lage hatte sich dadurch zu seinem Nachteile verändert. Er hielt es deshalb für geboten, wenigstens zum Scheine dem Grafen Verjus ein gröfseres Entgegenkommen zu zeigen. So liefs dieser, der ursprünglich nicht mehr nach Berlin hatte zurückkehren wollen, sich zu nochmaliger Reise nach der märkischen Hauptstadt bestimmen, um dort wohlwollende Neutralität und freien Durchzug der französischen Truppen durch die kurfürstlichen Lande zu fordern, wofür er 100000 Thaler Hilfsgelder und Rückgabe der von den Holländern besetzten klevischen Festungen versprach. Friedrich Wilhelm hielt es für sicherer, dem Grafen freundliches Eingehen

auf seine Vorschläge in Aussicht zu stellen. Ohne sich fest zu binden, nahm er doch, um die Gefahr seiner Lage zu mindern, eine für Frankreich um eine Nuance günstigere Stellung ein. Er protestierte auf das lebhafteste gegen die Ausstreuungen der Holländer, als sei er zum Bündnisse mit ihnen entschlossen; einen solchen Gedanken wies er mit gut geheucheltem Unwillen von sich[1].

Ein Besuch, den Wilhelm von Oranien während des Sommers 1671 in Berlin machte, wobei er von seinem Oheim und dessen Kurprinzen auf das freundlichste empfangen wurde[2], vermochte an den allgemeinen Verhältnissen nichts zu ändern. Denn der Oranier besafs einstweilen keinen Einflufs auf die Politik seines Heimatslandes, und dessen Machthaber vermieden es noch immer, dem Brandenburger das mindeste thatsächliche Entgegenkommen zu erzeigen. Und doch hätten sie so vielen Anlafs gehabt, sich in dem thatkräftigen Kurfürsten einen Rückhalt zu sichern, da ihr Abgesandter in Bielefeld, van Amerongen, sie über die gefährlichen Umtriebe des Grafen Verjus mit den katholischen Fürsten des Niederrheins und Westfalens sattsam unterrichtet hatte[3]. Sie waren wie mit Blindheit geschlagen.

Da trat von anderer Seite ein anscheinend sehr verlockendes Anerbieten an Friedrich Wilhelm heran. Auf Betreiben des immer geschäftigen, jetzt vom Freunde der Franzosen zu deren eifrigem Gegner bekehrten Mainzer Kurfürsten Johann Philipp von Schönborn schlofs, im August 1671, der Kaiser mit diesem Prälaten, den zwei andern Kurfürsten von Trier und Sachsen, sowie dem Bischofe von Münster ein zehnjähriges Bündnis zur Verteidigung des Westfälischen Friedens und der Sicherheit des Reiches; später sind noch Brandenburg-Kulmbach, sowie der Bischof von Paderborn beigetreten[4]. Eine an sich treffliche und

---

[1] Kurf. an Schwerin, 20. Sept. 1671; Orlich, II, 44, III, 189.

[2] Galland, Der Grofse Kurfürst u. Moritz v. Nassau (Frankf. a. M. 1893), S. 15.

[3] Van Sypesteyn, Nederland en Brandenborg in 1672 en 1673 (Haag 1863), S. 19 f. — U. u. A., III, 195.

[4] Über das Marienburger Bündnis: Pufendorf, XI, 44; Guhrauer, I, 136 ff., II, 132 ff.; Droysen, Abhdlg. z. neuern Gesch., 363 ff.; Auerbach, La diplomatie française, 347 ff.; U. u. A., XIV, 497; vor allem Landwehr v. Pragenau, 582 ff.

von dem Mainzer sehr wohlgemeinte Sache! Allein was sollte dieses sogenannte Marienburger Bündnis nützen, da ihm der Münsterer angehörte, der damals schon ein Söldner Frankreichs war, sowie Sachsen, das sich längst mit diesem verbündet hatte, und da ihm der Kaiser vorstand, der — wie wir sehen werden — wenige Wochen später mit fliegenden Fahnen in das französische Lager überging? Die Anzahl der Truppen, die die Marienburger Alliierten zum Schutze des Reiches aufzustellen sich verpflichteten, war eine lächerlich geringfügige. Die hohen Kontraktanten zeigten begreiflicherweise eine entsetzliche Furcht, in einen Krieg gegen Frankreich verwickelt zu werden. Friedrich Wilhelm hat sich mit Recht geweigert, bei einem derartigen totgeborenen Kinde Pate zu stehen.

Wie richtig er dabei gehandelt hatte, sollte sich binnen kurzem zeigen. Die Drohungen und Schmeicheleien Frankreichs brachten den wohlmeinenden aber schwachen und unbeständigen Mainzer Kurfürsten bald dahin, seine unfruchtbare Gegnerschaft aufzugeben und sich auf das Gebiet einer vorsichtigen Neutralität zu flüchten, die, aufser der gröfseren Sicherheit, noch den Vorteil besafs, dafs die französischen Geschenke und Subsidien wieder „seinen Suppentopf zum Kochen brachten". Auf die ersten Andeutungen Brandenburgs, es sei zu einer wirksamen Allianz gegen die dem Reiche von aufsen her drohenden Gefahren bereit, zog sich Johann Philipp ängstlich zurück. Noch weit bedeutsamer jedoch war der abermalige Abfall des Kaisers von den Interessen Europas.

Der österreichisch-französische Vertrag vom 19. Januar 1668 über die Teilung der zukünftigen spanischen Erbschaft hatte die Freundschaft zwischen Wien und Paris nicht auf lange begründen können. Die fortgesetzten Eroberungen Frankreichs auf Kosten Spaniens; seine stete Bekämpfung des kaiserlichen Einflusses im Reiche; seine drohenden Rüstungen gegen Holland: alles dies hatte mit Recht auf den kaiserlichen Hof sehr verstimmend gewirkt. Es war zu heftigen Scenen, ja vorübergehend zum Bruche zwischen dem leitenden Minister des Kaisers, Fürsten Wenzel Lobkowitz, und dem französischen Gesandten Gremonville gekommen[1]. Allein dieser geistvolle,

[1] Ad. Wolff, Fürst Wenzel Lobkowitz (Wien 1869). — Mignet, Bd. III, Sektion 3.

gewandte und kecke Diplomat besafs ein vorzügliches Mittel, den kaiserlichen Minister zum Schweigen zu bringen: er bedrohte ihn mit der Veröffentlichung seines früheren verräterischen Briefwechsels mit dem französischen Hofe. Indem König Ludwig dem Kaiser vorstellte, dafs er England bereits für sich gewonnen habe, dafs also die deutschen Habsburger nur mit seiner Hilfe einen Anteil am spanischen Erbteile erlangen könnten; indem er, der protestantischen Trippelallianz gegenüber, das katholische Interesse in den Vordergrund stellte: wurde der schwache und bigotte Leopold I. auch persönlich gewonnen. Er hoffte aufserdem, wenn er gute Beziehungen zu Frankreich unterhielt, um so eher die Unzufriedenen in Ungarn unterdrücken und der stets drohenden Feindschaft der Türken widerstehen zu können. Am 1. November 1671 schlofs er also mit Frankreich eine neue Übereinkunft, sich in keinen Krieg zu mischen, der aufserhalb Deutschlands und Spaniens geführt werde, unter dieser Bedingung den von Frankreich angegriffenen Mächten keinerlei Beistand zu leisten.

Österreich hatte in einer Krise, die über das Schicksal Europas entscheiden mufste, zu Gunsten des gefährlichsten Gegners auf seine Rolle als Grofsmacht verzichtet. Und nun waren die Niederländer vollständig vereinzelt.

Das war das Werk Lionnes. Niemals ist eine grofse militärische Aktion umfassender und musterhafter diplomatisch vorbereitet worden. Im Herbste 1671 starb er; der Nachfolger dieses stürmischen Geistes wurde der ehrenhafteste, gemäfsigteste, aber auch gewandteste unter den damaligen französischen Staatsmännern: Simon Arnaud Marquis von Pomponne.

Noch war Schweden nicht offen aus der Tripelallianz geschieden; noch kämpfte dort im Reichsrat, der die Vormundschaft für den jungen König Karl XI. führte, die niederländische Partei unter Johann Gyllenstierna gegen den Reichskanzler de la Gardie, der die französischen Interessen vertrat. Kurfürst Friedrich Wilhelm sah im Festhalten Schwedens an Holland die einzige Rettung für die Republik, ja für den festländischen Protestantismus. Er sandte also Christoph von Brandt nach Stockholm, um die schwedische Regierung in diesem Sinne zu beeinflussen. Er beschwor sie im Interesse der von allen Seiten bedrohten und zurückgedrängten Religion, zum Schutze des gefährdeten Friedens, zur Bewahrung des Deutschen Reiches

sich mit ihm zu verbinden, der zu jeder Freundschaft und Hilfe für Schweden gern bereit sei. Zugleich sandte er den bewährten Blumenthal an den Rivalen Schwedens, an Dänemark, um diesen Staat wenigstens zum Schutze des Reiches, dessen Fürst ja der König für seinen Anteil an Holstein war, zu verpflichten. Freilich richtete der brandenburgische Gesandte in Kopenhagen wenig aus, da man hier nur von zwei Rücksichten geleitet wurde: dem Hafs gegen Schweden und der Furcht vor der englischen Seemacht[1].

Alle Bemühungen Friedrich Wilhelms, eine Partei des Friedens, des Widerstandes gegen die furchtbar hereinbrechende Übermacht Frankreichs zu bilden, waren vergeblich. Ludwig XIV. aber drängte auf eine bestimmte Erklärung des Kurfürsten, mit Lockungen wie mit Drohungen. Bald hiefs es in Paris: „wenn nur Se. Kurfürstl. Durchl. mit einträte, solle die Sache in kurzer Zeit zu deren grofser Avantage gewendet werden;“ — dann wieder: „Ich kenne allzugut die Klugheit des Herrn Kurfürsten, um zu glauben, dafs er voreilig die Partei von Leuten ergreifen werde, denen das schlimmste Schicksal bevorsteht.“[2]

Es blieb kein Zweifel mehr an dem nahen Ausbruche des gefürchteten Krieges. Damit rückte — weil Friedrich Wilhelm mit Recht von einer schwächlichen und auf alle Fälle gefährlichen Neutralität nichts wissen wollte — für ihn die Entscheidung unabwendbar heran: ob er sich zum gehorsamen, aber gut gelohnten Diener von Frankreichs weltbeherrschenden Plänen machen, oder aber gegen sie, an der Seite des ihm übelwollenden Hollands, den Verzweiflungskampf bestehen wolle? Eine furchtbare Lage für den verhältnismäfsig schwachen, weithin zerstückten, dem Kriegsschauplatze so nahen Kurstaat, die in der That ebenso viele Besonnenheit wie Kühnheit erheischte.

Friedrich Wilhelm war im Grunde stets dazu geneigt, sich zur Verteidigung der europäischen Freiheit und der protestantischen Religion den Generalstaaten anzuschliefsen[3]. Aber diese waren durch Hochmut und Verzagtheit gleich sehr verblendet.

[1] Pufendorf, XI, 32. 40.
[2] Korrespondenz Krockows, Okt.-Nov. 1671; U. u. A., XIII, 21 ff. 31.
[3] Das wufste Goefs sicher bereits im Dezember 1671; U. u. A., XIV, 513.

Sie verachteten von der Höhe ihres Glanzes und Reichtums herab die armen, bettelnden deutschen Fürsten, und sie erhofften noch immer die Wiederherstellung eines leidlichen Verhältnisses zu dem grofsen Könige, das sie mit den schwersten Opfern an Einflufs und Ehre zu erkaufen bereit waren. So hatten sie mit verschränkten Armen zugesehen, wie Ludwigs Abgesandte in Deutschland intriguierten und einen Reichsfürsten nach dem andern zu der französischen Partei hinüberzogen. Sie hatten nichts gethan, um vor allen den Brandenburger zu gewinnen und sich durch dessen mafsgebendes Beispiel andere Reichsstände zu sichern; sie hatten vielmehr den Kurfürsten, den sie als lästigen Bittsteller zu betrachten liebten, in seinen Bemühungen zu ihren Gunsten geradezu brach gelegt. Allgemein war man darüber verwundert, und ein deutscher Fürst schrieb damals an einen hochgestellten niederländischen Staatsmann: Cunctantem maxime Mars odit[1].

Und doch liefsen den Holländern seit dem Beginne des Herbstes 1671 die Berichte ihres Gesandten in Paris, de Groot, nicht den mindesten Zweifel darüber, dafs Frankreich im folgenden Frühjahr den Angriff unternehmen werde. Das demütige Bitten und Betteln um Verzeihung, um Wiederverleihung der königlichen Gunst fand in Versailles nur kühle, ja höhnische Zurückweisung. Karl II. von England hatte schon vorher die Maske abgeworfen und auf jede Weise, selbst durch direkte Feindseligkeiten, seine Absicht kundgethan, als Verbündeter des Allerchristlichsten Königs mit den Vereinigten Provinzen Händel anzufangen; um die Kriegskosten bestreiten zu können, schreckte Karl sogar nicht vor einem Staatsbankerott zurück, der seine Pläne aller Welt offenbarte. Auch diesen Sturm suchten die Generalstaaten durch Unterwürfigkeit und Selbstentehrung zu beschwören — vergebens, da der Krieg gegen sie von den englischen Machthabern fast noch eifriger ersehnt wurde als in Paris[2].

So stand es gegen Ende des Jahres 1671 um die Vereinigten Provinzen: sie hatten den Angriff seitens der mächtigen Könige von England und Frankreich zu erwarten, die eine Anzahl deutscher Fürsten hinter sich herzogen. Sie selber durften

[1] Sypesteyn, 21 f.
[2] Lefèvre-Pontalis, II, 120 ff.

nur auf den Beistand des materiell und moralisch bis zur Kraftlosigkeit geschwächten Spanien rechnen. Im Innern waren sie von Faktionen zerrissen, selbst die herrschende Partei der Oligarchen war ohne Energie und Stärke, de Witt durch eigenes Alter und den Neid seiner Genossen lahm gelegt. Die Festungen waren zerfallen, das Heer an Zahl und Zusammenhang schwach und der Regierung feindlich gesinnt. Woher sollte da Rettung kommen?

Inzwischen fafste Frankreich in der unmittelbaren Nachbarschaft der Niederlande Posten. Es benützte dazu den Streit, den sein Verbündeter, der Kurfürst von Köln, mit der freien Reichsstadt gleichen Namens begonnen hatte, die er, dem Beispiele so vieler anderer Fürsten folgend, seiner Herrschaft unterwerfen wollte. Die gefährliche Bedeutung der Sache erkennend, legten die Generalstaaten, aufser mehreren tüchtigen Offizieren, ein Regiment Infanterie von 1500 Mann unter dem Obersten Bangfield in die Stadt. Der Kurfürst protestierte und zog Truppen zusammen, die von Frankreich verstärkt und bezahlt wurden. Die Angelegenheit hatte eine allgemeine Wichtigkeit. Denn da Ludwig seinem englischen Verbündeten zugesagt hatte, die spanischen Niederlande unberührt zu lassen, konnte er die freien nur vom Niederrhein, und zwar vom Kölner Kurfürstentum aus angreifen. Eine starke holländische Besatzung in der Stadt Köln aber hätte diese Verbindung für den Überfall der Vereinigten Provinzen unmöglich gemacht.

Deshalb mischte sich auch Friedrich Wilhelm von Brandenburg in den Streit um Köln. Er hatte längst zum Frieden geraten, im Haag und in Wien vor jeder kriegerischen Entscheidung der Kölner Frage gewarnt. Jetzt, im November 1671, liefs er durch seinen Gesandten Blaspeil den Kurfürsten Maximilian Heinrich ermahnen, die der eigentlichen Bedeutung des Zwistes mit der Reichsstadt so wenig entsprechenden übergrofsen Kriegsrüstungen abzustellen, die nur dazu angethan seien, Unheil und Kampf über das Erzstift und dessen Nachbarn zu bringen; vielmehr möge er mit jedermann Frieden halten[1].

Es war diese Vorstellung der erste entschiedene Schritt,

[1] U. u. A., XIII, 92 ff. — Über das Folgende: ebendas. XIII, 36. 96 ff.; Mignet, III, 676. 705 ff.

den Brandenburg gegen Frankreichs Kriegspläne unternahm. Als solcher wurde sie auch aufgefafst, und zwar als eine Mafsregel von grofser Bedeutung. Denn gelang es, den Franzosen Kurköln und Lüttich, das gleichfalls Maximilian Heinrich gehörte, zu versperren, so war ein französischer Angriff auf die Vereinigten Provinzen unmöglich. Deshalb lebhafter Zorn der Franzosen und ihres Verbündeten in Bonn! Der Kölner Kurfürst beschwerte sich in Berlin über Blaspeil, als habe dieser offenbar seine Instruktionen überschritten. Dasselbe zu glauben, heuchelte Louvois dem Krockow gegenüber; dessen Herr — fügte er hinzu — möge Blaspeil anweisen, sich künftighin „in seinem Vorbringen zu moderieren". Er unterliefs aber auch nicht die Drohung, nun werde der König dem Kurfürsten von Köln „mit dem ehesten so viel Mannschaft zuschicken, dafs diesen niemand weder mit Worten noch mit Werken gefährden könne".

Und so geschah es. Noch am 2. Dezember wurde die eingeschüchterte Bürgerschaft der Stadt Köln zu einem Vertrage bestimmt, nach dem sie die holländische Besatzung heimzusenden versprach. Obwohl also der eigentliche Grund für die Beschwerden des Kurfürsten von Köln beseitigt war, strömten immer mehr französische Soldaten in das Erzstift, kam dann, am Ende des Jahres, der mächtige Minister Louvois selber dorthin. Die Frucht seines Besuches war ein neuer, und zwar doppelter Vertrag Maximilian Heinrichs mit Frankreich. Er verpflichtete sich, gegen entsprechende Subsidien, dem Allerchristlichsten Könige mit 17 000 Mann gegen die Holländer beizustehen und ihm seine Festung Neufs zur Besetzung und beliebigen Verstärkung einzuräumen. Ein ähnliches Offensivbündnis unterzeichnete Frankreich mit Bischof Christoph Bernhard von Münster. So hatte es sich seine Operationsbasis gegen Holland gesichert, und zwar auf dessen verwundbarster Seite, wo man die grofsen Ströme, die der Niederlande beste Verteidigung bildeten, von der Seite her nehmen und damit unwirksam machen konnte.

Der einzige, der hier den schön erdachten und ins Werk gesetzten Plan zu stören vermochte, war der Kurfürst von Brandenburg als Herr von Kleve. Schon war allgemein bekannt, dafs er auf die Seite der Holländer neige. Man wufste, dafs er alles aufgeboten hatte, den Kaiser und die Reichsfürsten von jedem Bündnisse mit Frankreich abzuhalten, ja gegen dieses sich zu einer starken

Einung zusammenzuschliefsen; dafs er die Generalstaaten längst vor den französischen Plänen eindringlich gewarnt, und dafs es nicht an ihm lag, wenn diese sich bisher einer Allianz mit ihm entzogen hatten. Die Franzosen hielten ihn deshalb für ihren gefährlichsten Gegner. „Wie weit sind denn die Traktaten zwischen Sr. Kurfürstlichen Durchlaucht und den Generalstaaten gediehen?“ fragte am 3. Januar 1672 Louvois ganz unvermittelt den armen Blaspeil. Der Wahrheit gemäfs leugnete dieser, dafs solche Abmachungen schon vorhanden wären: allein er stellte nicht in Abrede, dafs die bestehenden Verträge den Kurfürsten nötigen würden, den Niederländern, sobald diese angegriffen seien, mit einer bestimmten Truppenzahl zu Hilfe zu kommen. Louvois warnte davor, dafs der Kurfürst sich des Unglückes „dieser Leute, darinnen sie sich selbst stürzten, ohne Not teilhaftig mache“. Man verlange von ihm nichts als Neutralität, dafür solle er seine klevischen Städte wiederbekommen, ohne dafs es ihn einen Pfennig kosten werde[1].

Also die thätige Mitwirkung Brandenburgs zu erlangen, darauf hatte die französische Regierung schon verzichtet. Sie begnügte sich, seine Neutralität zu erhalten. Auch diese war ihr von grofsem Werte, denn sie wufste, dafs sein Beispiel bei vielen deutschen Fürsten Nachfolge finden würde. Um sich jene Neutralität zu sichern, sandte sie gegen Ende des Jahres 1671 Bernhard de la Guiche, Grafen von St. Géran, nach Berlin, einen noch jungen Kavalier aus altberühmtem Hause, Obersten im französischen Heere, der bisher nur zu formalen diplomatischen Sendungen verwandt, aber am Hofe von Versailles angesehen und beliebt war. Er kam nach Berlin mit der verlockenden Zusage, für die blofse Neutralität nicht nur alle die klevischen Festungen, sondern auch Subsidien zu gewähren. Alle Bedürfnisse und etwaige Heeresschäden bei dem Durchmarsche der französischen Truppen durch kurfürstliche Lande sollten bar bezahlt werden. Was konnte der Kurfürst noch mehr verlangen? In Paris hoffte man bestimmt auf das Gelingen von St. Gérans Sendung. Denn sonst würden ja die rheinisch-westfälischen Besitzungen Friedrich Wilhelms dem Angriffe und der Verwüstung durch die französischen und verbündeten Truppen

[1] Bericht Blaspeils v. 5. Jan. 1672; U. u. A., XIII, 98 ff.

rettungslos ausgesetzt sein, diese blühenden Länder dem Brandenburger verloren gehen. Wie durfte er da noch zögern?[1]

Der kurfürstliche Hof war keineswegs holländisch gesinnt, wie St. Géran nach seiner Ankunft in einseitiger französischer Auffassung die Sachlage beurteilte[2]. Vielmehr war die Zahl derjenigen, die dort entschlossen für die Sache Hollands eintraten, nur klein. Des Kurfürsten Schwager und Statthalter der Kurmark, Fürst Johann Georg von Anhalt, hatte sich stets durch seine Gegnerschaft wider Frankreich ausgezeichnet. Auch Oberstallmeister von Pöllnitz blieb seiner Bekehrung zur französenfeindlichen Gesinnung treu. Die Militärpartei dürstete nach einem Kriege mit Frankreich: so Feldmarschall Derfflinger, so die Generalmajore Spaen und Eller. Aber im Geheimen Rate waren nur der wenig einflufsreiche Graf Christian Albrecht zu Dohna, sowie Friedrich von Jena holländisch gesinnt; auch der letztere unsicher, jeder gefährlichen Entscheidung abhold. Sonst hatte das kurzsichtige, kleinliche, ja feindselige Benehmen der Generalstaaten gegen Brandenburg ihnen die Meinung der Geheimen Räte durchaus entfremdet. Der angesehenste aller kurfürstlichen Minister, Schwerin, war jenen sogar ein entschlossener Widersacher: er wünschte die übermütige Republik gedemütigt und zumal vom klevischen Gebiete vertrieben zu sehen. Auch der kluge und thatkräftige Kriegsrat Meinders, der sich bei seinem Herrn eines wachsenden Einflusses erfreute, neigte gleicher Auffassung zu. Diese hervorragenden Staatsmänner wünschten mit dem Bischofe von Münster Hand in Hand zu gehen, das heifst, die niederländischen Garnisonen aus den nordwestlichen Grenzlanden des Reiches zu vertreiben. Die Gemäfsigteren unter den Geheimen Räten stimmten wenigstens für Neutralität, waren also den Forderungen, die St. Géran überbrachte, günstig. Die Holländer hätten in der That, meinten sie, den König, ihren Wohlthäter, mannigfach beleidigt, und da dieser nur an ihnen Rache nehmen, nicht aber sich wesentlich vergröfsern wolle, so dürfe man ihn ruhig gewähren lassen. „Dafs die Herren Holländer ein klein

[1] Bericht Krockows aus Paris, 22. Jan. 1672; U. u. A., XIII, 49.

[2] So schreibt er selber am 19. Jan. 1672. — Zu dem folgenden vergleiche: Strecker, Meinders, S. 42; Herzog von Croy an Schwerin, 14. Dez. 1671 (Orlich, II, 45 f.).

wenig gedemütigt werden, kann ihnen nichts schaden" — so gab damals Podewils in einem Briefe an Ahasver von Lehndorff die allgemeine Stimmung am kurfürstlichen Hofe wieder[1]. Wie man sieht, eine im Grunde Frankreich günstige Haltung. Neutralität hiefs ja so viel, wie dem Siege der Übermacht Frankreichs, Englands und ihrer Verbündeten über das vereinzelte Holland thatenlos zusehen.

Der Kurfürst selber war noch unentschlossen. Gewifs, seine Grundstimmung bildete der Wunsch, mit allen Mitteln der ganz Europa und zumal das Reich bedrohenden Herrsch- und Eroberungssucht Ludwigs XIV. entgegenzutreten. Dahin deutet auch der Umstand, dafs er damals den Rat des Grafen von Waldeck begehrte, über dessen antifranzösische Gesinnung kein Zweifel obwalten konnte. Bei so wichtiger Entscheidung, wie sie unmittelbar bevorstand, kam ihm auch wenig darauf an, ob er die klevischen Festungen jetzt eingeräumt erhalte oder noch einige Jahre darauf warte. In Gröfse der Gesinnung war er seinen Räten sicherlich überlegen. Allein er trug die ungeheure Verantwortung für den Bestand seines mühsam wiedergeschaffenen Staatswesens. Durfte er dieses den Schlägen der übermächtigen Verbündeten aussetzen? Durfte er irgendwie auf die Generalstaaten zählen, die, während sie jede Annäherung an ihn vermieden, vor Frankreich und England demütig krochen? Ihr Gesandter Amerongen, der schon im November an ihn hatte abgehen sollen, war im Beginne des Januar noch nicht in Berlin erschienen. Man kann es da begreiflich, ja geboten finden, dafs Friedrich Wilhelm zögerte. Nur das eine stand bei ihm fest: sich einstweilen Frankreich gegenüber nicht zu verpflichten. Dem Rate Waldecks entsprechend, wollte er ein Heer von fünfzehn- bis siebzehntausend Mann aufstellen, sich durch Allianzen sichern, in den Kampf erst eingreifen, wenn sich eine günstige Gelegenheit biete. Eine Haltung, die anscheinend die vorsichtigste war — aber auch nur anscheinend, denn seine 17000 Mann würden dem Sieger nicht imponiert und nur Veranlassung zu Feindschaft und Mifshandlung gegeben haben.

Der Kurfürst ernannte die Geheimräte Schwerin, Somnitz und Jena, sowie den Kriegsrat Meinders zu seinen Kommissaren

[1] 29. März 1672; W. Hosäus, Ahasverus von Lehndorff (Dessau 1867), S. 101.

in der entscheidungsreichen Frage; sie gehörten, mit Ausnahme Jenas, sämtlich der französischen Partei an. Allein Friedrich Wilhelm war der Mann, selbständig zu beschliefsen. Er liefs seine Räte die Angelegenheiten vorbereiten, aber das letzte Wort sprach er selber.

Man suchte zunächst die Verhandlungen mit St. Géran hinzuziehen, bis der auf der Reise nach Berlin befindliche niederländische Gesandte angelangt sei, um erst dessen Vorschläge und Anträge zu hören. Am 16. Januar 1672 traf er in der kurfürstlichen Residenz ein. Friedrich Wilhelm hätte am liebsten Herrn von Beverning wieder bei sich gesehen, den er vom Jahre 1666 her in bestem Andenken hielt. Allein den hatte der Ratspensionär als zu gut brandenburgisch betrachtet und dafür den Freiherrn van Amerongen gewählt [1].

Baron Godert Adrian van Reede, Herr zu Amerongen, vom alten Adel der Provinz Utrecht, war als Mitglied der Generalstaaten und erprobter Diplomat mit den politischen Verhältnissen Europas wohl vertraut. Ein redlicher, vaterlandsliebender und einsichtiger, wenn auch nicht gerade geistvoller Mann, hatte er stets mit Entschiedenheit für das brandenburgische Bündnis gestimmt, zumal seitdem die jüngsten Ereignisse die Lage der freien Niederlande in bedrohlichstem Lichte und Allianzen mit auswärtigen Staaten als unbedingtes Erfordernis zur Rettung der Repuplik erscheinen liefsen. Seine Instruktion lautete dahin, Brandenburg mindestens zur Erfüllung des Defensivkontraktes vom Jahre 1666, womöglich zur Gewährung eines beträchtlicheren Beistandes in dem bevorstehenden Kampfe auf Tod und Leben zu bewegen. Allein selbst unter den damaligen Umständen, die sie als Hilfeflehende nach Berlin führten, gaben die Hochmögenden sich noch das Ansehen, als gewährten sie grofsmütig diesem kleinen Kurfürsten die Gnade, sie retten zu dürfen. Sie suchten ihre Subsidien so niedrig wie möglich zu beziffern und wollten ihm von den klevischen Festungen nur Orsoy einräumen. Das war der ganze Lohn, den er für seine Opfer zu erhalten hatte! Es klang ja sehr

[1] U. u. A., III, 199. — Über die Verhandlungen der nächsten Monate in Berlin haben wir: 1) die Instruktion und Korrespondenz Amerongens bei Sypesteyn, 30 ff., und in den U. u. A., III, 200 ff.: 2) die Berichte St. Gérans bei Prutz, S. 24 ff.: 3) brandenburgische Akten bei Pufendorf, XI, 47.

schön, wenn die Generalstaaten bemerkten: bei so grofsen und gefährlichen Umständen dürfe man sich nicht um die Räumung eines oder des anderen Platzes am Rhein streiten — aber gerade deshalb hätten sie, denen die Gefahr allein drohte, hierin den gerechten Wünschen des Kurfürsten, sein Eigentum wiederzuerlangen, nachgeben sollen. Sie wollten indes die Herrschenden, Gebietenden bleiben, der Brandenburger der unterwürfige Klient. Wie furchtbar sollte binnen kurzem ihre Anmafsung gedemütigt werden!

So begann am Berliner Hofe das diplomatische Duell zwischen St. Géran und Amerongen, zwischen Frankreich und Holland. Man darf sagen, dafs von seinem Ausgange das Schicksal der freien Niederlande und damit die zukünftige Gestaltung Europas zum grofsen Teile abhing. Ohne das Beispiel, das Brandenburg gegeben hat, wäre, mit Ausnahme des kraftlosen Spanien, niemand den Holländern zu Hilfe gekommen.

Friedrich Wilhelm gab hier den Beweis wahrer staatsmännischer Auffassung und geradezu genialer Voraussicht. Der augenblickliche Vorteil wies ihn unzweifelhaft auf die Seite des grofsmütigen, freigebigen und mächtigen Frankreich und nicht auf die der kleinlichen, knausernden und schwächlichen Niederländer. Allein er fafste die Zukunft, das grofse europäische Interesse, das mit dem Deutschlands und seines eigenen Staates identisch war, ins Auge und richtete danach seine Handlungsweise ein.

Kaum hatten die Generalstaaten durch die Ankunft ihres Gesandten in Berlin ihren Wunsch nach engerer Freundschaft mit dem Kurfürsten dargethan, als dieser seine wahre Gesinnung in unzweideutiger Weise kundgab. Es war schon eine Art von Entscheidung, wenn er gerade damals die Hochmögenden bat, die Patenschaft für seinen jüngstgeborenen Sohn Albert Friedrich zu übernehmen. Selbstverständlich griffen jene eifrigst zu und beschlossen, sich bei der Taufe durch Amerongen vertreten zu lassen, sowie ihrem Patenkinde, abgesehen von anderen Geschenken, eine Leibrente von viertausend Gulden auszusetzen[1].

Amerongen war eifrigst bemüht, diese Gesinnung sofort auszunutzen und nach Möglichkeit die von den Generalstaaten allzulange verlorene Zeit wieder einzubringen. Schon am Tage

[1] Vgl. Ms. Tagebuch Schwerins zum 4./14. Febr 1672; Geh. St.-Arch., Berlin.

nach seiner Ankunft hatte er seine Antrittsaudienz, der sehr schnell die beiden ersten Verhandlungen mit den kurfürstlichen Kommissarien folgten. Die Brandenburger hörten mit Erstaunen, dafs Amerongen nur von den allgemeinen Gesichtspunkten sprach, die ihren Herrn zum Bündnis mit Holland veranlassen müssten, aber kein Wort von den Vorteilen, die dieser Staat ihm dafür verheifse. Sie antworteten deshalb mit scharfen Worten über die Vernachlässigung des Kurfürsten durch die Generalstaaten trotz aller Dienste, die er ihnen geleistet; über den Geiz, mit dem die Hochmögenden England und Schweden behandelt; über den Mangel an ernsten Kriegsrüstungen in den Provinzen. Allerdings mufste das Versagen jedes thatsächlichen Entgegenkommens seitens der Niederländer die üble Stimmung der meisten brandenburgischen Kommissare lediglich steigern.

St. Géran liefs es nicht daran fehlen, solche Eindrücke zu verstärken. Er wies auf den Entschlufs des Königs von England hin, gleichfalls die übermütigen Republikaner zu bekämpfen, er verbreitete das Gerücht, dafs Spanien das Präliminarbündnis mit Holland vom 15. Dezember endgültig verworfen habe, und dafs Schweden und Dänemark versprochen hätten, den Brandenburger anzugreifen, wenn dieser für Holland Partei nähme. Er beharrte auf seinen grofsen Zusagen, wenn der Kurfürst nur bei der Neutralität bleibe. Waren da dessen Räte zu tadeln, dafs sie ihm dringend anempfahlen, den französischen Vorschlag anzunehmen? Auf dieser Seite war nur Vorteil, auf jener nur Gefahr.

Niemals hat Friedrich Wilhelm in höherm Mafse bewiesen, wie sehr er seinen Räten an Weite des politischen Blickes und an Kraft des Entschlusses überlegen war. Man darf sagen, dafs, während Schwerin und dessen Freunde so fest wie je zu Frankreich hielten[1], er sich trotz aller Bedenken bereits entschieden hatte, die Partei der Niederländer zu ergreifen. Wenn er mit dem formalen Abschlusse noch zögerte, so geschah es, weil er bei diesen gröfsere Zugeständnisse durchzusetzen hoffte, und zumal, weil er zunächst den wirklichen Ausbruch des Krieges abwarten wollte, damit nicht die ganze französische Macht sich gegen ihn wende und seine rheinisch-westfälischen Lande, wie

[1] Schreiben Schwerins v. Jan. u. Febr. 1672; Orlich, II, 46 ff.

St. Géran drohte, mit Feuer und Schwert verwüste. Der Vertreter Frankreichs mufste erleben, dafs der Kurfürst, während er ihn unter dem Vorwande eines Gichtanfalls abwies, mit Amerongen fleifsig konferierte.

Der Brandenburger suchte Frankreich hinzuhalten: er wolle im allgemeinen versichern, die Neutralität zu bewahren, aber zu vertragsmäfsiger Verpflichtung könne er sich nicht verstehen. Das wurde aber in Paris durchaus zurückgewiesen — der König könne sich nur mit einer formellen Neutralitätszusage zufrieden geben[1]. Darauf erklärte der Kurfürst sich bereit, die Neutralität auf ein Jahr zuzusichern, und selbst das nur unter einer sehr bedeutungsvollen Einschränkung, nämlich dafs er in Gemäfsheit des Defensivvertrages vom Jahre 1666 den Niederländern die dort festgesetzte Truppenzahl zu Hilfe sende. Dazu sei er durch sein Gewissen verbunden, und der Allerchristlichste König werde nichts dagegen einzuwenden haben. Er liefs deutlich durchblicken, dafs er in dem Angriffe Frankreichs auf die Niederlande ein Attentat auf die Freiheit Europas und auf das evangelische Bekenntnis erblicke[2]. Wir wissen, dafs Ludwig thatsächlich seinen Glaubensgenossen gegenüber offen dem bevorstehenden Kampfe den Stempel des Glaubenskrieges aufgedrückt hatte.

Es war die Zeit, wo der erste Widerstand gegen die französischen Pläne auf Weltherrschaft sich kundthat. Die spanische Regierung ratifizierte ihr Bündnis mit den Generalstaaten, trotz aller Gegenbemühungen der französischen und der englischen Diplomatie. Mit Verdrufs sahen die Franzosen den Holländern Helfer entstehen und fürchteten um so mehr, dafs Brandenburgs Beispiel noch andere deutsche Fürsten, vielleicht am Ende den Kaiser selbst, auf die feindliche Seite hinüberziehen werde; „das Reich bleibe ja stumm, wenn Se. Kurfürstl. Durchlaucht es nicht reden mache“. Man wollte also nicht dulden, dafs der Brandenburger in irgend einer Weise für die verhafsten Gegner eintrete. Man verlangte völlige und unbedingte Neutralität von ihm, und zwar mindestens auf drei Jahre — also auf eine Zeit, innerhalb deren die Holländer längst zu Paaren getrieben sein würden. König Ludwig erklärte selber dem Gesandten von Krockow: der

[1] U. u. A., XIII, 56.
[2] Mignet, III, 692.

Entschlufs, die Holländer zu züchtigen, stehe unerschütterlich fest, und die Erhaltung des Friedens könne nicht mehr Gegenstand einer Unterhandlung sein. Der Kurfürst scheine eine dritte Partei bilden zu wollen — etwa wie die Tripelallianz — allein er hoffe, Se. Durchlaucht werde noch ihre Meinung ändern[1]. Viel schärfer sprach er sich in einer Weisung an St. Géran aus. Mit wunderbarer Verdrehung der internationalen Rechtsgrundsätze sagte er da: der Vertrag von 1666 sei nur defensiv, aber nicht Frankreich sei der Angreifer, sondern die Generalstaaten, die ihn seit Jahren durch ihre Beleidigungen kränkten. So äufserte sich derselbe Herrscher, der unzähligemal erklärt hatte, von besonderen Beleidigungen seitens der Generalstaaten sei gar nicht die Rede, er wolle sie nur wegen ihrer Anmafsung strafen, sich für seinesgleichen zu halten! — Übrigens, fuhr der König fort, gehe die ganze Angelegenheit das Reich nichts an, und wenn der Kurfürst nicht Ruhe halte, sei er als Verletzer des Westfälischen Friedens zu betrachten[2].

Die französischen Machthaber verhehlten ihre Unzufriedenheit mit dem Kurfürsten nicht; seine Friedensbemühungen wurden mit dem stolzen Hinweise auf das Belieben, den Ruhm und die unvergleichliche Macht des Allerchristlichsten Königs beiseite geschoben. Man drohte ihm mit offener Feindschaft, mit Wegnahme der klevischen Festungen. Andererseits wurden die Anerbietungen, die St. Géran machte, täglich lockender. Während die Holländer nur für jeden Reiter vierzig, für jeden Fufsgänger zehn Thaler Subsidien boten, stellte Frankreich sechzig und sechzehn Thaler in Aussicht, und zwar für blofse Neutralität, ohne dafs Friedrich Wilhelm den Degen zu ziehen brauche; etwaige Übergriffe der französischen Soldaten in des Kurfürsten Landen sollten durch dessen eigene Beamten bestraft werden. Überhaupt standen das Entgegenkommen und die Freigebigkeit Frankreichs in schroffem Gegensatze zu der Hinterhaltigkeit und Verdriefslichkeit der Generalstaaten. Selbst Orsoy wollten sie dem Kurfürsten nur zurückerstatten, wenn er ihnen dafür Ruhrort oder Duisburg zur Befestigung und Besetzung überlasse. Die Hofysersche Schuld aufzugeben weigerten sie sich überhaupt.

---

[1] Bericht Krockows v. 12. Febr. 1672; U. u. A., XIII, 58.

[2] Mignet, a. a. O. — Pufendorf, XI, 29. — Berichte Krockows aus dem Febr. 1672.

Nicht 24 000 Mann solle der Kurfürst stellen, wie dieser anbot, sondern nur 16 000, wofür sie nicht mehr als 100 000 Thaler jährlich zahlen wollten, während Frankreich sich gerade zu dem Doppelten erbot. Amerongen erhielt nicht einmal ausreichende Instruktionen. „Die Leute müssen entweder verblendet sein," schrieb damals Schwerin, „weil sie ihre Gefahr nicht erkennen, oder andere Hilfe wissen."[1]

Und doch liefs sich Friedrich Wilhelm von dem allen nicht beirren, seinen Entschlufs im Sinne der europäischen Freiheit, die auch die Sache seiner eigenen Unabhängigkeit und des protestantischen Bekenntnisses vertrat, zu fassen. Ende Februar 1672 geschah dies. Es war bezeichnend, dafs er damals nur den antifranzösisch gesinnten Jena bei sich in Potsdam behielt. Die übrigen Mitglieder des Geheimen Rates sahen sich vernachlässigt, zurückgedrängt. Otto von Schwerin, der Oberpräsident, fand sich wegen seiner Hinneigung zu Frankreich so übel behandelt, dafs er sich unter dem Vorwande der Erkrankung vom Hofe entfernt hielt und man seinen Rücktritt erwartete. Auch Meinders zog sich möglichst in den Hintergrund. Sie alle meinten, der Herr stürze den Staat in die äufserste Gefahr. Schon wurden die ersten Rüstungen angeordnet: in Kleve, in Pommern und Preufsen wurden neue Regimenter gebildet.

Dabei suchte Friedrich Wilhelm auch von aufsen Hilfe, indem er sich an andere deutsche Fürsten wandte. Vor allem an die thatkräftigen, waffenstarken Herzoge aus welfischem Hause. Allerdings hatte er mit ihnen vor kurzem um den Besitz der erledigten Harzgrafschaft Regenstein ernste Streitigkeiten gehabt, die beinahe zum Waffenkampfe geführt hatten; aber sie waren durch die Vergleichsverhandlungen zu Wernigerode (1670) wenigstens auf den Weg friedlicher Vermittlung geleitet worden. Der Kurfürst hatte solchen hauptsächlich betreten, um einen französischen Schiedsspruch zu vermeiden, der wiederholt angeboten worden war, damit der Dominat des Allerchristlichsten Königs im Reiche von neuem zum Ausdrucke gebracht werde. Vielmehr hatte er die erste Gelegenheit benutzt, sich das Gesamthaus Braunschweig zu verpflichten. Gegen den Rat seiner Minister, die sich nur durch kleinliche Erwägungen nachbarlichen Neides leiten liefsen, hatte er die welfischen Fürsten in ihrem Streite

[1] 15. März 1672; Orlich II, 48.

mit der Stadt Braunschweig unterstützt, sogar zu ihren Gunsten ein Truppenkorps aufgestellt und derart zur Bezwingung der widerspenstigen Stadt beigetragen[1]. Seitdem war freilich der katholische Johann Friedrich von Hannover offen zur französischen Partei übergetreten. Allein Besseres war von den Herzogen von Celle und Wolfenbüttel zu erhoffen. Friedrich Wilhelm sandte im Februar den Kammerpräsidenten von Canstein nach Celle, um die beiden Fürsten zum Anschlufs an ein Bündnis zum Schutze des Reichsgebietes gegen Frankreich zu bestimmen. Canstein verkündete dort nachdrücklichst: sein Herr sei nicht gesonnen, sich, nach Besiegung der Generalstaaten, ohne Schwertstreich nach der Bastille schleppen zu lassen. Georg Wilhelm von Celle verschlofs sich solchen Erwägungen nicht, wollte sich aber ohne Hilfe einer der beiden nordischen Kronen und finanzielle Unterstützung seitens der Niederlande nicht den Gefahren eines Bruches mit Frankreich aussetzen. Daran änderte auch eine Zusammenkunft nichts, die Georg Wilhelm mit dem Kurfürsten in Potsdam hatte. Während sich also dieser um der grofsen europäischen Interessen willen kühn über alle selbstische Bedenken hinwegsetzte, kamen die Welfen über solche nicht hinaus.

Auch der Kurfürst von Sachsen reiste nach Potsdam, um mit dem Brandenburger über die gegenwärtigen Zustände zu beraten. Allein zu irgend einer kräftigen That war Johann Georg nicht zu bringen. Es sei wohl acht zu geben, stellte er seinen Mitkurfürsten vor, „dafs man ja behutsam sei, Frankreich als mächtigen Feind nicht zur Unzeit zu reizen, sondern so viel wie möglich im Guten zu erhalten, jedoch der Holländer Interesse in Obacht zu nehmen und sie als einen evangelischen Stand zu bedenken“ — kurz, die Quadratur des Zirkels. Die weiteren Verhandlungen auf einer so unmöglichen Basis konnten kein Ergebnis bringen. Johann Georg hoffte im Grunde, wenn Brandenburg den Zorn Frankreichs auf sich gezogen habe, dieses zur Verwirklichung der alten sächsischen Ansprüche auf Kleve-Mark zu bestimmen[2]. Erst wenn man Friedrich Wilhelm

[1] Köcher, II, 95—109. 169 ff. — Das Folgende: das. 225 ff.; U. u. A., III, 219 ff.

[2] Pufendorf, XI, 43. — U. u. A., XIII, 172 ff.

mit all den verkehrten, kleinlichen, selbstsüchtigen, in diesen Eigenschaften oft geradezu grotesken Staatslenkern des damaligen Deutschland vergleicht, erhält man den richtigen Begriff von seiner Gröfse.

Grotesk war auch Johann Philipp von Mainz mit seiner ewigen Vielgeschäftigkeit und seinen reichspatriotischen Phrasen, denen doch jede Bethätigung fehlte. Friedrich Wilhelm schickte ihm im geheimen seinen Reichstagsgesandten Kurt Asche von Mahrenholtz zu, um ihm ein Bündnis zur Erhaltung der Stadt Köln und überhaupt der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des Reiches anzutragen, mit deutlicher Wendung gegen Fankreich. „Durch einseitige Consilia und Resolutiones werde dem Werke nicht geholfen;“ Erfahrung lehre das singuli pugnant, universi vincuntur; „das sei zu des Vaterlandes und der teutschen Fürsten unüberwindlichem Schaden praktizirt worden.“ Allein Mahrenholtz mufste von dem greisen Kirchenfürsten selbst erfahren, dafs er Frankreich versichert habe, er werde sich neutral halten, so lange der Westfälische Friede, der Bestand und die Rechte des Reiches nicht verletzt würden. Damit war das brandenburgische Anliegen abgewiesen; eine zweite Sendung Mahrenholtz' brachte keinen bessern Erfolg[1].

Und das waren die „Gutgesinnten“ unter den deutschen Fürsten! Lohnte es da noch, an den Regensburger Reichstag zu gehen, der ganz in unfruchtbare Anarchie geraten war, wo stets „deliberiert“ und nie beschlossen wurde? Ohne Friedrich Wilhelm von Brandenburg wäre Deutschland damals dem Schicksale Polens verfallen.

Der Kurfürst liefs sich trotz aller dieser Enttäuschungen, trotz seiner bedrohlichen Vereinzelung in dem für notwendig Erkannten nicht irre machen. Saint-Géran mufste, nach zweimonatigem Aufenthalte in Berlin, die Hoffnung auf ein Gelingen seiner Sendung aufgeben und beantragte seine Rückberufung, um an der Spitze seines Regimentes in dem bevorstehenden Kriege mit fechten zu können[2]. Sein Ansuchen wurde erhört, da Ludwig XIV. die pessimistische Anschauung seines jungen militärischen Diplomaten über die Ziele des Brandenburgers teilte. Allein er hatte auch erfahren, dafs dieser Fürst noch

[1] U. u. A., XIII, 153 ff.
[2] U. u. A., II, 508.

nicht mit den Holländern abgeschlossen hatte. Im Begriffe, gegen letztere den entscheidenden Schlag zu führen, gedachte er Brandenburg so lange hinzuhalten, bis er es durch seine Siege und Eroberungen endgültig einzuschüchtern vermöge. Er gab sich also den Anschein, das Scheitern von St. Gérans Sendung nicht allzu tragisch zu nehmen. Er sowohl wie seine Minister in Paris drückten sich offiziell wie offiziös sehr glimpflich über den Kurfürsten aus, und dieser ging gern auf solche Auffassung ein, indem er dem Grafen St. Géran einen freundlichen, ja unterwürfigen Brief an den König mitgab, auch dem Diplomaten bei dessen Abschied sein eigenes, mit Diamanten umsetztes Bildnis zum Geschenke machte[1].

Die Stimmung in Paris war freilich im Grunde eine ganz andere. Man war dort entrüstet, dafs dieser kleine Kurfürst es wage, den Allerchristlichsten König als Angreifer öffentlich zu bezeichnen, ja allein in Europa — mit Ausnahme des fernen und lahmen Spanien — die Partei der Holländer zu nehmen. Krockow sah sich in Paris recht kühl und unfreundlich behandelt.

Und doch war in Berlin ein Rückschlag eingetreten, den ein erfahrenerer und geschickterer Diplomat als Oberst St. Géran leicht zu grofsem Vorteil hätte ausnützen können. Die wenig zuvorkommende, mürrische und geizige Haltung der Hochmögenden rief bei dem Kurfürsten eine Verstimmung hervor, die von seinen geheimen Räten eifrig genährt wurde. Von allen Seiten kamen Hiobsposten. Die welfischen Herzoge, auf die man grofse Hoffnungen gesetzt, zeigten sich mehr als kühl. Der brandenburgische Gesandte Brandt mufste aus Schweden melden, dafs die dortigen Machthaber von einem Religionskriege zu Gunsten der freien Niederlande nichts wissen wollten — und schliefslich endete, infolge des Geizes der Holländer, der lange Kampf, der zwischen ihnen und den Vertretern Frankreichs in Stockholm ausgefochten wurde, mit dem völligen Siege der Franzosen, mit dem Abschlufs eines Vertrages, der gegen jeden deutschen Fürsten, auch den Kaiser, wenn solche wider Frankreich die Waffen ergriffen, ein schwedisches Heer von 16 000 Mann auszusenden verhiefs. Freilich diese letztere Zusage blieb noch kurze Zeit hindurch geheim; aber dafs Schweden französische

[1] Mignet, III, 692. — Sypesteyn, 44, Anmerk. — U. u. A., II, 509; XIII, 72 f.

Subsidien nahm, dafs es sich auf Frankreichs Seite stellte, war nicht mehr zu bezweifeln. Es war das ein unermefslicher Vorteil für dessen Sache, eine stete schwere Bedrohung für jeden Reichsstand, der sich dieser zu widersetzen wagte.

Auch auf den Kaiser war nicht zu rechnen. Der schickte allerdings den frommen, jedoch konfessionell wie politisch gleich gemäfsigten und dem Brandenburger freundlich gesinnten Goefs wieder nach Berlin. Aber der Freiherr hatte keinen weiteren Auftrag, als den Kurfürsten zum Beitritte zu der nutz- und sinnlosen Marienburger Allianz zu bestimmen. „Wegen des von des Königs in Frankreich Liebden wider Holland vorhabenden Krieges und Unser dabei führenden Gedanken, da haben Wir ganz erhebliche Bedenken Uns dermalen eines mehrern zu erklären, sondern Wir wollen, wie sich die Sachen noch weiters anlassen, den Erfolg noch eine Zeit lang erwarten.“ [1] Also nicht warm und nicht kalt! Gewifs, nach seinem jüngsten Geheimvertrage mit Frankreich konnte der Kaiser sich nicht anders ausdrücken. Es stand fest, dafs von dieser Seite zunächst keine thatkräftige Beihilfe zu erwarten war.

Der Weg zur Umkehr blieb dem Kurfürsten noch immer offen. Karl II. von England sandte ihm einen seiner bewährtesten Generale und Staatsmänner, Lockart, um ihn in schmeichelhaftester Form und unter glänzenden Verheifsungen zu dem französisch-englischen Bündnisse hinüberzuziehen[2].

Wirklich, der Kurfürst schien das Spiel aufzugeben. Er liefs seine den Holländern abgeneigten Räte gewähren. Die Konferenzen mit Amerongen stockten, kamen nicht vom Flecke. Am 22. März gab Friedrich Wilhelm seinen Forderungen an die Hochmögenden geradezu die Form eines Ultimatums und drohte, für den Fall, dafs es verworfen werde, mit anderweiten „Mesures“. Auch der niederländische Staatsmann bat um seine Abberufung[3]. Es lag die Gefahr nahe, dafs Brandenburg in eine schlaffe, ruhm- und wirkungslose Neutralität hineintreiben werde.

Plötzlich wurde von aufsen her die ganze Sachlage umgestaltet. Der französische König hatte darauf gerechnet, durch gewaltige Schläge gegen das so gut wie wehrlose Holland die

[1] Instr. an Goefs, 4. März 1672; U. u. A., XIV, 517 f.

[2] Pufendorf, XI, 30. — U. u. A., XIII, 71.

[3] Berichte Amerongens v. 28. Febr., 13. 28. 27. März, 10. April; U. u. A., III, 237. 245. 247 ff. — Ultimatum, ebendas. 247. — Sypesteyn, 44.

wenigen Gegner, die er noch zu fürchten hatte, endgültig einzuschüchtern. Die Wirkung auf Friedrich Wilhelm von Brandenburg war aber gerade die solchen Absichten entgegengesetzte. Das sollte ihm noch heute nicht vergessen werden.

Ludwig XIV. hatte im Beginne des Frühjahrs seine militärischen wie seine politischen Vorbereitungen vollendet. Mit einem Heere von mindestens 110 000 Streitern konnte er „ruhig seine Reise nach Holland antreten". Es begleiteten ihn dabei als Kriegsführer Condé, Turenne, Luxembourg, Vauban — die genialsten Feldherren jener Zeit. Am 6. April 1672 erklärte er den Krieg. Karl II. von England belegte inzwischen niederländische Schiffe mit Beschlag, griff verräterisch ihre reiche Levanteflotte an und veröffentlichte erst dann seine Kriegserklärung. Der Bischof von Münster, der Kurfürst von Köln folgten bald diesen erlauchten Beispielen. Der Kurfürst von Bayern sandte seinem Vetter von Köln ein Regiment Fufstruppen und nahm damit offen für Frankreich Partei. Von zahllosen Feinden bedroht, zu Lande und zur See, schienen die Vereinigten Provinzen verloren. Mit Ausnahme weniger Tausende von Reitern aus dem spanischen Belgien kam ihnen zunächst niemand zur Hilfe.

In dieser gefährlichen Krisis entschlofs sich der Kurfürst, dem zagenden Europa das Beispiel mutigen Widerstandes zu geben. Er ganz allein — seine vertrauten Räte waren sämtlich dawider. Man hat sie damals angeklagt, von Frankreich Bestechung angenommen zu haben. Aber es ist nicht nötig, zu einem für jene Zeit so natürlichen und doch in dem besonderen Falle entehrenden Verdachte seine Zuflucht zu nehmen, um ihre Haltung zu erklären. Die Gefahr, die durch ein völlig vereinzeltes Hervortreten Brandenburgs über diesen Staat heraufbeschworen wurde, war grofs genug, um die dringendsten Warnungen zu rechtfertigen. Die nächste Zukunft sollte ja den Vorsichtigen recht geben.

Der Kurfürst aber meinte allen Bedenken trotzen zu dürfen. Er hoffte fest darauf, dafs sein Beispiel den Kaiser und andere deutsche Fürsten mit fortreifsen werde; auch setzte er grofses Vertrauen in den militärischen Wert der starken Stellungen der Holländer, ihre zahlreichen Festungen, ihr früher tüchtiges Heer, ihren bewährten Patriotismus — wie das alle Welt that,

auch die Franzosen selber[1]. Die Schweden glaubte er zunächst nicht fürchten zu müssen; die Reichsräte von der antifranzösischen Partei beruhigten ihn: es werde nie zum Kampfe gegen die den Holländern günstigen deutschen Fürsten kommen, man habe in Stockholm nur die fetten französischen Subsidien schlucken wollen[2].

So gab er den Befehl zum Abschlusse mit Amerongen. Am 26. April alten, 6. Mai neuen Stils wurde der Vertrag zu Cölln an der Spree unterzeichnet — gleichsam die unmittelbare Antwort auf die französische Kriegserklärung an Holland.

Der Kurfürst verpflichtete sich, ein Heer von 20 000 Mann zur Unterstützung der Vereinigten Provinzen ins Feld zu stellen. Die Hälfte davon werden die Holländer mit zusammen 220 000 Thaler jährlich bezahlen. Dieses Heer soll binnen zweier Monate nach Empfang der ersten Subsidien schlagfertig in Westfalen stehen.

Die Würfel waren gefallen. Ohne den mindesten eigenen Vorteil, ohne irgend eine zukünftige „Ergetzlichkeit" zu fordern, selbst für seine Kriegskosten nur zur Hälfte entschädigt, zog Friedrich Wilhelm das Schwert für die Sache, in der er das Heil Europas, Deutschlands, seines eigenen Staates zu erblicken glaubte. Recht eigentlich gegen die Bastille, gegen die Ausdehnung des bourbonischen Despotismus über die Nachbarländer führte er Krieg: sicher der weitest blickende, der kühnste und verdienstvollste unter den damaligen deutschen Staatslenkern. Amerongen pries mit Recht des Herrn „pure Genereusheit".

Der Bruch mit Frankreich sollte ein vollständiger und offener sein. Krockow wurde sofort von Paris abberufen[3].

Alle Welt sah in Berlin den Ausbruch des Krieges als entschieden an. Der junge Kurprinz Karl Emil warf seine Bücher beiseite, um nur noch an seine Regimenter, an den Kampf zu denken[4].

Jede Zweideutigkeit war beseitigt. Das Glück der Waffen mufste entscheiden.

---

[1] Man sehe darüber die sehr bezeichnenden Äufserungen Condés, mehrerer anderer französischer Militärs, sowie der Frau v. Sévigné; Lefèvre-Pontalis, II, 256 f.

[2] Pufendorf, XI, 34, bestätigt durch die Depesche Goefs' v. 6. Mai 1672; U. u. A., XIV, 527.

[3] 30. April / 10. Mai 1672; U. u. A., XIII, 83.

[4] Ms. Tagebuch Schwerins; April 1672 (Geh. Staatsarch., Berlin).

Dreifsigstes Kapitel.

Niederlage und Demütigung.

Die Voraussetzung für die Pläne Friedrich Wilhelms war die Mitwirkung des Kaisers, Dänemarks, der protestantischen Welfen, der Landgräfin von Kassel, kurz aller deutschen Fürsten, die der Ehrgeiz und die Übermacht Frankreichs beunruhigten. Ein solches Bündnis wäre im stande gewesen, die Heere des Allerchristlichsten Königs im Zaume zu halten und Brandenburg vor seiner Rache zu schützen. Dabei kam der Kaiser nicht nur als der mächtigste Verbündete in Betracht, sondern auch als diejenige Autorität, die am ehesten die Reichsfürsten in Bewegung zu setzen vermochte. Deshalb sandte Friedrich Wilhelm sofort, noch Mitte Mai, seinen Schwager Johann Georg von Anhalt nach Wien. „Er dürfe," sagte er, „da er das Seinige als treuer Kurfürst pro libertate patriae gern thun wolle, nicht von aller Welt abandonniret werden; die Sache müsse sub nomine, autoritate et auspiciis der kaiserlichen Majestät angegriffen werden." In der That konnten nur das Interesse des Reiches und der Wille seines Oberhauptes das Verfahren des Kurfürsten rechtfertigen, das sonst seinem Vertrage mit Frankreich vom 31. Dezember 1669 zuwiderlief; hatte er doch soeben noch 16 000 Thaler Hilfsgelder eingestrichen, die Frankreich ihm in Gemäfsheit jenes Vertrages gezahlt hatte[1]. An thatsächlicher Hilfe wagte er zunächst nur auf einige Tausende kaiserlicher Reiter zu hoffen[2]. Denn er wufste, dafs Leopold I. die ketze-

[1] Ennen, Frankreich und der Niederrhein, I, 275.

[2] Bericht Goefs' v. 6. Mai (U. u. A., XIV, 525 ff.), und Instr. des Kurf.

rischen und rebellischen Republikaner der einst katholischen und habsburgischen Niederlande hafste, und dafs der Kaiser mit Frankreich in einem vertragsmäfsigen Verhältnisse stehe[1]. Aufserdem sprach man in Wien, wie immer, wenn man dort einen Vorwand zur Unthätigkeit haben wollte, von einem bevorstehenden Türkenkriege. Dem Kurfürsten aber lag so viel an der Gewinnung des Kaisers, dafs er sich entschlofs, den Grafen von Waldeck zur Unterstützung Anhalts diesem an den Wiener Hof nachzusenden[2].

Zugleich begann er eifrig zu rüsten, was um so leichter von statten ging, als der wohlgesinnte und über seinen Erfolg frohe Amerongen sofort nach Abschlufs des Vertrages nach Hamburg reiste und dort die versprochenen Werbegelder für den Brandenburger flüssig machte. Bis zum Juli 1672 wurde die brandenburgische Kriegsmacht auf 7500 Reiter, 800 Dragoner, 14 000 Infanteristen mit 55 Geschützen, zu denen 1061 Pferde gehörten, zusammen auf 23 562 Mann gebracht. Auch Graf Georg Friedrich von Waldeck gedachte der Zeiten, wo er unter dem roten Adler das Schwert geführt hatte, und überliefs sein wackeres Reiterregiment in brandenburgischen Dienst. Ebenso nahm von den altgedienten und kriegsgewohnten Truppen des länderlosen Herzogs Karl von Lothringen der Kurfürst an 600 Reiter in seinen Sold[3].

Allein so schnell, wie es nötig gewesen wäre, kamen die Rüstungen nicht zu stande. Inzwischen rächten sich bitter die Langsamkeit und Verdrossenheit, mit der die Generalstaaten an das brandenburgische Bündnis gegangen waren. Der erste Angriff der Franzosen galt den Plätzen, die die Holländer schon so lange und hartnäckig im Herzogtume Kleve besetzt hielten. Orsoy, Rheinsberg, Büderich und Wesel wurden von ihren feigen Garnisonen und verräterischen Befehlshabern binnen weniger Tage den Feinden überliefert, Emmerich und Kalkar diesen ohne Schwertstreich eingeräumt. Die Franzosen hausten in dem brandenburgischen Herzogtume wie in Feindesland, brand-

an Anhalt v. 4./14. Mai 1672 (U. u. A., XIII., 179). — Kurf. an Anhalt 17./27. Mai; Orlich, III, 193.

[1] Mignet, IV, 76 f.

[2] Strecker, 42.

[3] Stuhr, I., 213. — v. Mülverstedt, 788 ff. — Strecker, 46. — U. u. A., XIII, 272 ff.

schatzten, raubten und plünderten dort nach Herzenslust. In den evangelischen Städten wurde katholischer Gottesdienst eingeführt, überall die Huldigung für den König von Frankreich eingenommen, als wolle dieser das Land nimmermehr räumen[1]. Zu gleicher Zeit drang der Verbündete Frankreichs, der Bischof von Münster, in die Grafschaft Lingen ein und zwang die Einwohner, ihm, anstatt des Kurfürsten, zu huldigen[2]. Solche Verletzungen des Reichsfriedens und des Reichsgebietes mufste Friedrich Wilhelm klagend und hilfeheischend dem Kaiserhofe melden.

Hier herrschte grofse Aufregung und Verwirrung. Man hatte bisher von Brandenburg nur immer den Eintritt in die armselige Marienburger „Provisionalallianz" gefordert[3]. Sie war offenbar überholt. Wie sollte die Wiener Regierung sich nunmehr entschliefsen? Freilich lobte man in prächtigen Worten „die hohe Person, die heroische Conduite und Actiones Sr. Kurfürstlichen Durchlaucht". Freilich erkannte zumal der geniale Feldherr Montecuccoli die Notwendigkeit energischen Vorgehens gegen Frankreichs Eroberungssucht. Freilich unterstützten der spanische Gesandte und der niederländische Resident eifrig die Bemühungen Anhalts und versprachen Subsidien. Allein der von Frankreich bezahlte Prinzipalminister Fürst Lobkowitz widerstrebte mit aller Macht einem kräftigen Entschlusse. Der Ausschlag wurde endlich durch das rücksichtslose Vorgehen der Franzosen in Kleve gegeben. Der Kaiser selber ermannte sich, eine so schreiende Verletzung der Reichsintegrität, der geltenden Friedensverträge und der feierlichsten Zusagen nicht zu dulden. Es wurde also am 12. Juni beschlossen, ein Heer von 7000 Mann zu Fufs und 5000 zu Rofs sofort bei Eger zusammenzuziehen und unter dem Befehle des Feldmarschall-Leutnants Heister dem Kurfürsten zur Hilfe zu senden. Es war mehr, als man in Berlin zu wünschen gewagt hatte. Anhalt kehrte höchst befriedigt zu seinem Auftraggeber zurück. Die Entwürfe Friedrich Wilhelms schienen sich in erfreulicher Weise zu verwirklichen. Er hegte

[1] Friedr. Wilh. an den Kaiser, 3./13. Juni; U. u. A., XIII, 199, u. XIV, 541. (Wunderbarerweise sind in der ohnehin so umfangreichen Sammlung mehrere Aktenstücke — auch dieses Schreiben — — zweimal abgedruckt!) — Berichte Amerongens v. 8. 12. Juli; U. u. A., III, 264 ff.

[2] Depping, 53.

[3] Landwehr v. Pragenau, 624.

nunmehr die Hoffnung, auch Dänemark und die protestantischen Welfen zu einem Bündnisse zu bewegen und somit seine grosse Allianz gegen Frankreich zu stande zu bringen[1].

Eine solche mufste freilich bald in Wirksamkeit treten, wenn die Vereinigten Provinzen überhaupt noch gerettet werden sollten. Das ganze Gebäude der niederländischen Macht brach vor dem Ansturm der Franzosen mit unerwarteter Plötzlichkeit zusammen. Im Laufe des Juni besetzten die Franzosen, fast ohne Widerstand zu finden, vom Niederrhein her den gröfsten Teil der freien Niederlande, die schwachen und entmutigten Truppen der Gegner wie im Spiele vor sich hertreibend.

Diese Nachrichten brachten in Berlin einen tiefen und erschreckenden Eindruck hervor, und es bedurfte der günstigen Meldungen aus Wien, um ihnen einigermafsen ein Gegengewicht zu halten.

Ludwig XIV. rechnete auf die Wirkung, die seine blitzähnlichen Erfolge auf das Gemüt des Kurfürsten von Brandenburg hervorbringen würden, um noch einmal den Versuch zu machen, dafs er ihn durch Furcht bewege, das Bündnis mit den Holländern aufzugeben. Er würdigte wohl die Bedeutung, die Entschlossenheit und Ansehen dem Kurfürsten weit über dessen thatsächliche Macht hinaus verliehen. „Er läfst von Thür zu Thür gegen mich die Trommel schlagen," äufserte damals der König wiederholt[2]. Ludwig war überzeugt, dafs, wenn Friedrich Wilhelm die Sache der Holländer aufgebe, diese hilflos ihm ausgeliefert seien. Er sandte deshalb, vom Lager bei Rheinsberg aus, den Grafen von La Vauguyon nach Berlin. Nicht durch Versprechungen, nur durch Schrecken gedachte er nunmehr auf den Brandenburger zu wirken. Der Gesandte sollte diesen kategorisch zu einer Erklärung über seine Haltung während des Krieges auffordern, ihm darthun, dafs der König auf seine Freundschaft kein Gewicht lege, ihm keinerlei Vorteil mehr verheifse, aber, wenn er gegen Frankreich zu streiten wage, ihm den Angriff Schwedens in sichere Aussicht stellen[3].

[1] Die Berichte Anhalts: U. u. A., XIII, 199 ff.; XIV, 539 ff. 844 ff. — Die viel lehrreicheren Depeschen Gremonvilles: Mignet, IV, 77 ff. — Vgl. Schreiben des Kurfürsten und Schwerins: Orlich, III, 52. — Über die Haltung Montecuccolis: J. Grofsmann, Raimund Montecuccoli (Arch. f. österr. Gesch. LVII [1879]), S. 406 ff.

[2] Brief Schwerins v. 19. Juni 1672; Orlich, II, 55.

[3] Instruktion La Vauguyons v. 7. Juni; Mignet, IV, 89 ff.

War schon die Entscheidung Friedrich Wilhelms zu Gunsten der Holländer, als alle anderen sie verlassen hatten, ein leuchtendes Zeichen seines politischen Verständnisses und Mutes gewesen, so machte die Haltung, die er nun der Sendung La Vauguyons gegenüber einnahm, zu einer Zeit, wo die Republik für immer vernichtet schien und seine eigenen rheinischen Gebiete von den Franzosen besetzt waren, wirklich eine „heroische Conduite“ aus. Er schwankte nicht einen Augenblick. Unter dem Vorwande einer Reise liefs er den Abgesandten des „Königs Sonne“ vier Tage lang warten. Dann rechtfertigte er sein Verhalten mit seinen Verpflichtungen gegen die Generalstaaten und gegen das Reich; für die Zukunft begnügte er sich damit, von neuem seine Vermittlung zwischen dem Könige und der Republik anzubieten und zu diesem Zwecke eine abermalige Sendung Krockows nach Paris vorzuschlagen — die dann nicht zu stande kam. La Vauguyon reiste schon am 24. Juni unverrichteter Sache wieder von Berlin ab[1].

Anstatt den Wünschen des französischen Herrschers nachzukommen, verfolgte der Kurfürst vielmehr das Bestreben, die kriegerische Aktion zu verstärken und zu beschleunigen. Sein Neffe, Prinz Wilhelm von Oranien, rief ihn dringend um Hilfe an; er selber wollte von keinem faulen Frieden reden hören, der die Übermacht Frankreichs bis ins Unerträgliche gesteigert haben würde[2]. So schickte er nach der Abreise La Vauguyons den Fürsten von Anhalt noch einmal an den Kaiser, diesen um schnelle Absendung seiner Truppen und um deren Verstärkung zu ersuchen, da die Fortschritte der Franzosen und ihrer Verbündeten solches unbedingt nötig machten. Zugleich wünschte er zum Befehlshaber des kaiserlichen Heeres den General Montecuccoli selber zu erhalten, den er von dem Kriege gegen Schweden her kannte, und von dessen militärischen Fähigkeiten er mit Recht eine hohe Meinung hegte. Anhalt erfreute sich auch dieses Mal glücklichen Erfolges. Leopold war für den Augenblick höchlichst gegen Frankreich erbittert. „Das Herz thut mir weh,“ schrieb er damals im Vertrauen, „dafs unter meiner Regierung die Franzosen so vorwärts kommen.“[3] Er

[1] Mignet, IV, 92. — U. u. A., XIII, 85 ff.
[2] Kurf. an Schwerin: Orlich, II, 56.
[3] Ad. Wolf, Lobkowitz, 385.

versprach, weitere 3000 Reguläre sowie 1000 Kroaten zu dem Hilfsheere zu stellen, auch dessen Befehl an Montecuccoli zu übertragen. Am 1. September sollten diese Truppen sich mit den Brandenburgern vereinigen. Der gegenseitige Bündnisvertrag, vom 23. Juni datiert, wurde nunmehr vom Kaiser ratifiziert[1]. In Wien war man, wie einer der dortigen Minister sagte, überzeugt, man müsse dem Strome, der Deutschland zu überfluten drohe, entgegenarbeiten und ihm einen Damm vorziehen. Die österreichischen Staatslenker fürchteten, Ludwig XIV. nach der Unterwerfung der Niederlande vor den Thoren Wiens erscheinen und seine Wahl zum Römischen Könige erzwingen zu sehen. Solche Stimmungen setzten den genialen und thatkräftigen Lisola, den einzigen wirklichen Staatsmann, den Österreich damals besafs, in den Stand, längst gehegte Pläne durchzuführen. Er schlofs am 25. Juli mit den Generalstaaten im Haag einen Bundesvertrag, der die Vereinigung der kaiserlichen und brandenburgischen Truppen mit 20 000 niederländischen Soldaten in Aussicht nahm und dafür dem Wiener Hofe beträchtliche Subsidien verhiefs.

Die Hochmögenden waren in ihrer verzweifelten Lage, wo nur noch die Durchstechung ihrer Dämme, die Überschwemmung alles Landes aufserhalb der städtischen Mauern den Rest ihres Gebietes vor den siegreichen Feinden schützte, bereit, alles zu versprechen, wenn man ihnen Hilfe bringe. Zumal nach dem Brandenburger schauten sie ängstlich aus — von ihm zunächst erwarteten sie Rettung. Und doch durfte Friedrich Wilhelm es nicht wagen, mit seinen unvollständigen Regimentern ohne die kaiserlichen Hilfstruppen nach den Niederlanden zu marschieren, wo er zunächst auf 50 000 Franzosen, Kölner und Münsterer gestofsen wäre, die seine weit schwächeren Scharen vernichtet hätten, ehe noch die Holländer hinter ihrem Wassergürtel her zu seiner Unterstützung hätten herankommen können. Wer bürgte ihm dafür, dafs die Provinzen nicht, wie sie wenige Wochen zuvor gethan, mit Frankreich Friedensunterhandlungen anknüpften, ohne auf ihn die mindeste Rücksicht zu nehmen? Er sandte Pöllnitz, der den Holländern als ihr Freund bekannt war, nach dem Haag, um zu sehen, welche militärischen Operatio-

[1] U. u. A., XIII, 222 ff.; XIV, 564 ff. — Über den österreichisch-niederländischen Vertrag: Mignet, IV, 82 ff.

nen in diesem kritischen Augenblicke möglich seien. Pöllnitz verhandelte (Mitte Juli) mit den staatischen Deputierten im Haag und mit dem Prinzen von Oranien in dessen Hauptquartier zu Schoonhoven am Leck. Einen direkten Marsch nach Holland, den der Prinz forderte, wies er zurück; solcher, sagte er, werde keine andere Folge haben, als den Retter mit dem Ertrinkenden zugleich unter Wasser zu ziehen. Er hatte einen andern Plan: Kurfürst und Kaiserliche sollten an den Niederrhein und nach Mastricht gehen, sich dort mit einem spanisch-belgischen Korps und einigen holländischen Truppen unter Befehl des Prinzen vereinigen und so mit der beträchtlichen Macht von 50 000 Mann die Franzosen von ihrer Operationsbasis trennen und zu schleunigem Rückzuge nötigen. Solches zu betreiben, besuchte Pöllnitz auf dem Heimwege den spanischen Generalgouverneur, Grafen Monterey, in Brüssel. Oranien und die Generalstaaten waren einverstanden und drangen nur auf baldigen Vollzug dieser Mafsregeln. Sie zahlten alle fälligen Subsidien an den Kurfürsten getreulich aus und sandten ihm abermals Amerongen zu, um mit ihm beständig in Zusammenhang zu bleiben. Ja, sie versicherten ihn noch höherer Hilfsgelder, wenn er sein Heer mehr verstärken werde[1].

Und doch blieb Friedrich Wilhelm unthätig. Er wollte sicher gehen, sich nicht eher in den direkten Kampf mit Frankreich einlassen, als bis die Kaiserlichen zu ihm gestofsen seien. Deren Ankunft war aber vor dem Ende des Augustmonats nicht zu erwarten. Sein Heer, seine Lande für die Generalstaaten aufs Spiel zu setzen, trug er kein Begehr; er verletzte lieber den Buchstaben der Verpflichtungen, die er diesen gegenüber eingegangen war. Er war mifsgestimmt, unruhig, der Verlust Kleves und die Verantwortung drückten seinen beweglichen Geist nieder, um so mehr, als ein schwerer Gichtanfall ihn physisch lähmte. Ludwig XIV. that alles, um den Brandenburger in Unthätigkeit zu erhalten. Der König fand seinen anfangs so reifsenden Siegeszug durch die Gewässer, die die holländischen Ebenen bedeckten, durch die Zerstreuung des eigenen Heeres, das die eroberten Plätze schützen mufste, sowie durch das von Deutschland heraufziehende Ungewitter gehemmt. Mit jener Vorsicht, die der bessere Teil der Tapferkeit ist, war

[1] Orlich, II, 56 ff. — Sypesteyn, 49.

er deshalb, um sich persönlich nicht Unfällen auszusetzen, nach Versailles zurückgekehrt. Von hier überschwemmte er den kaiserlichen Hof sowie den Regensburger Reichstag mit Versicherungen: er werde die im Reiche von seinen Truppen besetzten Ortschaften nach dem Frieden sämtlich zurückgeben, die westfälischen Verträge getreulich beobachten[1]. Mit denselben Verheifsungen sandte er La Vauguyon noch einmal nach Berlin. Der Graf sollte den Kurfürsten umzustimmen suchen, jedenfalls ihn aufhalten, dessen politische und militärische Mafsregeln ausspionieren.

Der französische Abgesandte fand den Berliner Hof in einem kritischen Augenblicke, wo die Lähmung des kurfürstlichen Willens durch Mifsstimmung und Krankheit dem Streite der Parteien dort freien Raum liefs. Friedrich Wilhelm hatte den durch den Tod Sparrs erledigten Posten eines Generalfeldmarschalls nicht dem altverdienten Derfflinger übertragen, sondern dem seinem Herzen nahestehenden Johann Georg von Anhalt, seinem Schwager; es ist wahrscheinlich, dafs hierbei die allzu entschiedene kriegerische und hollandfreundliche Gesinnung Derfflingers mit in Betracht gezogen worden ist. Der alte Haudegen nahm darauf voll berechtigten Zornes seine Entlassung und verliefs in der Ungnade des Herrn Hof und Dienst[2]. Das war aber ein schwerer Verlust für das junge brandenburgische Heer, denn Anhalt fehlte es an allen den Vorzügen, die Derfflinger in hohem Mafse auszeichneten: Kenntnis des Dienstes, Kühnheit und Thatkraft. Der Fürst war überdies seit seinem zweimaligen Aufenthalte in Wien dem Kaiserhofe unbedingt ergeben. Ferner lag Generalleutnant von der Goltz, ein notorischer Anhänger und Söldner Frankreichs, in heftigem Streit mit Generalmajor von Schwerin, einem Bruder des Oberpräsidenten. Dieser selbst, der von unbezwinglichem und, wie der Verfolg es gezeigt hat, berechtigtem Mifstrauen gegen Österreich erfüllt war, das als streng katholische Macht den Ketzern nie die Treue halten werde[3], arbeitete nach wie vor

---

[1] Mignet, IV, 95. — Über La Vauguyons zweite Sendung: das. 95. 99 ff.; Prutz, 27 ff.; U. u. A., XIII, 88 ff.

[2] W. v. Unger, Feldm. Derfflinger (Beihefte zum Militärwochenblatt 1896), S. 334 f.

[3] Bericht des hessischen Agenten in Berlin, Lincker, v. 16./26. April

auf eine Verständigung mit Frankreich hin und suchte deshalb den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verhindern.

Vauguyon durfte auf einen Erfolg seiner Sendung hoffen. Er forderte die versprochene aber seither nicht erfolgte klare Antwort des Kurfürsten und drohte für die Zukunft mit der Entziehung Kleves, auf das Brandenburg keine unbestrittenen Rechte besitze, für die Gegenwart mit dem Einmarsche eines mächtigen Heeres unter Turenne in das Reich. Der Kurfürst liefs ihm mit Klagen über die Mifshandlung seiner rheinischen Besitzungen antworten.

Endlich waren die brandenburgischen Truppen zum kleinern Teile um Lippstadt, zum gröfsern um Halberstadt versammelt, und der Augenblick war gekommen, wo der Kurfürst zu seinem Heere abgehen konnte, das vor Begierde brannte, sich mit den Franzosen zu schlagen. Am 18. August verliefs er Berlin und langte am 25. in Halberstadt an. Die Feldarmee zählte 9500 Reiter und Dragoner, 10370 Fufsgänger und 56 Geschütze. Man sieht, dafs die Kavallerie noch als die wichtigste Waffe galt. Jeden Tag wurden die Truppen gemustert und in umfassenden Manövern geübt[1].

Allein nun mufste Friedrich Wilhelm zu Halberstadt abermals in schmerzlichem Harren[2] die kostbare Zeit verlieren, bis die Kaiserlichen in langsamen Märschen heranrückten. Erst Mitte September konnten sie sich mit den Brandenburgern vereinigen. Inzwischen war aber die gesamte militärische und politische Lage verändert, und zwar zum Nachteile des Kurfürsten.

Der drohende Anmarsch der Brandenburger und Montecuccolis hatte so viel gewirkt, dafs die Kölner und Münsterer auf den Rat Louvois' die Belagerung von Groningen aufgegeben hatten, um die Yssellinie zu besetzen und zu decken. Der Abzug dieser Gegner belebte den tiefgesunkenen Mut der Holländer und verlieh ihnen das Zutrauen, die Befreiung ihres Landes von den Franzosen zu unternehmen[3]. Nicht minder

1673; Ribbeck, Der Grofse Kurf. in d. Jahren 1673 und 1674 (Forsch. z. brandenb. u. preufs. Gesch. XIII. [1900]), S. 33.

[1] Ms. Tagebuch Schwerins; Berlin, Geh. Staatsarchiv.

[2] Schreiben Schwerins v. 27. August/6. Sept. 1672; Orlich, II, 60.

[3] Grimoard, Collection des lettres et mémoires de Turenne (Paris 1772), II, 30: Louvois an Turenne, 7. Aug. 1672. — G. B. Depping,

wichtig war, dafs Marschall Turenne mit 19 000 Mann französischer Truppen von Nordbrabant über den Rhein entsendet wurde. Er erhielt von seinem Könige den Befehl, bei Essen Stellung zu nehmen und dem Kurfürsten zu erklären, jeder Marsch der Brandenburger über Lippstadt hinaus werde als ein Akt der Feindseligkeit gelten[1]. Durch diese Vorgänge wurden allerdings die Holländer bedeutend entlastet und ihnen die Verteidigung ihres Landes aufserordentlich erleichtert; wenn die brandenburgischen Diplomaten ihnen dies als einen Erfolg der Dazwischenkunft des Kurfürsten priesen, so waren sie hiermit durchaus im Rechte. Die Offensive der niederländischen Truppen ist nur durch die Wirkung des brandenburgischen Vorgehens ermöglicht worden. Aber für den Kurfürsten selbst war die Situation eine schwierigere geworden. Er konnte die Vereinigung mit Oranien nur noch durch eine Schlacht gegen den ersten Feldherrn seiner Zeit erzwingen — eine Aussicht, die der jedem Wagnis abgeneigten Gesinnung Friedrich Wilhelms so bedenklich erschien, dafs er seinen bisher gehegten Plan, direkt auf den Niederrhein und Mastricht zu marschieren, aufgab[2]. In der That war von einem Angriff auf die Franzosen kaum noch ein Erfolg zu erhoffen. Während Turenne vom Niederrhein aus nach Westfalen vorrücken sollte, besetzte der ihm an Ruhm kaum nachstehende Condé mit 17 000 Mann das Elsafs zum Schutze des Oberrheins, hielt sich der Herzog von Duras mit einem Reservekorps an der Maas zum Eingreifen bereit. Der Marschall von Luxemburg deckte die eroberten niederländischen Provinzen.

Diese gewaltigen und gut kombinierten militärischen Mafsregeln brachten einen tiefen Eindruck auf die deutschen Fürsten hervor. Keiner von ihnen wagte mehr den Finger zu rühren, um nach dem Vorgange des Brandenburgers das Reich und Europas Freiheit zu verteidigen. Alle Anhänger Frankreichs aber erhoben keck ihr Haupt[3]. Münsterer und Kurkölner be-

---

Gesch. des Krieges der Münsterer und Kölner gegen Holland i. d. J. 1672 bis 1674 (Münster 1840), S. 108.

[1] Ludwig XIV. an Turenne, 23. August 1672; Grimoard, II, 41 ff.

[2] Peter, 61.

[3] Über das Folgende sehe man: F. Dieffenbach, Der französ. Einfluſs in Deutschland unter Ludwig XIV. (Dresden 1889), S. 68 f. 76 ff. 84 ff. 88. 90. 99 f. — Ferner: Pufendorf, XI, 51. Über Bayern: Doeberl,

schwerten sich, mit seltsamer Umkehr der Rollen, in Regensburg über den Friedensbruch des Kaisers und des Kurfürsten von Brandenburg; sie folgten darin freilich nur dem Vorgange Turennes, der alle Verantwortung für kriegerische Vorgänge im Reiche dem Brandenburger und dessen Verbündeten zugeschoben hatte[1]. Den phrasenhaften „Patrioten" erschien es als ein Vaterlandsverrat, nicht dafs Köln und Münster die Franzosen, wohl aber dafs Brandenburg die Niederländer unterstützte. Überall erhob sich lebhafter Zorn gegen Friedrich Wilhelm, den „Friedensstörer", den „Diktator". Kurmainz protestierte gegen den Durchmarsch „kaiserlicher Völker" durch „Unser Erfurtisch Land". Bayern unterstützte alle diese Reklamationen, brachte mit französischem Gelde eine Feldarmee von 11 000 Mann auf und schlofs mit Württemberg und Pfalzneuburg eine Konvention zur gewaltsamen Aufrechterhaltung der Neutralität im südwestlichen Deutschland. Gegen Brandenburg führte Kurfürst Ferdinand Maria die heftigste Sprache. Sachsen hielt es an der Zeit, seine alten Ansprüche auf Kleve zu erneuern, die es offenbar nur mit Hilfe Frankreichs durchzusetzen hoffen durfte. Der französische Gesandte in Regensburg, Robert von Gravel, fühlte sich durch diese Haltung hervorragender Reichsstände so ermutigt, dafs er geradezu ein Bündnis gegen jeden Verletzer des Westfälischen Friedens — das heifst gegen den Kaiser und Brandenburg — in Vorschlag brachte, wobei ihm der schwedische Vertreter am Reichstage eifrig beistand. Kurpfalz schlofs wirklich mit Frankreich eine Allianz zum Schutze seines Landes gegen jeden Durchmarsch kriegführender Truppen. „Der Unterschied ist nicht grofs," schrieb dieser patriotische Fürst an Johann Georg von Sachsen, „ob man von Franzosen oder von Deutschen zu Grunde gerichtet wird." Und der sächsische Kurfürst stimmte dem vollkommen bei: sein Gesandter in Wien erklärte, „es sei für seinen Herrn unerträglich, dafs Brandenburg gleichsam die Diktatur im Reiche und Entscheidung über Krieg und Frieden beanspruche." Das höchste, wozu das Heilige Römische Reich sich aufraffte, war das Anerbieten einer

491 ff., sowie K. Th. Heigel, Quellen und Abhandlungen z. neueren Gesch. Bayerns (München 1884), S. 19.

[1] Grimoard, II, 51 f.

Vermittlung, die doch nur darauf hinauslaufen konnte, den lästigen Brandenburger zur Ruhe zu zwingen.

Solche Vorgänge wirkten nun ihrerseits beträchtlich auf den Wiener Hof zurück[1]. Das Gefühl seiner verletzten Würde als Reichsoberhaupt hatte im Juni und Juli den Kaiser Leopold zu kräftigen Entschlüssen fortgerissen, gegen den Willen der Mehrzahl seiner schwachen oder gar von französischem Gelde gewonnenen Minister. Aber nun war die erste Aufwallung verflogen, und gerade in diesem kritischen Augenblicke stellten sich Enttäuschungen und Bedenken aller Art ein. Niemand von den deutschen Reichsständen wagte dem brandenburgisch-kaiserlichen Bündnisse beizutreten, sondern viele von ihnen machten Miene, mit Erneuerung des Rheinbundes auf Seite der Franzosen zu treten. Man warnte den Kaiser, durch Begünstigung der protestantischen Staaten schädige er die Interessen des Glaubens. Bayerns Bemühungen, Leopold zu strikter Neutralität zu bewegen, wurden von dem Oberhaupte der Kirche, vom Papste, selbst nachdrücklich unterstützt. Gremonville drohte, sein Herr werde eine gewaltige Macht ins Reich senden, um alle Widersacher zu zerschmettern, und dabei würden ihm die Schweden und sämtliche freiheitsliebenden deutschen Fürsten helfen. Da verlor der Kaiser den Mut, bereute bitter, dem Drängen des ehrgeizigen und intriganten Brandenburgers gefolgt zu sein, und Lobkowitz sowie dessen Gesinnungsgenossen bemächtigten sich wieder der leitenden Gewalt. Schon Anfang August versicherte dieser Minister seinem Freunde Gremonville: wenn er die Instruktionen Montecuccolis gelesen hätte, würde er selber urteilen, dafs der Marsch dieser Truppen nur ein leerer Schein sei, und dafs, „wenn der Kurfürst irgend eine Narrheit begehen wolle, man ihn allein handeln lassen werde“. Einige Wochen später sagte Lobkowitz dem französischen Gesandten: der Kaiser werde niemals den Gelüsten des Brandenburgers und der braunschweigischen Herzoge nach Plünderung der norddeutschen Bistümer nachgeben; ja, er beteuerte, der Zweck von

[1] Über die Wiener Vorgänge im August 1672: Bericht des brandenb. Gesandten von Heiden, Wien, 4./14. Aug. (U. u. A., XIII. 268); französ. Aktenstücke bei Mignet, IV, 96 ff. 103 ff.; Pribram, Lisola, 572—580; P. L. Muller, Nederlands eerste betrekkingen met Oosterijk (Verhandelingen der Akademie der Wetenschapen, Bd. V [Amsterdam 1870]), S. 32 ff.; Grimoard, II, 62.

Montecuccolis Sendung bestehe lediglich darin, den Kurfürsten von allen entscheidenden Unternehmungen abzuhalten; dieser Fürst sei wie ein losgelassenes Pferd, dem man die Zügel anlegen müsse — Kanzler Hocher, der Kaiser selbst, seien hiermit durchaus einverstanden. Er belegte das mit so vielen Einzelbeweisen, dafs Gremonville ihm vollen Glauben beimafs. Die unglaubliche Langsamkeit, mit der die kaiserlichen Truppen den Weg von Eger nach Halberstadt zurücklegten, war schon an sich eine Bestätigung von Lobkowitz' Aussagen. Ja, der Kaiser verlangte nur, allerdings in tiefstem Geheimnisse, dafs Frankreich ihm die am Rhein besetzten Plätze in Verwahrung gebe, und dafs der Bischof von Münster keine weiteren Feindseligkeiten gegen die Niederländer vornehme — dann werde Österreich sein Heer zurückziehen.

Der Umschwung in der Stimmung des kaiserlichen Hofes spricht sich auch bald in dessen offiziellen Kundgebungen aus, die den Vorwand, unter dem man die vollständigste Unthätigkeit üben wollte, deutlich, gewissermafsen programmartig in den Vordergrund stellen. Man habe mit Betrübnis vernommen — heifst es schon am 11. August — dafs kein anderweiter deutscher Fürst sich dem Bündnis anschliefsen wolle, ja dafs solche nicht einmal dem alliierten Heere Subsistenzmittel zu liefern gedenken. Sämtliche Verheifsungen des Kurfürsten zeigen sich demnach als irrtümlich, und allein könne dieser mitsamt dem Kaiser nicht gegen Frankreich bestehen. Deshalb — und das war die Hauptsache — solle das verbündete Heer nur zur Deckung des Reichsbodens, nicht aber zum Angriffe auf Frankreich dienen. In der kaiserlichen Ministerialkonferenz vom 30. August wurde das Vorgehen des Kurfürsten gar als ein „kalvinisch Stückl" bezeichnet, „dahin zielend, dafs man Kaiserliche Majestät directe für Holland und also directe gegen Frankreich hineinbringen thäte"[1]. Den Vertrag, den Lisola mit den Holländern abgeschlossen hatte, bestätigte deshalb der Kaiser nur bedingungsweise und verlangte Abänderung aller derjenigen Artikel, die ihn als aktiven Teilnehmer am Kriege charakterisiert hätten.

So fühlte sich Friedrich Wilhelm mehr und mehr verlassen und einsam. Es boten sich ihm jetzt zwei Wege: entweder er

[1] Protokoll: U. u. A., XIV, 590. — Vgl. Relation Esaias Pufendorfs, her. von Helbig, S. 26; und Sam. Pufendorf, XI, 51.

brach kühn die Brücken hinter sich ab, strebte mit allen Mitteln der Vereinigung mit den Niederländern zu und liefs den Kaiser und die deutschen Reichsfürsten gewähren; oder aber er verfuhr mit Vorsicht, suchte dem Kaiser beim Bündnisse festzuhalten und so viele Reichsstände wie möglich für sich zu gewinnen. Das erstere Verfahren war kühner, heroischer, wirkungsreicher und entsprach obendrein den Verpflichtungen, die er vertragsmäfsig den Niederländern gegenüber auf sich genommen und für die er bereits Bezahlung erhalten hatte; kein Zweifel, dafs die Generalstaaten es zu fordern berechtigt waren. Und doch wäre es mehr das eines Condottiere als eines Staatsoberhauptes gewesen. Er lief dann Gefahr, mit seinen zwanzigtausend Mann von den weit überlegenen französischen Streitkräften vernichtet zu werden. Und wenn es ihm selbst, wider Vermuten, gelang, sich mit den holländischen Truppen zu vereinigen, so hatte er freilich der niederländischen Republik einen grofsen Dienst geleistet, aber seine eigenen Länder hilflos der Rache Frankreichs, Schwedens und ihrer Verbündeten sowie der Habsucht aller seiner Neider preisgegeben. Es ist leicht, Jahrhunderte später, von der Studierstube aus, den Kurfürsten der Zaghaftigkeit zu beschuldigen; dafs es schon damals die Holländer thaten, ist von ihrem Standpunkte und aus ihrer natürlicherweise mangelhaften Sachkenntnis heraus begreiflich und verzeihlich. Die Wahrheit ist, dafs seine weitere Thätigkeit und die Möglichkeit, den Verträgen nachzukommen, mit dem Augenblick vereitelt waren, wo seine Hoffnung, er werde noch andere Reichsstände durch sein Beispiel mit fortreifsen, sich nicht erfüllte, und wo auch der Kaiser ihn verriet. Wenn man sich in die Lage versetzt, in der sich Friedrich Wilhelm damals befand, so mufs man sein Vorgehen als das einzig sachgemäfse, ja als das ihm einzig gestattete bezeichnen. Er hatte wahrlich genug damit gethan, durch sein kühnes Vorgehen im April und durch die momentane Gewinnung des Kaisers, unter Aufopferung seines schönen Herzogtums Kleve, den Hauptteil der französichen Scharen von den Vereinigten Provinzen abzuziehen. Damit hatte er es ermöglicht, dafs dort die oranische, nationale Partei Zeit gewann, die Oligarchen zu besiegen, zu entwaffnen, selber die Leitung der vaterländischen Angelegenheiten in die Hand zu nehmen; ermöglicht, dafs sie den Widerstand gegen Frankreich organisierte, ja, die Rückeroberung der von diesem

besetzten heimischen Landstriche begann. Mehr vermochte er mit seinen schwachen Kräften, verlassen vom Reiche, aufgeopfert von seinem einzigen Verbündeten, dem Kaiser, nicht zu leisten. Man darf von ihm nicht verlangen, dafs er habe handeln sollen, als sei er ein holländischer General. Er war doch vor allem Landesherr und Kurfürst von Brandenburg. Gewifs, es liegt in seiner damaligen Politik nichts Kühnes, Bezwingendes, Gewaltiges. Aber da er durch die Thorheit und Ängstlichkeit aller anderen deutschen Fürsten aufser stand gesetzt war, die Franzosen direkt zu besiegen, hat sie das zuwege gebracht, was unter solchen Umständen ausschliefslich in ihrer Macht stand: sie hat den Niederländern die Möglichkeit geschaffen, sich durch eigne Anstrengungen zu retten.

Der Ernst der Lage wurde dem Kurfürsten durch die Eröffnungen La Vauguyons klar gemacht, der ihn trotz alles Abratens in das Hauptquartier nach Halberstadt begleitet hatte, um dort mehr als Spion denn als Diplomat thätig zu sein. Die Verhandlungen mit dem französischen Gesandten machten keinerlei Fortschritte, da dieser als erstes die Erklärung unbedingter Neutralität, der Kurfürst dagegen sofortige Rückgabe der klevischen Plätze sowie Entschädigung für den durch die französischen Plünderungen erlittenen Verlust forderte. Friedrich Wilhelm betonte die Freiheit jedes deutschen Fürsten zu waffnen sowie seiner Lande und des Reiches Sicherheit und Unverletzlichkeit zu verteidigen. Darauf überreichte La Vauguyon am 8. September ein förmliches Ultimatum: der König sende zur Beschützung seiner deutschen Bundesgenossen ein Heer nach Westfalen, werde es aber zurückziehen, sobald der Kurfürst aufhöre, Sr. Majestät Alliierte zu bedrohen. Diese Zumutung wurde von dem Brandenburger mit höflichen, aber bestimmten Worten zurückgewiesen (23. September). Gewifs, ein festes und mutiges Verfahren von seiner Seite, wenn man seine zu jener Zeit überaus bedenkliche Lage berücksichtigt[1].

Wenige Tage darauf verliefs La Vauguyon endlich den Kurfürsten, der sich bereits auf dem Weitermarsche, und zwar in Hessen, befand. Es ist bemerkenswert, dafs seine Erklärungen ebenso wie die Schreiben, die er und Ludwig XIV. bei diesen Gelegenheiten wechselten, durchaus freundlich gehalten waren.

[1] Mignet, IV. 99 ff. — U. u. A., XIII, 90. — Prutz, 28. ff.

Man wollte sich gegenseitig nicht die Möglichkeit späteren Wiederanknüpfens verschliefsen.

Für den Augenblick war freilich der Bruch vollzogen. Um so mehr strebte der Kurfürst die Ausdehnung und Kräftigung des antifranzösischen Bündnisses an. Er forderte, in Gemäfsheit der Kurfürsten-Einung, die Hilfe seiner Mitkurfürsten — nur den rettungslos französisch gewordenen Kölner liefs er beiseite — gegen den ihm drohenden französischen Angriff[1]. Allein er erhielt von allen Seiten nur ausweichende Antworten, besten Falls das Anerbieten einer Vermittlung. Pfalz-Neuburg, das er, auf Grund des zwischen beiden Häusern bestehenden Erbvertrages, gleichfalls angesprochen hatte, forderte ihn förmlich auf, sich sofort mit Frankreich zu versöhnen, das gern dazu bereit sei und günstige Bedingungen gewähren werde. Friedrich Wilhelm beeilte sich, in durchaus korrekter Weise, diese Anerbietungen dem kaiserlichen Hofe mitzuteilen. Und das war dann der einzige Grund, weshalb man in Wien den Brandenburger nicht öffentlich fallen liefs: die Furcht, dafs dieser sich hierauf in die ihm jederzeit geöffneten Arme des französischen Königs werfen und dessen mächtigste Bundesgenosse im Reiche gegen das durchlauchtigste Haus Österreich werden würde. So erklärt sich das Doppelspiel, das damals der Kaiser und seine Minister betrieben.

Gröfsere Hoffnungen, als auf jene schwachmütigen oder gar reichsverräterischen Fürsten hatte Friedrich Wilhelm auf die tüchtigen und ehrlich protestantischen Herzoge von Braunschweig-Celle und Braunschweig-Wolfenbüttel, sowie auf die Landgräfin von Hessen-Kassel und den König von Dänemark gesetzt, dessen Vorgänger er selber vierzehn Jahre früher vom Untergange gerettet hatte. Allein gerade König Christian V. wollte nur von einem Verteidigungsbündnis hören, „sich nicht in das holländische Wesen engagieren“. Er drang mit dieser Anschauung auch bei den Welfen durch. Diese schlossen also mit Dänemark, dem Kaiser, Brandenburg und Hessen-Kassel am 22. September zu Braunschweig einen Bund zum Schutze ihrer Reichslande gegen fremde Angriffe. Aber da der gegenwärtige Krieg stillschweigend ausgenommen war, hatte dieser

[2] Dieffenbach, 60. 65 ff. 90 ff. — U. u. A., XIII, 188 f. 279. 329 ff. XIV, 607 ff.

braunschweigische Bund keine andere Bedeutung, als den Keim zur Bildung einer kaiserlichen Partei im Reiche abzugeben. Für Brandenburg brachte er keinen unmittelbaren Nutzen, ja hatte die üble Folge, dafs nun der katholische Welfe, Johann Friedrich von Hannover, den es nach der Kurwürde und den niedersächsischen Besitzungen des Hauses Brandenburg gelüstete, sich durch einen förmlichen Allianzvertrag dem Könige von Frankreich anschlofs[1]. Die einzige thatsächliche Hilfe, die Friedrich Wilhelm aus dem Reiche empfing, war die des Markgrafen Christian Ernst von Brandenburg-Bayreuth, der ihm eine Kompagnie zu Pferde und eine zu Fufs, im ganzen 300 Mann, zur Verfügung stellte[2].

Das war nun der Ausgang der gesamten weitgreifenden Unterhandlungen — ein im ganzen negativer. Er mufste auf die Leitung der militärischen Operationen um so gröfseren Einflufs üben, als er den kaiserlichen Hof in seinem Entschlusse bestärkte, jede kriegerische Verwicklung mit Frankreich zu vermeiden.

Schon bei dem Kriegsrate, der am 12. Septembsr in Halberstadt gehalten wurde, verweigerte Montecuccoli alle entscheidenden Aktionen, bis man mehr Verbündete habe[3]. Er wollte das Heer in den Winkel zwischen dem Rhein und dem linken Mainufer geführt wissen, wo es freilich sicher, aber auch zu jeder kriegerischen Thätigkeit unfähig war. Nur mit Mühe brachte es Friedrich Wilhelm dahin, dafs man auf Koblenz marschiere, von wo man diese Stadt samt der Feste Ehrenbreitstein decke und sich mit den Niederländern vereinigen könne. Er bat Oranien, ihm 12000 Holländer und Spanier entgegenzuschicken. Unter unaufhörlichen Regengüssen, auf elenden Wegen, bei mangelhafter Verpflegung rückte man, mit unsäglichen Mühen und starken Verlusten durch Krankheit, sehr langsam bis

---

[1] Köcher, II, 269—284. 592 ff.

[2] U. u. A., XIII, 233—238.

[3] Grofsmann (Montecuccoli, S, 413 ff.) begeht den Fehler, die offiziellen Äufserungen des kaiserlichen Feldherrn für den Ausflufs von dessen Überzeugung zu halten, während sie doch von den geheimen Weisungen eingegeben sind, die er — schriftlich oder mündlich — von der kaiserlichen Regierung erhalten hatte. In jenen Äufserungen wird die Stärke des brandenburgischen Heeres derart unter-, die der Turenneschen Armee derart überschätzt, wie solches Montecuccoli an Ort und Stelle unmöglich in Wahrheit thun konnte.

Wetzlar, wo man am 8. Oktober anlangte. Die brandenburgischen und kaiserlichen Truppen, hungernd, durchnäfst, leidend und mifsvergnügt, hatten zahlreiche Excesse begangen, die ihr Unternehmen in Mitteldeutschland um so verhafster machten, als es ihnen nicht vergönnt gewesen, dem langsam an den Rhein zurückweichenden Turenne ein Gefecht zu liefern. Es zeigte sich auch hier, dafs unentschiedenes Auftreten, wie in der Politik so in der Kriegsführung, das Schlimmste und Verkehrteste ist. Durch mutiges Daraufgehen und einigen Erfolg, wie es bei der Schwäche von Turennes Streitkräften — höchstens 19 000 Mann — sehr wohl möglich gewesen wäre, hätte man den zögernden Braunschweiger Bund wahrscheinlich mit sich fortgerissen, das eigene Heer gehoben und erfrischt, die beiden rheinischen Kurfürsten von Trier und Mainz zum Anschlusse bewogen. So aber machte man es niemandem recht. Auch die Niederländer, die dringend den endlichen Marsch ihrer Verbündeten an den Niederrhein gefordert hatten [1], wurden schwierig und sahen bei ihrer gefahrvollen Lage und der Verwirrung ihrer finanziellen Verhältnisse nicht ein, weshalb sie Bundesgenossen bezahlen sollten, die zu ihrer wirksamen Unterstützung nicht das mindeste thaten. Sie drohten mit Entziehung der Subsidien — einem der härtesten Schläge, die Brandenburg treffen konnten [2].

Der unliebsamen Überraschungen war aber noch kein Ende. Montecuccoli kam in das kurfürstliche Hauptquartier zu Wetzlar und erklärte, der Kurfürst von Trier verweigere die Koblenzer und der von Mainz die Mainzer Rheinbrücke. Man könne also nicht über den Strom gehen. Übrigens gestand er offen ein: der Kaiser fühle sich durch sein Bündnis mit Brandenburg nur zum Schutze des Reiches, nicht aber zum Bruche mit Frankreich verpflichtet; er habe vielmehr diesem versprochen, wenn es keine Ruptur herbeiführe, solche gleichfalls zu unterlassen. Seine Truppen dürften also keinerlei Feindseligkeiten gegen die Franzosen beginnen. — Der greise Feldmarschall hat nicht, wie man das früher glaubte, den Kurfürsten verraten. Er hat ihm vielmehr die Absichten des kaiserlichen Hofes offen dargelegt.

[1] J. G. v. Rauchbar, Leben und Thaten des Fürsten Georg Friedr. v. Waldeck, I (Arolsen 1870), S. 266 ff.

[2] U. u. A., III, 339. 783.

War er doch selber von Grimm erfüllt über die traurige Rolle, die sein Kaiser hier spielte und ihn spielen liefs — allein er konnte an dessen bestimmten Befehlen nichts ändern.

Friedrich Wilhelm befand sich in schlimmster Verlegenheit. Mit seinen um mehrere Tausende verringerten Truppen allein vorzugehen, inmitten feindlich gesinnter Staaten, daran durfte er um so weniger denken, als auch die Spanier mit der Kriegserklärung an Frankreich zögerten, von den Niederländern keinerlei Nachricht kam. Blieb er unthätig, so hatte er die rechtmäfsigen Vorwürfe der Vereinigten Provinzen und die Entziehung ihrer Hilfsgelder, aufserdem böse Nachrede und Verlust seines Ansehens zu fürchten[1]. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als das kleinere Übel zu wählen und den verderblichen Plan auszuführen, den Montecuccoli schon in Halberstadt vorgeschlagen hatte: auf das linke Ufer des untern Main, in die Gegend südlich von Frankfurt zu marschieren. Man hatte mit dem Hin- und Herziehen wiederum kostbare Wochen verloren!

Er war in schlimmster Laune und wünschte bereits, sich baldmöglichst aus dem ganzen argen Handel zu ziehen. Mit dem Kurfürsten von Mainz, der immer nur auf Vermittlung bedacht war, hielt er lange und vertrauliche Unterredungen. Der schwedische Oberst Wangelin durfte in das Hauptquartier kommen und hier Friedensverhandlungen treiben: sein König wird nicht leiden, sagte er, dafs die Freundschaft mit dem Kurfürsten gestört oder auch die Generalstaaten unterdrückt würden. Die geheimen Räte waren es jetzt, die Friedrich Wilhelm dringend von einem Separatfrieden mit Frankreich abrieten, als seinen vertragsmäfsigen Verpflichtungen zuwiderlaufend, und vielmehr vorschlugen, entweder den allgemeinen Frieden herbeizuführen oder den Kaiser durch eine nochmalige Sendung nach Wien zu kräftigerem Auftreten zu bewegen[2].

Mit solchen pedantischen Ratschlägen war leider nichts gethan. Weder Frankreich noch die Vereinigten Provinzen waren damals zum Frieden geneigt; und den Kaiser umzustimmen, dazu war keine Aussicht. Leopold klagte in vertrauten Briefen: es fehle ihm am nötigsten Gelde, da er nirgend-

---

[1] Vgl. sein Schreiben an die Geheimen Räte, Butzbach 1./11. Okt. 1672; U. u. A., XIII, 338.

[2] Orlich, II, 61 f. — U. u. A., XIII, 339 ff.

her Subsidien erhalte. „Komme ich auch mit Frankreich in die Haare und habe a tergo in Polen und Ungarn solche Unruhe, so würde ich ja nicht aller Orten bestehen können.“[1] Die Unruhen in Ungarn hatte er freilich sich selbst, seinem und seiner Diener blind fanatischem Wüten gegen die dortigen Protestanten zuzuschreiben. Vergebens hatte Friedrich Wilhelm sich seiner verfolgten ungarischen Glaubensgenossen warmherzig angenommen, vergebens den Kaiser vor deren Aufstand und Bündnis mit den Türken gewarnt (Juni 1672); er hatte nur eine hochmütig ablehnende Antwort erhalten, und die Verfolgung hatte sich verdoppelt[2]. Jetzt erntete der Kaiser indessen die bitteren Früchte, die sich leider auch auf dem westlichen Kriegsschauplatze geltend machten. Die kaiserlichen Truppen waren zu keinem ernsten Unternehmen zu bewegen; und die Fortschritte der Türken in Polen sowie der Ausbruch einer Revolution in Ungarn liefsen den völligen Abfall des Kaisers fürchten. Dabei häuften sich sonst die Schwierigkeiten. Die Niederländer wollten von keinerlei Rücksicht auf die Deutschen mehr hören; der Kurfürst, hiefs es bei ihnen, ziehe die Kreuz und Quer, wie die Kinder Israel in der Wüste[3]. England, dessen Loslösung von Frankreich man erhofft hatte, stand fester denn je auf dessen Seite. Von den Spaniern hörte man nichts. Die deutschen Anhänger Frankreichs rüsteten sich zum Eingreifen. Turenne aber rückte an die Lahn und lagerte wenige Meilen von den Verbündeten, die um Bergen herum müfsig standen. Damit war ein Zusammenwirken der Kaiserlichen und Brandenburger mit den Niederländern unmöglich gemacht, jene hätten denn den Franzosen eine Schlacht liefern wollen, die Montecuccoli, den Weisungen seines Hofes folgend, beharrlich verweigerte.

Man kann es den Niederländern in ihrer Bedrängnis gewifs nicht verargen, dafs die Unthätigkeit ihrer teuer bezahlten Alliierten sie mit schwerem Unwillen erfüllte. Van Amerongen, der dem Kurfürsten ins Feldlager gefolgt war, drang immer von neuem mit Entschiedenheit auf den Übergang über den Rheinstrom, wenn nicht bei, so doch in der Nähe von Koblenz — was der furchtsame, aber im Grunde wohlgesinnte Karl Kaspar von

[1] Pribram, Lisola, 583.

[2] O. Krauske, Der Grofse Kurfürst und die protestantischen Ungarn; Histor. Zeitschr. LVIII, 485 ff.

[3] U. u. A., III, 309.

Trier nicht verhindern zu wollen versprochen hatte. Der Widerspruch Montecuccolis, der gegen jede That immer neue unüberwindliche Schwierigkeiten herausfand, vereitelte auch diese Absicht. Die Übereinkunft mit den Vereinigten Provinzen verpflichtete den Kurfürsten, zwei Monate nach Empfang der Werbegelder an der Westgrenze Westfalens zur Bekämpfung der Feinde der Republik bereit zu stehen — das wäre Ende Juli gewesen; jetzt war man am Ende des Oktober, und das brandenburgische Heer befand sich unthätig bei Frankfurt am Main! Kein Wunder, dafs die mafsgebenden Persönlichkeiten der Niederlande sich voll Zorn und Mifstrauen über die von Frankreich beeinflufsten Minister des Kurfürsten aussprachen, da ja dem Namen nach Montecuccoli unter dessen Oberbefehle stand und niemand zu ahnen vermochte, dafs Friedrich Wilhelms Weisungen an dem Widerspruche des kaiserlichen Generals machtlos abprallten. Auch der Prinz von Oranien war unablässig bemüht, seinen Oheim von Brandenburg endlich zum Handeln zu bewegen. Der Prinz entschlofs sich, kühn durch die französischen Scharen nach Mastricht verzudringen; so mutigem Beispiele folgend, sollte der Kurfürst auf das linke Rheinufer übergehen, den Strom bis Köln hinabmarschieren und von dort aus die Vereinigung mit Oraniens Heer anstreben. Wäre dies früher Turennes Widerstande gegenüber nur mit Hilfe der sich doch stets versagenden Kaiserlichen möglich gewesen, so mufste man nun hören, dafs Condé mit seiner Heeresabteilung zur Unterstützung Turennes herannahe. Die rheinischen Kurfürsten aber, durch das furchtsame Auftreten der Verbündeten beeinflufst, behandelten diese mit immer gröfserer Ungunst. Der von Oranien gewünschte Vormarsch auf das linke Rheinufer erschien ebenso unmöglich wie das Verbleiben bei Frankfurt. Eine brandenburgische Schwadron unter Rittmeister von Arnim wurde von überlegenen französischen Streitkräften bei Nassau an der Lahn angegriffen und mit bedeutenden Verlusten zersprengt (2. November). In einem andern Scharmützel fiel ein junger Graf Dohna. Damit hatten die Franzosen die Feindseligkeiten eröffnet, und zwar auf dem Boden des Reiches, ohne dafs ein Angriff von seiten der deutschen Truppen vorangegangen wäre. Ein Protest des Kurfürsten an Marschall Turenne fand bei diesem schroffe und vollständige Zurückweisung. Andrerseits ward der französische König in dem Reichslande Kleve als Landesherr ausgerufen,

jeder Beamte, der an Brandenburg festhielt, als Aufrührer behandelt[1]. Und nicht genug an solchen Provokationen: da die Franzosen fürchteten, dafs der Kurfürst über die Rheinbrücke bei Strafsburg in das Elsafs einfallen werde, besetzten sie ohne Rücksicht auf die Neutralität der Stadt diese Brücke durch nächtlichen Überfall und steckten sie in Brand[2]. Trotz aller dieser offenbaren Verletzungen der Reichsintegrität und des Reichsfriedens, obwohl also die Vorbedingungen, die Montecuccoli für sein thätiges Vorgehen gestellt hatte, verwirklicht waren, liefs der kaiserliche Feldherr sich nicht vorwärts bringen. Alle Wünsche und Anregungen des Kurfürsten scheiterten an dessen zähen Einwürfen, denen sich der unfähige und ängstliche Anhalt anzuschliefsen pflegte. Was half es, dafs die anderen brandenburgischen Offiziere laut über die verderbliche und schmachvolle Weise murrten, in der der Feldzug geführt wurde?[3] „Ich will nicht länger verschweigen," schreibt der Kurfürst aus dem Hauptquartier Rüsselsheim an seine geheimen Räte[4], „dafs Wir bei denen Kaiserlichen je länger je weniger Inklination finden, über den Rhein zu gehen oder was Wirkliches fürzunehmen, wiewohl Wir doch nichts an Uns ermangeln lassen, sie dahin zu disponiren und also dieser Unserer Zusage ein Genüge zu thun."

Um doch scheinbar etwas zu unternehmen, schickte er den Generalleutnant von der Goltz mit 4000 Reitern nach Neuwied, die dortige Schiffbrücke der Franzosen über den Rhein zu zerstören. Allein das Vorhaben wurde diesen verraten, und ihre Brückenschanze war so gut verwahrt, dafs die Brandenburger unverrichteter Sache wieder abziehen mufsten.

Nach diesem neuen Mifslingen nahmen die mittelrheinischen Kurfürsten ganz entschieden Partei gegen die Verbündeten: sie forderten die sofortige Abführung von deren Truppen, sonst würden sie selber sich offen für Frankreich erklären. Andrerseits mufste man hören, dafs der Bischof von Münster, allerdings durch einen Angriff des brandenburgischen Generals in West-

[1] U. u. A., XIII, 288. 355 (auch dieses Aktenstück XIV, 607 noch einmal abgedruckt!).

[2] Legrelle, Louis XIV. et Strasbourg, 286.

[3] Berichte Amerongens v. 13. Okt., 25., 26. Nov.; U. u. A., III, 300. 331 ff.

[4] U. u. A., XIII, 351.

falen, Spaen, gereizt, in die Grafschaften Mark und Ravensberg eingefallen sei und dort alles gründlich verheere. Ebenso brandschatzten die Franzosen, die letzten Rücksichten aufgebend, das unglückliche Herzogtum Kleve auf das grausamste[1]. Man beschlofs darauf im Kriegsrate am 6. Dezember, das verbündete Heer nach Westfalen zu führen, angeblich um von dort aus Köln zu erreichen. Am 15. Dezember setzte man sich nach dem Norden in Bewegung unter grauenhaften Regengüssen, auf gänzlich verdorbenen Wegen, inmitten angeschwollener Flüsse und überschwemmter Thäler. Die Verbündeten hatten den Feldzug verloren, ohne eine Schlacht geliefert zu haben.

Auch nicht den mindesten Trost gab es für den Kurfürsten. Sein Schwager, den er über den Kopf des trefflich bewährten Derfflinger hinweg zum Generalfeldmarschall befördert, hatte sich seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen gezeigt. Er hatte weder für die Verpflegung der Truppen noch für Aufrechterhaltung der Disciplin zu sorgen gewufst, noch auch die mindeste strategische Befähigung gezeigt. Schliefslich war Anhalt, einst der glühendste Vertreter der Kriegspartei, eifriger Anhänger der Zauderpolitik Montecuccolis geworden. Diesem wackern General wurde aber das verräterische Benehmen seines eigenen Hofes zu arg, der, weit davon entfernt, dem Kurfürsten den vertragsmäfsigen Beistand zu gewähren, an nichts so sehr dachte, wie den ketzerischen Brandenburger zu lähmen und ihm gründlich die Flügel zu beschneiden. Als Friedrich Wilhelm den bischöflichen Condottiere von Münster für dessen schamlose Plünderungen zu züchtigen unternahm, mufste Montecuccoli das verhindern, unter dem freilich nicht ganz grundlosen Vorgeben: die Schuld an den gegenseitigen Verwüstungen hätten die Brandenburger, die, anstatt die Franzosen zu bekämpfen, das münsterische Gebiet verheert hätten. So handelten die Österreicher getreu der Verheifsung Lobkowitz' an Gremonville: man werde nicht gestatten, dafs der Kurfürst sich an den katholischen Hochstiftern Norddeutschlands vergreife. Wiederholt hatte Montecuccoli, dessen Ehrgefühl unter der kläglichen Rolle schwer litt, die sein Kaiser ihn spielen liefs, seine Abberufung verlangt; Leopold hatte ihn stets auf seinem Posten festgehalten, „um Brandenburg zu lenken"

[1] Depping, 127. 129. 132 f.

(per regolar Brandenburg). Allein jetzt hielt es der greise General nicht mehr aus, das Schandspiel weiter fortzuführen, und ertrotzte seinen Abschied (Januar 1673[1]). Er wurde durch den ebenso schwachen wie unterwürfigen Hofgeneral Herzog von Bournonville ersetzt.

Der Kurfürst hatte noch immer, nach Abzug aller Besatzungen und der Kranken, 23 000 Mann guter Truppen beisammen. Mit diesen wollte er Anfang Februar gegen Köln vorrücken, als er sich unerwarteterweise von Turenne angegriffen sah, der mit 18 000 französischen, münsterschen und kurkölnischen Soldaten gegen Westfalen zog. Und da zeigte es sich, dafs Friedrich Wilhelm keine Lust mehr empfand, es mit den Franzosen endgültig zu verderben. Als die Holländer die von ihm gewünschte Diversion im Rücken Turennes unterliefsen, ging er, unter beständigen mörderischen, aber ergebnislosen Gefechten, wieder nach Lippstadt zurück. Ja, er räumte die meisten Festungen, die er in Westfalen besetzt gehalten, und gab so die treue und blühende Grafschaft Mark den Gegnern preis. Freund und Feind konnten sich eine solche grund- und mutlose Retirade nicht erklären. Allgemein bezeichnete man Anhalt, Schwerin, Meinders als Verräter, die dem Könige von Frankreich sich verkauft hätten. Die brandenburgischen Offiziere äufserten sich entrüstet über die schmähliche Kriegführung[2].

Deren Ursache war aber eine sehr einfache; von Verrat war nicht die Rede: der Kurfürst selber wollte nicht mehr schlagen und dachte nur noch daran, sich aus dem bösen Handel so glimpflich wie möglich herauszuziehen. Die allgemeine Lage schien ihm solches gebieterisch zu fordern.

Auf den Kaiser durfte er nicht mehr rechnen. Teils infolge verräterischen Wohlwollens seiner leitenden Minister für Frankreich, teils aus politischer und kirchlicher Abneigung gegen die Macht des ketzerischen Brandenburgers hatte er sein angebliches „Hilfskorps“ thatsächlich zu einem Hemmnis für die Unternehmungen seines Verbündeten gemacht. Auch von den Holländern war nichts zu erwarten, da die Franzosen vom Süden, die Kölner und Münsterer vom Osten her sie bedrängten. Hatten

[1] Grofsmann, 434 f. — Bericht Linckers v. Jan. 1673: Ribbeck, a. a. O., S. 30.

[2] Ribbeck, 30 f. — Turenne an Louvois, 24. Febr., 7. März 1673; Grimoard, II, 199. 210.

die Generalstaaten doch seit Monaten die Subsidienzahlungen an Brandenburg gänzlich eingestellt. Sie besafsen dazu einen Schein von Recht, da ihnen der Kurfürst die vertragsmäfsige direkte Hilfe nicht geleistet hatte[1]. Allein sie vergafsen, dafs er sie nichtsdestoweniger vom Verderben gerettet hatte, indem er einen bedeutenden Teil der französischen Heere, unter Feldherren wie Turenne, Condé und Duras, von ihnen ab- und auf sich gezogen hatte. Das Braunschweiger Bündnis versagte gleichfalls; trotz aller schönen reichspatriotischen Worte erklärten sich die Welfen für neutral und erleichterten den Franzosen auf alle Weise das Vordringen gegen das deutsche Heer. Der katholische Johann Friedrich von Hannover sowie der Kurfürst von Köln gedachten sogar die Umstände zu benutzen, um sich Kleve, Mark, Ravensberg und Minden anzueignen und stellten diesbezügliche Anträge an Ludwig XIV., der aber diese ebenso eigennützigen wie schwächlichen Fürstlein allzusehr verachtete, um auf ihre Forderungen Rücksicht zu nehmen[2]. Ebenso schickte sich der Münsterer Bischof an, abermals in Minden und Ravensberg Brandschatzungen zu erheben. Der Kurfürst hatte endlich auch von Schweden einen Angriff zu befürchten, in Gemäfsheit des schwedisch-französischen Vertrages vom 14. April 1672. Bayern hatte im Januar 1673 des Kurfürsten Hilfeforderung unbedingt abgelehnt.

Überall Gegner, nirgends Helfer! Karl II. hatte den Versuch, den im September 1672 Friedrich Wilhelm durch eine Sendung Krockows bei ihm gemacht hatte, mit der Vermittlung zwischen Grofsbritannien und den Vereinigten Provinzen betraut zu werden, in geradezu beleidigender Weise zurückgewiesen[3]. Das von dem Brandenburger eifrig angestrebte Bündnis mit den protestantischen Schweizern kam nicht zu stande, und zwar infolge der nachlässigen, ja verräterischen Haltung der kaiserlichen Regierung, die diesem Fürsten keinen Vorteil gönnte[4].

Um so eher ging Friedrich Wilhelm auf die Bemühungen

[1] Vgl. die Schriftstücke bei Sypesteyn, S. 76 ff.

[2] Köcher, II, 294 ff. 299. — Depping, 163 ff.

[3] Pufendorf, XI, 74 ff.

[4] Das Nähere in den Denkwürdigkeiten des Burggrafen Friedrich von Dohna, herausg. von Borkowski (Königsb. 1897), S. 358 ff. — Dohna war mit jenen Unterhandlungen vom Kurfürsten betraut. Orlich, III, 193. 197 f. 205.

ein, ihn mit Frankreich zu versöhnen, die seit langer Zeit im Gange waren. Die schwedische Regierung strich mit Wonne die reichen Subsidien Frankreichs ein, wünschte aber keineswegs, zu dessen Unterstützung in kostspielige Kriegsunternehmungen verwickelt zu werden. Im Gegenteil, die allzu grofse Macht Frankreichs flöfste auch ihr Besorgnis ein, und die Unterdrückung der protestantischen Staaten Holland und Brandenburg war ihr durchaus unlieb. So war in ihrem Auftrage der schwedische Oberst Wangelin schon seit dem Herbste 1672 thätig, einen Waffenstillstand zwischen dem Kurfürsten und Turenne zu stande zu bringen. König Ludwig XIV. hatte sich grundsätzlich einer solchen Abmachung sowie schwedischer und reichsfürstlicher Vermittlung wohl geneigt erklärt. Er bestätigte das im Februar 1673 dem neuburgischen Vizekanzler Stratmann, den dessen Herzog nach Paris gesandt hatte. Der Neuburger übernahm darauf offiziell die Vermittlung. Er wünschte, die Kriegsunruhen seinen eigenen niederrheinischen Besitzungen zu ersparen[1].

Kaum hatte sich Friedrich Wilhelm von der Zugänglichkeit des französischen Monarchen überzeugt, als er sich beeilte, solche sich zu Nutzen zu machen. Man kann ihn aber eines Mangels an Offenheit und Redlichkeit dabei nicht beschuldigen. Am 19. Februar (n. St.) 1673 teilte er seinen Geheimräten seine Absicht mit, einen Waffenstillstand mit Frankreich einzugehen: bereits am 20. meldete er solches dem Kaiser, mit der Begründung, dafs sonst die verbündete Armee dem Verderben anheimfallen, der niederrheinische und der niedersächsische Kreis in die Gewalt der Franzosen geraten würden. „Ich mufs sonst besorgen," sagte er, „dafs die Franzosen uns folgen und damit Ursache geben würden, dafs meine Lande totaliter ruiniert und meine Festungen verloren gehen würden und auch einen schimpflichen Frieden machen müfste." Einen Tag später ging die gleiche Meldung an die brandenburgischen Gesandten im Haag ab. Der Kurfürst suchte hier seinen — freilich vertragswidrigen — Entschlufs in einer Darlegung zu rechtfertigen, die,

[1] Schriftstücke: U. u. A., XIII, 482 ff. — Über das Folgende: ebendas. 404 ff. 420. 430 (u. übereinstimmend U. u. A., XIV, 645!); sowie Grimoard, Collection des lettr. et mém. de Turenne, II, 200 ff. 693 (das Schreiben Turennes auf letztgenannter Seite ist in den Febr., nicht in den Jan., 1673 zu setzen).

wenn auch einseitig, doch der Wahrheit entsprechend war. Die Unternehmungen der Holländer seien mifsglückt; die Subsidien seien niemals richtig bezahlt, seit vier Monaten gänzlich eingestellt; die Staaten hätten, um Geld zu sparen, weder Dänemark noch die Braunschweiger zu gewinnen sich bemüht; der Kaiser endlich habe „auf die Religion und der Geistlichen Lande ein grofses Absehen genommen, mit Frankreich aber bis auf diese Stunde kein einziges Zeichen oder Versicherung einiger Ruptur geben wollen". Der Kurfürst riet auch den Staaten Eintritt in die Friedensverhandlungen an. Er suchte auf alle Weise nicht nur in Paris, sondern auch durch Verhandlung mit Turenne zum Waffenstillstande und dadurch zum Frieden zu gelangen. Er bediente sich hierzu Wangelins, dann der Bischöfe von Paderborn und Osnabrück. Indem er einerseits mit dem Abschlusse eines Bündnisses mit Spanien gegen Frankreich drohte, wenn dieses ihm den Frieden verweigere, erklärte er sich doch vor allem zu letzterem geneigt. Sein Heer aber trennte er völlig von den Kaiserlichen und zog es hinter die Weser, ja bald hinter die Elbe zurück.

Graf Waldeck, den Wilhelm von Oranien, über diese Wendung erschreckt, eiligst an den Kurfürsten sandte, um ihn, wo möglich, noch umzustimmen oder wenigstens von ihm die Überlassung der von den Generalstaaten bezahlten zehntausend brandenburgischen Soldaten an Holland zu erwirken, vermochte dem bestimmten Entschlusse Friedrich Wilhelms gegenüber nichts durchzusetzen. Nur dann, erwiderte dieser Fürst, werde er den Staaten treu bleiben, wenn diese sämtliche rückständigen Subsidien bezahlten, und wenn Spanien förmlich an Frankreich den Krieg erklärte, — letzteres eine Bedingung, deren Erfüllung aufserhalb der Macht der Niederlande lag; aber auch die erstere Forderung war bei deren zerrütteter Finanzlage eine unmögliche[1]. Offenbar war die Antwort nur eine höflich umkleidete Abweisung.

Sehnsüchtig erwartet, traf Stratmann Anfang März bei dem Kurfürsten in Minden ein; er durfte ihn der Geneigtheit des Allerchristlichsten Königs zum Frieden versichern. „Wenn einerseits," schrieb Louvois an Turenne, „Se. Maj. wünscht, den

[1] J. G. v. Rauchbar, I. 304—311. — Amerongen an Ratspensionar Fagel, 7. Apr. 1673; U. u. A., III, 383. — Pufendorf, XI, 87.

Brandenburger zu demütigen und ihn den deutschen Fürsten zum Beispiele dienen zu lassen, um sie zu lehren, dafs sie sich in die Dinge, die aufserhalb des Reiches vorgehen, nicht mischen, so weifs sie doch andrerseits sehr wohl, von welcher Wichtigkeit es für sie ist, mit den deutschen Angelegenheiten abzuschliefsen, um alle ihre Kräfte zur endgültigen Niederwerfung der Holländer vereinigen zu können." So sehr er auch — und das kann man ihm nicht verargen — die Aufrichtigkeit des Kurfürsten bezweifelte, die Politik riet ihm, dessen Versicherungen einstweilen als bare Münze anzunehmen[1]. Friedrich Wilhelm zeigte sich bereit, „auf räsonnable und billigmäfsige Conditiones ein Armistitium mit der Krone Frankreich und deren Alliirten einzugehen", meinte aber, ohne vorherige Beratung mit den eigenen Verbündeten „nichts Schliefsiges versprechen zu können". Das klingt ziemlich unbestimmt; indes, die wahre Willensmeinung des Kurfürsten geht aus dem ergebenen, ja unterwürfigen Schreiben an den König hervor, das er Stratmann auf dessen abermalige Reise nach Paris mitgab. Indem er selber seine Truppen von dem Kriegstheater zurückzog, wünschte er die Feindseligkeiten auch von gegnerischer Seite eingestellt. Allein weder die Franzosen noch die Münsterer gingen hierauf ein. Das Mifstrauen in die Aufrichtigkeit des Kurfürsten schien durch dessen bisherige Unbeständigkeit wohl gerechtfertigt[2].

Und doch war er damals lediglich auf Frieden bedacht. Er sandte Krockow nach Wien, um die Wendung seiner Politik zu rechtfertigen. Der kaiserliche Hof war über die Ankündigung des Brandenburgers tief erschrocken. Er erntete jetzt die Früchte der verzagten, zweideutigen, ja verräterischen Politik, die er dem Kurfürsten gegenüber verfolgt hatte. Wenn dieser nun den Kaiser, der ihn in jeder Hinsicht gedrückt und gelähmt, verliefs, sah Leopold sich allein der Feindschaft Frankreichs ausgesetzt, und zwar zu derselben Zeit, wo der Aufstand in Ungarn immer heller aufloderte und jeden Augenblick der Kriegsbrand auch von der Türkei her in die kaiserlichen Lande schlagen konnte. Leopold I. und seine Minister ergingen sich also in Ermahnungen zu festem Zusammenhalten und kräftiger Kriegsführung, die lediglich den Fehler hatten, dem bisherigen

[1] Louvois an Turenne, 14. März 1673; Grimoard, II, 218 f.
[2] U. u. A., XIII, 485 ff.

Betragen der Kaiserlichen in allem zu widersprechen, und deshalb naturgemäfs wirkungslos blieben. Man wollte in Wien nur von einem Universalfrieden wissen, — sicherlich ein theoretisch sehr richtiger Standpunkt, den man aber praktisch nur durch einen gewaltigen, gemeinsamen Angriff auf die französischen Heere und durch deren völlige Besiegung hätte verwirklichen können[1].

Auch im Haag, wohin der Kurfürst abermals Pöllnitz behufs Darlegung der Sachlage gesandt hatte, war man stets geneigt, solche nur vom eigensten Standpunkte aus zu betrachten. Der Kaiser that überdies sein mögliches, um mit vollständiger Verdrehung der Thatsachen die Schuld des bisherigen Mifsgeschickes dem Kurfürsten aufzubinden. Der Zorn über das Vorgehen des Brandenburgers war deshalb sehr lebhaft. Der Ratspensionär Fagel bezeichnete dessen Ausführungen als „frivol", obwohl er eingestehen mufste, dafs die holländischen Subsidienzahlungen nicht mit der erwünschten Pünktlichkeit geschehen seien[2]. Das Volk nannte ihn geradezu einen Betrüger, einen Menschen, der „es mit dem halte, der im Gewinne ist". Seine Räte „lägen an der Geldsucht nieder" und würden von den Franzosen „mit auro numerabili" kuriert. Dem Kurfürsten war solch feindseliges Gebaren der Niederländer ganz angenehm: er konnte um so nachdrücklicher darauf hinweisen, dafs selbst für die Monate, wo er vor dem Feinde gestanden, die Subsidien nicht voll bezahlt seien, dafs demnach die Staaten sich nicht allein der Undankbarkeit schuldig gemacht, sondern auch direkt den Bundesvertrag verletzt und ihn hiermit von jeder Verpflichtung gegen diesen und gegen sie selbst gelöst hätten[3].

Alles dies war ihm um so erwünschter, als er Anfang April ein Antwortschreiben König Ludwigs erhielt, das ihm des Herrschers Geneigtheit bezeugte, die vertrauten Beziehungen zu Brandenburg wieder aufzunehmen. Wirklich hatte Verjus, der schon früher mit dem Kurfürsten verhandelt, den Auftrag erhalten, zum Heere Turennes abzureisen und sich dort zum Abschlusse eines Waffenstillstandes oder sogar endgültigen Friedens

---

[1] Das. 432; XIV, 652 f. — Pribram, 597. — Muller, 55 f.

[2] Sypesteyn, 78 f.

[3] An Romswinkel und Pöllnitz, 28. März/7. April 1673; U. u. A., XIII, 789.

mit Brandenburg bereit zu halten[1]. Friedrich Wilhelm verliefs darauf, zum Zeichen, dafs für ihn der Krieg zu Ende sei, die Armee und kehrte nach Berlin zurück; keine Vorstellungen des kaiserlichen Gesandten vermochten ihn in seinen friedlichen Absichten zu erschüttern. In ganz Europa erscholl der Ruf seines Abfalls, seiner Feigheit, seiner schmählichen Unterwerfung unter Frankreichs Belieben[2].

Die Lage blieb für ihn während des ganzen Monats April unaufgeklärt, beängstigend. Sicher war nur, dafs einstweilen wie seine niederrheinischen so auch, bis auf wenige Festungen, seine westfälischen Lande ihm verloren gingen. Der münstersche General Nagel hatte den gröfsten Teil des Ravensbergischen und Mindenschen eingenommen und berannte mit 3000 Mann Bielefeld, dessen Besatzung und Bürgerschaft sich tapfer verteidigten, aber dringend um Hilfe baten. Friedrich Wilhelm war über diese Schmach tief entrüstet. „Wenn man solchergestalt mit mir verfahren wird, werde ich eine andere Resolution fassen müssen, denn von keinem Pfaffen werde ich mich vexieren lassen und lieber alles für alles daransetzen.“ Auch die Zumutungen Frankreichs waren höchst unbefriedigender Art. Es wollte einstweilen nicht mehr als einen Waffenstillstand bis Ende April zugestehen, und auch diesen lediglich gegen Einräumung der wichtigen Festung Lippstadt, die für den Fall, dafs der Friede nicht zu stande komme, dem Bischof von Münster oder dem Erzbischofe von Köln überliefert werden solle. Im Frieden müsse Brandenburg sich verpflichten, während der ganzen Dauer des französisch-niederländischen Krieges keine anderweiten Bündnisse zu schliefsen, — alles „Dinge, die ich in Ewigkeit nicht eingehen werde“, wie der Kurfürst an Schwerin schrieb. Dieser Minister wandte sich im geheimen an Dänemark: wenn dieses Reich sich mit Brandenburg eng verbinde, wolle der Kurfürst der niederländischen Partei treu bleiben: man machte sich in Berlin offenbar auf alle Fälle gefafst. Erst nach grofsen Anstrengungen gelang es dem schwedischen Gesandten in Paris, Grafen Tott, solche unannehmbaren Bedingungen den französischen Ministern auszureden. Der Kurfürst half sich, so gut er konnte, indem er seinen bisherigen

[1] Verjus an d. Herz. v. Hannover, 26. März; Köcher, II, 620.
[2] Mémoires de Dohna, S. 409.

Verbündeten versicherte, es seien weder Traktate mit den Franzosen abgeschlossen noch die Feindseligkeiten eingestellt; dafs beides gegen seinen Wunsch sich so verhalte, verschwieg er. Allein er täuschte niemanden mit derartigen Beteuerungen. Die Kaiserlichen zeigten sich besonders feindselig, suchten ihm die Schuld an dem Mifslingen des Feldzuges zuzuschieben und drohten: „es wäre nicht gut, den Kurfürsten von Brandenburg noch mehr wachsen zu lassen; vielmehr sei es vortrefflich, dafs er gedemütigt werde". Überall Gegner, nirgends zuverlässige Freunde![1]

Endlich, im Beginn des Mai 1673, klärte sich die Lage. Stratmann kam am 4. nach Berlin, mit einem in St. Germain aufgesetzten französisch-brandenburgischen Vertrage, der sämtliche Eroberungen Frankreichs auf kurfürstlichem Gebiete zurückerstattete. — nur Wesel und Rees sollten bis zum Abschlusse des allgemeinen Friedens von Frankreich besetzt bleiben; dafür hatte Brandenburg die Niederlande allein zu lassen und sein Heer östlich von der Weser zu halten; doch war, wie Friedrich Wilhelm es gefordert, der Fall ausgenommen, dafs ein Angriff auf das Reich den Kurfürsten zu dessen Beschützung nötige[2].

Man darf sagen, dafs dieser Vertrag für Brandenburg so günstig war, wie es nur unter den obwaltenden Umständen überhaupt erwartet werden konnte. Gegen die Ansicht Jenas, Somnitz' und Cansteins, die noch immer treues Festhalten an den eingegangenen Verträgen und der Sache der Religion und der europäischen Freiheit forderten, trat Friedrich Wilhelm den entgegengesetzten Ratschlägen Schwerins, Meinders' und Blumenthals bei, indem er den Präliminarfrieden von St. Germain ratifizierte. Der Sieg der französchen Partei am Berliner Hofe war zunächst ein vollständiger. Indem der Kurfürst den den Franzosen so genehmen Franz Meinders nach Paris sandte, um die Ratifikation des Vertrages zu überbringen und zugleich dem Könige den Abschlufs eines billigen Friedens mit den Vereinigten Provinzen zu empfehlen, gab er ihm weitgehende geheime Aufträge mit[3]. Eine förmliche Schwenkung in seiner

[1] Orlich, II, 85 ff. 89 f. — Bericht Linckers, der damals auch Dänemark in Berlin vertrat; Ribbeck, 33.

[2] Mignet, IV, 134.

[3] Instruktion an Meinders, 2./12. u. 3./13. Mai 1673; U. u. A., XIII, 502 ff.

Politik sah der Kurfürst voraus. Er werde sich verpflichten, neutral zu bleiben, wenn Frankreich noch bei Lebzeiten des Königs von Spanien sich der spanischen Niederlande bemächtigen wolle; nach dem Tode des katholischen Königs werde Brandenburg, in Gemäfsheit des Vertrages vom 31. Dezember 1669, direkt den Franzosen zur Erlangung Belgiens Beistand leisten. Dafür solle ihm dieses nicht nur die in jenem Vertrage festgesetzten Subsidien weiterzahlen, sondern auch versprechen, ihm zur Erlangung des dem Kurfürsten zustehenden, aber von dem Kaiser hartnäckig vorenthaltenen schlesischen Herzogtums Jägerndorf, sowie des an seine Lande grenzenden schlesischen Fürstentums Glogau zu verhelfen.

Es ist keineswegs wahrscheinlich, dafs Friedrich Wilhelm thatsächlich entschlossen war, nunmehr gegen den Kaiser und Spanien Partei zu ergreifen. Er hafste nur die Neutralität und gedachte sich die Alternative vorzubehalten, sei es mit Berufung auf seine Pflichten als Reichsfürst sich wieder gegen Frankreich, sei es im Vereine mit diesem gegen die Habsburger zu wenden. Er war eben durchaus Realpolitiker. Sah er eine Möglichkeit, mit Erfolg Frankreichs Weltherrschaft zu bekämpfen, so war er, als seinen Neigungen am meisten entsprechend, dazu bereit, selbst unter schweren Opfern und Gefahren; stellte es sich aber heraus, dafs ein solcher Kampf augenblicklich aussichtslos war, so wollte er für seinen Staat wenigstens jeden möglichen Vorteil herausschlagen. Zur Donquijoterie hat er niemals geneigt.

Meinders begab sich in Stratmanns Begleitung in das Hauptquartier Turennes und setzte es hier durch, dafs die französischen Truppen sofort die westfälischen Lande des Kurfürsten räumten. Die brandenburgischen Kriegsgefangenen wurden ohne Lösegeld zurückgegeben. Meinders war von der freundlichen Haltung Turennes und Verjus' im höchsten Grade befriedigt.

Der Kurfürst zeigte den geschlossenen Frieden dem Kaiser, den Generalstaaten, den Dänen und den Braunschweiger Herzogen an. Offiziell antwortete Leopold I. ruhig und mit dem Anscheine, sich der unabänderlichen Thatsache zu fügen. Allein seine wahre Stimmung war eine ganz andere. Seines Ministers Fürsten Lobkowitz Verrat war endlich entdeckt und dem Herrscher überzeugend nachgewiesen worden; nach seinem Sturze

triumphierte am Wiener Hofe die gesamthabsburgische, spanische Partei, die zum Kriege wider Frankreich drängte. Montecuccoli schlofs sich ihr durchaus an, zumal die Empörung in Ungarn für den Augenblick unterdrückt worden war. Man beschlofs, unter Führung des greisen Feldmarschalls 30000 Streiter den Niederländern zu Hilfe zu senden. Goefs ward angewiesen, alle Mühe darauf zu verwenden, dafs der Brandenburger doch noch von dem Anschlusse an Frankreich abgehalten werde. Er durfte erwähnen, dafs endlich — am 20. Mai — auch Dänemark sich mit Holland verbündet hatte, dafs Braunschweig und Sachsen sich zu gleichem Schritte geneigt zeigten. Freilich, das blieb vergeblich, — der Kurfürst war auf dem entgegengesetzten Wege zu weit vorgeschritten, um noch zurücktreten zu können.

Im königlichen Hauptquartier zu Vossem fand Meinders freundliche Aufnahme. Die französischen Minister, zumal Louvois, sprachen die Hoffnung aus, der gegenwärtige Vertrag werde nur der Beginn vertrauterer und freundschaftlicherer Beziehungen zwischen den beiden Staaten werden. Louvois teilte nicht allein den Geheimvertrag mit dem Kaiser vom Jahre 1671 mit, sondern auch die ein Jahr nachher von Wien aus gethane Zusage: „Frankreich möge sich nicht daran kehren, dafs sich die kaiserliche Armee mit des Kurfürsten Truppen verbunden hätte; der Effekt werde weisen, dafs sie dennoch nichts thun würden, und wäre alles, was geschehen, nur zum Scheine, und um die Apparition zu salvieren, geschehen."

Am 6. Juni ward zu Vossem ein endgültiger Vertrag, auf Grund des Präliminarfriedens von St. Germain, zwischen Frankreich und Brandenburg geschlossen. Seine geheimen Artikel versprachen dem Kurfürsten die Unterstützung des Königs bei allen Ansprüchen deutscher Reichsfürsten wegen der von brandenburgischen Truppen angeblich verübten Plünderungen, sowie zur Durchsetzung der kurfürstlichen Geldforderungen an die Generalstaaten. Sie sagten ihm ferner 300000 Livres französischer Subsidien und für die folgenden fünf Jahre je weitere 100000 Livres zu[1]. Allein in betreff der schlesischen Fürstentümer und sonstigen Vergröfserungspläne Friedrich Wilhelms vertröstete man Meinders auf die bevorstehende Sendung des

[1] Mignet, IV, 134 ff.

Grafen Verjus nach Berlin. Die französische Regierung wollte zweifelsohne erst sehen, wie der Kurfürst sich in der nächsten Zukunft verhalten werde.

Ein Abkommen mit Kurköln und Münster folgte naturgemäfs auf den Frieden von Vossem.

Es ist begreiflich, dafs dieser „Abfall" Friedrich Wilhelms von der vertragsmäfsig angenommenen Partei allerorten die schärfste Verurteilung fand. Alle diejenigen, die ihn während des Kampfes im Stiche gelassen, ja verraten hatten, häuften jetzt Angriffe und Beschuldigungen auf ihn. Die Schweden, die, um nicht selber in den Krieg verwickelt zu werden, so eifrig an der Vermittelung zwischen Brandenburg und Frankreich gewirkt hatten, wurden nun eifersüchtig ob des guten Vernehmens, das sich zwischen den beiden Staaten zu bilden schien, und schalten auf den Kurfürsten als einen Verräter, der mit dem Reiche zugleich ganz Europa auf Gnade und Ungnade der Gewalt Frankreichs überantworte[1]. Am gefafstesten hielten sich die Generalstaaten. Sie liefsen sich von Friedrich Wilhelm überzeugen, dafs er nicht anders habe handeln können, dafs er aber, wenn die damals in Köln begonnenen allgemeinen Friedensnegotiationen nicht zum gewünschten Ziele führten, bei der ersten hoffnungsvolleren Gestaltung der Angelegenheiten sich mit Freude und Eifer wieder ihrer Sache anschliefsen werde[2].

„Ihre Kaiserl. Majestät," hatte Friedrich Wilhelm schon Ende März 1673 eigenhändig aufgezeichnet, „und die Staaten können wohl gedenken, dafs ich die gemeine Sache nicht verlassen werde. Aber sie müssen mir Zeit und Mittel geben, damit ich meinen guten Vorsatz mit mehrerer Sicherheit ins Werk setzen könne. Denn mit meinem Ruin ist niemandem gedient. Man mufs mir erst sagen und in der That weisen, dafs andere das Werk nunmehr unfehlbarlich antreten wollen."[3]

Und das waren keine leeren Worte. Der Kurfürst hat den dringenden Wunsch Meinders', man möge mit Frankreich sogleich in ein engeres Freundschaftsverhältnis treten, mit scharfen Worten zurückgewiesen. Vielmehr zeigte er den oft wieder-

[1] Prutz, 37.
[2] Peter, 157 f.
[3] U. u. A., XIII, 420.

holten Anregungen Frankreichs nach dieser Richtung fortdauernd ein taubes Ohr. Er hat, trotz aller Gegenbemühungen, die Klausel, dafs er freie Hand behalte, wenn das Reich von den Franzosen angegriffen werde, beständig aufrechterhalten und durchgesetzt. Er beliefs sein Heer auf dem Kriegsfufse und verlegte einen beträchtlichen Teil seiner Truppen, da er trotz aller seiner Versuche von Frankreich die militärische Bewegungsfreiheit westlich von der Weser nicht erlangen konnte, unter dem Decknamen „Besatzungen“ nach Westfalen, in die unmittelbare Nähe des Kriegstheaters. Auf Andringen des Grafen Verjus wurden einige Heeresreduktionen vorgenommen, aber nur zum Scheine[1]. Der militärisch unfähige Anhalt wurde von der Heeresleitung entfernt, der tüchtige Derfflinger wieder herangezogen, das lange dauernde Widerstreben des mifsmutigen Generals beharrlich überwunden; er ward unter den günstigsten Bedingungen zum Feldmarschall ernannt und mit weittragenden Befugnissen ausgestattet, die er sofort zur Herstellung der Disciplin unter den Truppen anzuwenden wufste[2]. Bei Derfflingers bekannter Abneigung gegen Frankreich war seine Erhebung zur höchsten Stelle in der brandenburgischen Armee eine Thatsache von programmatischer Bedeutung. Kurz, der Kurfürst rüstete sich, um, wenn nötig, wieder in die Kriegsereignisse einzugreifen, und zwar, wo möglich, zu Gunsten der politischen und religiösen Freiheit Europas.

Von diesem Standpunkte aus mufs der vielgeschmähte Friede von Vossem beurteilt werden. Und das stand doch unverrückbar fest: wenn die Vereinigten Provinzen der Niederlande den furchtbaren Angriff des Jahres 1672 zu überstehen vermocht haben, so danken sie das zum grofsen Teile der mutigen Einmischung Brandenburgs, das die beträchtlichste Zahl der feindlichen Truppen von den Niederlanden ab auf sich gezogen hatte. Dies Verdienst kann durch die Friedrich Wilhelm von den Kaiserlichen aufgezwungene Schwäche der Kriegsführung im Herbst und Winter 1672 nicht wesentlich geschmälert werden; es bleibt ihm für immer.

---

[1] Strecker, 49 f. — U. u. A., XIII, 542 f. — Ribbeck, 35 f.

[2] W. v. Unger, 337. — Ribbeck, 34 (Berichte Linckers v. März u. April 1673).

Einunddreifsigstes Kapitel.

Von neuem gegen Frankreich.

Der Rücktritt von dem niederländischen Bündnisse war dem Kurfürsten durch die Hoffnung erleichtert worden, dafs der ganze Krieg binnen kurzem sein Ende finden werde. Die streitenden Parteien hatten sich, infolge schwedischer Vermittlung, im März 1673 zur Bildung eines Friedenskongresses verstanden, der thatsächlich im Juni zu Köln eröffnet ward. Friedrich Wilhelm sandte in diese erlauchte Versammlung den Sohn seines Oberpräsidenten, den jüngeren Otto von Schwerin, der, damals erst 28 Jahre alt, auf den Universitäten Halle, Heidelberg und Leyden gründliche Bildung und einen über die Grenzen des engern Vaterlandes weit hinausreichenden Blick, in nebensächlicheren Gesandtschaften die Kenntnis diplomatischer Formen erworben hatte. Er war eine den Franzosen durchaus genehme Persönlichkeit.

Allein die Hoffnungen, die das beängstigte Europa auf die Kölner Verhandlungen gesetzt hatte, wurden bald grausam getäuscht. Die Forderungen Frankreichs an die Vereinigten Provinzen waren so ungeheuerlich, bedeuteten so offenbar die Vernichtung dieses Staatenbundes, dafs ihre Annahme eine von vornherein unmögliche war. Der Streit entbrannte sofort auf der ganzen Linie. Vergebens bemühten sich England und Schweden, den einen Teil zur Mäfsigung seiner Ansprüche, den anderen zur Gewährung bedeutender Abtretungen zu bestimmen. Jeder beharrte auf seinem Standpunkte. Im August wurden die Verhandlungen unter verschiedenen Vorwänden unterbrochen:

die Waffen und ihre Erfolge mufsten erst Klarheit in die Lage bringen, bevor an einen gedeihlichen Ausgang des diplomatischen Kampfes zu denken war.

Friedrich Wilhelm sah diese ungünstige Gestaltung der Kölner Versammlung mit schwerer Besorgnis. Seine Lage wurde dadurch zu einer mit jedem Monat schwierigeren. Entwaffnen hätte geheifsen, sich zum willenlosen Spielball, ja mifsachteten Prügelknaben der Kriegführenden zu machen. Aber sein Heer aufrechtzuerhalten ohne andere finanzielle Unterstützung als die geringfügigen und überdies nicht einmal bezahlten Hilfsgelder Frankreichs fiel seinem armen Staate auf die Länge allzuschwer.

Unter diesen Umständen riet der ältere Schwerin nach wie vor zu engerem Anschlusse an Frankreich, dessen endgültiger Sieg ihm zweifellos erschien. Vergebens arbeitete die niederländische Partei des Berliner Hofes am Sturze des Oberpräsidenten, — der Kurfürst mochte weder der treuen und nützlichen Dienste vergessen, die Schwerin ihm geleistet hatte, noch der persönlichen Freundschaft, die sie seit langen Jahren verknüpfte. Die Gegner Frankreichs, an deren Spitze Poellnitz stand, hatten allerdings durch das Wiedererscheinen Derfflingers am Hofe, in der einflufsreichen und glanzvollen Eigenschaft als Generalfeldmarschall, eine solche Stütze erhalten, dafs Schwerin in der That, angeblich um seiner „Leibesindisposition“ willen, seine Entlassung forderte. Aber der Kurfürst schlug ihm solche unter Bezeugung seines vollen Vertrauens mit freundlichen Worten ab. Schwerin liefs sich dann, als treuer und gehorsamer Diener seines gütigen Landesherrn, von diesem immer mehr zur Partei der europäischen und zumal der deutschen Freiheit und Unabhängigkeit hinüberleiten.

Denn Friedrich Wilhelm blieb ihr im Grunde seines Herzens unentwegt treu. Er zeigte sich über die Rolle, die er hatte spielen müssen, tief betrübt und hielt sich mit seiner Gemahlin auf dem Lande wie verborgen. Die Rettung der Vereinigten Provinzen und die Gröfse seines Neffen Oranien lagen ihm dabei besonders am Herzen. Da er sah, dafs Ludwig XIV., trotz der schönsten Worte, seine dringende Friedensvermittlung zurückwies, liefs er die Generalstaaten unter der Hand wissen: sobald wieder einige Hoffnung auf Erfolg sei, werde er zu ihrer Partei zurückkehren. Indem er die Augen zum Himmel

aufschlug, erklärte er dem niederländischen Gesandten seinen innigen Wunsch, dessen Vaterlande Beweise seiner Freundschaft geben zu können. Als er im Juli von dem endlichen Marsche der kaiserlichen Truppen gegen Frankreich hörte, brach er in den schmerzlichen Ruf aus: „Ach, warum habt ihr die Resolution nicht eher genommen!“ Seine Neigung zu der soeben unter dem Zwange der Umstände verlassenen Partei trat derart deutlich hervor, dafs der kaiserliche Gesandte darob sogar Besorgnisse empfand wegen der Gefahren, die hieraus dem Kurfürsten erwachsen möchten. Diese Thatsachen müssen wir in Betracht ziehen, um zu verstehen, wie fest Friedrich Wilhelms Ansichten und Ziele begründet waren, bei allem Wechsel der Augenblickspolitik. Veränderlich war er nur vorübergehend und notgedrungen als Leiter eines kleinen und noch schwachen Staates; in Wahrheit blieb er seinen politischen Anschauungen und Zielen treu, sobald sie einmal Wurzel in seinem Geiste gefafst hatten[1].

Als Vertreter der Niederlande weilte damals an seinem Hofe Oberst Dietrich Brasser, ein Offizier, der schon früher in Deutschland diplomatische Sendungen verwaltet hatte, ein wackerer, frischer, gerader Mann, der seine Sache mit Mut und Eifer verfocht. Er konnte freilich den Wunsch der Staaten, zehntausend Mann der brandenburgischen Truppen in ihren Dienst zu übernehmen, um so weniger verwirklichen, als der Kurfürst zwar die durch den Feldzug am meisten geschwächten Regimenter miteinander verschmolz, sonst aber die Zahl seiner Soldaten zu vermindern nicht gewillt war. Dafür setzte er es durch, dafs den Niederländern Werbungen im Brandenburgischen gestattet wurden. Auf die Klagen des französischen Gesandten Verjus, der seit Ende Juli wieder in Berlin weilte, wurden solche öffentlich mit grofsem Lärme untersagt; allein die Werbeoffiziere und ihre Mannschaft waren zuvor davon verständigt worden und konnten sich rechtzeitig nach dem Rhein in Sicherheit bringen[2].

---

[1] Berichte des holländ. Gesandten Brasser aus Berlin, Juni u. Juli 1673; U. u. A., III, 410 ff. — Berichte Goefs' v. 23. Juni, 21. Juli, 30. Aug., 6. Okt. 1673; das. XIV, 704. 710. 715 f. 722 f. — Berichte des französ. Gesandten Verjus v. 31. Juli 1673; das. II, 511 f. — Orlich, Friedr. Wilh., Anh. S. 12, u. Gesch. d. preufs. St., II, 97. — Pufendorf, XII, 1.

[2] U. u. A., II, 512; III, 517.

Ludwig XIV. meinte, wie den Brandenburger so ganz Deutschland durch scharfe und schmerzende Schläge einschüchtern zu müssen. Im Juli 1673 überfielen seine Truppen das Kurfürstentum Trier, dessen Herrscher das Verbrechen begangen hatte, sich um die Unabhängigkeit des Reiches besorgt zu zeigen, nötigten ihn, sich auf die Festung Ehrenbreitstein zu flüchten, und verheerten weit und breit sein Gebiet. Einen Monat später besetzte der König selber die zehn Reichsstädte des Elsafs, deren Schicksal im Westfälischen Friedensinstrument unentschieden gelassen war, schleifte ihre Befestigungen, entwaffnete ihre Bürger und beraubte sie ihrer Freiheiten. Aber diese neuen Gewaltthaten hatten nur den Erfolg, ganz Deutschland gegen den brutalen Unterdücker aufzubringen und zu erbittern. Jedermann sah ein, was Friedrich Wilhelm von Brandenburg längst erkannt hatte: dafs in den überschwemmten Ebenen von Holland über Freiheit oder Sklaverei Europas entschieden werde.

Der Kurfürst war tief ergrimmt über die seinem Genossen von Trier und dem ganzen Reiche zugefügte Schmach. Er schrieb in erregten Worten an Schwerin: solchen Dingen könne man nicht ruhig zusehen[1]. Er liefs in Regensburg das Hilfegesuch des Trierers kräftig unterstützen. Dem Grafen Verjus gegenüber hielt er mit der Mifsbilligung des Verfahrens des französischen Herrschers nicht zurück und sagte die übelsten Folgen solches Vorgehens voraus, so dafs Ludwig sich erbot, die besetzten Trierer Plätze dem Brandenburger als Pfand zu übergeben, — ein Ansinnen, das dieser selbstverständlich als zur Genugthuung für den schwer verletzten Trierer Kurfürsten ungenügend von der Hand wies. Um so weniger ging er auf die Vermählung des Kurprinzen Karl Emil mit einer natürlichen Tochter Ludwigs XIV. ein, wie die Franzosen sie damals vertraulich zur Sprache brachten[2].

Der Kaiser vor allem fühlte sich durch den Hohn und die Gewaltthaten, mit denen die Franzosen seine Unterwürfigkeit

---

[1] U. u. A., XIV, 722 f.

[2] Ebendas. 709. 712. 716. 725. — Pufendorf, XII, 11. — Prutz (S. 42 ff.) begeht hier, wie allerorten, den Fehler, alle Nachrichten und Anschauungen der französischen Diplomaten, sowie die Spiegelfechtereien, die der Kurfürst und seine Minister dem gefürchteten Frankreich vorführten, für bare Münze zu nehmen.

und Dienstfertigkeit entgalten, tief gekränkt. Sein habsburgischer Stolz vermochte diese sich häufenden Beleidigungen nicht zu ertragen und veranlafste ihn endlich zu thatkräftigem Auftreten. Er liefs seine Truppen von Böhmen her abermals an den Rhein marschieren, stellte bei dem Regensburger Reichstage offiziell die Liste aller Verletzungen der Reichsintegrität und der westfälischen Verträge durch Frankreich auf und forderte, dafs zu deren Verteidigung sich alle Stände gegen diesen Staat vereinten. Am 30. August 1673 schlofs er im Haag mit den Generalstaaten, Spanien und dem Herzog von Lothringen ein Bündnis, das gemeinsame Bekämpfung des Allerchristlichsten Königs vorsah, bis dieser auf den Stand der Dinge im Jahre 1660 zurückgedrängt, also auch der Aachener Friede wieder rückgängig gemacht sei[1]. Es war die erste grofse europäische Koalition gegen Frankreichs Eroberungssucht! Am 13. September erklärte der Kaiser diesem offiziell den Krieg, und Gremonville mufste Wien, wo seine Ränke so oft das Heil des Weltteils geschädigt hatten, verlassen, um von da an der Vergessenheit zu verfallen. Wenige Wochen später liefs der kriegslustige Gouverneur der spanischen Niederlande, der Marques von Monterey, seine Truppen auf französisches Gebiet einbrechen.

Die gesamte Weltlage war verändert. Während ein Jahr früher Ludwig XIV. mit seiner eigenen Übermacht und zahlreichen Verbündeten die fast wehrlosen freien Niederlande angefallen hatte, fand er sich nunmehr dem Angriffe von drei Grofsmächten ausgesetzt. Diese Wendung liefs denjenigen Staaten, die vor allem Wiederherstellung des Friedens wünschten, den Augenblick hierfür sehr günstig erscheinen, da sie hoffen durften, Ludwig werde sich zu bescheideneren Bedingungen als ein Vierteljahr früher bereit finden. Schweden zumal war bestrebt, eine dritte Partei zu gründen, die — ähnlich wie 1668 die Tripelallianz — ihren Willen den Kriegführenden aufzuerlegen entschlossen und im stande sei; und hierfür suchte es vor allen den Brandenburger, sowie das Haus Lüneburg zu gewinnen. Sein Gesandter in Berlin, Oberst Wangelin, und der neuburgische Diplomat Gollstein, der ihn unterstützte, wufsten thatsächlich, mit Hilfe Schwerins, den Kurfürsten davon zu überreden, dafs jetzt mit Fug an die Beendigung des Krieges

[1] Mignet, IV, 201—215.

gedacht werden könne. Einige Zeit hindurch, im Herbst 1673, glich die Sprache Brandenburgs ganz derjenigen, die Schweden und Kurbayern führten. Allein Friedrich Wilhelm mufste sich bald von der Aussichtslosigkeit dieser „dritten Partei“ überzeugen. Auch vereint waren Schweden, Brandenburg und die Welfen bei weitem nicht stark genug, um mit den Waffen in der Hand die Kriegführenden zum Vergleiche zu nötigen. Sie durch diplomatische Vermittelung dahin zu bringen, stellte sich gleichfalls als unthunlich heraus. Als der Kurfürst im September den Präsidenten von Halberstadt, Mahrenholtz, nach Wien sandte, um den Kaiser zu ermahnen, er möge seinen Truppen Halt gebieten, damit man Frankreich bestimmen könne, die seinen gütlich aus dem Reiche zu ziehen, fand jener freundliche, aber feste Abweisung, da den Franzosen in alle Wege nicht mehr zu trauen sei. Ebensowenig wollte der Allerchristlichste König, in zorniger Erinnerung an die Tripelallianz, von deren erneuter Auflage wissen und bekämpfte direkt die schwedischen Vorschläge. So fiel das ganze Unternehmen dahin, mit keinem andern Ergebnisse, als abermals bewiesen zu haben, dafs die Entwickelung der politischen und militärischen Verhältnisse noch nicht zum Friedensschlusse gereift sei[1].

Je fester Frankreich zur Fortsetzung des Krieges entschlossen war, je mehr Feinde es sich gegenüber sah, um so gröfser war sein Interesse, den Kurfürsten von Brandenburg aus der Neutralität zu thätiger Bundesgenossenschaft hinüberzuziehen. Graf Verjus wurde nicht müde, seiner Regierung die Bedeutung dieses Fürsten zu schildern, der nicht nur selber ein schönes Truppencorps besitze, sondern auch solchen Einflufs, dafs auf ihm die Entscheidung des Reiches, ob für oder gegen den Kaiser, beruhe; jener habe, sagte Verjus, die Wage in der Hand. Und doch mufste er feststellen, dafs Frankreich den Kurfürsten durch Nichtzahlung der vertragsmäfsigen Subsidien und durch rücksichtsloses Benehmen der französischen Befehlshaber in Rees und Wesel beständig reize[2]. Seine Schilderungen liefsen die französische Regierung den vollen Wert eines

---

[1] Pufendorf, XII, 5. 6. — Orlich, II, 98. — U. u. A., XIV, 712 bis 732. — Berichte Linckers vom Frühjahr, Sommer und Herbst 1673; Ribbeck, 38 ff.

[2] U. u. A., II, 513 ff.; XIV, 732. — Orlich, II, 99.

engern Verbandes mit dem Brandenburger erkennen. Sie schlug ihm vor, man solle den Frieden, den Holland und Spanien zu verhindern entschlossen seien, mit vereinten Waffen erzwingen. Der Kurfürst solle 8000 Mann oder mehr Soldaten dazu stellen, wofür ihm reiche Hilfsgelder und anderweite Vorteile zufliefsen würden[1].

Die Lage gestaltete sich immer ungünstiger für Frankreich, das vom Angriffe in eine verlustreiche Verteidigung gedrängt wurde. Wilhelm von Oranien überfiel die Festung Naarden, von der aus die Franzosen Amsterdam bedroht hatten, und nötigte sie zur Ergebung. An der Spitze einer kaiserlichen Armee von 35000 Mann entfaltete Montecuccoli, seitdem sein Entschluſs nicht mehr von Wien aus gelähmt wurde, seine hohe militärische Begabung. Er drohte in das Elsafs einzubrechen, täuschte damit vollständig Turennes Scharfblick, so dafs der Marschall sich unter starken Verlusten auf elsässischen Boden zurückzog, und gewann mit schnellen Märschen den Niederrhein, wo er sich mit dem Prinzen von Oranien vereinte. Das verbündete Heer bestrafte darauf den Kölner Kurfürsten für sein Bündnis mit Frankreich und eroberte seine Hauptfestung und Residenz Bonn. Angegriffen von den Deutschen, bedroht von den Spaniern, mufste Ludwig XIV. sich schweren Herzens zum Aufgeben seiner Eroberungen, zur Räumung der Vereinigten Provinzen entschliefsen; er bedurfte der Truppen, die in den holländischen Garnisonen standen, notwendig gegen seine vordringenden Feinde. Am 2. November 1673 begann die Räumung, allerdings unter greulichen Plünderungen, Erpressungen und Mordbrennereien. Alle Erfolge des Jahres 1672 waren verloren, mit Ausnahme einiger Festungen.

So reifte die Saat, die Friedrich Wilhelm vor achtzehn Monaten ausgestreut hatte. Um so weniger konnte er nunmehr geneigt sein, sich mit Frankreich zu verbinden. Seine Antwort an Verjus (30. Nov.) lautete abweisend, fast drohend. Es zeige sich jetzt, wie recht er gehabt, dem Könige zum Frieden zu raten. Der Kaiser stehe nur zum Schutze des Reiches im Felde, und er selber sei dem Reiche zu hoch verpflichtet, um sich dem Könige enger anschliefsen zu können, ehe dessen Truppen nicht den deutschen Boden verlassen hätten.

---

[1] Droysen, III, III 462.

Aus den gleichen Gründen wies Friedrich Wilhelm ein intimes Bündnis zurück, das Schweden ihm von neuem durch den pommerschen Vicekanzler Konrad Mardefeld und den Obersten Wangelin anbieten liefs. Dagegen zeigte er sich bereit, die Defensivallianz mit jener Krone vom Jahre 1666 zu erneuern, und liefs sich hiervon durch den dänischen Generalleutnant Arensdorf, den der auf Schweden stets eifersüchtige Kopenhagener Hof nach Berlin gesandt hatte, nicht abbringen. Gerade um die Freiheit seiner Entschlüsse in den grofsen europäischen Fragen besser zu wahren, wünschte der Kurfürst sich vor dem gefährlichen schwedischen Nachbarn sicher zu stellen, nebenbei auch den Generalstaaten und dem Kaiser durch eine leise Drohung zu zeigen, dafs es gut gethan sei, sich um seine Freundschaft zu bewerben. Dazu kam eine besondere Erwägung. In Polen hatte er ziemlich gleiche Interessen wie Schweden, und der vor kurzem erfolgte Tod des Königs Michael Wisnowiecki, sowie die darauf beginnenden Intriguen um die Wiederbesetzung des Thrones wiesen beide protestantischen Mächte auf ein Einverständnis hin. Das Bündnis wurde also am 1./11. Dezember 1673 unterzeichnet, und zwar derart, dafs auch die nicht zum Reiche gehörigen Provinzen — für Brandenburg das Herzogtum Preufsen — in die gegenseitige Verteidigungspflicht eingeschlossen wurden. Ein besonderer Artikel gestattete jedem der beiden Kontrahenten, während des damaligen Krieges beliebig Partei zu ergreifen, allein unter der Bedingung, dafs die gegenwärtige Allianz und Freundschaft dadurch nicht beeinträchtigt werde. Später ist auch der Pfalzgraf von Neuburg diesem Bündnisse beigetreten. Der Kaiser lehnte — mit Recht, wie der Verlauf zeigte — es ab, ein Gleiches zu thun, weil er der Hinneigung Schwedens zu Frankreich mifstraute und über die heftige Opposition erbittert war, die jene Krone auf dem Regensburger Reichstage der kaiserlichen Politik bereitete[1].

Der Wortlaut des brandenburgisch-schwedischen Traktates erweist deutlich, dafs Friedrich Wilhelm keineswegs die Absicht hegte, sich durch ihn für die französische Partei die Hände zu

[1] Berichte Brassers (U. u. A., III, 422) u. Goefs' (das. XIV, 733 ff.). — Orlich, II, 101.. — Pufendorf, XII, 13—20. 23. — Mörner, 377. — Pribram, Lisola, 657 ff.

binden. Er sorgte vielmehr durch Beschwerden über die Beeinträchtigungen, die die Befehlshaber der französischen Garnisonen in Wesel und Rees sowohl den landesherrlichen Rechten und Gütern wie den klevischen Unterthanen zufügten, dafür, dafs stets ein Vorwand zum Streite mit Frankreich vorhanden war. Eben dahin zielte das oft wiederholte Verlangen, dafs die Franzosen bei Gelegenheit der Räumung ihrer Eroberungen in den Niederlanden ihm diese seine klevischen Festungen, die nunmehr für sie kein Interesse hätten, für ihn aber das höchste, zurückgeben sollten. Er hatte bereits im Oktober wieder mit den Generalstaaten angeknüpft. Diese hatten ihm zunächst ein leicht erklärliches Mifstrauen gezeigt, auch sich nur dazu verpflichten wollen, die klevischen Festungen nicht wieder für sich zu begehren, die Bezahlung der innebehaltenen Subsidien aber und eine Landerwerbung in Geldern auf ruhigere Zeiten vertagt. Das einzige Entgegenkommen, das sie erwiesen, bestand in dem Beschlusse, einen Gesandten behufs direkter Unterhandlungen nach Berlin abzuordnen[1].

Dringender erschien dem Kaiserhofe, der ebenso wie Spanien, es auf gänzliche Demütigung und dauernde Schwächung Frankreichs abgesehen hatte, die Heranziehung neuer Bundesgenossen und in erster Linie die Gewinnung des Brandenburgers. Ermutigt durch die jüngsten politischen und militärischen Erfolge, fafste man in Wien den Plan eines grofsen, allgemein europäischen Bundes gegen Frankreich; man gedachte hierdurch zugleich die Bildung einer „dritten", vom Kaiser unabhängigen Partei im Reiche am besten zu verhüten. Es gelang vorerst, König Christian V. von Dänemark am 26. Januar 1674 zur Unterzeichnung eines Bündnisvertrages zu bewegen, der eine Hilfsmacht von 9000 Mann versprach, allerdings erst thatsächliche Ausführung erhalten sollte, sobald die Generalstaaten und Spanien entsprechende Subsidien bewilligt haben würden. Es war demnach einstweilen ein mehr moralischer als praktischer Gewinn. Dagegen traten, voll Zorn über die von Frankreich beständig wider sie geübten Gewaltthaten, die Kurfürsten von Mainz, Trier und der Pfalz in ein faktisches Bündnis mit dem Kaiser ein: ihr Anschlufs war weniger durch ihre nur

[1] U. u. A., II, 514. 518; III, 418 ff. — Pufendorf, XII, 25. — Orlich, II, 102.

schwachen Truppenkontingente wichtig als durch ihre Stellung an der westlichen Reichsgrenze und durch die Rheinübergänge, die in ihrem Besitze waren. In ganz Deutschland hatte der rechtsverachtende Übermut der Franzosen eine grimme nationale Begeisterung erzeugt, wie man solche seit Jahrhunderten nicht gesehen; Volk und Fürsten riefen nach Rache an den kecken, anmafsenden Fremdlingen, die noch auf ihrem Rückzuge in der Pfalz ähnliche Greuel verübt hatten wie in den Niederlanden. Selbst der überlieferte religiöse Hader verstummte; niemals waren Katholiken und Protestanten so eines Sinnes gewesen.

Kaiser Leopold fühlte sich durch diese mächtige Strömung zu kühnen Beschlüssen fortgerissen. Der eifrigste Parteigänger Frankreichs in Deutschland, der Kölner Domherr Fürst Wilhelm von Fürstenberg, der noch jüngst seinen Kurfürsten vom Friedensschlusse mit dem Kaiser abgehalten hatte, wurde in der für neutral erklärten Reichsstadt Köln, dem Sitze des Kongresses, von österreichischen Reitern überfallen (14. Febr. 1674) und gefangen nach Wien abgeführt. Eine That von sehr zweifelhafter Berechtigung, aber von grofser moralischer Wirkung! Sie zeigte, dafs Leopold I. einen Krieg bis aufs Messer gegen Frankreich beabsichtigte. Dasselbe bewies die Wegnahme von vier Tonnen französischen Goldes durch seine Soldaten, an einem Thore der Stadt Köln (1. März). Diese Gewaltakte hatten dann die endliche Auflösung des sich nutzlos hinschleppenden Kölner Friedenskongresses zur Folge.

Schon in jener Zeit stellte es sich heraus, dafs Deutschland die Anregung eines wirklich nationalen Patriotismus, der ihm seit Jahrhunderten abhanden gekommen war, und damit seine endliche Einigung vor allem dem Gegensatze zu Frankreich, der Keckheit und dem Hohne verdankt, mit denen dessen Herrscher seit König Philipp August den anscheinend schwachen und hilflosen Nachbarn mifshandelt und beraubt haben. Damals aber hatte, auch aufserhalb Deutschlands, Frankreich durch sein rechtsverachtendes und alle bedrohendes Auftreten seine wichtigsten Bundesgenossen eingebüfst.

Gleichzeitig mit der Kriegserklärung gegen Holland hatte Karl II. von England die ersten Schritte zu der mit Ludwig XIV. verabredeten Katholisierung seines Landes gethan. Sie riefen in dem eifrig protestantischen Volke lebhaften Unwillen hervor, der sich bis zur drohenden Empörung steigerte,

als, bei der Unfähigkeit der damaligen britischen Staatsleitung, der holländische Krieg nur schmähliche Niederlagen zur See und obendrein den finanziellen Staatsbankerott herbeiführte. Dem furchtbar anschwellenden Widerstande der öffentlichen Meinung gegenüber mufste der König erst seine Pläne konfessioneller Reaktion, dann auch seine äufsere Politik opfern. Er schlofs am 19. Februar 1674 zu Westminster mit den Generalstaaten Frieden.

Diese Ereignisse machten in dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm immer mehr den Wunsch rege, seinen innersten Überzeugungen entsprechend endgültig sich von Frankreich zu lösen und der grofsen europäischen Koalition gegen diesen Staat beizutreten. „Weil ich den gegenwärtigen Zustand," schrieb er am 27. Januar seinen Geheimräten, „je länger je gefährlicher sehe, indem, wenn ich keine Subsidien bekomme, meine Länder dabei zu Grunde gehen werden, da meine Völker abzudanken mir keiner raten wird, so begehre ich, dafs meine Räte sich zusammenthun und überlegen sollen, wie ich mich weiter zu betragen habe." Wohin aber sein Streben thatsächlich ging, zeigt der Zusatz: „und wenn die Vereinigten Provinzen an mich schicken würden, ob ich mich mit ihnen in Traktate einlassen soll" [1]. Die Stimmung ganz Deutschlands hatte so mächtig auf die brandenburgischen Geheimräte eingewirkt, dafs sie noch weiter gingen als ihr Herr und ihm sogar einstimmig ans Herz legten, den ersten Schritt zu einem neuen Bündnisse mit Holland zu thun. Schwerin, der allein zunächst gezögert hatte, offen gegen Frankreich Partei zu nehmen, wurde gleichfalls, da dessen Aussichten sich von Tag zu Tage trübten, der Sache der Niederländer geneigter. Die Militärpartei ging noch ungestümer vor: Derfflinger, Eller, Pöllnitz forderten möglichst schleunigen Beginn eines Feldzuges gegen die verhafsten Franzosen: 15000 Mann standen zum Aufbruche bereit. Der Bedächtigste war da der Kurfürst: er hielt es seiner Ehre für schuldig, dafs die Niederländer ihm entgegenkämen [2].

Wilhelm III. von Oranien war ein allzu umsichtiger und zugleich entschlossener Staatsmann, als dafs die Pläne des

[1] Orlich, II, 108.

[2] Pufendorf, XII, 26. 27. — Bericht Brassers, 6. Febr. 1674; U. u. A., III, 422. — Peter, 201 f.

Kaisers auf Errichtung eines allgemeinen europäischen Bundes gegen Frankreich nicht seine volle Billigung gewonnen hätten. Sein mächtiger Einfluſs vermochte die Generalstaaten im Beginne des Jahres 1674, solchen Entwürfen näherzutreten. Der wichtigste Alliierte aber, der dabei in Betracht kam, war der Kurfürst von Brandenburg, und die Stimmung an dessen Hofe gab die Gewähr, daſs er bei geeigneter Behandlung wohl zu gewinnen war. So lieſsen die Hochmögenden das an sich nicht unberechtigte Mistrauen, das sie gegen ihn hegten, einigermaſsen in den Hintergrund treten und beschlossen endlich, ihm einen neuen ansehnlichen Gesandten zu schicken, und zwar den Pensionär von Enkhuizen, Isaak Pauw von Achtienhofen — einen Politiker, der freilich recht mittelmäſsige diplomatische Begabung besaſs. Er wurde beauftragt, ohne viele Umschweife die Errichtung eines Angriffsbündnisses zwischen Brandenburg auf der einen, den Generalstaaten, Spanien und dem Kaiser auf der andern Seite vorzuschlagen. Der Kurfürst sollte indes nur als Alliierter zweiter Klasse behandelt werden. Nicht mehr als zwölftausend Mann sollte er stellen, damit die ihm zu bewilligenden Subsidien geringer auszufallen hätten; Werbegelder seien ihm gar nicht zu zahlen, damit die Generalstaaten ihre Leistungen seinen Gegenleistungen genau anzupassen vermöchten [1].

Man sieht, wie in diesen Weisungen sich noch immer das gründliche Mistrauen kundgiebt, der Brandenburger werde abermals das Geld der Niederländer nehmen, um sein Heer auf deren Kosten zu verstärken und zu unterhalten, und sie dann bei erster Gelegenheit im Stiche lassen. So natürlich vom holländischen Standpunkte aus derartige Vorsicht war — auch Oranien hatte sich mit der Instruktion einverstanden erklärt —, so gefährlich konnte sie doch in jenen entscheidungsreichen Zeiten werden. Denn Frankreich, in richtiger Erkenntnis von der Bedeutung Brandenburgs, bot alles auf, es bei der eigenen Partei festzuhalten. Verjus erhielt den Auftrag, dem wiederholt geäuſserten Wunsche des Kurfürsten gemäſs die Rückgabe von Wesel und Rees, ja noch die früher niederländische Schenkenschanze anzubieten, wenn er in Gemeinschaft mit Schweden,

[1] Instruktion an Achtienhoven v. 22. Febr. 1674; U. u. A., III, 423 ff. — Vgl. ebendas. 421 f.

Hannover, Bayern und Neuburg den Kaiser nötigen wolle, seine Truppen in die österreichischen Erblande zurückzuziehen; dafür werde Frankreich sofort seine eigenen Heere das Reichsgebiet räumen lassen. Man gab sich also von Paris aus zunächst den Anschein, es auf Wiederherstellung des Westfälischen Friedens anzulegen. Allein indem die Bedrängnis Frankreichs wuchs, wünschte dies eine thätige Beteiligung Brandenburgs am Kriege. Es bot demgemäfs dem Kurfürsten die gesamten Kosten des Unterhalts für ein Corps von zwölftausend Streitern an, wenn solches an der Seite der Franzosen fechte. Friedrich Wilhelm wies dieses letzte Ansinnen sofort zurück. Er verhehlte ferner nicht, dafs nach allgemeiner Überzeugung der Kaiser nur seine Pflicht gethan habe, indem er mit seinem Heere den Boden des Reiches schütze und verteidige. Nur wenn der Allerchristlichste König selber damit beginne, das Reich zu räumen und Entschädigung für die dort bereitete Unbill zu gewähren, auch ihm selbst Wesel und Rees zurückgebe, könne er daran denken, in Übereinstimmung mit den anderen Reichsständen und Schweden den Kaiser gleichfalls zum Frieden zu nötigen. Daraufhin zeigte sich Ludwig XIV. bescheidener; er erklärte sich bereit, dem Kurfürsten Subsidien zu zahlen, wenn dieser sich nur zur Neutralität verpflichten wolle[1].

Es war eine ähnliche Lage wie zwei Jahre früher. Auf der einen Seite Frankreich mit freigebigen Anerbietungen und geringen Forderungen, aber aus allgemeinen Erwägungen Friedrich Wilhelm verhafst; auf der andern Seite die Generalstaaten. für ihn begehrungswerte Verbündete, indes mit grofsen Ansprüchen und schäbigen Versprechungen. Daran hatte der Sturz der Oligarchenfaktion und das Emporkommen der oranischen Partei wenig geändert.

Die Entscheidung kam von anderer Seite, aber auch erst nach mannigfachen Zwischenfällen.

Der Kurfürst hatte schon im Januar 1674 einen seiner besten Diplomaten, Krockow, nach Wien geschickt, angeblich um dort im Interesse des Friedens thätig zu sein, in Wahrheit um den Boden wegen Eingehung eines näheren Verhältnisses

[1] Diese und die folgenden Unterhandlungen: Pufendorf, XII, 28. 29. 31. 32. 34; U. u. A., II, 521; III, 426 ff. 430 ff.; XIII, 616 ff. 680. 793; XIV, 748 f. 753 ff.; Orlich, II, 108 f.; Peter, 204; Prutz, 55.

Brandenburgs zum Kaiser zu prüfen. Der brandenburgische Abgesandte fand dort, infolge der grofsen Pläne der kaiserlichen Regierung, überraschend günstige Aufnahme. Man stellte ihm sofort, natürlich auf Kosten Spaniens und der Generalstaaten, beträchtliche Subsidien in Aussicht, wenn sein Heer sich der guten Sache anschliefsen wolle. Der spanische Gesandte, Marques de los Balbases, bekräftigte eifrigst diese Verheifsungen. Gemeinschaftliche Konferenzen zwischen Krockow, Montecuccoli, dem kaiserlichen Kanzler von Hocher, dem niederländischen Gesandten Heemskerck und den Spaniern fanden statt behufs Bildung eines brandenburgisch-dänisch-lüneburgischen Bundesheeres von 30000 Mann, das zur Hälfte mit niederländischen und spanischen Hilfsgeldern bezahlt werden solle, zur Wiederherstellung des Westfälischen, Klevischen und Aachener Friedens. Von dem Pyrenäenvertrage, an dessen Bestimmungen ja ausschliefslich Spanien Interesse hatte, wurde nur hypothetisch gesprochen, obwohl Spanien unbedingt auf dessen Zugrundelegung bestand.

Niemand aber bot dem Kurfürsten einen thatsächlichen Vorteil an. Während Holland von dem Bundeskriege die Rückeroberung seines frühern Gebietes, Spanien die Wiedergewinnung der südbelgischen Festungen, der Kaiser die Herstellung seiner Autorität im Reiche und die Sicherung der spanischen Erbschaft erhofften, sollte dem Brandenburger nur die Ehre bleiben, das Blut seiner Soldaten und das Geld seiner Unterthanen für diese drei Mächte zu opfern. Man vertröstete ihn mit dem „Ruhme", den er durch uneigennützigen Kampf für die Freiheit Europas sich erwerben würde!

Diese Erfahrungen mufsten in Berlin äufserst verstimmen, und solches Empfinden wurde durch die Vorschläge nur gesteigert, die Achtienhoven überbrachte (25. März). Friedrich Wilhelm hatte unzweideutig seine Absicht kundgegeben, zum Einverständnisse mit den Niederländern zu gelangen. Aber nun mufsten die brandenburgischen Minister hören, dafs die Hochmögenden die Zahlung der rückständigen Subsidien verweigerten, während in Berlin die gröfste Geldnot herrschte, und das Heer des Kurfürsten auf zwölftausend oder gar zehntausend Mann herabzudrücken beabsichtigten. Davon wollte Friedrich Wilhelm durchaus nichts wissen; nicht als Verbündeter zweiter Klasse, sondern mit einem stattlichen Heere von 20000 Mann, als

Gleichberechtigter war er entschlossen, ins Feld zu ziehen. Er liefs Achtienhoven mitteilen, dafs er jederzeit unter den für ihn günstigsten Bedingungen mit Frankreich abschliefsen könne, wenn er lediglich seine Neutralität verspreche. Er verlangte für die noch rückständigen Subsidien von 630 000 Thalern wenigstens eine Entschädigung von 150 000, sowie Marschgelder im Betrage von 100 000 Thalern, von denen allerdings Spanien die Hälfte zu zahlen habe. Der Geiz der Hochmögenden Brandenburg gegenüber erschien um so verwunderlicher, als sie in ihrem damals abgeschlossenen Vertrage mit den Herzogen von Lüneburg deren Kontingent auf 13 000 Mann festsetzten, von denen sie 7000 Mann auf eigene Kosten übernahmen. An jenen finanziellen und militärischen Streitpunkten drohte die ganze Allianz zu zerschellen. Zumal Schwerin riet nun von neuem Frieden und Neutralität eifrigst an. Der Graf Verjus beherrschte scheinbar den Berliner Hof. Frankreich begann abermals Brandenburg als einen sicheren Bundesgenossen zu betrachten [1].

Es war wiederum Ludwig XIV., der mit seiner brutalen Gewaltthätigkeit seinen Gegnern zu Hilfe kam und sie untereinander zusammenbrachte. Ohne jeden Rechtsgrund, nur aus Zorn, dafs Kurfürst Karl Ludwig, der Schwager seines eigenen Bruders von Orleans, ihm sein Land nicht zu Gebote stellte, verheerte er im März von neuem die unglückliche Kurpfalz und überrumpelte die pfälzische Festung Germersheim. Diese abermalige Gewaltthat, nach so vielen entgegengesetzten Verheifsungen, versetzte Friedrich Wilhelm in helle Entrüstung; „diese Aktion der Franzosen," schrieb damals selbst Schwerin, „wird bei allen und jedem übler aufgenommen als alles andere, so jemals von ihnen geschehen." Vergebens suchte Verjus das Vorgehen seines Königs zu rechtfertigen. Friedrich Wilhelm, an den sich sein Genosse von der Pfalz direkt um Hilfe gewandt hatte, verbarg seinen Zorn keineswegs. Von einem Neutralitätsvertrage mit Frankreich, sagte er zu dessen Gesandten, könne nunmehr die Rede nicht sein; er dürfe sich unter keinen Umständen von dem gesamten Reichskörper

[1] Das ersieht man aus der am 30. März 1674 festgestellten Instruktion für seinen Gesandten in Polen; Recueil des Instructions, IV, I 137. — Vgl. Berichte Linckers aus dem Febr. 1674; Ribbeck, 41 f.

trennen, um nicht nach den pfälzer Vorfällen als ein Verräter am Vaterlande zu gelten und allen Deutschen ein Gegenstand des Hasses zu werden. Auch dem Schweden Wangelin drückte er seine Empörung über die unverbesserlichen Schandthaten der Franzosen aus. Er ging den Kaiser um schleunige Hilfe für den Pfälzer an, wobei er seine Mitwirkung zusagte (10. April 1674). Zugleich sandte er den Geheimrat von Blumenthal nach Kopenhagen, um König Christian V. zum thätigen Anschlusse an die Generalstaaten, zum Kampf gegen Frankreich zu bewegen.

Wichtiger noch war die Mission Derfflingers nach dem Haag. Der hochangesehene und den Niederländern als ihr treuer Freund bekannte Kriegsmann sollte sich bemühen, die Schwierigkeiten zu beheben, die dem Zustandekommen des Bündnisses noch im Wege standen. Dazu ward ihm die breiteste Vollmacht gewährt.

Unter dem Eindrucke der pfälzer Vorgänge und der aufs höchste gereizten Stimmung ganz Deutschlands fielen alle Rheinbundfürsten von Frankreich ab und dessen Feinden zu. Münster und Köln, durch die siegreichen Truppen der Verbündeten mit Vernichtung bedroht, gingen im April 1674 vertragsmäfsig zu diesen über. Damit waren Frankreich die letzten Alliierten in Deutschland entzogen, mit Ausnahme des Herzogs von Hannover, der jedoch gänzlich unthätig blieb.

Der Nutzen, der aus dieser Entwickelung der gemeinen Sache erwuchs, vermochte indes Friedrich Wilhelm nicht ganz darüber zu trösten, dafs ihm der Vertrag des Kaisers und der Generalstaaten mit dem Bischofe von Münster die Möglichkeit raubte, an diesem kriegerischen Prälaten wegen der in den westfälischen Besitzungen Brandenburgs verübten Plünderungen Rache zu nehmen. Seine Forderung, dafs der Friede mit Christoph Bernhard nicht geschlossen werde, bevor ihm selbst von diesem Genugthuung geleistet sei, ward von den Niederländern wie vom Kaiser abgelehnt. Besonders dem letztern zürnte er darob. Wufste er ja, dafs der Kaiser und dessen höchste Diener ihn im Grunde als Ketzer und allzu mächtigen Vasallen hafsten. Schrieb doch der begabteste und patriotischste unter den kaiserlichen Staatsmännern, Lisola, um diese Zeit an den Kanzler von Hocher, damals den einflufsreichsten Minister in Wien: „Ich mufs Eurer Exzellenz gestehen, dafs, wenn nicht die höchste Not dazu zwingt, ich es nicht für gut halten möchte,

dafs jene Ketzerfürsten sich auf unsere Kosten bewaffnen, besonders der Kurfürst von Brandenburg, von dem ich weder etwas Gutes erwarte noch etwas Schlimmes fürchte, da ich seinen Geist kenne, der auf nichts anderes abzielt, als im Trüben fischen zu können.“ [1] Der venezianische Gesandte, Johann Morosini, der damals vom Wiener Hofe nach der Heimat zurückkehrte, giebt die Anschauungen wieder, die in jenen Kreisen herrschten, indem er dem Senate der Republik berichtet: „Brandenburg, der mit derselben Leichtigkeit, mit der er sich für eine Partei verpflichtet, sich von ihr befreit, ohne die allgemeinen Vorwürfe zu scheuen, ist gegenwärtig dem Kaiser wohl gesinnt; aber dieser betrachtet ihn als von zweifelhafter Treue, und der Hof mifst seinen augenblicklichen Neigungen kein Vertrauen bei.“ [2] Dem Kurfürsten war diese Gegnerschaft der Österreicher wider ihn sehr gut bekannt. „Man sieht,“ schrieb er um jene Zeit vertraulich an Schwerin [3], „aus allem, dafs man am kaiserlichen Hofe alles in das weite Feld spielen will; vielleicht mag es ihnen nicht lieb sein, dafs ich mit in die Alliance komme.“ Blieb doch Goefs in Berlin ohne alle Instruktionen vom Kaiser, obschon die Holländer stets betonten, dafs sie ohne diesen Fürsten nicht mit Brandenburg abschliefsen könnten. Friedrich Wilhelm zeigte sich also bei Beginn des Maimonats in seinen Freundschaftsversicherungen für die Verbündeten um so kühler, als auch Derfflinger unverrichteter Sache aus dem Haag zurückkam. Wie glänzend hob sich gegen diese schnöde Behandlung seitens der Alliierten das Benehmen Frankreichs ab, das ihm gerade damals — zwischen dem 11. und 16. Mai — die Festungen Wesel und Rees und überdies die Schenkenschanze ohne Entgelt ganz unversehrt übergab, während es die übrigen von ihm in den Niederlanden verlassenen Plätze vorher nach Möglichkeit entfestigt hatte [4]. Während Friedrich Wilhelm deshalb an den Allerchristlichsten König ein Dankschreiben richtete, mufste er erleben, dafs nicht nur die Generalstaaten, sondern auch sein eigener Neffe Oranien ihn bedrohten: wenn

[1] 3. Mai 1674; Muller, 93.

[2] Fiedler, Die Relationen der Botschafter Venedigs über Deutschl. und Österr. im 17. Jahrh. (Fontes rerum Austriacarum, Abt. II, Bd. 27 [Wien 1867]), S. 160.

[3] Orlich, II, 110 f.

[4] Pufendorf, XII, 32. — U. u. A. XIV, 761.

er die Schenkenschanze nicht gutwillig hergebe, werde man sie ihm mit Gewalt abnehmen, auch auf die Gefahr eines langen Krieges hin. Unwillig rief er aus: so man ihn um die Schanze bitte und dieses Ansuchen begründe, werde er sie schon ausliefern, aber durch Drohungen erreiche man von ihm nichts[1].

Darf man es ihm verübeln, dafs er solche Feindschaft, Geringschätzung und Mifshandlung nicht zu ertragen entschlossen war? Er schrieb an Schwerin (14. Mai): „Wo das bewufste negotium mit Holland nicht angeht, mufs man mit Frankreich traktiren," und einige Tage später: „Ihr sehet, wie man mich von einer Woche zur andern herumführet. Ihr könnt dem holländischen Gesandten sagen, dafs ich die Montagspost noch abwarten werde; sollte alsdann keine Resolution einkommen, so würde mir nicht verdacht werden, andere Mafsregeln zu nehmen, es möchte auch ausfallen, wie es wolle. Ich sehe auch, dafs Baron von Goefs damit umgeht, mich zu zwingen, alles einzugehen, was sie haben wollen; er soll sich aber versichern, dafs ich eine Resolution fassen werde, die ihm nicht anständig sein wird." — Verjus glaubte wieder auf Erfolg rechnen zu dürfen. Lange Zeit hindurch vernachlässigt, sah er sich jetzt von dem Kurfürsten mit Aufmerksamkeit behandelt und konnte fleifsig mit ihm konferieren. Wangelin unterstützte den Franzosen nach Kräften; beide vereint boten von neuem beträchtliche Subsidien an, wenn der Kurfürst sich nur fern halte von dem Kaiser und den Niederländern. Die Freunde Frankreichs am kurfürstlichen Hofe erhoben wieder ihr Haupt. Friedrich Wilhelm sagte laut: er könne seine Truppen, die er gerade damals durch 6000 Mann aus Preufsen verstärkte, nicht länger unterhalten; er gab zu verstehen, dafs, wenn Holland und Österreich noch länger mit dem Abschlusse zögerten, er sich an die entgegengesetzte Partei halten werde.

Diese Drohungen und die beständigen Warnungen ihrer Gesandten in Berlin übten dann doch auf die Machthaber in Wien und im Haag die gewünschte Wirkung, und zwar um so mehr, als die kriegerischen Ereignisse sich durchaus nicht nach deren Hoffnung gestalteten.

---

[1] Bericht Achtienhovens v. 12. Mai; U. u. A., III, 436. — Über das Folgende: ebendas. 437 ff., XIV, 766 ff.; Pufendorf, XII, 37; Orlich, II, 109 f.

Ludwig XIV. hatte im Angesichte der gewaltigen Koalition, die sich gegen ihn gebildet, mit schnellem Entschlusse seinen ganzen Kriegsplan geändert. Er gab das zähe Ringen um die holländischen Städte auf und warf sich mit der ganzen Wucht seiner mächtigen Angriffsmittel auf die beinahe wehrlosen Besitzungen der Spanier in Burgund und den südlichen Niederlanden. Ehe noch die Verbündeten bereit waren, fiel im Frühjahr 1674 ein französisches Heer unter Vauban in die burgundische Freigrafschaft ein. In sechs Wochen war die Eroberung dieser reichen und schönen Provinz vollendet, waren die Grenzen Frankreichs bis an den Jura ausgedehnt. Begründeteren Ruhm erntete Turenne am Oberrhein. Er hatte nicht mehr Montecuccoli zu bekämpfen, der, durch Kränkungen und Hemmungen aller Art von Wien her beleidigt, sein Kommando an Bournonville überlassen hatte, einen der gehorsamen und flachen Hofgenerale, wie solche bei dem kaiserlichen Hofkriegsrate stets beliebt gewesen sind. Einem derartigen Feinde war Turenne, trotz seines an Zahl schwächeren Heeres, weit überlegen; er schlug ihn bei Sinzheim mit grofsem Verluste (Juni 1674) und behauptete sich auf dem rechten Rheinufer, indem er seine Armee auf Kosten der armen, vielgeplagten Pfalz unterhielt. Turennes Nebenbuhler, der „grofse“ Condé, hielt zu gleicher Zeit den Prinzen von Oranien in Schach. Es zeigte sich, dafs das fest in sich geeinte, hoch entwickelte, glänzend geleitete Frankreich für sich allein der ganzen Koalition überlegen war.

Diese empfand also das Bedürfnis, sich weiter auszudehnen und dadurch zu kräftigen. Der Kaiser brachte es dahin, dafs am 24. Mai 1674 die Regensburger Versammlung den Reichskrieg an Frankreich erklärte. Die thatsächliche Verstärkung, die dadurch der Koalition erwuchs, war gering, bedeutsamer, dafs nunmehr solchen Fürsten, wie Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der völkerrechtliche Vorwand gegeben war, trotz aller mit König Ludwig eingegangenen Verträge ihre Truppen gegen ihn marschieren zu lassen. Auch der Abschlufs der polnischen Königswahl förderte die Verhandlungen zwischen dem Kaiser und Brandenburg. Der schwache König Michael war im November 1673 gestorben, und die Wahlunruhen hatten darauf volle sechs Monate gedauert. Die verschiedensten ausländischen Bewerber hatten um die Krone intriguiert — auch von dem branden-

burgischen Kurprinzen Karl Emil war die Rede gewesen, sein Vater hatte aber, aus Rücksicht auf das Religionsbekenntnis, diese Möglichkeit sofort zurückgewiesen[1]. Endlich ward der kühne und glückliche Kronfeldherr Johann Sobieski, der sich durch wiederholte Siege über die Türken ausgezeichnet hatte, infolge der Umtriebe und Bestechungen des französischen Gesandten auf den Thron erhoben, im Mai 1674. Es war ein glänzender Sieg der französischen Diplomatie. Seit jeher einer der Führer der französischen Partei, war der neue Herrscher Polens nicht nur durch die Pension des Allerchristlichsten Königs, sondern auch durch seine Gemahlin, die Tochter eines kleinen französischen Edelmannes, unbedingt dem Gebote des Botschafters Frankreichs, Forbin-Janson, unterthan. Ein Umstand, gleich bedrohlich für den Kaiser wie für den Brandenburger.

Der Ausfall der polnischen Wahl beförderte demnach den Fortgang der Verhandlungen des Kurfürsten mit den Verbündeten. Der Kaiser zeigte ihm plötzlich ein bisher ungeahntes Entgegenkommen; erklärte er sich doch sogar zu einer „moderaten" Entschädigung des Brandenburgers für dessen bisher von Wien aus stets bestrittenen Ansprüche auf Jägerndorf bereit. Sofort waren alle Bedenken Friedrich Wilhelms beseitigt, dessen echt deutsche Gesinnung sich endlich frei bethätigen konnte. Er wünschte dringend, bei Gelegenheit der neuen Allianz die dem Römischen Reiche deutscher Nation vor einem Jahrhunderte verloren gegangenen Provinzen der freien Niederlande dem grofsen Vaterlande als batavischen oder niederburgundischen Kreis wieder anzugliedern — ein hochpatriotischer Gedanke, der sogar bei vielen holländischen Staatsmännern günstigen Boden, aber bei den Österreichern kühle Abweisung fand, weil sie den Zutritt einer Republik, und noch dazu einer ketzerischen, als den habsburgischen Partikularinterressen schädlich beurteilten. Friedrich Wilhelm dagegen opferte seine besonderen Wünsche abermals dem allgemeinen Wohl: am 24. Mai entschlofs er sich, der vertragsmäfsigen Fixierung seines Hilfsheeres auf 16 000 Mann, also der von Spanien und Holland zu leistenden Subsidien für nur 8000 Mann zuzustimmen. Damit war der Weg zum Eintritt

[1] Pufendorf, XII, 68. 70. — Lengnich, XIII. 100 f. — Vgl. noch über die Wahl Sobieskis: Recueil des Instructions données aux ambassadeurs de France, Teil IV (Pologne). Bd. I (Paris 1888), S. LII u. 117 ff.

des Kurfürsten in die europäische Koalition geebnet. Die Generalstaaten bewilligten ihrerseits die Zahlung von 200 000 Thalern an den Brandenburger, zum Ausgleiche seiner Forderungen wegen der rückständigen Hilfsgelder[1].

So waren die hauptsächlichsten Schwierigkeiten beseitigt. Der Bündnisvertrag zwischen Brandenburg auf der einen, dem Kaiser, dem Könige von Spanien und den Generalstaaten auf der andern Seite konnte am 1. Juli 1674 zu Wien unterzeichnet werden. Jenes hat für den damals währenden Krieg 10 000 Fufsgänger, 5000 Reiter und 1000 Dragoner zu stellen. Dafür soll es sofort je 100 000 Thaler von den Generalstaaten und Spanien erhalten; in Zukunft soll die Hälfte der Kosten jener Kriegsmacht gemeinschaftlich von Spanien und den Vereinigten Provinzen getragen werden[2].

Es waren das Bedingungen, die den Kurfürsten schlechter stellten als diejenigen, die er im Bündnisse des Jahres 1672 erhalten hatte. Damals hatte man ihm reichliche Marschgelder und Subsidien nicht für acht-, sondern für zehntausend Mann bewilligt. Der Grund für die geringere Bewertung des brandenburgischen Beistandes lag einmal in dem Mifstrauen, das die Niederländer seit Vossem gegen ihn gefafst hatten, andrerseits in dem Umstande, dafs zwei Jahre vorher seine Hilfe ihnen viel notwendiger und kostbarer gewesen war als jetzt, wo sie selber kaum noch in ihrem Besitzstande bedroht waren und sich nur für ihre Verbündeten, sowie für die Vernichtung der französischen Übermacht schlugen.

Eine andere Abweichung von dem frühern Vertrage beruhte jedoch auf einer Forderung des Kurfürsten. Um sich die Möglichkeit zu wahren, jederzeit mit Ehren von dem Kampfe zurückzutreten, ohne, wie nach Vossem, berechtigte Vorwürfe fürchten zu müssen, hatte er schon im April 1674 das Verlangen gestellt: ein jeder Verbündeter solle für sich Frieden schliefsen dürfen, wenn dabei nur der volle Besitzstand seiner Alliierten vor dem Kriege gewahrt bleibe[3]. Demgemäfs lautete nunmehr der 24. Artikel des Bündnisses, allerdings unter der weitern Bedingung, dafs jede Waffenstillstands- oder Friedens-

[1] Muller, 100. — U. u. A., III, 441; XIII, 623 f.; XIV, 869.
[2] Mörner, 383 ff.
[3] U. u. A., III, 431 f.

verhandlung eines der Verbündeten rechtzeitig und vollständig den anderen angezeigt und solche zur Teilnahme aufgefordert würden.

Dieser Artikel hat später dem Kurfürsten selbst bitteren Schaden zugefügt. Er hätte ihn dann gern in Vergessenheit gebracht, während doch er allein dessen Aufstellung veranlafst hatte.

Ein schweres Bedenken mufste freilich von vornherein Friedrich Wilhelm beunruhigen bei seinem Entschlusse, mit gesamter Streitmacht den Verbündeten zu Hilfe an den Rhein zu ziehen. Die schwedische Regierung hörte nicht auf, ihn zur Neutralität, zur Festhaltung seines Heeres in seinem eigenen Lande nachdrücklich zu ermahnen. Sie bezeichnete ein anderweites Verfahren von seiner Seite geradezu als Verletzung des schwedisch-brandenburgischen Verteidigungsbündnisses vom 11. Dezember 1673. Gewifs mit Unrecht: denn dieser Vertrag hatte ausdrücklich jedem der beiden Staaten volle Bewegungsfreiheit während des französisch-niederländischen Krieges belassen und nicht minder ausdrücklich erklärt, dafs solche Parteinahme die Freundschaft zwischen den beiden Kontrahenten nicht beeinträchtigen solle. Allein Schweden war andrerseits durch sein Bündnis mit Frankreich verpflichtet, diejenigen deutschen Staaten kriegerisch zu behandeln, die den Allerchristlichsten König bekämpfen würden. Jene Hinweisungen enthielten offenbar eine Drohung, und Verjus verfehlte nicht, solche offen auszusprechen: man durfte sie nicht leicht nehmen. Allein Friedrich Wilhelm getröstete sich des Offensiv- und Subsidienvertrages, den die Braunschweiger Herzoge — aufser dem Hannoveraner — mit der Koalition abgeschlossen hatten, sowie desjenigen, den Dänemark mit ihr am 10. Juli einging, und durch den Christian V. ihr 15000 Mann zu stellen versprach. Von den Welfen, den Dänen und dem Kaiser zu Lande gedeckt, von den Holländern zur See geschützt[1], glaubte er von den Schweden nichts befürchten zu dürfen.

Die brandenburgische Feldarmee betrug damals angeblich 20000, in Wahrheit wenig über 18000 Mann[2]. Doch wurden

[1] Das stellten diese den Schweden warnend in Aussicht; Orlich, II, 111. — Vgl. Pufendorf, XII, 39—41; Prutz, 59.

[2] Stuhr, 213. — v. Mülverstedt, 571.

fleifsig Werbungen angestellt, um ihren Stand zu erhöhen und ihr eine dauernde Stärke von zwanzigtausend Streitern zu verleihen. Denn mit solcher Macht, nicht nur mit den pflichtmäfsigen Sechzehntausend gedachte Friedrich Wilhelm in den Krieg zu ziehen. Die Truppen waren in bester Ausrüstung, voll Kampflust, die Offiziere wohl alle der Meinung des Obersten des Homburgischen Reiterregimentes: „Herzlich froh, dafs das Luderliegen ein Ende nehmen soll.“[1] Den Oberbefehl führte, unter des Kurfürsten höchster Leitung, der treffliche Derfflinger, den der Kaiser damals durch Erhebung zur Würde eines Reichsfreiherrn auszeichnete — der beste Leiter, den das Heer sich wünschen konnte. Die Reiterei stand unter dem Prinzen Friedrich von Hessen-Homburg, der sich damals in dem kräftigen Alter von 41 Jahren befand, einem Offizier von tollkühner Verwegenheit, der im Dienste Karls X. Gustav von Schweden bereits ein Bein verloren, 1670 brandenburgische Bestallung genommen hatte: freilich auch eigensüchtig und rechthaberisch. Er war in zweiter Ehe mit Luise von Kurland, einer Nichte des Kurfürsten, vermählt.

Es handelte sich zunächst um die Frage, auf welchem Kriegstheater die kurfürstliche Armee zu verwenden sei: ob in den Niederlanden oder am Oberrhein. Für den Marsch nach den Niederlanden sprachen gewichtige Gründe. Der Kurfürst hätte sich da mit seinem Neffen, dem Oranier, vereinigt, der ihm als Verwandter, als Protestant und als Feldherr weit genehmer sein mufste, als die kaiserlichen Generale, mit denen er bereits so trübe Erfahrungen gemacht hatte; er würde sich zugleich die Hochmögenden zum Danke verbunden und ihre Unterstützung für die Zukunft hin gesichert haben. Der Prinz, sowie der Statthalter von Belgien, Monterey, wünschten dringend, dafs wenigstens ein Teil der kurfürstlichen Truppen zu ihrem Heere stofse. Allein von einer Teilung seiner Regimenter wollte Friedrich Wilhelm nichts wissen. Und nun erschollen, schon am Tage nach dem Abschlusse des Vertrages, dringende Hilferufe des Kaisers, der, mit Berufung auf des Kurfürsten eigene Zusage und die Beschlüsse des Reiches, den Abmarsch der Brandenburger an den Oberrhein begehrte. Er durfte bald darauf hinweisen, dafs der niederländische wie

[1] Joh. Jungfer, Der Prinz von Homburg (Berlin 1890), S. 52.

der spanische Gesandte in Wien derselben Ansicht seien. Deshalb faſste Friedrich Wilhelm noch Mitte Juli den Entschluſs, sein Heer nach der Pfalz zu führen[1]. Es bot ihm ein solcher auch einen bedeutenden politischen Vorteil: er konnte sich nunmehr auf seine Pflichten als Reichsfürst berufen, um seine Schilderhebung gegen Frankreich vor diesem Staate und vor Schweden zu rechtfertigen. Wäre er dagegen nach den Niederlanden gegangen, um den Spaniern zur Wiedererlangung ihrer im Aachener Frieden verlorenen südbelgischen Festungen zu verhelfen — ein Ziel, das vertragsmäſsig zu fixieren er stets mit Beharrlichkeit zurückgewiesen hatte —, so würde er sich eines direkten und offenbaren Bruches des Vossemer Friedens schuldig gemacht haben. Der Kurfürst scheute aber vor einem solchen zurück, schon um sich nicht mit dem Könige von Frankreich unversöhnlich zu entzweien und dadurch sich den Rückweg zu einem freundlichen Verhältnisse zu dem mächtigsten Staate der Christenheit zu verschlieſsen. Trotz der Mifsbilligung des Oraniers und Montereys[2] wurden demnach die kurfürstlichen Truppen, ebenso wie die der braunschweigischen Herzoge, nach dem Oberrhein in Bewegung gesetzt.

Die notwendige Folge war der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich. Bis Mitte August hatte man das vermieden, auch die Rüstungen verheimlicht, um zunächst ungestört mit ihnen fertig zu werden. Verjus hatte sich angestellt, als gehe er in die ihm gelegte Falle, während er im stillen schon seine Abberufung verlangt hatte: damit er, wie zwei Jahre früher La Vauguyon, als Spion am Hofe und im Feldlager des Kurfürsten dienen könne. Er setzte deshalb allen Winken, daſs man in Berlin seine Abreise wünsche, passiven Widerstand entgegen und berichtete fleifsig nach Paris. Endlich, am 13. August, gebot ihm der Kurfürst förmlich, die märkische Hauptstadt zu verlassen, und sandte seinem Könige eine höfliche aber bestimmte Absage, die als Kriegserklärung galt. Die Würfel waren gefallen[3]. Am 20. August verlieſs

---

[1] U. u. A., II, 522; XIII, 628. 638. 681. 710. — Nach allem diesem sind die irrtümlichen Schlufsfolgerungen Peters, S. 228 f., zu berichtigen.

[2] U. u. A., XIII, 639 ff.

[3] U. u. A., II, 524 ff. — Orlich, III, 112. — Prutz, 112. — Tagebuch des Ditrich Sigismund v. Buch, herausg. v. G. v. Kessel (Jena u.

Friedrich Wilhelm mit seiner Gemahlin und dem Kurprinzen Potsdam und folgte seinem Heere, das schon aus dem Lager bei Magdeburg nach Thüringen aufgebrochen war.

Inzwischen hatte sich die militärische Lage durchaus verändert. Am 11. August hatte Condé die verbündeten Armeen in den Niederlanden bei Seneffe geschlagen. Turenne dagegen, dessen schwaches Heer den sich beständig durch Reichstruppen vermehrenden Streitkräften Bournonvilles nicht gewachsen war, hatte sich nach dem Elsafs zurückgezogen. Kein Wunder, dafs Niederländer und Spanier abermals dringend den Marsch des Kurfürsten nach Belgien forderten. Allein Friedrich Wilhelm wollte nicht wieder durch fortwährendes Hin- und Herziehen die bei der vorgeschrittenen Jahreszeit doppelt kostbaren Wochen verlieren. Er hoffte auf entscheidende Erfolge über Turennes schwache Scharen, Wiedereroberung des Elsafs, Lothringens, der Freigrafschaft. Durch schnelle und glänzende Siege in diesen Gegenden meinte er auch am leichtesten und wirksamsten die drohende Wolke zu zerteilen, die sich von Schweden her über seinem Staate erhob und diesen immer mehr in Schrecken setzte. Er blieb demnach im Vorrücken auf den Oberrhein.

Seine Ankunft daselbst war um so notwendiger, als das verbündete Heer unter einem unbefähigten, ängstlichen und kränklichen Oberbefehlshaber, wie Bournonville es war, an kläglicher Ratlosigkeit der Führung litt, über den Rhein hin und wieder zog und sich endlich, trotz seiner starken numerischen Überlegenheit, bei Enzheim von Turenne zurückwerfen liefs. Am 13. Oktober überschritten endlich die Brandenburger die Rheinbrücke bei Kehl und rückten in das Elsafs ein, wo ihre Alliierten sie sehnsüchtig erwarteten.

Die Stimmung der elsässischen Bevölkerung kam ihnen freundlich entgegen. Man war dort entrüstet über die Gewalt, mit der das französische Gouvernement, allem Herkommen zuwider, die Freiheiten und Rechte der Elsässer vernichtete. Man gedachte mit Sehnsucht der seit kaum einem Vierteljahrhundert entschwundenen Zeit, wo man, als Angehörige des Reiches, in

---

Leipzig 1865), I, 17 f. Leider eine durchaus fehlerhafte Ausgabe, bez. Übersetzung des wichtigen Tagebuchs, kaum eine Seite, die nicht haarsträubenden Unsinn enthält. Eine neue Ausgabe wäre dringend zu wünschen.

aller Unabhängigkeit und Selbstbestimmung gelebt hatte. Die Protestanten sahen mit Ingrimm die Zurücksetzung, der die neue Regierung sie unterwarf. Die schändlichen Verheerungen, mit der, infolge des Geldmangels des „Königs Sonne", dessen Truppen alle Elsässer heimsuchten, steigerten deren Grimm, sowie ihren Wunsch: „Los von Frankreich." Ludwig XIV. hatte übrigens selber durch Schleifung der oberelsässischen Festungen den Deutschen das Werk der Wiedereroberung des Landes erleichtert. Die noch freie Stadt Strafsburg lebte der frohen Hoffnung, durch die verbündeten Waffen des schweren Druckes, mit dem die Nachbarschaft Frankreichs auf ihr lastete, entledigt zu werden, und empfing zumal den Kurfürsten von Brandenburg mit grofsen Bezeugungen der Freundschaft und mit beträchtlichen Leistungen für seine Truppen[1].

Die Lage war auch sonst eine überaus günstige. Das Reichsheer zählte, trotz seiner wiederholten Niederlagen, mit den Brandenburgern an 50000 Mann, Turenne, dessen Verstärkungen noch nicht herangekommen waren, etwa die Hälfte. Der französische Feldherr hatte sich am Fufse der Vogesen, nordwestlich von Strafsburg, bei Marlenheim verschanzt, wo er die Pässe des Gebirges, sowie Hagenau, Zabern und das ganze Unterelsafs deckte. Er hatte also das Oberelsafs mit dessen reichen Vorräten den Deutschen überlassen, und er war entschlossen, bei einem ernstlichen Angriff durch die feindliche Übermacht sein Heer nicht zu opfern, sondern hinter den schützenden Vogesenwall zurückzuweichen. Der Kurfürst und Derfflinger waren in der That gewillt, in aller Schnelligkeit einen entscheidenden Schlag zu führen, um vor Eintritt des Winters das Elsafs von dem Feinde zu befreien, vielleicht auch Lothringen zu erobern. Am 18. Oktober früh ging also das ganze Heer gegen Marlenheim vor. Derfflinger erkundete

[1] Rud. Reufs, L'Alsace au XVIIe siècle, I (Paris 1897), 220 ff. 224. — H. Rocholl, Der Grofse Kurfürst im Elsafs (Strafsb. 1877), 11 ff. — Über das Folgende s., aufser dem trefflichen Werke von H. Peter, noch: v. Unger, Derfflinger, 348 ff.; Neuber, 209 ff.; Rocholl, 14 ff.; S. Isaacsohn, Der deutsch-französ. Krieg im Jahre 1674 (Berlin 1871), der hauptsächlich österreichische Quellen benutzte. — Wenig bedeutend ist H. Choppin, Campagne de Turenne en Alsace 1674—75; Spectateur militaire, Bd. 38 u. 39 (Paris 1875). Zumal von den wahren Verhältnissen und Absichten der Verbündeten hat Choppin keine Ahnung.

wirklich, dafs man im stande sei, die feindliche Stellung von deren rechter Flanke her aufzurollen. Die Brandenburger gaben die ersten Kanonenschüsse ab — allein Bournonville und der lüneburgische General Herzog von Holstein, durch das unglückliche Gefecht von Enzheim durchaus mit abergläubiger Furcht vor Turenne erfüllt, wollten von keiner Aktion hören. Der Tag verstrich thatenlos. Am folgenden Morgen fand man Turenne hinter die Zorn nach Zabern zurückgewichen. Als der Kurfürst ihn dorthin verfolgen wollte, mufste er vernehmen, dafs Bournonville, offenbar um eine Schlacht unmöglich zu machen, seine Reiter weithin zum Fouragieren zerstreut hatte.

Zum zweitenmal machten die Kaiserlichen dem Brandenburger den Feldzug zunichte. Es ist nicht anzunehmen, dafs Bournonville lediglich aus persönlicher Eifersucht den sichern Sieg aufgegeben habe. Abgesehen von seiner gewöhnlichen Ängstlichkeit, die ihn doch nicht verhindert hatte, die Gefechte von Sinzheim und Enzheim zu liefern, müssen hier noch anderweite Gründe mitgespielt haben. Es wird dies um so wahrscheinlicher, wenn man sich erinnert, wie Montecuccoli 1672 in ähnlicher Lage gehandelt hatte, und dafs gleichzeitig der kaiserliche General de Souches ebenso ungünstig auf die Operationen Wilhelms von Oranien in den Niederlanden einwirkte. Der kaiserliche Hof wollte die protestantischen Mächte nicht zu Ehre, Ansehen und Kraft gelangen lassen, sie sollten auf ihn, seine Heere und seine Diplomatie angewiesen bleiben. Er hatte Bournonville wie de Souches eingeschärft, sich möglichst auf der Verteidigung zu halten, vor allem das eigene Heer zu konservieren. Freilich, eine künstliche und allzuschlaue Berechnung, die schliefslich den kaiserlichen Interessen selbst schwere Wunden geschlagen hat. Zumal das ängstliche Verhalten der kaiserlichen Generale hat die wiederholten Niederlagen und damit eine weit gröfsere Schwächung ihrer Streitkräfte herbeigeführt, als eine energische und glückliche Kriegführung dies gethan hätte.

Der Kurfürst hatte sogleich nach dem verfehlten Gefechte bei Marlenheim seinem Zorne lebhaften Ausdruck gegeben. Er beschwerte sich auch nach Wien: „Es schmerzt Uns nicht wenig, dafs der Feind nicht, wie Wir Willens gewesen, in seinen Posten angegriffen worden, da Wir dann vermittelst göttlicher Hilfe dessen ganze Armee hätten ruinieren können, und weifs

jeder männiglich, auch der kaiserliche und spanische Abgeordnete selbsten, wie nahe es Uns gegangen, dafs solches hinterblieben, weil man uns darunter nicht beipflichten noch sekundieren wollen.“ Gleiche Klagen äufserte er offiziell den übrigen Verbündeten, ja sogar dem Magistrate von Strafsburg, indem er sich nicht scheute, Bournonville ganz öffentlich und namentlich zu beschuldigen[1].

Die Brandenburger wahrten in kleinen Gefechten ihren Waffenruhm: General von der Goltz und Kurprinz Karl Emil, der seines Amtes als Generalmajor mit echt hohenzollernschem Kriegseifer waltete, erstürmten das feste Schlofs Wasselnheim, Oberstleutnant Henniges, von geringem Ursprunge, wie Derfflinger, that durch glückliche Streifzüge den Franzosen vielen Abbruch. Aber etwas Entscheidendes gab es nicht. Und doch befand sich Turenne in übler Lage. Seine Truppen litten Mangel, die Pferde, ausschliefslich mit Stroh gefüttert, waren matt und kraftlos. Wenn die Verbündeten vordringen, schrieb er selber[2], so müsse er sich bis tief nach Lothringen, zwischen Metz, Toul und Nancy zurückziehen. Allein die Deutschen blieben unthätig, und inzwischen wurde Turenne durch vierzig Schwadronen unter Marschall Créqui verstärkt. Er nahm eine feste Stellung bei Hagenau ein. Bournonville war weder zu einer Umgehung des Feindes noch zum Angriff auf ihn zu bewegen. Unthätig stand das verbündete Heer, von Proviantmangel bedrückt, am Kochersberg. „Da stehet der Hund,“ rief der zornmütige Kurfürst aus, „in seinem auserlesenen Vorteil, und wir sind hier und müssen krepieren, können ihm auch nichts thun, da wir ihn doch in unserer Gewalt gehabt und vertilgt hätten, wo nicht der Bournonville, der Schurke, es verhindert hätte.“[3] Krankheiten brachen unter den hungernden Truppen aus. Man mufste sich Ende Oktober in die alte Stellung hinter die Breusch zurückziehen.

Der ganze aussichts- und hoffnungsreiche Feldzug war mifsglückt, und zwar durch die Schuld der kaiserlichen Generale. Die Stimmung der Brandenburger war eine höchst gereizte; sie gaben den Verbündeten geradezu Verräterei schuld, be-

[1] Kurf. an Krockow, 9./19. Okt.; U. u. A., XIII, 719 f. — Rocholl, 17.
[2] 30. Okt. 1674; Grimoard, II, 603 ff.
[3] Bericht des Strafsburg. Gesandten im Hauptquartier, als Ohrenzeuge.

haupteten, dafs Bournonville jede beabsichtigte Aktion vorher dem feindlichen Oberbefehlshaber anzeige[1]. Von wachsenden Entbehrungen heimgesucht, zerstreuten sich die kaiserlichen Truppen über das Land, plünderten und stahlen; die Stimmung im Elsafs, bisher gut deutsch und kaiserlich, wandte sich von diesen Verbündeten ab, die nicht zu fechten, nur zu rauben verstanden. Die Strafsburger meinten, die Kaiserlichen hätten es lediglich darauf abgesehen, die evangelischen Stände zu ruinieren; man solle ihnen nicht trauen und ausschliefslich die Brandenburger, sowie die übrigen, die es treu meinten, unterstützen.

Und da mufste der Kurfürst hören, dafs der Kaiser ihm sogar der Form nach den Oberbefehl nicht zugestand, sondern kein anderes Vorrecht lassen wollte, als die Parole auszugeben. Er wandte sich mit zürnenden Klagen nach Wien, indem er auf die Erlebnisse der letztverflossenen Wochen hinwies: „Der Eventus hat es jüngsthin gegeben, dafs, da man alles per majora schliefsen solle, Mons. de Turenne darüber echappieret.“ Was half es, dafs der kaiserliche Hofkriegsrat ostentativ Bournonville tadelte und ihm die Lieferung einer Schlacht anbefahl — dazu war es nunmehr zu spät. Der Kurfürst beschwerte sich bei Leopold I. selbst über das Benehmen der kaiserlichen Generalität, über das Sengen und Brennen ihrer Soldaten, bis in das neutrale Gebiet der Schweiz hinein, dem kein Widerspruch von seiner Seite abhelfen könne, über das mutwillige zu Grunde richten eines schönen Heeres von 50000 Mann. Er forderte, dafs man, um so verderblichem Treiben Einhalt zu thun, strenge Strafen verhänge und dabei „von den Höchsten den Anfang mache“[2].

Friedrich Wilhelm befand sich in der schlimmsten Lage. Sein persönliches Ansehen und die Geltung seines Heeres hatten abermals, ohne sein Verschulden, durch seine Verbündeten schwere Einbufse erlitten; die öffentliche Meinung Europas, die nicht anders wufste, als dafs er das deutsche Heer im Elsafs befehligte, zog ihn für den Mifserfolg zur Rechenschaft. Die feindliche Armee erhielt täglich Verstärkungen, die einem Angriffe auf sie vollends jede Aussicht auf Gelingen raubte. Des

[1] Buch, S. 42. 44.

[2] Über diese Korrespondenz sehe man die Dokumente in U. u. A., XIII, 700. 726. 734. 746.

Kurfürsten ältester Sohn und Erbe wurde von einer im Feldlager wütenden schweren Krankheit ergriffen, die bald einen tödlichen Ausgang nahm (6. Dez. 1674). Friedrich Wilhelm neigte in seiner Aufregung, seinem Ingrimm und seinem Schmerze dem damals so leicht gefafsten Verdachte zu, sein vielversprechender Sohn sei das Opfer eines politischen Giftmordes geworden. Und dabei die gefährdete Zukunft des eigenen Staates! Die Schweden standen auf dem Punkte, in die Kurmark einzufallen, die er, um Kaiser und Reich zu verteidigen, von kriegerischen Mitteln fast ganz entblöfst hatte. Als Mensch, General und Fürst hatte er das Schwerste zu erleiden.

Er war bekümmert, schmerzlich gereizt, aber er verlor den Mut nicht. Den feigen Rat kaiserlicher Kriegskünstler, eiligst über den Rhein zurückzugehen und in Schwaben und Franken Winterquartiere zu nehmen, verwarf er durchaus, weil „solches zu grofser Disreputation der alliierten Waffen gereichen", die Offensive für das kommende Jahr erschweren und den Reichsständen die Last der Verpflegung auferlegen würde. Vielmehr gedachte er, sofort Angriffsoperationen zu beginnen, die noch im Winter fortgesetzt werden sollten, den Herzog von Lothringen zur Wiedergewinnung seines Landes, den Herzog von Holstein nach der Freigrafschaft abzusenden. Allein das Anrücken starker französischer Truppenteile nach Lothringen machte die Ausführung dieser Entwürfe unmöglich. Vielmehr zog sich das deutsche Heer nach dem reichen Oberelsafs zurück; das Hauptquartier des Kurfürsten kam nach Kolmar (Mitte November). Die französische Festung Breisach wurde blockiert. Um sich für den kommenden Feldzug eine sichere Operationsbasis zu schaffen, begannen die Verbündeten die vor kurzem von den Franzosen geschleiften Befestigungen der oberelsässischen Städte wieder zu erbauen.

Turenne, inzwischen auf 35000 Mann trefflicher Truppen verstärkt, beschlofs, durch einen energischen Winterfeldzug Breisach zu retten, die Festsetzung der Deutschen im Oberelsafs zu hindern, sie auf das rechte Rheinufer zu treiben und so den französischen Boden vom Feinde zu säubern. Mitte Dezember marschierte er am westlichen Abhange der Vogesen, also durch das Gebirge verborgen und geschützt, nach Süden, um durch die Lücke von Belfort die Gegner vom Rücken her zu überfallen. Ein grofsartiger strategischer Gedanke, eine be-

wundernswerte Thatkraft, die zu dem kläglichen Verhalten der kaiserlichen Generale in glänzendem Gegensatze stehen!

Die Verbündeten wurden zwar insofern noch rechtzeitig von dem Anmarsche Turennes unterrichtet, als sie nicht geradezu überfallen wurden, allein nicht früh genug, als dafs nicht mehrere ihrer Korps — Kaiserliche und Münsterer — von dem Gegner bei Mülhausen in der Vereinzelung angetroffen und mit empfindlichen Verlusten zurückgeworfen wären. Der moralische Halt des Heeres, schon durch die vorhergehenden durchweg ungünstigen Ereignisse schwer geschädigt, lockerte sich vollends. Eilig zogen sich die Verbündeten um Kolmar zusammen. Dabei ward das brandenburgische Dragonerregiment Bomsdorff, das in dem ummauerten Städtchen Rufach den Rückzug deckte. von den Feinden eingeschlossen und gefangen genommen. Ein weiterer sofortiger Rückzug mufste dem alliierten Heere die Auflösung bringen, und so beschlofs man, bei Kolmar die Schlacht zu wagen. „Es wäre besser," sagte Derfflinger, „man schlüge, als dafs man sich durch Mangel der Lebensmittel ruiniere;" und Friedrich Wilhelm rifs diesmal auch den widerstrebenden Bournonville mit sich fort. Die Stimmung war freilich eher eine pessimistische, als zuversichtliche. Der Kurfürst selber, über den Tod seines ältesten Sohnes tief betrübt, von Gichtschmerzen arg gequält, äufserte: man solle lieber ehrlich in der Schlacht sterben als durch Hunger und Kummer verderben. Der stete Zwiespalt unter den verbündeten Generalen rechtfertigte solche ärgerlichen Empfindungen nur allzusehr.

Friedrich Wilhelm wollte eine Stellung einnehmen, die den Übergang zum Angriff ermöglichte und bezweckte: von den sumpfigen Wiesen der Lauch, die die linke Flanke unangreifbar machten, nordwestlich über das ganze Egisheimer Feld hinweg bis nach Türkheim, wo der Fechtfluſs und die Vogesen sichere Anlehnung boten. Diese Stellung hätte Turenne nicht gestattet, seine gesamte Macht zu entfalten, da sich vor der Front der Verbündeten die Ebene eng zusammenzog. Seine Angriffe mufsten also scheitern, und dann konnten die Deutschen ihrerseits zu verheifsungsvoller Offensive übergehen. Aber Bournonville wollte abermals nur von ängstlicher Verteidigung reden hören. Durch hartnäckige Weigerung, seine Truppen zu der von dem Kurfürsten beabsichtigten Position herzugeben,

zwang er ihn, eine rein defensive Stellung hinter dem sumpfigen Logelbach einzunehmen, mit der linken Flanke an Kolmar, mit der rechten an Türkheim sich anlehnend. Von hier aus konnte man in keinem Falle vordringen, da die Sümpfe vor der Front jede Operation lähmten. Gerade deshalb war die Stellung für die reine Verteidigung sehr geeignet, wenn sie in den Flanken gesichert war. Allein Bournonville, der mit den kaiserlichen und Reichstruppen den rechten Flügel des deutschen Heeres bildete, besetzte seinen Stützpunkt, Türkheim, ganz unzureichend.

Turenne erkannte bei seinem Anmarsche diesen Fehler sofort mit genialem Scharfblicke und benutzte ihn mit Einsicht und Thatkraft (5. Jan. 1675). Indem er mit dem Corps de Lorge gegen den Logelbach demonstrierte, wo es die hinter dem sumpfigen Wasserlauf unbeweglich stehenden Deutschen zu beschäftigen hatte, warf er sich, durch das Gebirge marschierend, mit seinen übrigen Truppen auf Türkheim und nahm das befestigte Städtchen ohne Schwertstreich ein. Damit drohte dem deutschen Heere das Schicksal, von der rechten Flanke her aufgerollt zu werden. Der Kurfürst führte sofort einen Teil seiner Brandenburger und Münsterer den Kaiserlichen zur Hilfe, gegen die Fecht vor, um die Franzosen wieder aus Türkheim zu werfen. Seine Bewegung rettete das Heer vom Untergange. Mitten unter den Seinen hielt der schon betagte Herr, in Wams und Hut, ohne Helm und Küraſs, wie seine braven Musketiere. Brandenburger, Münsterer und Lüneburger rangen an den Ufern der Fecht mit den Franzosen in erbittertem und unentschiedenem Kampfe, bis diesem das Dunkel der Nacht ein Ende bereitete und das Eingreifen herankommender weiterer brandenburgischer Regimenter verhinderte.

Die Deutschen waren nicht gerade besiegt, aber indem sie Türkheim dem Feinde hatten überlassen müssen, war ihre Stellung unhaltbar geworden, wenn sie nicht am folgenden Tage einen neuen Angriff wagten. Allein dazu konnten sie sich bei der tief gesunkenen Moral eines Teiles ihrer Truppen nicht entschlieſsen. So muſsten sie fürchten, daſs der feindliche Feldherr ihnen von Türkheim und den Vogesen aus den Weg nach der Straſsburger Rheinbrücke, ihre einzig mögliche Rückzugstraſse, abschneiden werde. Sich in der ausgesogenen Kolmarer Gegend auf unbestimmte Zeit erhalten, war un-

möglich. Friedrich Wilhelm im besondern wurde auch durch die Nachricht von dem Einbruche der Schweden in die Kurmark, durch die Hilferufe, die ihm von dort kamen, bestimmt, sein Heer, den einzigen Pfeiler seiner und seines Staates Macht, nicht in so weiter Ferne und unter unzuverlässigen Genossen auf das Spiel zu setzen. Er und Bournonville kamen noch in der Nacht vom 5. zum 6. Januar überein, bei Tagesanbruch gemeinschaftlich nach Strafsburg aufzubrechen. Aber während er die Nachtstunden bei einem kleinen Wachtfeuer zubrachte, that ihm, um 1½ Uhr, sein treuer Freund und Verbündeter, Herzog Georg Wilhelm von Celle[1], kund, dafs Bournonville mit allen Österreichern schon vor vier Stunden heimlich abgezogen sei, um nur schleunigst die rettende Brücke zu erreichen, und so seine Verbündeten der feindlichen Übermacht preisgegeben habe. Eine Feigheit, die wahrlich an Verrat streift! Selbstverständlich mufsten nunmehr auch die Brandenburger schleunigst aufbrechen. Der ganze Rückzug der Deutschen nahm den Charakter einer regellosen Flucht an. Vom 11. bis 13. Januar gingen die deutschen Truppen, in kläglicher Auflösung, über die Strafsburger Brücke zurück. Die Brandenburger nahmen Winterquartiere in Franken, in der Gegend von Schweinfurt.

Sie zählten immerhin noch an 15000 Mann, so dafs sie den bei weitem zahlreichsten und am festesten gefügten Bestandteil des deutschen Heeres ausmachten. Der Kurfürst dankte diese Bewahrung seiner Truppen — recht im Gegensatze zu der Auflösung, die zwei Jahre früher unter den brandenburgischen Regimentern um sich gegriffen hatte — vor allem seinem wackern Feldmarschall Derfflinger, dem er als Anerkennung zehntausend Thaler schenkte, und von dem er voll Erkenntlichkeit und Hochschätzung sagte: „Ich würde unglücklich sein, wenn ich ihn verlöre: ich wüfste nicht, wo ich einen andern bekommen sollte, der das Werk recht aus dem Grunde verstände.“

Der Feldzug aber war verloren, und mit ihm das Elsafs. Man darf sagen, dafs das Schicksal dieses Landes erst durch die unglücklichen Ereignisse von 1674 entschieden worden ist. Die Elsässer gaben nunmehr die Hoffnung auf, jemals wieder Deutsche zu werden. Von Turenne auf das schonendste be-

[1] H. Rocholl, Die Braunschweig-Lüneburger im Feldzuge 1674—75; Zeitschr. des Hist. Ver. f. Niedersachsen, 1895, S. 142.

handelt, zogen sie das mächtige, grofse und glänzende Frankreich jenem kläglichen Deutschen Reiche vor, dessen Krieger sie nur zu plündern, aber nicht zu schützen verstanden. Ohne grofse taktische Siege davongetragen zu haben, hatte Frankreich einen herrlichen und fruchtbringenden strategischen und politischen Vorteil errungen. Ludwig XIV. liefs eine Denkmünze prägen, mit der stolzen, aber nicht wahrheitswidrigen Inschrift: „Sechzigtausend Deutsche über den Rhein getrieben."

Die Verantwortung für den mifslungenen Feldzug fiel auf Seite der Verbündeten zunächst dessen scheinbarem, obschon nicht thatsächlichem Leiter, dem Kurfürsten von Brandenburg, zur Last. Es ward ihm dabei verhängnisvoll, dafs man sich seiner traurigen Kampagne von 1672 auf 1673 erinnerte. Die Kaiserlichen waren abermals am Werke, ihm die Schuld an dem Geschehenen aufzubürden, ja sie klagten ihn an, ihre Truppen absichtlich geopfert zu haben. Die jämmerliche Zerrüttung ihrer Infanterie, die nur noch etwa tausend Dienstthuende zählte[1], war freilich durch ganz andere Ursachen veranlafst, ward aber für jene Bezichtigung als Beweis angeführt. Aus dem Elsafs, aus dem Reiche, aus Holland erklang der Spott über den Kurfürsten und sein Heer, die nun zum zweitenmal vor den Franzosen, fast ohne Widerstand, entlaufen seien. Tiefe Entmutigung griff bei allen Verbündeten Platz ob der von neuem erwiesenen Unbesiegbarkeit der Franzosen, und deren bisher zögernde Freunde erhoben allerorten das Haupt gegen das europäische Unabhängigkeitsbündnis.

Gerade daraus sollte aber dem brandenburgischen Herrscher die Gelegenheit erwachsen, für die beiden unglücklichen Feldzüge gegen Frankreich ruhmreiche Genugthuung zu erlangen, zu beweisen, dafs nur die verderbliche Ankoppelung an verräterische Genossen die Schuld an seinen bisherigen Mifserfolgen trage. Von jener unheilvollen Verbindung befreit, entfaltete er kriegerische Kühnheit und Geschicklichkeit, und entfaltete sein Heer glänzende soldatische Eigenschaften, die es unter die ruhmreichsten Armeen Europas einreihten. Türkheim wurde mehr als wett gemacht durch Fehrbellin.

[1] Kurf. an Kaiser, 30. Dez. 1674/9. Jan. 1675; U. u. A., XIV, 783.

Zweiunddreifsigstes Kapitel.

Fehrbellin.

Das Jahr 1675 begann für die Verbündeten unter den trübsten Aussichten. Das deutsche Heer war über den Rhein zurückgedrängt und litt schwer darunter, dafs die unpatriotische Selbstsucht der eigenen Landsleute ihm die Quartiere verweigerte. Die Franzosen dagegen hielten Maestricht und Trier besetzt. In den spanischen Niederlanden machten sie unaufhörliche Fortschritte. In Sicilien brach ein Aufstand gegen die spanische Mifsregierung aus, und die Messinesen riefen Frankreich zu Hilfe, das sich beeilte, ihnen eine Flotte mit zahlreichen Kriegsvorräten zuzusenden.

Ludwigs XIV. Waffen hatten alle Anschläge der Koalition vereitelt. Aber noch entscheidender wurden die Vorteile, die seine gewandte, rücksichtslose, mit Geldmitteln reichlich ausgestattete Diplomatie davontrug. Sie verstand es, den Verbündeten gefährliche Feinde in deren Rücken zu erwecken.

Die kaiserlichen Minister hatten mit Eifer an der Vernichtung der politischen und religiösen Freiheit Ungarns gearbeitet, unter dem Vorwande, durch straffes Regiment dieses Land gegen die Türken zu sichern. Allein die rohe und täppische Anwendung brutaler Gewalt seitens der Stammesfremden rief allerorten den Widerstand des freiheitsliebenden und thatkräftigen magyarischen Adels hervor. Zahlreiche Unzufriedene entflohen nach Siebenbürgen und begannen von hier aus mit der Hilfe von dessen Fürsten Apafy den kleinen Krieg gegen die kaiserlichen Truppen. Sie wurden wesentlich aufgestachelt und ermutigt von Ludwig XIV., der ihnen Geld und Offiziere zur

Organisation ihrer Streitkräfte verhiefs und auch sandte. Infolgedessen nahm seit dem Jahre 1674 der Kampf eine ernste Gestalt an, zumal ein hochbegabter Führer an die Spitze der Unzufriedenen trat: Emmerich Tököly, ein zwanzigjähriger Edelmann voll Geist, Kenntnisse und bezaubernder Liebenswürdigkeit. Gleichzeitig erhielten die Insurgenten durch den französischen Einfluſs auch von Polen her Unterstützung.

König Johann Sobieski, ein Spielball in der Hand des allmächtigen französischen Gesandten Bethune, mufste sich zur Bekämpfung des Kurfürsten von Brandenburg, sowie der Österreicher in Ungarn verpflichten. Von den Türken bedroht, konnte zwar die polnische Regierung nicht sofort offen Partei ergreifen, aber sie liefs zu, dafs zahlreiche Reiterscharen ihres Adels die Reihen der aufständischen Magyaren verstärkten. Ebenso bewog Bethune durch wiederholte geheime Sendungen nach Siebenbürgen dessen Stände, zur Bekämpfung des Kaisers ein Bündnis mit Frankreich und den ungarischen Empörern zu schliefsen. Die letzteren gewannen dadurch immer mehr Boden und zwangen den Kaiser, einen bedeutenden Teil seiner Streitkräfte vom Rhein an die Karpathen zu entsenden.

Während also durch den sicilischen Aufstand und durch den von Frankreich gewonnenen Herzog von Savoyen die Spanier, durch den Aufstand Ungarns und die Feindschaft Polens der Kaiser beschäftigt waren, gelang es der französischen Diplomatie gleichfalls, den Kurfürsten von Brandenburg unschädlich für ihren Herrn zu machen.

Die schwedische Regierung hatte lange Zeit hindurch dem Drängen Frankreichs, in Gemäfsheit des Subsidienvertrages den Kurfürsten von Brandenburg wegen seines gegen den Allerchristlichsten König verübten Friedensbruches zu züchtigen, zähen Widerstand entgegengesetzt. Zumal der Reichskanzler de la Gardie wünschte lebhaft, die Subsidien Frankreichs lediglich zur Linderung der grofsen finanziellen Not des eigenen Staates zu benützen[1]. Indes Schwedens absolute Abhängigkeit von den französischen Hilfsgeldern legte schliefslich die Entscheidung, wann und in welchem Umfange jenes Reich in den

[1] Vgl. Ausführungen Arnheims in den „Sitzungsberichten der histor. Gesellsch. zu Berlin", II.

Kampf gegen Brandenburg gezogen werden solle, lediglich in die Hand Ludwigs XIV.

Friedrich Wilhelm hatte die von dieser Seite her drohende Gefahr nicht verkannt. Er hatte deshalb schon im April 1674 den bewährten Christoph von Brandt nach Schweden entsandt. Allein dieser Diplomat war unglücklicherweise schwer erkrankt, so dafs Brandenburg gerade während der entscheidenden Frühlingsmonate des Jahres 1674 in Stockholm unvertreten blieb. Erst im Juli traf Brandt, wieder genesen, in der schwedischen Hauptstadt ein. Er hatte die Verbindung des Kurfürsten mit dem Kaiser durch Brandenburgs Verpflichtungen gegen das Reich und durch den Hinweis zu entschuldigen, dafs diese dem mit Frankreich geschlossenen Frieden keineswegs zuwiderliefen — eine Behauptung, die mit der Wahrheit nicht ganz übereinstimmte, da das brandenburgische Heer in viel stärkerer Anzahl gegen die Franzosen kämpfte, als das Reichskontingent des Kurfürstentums solches erforderte. Wenn Brandt noch darauf hinzuweisen hatte, dafs das jüngste Verteidigungsbündnis zwischen Schweden und Brandenburg jedem der beiden Staaten erlaubte, in dem gegenwärtigen Kriege beliebig Partei zu ergreifen, ohne dafs solches der beiderseitigen Freundschaft Abbruch thun solle: so war dies freilich durchaus richtig. Aber abgesehen davon, dafs Schwedens Verpflichtungen gegen Frankreich ältere waren, als die gegenüber Brandenburg, so war auch die schwedische Regierung nur durch die französischen Subsidien vor dem Bankerotte oder der Notwendigkeit völliger Entwaffnung zu bewahren. Brandt fand demnach die öffentliche Meinung in Schweden dem Kurfürsten feindlich und ganz offen französisch. Der junge König Karl XI. entschuldigte das Verfahren Ludwigs XIV. und betonte, obschon in höflichen Ausdrücken, sein lebhaftes Bedauern, dafs Brandenburg Partei ergriffen habe, anstatt in Gemeinschaft mit ihm die Herstellung des Friedens zu betreiben[1]. Das Entscheidende war, dafs Frankreich seit dem Juni 1674 seinen Beutel verschlossen hielt, um zunächst den Machthabern in Stockholm seine Bedingungen vorschreiben zu können. Die Schweden befanden sich ebenso wie die deutschen Fürsten in der Unmöglichkeit, ihr Heer ohne fremde Hilfsgelder zu unterhalten, und für solche konnten

[1] Pufendorf, XII, 42—44.

damals nur französische in Betracht kommen. Die Berechnungen der französischen Regierung erfüllten sich also in vollem Mafse. Am 19. September 1674 erteilten dem Gesandten Feuquières die schwedischen Kommissare die Versicherung, dafs das schwedische Heer in Vorpommern und dem Herzogtume Bremen-Verden, das auf 22000 Mann gebracht werden solle, Befehl erhalten habe, binnen sechs Wochen in das brandenburgische und das lüneburgische Gebiet einzurücken und die betreffenden Fürsten mit Feindseligkeiten zu überziehen. Eine entsprechende Anordnung erging thatsächlich am 30. September an den Reichsfeldherrn Karl Gustav von Wrangel. Dafür erhielten die Schweden sofort 100000 Thaler, sowie das Versprechen einer gleichen Summe nach dem Einrücken ihrer Truppen in Brandenburg[1].

Friedrich Wilhelm hatte sich bemüht, mit König Karl XI. und dem Reichsfeldherrn in freundlichen Beziehungen zu bleiben; Karl Gustav Wrangel hatte ja an seiner Seite in der Siegesschlacht bei Warschau gekämpft und war überhaupt ein ebenso rechtlicher und hochherziger wie tüchtiger Soldat. Der Kurfürst hatte gehofft, die Schweden würden schliefslich sich nach wie vor damit begnügen, die französischen Hilfsgelder und Pensionen einzustreichen, sonst aber sich ruhig verhalten. Er hatte ohne die Entschlossenheit und das Geschick der französischen Diplomatie gerechnet. Von Brandt, sowie von seinem Statthalter in den Marken, dem Fürsten Anhalt, über die Ereignisse von Stockholm und über die Truppenbewegungen in den norddeutschen Provinzen Schwedens genau unterrichtet, begann er allmählich den wahren Sachverhalt zu ahnen[2]. Er glaubte dennoch der Eventualität mit Ruhe entgegensehen zu dürfen, da der Kaiser, die Generalstaaten, Dänemark durch die Verträge wie durch ihr eigenstes Interesse zu seinem Schutze, zu Lande wie zu Wasser, verpflichtet waren[3]. Er traf einige vorbereitende Mafsregeln zur Landesverteidigung in der Kurmark. Auf diplomatischem Gebiete beauftragte er zunächst Krockow, dem Kaiser von der drohenden Haltung der Schweden Mitteilung zu machen, die Aufstellung eines österreichischen Truppenkorps in Schlesien, sowie die Absendung

[1] Carlson, IV, 594 f. — Arnheim, a. a. O.

[2] Orlich, II, 194 f.; III, 218 ff.

[3] Über das Folgende sehe man: U. u. A., III, 452 f.; XIII, 629 f. 691. 697. 713. 725. 727. 732. 738; XIV, 793 ff.; sowie Orlich, II, 147; III, 220 ff.

einiger Tausende, zumal obersächsischer, Kreissoldaten in die Kurmark zu fordern. Die Mitteilung, dafs Schweden seine Kräfte auf dem Boden des Reiches bis auf 18000 Mann verstärkt habe und noch fortdauernd vermehre, hatte die Erneuerung dieses Anliegens zur Folge. Allein der Wiener Hof zeigte in dieser Sache eine überraschende Gleichgültigkeit. Schwarzenberg, der dort nach dem endgültigen Sturze des Fürsten Lobkowitz die leitende Gewalt erhalten hatte, meinte, man müsse alle Kraft gegen Frankreich als den Hauptfeind vereinen, die Schweden durch Verhandlungen und kleine Zugeständnisse hinhalten. Er begnügte sich, die Besatzungen in Schlesien um einige hundert Mann zu verstärken. Sonst gab man dem Kurfürsten gute Worte und versprach, sein Ansuchen um Beistand bei dem Regensburger Reichstage zu unterstützen.

Tapferer zeigten sich die Generalstaaten, allerdings zunächst nur in Worten. Sie kündigten dem schwedischen Gesandten im Haag, Ehrensteen, an, dafs sie dem Kurfürsten, wenn dieser angegriffen werden sollte, nach den geltenden Verträgen zu Lande und zu Wasser Beistand leisten würden.

Als sie aber keinerlei Anstalten trafen, ihren Drohungen thatsächlichen Nachdruck zu geben, fafste, von Feuquières unablässig angestachelt, die Kriegspartei in Stockholm neuen Mut — um so mehr, als auch Dänemark durchaus keine Lust zeigte, dem Brandenburger den vertragsmäfsigen Beistand zu leisten. Da Holland und Spanien sich in Zahlung der Subsidien in Kopenhagen äufserst säumig zeigten, da andrerseits Frankreich mit grofsen Versprechungen lockte, da endlich Karl XI. sich um die Hand einer dänischen Prinzessin bewarb: begnügte die dänische Regierung sich damit, in Holstein einen Heeresteil aufzustellen, über dessen Verwendung jedoch nichts Bestimmtes verlautete.

Während also von seiten der Verbündeten des Kurfürsten nichts zu dessen Schutze geschah, während er in grofsartiger politischer Aufopferung, die zu dem engherzigen und kleinlichen Benehmen seiner Alliierten in glänzendem Gegensatze steht, seine eigenen Truppen unentwegt am Rhein beliefs gegen den gemeinsamen Feind, drohte ihm, wie von Nordosten so von Nordwesten her ein neuer Gegner. Der katholische Welfe, Herzog Johann Friedrich von Hannover, längst ein Parteigänger Frankreichs, richtete an den Kurfürsten ein drohendes Schreiben,

das diesen zum Frieden ermahnte, ihm sonst Feindschaft ankündigte (Anfang Dezember 1674). Zugleich erklärte sich der Herzog den Franzosen gegenüber bereit, loszuschlagen, sobald Schweden den Anfang dazu gemacht habe [1].

Bei so drohender Lage war der militärische Zustand der Kurmark ein sehr unbefriedigender [2].

Die dortigen Festungen hatten starke Abgaben an die Feldtruppen zu machen gehabt und besafsen nur wenige, dabei zumeist nicht recht diensttüchtige Verteidiger. Die Werbungen zur Ergänzung der Truppenteile waren, wegen Mangels junger Mannschaft, nur mühselig vorangegangen. Im ganzen standen in der Kurmark 1500 Fufsgänger und etwa 350 Reiter — das war schlechthin alles, was an regelmäfsigen Truppen dort dem drohenden schwedischen Einbruch entgegengesetzt werden konnte.

Friedrich Wilhelm war selbstverständlich mit Eifer auf die Vermehrung dieser geringen Streitmacht bedacht. Er liefs die Werbungen beschleunigen, die während der ersten Monate des Jahres 1675 an tausend Mann ergaben. Aufserdem wurden vom Niederrhein her und aus dem Magdeburgischen 800 Fufsgänger, 523 Reiter, 400 Dragoner in die Mark gesandt, so dafs dort die regelmäfsigen Truppen auf 3300 Infanteristen, 870 Reiter, 400 Dragoner, im ganzen etwa 4600 Mann sich beliefen. Der Kurfürst, vertrauend auf den treuen und patriotischen Sinn der Bevölkerung, wandte sich auch sofort an diese, um ihre Mitwirkung bei der Landesverteidigung zu fordern. Er rief die Städter zu den Waffen, und mit rühmlichem Eifer erhoben sie sich für den Herrscher und das Vaterland. Besonders thaten sich durch kriegerische Gesinnung die Bewohner der Residenz Berlin-Kölln-Friedrichswerder hervor. Sechshundert Handwerksgesellen, die wegen Arbeitsmangels hatten auswandern wollen, erklärten sich gegen Zusage gesicherten Unterhaltes bereit, „zu bleiben und für Kurfürstliche Durchlaucht mit den Bürgern leben und sterben zu wollen". Nicht weniger als 2100 Mann stellten sich in der kleinen Hauptstadt zu den

[1] Prutz, Analekten zur Gesch. des Grofs. Kurf.; Forsch. z. brandenb. u. preufs. Gesch., XII (1899) 174 f.

[2] Gust. Lehmann, Die brandenburg. Kriegsmacht unter dem Grofsen Kurfürsten; ebendas. Bd. I (1888), S. 157 ff. — Curt Jany, Lehndienst und Landfolge unter d. Grofs. Kurf., Kap. 8 (ebendas. Bd. X [1897], S. 1 ff.)

Waffen. Ähnlich zeigte sich der vaterländische Eifer in Küstrin, Spandau, Frankfurt an der Oder. Durch das Eintreten der Bürger waren die schwachen Besatzungen der Städte für die Zwecke der weiteren Landesverteidigung, zumal für die Sicherung der Pässe und für die Beunruhigung des feindlichen Heeres frei gemacht. Sie wurden hierbei durch die Schützen (Jäger) und Haidereuter (Gendarmen) unterstützt, deren Mobilisierung der Kurfürst gleichfalls schon Anfang November 1674 anbefohlen hatte.

In auffallendem Gegensatze zu dem opferfreudigen und hingebenden Patriotismus der Städter stand das eigensüchtige und kleinliche Benehmen des kurmärkischen Adels. Er verweigerte unter allerlei Vorwänden das Lehnsaufgebot, sowie das Einlegen bewaffneter Bauern in die Städte mit Hartnäckigkeit, ja unter Protest, so vielfach ihm auch der Statthalter vorstellte: „es sei nicht Zeit, Querelen anzuwenden, sondern man müsse Hand anschlagen.“ Schliefslich machte der Kurfürst diesem unwürdigen Treiben des kurmärkischen Adels, der dem Staate gegenüber lediglich Rechte, aber keine Pflichten für sich kannte, ein Ende, indem er durch landesherrliche Verfügung vom 9. Dezember 1674 in Stadt und Land, ohne irgend einen Unterschied, den sechsten Mann aufbot. Auf den adeligen Lehnsdienst verzichtete er; es ging auch ohne die edlen Herren. Die „Defensioner“, die „Landvölker“ stellten sich mit grofsem Eifer, übten sich unter erfahrenen Offizieren und erhielten bald wahren militärischen Wert. Man bildete ein „Landregiment“, das am 31. Januar 1675 bereits 1291 Mann zählte, von denen die eine Hälfte aus den Städten, die andere Hälfte aus den Landkreisen der Kurmark stammten. In der Altmark aber im besondern erhob sich die gesamte Landbevölkerung. Dieser „Ausschufs“ wurde in Kompanien geteilt und mit Fahnen versehen, die den roten brandenburgischen Adler zeigten, mit grünem Kranze und der Umschrift:

„Wir sind Bauern von geringem Gut
Und dienen unserm gnädigsten Kurfürsten und Herrn
mit unserm Blut.“

Die Altmärker waren so zahlreich und kriegslustig, dafs man hoffen durfte, mit ihnen den Schweden selbst in offenem Felde Widerstand zu leisten. In den übrigen Teilen der Kurmark sollten freilich die Milizen nur zur Verteidigung der Festungen

dienen. Die Befehlshaber wurden angewiesen, nicht zu dulden, dafs sich auf Kanonenschufsweite schwedische Truppen ihnen näherten, sondern auf solche sofort Feuer zu geben[1].

Die schwedische Regierung hatte trotz aller an Frankreich gethanen Verheifsungen noch lange gezögert und immer wieder Vorwände hervorgesucht, um den Bruch mit Brandenburg und zumal mit dem Deutschen Reiche zu vermeiden. Bald wollte sie nur den Kaiser bekämpfen, um seinen bedrängten protestantischen Unterthanen in Ungarn und Schlesien beizustehen; bald, an Stelle der Kurmark, das nicht zum Reiche gehörende Herzogtum Preufsen angreifen[2]. Sie begnügte sich thatsächlich damit, ihre Truppen um Stettin und Stralsund zusammenzuziehen, von Mecklenburg die Erlaubnis zur Einquartierung während des Winters einzuholen. In den friedlichen Quartieren beging die schwedische Soldateska, besonders die Reiterei, in Roheit und Übermut zahlreiche Ausschreitungen, die für die Kurmark ein schlimmes Schicksal in Aussicht stellten[3]. Der kriegerisch gesinnte Wrangel ertrug mit Unwillen diese steten Verzögerungen: Ruhm und Beute schienen ihm im Brandenburgischen zu winken. Die üble Wendung, die der Feldzug der Verbündeten im Elsafs nahm, erfüllte ihn mit Geringschätzung der militärischen Eigenschaften des Kurfürsten und seines Heeres. Das gab ihm den Mut, durch phantastisch gefärbte Angaben die Erlaubnis zum Einrücken von der Stockholmer Regierung zu erwirken[4]: am 28. Dezember 1674 überschritt er mit 12—13000 Mann[5] und 28 Geschützen die Grenzen der Uckermark.

Freilich wollten auch jetzt die Schweden noch nichts davon wissen, dafs sie Krieg gegen Brandenburg führten. Ihre

[1] 12./22. Febr. 1675; Orlich, III, 230.

[2] Prutz, Analekten, 173. 175.

[3] O. Francke, Die Belagerung Stralsunds durch den Grofsen Kurfürsten (Stralsund 1879), S. 2.

[4] Arnheim, a. a. O.

[5] 50 Kompanien zu Pferde und 60 zu Fufs; König, Zur Gesch. des Kurf. Friedr. Wilh. d. Gr. (Ms. Borussi. fol. 356, Kgl. Bibl., Berlin). — Dem Soll-Etat nach befehligte Wrangel in Deutschland 12825 Infanteristen und 6600 Reiter (Geh. Staatsarchiv, Berlin, Rep. 63 Konv. 30). Aber der Effektivbestand war viel geringer. Die Gesamtstärke des schwedischen Heeres betrug, auf dem Papier! 20200 Reiter und Dragoner, 39650 Infanteristen (ebendas.).

Regierung verkündete überallhin, sie habe ihrem General jede Art von Feindseligkeiten verboten, und sobald der Kurfürst sich von der Koalition trenne, würden ihre Soldaten sein Land sofort verlassen[1]. Dasselbe versicherten sie besonders den deutschen Reichsständen. Die brandenburgischen Geheimräte antworteten, indem sie das Vorgehen ihres Kurfürsten gegen Frankreich vom deutsch-nationalen und vom reichsrechtlichen Standpunkte aus verteidigten. Sie bezeichneten die Schweden als rechtsverletzende Friedensbrecher, die nicht, wie sie vorgäben, für den Westfälischen Frieden, sondern für elenden französischen Sold ins Feld zögen, und verlangten die Hilfe des Reiches gegen diese schlimmen Fremden. Die geschickt und würdig gehaltene Abhandlung wurde in neun Drucken weithin verbreitet. War sie mehr für die Fürsten und Staatsmänner bestimmt, so richtete sich an die gesamte öffentliche Meinung Europas die andere brandenburgische Flugschrift, die, aufser in vier deutschen Drucken, auch in lateinischer und in niederländischer Übersetzung erschien: „Deutschlands wahrhaftes Interesse bei den jetzigen Konjunkturen.“ Sie stellte sich ausschliefslich auf den patriotischen Standpunkt, von dem aus sie in schwungvoller Sprache alle Deutschen zum Kampfe gegen die übermütigen und räuberischen Schweden aufrief: „Noch liegen die Würfel auf dem Tische,“ hiefs es da; „siegen die Feinde, so ist Deutschland verloren. Möge der Höchste dem Vaterlande den Schlaf aus den Augen wischen und Einigkeit schaffen, damit alle Potentaten ringsum erzittern.“[2]

Es waren kräftige, echt deutsche Töne, die hier angeschlagen wurden, gründlich verschieden von den heuchlerischen reichspatriotischen Phrasen, mit denen die Anhänger der Fremden ihren Vaterlandsverrat zu bemänteln liebten. Der Kurfürst war keineswegs gewillt, das Verfahren der Schweden so harmlos aufzufassen, wie es ihnen solches darzustellen gefiel. Er begriff vollkommen, dafs, wenn sie und die Franzosen diesmal wiederum den Sieg davontrugen, Deutschland endgültig der Zersplitterung und der Abhängigkeit von fremder Willkür verfiel und mit dem Reiche jedes seiner Glieder, auch Kurbrandenburg.

[1] Pufendorf, XII, 60. 64.

[2] Münzer, Die brandenburgische Publizistik und der Grofse Kurfürst; Märk. Forsch., XVIII (1884), S. 261 ff.

Aber er war guten Mutes, er hoffte auf die Hilfe des Kaisers, der Reichsfürsten, der Dänen und Niederländer. Als er auf dem Marsche im Elsafs das Schreiben Anhalts erhielt, das ihm den Einmarsch der Schweden meldete, sagte er heiteren Antlitzes zu den Offizieren seiner Umgebung: „Die Schweden sind in die Mark eingefallen, auf diese Art könnte ich ganz Pommern bekommen.“ Ein Ausspruch, der sich beinahe bewahrheitet hätte — nur fremde Einmischung und die Treulosigkeit der Verbündeten hat es bei diesem „beinahe“ bewenden lassen! In gleichem Sinne schrieb Friedrich Wilhelm an Anhalt: „Ich beklage von Herzen meine gute Kur Brandenburg und meine lieben Unterthanen, welche darüber zwar leiden, aber ich hoffe, dafs sie dadurch in ruhigern und bessern Zustand ins Künftige sollen gesetzt werden, und dafs Wir Uns nicht mehr solches, unter Reichsständen niemals erhörten barbarischen Überfalls zu befahren haben werden.“ [1]

Das waren tröstliche Aussichten für die Zukunft. Aber was war zunächst zu thun?

Das Natürlichste wäre gewesen, dafs der Kurfürst sofort mit seinem Heere von 15 000 Mann vom Rhein nach der Kurmark aufgebrochen wäre. Ludwig XIV. hatte ja solches auch vorausgesetzt und beabsichtigt, als er die Schweden zu ihrem Vorgehen antrieb. Allein Friedrich Wilhelm beschlofs nach reiflicher Erwägung, dieses Verfahren nicht einzuschlagen. Als die Kunde von dem Einmarsch der Schweden anlangte, befand er sich noch im Elsafs; nur durch seine Hilfe konnte das Reichsheer vor der Vernichtung durch den nunmehr in jeder Beziehung überlegenen Turenne gerettet werden. Wären die Brandenburger damals abgezogen, so war die Zerstreuung der bleibenden deutschen Truppen sicher, der Verlust des gesamten südwestlichen Deutschland wahrscheinlich. Nicht nur in politischer Beziehung wären solche Ereignisse zur Katastrophe für die ganzen Anschauungen und Absichten Friedrich Wilhelms geworden — zum Triumphe Frankreichs —, sondern die weitere Folge wäre zweifellos die völlige Einstellung der niederländischen und spanischen Subsidien gewesen, deren er zur Erhaltung seines Heeres nicht entraten konnte. Kurz, eine neue, schlimmere Auflage des traurigen Friedens von Vossem.

---

[1] Pufendorf, XII, 66. — Orlich, II, 160.

Die folgenden Wochen brachten den Rückzug über den Rhein, die Winterquartiere in Franken. Friedrich Wilhelm hielt es für nötig, seine durch den ungünstigen Feldzug sehr erschöpften Regimenter ausruhen, sich materiell und moralisch wieder stärken zu lassen, ehe er sie gegen einen neuen Feind führe; und er meinte, es sei für seine eigenen Unterthanen vorteilhafter, wenn das in fremdem Gebiete, anstatt in der Heimat, geschehe. Ein Marsch inmitten des Winters über das Gebirge des Thüringer Waldes, bei den damaligen unsagbar schlechten Wegen, hätte den Zusammenbruch seines Heeres zur Folge haben können. Gefahr schien nicht im Verzuge. Denn die Schweden, und zumal ihr Feldherr Wrangel, verkündeten immer von neuem, dafs sie keineswegs gegen den Kurfürsten Krieg zu führen, sondern nur durch Sequestrierung seines Landes ihn zum Verlassen der Koalition zu nötigen beabsichtigten. In Schweden selbst wurden immer mehr Stimmen laut, man solle doch nicht den glaubensverwandten Brandenburger, sondern den Erbfeind, den Kaiser, bekämpfen, dessen protestantischen Unterthanen in Schlesien und Ungarn Hilfe bringen. Auch das schwedische Heer war dieser Meinung. So glaubte der Kurfürst abwarten zu sollen, ob die lästigen Gäste sich nicht von selbst im Frühjahr nach Schlesien begeben würden. Er begnügte sich also damit, den Statthalter der Marken, dem Fürsten von Anhalt, für den Fall eines dennoch erfolgenden gewaltsamen Angriffes von seiten der Schweden die entschlossene Verteidigung der Hauptstadt, sowie der übrigen Festungen anzubefehlen. Halten jene sich ruhig, so solle man keine Feindseligkeiten gegen sie ausüben[1]. Andrerseits durfte freilich der Statthalter nicht mehr wie bisher direkt mit ihnen verhandeln, damit Brandenburgs Bundesgenossen nicht den Verdacht schöpften — den die Schweden thatsächlich nach Möglichkeit hervorzurufen bestrebt waren —, als beabsichtige der Kurfürst sich ihren Forderungen zu unterwerfen und von der Koalition zurückzutreten. Er liefs vielmehr in Wien wie im Haag wissen, dafs er das Verfahren der Schweden für einen förmlichen Bruch ansehe. Brandt wurde von Stockholm abberufen[2].

[1] H. v. Gansauge, Veranlassung u. Gesch. des Krieges in d. Mark Brandenburg i. J. 1675 (Berlin 1834), S. 20.

[2] Pufendorf, XII, 61; XIII, 3. 4. — Orlich, II, 149; III, 233.

Damit hing zusammen, dafs der Kurfürst den Prinzen von Oranien und die Generalstaaten aufforderte, ihm sogleich zu Hilfe zu kommen, und vor allem Dänemark, dessen Truppen allein bereit seien, gegen Schweden einzuschreiten, durch Hilfsgelder in den Stand zu setzen, dafs es den Krieg gegen den Friedensbrecher eröffne[1]. Wilhelm von Oranien war auch besten Willens, allein die Hochmögenden gaben nichts als gute Worte und unterhandelten sogar mit dem schwedischen Gesandten Ehrensteen über eine gütliche Beilegung des Streites. Sie beriefen sich darauf, dafs ihr vom Kriege hart mitgenommenes Land die finanzielle Last, die ihm von allen Seiten aufgebürdet werde, nicht mehr tragen könne, zumal die kaiserlichen Generale und Truppen in den Niederlanden wie am Rheine jede gedeihliche Gestaltung des Kampfes unmöglich machten, die Spanier aber nur 8—10000 Mann stellten und ihren Anteil an den Hilfsgeldern einfach nicht bezahlten. Man kann es den Holländern kaum verargen, wenn unter ihnen, nach den traurigen Vorfällen des Jahres 1674 und bei der Unzuverlässigkeit der kaiserlichen Heere, sowie der hilflosen Schwäche Spaniens die Friedenspartei wieder das Haupt erhob und immer zahlreichere Anhänger fand — zumal von der Verlängerung des Krieges für die Vereinigten Provinzen kein unmittelbarer Vorteil mehr zu erhoffen stand. Sie verlangten, dafs, da der Kampf nur noch für das Haus Österreich geführt werde, der Kaiser von den ihm vertragsmäfsig zustehenden niederländischen und spanischen Hilfsgeldern einen Teil zur Besoldung der Dänen überweise. Darüber begann endloses Verhandeln, das zu keinem Ergebnis führte. Die brandenburgischen Gesandten im Haag, die ihren Herrn ganz verlassen sahen, drohten bereits, er werde aus dem Bündnisse ausscheiden, sich mit den Schweden verständigen.

Ohne Subsidien waren die Dänen weder willens noch im stande, zum Schwerte zu greifen. Die sofort nach Kopenhagen geschickten brandenburgischen Gesandten Herzog August von Holstein und Thomas von Knesebeck konnten unter solchen Umständen nichts als unfruchtbare Freundschaftsbeteuerungen

[1] Über diese Verhandlungen mit den Niederlanden: U. u. A., III, 453 ff.; Muller, 102 ff.; Orlich, III, 226; von Witzleben u. Hassel, Fehrbellin (Berlin 1875), S. 30 ff.

erlangen. König Christian V. machte sein thätiges Eingreifen in den Kampf von der Bezahlung der ihm für den Kriegsfall von den Niederländern und Spaniern vertragsmäfsig verheifsenen Hilfsgeldern abhängig; mit Freuden ergriff er den Vorwand, dafs ja der Kurfürst selber die Schweden nicht als Feinde bezeichne, auch diese nichts Kriegerisches unternähmen, sondern nur lediglich in der und auf Kosten der Kurmark ihre Truppen unterhielten, wie dies Brandenburg in Franken thue. Frankreich und Schweden bemühten sich auf das eifrigste, König Christian in seiner Neigung zur Neutralität zu bestärken: ja letzteres suchte ihn in seine Kreise zu ziehen und ihm zugleich jedes Bedenken zu nehmen, indem es ihm ein Bündnis zu gemeinsamem Sequester der Kurmark vorschlug[1].

Die Hoffnungen des Kurfürsten auf die Niederlande und Dänemark stellten sich dergestalt als vergebliche heraus, und auch in betreff des Kaisers mufste er bald jede Illusion aufgeben[2]. Er hatte in wiederholten Schreiben an Leopold I. und an Montecuccoli, sowie durch seinen Gesandten Krockow die Forderung erhoben, dafs der Friedensbruch der Schweden durch Abberufung der deutschen Söldner in deren Diensten seitens des Kaisers, durch Aufstellung eines Reichsheeres gegen diese nordischen Angreifer, sowie durch Entsendung eines kaiserlichen Reitercorps in das Bremische, behufs Mitwirkung mit Dänen und Niederländern, beantwortet werde. Es war alles umsonst. Die Wiener Regierung erkannte wohl den Friedensbruch an, zog aber nur ein schwaches Truppencorps in Schlesien zusammen, das lediglich zum Schutze dieser Provinz, keineswegs zur Verteidigung der Kurmark bestimmt war. Vielmehr ermahnte man den Brandenburger, sein eigenes Heer schleunigst nach der Kurmark abzuführen — um derart für die Bournonvillesche Armee ausgedehntere und ergiebigere Quartiere in Süddeutschland zu erhalten. Der Kaiser fuhr fort, in Übereinstimmung mit seinen leitenden Ministern, das Vorgehen der Schweden für nebensächlich zu halten. Entrüstet über das mutige, ja derbe Auftreten Derfflingers gegen den unfähigen Bournonville, strebte er bei dem Kurfürsten die Entlassung von

[1] Pufendorf, XIII, 23 ff.

[2] U. u. A., XIII, 703 ff. 751 ff.; XIV, 807 ff. 821. — Muller, 105 f. — Pufendorf, XIII, 11—14.

dessen bestem Generale an. Er gab, zur Entschuldigung seines eigenen lauen Verhaltens, vor, Mifstrauen in die Vertragstreue Friedrich Wilhelms zu setzen. Und so schrieb er seinem Gesandten im Haag, Kramprich, dafs er keine Neigung verspüre, sich den Hafs der Schweden allein „auf den Hals zu laden". Er suchte diesen vielmehr klar zu machen, wie friedliebend er sei, und bot sich dem Vertreter Karls XI. in Wien, Benedikt Oxenstiern, zum Vermittler zwischen seinem Könige und dem Kurfürsten an, gleich als ob er nicht mit diesem verbündet und ihm zum Beistande gegen jeden Angriff vertragsmäfsig verpflichtet sei. Ja, selbst die Abberufung der Deutschen im schwedischen Heere — dessen sie ungefähr zwei Dritteile ausmachten — weigerte er sich vorzunehmen. Keine Vorstellungen des niederländischen Gesandten, sowie des Grafen Waldeck, der deshalb eigens nach Wien gereist kam, vermochten den durch die vorjährigen Niederlagen, durch die ungarische Empörung, die drohende Türkengefahr und endlich das Vorgehen der Schweden auf das äufserste erschreckten Leopold I. zu kräftigerm Auftreten zu bewegen. Eine so schwächliche und kleinliche Haltung des Kaisers war den brandenburgischen Interessen um so schädlicher, als sie den Dänen abermals einen erwünschten Vorwand zur Unthätigkeit bot.

Die Schweden nützten diese Sachlage nach Kräften aus. Sie verkündeten überall, sie dächten gar nicht daran, Partei für die Franzosen zu ergreifen. Vielmehr sei ihr König durch den Kurfürsten beleidigt, der, im Widerspruch mit den Verträgen, sich an dem gegenwärtigen Kriege beteiligt habe, ohne Karl XI. vorher davon zu benachrichtigen, und der durch seine gewaltsamen Durchmärsche und Einquartierungen viele mit dem Könige befreundete Reichsstände verletze und schädige. Es sei also nur gleichsam ein privater Streit zwischen Karl XI. und Friedrich Wilhelm. Die deutschen Fürsten nahmen solche Erklärungen, die der erzürnte Brandenburger mit Recht als ein „Affen- oder Kinderspiel" bezeichnete[1], mit Freuden auf, um in ihnen einen Grund zu völliger Unthätigkeit zu finden. Ja, sie klagten den Kurfürsten persönlich an: wie habe er sich so weit von seinen Landen entfernen können, wenn er sich nicht

[1] In seinem Schreiben an den Kaiser v. 16./26. Jan. 1675; U. u. A., XIV, 805.

vorher des friedlichen Verhaltens der Schweden vergewissert habe? Kurbayern trat sogar direkt auf die Seite Schwedens und des mit dem Allerchristlichsten Könige verbündeten Herzogs von Hannover. Und Johann Georg von Sachsen stellte die Dinge so dar, als sei Schweden und sogar Frankreich zum Schutze der Evangelischen ins Feld gezogen, der Brandenburger dagegen bringe diesen nur Schaden. Auch er warf sich zum Vermittler auf — was der mit Recht erzürnte Friedrich Wilhelm weit von sich wies. „Wenn Euer Herr," sagte er dem sächsischen Abgesandten Kospoth, „eine Maulschelle bekommen, würde er also damit vorlieb nehmen und die propositiones von Vergleich sofort anhören?" Allein er konnte nicht verhüten, dafs der ganze obersächsische Kreiskonvent sich auf die Seite der Schweden stellte[1].

Inwischen hausten diese in der Kurmark wie die rechtmäfsigen Herren des Landes. Sie begingen keine direkten Feindseligkeiten, griffen die dortigen von den kurfürstlichen Truppen besetzten Festungen nicht an, dehnten sich aber jenseits der Oder bis an die Havel und Elbe aus. Andrerseits fielen sie auch in Hinterpommern ein, und als das feste Haus Löcknitz ihnen den Durchzug verwehrte, nahmen sie es mit stürmender Hand. Zuerst forderten sie allerorten nur Getreide und Vieh zu ihrem Unterhalte; allein seit dem Februar 1675 zogen sie auch die Steuern ein, belegten die landesherrlichen Gelder und Gefälle mit Beschlag, erbauten Magazine und Befestigungen und errichteten Werbeplätze, um ihr Heer zu verstärken. Sie liefsen schwere Geschütze aus der Heimat kommen und wuchsen auf 17 000 Streiter an. Allmählich gestatteten sie ihren Soldaten Plünderungen, Tortur friedlicher Einwohner, Entweihung der Kirchen. Die Erkrankung des Reichsfeldherrn Karl Gustav Wrangel und die Übernahme des Kommandos durch seinen böswilligen und gehässigen Bruder Waldemar gab das Signal zu den ärgsten Greuelthaten gegen die brandenburgische Bevölkerung. Die aufgebotenen Milizen konnten sich im offenen Lande gegen die feindliche Übermacht nicht halten. Immer schärfer zogen die Schweden die Schraube an, um den Kurfürsten zum Rücktritte von der Allianz mit den Feinden

[1] Berichte Goefs' v. 12., sowie Schreiben des Kurf. an den Kaiser v. 15./25. März 1675; U. u. A., XIV, 821 ff. — Pufendorf, XIII, 16. 17.

Frankreichs zu zwingen. Sobald er das thue, stellten sie ihm vor, werde die schwedische Invasion unverzüglich aufhören.

Eine schwere Entscheidung lag hier Friedrich Wilhelm ob. Dafs er von seinen Bundesgenossen herzlich wenig zu erwarten habe, darüber konnte er keinen Zweifel mehr hegen. Sollte er das Heer der Schweden, die immer noch als die besten Soldaten der Welt galten, mit seinen verringerten und durch den vorhergehenden Feldzug nicht gerade ermutigten Truppen allein bestehen? Wie nun, wenn er besiegt würde? Dann war er vollends sicher, verlassen zu bleiben, verlor Hinterpommern, mufste gewärtigen, dafs sich alle die mifsgünstigen Nachbarn, Polen, Hannoveraner, Münsterer, auf seine übrigen Besitzungen stürzten. Und doch bedurfte es nur eines Wortes aus seinem Munde, um die Feinde zu sofortigem Friedensschlusse zu veranlassen. König Karl II. von England, an den er abermals den jüngern Schwerin abgesandt hatte, ermahnte ihn dringend im gleichen Sinne[1].

Aber dieses Wort war er fest entschlossen nicht auszusprechen. Er wollte sich nicht demütigen vor den anmafsenden Fremden, zumal vor den Schweden, er wollte sich nicht auf den gleichen Fufs stellen lassen mit dem Pfalzgrafen oder einem Bischofe von Münster. Es war seit Antritt der Regierung an sein Bestreben gewesen, seinem Staate eine selbständige Bedeutung zu verschaffen: wich er nunmehr vor den Schweden zurück wie vor zwei Jahren vor den immerhin ungleich mächtigeren Franzosen, so war es um das Ansehen und die Unabhängigkeit Brandenburgs geschehen. Abgesehen davon, dafs dessen Abfall die Niederlage der europäischen Koalition, den Triumph Frankreichs, die Knechtschaft Deutschlands unter das tyrannische Belieben des Allerchristlichsten Königs herbeigeführt hätte. Er entschied sich deshalb dahin, bei dem Beginne der bessern Jahreszeit sein Heer sofort in die Mark zu bringen und die Schweden anzugreifen, auf jede Gefahr hin. „Sie irren sich," schrieb er schon am 15. Februar über seine Gegner an den Fürsten Anhalt, „nachdem sie mich ganz ruiniert haben, bleibt nichts mehr als das Leben in mir, und das will ich lieber ver-

[1] Briefe aus England, 1674—78, von Otto v. Schwerin d. Jüngern (herausgeg. v. L. v. Orlich, Berlin 1837), S. 17. — Ferd. Hirsch, Brandenb. u. England, S. 7 f.

lieren als changieren und mich nicht revanchieren, es mag ablaufen, wie es wolle.“[1] Und ebenso an Schwerin: „Ich will mich revanchieren, bis ich diese Nachbarschaft los werde.“ Voll Entrüstung wies er den Verdacht zurück, der von Wien her gegen ihn ausgesprochen wurde, als verhandle er im geheimen mit den Schweden[2]. Vielmehr gedachte er, wenn nicht Vorpommern, so doch Stettin und die übrigen hinterpommerschen Orte, die er im Rezesse des Jahres 1653 hatte abtreten müssen, zurückzuerobern und damit seinen Kaufleuten die freie Ausfahrt auf der Oder in das Meer zu schaffen. Er hoffte zugleich, als Entschädigung der Kriegskosten, vom Kaiser die Säkularisierung der Domherren- und Johanniterpfründen in den Landen Magdeburg, Halberstadt, Minden und Camin zu erwirken und damit seine Stellung im Innern seiner Staaten wesentlich zu verstärken[3]. Sein grofsartiger Optimismus, wie solcher jedem Menschen hohen Geistesfluges und energischer Thatkraft eigen ist, und sein unerschütterliches Gottvertrauen, das sich in begeisterten Worten äufserte, sahen durch alles Unwetter der Gegenwart bereits die Sonne schöner, patriotischer Erfolge glänzen.

Es blieb nicht bei leeren Phantastereien. Er begann vielmehr einen Krieg zu rüsten, wie Brandenburg ihn noch nicht geführt hatte. Zu Wasser wie zu Lande sollte er vor sich gehen. Friedrich Wilhelm gab schon im Februar Kaperbriefe an holländische und hansische Rheder aus, die thatsächlich eine Anzahl schwedischer Schiffe wegnahmen, die von Frankreich und Portugal nach Schweden segelten. Nicht nur auf schwedische, auch auf französische Fahrzeuge war es abgesehen[4]. Freilich erzwangen die Generalstaaten, die ihren Handel in der Ostsee nicht in Gefahr bringen wollten, die Freigabe der meisten dieser Prisen. In Königsberg wurden zwei Kriegsfahrzeuge ausgerüstet, in den Niederlanden Fregatten und kleinere Schiffe angekauft, mit der Bestimmung, auf Vorpommern und Rügen zu segeln, da festen Fufs zu fassen, Kontributionen zu

[1] Ohrlich, III, 227 f.

[2] U. u. A., XIV, 815. 818 f.

[3] Ranke, Sämtl. Werke, XXV, XXVI, S. 317. — U. u. A., XIV, 853 ff.

[4] Kurf. an Prinz v. Oranien, 7./17. April 1675; Rich. Schück, Brandenburgisch-preufsische Kolonialpolitik, Bd. II (Leipzig 1889), S. 65. Vgl. ebendas. S. 66.

erheben und „Sr. Kurfürstl. Durchl. Dessein auf Wismar oder sonst zu unterstützen“ [1].

Zu allem dem bedurfte er der Hilfe der Generalstaaten; von ihrer Mitwirkung machte er den Umfang und die Richtung seiner Mafsregeln abhängig [2]. Er beschlofs, sich persönlich nach den Niederlanden zu begeben, um das auch dort aufgetauchte Mifstrauen an seiner Beständigkeit zu zerstreuen und auf die Entscheidung der Hochmögenden einzuwirken. Oberpräsident Schwerin, den er schon im Februar nach dem Haag geschickt, hatte ihm in Oraniens Namen diese Fahrt dringend anraten müssen [3]. Am 5. März reiste Friedrich Wilhelm in Begleitung seiner thatkräftigen Gemahlin, die sich damals im sechsten Monate der Schwangerschaft befand, sowie des Feldmarschalls Derfflinger nach Kleve ab. Aber hier wurde er von dem Gichtleiden, das ihn schon oft heimgesucht hatte, so schwer befallen, dafs ihm die Weiterfahrt unmöglich wurde. Oranien und der neue kaiserliche Botschafter im Haag, Marquis von Grana, suchten ihn deshalb in der niederrheinischen Stadt auf. In wiederholten Konferenzen beschlofs man, entsprechend den hohen Absichten des Kurfürsten, den Krieg gegen die Schweden nicht verteidigungsweise zu führen, sondern sie überall in ihren deutschen Landen anzugreifen und aus diesen zu vertreiben [4]. Friedrich Wilhelm sprach es unumwunden aus: nachdem die Schweden so verfahren, wie sie gethan, sei es notwendig, sie, die nie aufhören würden, mit Frankreich gegen Kaiser und Reich zu sein, nicht länger als Mitstände im Reiche zu dulden.

Allein nun erkrankte Wilhelm von Oranien, und ohne seinen Einflufs gingen die Verhandlungen im Haag zwischen

[1] U. u. A., III, 457.

[2] Kurf. an Romswinckel und Blaspeil, 19./29. April 1675; U. u. A., XIII, 804.

[3] Orlich, II, 150 f.

[4] Temple, Mémoires, 103. — Vgl. über diese Verhandlungen U. u. A., XIII, 798 ff. — Wenn der Kurfürst in mehrfachen Aufsätzen, die Oranien vorgelegt zu werden bestimmt waren, seinem Heere eine mehr passive Haltung vorschreibt und die Eroberung von Schwedisch-Pommern als „unmöglich“ bezeichnet (E. Müsebeck, Die Feldzüge des Gr. Kurf. in Pommern 1675—77, Marburger Diss. 1897, S. 8 f.): so sind solche Darlegungen, die mit seinen gesamten Plänen im Widerspruche stehen, nur darauf berechnet gewesen, seine Verbündeten zu eigenen Anstrengungen zu veranlassen.

den Generalstaaten und den Vertretern Brandenburgs, des Kaisers, Dänemarks und Spaniens nur langsam vorwärts. Als der Prinz endlich wieder genesen war, einigte man sich in einer Konferenz, der auch die lüneburgischen Gesandten beiwohnten, zum Beschlusse gemeinsamen Bruches mit Schweden. Thatsächliches war jedoch hiermit nur wenig gewonnen: von seinen Vertretern dringend aufgefordert, entschied der Kurfürst sich, da seine Gesundheit sich gebessert, doch noch zur Reise nach dem Haag. Indem er Derfflinger nach Schweinfurt sandte, um dort das Heer zu baldigem Aufbruche zusammenzuziehen, begab er selber sich nach der niederländischen Hauptstadt, wo er am 3. Mai eintraf. Sein persönlicher Einfluſs brachte in der That entschiedene Maſsregeln zuwege. Eine neue Konferenz, noch an demselben Tage abgehalten, beschloſs, daſs die Generalstaaten eine Flotte von zwanzig Kriegsschiffen aussenden würden, die sich mit mindestens ebenso vielen dänischen Fahrzeugen gegen Schweden vereinigen sollten, daſs man diesem Staate Ende Mai offiziell den Krieg zu erklären habe, und daſs das brandenburgische Heer unverzüglich nach der Mark marschiere[1].

Die Dänen, die noch nicht bereit zu sein behaupteten, brachten es dahin, daſs die allseitige Kriegserklärung gegen Schweden noch bis zum 15. Juni aufgeschoben wurde. Sonst stellte man in wiederholten Konferenzen den Feldzugsplan fest. Dänemark sollte, aufser mit seiner Flotte, für die die Vereinigten Provinzen ihm 600000 Gulden Hilfsgelder zahlen, auch mit seinem Heere von 16000 Mann im Bremischen Schweden bekämpfen, dazu, eintretenden Falles, noch den Herzog von Hannover. Würde es nötig, so hätten die am Rhein kämpfenden Truppen der drei anderen welfischen Fürsten, von Celle, Wolfenbüttel und Osnabrück, die bei Bonn zusammengezogen würden, zu gleichem Zwecke nach dem Bremischen abzurücken. Am 15. Mai wurde das Protokoll im Haag unterzeichnet. Der Kurfürst reiste wenige Tage nachher über Kleve und Hessen nach Schweinfurt zurück, wo er am 2. Juni eintraf.

Die Jahreszeit war für den Marsch der Armee günstig; das Gras war gewachsen, zur Ernährung der Pferde. Die Aktion

---

[1] Hierüber, sowie über das Folgende: Muller, 109; Orlich, II, 154; III, 235; U. u. A., III, 458; XIII, 806 ff.

konnte beginnen. Aber trotz alles Verhandelns durfte einstweilen der Kurfürst sich nur auf die eigene Kraft verlassen.

Der Feldzug gegen Frankreich war unter unerfreulichen Vorgängen eröffnet worden. In den Niederlanden hatten die Franzosen die feste Citadelle von Lüttich besetzt, Dinant, Huy und Limburg erobert und beherrschten mit diesen Orten, sowie mit Maestricht die Maaslinie, die ihnen gestattete, mitten durch die belgischen Provinzen bis nach Holland vorzudringen. Am Oberrhein hatte zum Glück der greise Montecuccoli den Oberbefehl übernommen; allein er bekämpfte Turenne nach Art der damaligen Kriegskunst, die Schlachten möglichst vermied und durch geschickte Märsche und Gegenmärsche, die doch gar nichts entschieden, vielmehr auch die eigenen Truppen aufrieben und demoralisierten, den Gegner möglichst in Nachteil zu setzen suchte. Frankreich stand also mit ungebrochener Macht da. Um so weniger gedachte man im Reiche die Schweden zu reizen. Der sächsische Kurfürst, längst mit dem kleinlichen Neide des Schwächlings auf die grofse Rolle eifersüchtig, die Brandenburg in der Welt spielte, verkaufte für französisches Gold den Schweden seine Neutralität[1]. Man darf sagen, dafs seitdem die Politik Johann Georgs II. hauptsächlich auf Schwächung Brandenburgs und auf Erhaltung des schwedischen Besitzes in Deutschland hinausläuft. Er weigerte sich, seine Truppen nach der Mark zu senden; „der casus foederis sei noch nicht existent.“ Ebensowenig liefs sich, trotz des im Haag auch von seinem Gesandten gebilligten gemeinsamen Feldzugsplanes und ungeachtet der dringenden Vorstellungen des Kurfürsten, der Kaiser dazu bestimmen, seine Truppen in Schlesien, die übrigens erst 5646 Mann zählten[2], dem Brandenburger zu Hilfe zu schicken. Der Bruder des sächsischen Kurfürsten, Herzog August, der Administrator von Magdeburg, versagte nicht minder jede Unterstützung, ja verbot den Ständen des Erzstiftes, eine solche ihrem zukünftigen Landesherrn zu leisten. Er pflog mit den Schweden verdächtige Unterhandlungen[3]. Die Stadt Hamburg duldete einen französischen

[1] Auerbach, La diplomatie française, S. 420. — Flathe, Sachsen, II², 250.

[2] v. Unger, Derfflinger, 359.

[3] Jul. Opel, Die Vereinigung des Herzogt. Magdeburg mit Kurbrandenburg (Halle 1880), S. 19 ff.

und einen schwedischen Residenten in ihren Mauern, gab sich zum Mittelpunkte der feindlichen Umtriebe und zum Zahlplatze für die französischen Bestechungen und Hilfsgelder her[1]. Noch weiter ging Kurfürst Ferdinand Maria von Bayern. Dieser Söldner Frankreichs schlofs am 9. Mai 1675 mit Schweden ein förmliches Bündnis, das zwar ostenstativ sich als ein defensives bezeichnete, in einem Geheimartikel aber die Waffenhilfe Bayerns gegen Brandenburg zusicherte. Der Neuburger, der früher so lebhafte Sympathien für Friedrich Wilhelm kundgegeben, stand nun auf seiten seiner Wittelsbacher Verwandten[2].

So sah es im Reiche aus — nur Gegner, keinen zuverlässigen Freund. Um so bedenklicher war für Brandenburg die Stimmung in Polen. König Johann wünschte dort nichts sehnlicher, als „die Wunde zu schliefsen", die der Verlust des herzoglichen Preufsen seinem Vaterlande geschlagen hatte[3]. Man darf ihm das keineswegs verübeln, dieses Empfinden war damals für einen polnischen Herrscher ganz gerechtfertigt. Er ging also im geheimen am 11. Juni 1675 mit Frankreich zu Jawarow einen Vertrag ein, der ihn verpflichtete, in seinem Reiche die Aushebung und den Durchmarsch von Truppen, die der französischen Sache dienten — also auch Soldaten Schwedens — zu fördern, Gleiches aber den Gegnern des Allerchristlichsten Königs nicht zu gestatten. Dafs diese Bestimmungen hauptsächlich gegen den Brandenburger gerichtet waren, geht daraus hervor, dafs Ludwig XIV. versprach, das Herzogtum Preufsen dem Kurfürsten entreifsen zu helfen und dafür der Krone Polen jährlich 200000 Thaler Subsidien zu zahlen — eine um so gefährlichere Aussicht, als sie dem Angriffe der Schweden gleichzeitig sich eröffnete! Freilich, von dem Vertrage in seiner ganzen Ausdehnung wufste der Kurfürst nichts; allein wohl, dafs Sobieski verheifsen hatte, die Truppen aus dem Herzogtum Preufsen nicht über die Weichsel nach der Kurmark durchzulassen. Es war zweifellos, dafs der neue König völlig im Dienste Frankreichs stand. Nach der ersten Niederlage mufste man darauf gefafst sein, Tausende räuberischer Schlachzizen sich über die Grenzen Preufsens und der Neumark ergiefsen zu sehen.

[1] U. u. A., XIV, 830.
[2] Heigel, Quellen u. Abhandl., 23.
[3] Recueil des Instructions pour les ambass. de France, IV, I, 144.

Freilich hatte Dänemark sich am 19. Mai mit den Beschlüssen der Haager Konferenz einverstanden erklärt; freilich erfolgte seine und Hollands Kriegserklärung an Schweden. Allein von Thaten war einstweilen um so weniger die Rede, als Dänemark mit seinen maritimen Rüstungen noch arg im Rückstande war. England dagegen zeigte durch verschiedene Maßregeln kleinlicher Natur, daß es nicht übel Lust hatte, den Schweden gegen Brandenburg und Holland beizustehen. Karl II. sprach dem jüngern Schwerin ganz offen seine Sympathie für Frankreich aus[1].

Wie die politische, so hatte auch die militärische Lage sich in den letzten Wochen verschlimmert. Die Schweden warfen nunmehr die Maske ab und traten offen als Feinde auf. Ihr Heer ging über die Havel, brannte auch den jungen Ort Oranienburg nieder. Die schwedischen Reiter streiften sengend und plündernd bis wenige Meilen vor Berlin. Obwohl noch immer schwer an der Gicht leidend, bereitete der Reichsfeldherr Graf Karl Gustav Wrangel, durch die Franzosen unablässig dazu gedrängt, von seinem Hauptquartier Brandenburg aus den Übergang über die Elbe vor, um sich auf dem linken Ufer dieses Stromes mit den Hannoveranern zu verbinden. Am 22. Juni nahm er das schwach verteidigte Havelberg am Einflusse der Havel in die Elbe und legte in diesem Städtchen, das seinen weiteren Operationen als Stützpunkt dienen sollte, bedeutende Magazine an. Die ganze Havellinie, mit Ausnahme Spandaus, gehörte den Schweden. Die altmärkischen Landwehren verteidigten einstweilen in der Werbener Schanze noch tapfer das linke Elbufer, Havelberg gegenüber. Allein wie lange würden die mutigen und vaterlandsliebenden Bauern der Übermacht regelmäßiger Truppen standhalten können? Fand aber die Vereinigung von 13000 Schweden mit ebensovielen Hannoveranern statt, so vermochten diese Verbündeten im ganzen Norddeutschland das Gesetz zu diktieren, bedrohten das Reichsheer am Rhein vom Rücken her[2].

Nur eine siegreiche Schlacht konnte Brandenburg, konnte die Koalition vor dem Verderben retten.

---

[1] Schwerin des Jüngeren Briefe aus Engl., passim. — Hirsch, a. a. O., S. 8.

[2] Carlson, IV, 604 f. — v. Gansauge, 35 ff. — v. Witzleben u. Hassel, 52 f.

Schon von seiner Reise nach dem Haag aus hatte der Kurfürst die Zusammenziehung seines Heeres in Franken anbefohlen, die seit dem 30. Mai in vollem Gange war[1]. Friedrich Wilhelm war entschlossen, jetzt mit äufserster Kühnheit vorzugehen, zu siegen oder zu sterben. Vergeblich warnte man ihn, sein Marsch vom Main an die Havel werde durch die Feindschaft der Hannoveraner, sowie des Administrators von Magdeburg in der linken Flanke arg gefährdet werden. Er wufste es besser, dafs Kühnheit und Erfolg alle jenen kleinlichen und zagenden Seelen an jeder Bethätigung ihrer neidischen und hafserfüllten Gesinnung verhindern werde. Er achtete ebensowenig die Schwierigkeiten der schlechten Landstrafsen, die damals, besonders im Thüringer Walde, überhaupt in kläglichstem Zustande und durch lange anhaltenden Regen noch besonders verdorben waren. Indem er dem Statthalter der Marken seine nahe Ankunft ankündigte, befahl er ihm, nunmehr die Feindseligkeiten gegen die Schweden aufzunehmen; Edelleute, Bürger und Bauern sollten ihnen die Hälse entzweischlagen und kein Quartier geben[2]. Der fromme, biblisch denkende Fürst schrieb für seine ganzen Lande auf den 10./20. Juni einen strengen Fasttag aus, an dem über den Text Jeremias 22, 12 gepredigt werden solle: „Nun, Herr Zebaoth, lafs mich deine Rache an meinen Verfolgern sehen."

Am 5. Juni brach das Heer, während der langen Winterruhe stattlich vermehrt und wieder 13000 Fufsgänger, 7000 Reiter, 1100 Dragoner stark[3], von der Gegend um Schweinfurt auf, in breiter, 120 Kilometer umfassender Front, um desto leichter und schneller seinen Unterhalt zu finden. Von den Flügelcorps mufsten allezeit Offiziere den Feldmarschall aufsuchen, der den schwierigen Eilmarsch sehr sorgfältig und zweckdienlich leitete und die Mannszucht streng aufrechterhielt. Der Kurfürst, obwohl wieder durch die Gicht arg geplagt, blieb bei der mittlern Kolonne, die die Masse des Fufsvolks enthielt. Er war entschlossen, in diesen schweren Entscheidungstagen nicht nur sein schmerzhaftes Leiden unbeachtet

[1] Vgl. hierzu besonders v. Unger, Derfflinger, S. 359 ff. Unger folgt dem alten Kalender, ich dem neuen.

[2] Orlich, III, 237 f.

[3] Müsebeck, 132 f.

zu lassen, sondern auch „sein eigenes Leben, will's Gott, bei einer schönen Occasion zu hazardieren“ [1]. Am 10. Juni war der Thüringer Wald überschritten, und man durfte hier bei Marlishausen den erschöpften Truppen eine dreitägige Ruhe gewähren. Indem das Heer in die fruchtbare sächsische Ebene eintrat, konnte man die Marschfront beträchtlich schmäler gestalten. Am 22. Juni langte das ganze Heer in Magdeburg an. Der Kurfürst gönnte ihm keine Ruhe unter dem Schutze der Festung. Er beriet sofort, wie die Schweden anzugreifen seien.

Sie befanden sich mit ihrer Hauptmacht an der untern Havel in starken Stellungen. Der Feldmarschall hielt mit einem Corps von 3000 Mann den festen Übergang bei Havelberg, ein Dragonerregiment von sechs Kompanien, unter Oberst Wangelin, dem frühern Gesandten in Berlin, stromaufwärts die Brückenfestung Rathenow, das Gros der Armee unter Waldemar Wrangel die Stadt Brandenburg. Einige kurfürstliche Generale schlugen, im Sinne der damaligen Kriegskunst, vor, die Schweden in der linken Flanke zwischen Berlin und Spandau zu umgehen und durch dieses Manöver zur Räumung der untern Havel zu nötigen. Allein Friedrich Wilhelm wollte sofortige Entscheidung. Er verwarf den langwierigen Flankenmarsch und entschied sich, die schwächste und zugleich centralste der schwedischen Stellungen, Rathenow, zu überfallen. Das mufste freilich mit grofser Schnelligkeit geschehen, um die noch ahnungslosen Feinde zu überraschen und einer Verstärkung Rathenows von Brandenburg her zuvorzukommen, das von jenem nur dreifsig Kilometer entfernt liegt, während von Magdeburg aus siebzig Kilometer zurückzulegen waren. Am 23. Juni morgens brachen 7000 Reiter und tausend auf Wagen gesetzte Musketiere unter dem eigenen Befehle des Kurfürsten sowie Derfflingers auf. Nach einem Marsche von vierzig Kilometern brachten sie die Nacht in Genthin zu. Das kleine Heer traf dann am Abend des 24. Juni eine Meile südlich von Rathenow ein. Diese Truppen hatten während zwanzig Tage im ganzen 300 Kilometer zurückgelegt, — eine in der damaligen Zeit nur erst von dem feurigen Torstenson erreichte Marschleistung. Es gelang noch immer, dem unachtsamen Feinde die Ankunft der Schar völlig

[1] So meldet Hofmarschall von Canitz dem Prinzen von Homburg, 30. Mai / 9. Juni 1675; Jungfer, 68.

zu verbergen, und nicht minder, selber Landeseinwohner zur Erkundung und Führung zu gewinnen. Der sehr zweckmäfsig angeordnete Angriff auf Rathenow gelang in den Frühstunden des 25. Juni; der greise Derfflinger führte selber mit jugendlichem Feuer die Stürmenden. Das ganze schwedische Regiment wurde vernichtet, etwa 200 Dragoner nebst ihrem Kommandeur Wangelin, dem Oberstleutnant, Oberstwachtmeister und zwei Hauptleuten gefangen genommen. Die Brandenburger hatten nur fünfzig Mann verloren.

Es war eine glänzende Waffenthat. Die brandenburgischen Truppen hatten eine Schnelligkeit und Gewandtheit, einen Wagemut und eine Frische im Angriff — nach dem furchtbar anstrengenden zweitägigen Gewaltmarsche — bewiesen, die bewundernswert waren und die Schweden mit Entsetzen schlugen. Ihre ganze Stellung an der Havel war im Mittelpunkte durchbrochen. Waldemar Wrangel, der soeben von Brandenburg aus sich nach Rathenow in Marsch gesetzt hatte, wagte nicht, sich den Weg nach Havelberg, zum Feldmarschall, mit Gewalt zu bahnen. Er bog östlich nach Nauen aus, um auf dem weiten Bogen über Fehrbellin den Anschlufs an seinen Bruder zu suchen. Damit begab er sich aber in ein sehr gefährliches Gelände.

Die ganze Gegend zwischen Nauen und Fehrbellin, das Havelländische und dann das Rhin-Luch, erst später, seit 1726, durch wiederholte Entwässerungsarbeiten dem Anbau gewonnen, war damals ein gewaltiger Sumpf, aus dem auf Sandhügeln einige Kieferngehölze und wenige Ortschaften emporragten. Vereinzelte Wege führten auf schmalen Dämmen durch diese Wildnis, in der zahlreiche Wölfe den Schafherden die Moorwiesen streitig machten.

Der Kurfürst beschlofs, den Feind sofort zu verfolgen und mehr noch ihn durch beständige Angriffe auf den engen Dammwegen festzuhalten, inzwischen in dessen Rücken die Brücken abbrennen, die Dämme durchstechen und die Pässe besetzen zu lassen, um den gehafsten Gegner einzuschliefsen und zu schmählicher Kapitulation zu nötigen. „Wo keine sonderbare Strafe Gottes über uns kommt, so soll keiner davonkommen,“ schrieb der kurz vorher mit ihm entzweite, nun aber für ihn begeisterte Friedrich von Homburg an seine

„Engelsdicke“ — seine Gemahlin Luise von Kurland[1]. Schnell entsandte Reiterscharen, von Ortskundigen geführt, zerstörten hinter den feindlichen Stellungen die einzigen Ausgänge aus dem Luch bei Fehrbellin, Kremmen und Oranienburg, wobei sie zahlreiche Gefangene machten und noch mehr Gegner niederhieben. Am 27. Juni holten die nachfolgenden Reiter der brandenburgischen Hauptmacht die schwedische Rückhut bei Gohlitz und dann bei Nauen ein und brachten ihr starke Verluste bei. Schon begann die überraschte, allerorten weichende, in ihrer Stimmung niedergedrückte schwedische Armee Zeichen innerer Auflösung zu geben. Nicht mehr um den Sieg, nur um den Rückzug nach Pommern kämpfte sie noch, wohin sich auch der Reichsfeldherr von Havelberg aus über Ruppin und Wittstock wandte. Derfflingers Plan war, man solle die Schweden festhalten, bis das brandenburgische Fufsvolk von Magdeburg aus nachgekommen sei. Das müsse die Schweden in der Front beschäftigen, während die Reiterei über Kremmen und Ruppin aushole und dem Feind bei Fehrbellin und Wolchow den Rückzug verlege, die aus Berlin eintreffenden Truppen die Einschliefsung vollendeten. Am 28. Juni früh fand die Vorhut der Brandenburger, 1500 Reiter unter Homburg, die Feinde hinter dem Landwehrgraben, südlich vom Dorfe Linum, aufmarschiert. Noch war durch ein hinhaltendes Gefecht der Plan Derfflingers zur Ausführung zu bringen, — allein der kühne Eifer und der Zornesmut des Kurfürsten rissen ihn zu sofortiger Erteilung des Angriffsbefehles fort, zu Derfflingers nicht geringem Kummer[2]. Man mufs zugeben, dafs Friedrich Wilhelms Leidenschaftlichkeit hier für den augenblicklichen, aber kleineren Erfolg den gröfseren, etwas später einzuerntenden aus der Hand gegeben hat. „Weil wir dem Feinde so nahe sind,“ rief er aus, „mufs er Haare oder Federn lassen.“[3]

Solcher Entschlufs entsprach dem feurigen Wunsche des schlachtbegierigen Homburg, — aber er hat ihn nicht ertrotzt oder gar gegen den Willen des Kurfürsten eigenmächtig gefafst, wie die Überlieferung es behauptet. Der Prinz warf sich in den

[1] Jungfer, 144.

[2] Vgl. Schottmüller, Zur Schlacht von Fehrbellin (Zeitschr. f. preufs. Gesch., Bd. XIII).

[3] v. Buch: ou poil ou plume, — also nicht: „Fell oder Federn“, wie Kessel (I, 122) falsch übersetzt.

Kampf und erbat Unterstützung. „Wir müssen ihn sekundieren, sonst kriegen wir keinen Mann wieder," riet nunmehr Derfflinger, und der Kurfürst sandte 500 Dragoner. Die Schweden, die ja lediglich ein Rückzugsgefecht liefern wollten, wichen durch Linum nach Norden und stellten sich abermals auf, auf einer Bodenschwellung zwischen dem Dechtower Walde zur Rechten und dem Rhin-Luch zur Linken. Indes, die Nachricht, dafs in ihrem Rücken die Fehrbelliner Brücke zerstört sei, veranlafste sie zu abermaliger Rückwärtsbewegung. Um aber Zeit zur Wiederherstellung jener Brücke, sowie zum Passieren des Trains und schweren Geschützes zu gewinnen, nahm ihre Hauptmacht — 4000 Reiter und 7000 Mann Fufsvolk[1] nebst 24 Geschützen — eine dritte Stellung bei dem Dorfe Hakenberg: ganz schematisch, die Reiterei auf beiden Flügeln, die Infanterie in der Mitte, alles in drei Treffen. Die rechte Flanke lehnte sich an die Dechtower Fichten, die linke an das Rhin-Luch.

Von den Brandenburgern hatte in der Eile nur die Reiterei herankommen können: 6200 Mann mit 13 Geschützen; die Infanterie und der Rest der Artillerie waren auf den schlechten und engen Wegen weit zurückgeblieben. Allein trotz der gewaltigen, fast um das Doppelte überlegenen Mehrzahl der Feinde eilte Homburg, abermals an den Feind zu kommen, das Gefecht zu beginnen. Er warf sich bei den Dechtower Fichten auf die ungedeckte rechte Flanke der Schweden und suchte sie zu umfassen. Als der Kurfürst anlangte, fand er die Schlacht in angemessener Weise begonnen. Er liefs mit vielem Scharfblicke auf einem Hügel, der vor der rechten Flanke der Feinde lag und von ihnen, thörichterweise, unbesetzt geblieben war, seine wenigen Geschütze auffahren, die nunmehr die ganze feindliche Stellung unter verheerendes Feuer nahmen. Diesen Hügel mufste Waldemar Wrangel erobern, wenn er seine Stellung behaupten wollte. Er setzte dazu seinen rechten Flügel, dann auch einen Teil seiner Infanterie ein. Es entstand ein furchtbares, stundenlanges Handgemenge, bei dem Homburg, Derfflinger, der Kurfürst selber Leib und Leben wagen mufsten. Aber der Schweden Unglück war, dafs sie das Ganze als ein

[1] Nach dem Staatsarchive (v. Gansauge, 61) und dem „Verwirrten Europa". Die Zahlen Ungers sind zu niedrig.

Rückzugsgefecht betrachteten und deshalb nicht ihre gesamte Kraft verwandten. So wurde die Reiterei ihres rechten Flügels zuletzt von der zahlreichen brandenburgischen Kavallerie überwunden, und als jene geflohen, verfiel das schöne Dalwigksche Leib-Infanterieregiment, das ihr zur Hilfe gekommen war, der Vernichtung durch die siegreichen Kurfürstlichen. Der Rest der schwedischen Infanterie und die Reiterei ihres linken Flügels zogen sich in guter Ordnung zurück; an dem scharfen Feuer der Musketen und der Geschütze scheiterte die Verfolgung der Brandenburger, bis die Erschöpfung ihnen vollends Halt gebot. In einem dieser letzten Kämpfe fiel der Stallmeister Froben an der Seite des Kurfürsten.

Friedrich Wilhelm war mit der Haltung einiger seiner Regimenter nicht zufrieden und wollte ihnen den Prozefs machen. Allein diese Absicht kam nicht zur Ausführung. Die wackeren Reiter, die seit sechs Tagen unaufhörlich zu Pferde gewesen waren und sich an dreien davon geschlagen hatten, selbst des Nachts oft nicht hatten absatteln können, die dann allein eine fast doppelt so starke Armee besiegten, waren der höchsten Anerkennung wert. Dafs sie schliefslich, in lähmender Erschöpfung, ein noch ungeschwächtes Fufsvolk nicht hatten zersprengen können, ist sehr erklärlich. Noch am Abend des 28. trafen 2300 Mann brandenburgischer Infanterie auf dem Schlachtfelde ein. Hätte der Kurfürst, wie Derfflinger es dringend angeraten, sie erwartet, ehe er den Kampf ernstlich begonnen, die Schweden würden vernichtet worden sein.

Aber ihr Schicksal gestaltete sich schliefslich kaum günstiger. Hatten die Brandenburger in der Schlacht 500 Mann an Todten und Verwundeten verloren, so hatten die Schweden, mit Inbegriff einiger Hundert Gefangener, 2400 ihrer Krieger zu beklagen. Das Schlimmste für sie war, dafs sie allen moralischen Halt eingebüfst hatten, den Kurfürstlichen nicht mehr zu widerstehen wagten.

Am 29. erstürmte Derfflinger an der Spitze eines Reitertrupps das nur schwach besetzte Fehrbellin. Da die kaum hergestellte Brücke über den Rhin wieder eingebrochen war, nahm der Feldmarschall viele Gefangene, sieben Geschütze [1] und eine zahlreiche Bagage. Der Rückzug der Schweden ging un-

[1] Amtliches Verzeichnis bei Gansauge, 103.

aufhaltsam weiter, zum Teil in völliger Auflösung. Die märkischen Bauern waren hinterdrein und erschlugen jeden Schweden, dessen sie habhaft werden konnten. Als bei Wittstock der Reichsfeldherr zu den Besiegten stiefs, wurde er lediglich in deren Zerrüttung mit verwickelt. Die deutschen Söldner unter den schwedischen Fahnen entliefen massenhaft, so dafs nur 7000 Mann in arger Verfassung am 2. Juli über die mecklenburgische Grenze entkamen. Der Kurfürst gestattete nunmehr, nachdem sein Land von den Feinden gereinigt war, seinen überaus angestrengten Truppen die Ruhe.

Er hatte am 24. Juni den Boden der Kurmark betreten, und am 2. Juli war der letzte Feind aus ihr verschwunden. In neun Tagen war der Feldzug beendigt, mit blitzartiger Geschwindigkeit die stolze Armee der damals angesehensten Kriegsmacht vernichtet. Geschickt angelegt, thatkräftig und zielbewufst ausgeführt, von Offizieren und Soldaten mit feurigem Eifer und heldenmütiger Tapferkeit unterstützt, war das Unternehmen in glänzender Weise geglückt. Das „schnelle Reiten vom Rhein bis an den Rhin", der Siegestag bei Fehrbellin umkleideten Friedrich Wilhelm und sein Heer mit hellem Ruhme. In der Schlacht bei Warschau hatten sie an der Seite des grofsen Soldatenkönigs Karl X. Gustav und seiner Schweden gefochten, und diese hatten den besten Teil des Verdienstes für sich, die Altbewährten, in Anspruch nehmen können. Jetzt hatten die Brandenburger allein eben diese Schweden vor sich hergefegt, wie der Sturmwind welkes Laub. Der Ruf des brandenburgisch-preufsischen Heeres steht fest seit diesen Junitagen des Jahres 1675, als eines der vorzüglichsten Europas. Indem Friedrich Wilhelm selber die Führung seiner Armee übernommen, mit kränkelndem Körper alle ihre Anstrengungen und Gefahren geteilt hatte, knüpfte er das starke und unzerreifsbare Band, das seitdem die Hohenzollern-Herrscher und ihr Heer aneinandergekettet hat, so dafs sie als Eines erschienen im Glück und im Wettersturm. Die lebendige Begeisterung, mit der der Fürst für die Armee, die Armee für den Fürsten eintritt, entzündete sich an den Ruhmesthaten des kurzen, aber so glänzenden Fehrbelliner Feldzugs.

Und mehr noch. Wie ein Jahrhundert später die schlesischen Kriege Friedrichs II. Brandenburg-Preufsen zur Grofsmacht, so hat dieser Schwedenkrieg es überhaupt zu einer

europäischen Macht gestempelt. Bis dahin konnte man in Wien, in Stockholm, im Haag, in Paris daran denken, es auf dem Standpunkte eines gewöhnlichen deutschen Reichsfürstentums fest- und niederzuhalten; vom Sommer 1675 an hatte es sich endgültig hierüber erhoben, war es zu europäischer Bedeutung emporgestiegen. Kein anderes deutsches Staatswesen liefs sich mehr mit ihm vergleichen.

Gewifs, niemand wird die Verdienste eines Derfflinger, eines Hessen-Homburg schmälern wollen. Aber das leitende und treibende Element war doch Friedrich Wilhelm selber. Er hatte sich die Bestimmung im grofsen und im einzelnen vorbehalten, wie seinen Geheimräten so seinen Generalen gegenüber. Die öffentliche Meinung erkannte dies sofort. Als „Grofsen Kurfürsten" hat sie ihn unmittelbar nach den Ereignissen von Rathenow und Fehrbellin begrüfst[1].

[1] Droysen, III, III, 535.

Dreiunddreifsigstes Kapitel.

Die Eroberung Pommerns.

Man sollte voraussetzen, der Eindruck des grofsen und schnellen Sieges, den die Brandenburger bei Fehrbellin errungen, hätte die gesamte politische Lage wesentlich zu ihren Gunsten umändern müssen. Er hätte, sollte man denken, durch das Beispiel des Erfolges die Freunde des Kurfürsten und selbst die noch Zögernden und Parteilosen zur Thätigkeit gegen die gemeinsamen Feinde veranlafst. Allein, das war keineswegs der Fall. Die Ansicht von der Überlegenheit Schwedens über die deutschen Fürsten und Heere war so fest eingewurzelt, dafs zunächst jene Ereignisse in der Kurmark für eine zufällige und vorübergehende Episode gehalten wurden; jedermann erwartete, dafs die nordische Macht sogleich mit verdoppelter Wucht auf den kecken Brandenburger herniedersausen werde. So beeilten sich auch nach Fehrbellin weder Niederländer noch Dänen, der Kriegserklärung vom 15. Juni thatsächliche Folge zu geben. Freilich entschlofs sich das Reich endlich dazu, die Schweden als Feinde zu betrachten und zu erklären. Freilich, Bayern wagte nunmehr nicht, seinem Vertrage vom 9. März gemäfs, gegen Brandenburg loszuschlagen, und der Neuburger ging gar zur kaiserlichen Partei über[1]. Indes, das war auch alles. Das kaiserliche Hilfscorps aus Schlesien unter dem General Coob setzte sich erst Mitte Juli in Bewegung, mit gröfster Langsamkeit, und dann war es, anstatt 10000, nur 5300 Mann stark, zu denen noch 2500 Kursachsen stofsen sollten[2].

[1] Heigel, Quellen u. Abhandl., 23 f.
[2] Müsebeck, 6.

Ebenso blieben die Subsidien aus; mehrere niederländische Provinzen fanden sich aufser stande, solche überhaupt zu zahlen, und Spanien war mit den Hilfsgeldern volle acht Monate zurück. Die finanzielle Not des Kurfürsten war so grofs, dafs er zwei Anleihen von zusammen 600 000 Thalern aufzunehmen gezwungen war, für die er seine Domänen verpfänden mufste[1].

Friedrich Wilhelm blieb zunächst noch ebenso allein wie vor seinen Siegen. Wie sich aber bei ihm Vorsicht und Klugheit stets mit Optimismus und Kühnheit paarten, beschlofs er, mit dem Angriffe auf das mit Festungen wohlbewehrte Schwedisch-Pommern so lange zu warten, bis seine Verbündeten ihm Rückhalt und Hilfe gewährten. Es war das um so notwendiger, als die Polen jetzt derart offen ihre Feindseligkeit gegen ihn bethätigten, dafs er den Kaiser und die Generalstaaten um Intervention in Warschau anzugehen sich veranlafst hah[2]. Er verlegte inzwischen, um seine Unterthanen zu erleichtern, sein Heer nach Mecklenburg (Ende Juli), blieb dort aber, mit dem Hauptquartier in Schwaan an der Warnow, zwei Monate stehen, den Entschlufs seiner Verbündeten abzuwarten, — für seine Ungeduld eine um so härtere Prüfung, als seine Regimenter alsbald ergänzt und wieder durchaus schlagfertig waren. Ein Glück noch, dafs der schwedische Reichsfeldherr durch Krankheit und Betäubung infolge der unerwarteten Schläge von Rathenow und Fehrbellin der Fähigkeit zum Oberbefehl gänzlich beraubt war, die Nachlässigkeit und Unordnung der vormundschaftlichen Regierung die Finanz- und Heeresverwaltung in Stockholm durchaus zerrüttet hatten, die leidenschaftliche Unzufriedenheit des schwedischen Volkes dem Reichskanzler Magnus de la Gardie die bisher innegehabte leitende Stellung entrifs[3]. Die schwedische Heeresmacht war damals kaum stark genug, die Festungen zu besetzen, reichte also keineswegs zur Aufstellung einer neuen Feldarmee aus[4].

Ein Hauptgrund für das Zögern der Verbündeten war der Umstand, dafs keiner von ihnen dem andern den Gewinn des schwedischen Herzogtums Bremen-Verden gönnte. Die lüne-

[1] U. u. A., III, 475; XIV, 838.
[2] Das., III, 461; XIV, 841. 843.
[3] Carlson, IV, 609 ff.
[4] Ms. Berlin, Geh. Staatsarch. Rep. 63, Konv. 30.

burgischen Herzoge, die soeben an der Conzer Brücke einen glänzenden Sieg über den französischen Marschall Créqui davongetragen hatten, begehrten es als Lohn für ihre Verdienste um die Koalition; die Dänen wollten gleichfalls ihren Anteil haben und nicht minder der Bischof von Münster, der von dem Kaiser unterstützt wurde, damit in diesen rein evangelischen Gegenden die katholische Kirche von neuem ihre Herrschaft begründe. Endlich durfte auch Friedrich Wilhelm Ansprüche auf ein Stück des Herzogtums erheben. Er war aber der erste, der nachgab: im Anfang des Augustmonats schlofs er mit Bischof Christoph Bernhard ein vorläufiges Abkommen, nach dem beide die Eroberung des Herzogtums Bremen gemeinschaftlich beginnen sollten, der Kurfürst jedoch auf alle Erwerbungen in diesem verzichtete, insofern er in Pommern dafür entschädigt werde. Mitte September fielen dann münsterische Truppen unter Wedell und brandenburgische aus Westfalen, unter Spaen und Eller, in das Bremische ein und eroberten einen bedeutenden Teil davon, ohne viel Widerstand zu finden. Die schwedischen Generale waren durch das unerwartete Unglück von Fehrbellin in ähnlicher Weise gelähmt, hypnotisiert, wie 1806 die preufsischen nach dem Unglück von Jena[1].

Der Kurfürst wollte ihnen um so weniger die Zeit lassen, sich moralisch und materiell zu erholen und wieder in stand zu setzen. Seinem Drängen gelang es, den dänischen König Anfang September zu einer Zusammenkunft in Gadebusch zu bewegen. Die Überlegenheit an Einsicht und Willenskraft auf seiten Friedrich Wilhelms rifs hier endlich seinen Verbündeten mit sich fort: es wurde verabredet, mit gemeinsamen Kräften Schwedisch-Pommern zu erobern, die dem Feinde gehörige Hafenfestung Wismar zu Lande und zu Wasser einzuschliefsen. Ein enges Freundschaftsbündnis zwischen beiden Fürsten ward im geheimen zu Doberan (23. Sept. 1675) unterzeichnet: sie verabredeten, in unverbrüchlicher Gemeinschaft den Krieg weiterzuführen, bis Dänemark seine 1658 verlorenen Festlandsprovinzen Halland, Schonen und Blekingen, Brandenburg aber Schwedisch-Pommern erhalten habe, von dem es jedoch dem Könige die Insel Rügen, ebenso wie Wismar, überlassen werde.

---

[1] Pufendorf, XIII, 42–44. 48 f. — Über die Verhandlungen mit Dänemark: ebendas. Kap. 45—47; Sachsen: Auerbach, S. 426.

Zu gleicher Zeit gelang es, den Herzog von Hannover von Frankreich loszulösen und durch das Versprechen eines Anteils am Herzogtume Bremen zu wohlwollender Neutralität zu bewegen. Sachsen aber verliefs jetzt die Neutralität, die es den Schweden gelobt hatte, und liefs 1500 Mann, allerdings unter kaiserlichen Feldzeichen, zu der Heeresabteilung des Feldmarschalllieutnants Coob stofsen.

Es wurde hohe Zeit, dafs man wieder vorwärtsging. Die schlechtbesoldeten brandenburgischen Truppen in Mecklenburg begannen in ihrer Disciplin zu wanken, Plünderungen zu unternehmen, ja zu meutern. Der Kurfürst mufste einige der Unruhstifter henken lassen, aber im Grunde gab er ihnen nicht Unrecht: „Von der Luft kann man nicht leben," schrieb er dem Prinzen von Oranien [1]. Das Zögern der Verbündeten hatte ferner den Schweden Mufse verschafft, ihre Festungen zu rüsten und zu verproviantieren; die Jahreszeit war überdies zu weit vorgeschritten, um noch entscheidende Unternehmungen zu gestatten, zumal die schwedische Armee unter ihren neuen Oberbefehlshaber, Otto Wilhelm Graf Königsmark, einem Sohne des Feldmarschalls, der sich zum Schlusse des Dreifsigjährigen Krieges durch die Eroberung der Kleinseite von Prag berühmt gemacht, sich jeder Schlacht entzog, endlich eine Erkundung gegen Stralsund ergab, dafs die Einnahme der starken Festung in so wenigen Wochen nicht möglich sei. So entschlofs man sich zur Trennung. Die Dänen begannen die Belagerung Wismars, während der Kurfürst sein Augenmerk auf die pommersche Hauptstadt Stettin richtete.

Allein dazu bedurfte er der Mitwirkung der Flotte. Das dänisch-niederländische Geschwader war allerdings in den letzten Tagen des September endlich vereinigt in See erschienen, aber widrige Winde nötigten es, auf der Reede von Kopenhagen Zuflucht zu suchen. Nicht mehr richtete die junge brandenburgische Marine aus, die der Kurfürst in Stärke von drei Fregatten und zwei kleineren Schiffen durch den seeländischen Kaufmann Benjamin Raule hatte bilden und von dem Obersten von Bolsey mit 570 niederländischen Seesoldaten hatte besetzen lassen. Sie versuchte einen Angriff auf die schwedische Festung Karlstadt an der Wesermündung, der aber unter Ver-

[1] Müsebeck, 12.

lust von 300 Gefangenen so völlig scheiterte, dafs sie für den Rest des Jahres nichts mehr zu unternehmen vermochte[1].

Ohne Flotte, von den Dänen getrennt, auf ein Landheer von etwa 20000 Mann beschränkt, die schlechte Jahreszeit unmittelbar vor sich, konnte Friedrich Wilhelm an eine Eroberung Stettins nicht mehr denken. Er beschlofs, das kleine und schwächer besetzte Wolgast einzunehmen.

Die Mauern dieser Stadt waren zerfallen, aber das auf einer Insel der Peene liegende Schlofs war mit bastionierten Wällen umgeben und mit 800 Mann besetzt. Die Stadt selber ergab sich ohne Widerstand, allein das Schlofs ward erst nach achttägiger Beschiefsung durch Kapitulation gewonnen; die Besatzung erhielt freien Abzug[2]. Inzwischen hatte Generalmajor von Schwerin mit einigen aus Preufsen herbeigezogenen Truppen die Inseln Wollin und Usedom erobert und die dort stehenden schwedischen Abteilungen vernichtet. So war das Stettiner Haff gesperrt, Stettin selber vom Meere völlig abgeschnitten. Es waren immerhin erfreuliche Erfolge, nach denen die Brandenburger die Winterquartiere bezogen. Aber den grofsartigen Anfängen entsprachen sie keineswegs. Das war jedoch nicht die Schuld des Kurfürsten oder seines Heeres, sondern notwendige Folge der Übelstände eines Koalitionskrieges, wo jeder Verbündete eigene, selbstische Ziele verfolgt und vor allem diese, wennschon auf Kosten seiner Alliierten, zu erreichen sucht.

Auf den westlichen Kriegsschauplätzen war das Glück ihnen günstig gewesen. Der geniale Turenne hatte bei Sasbach Schlacht und Leben verloren, und Montecuccoli war noch einmal in das Elsafs eingerückt. Nach der Schlacht an der Conzer Brücke hatte Trier kapitulieren müssen, — der Boden des Reiches war von den Franzosen gesäubert. Im Nordosten eroberten die Dänen Wismar. Entscheidendes war freilich nirgends erreicht.

Und schon stritt man untereinander über die noch zu gewinnende Beute[3].

Die Absichten der Hauptmächte der Koalition waren zu-

[1] H. Peter, Anfänge der brandenb. Marine, S. 6 ff.

[2] Unger, 375 f.

[3] Über die Verhandlungen im Winter und Frühjahr 1676: U. u. A., III, 447 ff. 463 ff.; XIV, 839. 845 ff. 863. 865. 869 f.; Pufendorf, XIII, 40. 57—59; XIV, 3 ff. 13. 17 ff. 29. 32. 46.

nächst sehr verschiedene. Der Kaiser, die Generalstaaten und Spanien legten den Nachdruck vornehmlich auf die Bekriegung der Franzosen und hätten am liebsten hierzu die zum Teil von ihnen bezahlten norddeutschen und dänischen Truppen herangezogen. Es läfst sich ja nicht verkennen, dafs der Zweck des ganzen Krieges die Besiegung und Demütigung Frankreichs war, desjenigen Staates, der mit seiner Übermacht die Unabhängigkeit aller europäischen Länder bedrohte. Insofern hatten jene Mächte recht. Leider hatten sie zu ihrer Forderung noch andere, minder legitime Beweggründe. Der Kaiser wünschte die Norddeutschen hauptsächlich deswegen an den Rhein und die Maas zu senden, um selber die Hauptmasse seiner Truppen gegen die aufständischen Ungarn verwenden zu können; und er sowie die Generalstaaten waren eifrig darauf bedacht, den Brandenburger zu verhindern, dafs er nicht durch die Erwerbung Vorpommerns allzu mächtig werde. Die Holländer mifsgönnten ebenso den Dänen die Festsetzung an der Weser und dem linken Ufer der Elbe, damit sie nicht den Verkehr dieser Ströme und des benachbarten Küstenlandes in ihre Gewalt brächten. Aber gerade aus ebendenselben Ursachen waren die Dänen und der Kurfürst vor allem darauf bedacht, mit einstweiliger Hintansetzung des französischen Krieges die Schweden zu bekämpfen und auf deren Kosten verhältnismäfsig leichte Eroberungen zu machen: eine Politik, die ohne Zweifel durchaus selbstisch war. Es wäre thöricht oder unwahr, hier Friedrich Wilhelm irgend höhere Gesichtspunkte beizulegen als den, für seinen partikularen Staat möglichst grofsen Gewinn einzuheimsen. Aber man mufs sagen, sein Verfahren liefs diesmal auch den gewohnten Scharfblick vermissen. Wenn Frankreich nicht besiegt wurde, so trat dieses unzweifelhaft am Ende des Krieges mit aller Kraft wieder für seinen schwedischen Bundesgenossen ein, wie es solches schon bei dem Frieden von Oliva gethan hatte; dann gingen doch alle in Pommern erlangten Vorteile schliefslich verloren. Die Schlüssel zu Stettin und Stralsund lagen am Rhein und an der Schelde. Dies übersehen zu haben ist einer der gröfsten politischen Rechenfehler Friedrich Wilhelms.

Die Folgen dieses mannigfachen Zwiespalts zeigten sich sofort. Gerade die Forderung, die Friedrich Wilhelm schon vor dem Beginne des Feldzuges, im April 1675, durch Krockow in

Wien hatte stellen lassen: der Kaiser müsse dazu helfen, dafs die Schweden völlig aus Deutschland vertrieben würden und ihre pommerschen Besitzungen an Brandenburg fielen, verstimmte Leopold und seine Minister gar sehr. So hatten sie wenig gethan, und das zögernd, um den Kurfürsten in seinem anscheinend schweren Kampfe gegen die nordischen Feinde zu unterstützen. Als der Kurfürst nach Fehrbellin sein Verlangen wiederholte, erklärte der Kaiser (26. Juli) ausweichend: dieses ganze brandenburgische „Satisfaktionswesen" gehöre in die künftigen Friedensverhandlungen und könne nicht ohne Zuziehung aller Verbündeten entschieden werden. Auch schützte er die Eifersucht Kursachsens vor, das dem Nachbarn die Vergröfserung nicht gönne. Die kaiserlichen Minister behaupteten endlich, ihr Herr dürfe sich nicht zu einem bestimmten Quantum von Erwerbungen für Brandenburg verpflichten; denn wenn die Kriegsereignisse anders ausfielen, als man erhoffe, so werde der Kurfürst den Kaiser um Ersatz der ihm entgehenden Vorteile ansprechen. Offenbare Ausflüchte, aus denen das Übelwollen der Wiener Staatslenker sich nur allzu deutlich ergab!

Friedrich Wilhelm hatte noch einen weiteren Grund zur Klage: seine Truppen, die so Schweres geleistet hatten, kamen bei der Verteilung der Winterquartiere sehr schlecht weg, während das kaiserliche Heer sich den Löwenanteil anmafste. Keine Beschwerde des Kurfürsten konnte eine Besserung dieser ungerechten Anordnungen erlangen; im Gegenteil, die kaiserlichen Regimenter unter Coob vertrieben die Brandenburger gewaltsam aus zwölf mecklenburgischen Ämtern.

Inzwischen stritten sich die Dänen, die Welfen und der Bischof von Münster um das Herzogtum Bremen. Darüber vernachlässigten sie die Eroberung der einzigen wichtigen Festungen in jenem Lande, Stade und Karlstadt. Da nun Friedrich Wilhelm die Zusicherung seiner „Satisfaktion" in Pommern nicht erhalten konnte, verlangte er auf alle Fälle auch einen Anteil am Bremischen, den er bei glücklicher Wendung in Pommern wieder zurückerstatten würde. So herrschte auch hier lauter und störender Zwist.

Das alles war um so bedrohlicher, als die Bundestreue der Niederländer je länger je mehr zweifelhaft wurde. Damit nicht England während ihres Krieges mit Schweden sich des Handels mit diesem Lande bemächtige, schlossen sie am 6. Dezember

1675 mit Karl XI. einen Vertrag, dafs der König den Handelsverkehr zwischen den beiden Staaten nicht unterbrechen solle. Friedrich Wilhelm sah in solchem Verfahren eine Hinterlist, indem er besonders fürchtete, dafs die Holländer nunmehr den gemeinsamen Gegner mit jeder Art militärischer Vorräte versehen würden. Seine Beschwerden hatten aber im Haag um so weniger Erfolg, als die Führer der Kriegspartei, Wilhelm von Oranien und der Ratspensionär Fagel, nur mühsam dem immer stärkern Drängen nach Frieden unter den Hochmögenden und in dem ganzen Volke noch Widerstand leisteten. Die Vereinigten Provinzen waren von der unmittelbaren Gefahr befreit; Siege und Eroberungen hatte ihnen die Kriegskunst Oraniens nicht gebracht: nun dachte die holländische Bevölkerung, zumal die städtische Aristokratie, nur daran, der schweren Kriegskosten ledig zu werden und der Bereicherung durch Gewerbe und Handel wieder in Ruhe obliegen zu können. Ob darüber ihre Verbündeten, die allein sie aus der Faust Frankreichs erlöst hatten, in schweren Schaden gerieten, war diesem von Grund aus selbstsüchtigen Volke völlig gleichgültig.

Während Brandenburgs Alliierte immer unzuverlässiger wurden, erhob sich an seiner Ostgrenze immer drohender das Gespenst polnischer Feindschaft. Schweden sandte Andreas Lilljehoeck nach Polen, um dieses zum Einfall in das Herzogtum Preufsen zu bestimmen und ihm dazu Hilfstruppen anzubieten. Lilljehoeck war besonders bestrebt, die Danziger Bürger, die auf ihre übermächtigen Handelskonkurrenten, Dänen und Niederländer, naturgemäfs eifersüchtig waren, gegen deren brandenburgischen Verbündeten aufzustacheln. Schmähschriften jeder Art wurden dort und in ganz Polen gegen den Kurfürsten verbreitet. Die französische Partei, von ihrem alten Führer, dem Könige Johann Sobieski, selbst ermutigt, arbeitete mit Eifer an der Förderung der schwedischen Absichten. Nur der noch fortdauernde Krieg mit den Türken verhinderte das offizielle Polen, in den Kampf gegen Brandenburg einzutreten. Sowie es den unausgesetzten Bemühungen der französischen Diplomatie gelungen sein würde, den Frieden zwischen Polen und der Pforte herzustellen, hatte der Kurfürst einen neuen gefährlichen Widersacher zu erwarten. Ein Krieg auf drei Fronten!

Die militärische Lage gestaltete sich selbst für den Augenblick in unerwarteter Weise ungünstig.

Schweden hatte sich in seine Niederlage nicht gefunden. Der junge, willensstarke König Karl XI. ergriff selber mit kräftiger Hand das Ruder, erfüllt von dem brennenden Wunsche, die erhaltene Scharte wieder auszuwetzen, seinem Reiche Herrschaft und Ruhm zurückzugeben. Der kranke, geistesverwirrte Reichsfeldherr Gustav Wrangel ward abberufen und vor ein Kriegsgericht gestellt, der kühne, thatkräftige Königsmark, der in französischen Diensten unter Turenne reiche Kriegserfahrung gewonnen, statt seiner zum Oberbefehlshaber und bald auch zum Civilgouverneur in Pommern ernannt. Er beschlofs, Stettin wieder den Zugang zum Meere zu eröffnen. Noch in der ersten Hälfte des Dezember 1675 liefs er die Insel Usedom, sowie die Stadt Wolgast wegnehmen; nur Schlofs Wolgast hielt sich tapfer gegen die feindliche Übermacht. Der wackere Derfflinger eilte rechtzeitig mit den in Mecklenburg lagernden verbündeten Truppen über gefrorene Sümpfe und Flüsse gen Wolgast und zwang die Schweden zum eiligen Rückzuge. Das Unternehmen hatte ihnen an tausend Mann gekostet. Aber sie behielten die Swiner Schanze und damit den Zugang von Stettin zur Ostsee. Derfflinger wollte sofort über das Eis nach Rügen reiten, allein schnell eintretendes Tauwetter vereitelte den kecken Plan.

Der Kurfürst blieb allein von den Schweden bedroht. Inzwischen stritten sich seine norddeutschen und dänischen Verbündeten in Bremen und Verden unausgesetzt über die Teilung der noch keineswegs gesicherten Beute.

Friedrich Wilhelm war auf das schwerste gereizt, zumal gegen den Kaiser, dem er die Hauptschuld an den unerspriefslichen Zuständen beilegte. „Ich hätte zwar verhofft," schrieb er am 3./13. Februar 1676 dem Reichsoberhaupte, „man würde mehrere Konsideration auf einen treuen Kurfürsten, der sich allzeit so devot gegen Ew. Kais. Maj. in allen Occasionen erwiesen, gemacht und mir dasjenige auch gegeben haben, was andre überflüssig geniefsen, so teils gegen Ew. Kais. Maj. mit dem Feinde verbunden gewesen. Ich mufs aber beklagen, dafs meine Widerwärtige und Feinde dieses bei Ew. Kais. Maj. zu Wege gebracht haben, dafs mir in keinerlei Wege geholfen wurde. Es scheint, dafs man jaloux von mir ist, dafs der Höchste meine Waffen so augenscheinlich gesegnet, und mir das mifsgönnet

wird.“ Die Einengung der brandenburgischen Winterquartiere erklärt er da mit der Habsucht, mit der die kaiserlichen „Offiziere und Generals über ihren Sold von den armen Leuten erpressen, da wohl einer und der andere zu 80000 und 30000 Reichsthalern in ihren Quartieren genossen und aufser dem Reiche, ja gar bis in Italien, übermacht haben. Solcher Gestalt nun Ewr. Kaiser. Maj. Armee zu unterhalten oder, wie ich sagen mag, die Offiziere allein zu bereichern, wird gewifs das ganze Römische Reich zu klein halten.“ Der Kurfürst scheute nach so schweren Anklagen nicht die Drohung, „aus höchster Not einige Resolution zu nehmen, die Ewr. Kais. Maj. und dem allgemeinen Interesse zum Nachteil und Schaden gereichen möchte“.

Man erschrak in Wien und erkannte die Notwendigkeit, einzulenken. Es wurde deshalb an Stelle des Freiherrn von Goefs, der in den geistlichen Stand eingetreten und Bischof von Gurk geworden war, Graf Adolf Wratislaw Sternberg eilends nach Berlin geschickt, um mit schönen Worten den erzürnten Kurfürsten in der Quartierfrage zu beruhigen. Thatsächliche Zugeständnisse überbrachte er zunächst nicht. Friedrich Wilhelm schien deshalb dem österreichischen Diplomaten unzugänglich, dem er zurief: „Dieser und jener soll mich holen, wenn ich mein Recht nicht erhalte; dann wird der Kaiser mich verlieren.“ Seine Armee kostete ihm ohnedies jeden Monat 120000 Thaler. „Ich will endlich den Effekt sehen; man hat mir viele Subsidien versprochen und nichts bezahlt.“ Er drohte, sich der benötigten Quartiere mit Gewalt bemächtigen zu wollen.

Der Kaiser suchte nun ernstlich den Ergrimmten zu besänftigen. Auf seine Veranlassung schlossen die albertinischen Seitenlinien in Sachsen mit dem Brandenburger einen Vertrag, nach dem sie ihm für Verschonung ihrer Gebiete mit Einquartierung monatlich 26000 Thaler verhiefsen — eine beträchtliche Summe für die kurfürstliche Kriegskasse. Ein gleich dem protestantischen Philosophen Leibniz der Versöhnung der Glaubensbekenntnisse geneigter Prälat, der aus Spanien stammende, aber in Belgien geborene Franziskaner Don Cristoval de Roxas, der als Beichtvater am Wiener Hofe das ungarische Titularbistum Stephanien erhalten hatte, kam nach Berlin, um eine Heiratsverbindung zwischen dem Kurprinzen Friedrich und einer Prinzessin des Kaiserhauses vorzuschlagen. Andrerseits bemühte der Kurfürst sich ernstlich um die Vermählung des

verwitweten Leopold I. mit der ältesten Tochter des Pfalzgrafen von Neuburg — eine Verbindung, die thatsächlich bald darauf zu stande kam. So wurde das Verhältnis zwischen dem Wiener und dem Berliner Hofe wieder ein vertraulicheres. Ein anderer Grund der Befriedigung für den Kurfürsten war der plötzliche und jähe Sturz des bis dahin allmächtigen dänischen Ministers Grifenfeld, der in stetem Verdachte schwedischer und französischer, nicht uneigennütziger Sympathien gestanden hatte. Der leicht erregbare Herr, der seine Worte nicht vorsichtig abzuwägen liebte, war darauf wieder auf Frankreich sehr übel zu sprechen, zeigte sich gut kaiserlich. „Er begehre," sagte er zu Sternberg, „gut österreichisch zu sterben und werde Frankreich in Ewigkeit nie trauen." Er bewies dem österreichischen Gesandten herzliche Geneigtheit.

Weniger günstig gestalteten sich die Beziehungen Brandenburgs zu den norddeutschen Verbündeten und den Generalstaaten. Um dem langdauernden Streite um Bremen-Verden ein Ende zu bereiten und dann die lüneburgischen und münsterschen Truppen nach den Niederlanden abführen zu können, schlug Oranien vor: die beiden Herzogtümer sollten einstweilen an die Lüneburger und an Münster übergeben werden, unbeschadet der eventuellen Ansprüche Brandenburgs und Dänemarks, falls diese nicht hinreichende Erwerbungen in Pommern und Schonen machen würden. Daraufhin ward am 31. März 1676 ein Vertrag im Haag unterzeichnet.

Er hatte nicht das Glück, dem Kurfürsten zu gefallen, der ihm seine Unterschrift versagte, und dessen Beispiel Dänemark folgte. Sie hatten nicht unrecht mit ihrem Widerspruche. Die beiden einzigen Mächte, die ernstlich gegen Schweden gefochten hatten, sollten einstweilen leer ausgehen und erst auf noch zu machende Eroberungen vertröstet werden? Friedrich Wilhelm hatte freilich ein halbes Jahr früher auf ähnliche Grundlage hin sich mit dem Bischof von Münster verglichen (s. oben Seite 364); allein damals hatte er noch auf lebhaftere Unterstützung von seiten der Holländer und demgemäfs auf schnellere und sicherere Eroberung Pommerns gehofft.

Um seinen Widerspruch zu beseitigen, sandten ihm die Generalstaaten den Pensionär der Stadt Gouda, Jakob van der Tocht, einen nüchternen und wohlmeinenden, wenn auch nur durchschnittlich begabten Mann, der die deutschen Zustände

aus Erfahrung kannte. Er sollte durch Hinweis auf den Zwang der thatsächlichen Verhältnisse den Kurfürsten umzustimmen suchen; dafür solle dieser Herrscher von der Verpflichtung befreit werden, 2000 Mann zur Belagerung von Stade zu stellen. Allein van der Tocht konnte seine Absicht um so weniger erreichen, als Friedrich Wilhelm über die mangelhafte Zahlung der niederländischen Subsidien tief erbittert war. Er erklärte rund heraus, er besitze kein bares Geld mehr, und mit wirkungslosen Beschlüssen sei ihm nicht gedient. Der arme Pensionär von Gouda konnte ihm im Herzen nicht unrecht geben; er fürchtete, Brandenburg werde die „gute“ Partei wieder verlassen, zumal ihm von den Gegnern verlockende Vorschläge gemacht wurden. Thatsächlich hatte der französische Reformierte Beauveau d'Espenc, der früher als Oberst die kurfürstlichen Trabanten befehligt, aber bei Ausbruch des Krieges die Dienste des Brandenburgers verlassen hatte, diesem in Frankreichs Namen ganz Pommern, mit Ausnahme von Greifswald, Stralsund und Rügen, in Aussicht gestellt; König Karl XI. selber hatte, durch den gefangenen Obersten Wangelin, Friedrich Wilhelm günstige Bedingungen zugesagt, wenn er eine neutrale Stellung einnehme.

Ein solcher Entschluſs von seiten des Kurfürsten würde wahrscheinlich den Abfall aller norddeutschen Verbündeten von der Koalition herbeigeführt haben. Auf das äuſserste über eine solche Perspektive erschreckt, thaten die Generalstaaten alles, was in ihren Kräften stand, um Brandenburg zu versöhnen. Mit geschickter Bezugnahme auf seinen Lieblingsplan, sich in der Ostsee eine Kriegsflotte zu bilden, erklärten sie ihm: sie seien weit davon entfernt, einen Dominat über das Baltische Meer ausüben zu wollen, vielmehr bereit, ihm auf jede Weise zur Ausrüstung einer Marine behilflich zu sein, deren Stärkung und Vermehrung sie sehr gern sehen würden. Sie ermahnten die einzelnen Provinzen, die rückständigen Subsidienzahlungen sofort zu leisten, — allerdings bei den meisten ohne Erfolg, da solche thatsächlich unter der Nachwirkung der französischen Besetzung und Plünderung, sowie des langdauernden Krieges finanziell völlig erschöpft waren.

Endlich waren die Lüneburger einsichtig und opferwillig genug, durch eine wirkliche Leistung die Erlangung der Herzogtümer Bremen und Verden zu erkaufen. Sie schlossen am

15. September 1676 mit dem Kurfürsten einen Vertrag, dem zum Scheine auch Christoph Bernhard von Münster beitrat: sie würden mit 4000 Mann auf eigene Kosten bei der Eroberung Pommerns mitwirken. Friedrich Wilhelm gab darauf stillschweigend seinen Widerstand gegen das Haager Übereinkommen auf, wenn er solches auch nicht ausdrücklich bestätigt hat.

So ward er wieder an das Bündnis gekettet. Er verfolgte nur um so eifriger seine Siegeslaufbahn in Pommern.

Als Ziel für den Feldzug des Jahres 1676 hatte er sich die Eroberung Stettins gesetzt. Sei diese gelungen, hatte er den Kaiser wissen lassen, werde er seine gesamte Reiterei, mit Ausnahme von vier Regimentern, zu dem österreichischen Heere am Oberrhein stofsen lassen[1].

Allein die stark befestigte Hauptstadt konnte nicht sofort angegriffen werden. Zuvor mufste man sich der Linie der Peene vergewissern, um eine zuverläsige Operationsbasis zu besitzen und sich gegen die in Vorpommern bei Stralsund und Rügen stehende schwedische Armee zu sichern.

Diese erschien aber zuerst im Felde. Königsmark brach im Mai los, bemächtigte sich Usedoms und Wollins von neuem und bedrängte abermals das Wolgaster Schlofs, dessen Befehlshaber Hallard sich wieder auf das tapferste zur Wehr setzte[2]. Ein Versuch des Generalmajors von Schwerin, der Festung Hilfe zu bringen, scheiterte an den geschickten Gegenmafsregeln Königsmarks. So mufste der Kurfürst mit seiner Hauptmacht sich zunächst nach dieser Seite wenden. Eine kostbare Zeit ging darüber verloren. Das war der Erfolg von Königsmarks kühnem und umsichtigem Vorgehen. Er hat schliefslich die Eroberung Stettins nicht verhindern können, allein er hat den Kurfürsten gezwungen, Jahr auf Jahr in Pommern zu streiten, damit auf eine Bekämpfung Frankreichs zu verzichten, und so diesem Staate geholfen, sich seiner übrigen Feinde siegreich zu erwehren und endlich eine solche Stellung einzunehmen, dafs es Friedrich Wilhelm zum Aufgeben seiner Eroberungen nötigen konnte; er hat zugleich hierdurch den Brandenburger dessen Verbündeten entfremdet. Königsmark hat also thatsächlich das westliche Pommern noch auf lange Zeit der Krone Schweden erhalten.

[1] U. u. A., XIV, 862 f.

[2] Müsebeck, 54 ff. — Unger, 378 ff.

Wenigstens die schwedische Flotte war nicht mehr zu fürchten. Sie ward am 11. Juni bei Öland von dem dänisch-holländischen Geschwader bis zur Vernichtung geschlagen. Drei von den brandenburgischen Kriegsfahrzeugen, die unter dem Befehle des zum „Schiffsdirektor“ ernannten Benjamin Raule standen, nahmen rühmlichen Anteil an diesen Kämpfen und erbeuteten ein schwedisches Orlogsschiff nebst einem Brander[1]. Es war der erste Erfolg der jungen brandenburgischen Marine! Die See gehörte den Verbündeten. Die kurfürstlichen Fregatten unter Raule kaperten ein schwedisches Schiff von 16 Kanonen; sie fingen jedes neutrale Fahrzeug weg, das mit Kriegsvorräten in die vorpommerschen Häfen einzulaufen versuchte[2]. Lustig flog der rote Adler über den Wogen der Ostsee.

Der Kurfürst marschierte Anfang Juli 1676 in Pommern ein. Sein Heer zählte dort 21000 Mann, mit Inbegriff von 2000 Dänen und 3000 Kaiserlichen. Königsmark konnte ihm, nach Abrechnung der Besatzungen, nur 9500 Mann entgegenstellen. Zunächst eroberte der Kurfürst zum drittenmal Usedom und Wollin, entsetzte Wolgast, nahm auch die Schanze an der Peenemündung. Dann zog er gegen Anklam. Die Stadt war durch Wall und nassen Graben, zum Teil auch durch sumpfige Wiesen geschützt. Ihre Besatzung bestand aus 1700 Mann unter einem thatkräftigen Kommandanten, dem Generalmajor von Sahnitz. Die Brandenburger mufsten zu einer regelrechten Belagerung schreiten.

Königsmark suchte zuerst von Greifswald aus die Belagerung zu stören. Aber eine schwere Niederlage, die ihm Homburg am 17. August bei Ranzin beibrachte[3], zwang ihn zur Ruhe. Man dürfte indes nicht behaupten, dafs die Belagerung der kleinen Festung geschickt geleitet worden wäre. Woche auf Woche verrann entscheidungslos; ein Sturm, den der Kurfürst am 26. August wagte, mifsglückte vollständig, mit einem Verluste von 700 der besten brandenburgischen Infanteristen. Erst nach sechswöchiger Berennung, am 29. August, kapitulierte Sahnitz, unter der Bedingung freien Abzugs seiner auf 700 Mann zusammengeschmolzenen Streitmacht. Die Brandenburger hatte die Belagerung nicht weniger als 3000 Mann

[1] Peter, a. a. O., S. 10. — Schück, II, 67.
[2] Ferd. Hirsch, Brandenb. u. Engl., I, 12 f.
[3] Vgl. Jungfer, 102.

gekostet. Friedrich Wilhelm hatte sich nach seiner Art persönlich auf das rücksichtsloseste der Gefahr ausgesetzt; Leute aus seiner Umgebung waren unmittelbar an seiner Seite getötet worden.

Er teilte nun sein Heer. Etwa die Hälfte sandte er unter dem tüchtigen, schon vom Türkenkriege her bewährten Feldzeugmeister Herzog August von Holstein-Plön gegen die andere Peenefestung Demmin; auch die 4000 Lüneburger und Münsterer wurden dahin beordert. Mit dem Reste wandte er sich gegen Stettin. Unterwegs bemächtigte er sich der kleinen Grenzfeste Löcknitz, des einzigen brandenburgischen Ortes, den die Schweden noch innehatten.

Demmin, von Flufsläufen rings geschützt, auf einer Anhöhe gelegen, von seinem mutigen Kommandanten Obersten van der Noth energisch verteidigt, widerstand bis zum 1. Oktober. Dann mufste, unter dem Eindruck eines furchtbaren Bombardements, durch das auch die gröfste Kirche, die damals in Pommern bestand, in Flammen geriet[1], die Stadt kapitulieren, gleichfalls auf freien Abzug der Besatzung.

Der Kurfürst war inzwischen vor Stettin erschienen. Allein weder durch Verlockungen noch durch Beschiefsung mit Feuerkugeln vermochte er die treu zur Krone Schweden haltende, eifrig lutherische Bürgerschaft zur Ergebung zu zwingen. Die Besatzung verteidigte sich mit Entschlossenheit und unternahm mehrere erfolgreiche Ausfälle. Nach den Erfahrungen von Anklam und Demmin konnte Friedrich Wilhelm nicht daran denken, das ungleich besser befestigte Stettin vor dem Eintritt der schlechten Jahreszeit durch eine regelrechte Belagerung einzunehmen. Am 2. November verwandelte er die Belagerung in eine leichte Einschliefsung und ging in die Winterquartiere.

Man dürfte nicht sagen, dafs der Feldzug glänzend verlaufen war. Der Gewinn der Peenelinie war bei der gewaltigen Übermacht der Verbündeten ein geringfügiges Ergebnis, — nur der kleinste Teil der Eroberung Pommerns war vollbracht. Es war eine traurige Folge der durch das Ausbleiben der fremden Subsidien herbeigeführten finanziellen Bedrängnis des Kurfürsten, dafs er alljährlich erst in der Mitte des Sommers ins

[1] K. W. von Schöning, Feldmarschall Hans Adam von Schöning (Berlin 1837), S. 25.

Feld ziehen konnte, so dafs für seine Operationen nur vier Monate übrig blieben. Es wäre unter solchen Umständen freilich besser gewesen, er hätte die Schweden nur mit einem Teile seiner Streitmacht beobachtet oder gar mit ihnen Waffenstillstand geschlossen, um sich in der Hauptsache an dem Kampfe gegen Frankreich zu beteiligen. Denn inzwischen war zwar die Eroberung Bremen-Verdens durch die Einnahme von Stade vollendet worden, allein sonst hatten die Verbündeten nur Niederlagen erlitten. Christian V. von Dänemark, der mit seinem Heere in Schweden eingefallen, war bei Lund von seinem Gegner, dem jungen Könige Karl XI., bis zur Vernichtung geschlagen. Der bisher unbesiegte niederländische Seeheld de Ruyter verlor in den Gewässern von Sizilien gegen den hugenottischen Admiral Frankreichs, du Quesne, Schlacht und Leben. Ludwig XIV. war unter Assistenz des genialen Vauban in Belgien eingedrungen und hatte hier eine Festung nach der andern genommen. Dagegen hatte Oranien, ein tiefer und geistvoller Politiker, aber schlechter General, die Belagerung von Maestricht aufheben müssen und mit grofsen Mitteln nichts erreicht. Der einzige Erfolg des Jahres für die Verbündeten war die Eroberung von Philippsburg, mit dem die Franzosen bisher den Oberrhein geknechtet hatten.

Allein im ganzen, das liefs sich nicht verkennen, war das Jahr 1676 den Franzosen günstig gewesen. Die holländische und die spanische Flotte so gut wie vernichtet, Oranien in Unthätigkeit erhalten, eine Anzahl südbelgischer Festungen verloren: besonders auf die Holländer machte das einen tiefen, die Friedenssehnsucht verstärkenden Eindruck. Man sah dort nicht einmal schwedische Niederlagen gern, denn man fürchtete eine Schädigung des niederländischen Handels, sowie der protestantischen Interessen in Norddeutschland und an der Ostsee. Der Prinz von Oranien hatte keinerlei grofse Thaten verrichtet und die Begeisterung, mit der seine Machterhöhung begrüfst worden war, bisher nicht gerechtfertigt. Man glaubte, er ziehe den Krieg absichtlich in die Länge, um mit Hilfe des Heeres, mit dem Beistande Englands, ja Frankreichs sich eine absolute Herrschaft in den Niederlanden zu gründen. Die so tief gedemütigte aristokratische Partei erhob von neuem ihr Haupt; schon im Sommer 1675 durfte sie darauf dringen, in Nymwegen einen Friedenskongrefs zusammentreten zu lassen.

Man war selbst geneigt, einen Sonderfrieden mit Frankreich zu schliefsen, ihm die Besitzergreifung ganz Belgiens zu gestatten, so gefährlich dies für den Bestand der Republik sei. In den selbstischen Seelen überwog das Bedürfnis nach Ruhe, nach dem friedlichen Wiederaufleben des Handels, nach dem Aufhören der Kriegslasten das höhere staatliche Interesse und die den Bundesgenossen gelobte Treue. Die Verluste des Jahres 1676 gaben den Ausschlag: im Herbste noch wurde der Friedenskongrefs in Nymwegen eröffnet.

Freilich stand der Friede erst in weiter Aussicht! Der Kaiser verlangte Bezahlung der Kriegskosten und Rückführung der Dinge auf den Stand der Verträge von Münster und Osnabrück, ja, wo möglich, Wiedergewinnung des Elsafs; Spanien den Status des Pyrenäenfriedens; Dänemark, Brandenburg, die Welfen und Münster gleichfalls Vergütung der Kriegskosten und Bestätigung ihrer den Schweden abgenommenen Eroberungen; der Herzog von Lothringen die Rückgabe seines Landes; die Holländer Maestricht, einen günstigen Handelsvertrag und für den Prinzen Wilhelm dessen von den Franzosen occupiertes Fürstentum Orange. Der französische König aber war keineswegs geneigt, sich durch solche Bedingungen den Preis seiner Anstrengungen entreifsen zu lassen, sich der europäischen Koalition gegenüber als Besiegter zu bekennen.

Die Niederländer fanden in ihrer Friedensliebe nur bei einem Staate ein Echo: bei Schweden, das jede Hoffnung aufgegeben hatte, mit dem Schwerte die in Deutschland verlorenen Gebiete zurückzugewinnen. Sein Gesandter in Nymwegen, Olivencranz, gab sich jede erdenkliche Mühe, die Generalstaaten zu einem Sonderfrieden zu bewegen, indem er ihnen schilderte, dafs ihre bisherigen Verbündeten nur eigensüchtigen Zielen nachstrebten, und dafs die Aufrechterhaltung der schwedischen Stellung in Norddeutschland für die protestantischen, sowie für die politischen und kommerziellen Interessen der Republik unentbehrlich sei. Solches Anliegen entsprach viel zu sehr dem dringenden Friedenswunsche der Hochmögenden, um sie nicht gründlich zu beeinflussen. Da der Kaiser, Dänemark und Brandenburg in dem Wunsche, ihre Eroberungen fortzusetzen, sich bisher an dem Kongresse zu Nymwegen nicht beteiligt hatten, fafsten die Generalstaaten am 22. September 1676 den thatsächlich auf einen Sonderfrieden abzielenden Be-

schlufs: wenn die Gesandten der Verbündeten nicht bis zum 1. November in Nymwegen eingetroffen seien, würden sie allein, auch ohne jene, die Verhandlungen beginnen[1].

Friedrich Wilhelm, mit dem nur halb gelungenen Feldzug in Pommern unzufrieden, durch abermalige Verweigerung ausgiebiger Winterquartiere schwer gereizt, war über das Benehmen der Niederländer höchlichst entrüstet. Anstatt ihm die lange geschuldeten Subsidien zu zahlen, drohten sie ihn zu verlassen, wenn er sich nicht ihrer unbedingten Friedensliebe unterordne! Er liefs ihnen damals — es war im Oktober 1676 — rundweg erklären: wenn sie nicht ihren finanziellen Verpflichtungen nachkämen, könne auch er sich nicht mehr an den Bundesvertrag gebunden erachten. Die bald darauf erfolgende Abberufung van der Tochts mufste ihm jede Hoffnung auf eine günstigere Wendung der staatischen Politik für die nächste Zukunft benehmen. Zwar versicherte ihm damals Beverning im Namen der Hochmögenden: er möge glauben, dafs die Herren unverbrüchlich dem Bündnis, das sie mit Brandenburg verknüpfe, treu bleiben würden; zwar begann dieser einflufsreiche Staatsmann durch die Vermittelung des Geheimrats Somnitz offizielle und vertrauliche Verhandlungen mit dem Kurfürsten[2], — allein dieser liefs sich durch solche heuchlerische Künste nicht täuschen. Seiner Weise gemäfs setzte er damals schriftlich Betrachtungen auf, ob und wie er seine Stellung von Grund aus verändern solle. Er werde, hiefs es da, auf das Bündnis mit dem Kaiser und Spanien verzichten, sich Frankreich und Schweden anschliefsen, wenn diese ihm Pommern östlich der Peene nebst Wolgast überlassen wollten, — also etwa die Bedingungen, die sein Enkel 1720 mit Schweden vereinbart hat; dazu müsse er noch das schlesische Fürstentum Glogau bekommen, als Entschädigung für den Rest Vorpommerns. Schweden sollte, anstatt der abgetretenen Gebiete, schlesische oder mährische Lande erhalten[3]. Erwägungen, denen man keine grofse thatsächliche Bedeutung beilegen darf, die nur charakteristisch sind für die augenblickliche Stimmung des leidenschaftlichen Herrn.

---

[1] Temple, Mémoires, 209. — U. u. A., III, 487 f.

[2] Ms. Van Beverning an den Kurf. 26. Okt./5. Nov., sowie Kurfürst an Somnitz, 2./12. Nov. 1676; Berlin, Geh. Staatsarch., Rep. 63, Konv. 2.

[3] Müsebeck, 86.

Im Gegenteil, die Anweisungen, die er endlich seinen Gesandten für Nymwegen, Somnitz und Blaspeil, erteilte[1], beruhten ganz auf der Forderung, die Schweden müfsten vollständig von dem Boden des Deutschen Reiches vertrieben, ihre pommerschen Besitzungen an Brandenburg übertragen werden. Aufserdem müsse diesem Frankreich den in Kleve angerichteten Schaden mit drei Millionen Thalern ersetzen. Der Kurfürst erhoffte für so grofse Ansprüche um so mehr den Beistand der Dänen und Lüneburger, als er sonst sein Recht auf einen Teil der Bremen-Verdenschen Beute geltend machen könne und werde. Wenn er weiter seinen Gesandten anbefahl, sich allen Versuchen der Fremden zu widersetzen, die auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Reiches zielten, so haben wir hierin offenbar einen für seine Betrachtungsweise minder wichtigen Gesichtspunkt zu erkennen. Sein eigentliches Ziel war Vertreibung der Schweden[2].

Friedrich Wilhelm unternahm es, trotz der Widerrede der Generalstaaten, sich auf alle Fälle zu sichern, auch wenn jene ihn im Stiche liefsen. Er schlofs deshalb am 23. Dezember 1676 mit Dänemark ein neues, engeres Bündnis gegen „Schweden, dessen Anhänger und Helfer während des gegenwärtigen Krieges“[3]. Indem beide Kontrahenten einander unter allen Umständen umfassender Hilfe versicherten, nahm der Kurfürst doch den Fall aus, dafs er einen Teil seiner Truppen gegen die Franzosen werde senden müssen. Diese Stipulation beweist, dafs er es aufrichtig meinte, wenn er damals die Holländer wissen liefs: nach der Eroberung Stettins werde er mit aller Macht wieder an den Rhein ziehen[4]. Dänemark, hiefs es im Vertrage weiter, solle die Schweden von der See vertreiben und namentlich den Kurfürsten bei der Belagerung von Seestädten mit Schiffen unterstützen. Beide Mächte hätten für die Aufrechterhaltung der kaiserlichen Würde,

[1] Die Gesandten langten erst am 30. Nov. 1676 in Nymwegen an, wo sie überdies bis zum 23. Dezember inkognito blieben; Actes et mémoires des négociations de la paix de Nimègues, I (Amsterdam 1679), S. 174. 265.

[2] Pufendorf, XV, 68. — Forderungen der brandenb. Gesandten: Négociations de la paix de Nimègues, II, 29 ff.

[3] Pufendorf, XV, 38—40. — v. Mörner, 391.

[4] Memorial der brandenb. Gesandten an die Generalstaaten v. 16. Jan. 1677; U. u. A., III. 494.

sowie der Unabhängigkeit und Verfassung des Reiches Sorge zu tragen. Waren die Festsetzungen des öffentlichen Vertrages vornehmlich dem Kurfürsten dienlich, so trugen die Geheimartikel mehr den Interessen Dänemarks Rechnung. Brandenburg solle dessen Rechte gegenüber den Ansprüchen des Herzogs von Holstein-Gottorp verteidigen. Der König solle unter allen Umständen ein Fünftel von Bremen-Verden erhalten, der Kurfürst nur dann einen angemessenen Anteil, wenn er nicht in Pommern vollständige Genugthuung finde. Andererseits versprach Dänemark Hilfe auch gegen die Polen, wenn diese Krieg mit Brandenburg begännen. Und nun kam eigentlich der Hauptpunkt des neuen Vertrages, der ja in Hinblick auf die schwebenden Friedensverhandlungen abgeschlossen wurde. Beide Mächte verbanden sich, nicht zu dulden, dafs ihre Eroberungen an schwedischen Ländern als Kompensationen für die Verluste, die Spanien an Frankreich erlitten, dienen sollten. Und wenn die Niederländer einen Sonderfrieden eingehen oder auch der Kaiser, das Reich und Spanien die beiden Kontrahenten im Stiche lassen würden, so sollten diese sich über gemeinsam weiter zu treffende Mafsregeln verständigen.

Man kann nicht leugnen, dafs dieser Vertrag mit Geschick und Thatkraft entworfen war; er macht zumal den brandenburgischen Unterhändlern Christoph und Eusebius von Brandt alle Ehre. Es fragte sich nur, ob er nicht auf der thatsächlich unmöglichen Voraussetzung beruhe, dafs, wenn von den Verbündeten verlassen, Dänemark und Brandenburg dennoch im stande seien, dem Angriffe Frankreichs und Schwedens die Spitze zu bieten.

Hier lag eine ernstliche Gefahr vor, die Friedrich Wilhelm nicht genügend beachtet hat. Je offener er die Vertreibung der Schweden vom Boden des Deutschen Reichs zum obersten Gesichtspunkte seiner Politik machte, desto sicherer entfremdete er sich die mit ihm verbündeten Grofsmächte. Die Generalstaaten wiesen deshalb alle seine Anerbietungen eines engeren Bündnisses zurück, und als sie van der Tocht im Mai 1677 abermals nach Berlin sandten, trugen sie ihm noch ganz ausdrücklich auf: sich in keine besondere Allianz mit Brandenburg, Dänemark oder Münster einzulassen und vor allem jede Bürgschaft von Eroberungen von vornherein abzuschlagen[1]. Die

[1] U. u. A., III, 496.

Neigung zum Frieden war in Holland ganz übermächtig geworden: obwohl der Prinz und Fagel dem Kurfürsten bei dessen neuerlichem Aufenthalt in Wesel (April 1677) die bündigsten Zusicherungen gethan hatten, nur für einen allgemeinen Ausgleich stimmen zu wollen[1], konnten sie sich der öffentlichen Meinung ihres Volkes nicht auf die Länge widersetzen. Am liebsten wäre freilich auch den Generalstaaten der allgemeine Friede gewesen, zu dem sie ihre Verbündeten durch Entziehung der Subsidien zu zwingen gedachten; sollte dies aber nicht gelingen, so war man bereit, sich im geheimen mit Frankreich über die Bedingungen zu einigen und mit diesem übermächtigen Staate einen Sondervertrag einzugehen. Friedrich Wilhelm war mit dieser Sachlage sehr wohl bekannt; er wufste auch, dafs er, in Gemäfsheit des von ihm selbst veranlafsten Artikels 24 des Bündnisses vom 1. Juli 1674, kein formelles Recht besitze, von den Niederlanden den Schutz seiner Eroberungen zu fordern. Nur um so grimmiger war seine Stimmung. „Ihre Hochmögenden," sagte er heftig zu van der Tocht, „machen es so, dafs ich, wenn sie wieder einmal überfallen werden, nicht der Freund sein werde, der ihnen helfen wird. Was mich betrifft, so bin ich benachteiligt, aber sie werden es am Ende auch fühlen."[2] Allein solche Zornesausbrüche liefsen die Generalstaaten kalt; sie erklärten in Nymwegen offiziell, dafs nach ihrer Meinung weder der Kaiser noch Brandenburg zu einer andern Forderung als der nach Wiederherstellung des Westfälischen Friedens berechtigt seien[3]. Es konnte auch den Kurfürsten nicht trösten, dafs die Hochmögenden gegen den Widerspruch Frankreichs die offizielle und thätige Beteiligung seiner Gesandten an den Friedensverhandlungen in Nymwegen durchsetzten[4].

Da der Kaiser gleichfalls von vorzeitigen Friedensverhandlungen nichts wissen wollte, versuchte der Kurfürst, sich dessen moralische und materielle Unterstützung zu sichern. Er bat

[1] J. Salpius, Paul v. Fuchs (Leipzig 1877), S. 39. — Das Protokoll der Konferenz zwischen dem Kurf. und Fagel, v. 11./21. April 1677, findet sich im Geh. Staatsarch. (Berlin), Rep. 63 Konv. 2.

[2] U. u. A., III, 502.

[3] Pufendorff, XV, 55.

[4] d'Estrades, Lettres, mémoires et négociations, Bd. VIII (London 1743), S. 57. 66 f. 137.

ihn, nicht allein das Corps Coobs noch mit Infanterie zu verstärken, sondern auch das in Schonen geschlagene Dänemark zu unterstützen; denn erst nach gänzlicher Besiegung der Schweden könne das Reich seine gesamten Kräfte gegen die Franzosen vereinen. Allein dazu war in Wien keine Bereitschaft vorhanden. Mit Recht wies der Kaiser darauf hin, die Entscheidung liege in den Niederlanden und am Rhein, wo ohnehin der Stand der Dinge ein ungünstiger sei, während es für die Allgemeinheit wenig ausmache, ob der Kurfürst etwas mehre oder mindere Vorteile gegen die Schweden davontrage. Nur durch ausgiebige kaiserliche Unterstützung seien die Niederlande noch von einem Sonderfrieden mit Frankreich abzuhalten. Deshalb könne er dem Kurfürsten nicht mehr als das Coobsche Corps gewähren. Leopold zeigte sich ebensowenig geneigt, sich durch sofortige Belehnung Brandenburgs mit Vorpommern in unabsehbare Verwickelungen zu stürzen, die um so gefährlicher waren, je mehr Holland Miene machte, seine Hand aus dem Spiele zu ziehen. Diese Bedenken wogen auch bei den norddeutschen Verbündeten vor. Der Bremer Konvent ging ergebnislos auseinander, und auf dem niedersächsischen Kreistage zu Braunschweig war die Stimmung jeder Unterstützung Brandenburgs geradezu feindlich. Es war nur ein geringer Trost, dafs, um seine Eroberungen in Bremen-Verden zu schützen, der Bischof von Münster mit Brandenburg und Dänemark ein Angriffsbündnis gegen Schweden abschlofs (April und Mai 1677). Seine Macht war allzusehr geschwächt, als dafs sie noch bedeutend in die Wagschale gefallen wäre. Den lüneburgischen Herzogen konnte die Zusage einer Sendung von 3000 Mann zur Belagerung Stettins nur durch das Zugeständnis abgewonnen werden, dafs der Kurfürst ihnen für die nächstjährigen Winterquartiere ganz Mecklenburg einräumte[1].

Friedrich Wilhelm sah sich im grofsen und ganzen auf seine eigenen Hilfsmittel angewiesen. Um so mehr eilte er, die Eroberung Pommerns zur vollendeten Thatsache zu machen, solange Schweden noch der mächtigen Unterstützung durch Frankreich entbehren mufste. Sein Angriff galt vor allem Stettin. Der klägliche Zustand der Finanzen und Verteidigungs-

[1] U. u. A., XIV, 882 ff. — Pufendorf, XV, 3—8. — v. Mörner, 395 ff.

mittel des skandinavischen Reiches, der dieses tief entmutigte[1], erleichterte seine eigene Aufgabe. Die feindliche Flotte hatte er nicht zu fürchten; sie erlitt abermals, am 11. Juli 1677 in der Kiögebucht, von der dänischen eine vollkommene Niederlage, die sie von der See wegfegte und damit die schwedischen Besitzungen auf dem Kontinente von dem Mutterlande abschnitt. Um so freier konnte die kleine brandenburgische Flotte auftreten. Raule war zum „Oberschiffsdirektor" mit 150 Reichsthalern monatlichen Gehalts ernannt worden. Aber aufser den sechs Fahrzeugen, die er gestellt, hatte der Kurfürst auf eigene Kosten noch weitere sieben Schiffe bauen lassen. Die ganze Seemacht war mit 656 Mann und 119 Geschützen besetzt und stand unter dem Oberbefehle des Cornelius Claessen van Beveren. Sie wurde zur Blockierung der pommerschen Hauptstadt von der Seeseite her bestimmt[2].

Stettin, durch die Oder in die Altstadt auf dem linken und die Vorstadt Lastadie auf dem rechten Ufer geteilt, war durch Wall, Graben und vorgeschobene Werke, sowie, auf dem rechten Oderufer, durch Wasserläufe und Sümpfe geschützt. Die Besatzung, von Generalmajor Wulffen befehligt, war verhältnismäfsig schwach — 2300 Mann —, wurde aber durch 1800 wohlorganisierte und geübte Bürger unterstützt[3]. Sie hofften bestimmt auf Ersatz aus dem Mutterlande. Der Kurfürst hatte diesmal die Belagerung sorgfältig vorbereitet, einen umfassenden Belagerungspark — 180 Geschütze verschiedener Art mit reichlichem Schiefsbedarf, sowie Schanzmaterial — zusammengebracht. Sein Heer in Pommern zählte 18000 Brandenburger nebst 4000 Lüneburgern und Münsterern; allerdings bestand die Hälfte aus Reiterei, die für die eigentliche Belagerung nicht zu verwenden war. Anfang Juli 1677 erschienen die Verbündeten vor der Festung. Der Hauptangriff wurde gegen die schwächste Front, auf der Südseite der Altstadt, unter dem besondern Befehle Derfflingers unternommen, die übrigen Fronten aber gleichfalls durch Belagerungsgeschütze beschossen, deren Bomben und Feuerkugeln zahlreiche Brände in der Stadt hervorriefen. Trotz

[1] d'Estrades, VIII, 225.

[2] Peter, 11 f. — Schück, II, 70 f.

[3] Müsebeck, 95. — v. Schöning, 26 ff. — Die Angaben v. Ungers (S. 384) sind zu hoch.

der kräftigen, oft mit erfolgreichen Ausfällen wirkenden Gegenwehr der Verteidiger, trotz ihres geschickten Minenkrieges näherten sich die Arbeiten der Angreifer, wenn auch langsam, dem Hauptwalle der Südfront. Der Kurfürst erschien selber häufig in den Batterien, sogar in Begleitung seiner unerschrockenen Gemahlin. Die brandenburgische Marine aber liefs von der See her keine Verstärkung, keine Vorräte in die Stadt.

Die tapfere Besatzung erkannte endlich, dafs von Hilfe aus der Heimat nicht die Rede, deshalb die Fortsetzung der beinahe halbjährigen Verteidigung aussichtslos sei und nur über die Bürger die furchtbarsten Leiden verhängen müsse. Am 27. Dezember 1677 kapitulierte sie: die schwedischen Nationaltruppen — nur noch 400 Mann — erhielten freien Abzug nach der Heimat, die überaus schwachen deutschen Regimenter wurden aufgelöst.

Die Eroberung Stettins machte damals, wo Belagerungen als etwas überaus Schwieriges galten, einen gröfsern Eindruck als der Sieg von Fehrbellin, der in der Erinnerung der Nachwelt weit glänzender fortlebt. Sie legte in der That von der Tüchtigkeit und Sachkenntnis der brandenburgischen Ingenieure und Artillerieoffiziere ein rühmliches Zeugnis ab.

Friedrich Wilhelm glaubte die Stadt für immer gewonnen zu haben. Sie hatte unter der Beschiefsung schwer gelitten, ihre Häuser und Kirchen waren verwüstet, ihr Wohlstand beinahe vernichtet. Der Kurfürst that sofort das im Augenblick Mögliche, um ihr aufzuhelfen. Er gewährte ihr Steuerfreiheit auf zehn Jahre hinaus, freie Fischerei auf der Oder und im Haff. Grofse Absichten hegte er in betreff der wichtigen Hafenstadt, von der aus er die Ostsee und den Atlantischen Ocean weithin zu befahren gedachte. Sein kühner und dabei systematisch denkender Geist war sogleich in schöpferischer Thätigkeit. Er setzte in Stettin einen allgemeinen Handelsrat ein, zu dem aus jedem brandenburgisch-preufsischen Hafenorte ein kaufmännisches Mitglied abgeordnet werden sollte[1]. Kurz, Stettin war dazu bestimmt, der Mittelpunkt des brandenburgischen Seehandels zu werden.

Der Feldzug war allerdings mit dieser einen grofsen

[1] P. F. Stuhr, See- und Kolonialmacht des Grofsen Kurfürsten (Berlin 1839), S. 15.

Waffenthat ausgefüllt worden, und man mufste, nachdem der siegreiche Kurfürst triumphierend in Berlin eingezogen war, in die Winterquartiere gehen.

Die Aussichten waren sonst nicht gerade glänzend. Die Dänen hatten trotz ihrer Übermacht in Schonen nichts Wesentliches ausgerichtet. Sie hatten zwar im September die Insel Rügen genommen, liefsen sich aber von dem kühnen und geschickten Königsmark dort im Januar 1678 überraschen und fast bis zur Vernichtung schlagen; nur die brandenburgischen Reiter unter Oberst von Hülsen hatten sich tapfer gehalten, waren aber auch dafür dem Tode oder der Gefangenschaft verfallen. Damit war die für den kommenden Feldzug von dem Kurfürsten beabsichtigte Belagerung Stralsunds sehr erschwert. In den Niederlanden hatten die Verbündeten abermals herbe Verluste erlitten. Der Marschall Luxemburg hatte Oranien bei Mont-Cassel gänzlich besiegt, den Rest der belgischen Provinzen Artois und Hennegau mit einer Reihe starker Festungen erobert. Ein abermaliger Angriff der Kaiserlichen auf das Elsafs war gescheitert, vielmehr das starke Freiburg an die Franzosen verloren gegangen und damit der vorjährige Gewinn Philippsburgs mehr als wettgemacht. Sobieski hatte, trotz seiner Siege, mit den Türken einen ungünstigen Frieden geschlossen, nur um auf Frankreichs Geheifs dessen Schützlinge, die ungarischen Aufständischen, unterstützen zu können. 6000 Polen kamen diesen zur Hilfe, die nunmehr, im Oktober 1677, über die kaiserlichen Truppen bei Nalab einen vollständigen Sieg davontrugen, ihnen Oberungarn entrissen, Wien selbst bedrohten. Die ganze Koalition stand auf dem Punkte, auseinanderzufallen. Der Kaiser mufste seine besten Kräfte zur Niederwerfung des ungarischen Aufstandes verwenden. Die Generalstaaten erklärten schon im Sommer 1677 ganz unverhohlen, dafs sie den Krieg nicht fortzusetzen vermöchten, und dafs sie im besondern dem Kurfürsten nur noch für das laufende Jahr Hilfsgelder zahlen würden[1].

Friedrich Wilhelm war schmerzlich erregt. Es zeigte sich, dafs jedermann ihm die erfochtenen Siege beneide. Eine junge, strebsame Macht wird immer alle Welt wider sich haben, und Brandenburg war bei weitem nicht stark genug, um diese all-

[1] U. u. A., III, 509 f.

gemeine Abneigung mit Ruhe ansehen zu können. Am wenigsten war die reizbare Gemütsart Friedrich Wilhelms dazu angethan, die vielseitige Gegnerschaft mit stiller Würde zu ertragen. Mit Hamburg und Lübeck stritt er sich, weil sie ihm die vom Kaiser zu seinen Gunsten angewiesenen Winterquartiergelder — 50000 und 10000 Thaler — nicht zahlen wollten; den Lübeckern liefs er sogar durch seine Marine einige Schiffe wegnehmen. Ebenso geriet er mit den ihm ohnehin ungünstig gesinnten Polen in Zwiespalt. Ein gelehrter und beredter, aber äufserst fanatischer und streitsüchtiger Prediger in Danzig, Doktor Aegidius Strauch, hatte aus lutherischem Eifer von der Kanzel wie früher gegen die Katholiken und den nach seiner Meinung allzu duldsamen Danziger Rat so gegen den reformierten Kurfürsten von Brandenburg häufig gedonnert und alles versucht, um die Bürger gegen ihn in Waffen zu bringen. Darauf hatte Friedrich Wilhelm sich an ihm durch eine unfeine List gerächt. Er hatte Strauch den Hamburgern derart empfohlen, dafs diese ihn an eine ihrer Kirchen beriefen; aber bei der Überfahrt liefs ihm der Kurfürst auflauern, ihn vom Schiffe wegnehmen und dann nach Küstrin auf die Festung bringen (1675)[1]. Die Danziger wandten sich klagend an den König von Polen, der nunmehr (Nov. 1677) den Obersten Gurszinski an den Kurfürsten sandte, um die Freigebung des Gefangenen zu erlangen. Gurszinski trat mit grofser Anmafsung auf: der Kurfürst werde sehen, dafs er keinen Johann Kasimir und Michael mehr sich gegenüber habe[2]. Um so weniger war Friedrich Wilhelm geneigt, dem Anliegen eines Fürsten Folge zu leisten, der sich bereits als sein Feind erwiesen hatte. Am 1. August hatte König Johann Sobieski, auf Andringen Frankreichs, mit Schweden ein Bündnis zu gemeinsamer Eroberung des Herzogtums Preufsen geschlossen, wobei Polen 6000 Mann stellen sollte. Lilljehoeck triumphierte und sah im Geiste schon Preufsen von den polnischen Scharen überschwemmt[3]. Zum Glück war der König ohne die polnischen Reichsstände ohn-

[1] Pufendorf, XIII, 59. — Lengnich, VIII, 90 f. — Orlich, III, 265. 268 f. — G. T. Gallus, Gesch. der Mark Brandenburg, IV² (Züllichau 1801), 139 f.

[2] Gleichlautend: Bericht van der Tochts v. 6./16. Nov. (U. u. A., III, 511) und Pufendorf, XV, 24.

[3] Vgl. Et. Gallois, Lettres inédites de Feuquières, IV (Paris 1846), S. 134 f. 138.

mächtig, und diese wufste der altbewährte und des Terrains vorzüglich kundige Gesandte Brandenburgs in Warschau, Hoverbeck, jedem solchen Wagnis abgeneigt zu stimmen. Gerade der intrigante Charakter von Sobieskis Gemahlin flöfste ihnen die Besorgnis ein, das Königspaar wolle sie mit französischer Hilfe unterdrücken, ihrer Freiheit berauben. Dafs Friedrich Wilhelm damals den Dr. Strauch, nachdem dieser eidlich versprochen hatte, sich künftighin ruhig zu verhalten, nach Danzig entliefs, machte in Polen den besten Eindruck. Immerhin hatte der Kurfürst sich von dem polnischen Herrscher nichts Guten zu versehen, besonders da zur selben Zeit in dem benachbarten schwedischen Livland ein Heer von beinahe 15000 Mann zusammengezogen wurde. Karl XI., der durch einen Einfall in Preufsen dem bedrängten Königsmark in Pommern eine wirksame Diversion zu machen beabsichtigte, befahl dem in Livland kommandierenden General Christer Horn, im Januar 1678, sogleich in Preufsen einzurücken. Unter Begünstigung Sobieskis warb dort dessen Schwager Bethune, der französische Gesandte in Warschau, 4000 Mann zur Unterstützung der Schweden und quartierte solche in Westpreufsen ein. Es zog sich hier ein bedrohliches Ungewitter gegen den Brandenburger zusammen[1]. Der Kurfürst liefs in aller Eile den Prinzen von Homburg mit vier Reiter-, zwei Dragoner- und zwei Infanterieregimentern — etwa 5600 Mann — an die Ostgrenze Preufsens marschieren und bot die Landbevölkerung dieser Provinz auf[2]. Solche Mafsregeln, der Umstand, dafs sowohl der Schwager des Kurfürsten, Herzog Jakob von Kurland, als auch der littauische Kron-Grofsfeldherr Pac den Schweden den Durchzug verweigerten, endlich der üble Zustand des eigenen Heeres liefsen Horn noch einstweilen das mit so vieler Zuversicht vorbereitete preufsische Unternehmen vertagen.

So klärten sich die Aussichten im Osten, und auch im Westen wurden sie heller. Das englische Volk hatte so dringend den Krieg gegen den Feind der europäischen Freiheit, gegen den König von Frankreich verlangt, dafs Karl II. sich genötigt sah, dem endlich Rechnung zu tragen. Er vermählte seine

[1] A. Riese, Des Grofsen Kurf. Winterfeldzug 1678/79 (Berlin 1864), S. 2 ff. — Ferd. Hirsch, Der Winterfeldzug in Preufsen 1678/79 (Berlin 1897), S. 23 f.

[2] Jungfer, 104 ff.

Nichte Maria, die präsumptive Erbin Englands, mit Wilhelm von Oranien; und am 10. Januar 1678 schlofs er im Haag einen Vertrag mit den Generalstaaten, um Frankreich zu einem billigen Frieden zu zwingen. „Es handelt sich um die Krone," entschuldigte er sich bei dem französischen Gesandten.

Gewifs waren die Absichten Karls II. keine ehrlichen, gewifs strebte er mit allen Mitteln danach, die Dinge so zu gestalten, dafs er doch seinen französischen Soldherrn noch zufriedenstelle. „Die oranische Heirat," schrieb schon am 30. November 1677 der jüngere Schwerin aus London, „hat wenig bewirkt, und alles wird wohl beim alten bleiben, wenn die gute Korrespondenz mit Frankreich nicht aufhört." Allein, die Dinge in England waren immerhin in Flufs geraten, und die Stimmung in den Niederlanden wurde wieder zuversichtlicher. Gelang es hier, einige Erfolge gegen Frankreich zu erfechten, dann durfte man hoffen, mit Hilfe des britischen Volkes den Krieg unter guten Aussichten weiterzuführen.

Oranien glückte es unter diesen Umständen, die Generalstaaten zu dem Beschlusse zu bewegen, den Kampf mit voller Kraft wieder aufzunehmen. Zu diesem Behufe forderten sie auch den Kurfürsten von Brandenburg auf, ein beträchtliches Truppencorps nach Belgien zu entsenden. Mit vollem Rechte. Hatten sie ihm ihre Subsidien nur deshalb bezahlt, damit er für sich Schwedisch-Pommern erobere? und hatte er nicht im vorhergehenden Jahre fest versprochen, er werde nach der Einnahme Stettins mit seinem ganzen Heere an den Rhein ziehen? Es war eine verhängnisvolle Entscheidung des Kurfürsten, es war der gröfste politische Fehler, den er je begangen, das wiederholte und dringende Gesuch der Staaten abzuschlagen. Angriffe der Schweden hatte er für diesen Sommer nicht zu fürchten. Dagegen hatte ihn schon der Friede von Oliva belehrt, dafs, solange die französische Macht aufrecht stand, jede Eroberung schwedischen Gebietes fruchtlos und vergänglich war. Pommern mufste in den belgischen Ebenen gewonnen werden. Nur die leidenschaftliche Freude an verhältnismäfsig sicheren Augenblickserfolgen und ein ungerechtfertigter Optimismus konnten Friedrich Wilhelm über diese an sich einleuchtende Wahrheit täuschen. Und anderseits: wie durfte er bei den Friedensverhandlungen auf den guten Willen und die Unterstützung der Holländer zählen, wenn er deren

bestberechtigte Wünsche zurückwies? Hatte er nur deshalb das Bündnis von 1674 geschlossen, um wenige Monate am Oberrhein unrühmlich zu kämpfen und dann Vorpommern zu erobern? Sah sein selbstisches Verhalten nicht dem frühern Abfall, vom Sommer 1673, verzweifelt ähnlich? Solche Erwägungen praktischer und moralischer Natur traten bei ihm hinter den brennenden Wunsch zurück, Pommerns Eroberung zu vollenden, ehe der Friede geschlossen werde. Nicht mehr als die sechs schwachen Regimenter, die unter Generalleutnant Spaen im Klevischen standen — zusammen kaum 3000 Mann —, versprach er nach den Niederlanden zu senden, und auch die nicht sofort, sondern erst, wenn sie sich erholt und komplettiert hätten. Vergebens wies ihn der Prinz darauf hin, dafs Frankreichs ungeheure Rüstungen kräftige Gegenmafsregeln erforderten, die zu treffen die Niederlande allein nicht im stande seien; vergebens verlangte er wenigstens 6000 Mann; vergebens beanspruchte auch der kaiserliche Hof dringend brandenburgischen Beistand am Oberrhein. Friedrich Wilhelm blieb halsstarrig bei seinem Beschlusse, seine gesamte Macht auf Pommern zu vereinigen. „Der Herr Kurfürst denkt also nur daran, seine eigenen Angelegenheiten zu betreiben," sagte mit Recht der englische Kanzler zu dem brandenburgischen Gesandten in London[1].

So nahm das Verhängnis seinen Gang.

Louvois hatte schon Anfang März das französische Heer auf 300000 Mann vortrefflich geschulter und ausgerüsteter Truppen gebracht, von denen ein beträchtlicher Teil in Flandern wie ein verheerender Strom einbrach, Gent und Ypern eroberte. Oranien schützte mit Mühe Brüssel. Nichts schien der klugen Berechnung, den ungeheuren Mitteln, der militärischen Gewandtheit und dem ungestümen Mute der Franzosen widerstehen zu können. Unter dem Eindrucke dieser Schläge kehrte Karl II. von England sich wieder der französischen Partei zu, setzte die aristokratische Partei in Holland sich mit dem Allerchristlichsten Könige in Verbindung. Der überreichte am 15. April 1678 in Nymwegen sein Ultimatum. Es war sehr fein darauf angelegt, die Holländer von der ohne sie machtlosen

[1] Kurf. an Anhalt in Wien, 8./18., 14./24. Jan. 1678; Orlich, III, 285 ff. — Depesche des jüngeren Otto v. Schwerin, 7. Jan. 1678; Briefe aus England, S. 178. — U. u. A., III, 511 ff.

Koalition zu lösen. Gegen deren andere Mitglieder überaus hart, gestand es der Republik alles zu, was diese nur wünschen konnte: die bisher hartnäckig verweigerte Rückgabe von Maestricht, ja die Erneuerung des für sie aufserordentlich vorteilhaften Handelsvertrages von 1662. Aber Spanien, das nur zum Schutze der Vereinigten Provinzen zu den Waffen gegriffen hatte, sollte die Freigrafschaft und eine Reihe wichtiger südbelgischer Festungen verlieren, Schweden auf Kosten Dänemarks und der Norddeutschen in alle seine an diese verlorenen Besitzungen wieder eingesetzt werden. Ludwig liefs sich nur mit Mühe dazu bestimmen, die Gültigkeit dieses Ultimatums bis zum 15. August zu verlängern. Da nun der König von England nicht die mindeste Miene machte, mit Frankreich zu brechen, vielmehr diese Macht und Schweden nach Möglichkeit begünstigte[1], beschlossen die Generalstaaten, auf Grund des französischen Ultimatums zu verhandeln und damit jede Rücksicht auf ihre Bundesgenossen zu verleugnen.

So schnell erwuchsen dem Brandenburger die schlimmen Folgen seines gefährlichen Entschlusses. Hätte er zehn- bis fünfzehntausend Mann dem niederländischen Heer zugeführt, noch mehreres versprochen, so würde die Stimmung in den Vereinigten Provinzen eine andere gewesen sein, hätten sie niemals seine Interessen in den Friedensverhandlungen so gänzlich geopfert. Man darf sagen: unter den gegenwärtigen Umständen hatten sie gerade ihm gegenüber nicht die mindeste Verpflichtung. Was half es, dafs er am 8. März sein Verteidigungsbündnis mit ihnen erneuerte, ihnen die Schenkenschanze wieder erstattete und auf die rückständigen Subsidien verzichtete, wogegen sie ihm endgültig die Hofysersche Schuld erliefsen?[2] Die politisch-militärische Bedeutungslosigkeit solcher Abmachungen hatte sich nur allzu häufig gezeigt in dieser Zeit, wo Pergament und Siegelwachs eine mehr der Menge als der Wichtigkeit nach grofse Rolle spielten. Das einzig Dauernde an dem Vertrage war die Regelung der lästigen Hofyserschen Schuldsache. Friedrich Wilhelm versuchte das drohende Unheil durch bewegliche Klagen bei den Generalstaaten und dem Prinzen von Oranien abzuwenden. Diese waren, in schnellem Um-

[1] Briefe Otto v. Schwerins aus Engl., S. 190: 28. Jan. 1678.
[2] Pufendorf, XVI, 97—100.

schwunge der Dinge, nun die Herren der Lage geworden, er der Bittende. Mit Recht beschwerte er sich, dafs man ihn bei den Verhandlungen in Nymwegen gar nicht heranziehe, da doch in dem französischen Friedensentwurfe die erste Bedingung die Restitution Schwedens sei. Er stellte das bundestreue Verhalten Frankreichs dem der Staaten gegenüber, die ihre Freunde „abandonnierten". Aber mit Unrecht bezeichnete er das Benehmen der Holländer als bundesbrüchig; das war es eben in Hinsicht auf ihn nicht. Es kam zu spät, wenn er nunmehr — im Juni 1678 — versprach, in Pommern nur verteidigungsweise verfahren, mit 20000 Brandenburgern und 10000 norddeutschen Verbündeten in den Niederlanden erscheinen zu wollen. Wer mochte dem noch Glauben beimessen, nachdem die Jahreszeit schon so weit vorgeschritten war, nachdem er selber kurz vorher seine Armee als durch die Stettiner Belagerung zu Grunde gerichtet dargestellt hatte?[1]

Oranien hätte den Kampf gern fortgesetzt, allein er besafs hierzu keine verfassungsmäfsige Befugnis, und sein persönlicher Einflufs war damals infolge seiner militärischen Mifserfolge bedeutend gesunken. Er antwortete dem Kurfürsten ganz wahrheitsgemäfs: es sei zu spät, den Frieden zu verhindern; er müsse sich der Notwendigkeit unterwerfen; hätten die Verbündeten ihn früher nach seinem wiederholt und nachdrücklich ausgedrückten Wunsche thatkräftig unterstützt, so würde alles sich günstiger gestaltet haben[2]. Erneute Vorstellungen der vier „nordischen Alliierten" — Dänemark, Brandenburg, Haus Lüneburg, Münster — hatten im Haag nur den Erfolg, dafs die Generalstaaten sie abermals aufforderten, die französischen Friedensvorschläge anzunehmen, um der Niederlande „augenscheinliches Verderben auf die beste Art zu verhüten". In einer Konferenz verlangten die Gesandten: wenn die Hochmögenden wirklich Frieden mit Frankreich schlössen, sollten sie wenigstens ausbedingen, dafs dieses nicht Schweden assistiere, und dafs im Gegenteile die Generalstaaten nach den bestehenden Verträgen ihre Verbündeten unterstützten. Die Holländer mufsten das ablehnen; wie sie mit Recht sagten, „aus Nezessität" — Frankreich wäre ja niemals auf solche Bedingung eingegangen,

[1] U. u. A., III, 517—527.
[2] Pufendorf, XVI, 33.

die seine Forderungen geradezu auf den Kopf stellte. In Nymwegen, hiefs es in der niederländischen Antwort weiter, müsse es zum allseitigen Frieden kommen, sonst seien sie, die aufser stande, sich weiter zu verteidigen, deren Heere dem Untergange ausgesetzt seien, verloren. Und dabei blieb es. Brandenburg lehnte die französischen Friedensbedingungen ab, aber die Niederländer erklärten sich mit ihnen einverstanden, allerdings mit dem Ausdrucke des Bedauerns, sowie der besten Wünsche für den Kurfürsten. Die halfen ihm wenig, denn Frankreich sprach beständig und nachdrücklich von dem Kriege, den es gegen den Brandenburger zu führen gedenke, um ihn zur Unterwerfung zu zwingen[1].

Auch auf das Reich durfte dieser nicht zählen. Sein Waffenglück erweckte ihm immer mehr Neider, das französische Gold immer mehr Gegner unter den deutschen Fürsten. Die beiden Kurfürsten von Sachsen und Bayern schlossen am 31. Mai 1678 einen Vertrag, nach dem sie mit einer gemeinsamen Armee von 20000 Mann den Frieden im Reiche, den Ausschlufs aller auswärtigen Interessen, sowie das Aufhören aller Truppendurchzüge und Einquartierungen zu erzwingen sich zur Aufgabe stellten. Der Sachse erhielt für diesen edlen Entschlufs wieder die schmerzlich vermifsten französischen Subsidien. Die Spitze des Bündnisses richtete sich weniger gegen den Kaiser als gegen Brandenburg, denn in einem geheimen Artikel verpflichtete man sich: wenn dieser Staat sich nicht mit einer ganz geringfügigen Landabtretung seitens der Schweden begnüge, die Waffen der 20000 Bundesstreiter gegen ihn zu kehren[2]. „Es ist unverantwortlich," so begründete Bayern sein Verfahren, „dafs das ganze römische Reich und dessen unschuldige Stände und Unterthanen wegen des einen oder des andern Standes Partikulareroberungen noch länger im Krieg und in der Gefahr des völligen Ruins verbleiben sollen."[3] Es war dies die Politik des unbedingten Friedens, der, nach all den Schrecknissen des Dreifsigjährigen und des Türkenkrieges, an sich für das gequälte Deutschland höchst wünschens-

[1] Négociat. de la paix de Nimègue, II, 396 ff. 415 ff. 444 ff. 494 ff. — U. u. A., III, 527—535.

[2] Auerbach, 441 ff. — Flathe, Gesch. Sachsens, II², 250.

[3] Doeberl, 508.

wert, es dennoch unweigerlich der Herrschaft und der Habgier der Fremden überliefert haben würde.

Nichts Besseres war von dem offiziellen England zu erhoffen, so dringend auch die öffentliche Meinung dort den Krieg gegen die Franzosen forderte. König Karl II., nach wie vor der unterwürfige Diener Ludwigs XIV., verweigerte dem Kurfürsten die erbetene Hilfe gegen seine Feinde platterdings und sogar in unhöflicher Form[1].

Freundlicher erzeigte sich der Kaiser[2], aber nicht aus aufrichtiger Gesinnung, sondern weil er fürchtete, durch weitere Verweigerung der Belehnung mit Vorpommern den Kurfürsten, der ohnehin weder spanische noch niederländische Subsidien mehr bezog, zum Ausgleiche mit Frankreich zu treiben. Die Wiener Regierung eröffnete ihm deshalb (April 1678): erhalte er im endgültigen Frieden Schwedisch-Pommern, so werde ihn der Kaiser mit diesem Lande belehnen, falls er dafür seine Ansprüche auf Jägerndorf aufgebe. Dieses Zugeständnis war schon sehr verklausuliert und wurde durch den Zusatz noch unerfreulicher gestaltet, dafs der Kaiser sich zur Gewährung einer Waffen- oder Geldhilfe — sei es an Dänemark, sei es an Brandenburg — aufser stande sehe. Friedrich Wilhelm fand sich indes gerade durch den drohenden Abfall der Niederlande und Spaniens bewogen, die Erklärung des Kaisers anzunehmen, um sich wenigstens mit diesem Alliierten gutzustellen. Er sandte abermals Krockow nach Wien, mit der Mahnung, Leopold I. möge auch nach dem verwerflichen Vorgehen der Holländer den Krieg fortsetzen. Der Kaiser antwortete mit dem Verlangen, die nordischen Alliierten sollten sich mit ihm über die Bildung einer gemeinsamen Armee gegen Frankreich verständigen und mit Hintansetzung aller Sondervorteile — nämlich mit Verzicht auf den Krieg gegen Schweden — dem grofsen Werke alle Kraft widmen.

Das hiefs: Friedrich Wilhelm und seine nordischen Verbündeteten sollten sich unter allen Umständen mit Schweden abfinden, um im Dienste der Habsburger Frankreich zu bekämpfen. So eigensüchtig sich eine derartige Forderung auch anhörte, sie war nicht unberechtigt, weil es eben keinem Zweifel

[1] Ferd. Hirsch, Brandenb. und Engl. 1674—79, II (Jahresber. des Königstädt. Realgymnas. zu Berlin, 1899), S. 4.

[2] U. u. A., XIV, 889—897. — Pufendorf, XVI, 79—81.

unterlag, dafs ohne Nötigung durch die Waffen Frankreich niemals das ihm verbündete und für seine Politik im Norden und Osten Europas durchaus notwendige Schweden fallen lassen werde. Damals, ehe noch die Niederlande endgültig ihren Frieden abgeschlossen hatten, wäre es wahrscheinlich möglich gewesen, einige Abtretungen von Schweden zu erlangen. Aber der Kurfürst begehrte alles oder nichts, — er beabsichtigte seinen Waffengang mit den Schweden bis zu ihrer völligen Vertreibung aus Deutschland fortzusetzen. Er bedachte nicht, dafs seine Kräfte zur Festhaltung einer Eroberung nicht ausreichten, die Frankreich ihm wieder entreifsen wollte, die seine deutschen Mitfürsten ihm nicht gönnten, und für die der Kaiser, mindestens, kein Interesse hegte. Seine Räte waren vorsichtiger und nüchterner; selbst diejenigen, die früher die Kriegspolitik befürwortet hatten, stimmten jetzt dafür, sich mit Frankreich und Schweden zu verständigen, ehe es zu spät sei[1]. Allein Friedrich Wilhelm wollte es auf sein Glück und seine Geschicklichkeit hin noch weiter wagen.

Alle seine Anstrengungen galten der Bezwingung des noch uneroberten Restes von Pommern. Er brachte nach langen Unterhandlungen die Lüneburger so weit, dafs sie ihm wieder 3000 Fufsgänger und 500 Reiter zur Hilfe sandten, — nicht aus gutem Willen, sondern weil nur die völlige Niederlage Schwedens in Pommern ihnen selbst den Besitz des Herzogtums Bremen sichern konnte. Mit Dänemark und Münster schlofs er (14. August) einen neuen Vertrag zu gemeinsamem Widerstande gegen Frankreichs Tyrannei und zu endgültiger Bezwingung Schwedens[2].

Es galt zunächst der Rückeroberung der Insel Rügen[3]. Man mufste die im Januar erlittene Scharte der verbündeten Waffen wieder auswetzen; überdies war ohne den Besitz Rügens die Belagerung Stralsunds unmöglich. Dänen und Brandenburger sollten zu diesem Zwecke zusammenwirken. Im Juni wurden die kurfürstlichen Truppen bereitgestellt, auch die Re-

[1] Brief des älteren Schwerin an den Herzog v. Croy, 9./19. Juni 1678; Orlich, II, 321.

[2] Pufendorf, XVI, 52—57.

[3] Über das Folgende sehe man besonders: v. Unger, 399 ff.; v. Buch, II, 66 ff.; O. Fock, Rügen-Pommersche Geschichten, VI (Leipzig 1872), S. 362—459.

gimenter Homburgs aus Preufsen wieder herangezogen, da die Eventualität eines schwedisch-polnischen Einfalles auf absehbare Zeit hinaus beseitigt schien.

Graf Königsmark, der einzige tüchtige General aus der Schule Karls X. Gustav, den Schweden noch besafs, verfügte zur Verteidigung des weitläufigen und in zahllose schmale Halbinseln auseinandergezogenen Eilandes nur über 5000 Mann zu Pferde und zu Fufs. Er hatte alle dienlichen Vorbereitungen zur schnellen Bewegung dieser kleinen Streitmacht getroffen, ferner die Küste des Stralsunder Boddens, des die Insel vom Festlande trennenden Meeresarmes, durch Befestigungen geschützt.

Demgegenüber hatte der Kurfürst 350 Transportfahrzeuge zusammengebracht, die Truppen im Ein- und Ausladen geübt, das ganze Unternehmen in allen Einzelheiten geordnet, eine Auswahl der besten Soldaten getroffen. Man mufste die dänische Flotte abwarten, die 3000 Infanteristen, durch brandenburgische Reiter verstärkt, an der Nordspitze der Insel landen sollte, während die brandenburgische Hauptmacht im Süden anzugreifen hatte. Nach wiederholten vergeblichen Versuchen, die hauptsächlich durch ungünstige Winde vereitelt wurden, landeten am 22. September zunächst die Dänen bei Wittow, in der Nähe von Arcona, dann, unter dem Schutze des Feuers holländischer Kriegsschiffe, die Brandenburger, mit Vermeidung der Befestigungen am Stralsunder Bodden, nördlicher bei Putbus, am Abend des 23.; die Infanteristen sprangen, in vollem Gefechtseifer, ins Wasser und durchwateten es bis zum Ufer. Der Kurfürst selber und Derfflinger leiteten persönlich den Angriff. Da die Schweden sich zu schwach fühlten, leisteten sie nur geringen Widerstand und zogen sich nach Stralsund zurück. Sofort folgten ihnen, auf des Kurfürsten Befehl, die Brandenburger Infanterie und die abgesessenen Dragoner, erstürmten die Verschanzungen am Bodden, nahmen mehr als tausend Feinde gefangen. Ganz Rügen war, bis zum 26. September, in ihren Händen; der glänzende Sieg hatte ihnen kaum vierzig Leute gekostet.

Die Bestürzung unter den Schweden über den Verlust der Fährschanzen war so grofs, dafs sie auch die kleine Insel Dänholm räumten, die den Hafen von Stralsund beherrschte, deren Befestigungen aber noch nicht vollendet waren. Die branden-

burgischen Kriegsschiffe konnten nunmehr Stralsund vom Meere abschliefsen. Sofort begann die Belagerung[1]. Sie wurde durch den Umstand begünstigt, dafs die Bürgerschaft, die hartnäckig an ihren Privilegien festhielt, und in der vielfach brandenburgische Sympathien herrschten, mit dem Grafen Königsmark in steten Streitigkeiten lag. Der schwedische General war selber tief entmutigt, so dafs er seine immerhin bedeutenden Streitkräfte nicht zweckmäfsig und energisch verwandte. Die Ausfälle der Belagerten wurden mit beträchtlichem Verluste derselben abgewiesen. Endlich brachte ein furchtbares Bombardement, das reichlich die Hälfte der Häuser Stralsunds zerstörte, die Übergabe der Stadt, am 25. Oktober, zuwege. Während die schwedische Besatzung — noch 2800 Mann — nach der Heimat eingeschifft wurde, zog der siegreiche Kurfürst mit seiner Gemahlin triumphierend in die verwüstete Stadt ein, deren überlebende Bürger ihm den Huldigungseid leisten mufsten. Er befreite sie auf zehn Jahre von allen Steuern und gewährte ihnen unentgeltlich Bau- und Brennholz. Allerorten vernahm man mit Staunen, dafs die zweckmäfsige Art, in der die Brandenburger die Beschiefsung ins Werk gesetzt, binnen einiger Wochen eine Festung zur Ergebung genötigt hatte, die ein halbes Jahrhundert früher dem grofsen Heere Wallensteins sieghaft Widerstand geleistet.

Die Schweden waren durch diese Ereignisse derart entmutigt, dafs sie ihre letzte Besitzung in Pommern, Greifswald, nur wenige Tage verteidigten. Am 17. November 1678 ging die Stadt über.

Pommern war erobert, einstweilen der grofse Plan Friedrich Wilhelms durchaus verwirklicht. Stolz und zuversichtlich schrieb er an den Kaiser[2]: „Gleichwie das heilige Römische Reich von der Krone Schweden innerhalb der jüngstverflossenen fünfzig Jahre einen unsäglichen Schaden erlitten und zum öfteren dessen gänzlicher Ruin und Verderb sehr nahe gewesen, also kann man es Gott nimmer genugsam danken, dafs durch dessen kräftigen Beistand der deutsche Boden, bei Eurer Kais. Maj. höchstgepriesener Regierung, von diesen fremden Gästen nun-

[1] Über dieselbe sehe man besonders: O. Francke, Die Belagerung Stralsunds durch den Grofsen Kurfürsten (Strals. 1878), S. 48 ff.

[2] U. u. A., XIV, 898.

mehro gänzlich gesäubert und dieses Herzogtum Pommern, woraus zu verschiedenen Malen ganz Deutschland als mit einer Fluth überschwemmet worden, unter meine Botmäfsigkeit, dahin es von Gott und Rechts wegen gehöret, nunmehro gänzlich gebracht worden ist."

Es sollte sich freilich bald herausstellen, dafs die Schwierigkeit, das Eroberte zu bewahren, weit gröfser war als die, es zu gewinnen. Aber wenn auch der schon für sicher gehaltene Erfolg dem Kurfürsten schmählich wieder aus den Händen gerissen wurde, — der kriegerische Ruhm dieser Grofsthaten ging dem von ihm geschaffenen und so vorzüglich geleiteten brandenburgisch-preufsischen Heere nicht wieder verloren. Mit den Siegen von Fehrbellin und Rügen, den Eroberungen Stettins, Stralsunds und Greifwalds trat es in die Reihe der hervorragendsten europäischen Armeen ein. Brandenburg-Preufsen hatte seit diesen Jahren den Anspruch erlangt, das Schwert Deutschlands zu heifsen und als solches anerkannt zu werden. Glänzend erhob sich der junge Hohenzollernstaat über die Schar der sonstigen deutschen Reichsfürstentümer.

Vierunddreifsigstes Kapitel.

Neuer Ruhm und erzwungener Friede.

Während Friedrich Wilhelm seine ruhmvollen Eroberungen weiterführte, hatten seine niederländischen Verbündeten ihre Drohung verwirklicht und am 10. August 1678 ihren Frieden auf die Bedingungen Ludwigs XIV. hin abgeschlossen. Um ihrer willen hatte Europa zu den Waffen gegriffen, es hatte sie gerettet, und nun liefsen sie ihre Helfer im Stiche. Freilich, sie durften sich vergnügt ob der erlangten Vorteile die Hände reiben, aber dafür trugen ihre Freunde und Verbündeten den Schaden davon. Von den beiden Staaten, die zuerst den Kampf für sie begonnen hatten, sollte Spanien zum Lohne die ganze Freigrafschaft, sowie den Südwesten Belgiens an Frankreich verlieren. Kaum besser erging es dem andern jener ersten Helfer: Brandenburg hatte alle die mit grofsen Opfern gewonnenen schwedischen Eroberungen herauszugeben. Es war, als ob die wieder zur Herrschaft gelangte oligarchische Partei in den freien Niederlanden ihn jetzt, wie schon früher, schwach erhalten und demütigen wolle. Auch Lothringen blieb den Franzosen. Ein egoistischer und schwächlicher Bruch, wenn nicht der buchstäblichen, so doch der moralischen Verpflichtungen seitens der Holländer! Wilhelm von Oranien war voll Zorn: noch im letzten Augenblicke, ehe er den inzwischen erfolgten förmlichen Abschlufs des Friedens offiziell erfahren hatte, suchte er das verhafste Werk zu verhindern, indem er den Marschall von Luxemburg in der Abtei St. Denis bei Mons angriff. Allein die Schlacht blieb unentschieden, das Blut Tausender war nutzlos vergossen; am nächsten Tage er-

fuhr Oranien, dafs man in Nymwegen die Verträge unterzeichnet hatte.

Spanien glaubte den ihm gebliebenen Rest Belgiens ohne holländische Hilfe nicht verteidigen zu können. Trotz dringender Aufforderungen von seiten Dänemarks und Brandenburgs, seinen Verpflichtungen treu zu bleiben und den Krieg fortzusetzen[1], fügte es sich in das ihm unvermeidlich Erscheinende und nahm (17. Sept. 1678) an dem Friedensschlusse teil.

Die Sache lag nunmehr für Brandenburg und die nordischen Alliierten so, dafs Frankreich das Recht erhalten hatte, die Schweden zu unterstützen, während die Generalstaaten durch Anerkennung der Restitution Schwedens das Recht, ihren bisherigen Verbündeten beizustehen, aufgegeben hatten. So lebhaft Oranien diese schmähliche Schwäche seiner Landsleute verurteilte, er vermochte sie nicht rückgängig zu machen, und noch weniger nützten die Klagen und Anforderungen, die der Kurfürst im Haag vorbrachte. Er wünschte wenigstens die Neutralisierung seines Herzogtums Kleve zu erlangen, um den Franzosen den Weg zu seinen rheinisch-westfälischen Besitzungen zu verlegen. Die Niederländer trugen in der That, der Form halber, in Paris darauf an; als aber die französische Regierung jede Beschränkung ihrer Aktionsfreiheit ablehnte, da die Besetzung Kleves das einzige Mittel sei, den Kurfürsten zur Herausgabe Pommerns zu zwingen, stellten die Hochmögenden sofort und gern ihre Scheinbemühungen ein. Von dieser Seite war offenbar für Brandenburg nichts zu erwarten[2].

Der Kurfürst erkannte zu spät, wo die eigentliche Entscheidung des ganzen Krieges beruhte, wohin die Summe der militärischen Kräfte hätte gerichtet werden müssen. Um Frankreich mit Aussicht auf Erfolg zu bekämpfen, wandte er sich an den Kaiser, der bisher mit so vielem Nachdruck den Tapferen, Kriegerischen und Bundestreuen gespielt hatte. Da man nicht mehr durch die Schweden behindert sei, liefs er ihm vorstellen, solle man die gesamte Macht gegen die Franzosen vereinen, sie vom Boden des Reiches vertreiben, vor allem Strafsburg sicherstellen, das sonst, wie er richtig vorhersah, ohne Zweifel ver-

---

[1] Nég. de la paix de Nim., II, 580 ff.

[2] Das. 506 ff. 573 ff. — Pufendorf, XVI, 49 ff. — U. u. A., III, 535 bis 543.

loren gehen werde[1]. Allein, bereits waren in Wien die Anschauungen gänzlich verändert. Es grauste den kaiserlichen Staatsmännern und Generalen, wenn sie daran dachten, dafs Österreich nunmehr die Hauptlast des Kampfes gegen die Franzosen tragen solle. Man hatte schon mit Hilfe der Niederländer und Spanier nichts ausgerichtet, — was war nach deren Abfall anderes als Niederlagen und Verluste zu erwarten? Und weshalb sich dem aussetzen? Etwa um die ohnehin viel zu beträchtliche Macht des norddeutschen Ketzerfürsten zu vergröfsern? „Nein," sagte laut der kaiserliche Kanzler Hocher, „wir wünschen keinen König der Vandalen entstehen zu sehen."[2] Brandenburg dürfe gar nicht ganz Pommern erhalten; sonst werde es von dem Kaiser allzu unabhängig werden, während der Druck der schwedischen Macht es immer nötigen würde, die Gunst des Wiener Hofes zu suchen. Die Eifersucht gegen den allzu kühn emporstrebenden Vasallen war gröfser als selbst die Abneigung gegen Frankreich. Und zu den politischen Erwägungen gesellten sich religiöse. Die gesamte Geistlichkeit, die dort so gewaltigen Einflufs besafs, predigte Versöhnung mit dem Allerchristlichsten Könige zu gemeinsamer Bekämpfung und Ausrottung der Protestanten. Freilich, mit Schweden mufste man sich einstweilen freundlich stellen, um Frankreich gefällig zu sein und Brandenburg zu beeinträchtigen. Die völlige Herstellung des schwedischen Besitzes im Reiche wurde von Monat zu Monat mehr das eigentliche Ziel der kaiserlichen Politik[3].

Solches blieb dem Kurfürsten von Brandenburg nicht verborgen. Er wufste, dafs der Beitritt des Kaisers zum Nymweger Frieden, unter gänzlicher Aufopferung der brandenburgischen Interessen, nur eine Frage weniger Wochen sei, dafs jener Herrscher lediglich deshalb zögere, um noch einige Sondervorteile für sich selbst herauszuschlagen. Er richtete deshalb, am 24. November 1678, an Leopold ein scharfes und unwilliges Schreiben, das wie eine Absage klang, und in dem er dem Reichsoberhaupte klar und bündig vorwarf, nicht allein die Verträge, sondern auch die Reichsverfassung zu verletzen und seine Alliierten schlechter zu stellen als seine Feinde und die

[1] Ranke, Sämtl. Werke, Bd. XXV, XXVI, S. 327.

[2] Pufendorf, XVIII, 1.

[3] Berichte des niederländ. Gesandten in Wien, Bruyninex, U. u. A., III, 543 f.

übelwollenden Neutralen. Der Kaiser antwortete mit der Forderung, das norddeutsche Heer von 30 000 Mann sofort an den Rhein zu führen, — es war die Zeit, als die Schweden in Preufsen eingebrochen waren und die Kräfte des Kurfürsten in vollem Mafse in Anspruch nahmen: also der reine Hohn![1]

Auch die Lüneburger Herzoge machten Miene, von dem Bündnis mit dem Brandenburger abzufallen, dessen Macht und Ruhm sie gleichfalls beneideten. Sie bestärkten Hamburg in seiner Weigerung, die längst vom Kaiser auf diese Stadt dem Kurfürsten angewiesenen 50 000 Thaler zum Abkauf der Winterquartiere zu zahlen. Vom Regensburger Reichstage war vollends nichts zu hoffen[2].

Der Kurfürst wandte sich in seiner Not an Karl II. von England mit der Aufforderung, in Gesellschaft der nordischen Alliierten und des Kaisers den Kampf gegen Frankreich fortzusetzen. Es ermutigte ihn hierzu die lebhafte Kriegslust, die im englischen Volke herrschte. In der That hatte der König zwar heimlich die Generalstaaten zum Frieden ermahnt, öffentlich aber seinen kriegerischen Eifer stets beteuert und auf die Unzuverlässigkeit der Holländer gescholten; sein Gesandter, Sir William Temple, hatte wirklich die Unterzeichnung des Nymweger Vertrages verweigert. Indes, das war alles eine unwürdige Komödie. Karl strebte in Wahrheit danach, die Gunst und die fetten Hilfsgelder Ludwigs XIV. wiederzuerlangen. Er schlug die Aufforderung Friedrich Wilhelms rundweg ab und war ebensowenig zu einer Bürgschaft für die Neutralität Kleves zu bewegen.

Es war also dahin gekommen, dafs Brandenburg allein mit Dänemark den Schweden und Franzosen gegenüberstand. Wahrlich, eine gefährliche Lage! Es konnte sich ereignen, dafs der Kurfürst zugleich in Pommern und Preufsen von den Schweden, am Rhein und in Westfalen von den Franzosen angegriffen wurde. Dazu kam die Feindschaft Sachsens, des Magdeburger Administrators, Bayerns, Neuburgs, Hannovers, die allgemeine Abneigung der Reichsstände gegen die weitere Gewährung von Winterquartieren an die Brandenburger, — ein finanziell um so bedenklicherer Umstand, als alle fremden Subsidien

[1] Nég. de la paix de Nim., III, 341 ff.
[2] Pufendorf, XVI, 87 f.

aufgehört hatten, während die Kosten des Heeres die für den kleinen Staat unerschwingliche Summe von monatlich 200000 Thalern erreichten und noch überstiegen. Kein Wunder, dafs die kurfürstlichen Räte — nicht nur der Oberpräsident Schwerin, der stets französische Gesinnung gehegt hatte, sondern auch sein alter Widersacher Friedrich von Jena — dringend befürworteten, man solle unverzüglich mit Frankreich Sonderverhandlungen beginnen [1].

Sie trafen damit die eigentliche Meinung ihres Herrn, der endlich eingesehen hatte, dafs die militärischen Niederlagen seiner Verbündeten und deren Charakterschwäche den Allerchristlichsten König zum Herrn der Lage machten. Schon im Frühjahr 1678 hatte Friedrich Wilhelm durch Englands Vermittelung mit Ludwig XIV. anzuknüpfen versucht, aber die Verhandlung war an dem Übelwollen Karls II. gescheitert [2]. Aber schon war eine anderweite, direktere Verhandlung im Gange [3].

Im Dienste des Kurfürsten hatte ein französischer Reformierter gestanden, der Graf d'Espence, der mit dem Range eines Obersten die Trabantengarde Friedrich Wilhelms befehligte. Er hatte, als Unterthan des Königs von Frankreich, bei Ausbruch des Krieges seine Entlassung aus dem brandenburgischen Heere nehmen müssen, war aber dem Kurfürsten treu ergeben geblieben. Espence war ein wackerer und kluger Soldat, gerade und offen in seinen Reden, von genügender, wenn auch nicht gerade tiefer Bildung. Den beauftragte nun, im Mai 1678, Friedrich Wilhelm, unmittelbar mit dem Allerchristlichsten Könige und dessen Ministern zu verhandeln. D'Espences Berichte gingen durch die Hand Meinders'; sie sind in Ausdrücken verborgenen Sinnes abgefafst. Die „Heirat" bedeutet das brandenburgisch-französische Übereinkommen: die „Geliebte" ist der König; der „Vermittler" ist der Minister Pomponne; die „Eltern" die französische Regierung; der „Grundbesitz" Pommern. Indes, der Oberst mufste sich bald überzeugen, dafs die „Eltern" sehr stolz, die „Geliebte" schwer zugänglich, auf das Erhalten des

[1] Pufendorf, XVI, 75. 78. 85.

[2] Gust. Bulard, Les traités de St. Germain (Paris 1898), 46 f. — Briefe des jüngern Schwerin aus England, 279 ff.

[3] Das Folgende nach den Originalakten im Geh. Staatsarch. in Berlin, Rep. 63, Konv. 56, die mir mit gröfster Zuvorkommenheit zu Gebote gestellt wurden.

„Grundbesitzes“ wenig Hoffnung und der „Vermittler“ sehr ungläubig betreffs des Gelingens der „Heirat“ war. Er stellte fest, dafs man zu spät gekommen sei. Ein Jahr, ja sechs Monate früher hätte man Hoffnung hegen dürfen, aber die absolute Friedensliebe der Holländer und der Verrat des Königs von England hatten die Franzosen von der Notwendigkeit befreit, auf Brandenburg die mindeste Rücksicht zu nehmen.

Inzwischen war auch ein zünftiger Staatsmann beauftragt, die brandenburgischen Wünsche den französischen Staatslenkern vorzutragen. Einer der begabtesten und und zugleich den Franzosen genehmsten Räte des Kurfürsten, Franz Meinders, erhielt im Juni 1678 den Befehl, sich unter dem Vorwande, dafs er die Heilquellen gebrauchen wolle, nach Aachen, nach kurzem Aufenthalte aber von dort nach dem nahen Nymwegen zu begeben und mit den französischen Kongrefsbevollmächtigten Colbert-Croissy und Marschall d'Estrades, sowie dem französischen Gesandten im Haag, dem Grafen d'Avaux, zu verhandeln. Er sollte im Namen des Kurfürsten erklären, dafs dieser sich mit den schon in Pommern gemachten Eroberungen — es war vor der Einnahme Rügens, Stralsunds und Greifswalds — begnügen, im Falle eines Entgegenkommens des Königs von Frankreich diesem in den Reichsangelegenheiten, zumal bei der Wahl eines andern Kaisers oder Römischen Königs, zu Willen sein wolle. Sollte dieser Wechsel auf lange Sicht keine Wirkung auf die französische Regierung ausüben, so hatte Meinders sie anzugehen, dafs sie unter der Bedingung mit Brandenburg abschliefse, die Schweden in Zukunft nicht unterstützen zu wollen, — was freilich bei der damaligen Lage der Dinge den Verlust ganz Pommerns für Schweden bedeutete. Sollten die Meldungen d'Espences hoffnungsreicher lauten, hatte Meinders sich nach Paris selbst zu begeben.

Allein, davon war zunächst keine Rede. Der Oberst meldete: „die Heirat sei abgebrochen, die Pferde für den Marstall des Kurfürsten könne man nur für den Preis der Restitution — Pommerns — erhalten.“ Friedrich Wilhelm fafste neue Hoffnung, als im Juli 1678 die Verhandlungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Provinzen ins Stocken gerieten, als am 25. Juli Karl II. von England sein Scheinbündnis mit Holland einging. Sofort war der Kurfürst entschlossen, „bei der Alliirten Partey beständig zu halthen und Uns so nicht

in keinem separaten Traktate amusiren noch von Unseren Alliirten trennen zu lassen." Man sieht, dafs er am liebsten den Krieg fortzusetzen wünschte und nur die Notwendigkeit ihn zum Verhandeln zwang. Dafs man in Paris plötzlich gegen d'Espence mildere Seiten aufzog, bestärkte ihn nur in seiner Auffassung und Absicht. Meinders sollte also (15. Juli) die Franzosen, wenn sie nicht die Bedingungen Brandenburgs sofort annähmen, mit dessen „ewiger Feindschaft" bedrohen, „gestalthen Wir entschlossen währen, lieber alles was Wir in der Welt haben, ja das Leben selber zu verlieren, alfs Stettin und was Wir mehr gewonnen, wieder abzutreten, weil Uns solches so viel gekosthet, und darauf die Sicherheit Unseres Estats beruhet, es auch sonst nuhr allzeith ein Stein des Anstofses zwischen der Crone Schweden und Uns sein würde."

Da mufste man jedoch erleben, dafs Frankreich den Forderungen der Holländer nachgab, dafs zwischen diesen und dem Allerchristlichsten Könige wirklich der Friede unterzeichnet wurde (10. August 1678). Sofort traten die Franzosen schroffer gegen Brandenburg auf. Meinders erfuhr, dafs Schweden, in der Beängstigung ob seiner Niederlagen, zunächst zu einem territorialen Opfer in Pommern bereit gewesen, aber von Frankreich daran verhindert worden sei, das entschlossen war, den brandenburgischen Kurfürsten, seinen entschiedensten und gefährlichsten Gegner, gründlich die Schwere seines Armes fühlen zu lassen. Diese Haltung Frankreichs ist übrigens eine durchaus ehrenhafte: da es selber die Schweden zum Angriff auf den Kurfürsten geradezu genötigt hatte, durfte es sie unter den Folgen dieses Angriffes nicht leiden lassen. Ihr König, sagten die französischen Diplomaten, gebe ja gleichfalls viele eroberte Orte zurück; weshalb wolle der Kurfürst sich dazu nicht im Interesse des Friedens verstehen? Man vernahm, dafs auch der Kaiser mit Frankreich verhandle. Die Lage Brandenburgs wurde immer verzweifelter. Ein Versuch, durch die holländischen Gesandten in Paris eine Berücksichtigung der brandenburgischen Forderungen zu erlangen, scheiterte an der absoluten Weigerung Ludwigs XIV., auf diese Vermittelung überhaupt einzugehen; nicht minder eine Unterhandlung, die Meinders mit dem schwedischen Gesandten in Nymwegen, dem Grafen Oxenstierna, begonnen, und in der er, auf Weisung des Kurfürsten, nicht allein die Peenelinie, sondern noch weiter

Wolgast, Wollin, Usedom und die Greifswalder Oye verlangte. Oxenstierna antwortete: Schweden „werde nicht einen Fufsbreit Landes dem Kurfürsten lassen“. Darauf verhandelte Meinders weiter mit dem Grafen d'Avaux und forderte, wenn sein Herr nicht ganz Vorpommern haben könne, wenigstens die Peenelinie, also denjenigen Teil, der vier Jahrzehnte später dem Enkel des Grofsen Kurfürsten zugefallen ist. Dafür bot er dem französischen Herrscher die Bundesgenossenschaft Brandenburgs an, die ihm viel wichtiger sein werde als die der schwachen und unzuverlässigen Schweden. Die französischen Staatsmänner, zumal der den Brandenburgern freundlich gesinnte d'Avaux, gaben verbindliche Worte, betonten den Wunsch ihres Herrn, mit dem Kurfürsten, dessen Bedeutung man vollkommen anerkenne, in guten Beziehungen zu stehen.

Das war in der That die Absicht des Königs. Er war mit Schweden wenig zufrieden und wünschte, sobald er seiner Ehre Genüge gethan und seine Allmacht bewiesen habe, Brandenburg auf seine Seite zu ziehen. D'Espence also kam in den ersten Tagen des November zu Meinders, im förmlichen Auftrage seines Königs. Ludwig XIV. liefs dem Geheimrat geradezu erklären: er werde eine Minderung des schwedischen Territorialbestandes unter keinen Umständen zulassen und nötigenfalls den Kurfürsten mit Waffengewalt zwingen, seine diesbezüglichen Absichten aufzugeben. Wohl aber wünsche er gute Beziehungen, ja ein enges Bündnis mit Brandenburg und sei bereit, darauf hinzuwirken, dafs dieser Staat eine angemessene Geldentschädigung für den ihm von Schweden zugefügten Verlust erhalte. Da nun die Zerrüttung der schwedischen Finanzen Karl XI. selbst eine solche Leistung unmöglich machte, war Ludwig XIV. offenbar gewillt, das Geld aus eigener Tasche zu geben. Die Eröffnungen d'Espences erschienen Meinders so wichtig, dafs er sie persönlich dem Kurfürsten überbrachte, allerdings nicht, ohne dessen Interessen und ursprüngliche Forderungen dem hugenottischen Obersten noch einmal dringend ans Herz zu legen[1].

[1] Aufser den angeführten Ms.-Akten des Geh. Staatsarch. in Berlin sehe man Mémoires de Pomponne, I, 303 ff.; Prutz, 399 ff.; sowie Bulard, 51 ff. — Vergl. Ms. Ludwig XIV. an seine Gesandten in Nymwegen, Okt. 1678 (Kopie, Geh. Staatsarchiv in Berlin, Rep. 63, Konv. 58): J'aggrée les sentiments que Mr. l'Electeur temoigne pour mes intérests, que je suis

Friedrich Wilhelm hatte noch einen vierten Weg eröffnet, der zur Verständigung mit dem französischen Herrscher führen sollte. Während und nach der Belagerung Stralsunds war er mit dem in dieser Stadt weilenden französischen Agenten bei dem schwedischen Heere, dem Grafen Rébenac, in Beziehung getreten und hatte ihm auf alle Weise geschmeichelt. François de Pas de Feuquières, Graf von Rébenac, aus einem alten Geschlechte entstammt, das seit vielen Generationen seinem Könige mit Auszeichnung als Krieger und Diplomaten gedient hatte, war ehrgeizig, gewandt, ausgerüstet mit glänzenden Eigenschaften als Weltmann und Unterhändler, stolz auf sein Vaterland, aber auch auf die eigene Person, scharfsinnig, wo ihn Eitelkeit und Hochmut nicht verblendeten, voll kecken Wagemuts, wie früher als Soldat so jetzt als Staatsmann. Er hörte mit Erstaunen von dem Kurfürsten, der ihn in seine Umgebung zog, dafs dieser bereit sei, sich den Interessen des Allerchristlichsten Königs durchaus unterzuordnen, ihm seine Person und sein schönes Heer unbedingt zu Gebote zu stellen. Allerdings forderte er dafür Vorpommern von der Oder bis zur Peene, wofür Schweden durch anderweite deutsche Länder entschädigt werden könne. Tief verstimmt gegen seine bisherigen Verbündeten, die ihm nur Neid und Treulosigkeit gezeigt hatten, überzeugt von dem Fehler, den er begangen, die ganze Wucht der französischen Waffen nicht rechtzeitig in seine Berechnungen gezogen zu haben, war Friedrich Wilhelm offenbar aufrichtig in der Beteuerung seines Entschlusses zu gänzlicher politischer Schwenkung. Der leicht erregbare Fürst übersah nur, dafs gerade seine Versatilität den Franzosen nunmehr ebenso grofses Mifstrauen einflöfsen mufste wie früher den Niederländern[1].

Er sollte sofort enttäuscht werden[2]. Während die französische Regierung ihm freundliche Worte gab, hatte sie Mittel

prest à renouer l'amitié et à rentrer dans une estroite alliance avec luy, que je luy donneray en suite de cela des preuves tres synceres et reelles de mon affection, Mais que je ne peux pas manquer avec tout cela à ce que j'ay si solennellement promis à mes alliez, qui est de leur procurer toute satisfaction dans cette guerre commune et non pas de les persuader à perdre quelque chose de leur Estat; que c'est à eux mesmes à juger ce qu'ils doivent faire à cet esgard."

[1] Prutz, S. 3 ff.

[2] Das Folgende hauptsächlich nach Carlson, IV, 722 ff.; A. Riese, 10 ff.; und besonders Ferd. Hirsch, 38 ff.

gesucht, um ihn mit brutaler Gewalt zur unbedingten Unterwerfung zu nötigen.

Infolge der dringenden Aufforderung Frankreichs, das ihm dazu 200000 Livres aufserordentlicher Hilfsgelder gewährte[1], hatte Karl XI. schon im Mai 1678 den Plan wieder aufgenommen, von Livland aus das herzogliche Preufsen anzugreifen, um durch solche Diversion den Rest Pommerns zu retten und den Kurfürsten zu einem für Schweden günstigen Frieden zu zwingen. Er glaubte auf das Gelingen dieses Unternehmens mit Sicherheit zählen zu können. Auf dem Papiere war das schwedische Heer in Livland 18—20000 Mann stark; dazu rechnete man auf 6000 Polen, die König Johann versprochen, auf weitere 3—4000 Polen, die der französische Gesandte Bethune angeworben hatte.

Die Dinge lagen freilich in Wirklichkeit ganz anders. Geldmangel, Desertionen und Krankheiten hatten die livländische Armee auf 12000 übrigens ungeübte und schlecht ausgerüstete Soldaten heruntergebracht. Der neuernannte Feldherr Graf Henrik Horn hatte in früheren Feldzügen nur Niederlagen erlitten und flöfste den Truppen kein Vertrauen ein. Da er selber den ihm gewordenen Auftrag ungern und in der Furcht neuen Mifsgeschickes übernommen hatte, zögerte er bis zum August, ehe er nach Livland abging; und der traurige Zustand seines Heeres liefs ihn bis zu Anfang November, bis zum Falle der letzten schwedischen Festung in Pommern, warten, ehe er den Zug nach Preufsen antrat. Unter solchen Umständen erzwang der polnische Hochadel von seinem Könige die Verweigerung jedes Zuzuges für die Schweden, ja dessen strenges Verbot, bei Strafe der Reichsacht. Die Truppen Bethunes hatten sich, aus Mangel an Löhnung und Unterhalt, längst zerstreut; nur 300 Reiter unter Rybinski stiefsen zu den Schweden. Der Herzog von Kurland glaubte allerdings der Übermacht nunmehr den Durchmarsch durch sein Land nicht mehr verwehren zu können. Allein der litauische Krongrofsfeldherr Pac, wie wir wissen, ein entschiedener Gegner der französischen Partei, hing sich mit seinen Truppen an das

[1] Nicht 300000 Thaler, wie Kurf. Friedrich Wilhelm damals behauptete. S. Ludwig XIV. an Feuquières, 6. Jan. 1679; Mémoires de Feuquières, IV, 282.

schwedische Heer, verhinderte jede Fouragierung, protestierte gegen dessen Durchzug durch die litauische Provinz Szamaiten und that ihm allen möglichen Abbruch. Horn, der ohnehin nur Unheil voraussah, ging mit äufserster Langsamkeit voran. Um die vierzig Meilen zurückzulegen, die die livische Hauptstadt Riga von Memel trennen, gebrauchte er nicht weniger als einen vollen Monat. Erst Ende November überschritt er die preufsische Grenze.

Und doch, wäre er energischer vorgegangen, er hätte, wenigstens für den Augenblick, beträchtliche Erfolge erringen können. Der Kurfürst, der nach dem mehrjährigen leeren Drohen nicht mehr an einen schwedischen Angriff auf Preufsen glaubte, hatte dort nur 2500 Mann regelmäfsiger Truppen zurückgelassen, deren gröfsere Hälfte in der Festung Memel als Besatzung stand. Zwar berief die Regierung nunmehr das Adelsaufgebot und die Wybranzen ein; zwar erinnerte der Kurfürst in schwungvollem Anschreiben die Stände an ihre „beschworenen theueren Pflichten“ [1]: indes, der üble Wille des Adels liefs es zu keinem gedeihlichen Ergebnisse kommen. Die 2—3000 Milizen, die sich zusammenfanden, benahmen sich so widerwillig und unlustig, dafs sie kaum zu gebrauchen waren. Das ganze Land, durch Krankheiten verheert, durch Mifswachs erschöpft, durch die verfassungswidrigen Steuerauflagen und Soldatenaushebungen des Kurfürsten erbittert, war bereit, die Schweden als Befreier aufzunehmen. Offiziere und Landsoldaten liefen haufenweise zu ihnen über. Die alte undeutsche, partikularistische Gesinnung stak den Preufsen noch im Blute [2]. Horn schien zunächst die Gelegenheit, die sich ihm hier bot, ergreifen zu wollen. Ohne sich mit der Belagerung von Memel aufzuhalten, rückte er mit seiner hungernden und unzufriedenen Armee nach Süden, gegen den Memelfluſs, den er bei Kukernese erreichte. Das Feuer seiner Artillerie zerstreute sofort die Milizen, die in panischem Schrecken auseinanderstoben und so auch die wenigen Hunderte regelmäfsiger Soldaten nötigten, den Widerstand aufzugeben (14. Dezember 1678). Die offene Stadt Tilsit, dann auch ihr festes Schlofs fielen den Schweden

[1] Orlich, III, 292.

[2] W. Hosäus, Der Oberburggraf Ahasverus von Lehndorff (Dessau 1867), S. 128 ff. 151. — Orlich, III, 297 f.

ohne Widerstand anheim und ebenso Stadt und Schloſs Ragnit. Die Preuſsen glaubten, nun sei es mit der brandenburgischen Herrschaft vorbei, und zeigten sich den Schweden sehr freundlich. Horn hätte nur die Hand auszustrecken brauchen, um Königsberg einzunehmen, aus dem schon zahlreiche Einwohner nach dem polnischen Preuſsen flüchteten. Allein, er wagte sich nicht weiter und blieb unthätig bei Tilsit stehen.

Damit versäumte er die Gunst des Moments.

Friedrich Wilhelm hatte auf die Nachricht von dem Marsche des Feindes sofort aus Pommern den Generalleutnant Joachim Ernst von Görtzke, einen bewährten und erfahrenen, obwohl durch seine 67 Jahre schon etwas geschwächten Offizier, mit etwa 2800 Mann aller Waffengattungen nach Preuſsen abgesandt, wo Görtzke sich mit 1500 kurfürstlichen Soldaten und Adelsreitern vereinte und am 22. Dezember bei Wehlau, an dem Einflusse der Alle in die Pregel, Stellung nahm. Zu energischem Vorgehen fühlte er sich zu schwach. Dadurch wurde wiederum Horn ermutigt, nach Insterburg vorzudringen, das er am 2. Januar 1679 einnahm, freilich um sich wiederum neun Tage in dem wohlhabenden Landstriche gütlich zu thun. Dann rückte er gegen Wehlau vor, das Görtzke ohne Widerstand räumte. Die Brandenburger zogen sich nach Tapiau zurück, auf Königsberg zu, dessen Deckung dem Generalleutnant als seine Hauptaufgabe erschien. Er gab aber damit das flache Land den Schweden preis, die bis an die obere Alle, nach Bartenstein hin streiften; sie hatten die Absicht, im Bistum Ermeland Winterquartiere zu nehmen. Solche jedoch wurden ihnen übel vereitelt, denn nun erhielt Horn die Nachricht von dem Nahen des Kurfürsten.

Friedrich Wilhelm war von den schlimmen Nachrichten aus Preuſsen um so schmerzlicher berührt worden, als er von seiten des dortigen Landaufgebots und des Görtzkeschen Corps einen kräftigen Widerstand erwartet hatte. Er selber litt wieder schwer an der Gicht, die ihn ja in jenen Jahren bisweilen monatelang an das Bett fesselte, und zugleich an Brustbeklemmungen, Folgen des anstrengenden Herbstfeldzuges in Pommern. Er muſste überdies jeden Augenblick des Angriffes der Franzosen und der ihm übelwollenden Reichsfürsten auf seine rheinisch-westfälischen Besitzungen gewärtig sein. Dennoch beschloſs der heldenmütige Fürst, sofort zur Züchtigung, ja Vernichtung

der kecken Nordländer nach Preufsen aufzubrechen. Handelte es sich doch darum, die wankende Treue des Herzogtums zu festigen und andrerseits für den bevorstehenden Friedensschlufs die vorteilhafte militärische und diplomatische Stellung zu behaupten, die seine Siege in den jüngstverflossenen Jahren ihm geschaffen hatten. Er vereinte dabei Klugheit mit Kühnheit. Sein Heer hatte er auf eine gewaltige Höhe gebracht, wie nie zuvor noch später: auf nicht weniger als 31000 Mann Infanterie, 9700 Reiter, 3400 Dragoner, mit Artillerie und Generalstab 45318 Mann[1]. Damit konnte man schon mehreren Aufgaben zugleich gerecht werden. Der Kurfürst liefs alle seine jenseits der Weser befindlichen Truppen dort stehen, hielt auch die pommerschen Festungen stark besetzt und nahm von dem Reste seiner durch den kaum abgeschlossenen Feldzug ermüdeten Armee die Reiter- und Dragonerregimenter, sowie die tüchtigsten Bestandteile der Infanterie mit sich. Er verfügte so über 3700 Reiter, 1400 Dragoner, 3500 Fufsgänger, 34 Geschütze — alles zusammen etwas über 9000 Mann, die am 15. Dezember 1678 den Marsch antraten. Dieser wurde mit ebenso grofser Heimlichkeit — um die Welt zu täuschen, kehrte der Kurfürst auf einige Tage nach Berlin zurück[2] — wie Schnelligkeit vollzogen: es galt, den Feind zu überraschen, wie einst bei Rathenow und Fehrbellin. Inmitten des harten Winters von seiner mutigen Gemahlin und dem Kurprinzen Friedrich begleitet, eilte der Kurfürst am 9. Januar 1679 seinen Truppen nach, die er bei Neustettin, in der Nähe der polnisch-westpreufsischen Grenze, antraf. In Gewaltmärschen, täglich bis sieben Meilen, durchzog man Westpreufsen. Solche Leistungen, bei grimmiger Kälte, beweisen die Trefflichkeit des damaligen brandenburgischen Heeres, den vorzüglichen Geist, den Friedrich Wilhelm und Derfflinger ihm eingehaucht hatten, in überzeugenderer Weise, als lange Abhandlungen dies vermöchten.

Die Grenze des Herzogtums ward am 20. Januar bei Marienwerder erreicht. Da mufste der Kurfürst vernehmen, dafs Horn von seinem Kommen Nachricht erhalten und in gröfster Eile den Rückzug angetreten habe. Er befahl Görtzke sofort, sich möglichst an die weichenden Feinde zu hängen, sie unausgesetzt zu beunruhigen und aufzuhalten; 2800 Reiter und

[1] v. Mülverstedt, 795 ff.

[2] Kessel, v. Buchs Tagebuch, II, 128.

Dragoner sandte er ihm schleunigst zur Verstärkung. Er selber liefs Tausende von Schlitten, sowie Lebensmittel auf acht Tage und zahlreiche Bekleidungsgegenstände zusammenbringen: so wollte er mit dem Reste seines Heeres durch das vereiste und beschneite Land geradenwegs nach Königsberg und Tilsit eilen, hier dem Feinde zuvorkommen, ihm den Rückweg nach Memel sperren. „Ich will sie abschneiden, sollte ich ihnen auch bis ins Livland nachgehen müssen," schrieb er damals dem Kaiser[1]. In unaufhaltsamer Schnelligkeit ging es voran, Infanterie und Artillerie auf Schlitten, der Kurfürst und sein unmittelbares Gefolge in Wagen[2], — schliefslich, um abzukürzen, über das Eis des festgefrorenen Frischen Haffs. Schon am 26. Januar war man in Königsberg. Siegeszuversicht belebte die trefflichen, wohlorganisierten, thatkräftig und geschickt geführten Truppen. Man hörte, dafs die Schweden entmutigt, entkräftet, auf 8000 Mann vermindert, selbst unter diesen noch 2000 Kranke und Marode seien. Der Rückzug der Schweden, die von Görtzke arg bedrängt wurden, ging nur langsam von statten. Sie langten erst am 28. Januar in Tilsit an.

Einen Tag nur weilte der Kurfürst in Königsberg, auch diesen lediglich, um für den Weiterzug Schlitten und Lebensmittel zu beschaffen. Der mit Görtzke vorausgesandte Oberst Joachim Henniges von Treffenfeld, einer der vorzüglichsten Reiteroffiziere, eines einfachen Bauern Sohn, der sich seinen Adelsbrief bei Fehrbellin erkämpft hatte[3], fiel die Schweden bei dem Dorfe Splitter, drei Kilometer westlich von Tilsit, an, tötete und verwundete ihnen mehrere Hunderte, nahm 80 gefangen und erbeutete die feindliche Bagage (30. Jan.). Allein, da Görtzke die kleine Abteilung Treffenfelds ohne Unterstützung liefs, hatte das Gefecht schliefslich nur die Wirkung, die schwedische Hauptmacht von der Annäherung des Kurfürsten zu unterrichten, so dafs sie schleunigst von Tilsit aufbrach. Am folgenden Tage wieder neues Nachhutsgefecht, mit grofsen Verlusten für die Schweden. Der Kurfürst inzwischen war, abermals über das Eis des Frischen Haffs, dem Feinde nachgeeilt. Dieser, durch den Rückzug und die häufigen Ge-

[1] 13./23. Jan.; U. u. A., XIV, 899.

[2] So zeigt es ein dem Grofsen Kurfürsten selbst gewidmeter Holzschnitt Merians im Theatrum Europaeum.

[3] v. Kessel, Henniges von Treffenfeld (Stendal 1863).

fechte stark erschöpft, seit fünf Tagen ohne Quartier, seit zwei Tagen ohne Brot, fand bei Heidekrug die direkte Strafse nach Riga, über Memel, durch die Brandenburger verlegt. Er fafste also notgedrungen den schweren Entschlufs, sich einen Weg nach Osten durch das wilde und ihm unfreundliche Szamaiten zu suchen. Auch dahin ging ihm der Kurfürst nach (1. Februar). Allein in dem unwegsamen Lande verlor man die Richtung; die Kälte stieg auf 26 Grad Réaumur, es war weder für Mann noch Pferd Verpflegung aufzutreiben. So beschlofs der Kurfürst, seine brave Armee nicht dem Untergange preiszugeben: am 2. Februar wurde der Rückmarsch angetreten, dann das Heer zwischen Memel und Tilsit in Quartier gelegt.

Nur Generalmajor Hans Adam von Schöning, ein noch nicht vierzigjähriger Offizier, hochgebildet, von Ehrgeiz verzehrt, der sich in den Kämpfen gegen Franzosen und Schweden trefflich bewährt hatte, wurde mit auserwählten 1600 Reitern und Dragonern den Feinden nachgeschickt, die sich in dem dünn bevölkerten, öden, frostbedeckten Lande in übelster Lage befanden. Jeder Nachzügler fiel den Knitteln der wilden litauischen Bauern zum Opfer. An einem einzigen Tage kamen 300 der Unglücklichen durch Kälte, Mangel und die Keulen der Litauer um. Zahlreiche Geschütze wurden von Schönings Reiterei erbeutet. Bei Telsche, am 7. Februar, holten diese den linken Flügel der Schweden ein und lieferten der Übermacht ein hartnäckiges Gefecht, das zwar an sich unentschieden blieb, aber naturgemäfs mit dem weitern Rückzuge der Schweden endete. Schöning verfolgte den Feind bis nach Kurland, dann kehrte er nach Preufsen zurück.

Am 14. Februar traf Horn wieder in Riga ein. Er brachte von den 12000 Mann, mit denen er ausgezogen war, nur 3000 heim, auch von diesen die meisten krank, mit erfrorenen Gliedmafsen, dem Tode entgegensehend. Von 36 Geschützen waren nur noch acht kleine Regimentsstücke übrig. Dieses traurige Schicksal ereilte die schwedische Armee unverdient. Sie hatte unter furchtbaren Leiden und Entbehrungen musterhafte Tapferkeit gezeigt: im Gefecht hatte sie kein einziges Geschütz und nur wenige Kompaniefähnlein verloren.

Sie war an der Unfähigkeit und dem Leichtsinn der heimischen Regierung, an der Feindschaft der Elemente, an der Schwäche und Thatenlosigkeit ihres Feldherrn, sowie an den

hohen militärischen Eigenschaften des Kurfürsten, Derfflingers und des brandenburgischen Heeres zu Grunde gegangen. Freilich hatte Friedrich Wilhelm diesmal ebensowenig wie drei Jahre vorher seine Absicht verwirklicht, durch Umgehung das feindliche Heer abzuschneiden und so zu zerstören, allein in noch höherem Grade als damals hatte die Verfolgung während des Rückzuges der Gegner schliefslich dieselben Ergebnisse gezeitigt, wie eine Umzingelung auf freiem Felde solche mit sich gebracht hätte. Preufsen war binnen weniger Tage vom Feinde gesäubert worden, und die livische Armee Schwedens hatte aufgehört, zu existieren. In froher Stimmung konnte man in Königsberg, am 6./16. Februar, den Geburtstag des siegreichen Kriegsherrn feiern. Der kurze preufsische Winterfeldzug bildete den ruhmvollen Abschlufs der kriegerischen Laufbahn Friedrich Wilhelms. Hier, wie 1675, hatte er sich als geistvoller Stratege und thatkräftiger, sowie sorgsamer Heerführer gezeigt; wenn in beiden Fällen die Entwickelung der Ereignisse nicht ganz seinen Entwürfen entsprach, lag die Schuld hauptsächlich an taktischen Fehlern einiger seiner Generale. Aber der Ruhm blieb ihm ungeschmälert — höchstens teilt er ihn mit Derfflinger —, in einigen kurzen Jahren aus wenig verheifsenden Anfängen eines der besten Heere Europas herangebildet zu haben.

Diese glorreichen Wochen haben dann weiter für die Stimmung und Gesinnung der preufsischen Bevölkerung dauernde und wichtige Folgen gehabt. Dafs dieser kalvinische Brandenburger und seine gehafste „Soldatesca“ wie ein Sturmwind die gefürchteten Schweden aus dem Lande gejagt hatten, machte tiefen Eindruck. Das waren doch Männer, wie man sie bisher in Preufsen nicht gesehen hatte. Der bisher mit Abneigung und Geringschätzung betrachtete Gesamtstaat hatte seine schützende und rettende Macht dem Preufsenlande glänzend gezeigt. Der brandenburgische Patriotismus, das Staatsgefühl hoben sich an diesen Grofsthaten. Freilich, mit mancher Mafsregel, mit vielen Beamten des Landesherrn waren die störrischen Preufsen auch fernerhin unzufrieden. Allein, solche teilweisen und vorübergehenden Verstimmungen konnten die Empfindung der herzlichen Zusammengehörigkeit mit dem kräftig aufstrebenden Staatsganzen nicht mehr beeinträchtigen.

Diese grofsen Erfolge, die für die Zukunft so wichtig wurden, hatten doch für den Moment nicht die Wirkung, die

für Brandenburg bedrohliche allgemeine Lage zu bessern. Der Mittelpunkt der europäischen Politik war einmal Paris, und hier mufste sich das Schicksal Vorpommerns entscheiden. In den Tagen, wo der Kurfürst seine Truppen nach Preufsen sandte (Ende Dezember 1678), schickte er seinen vielgewandten Geheimrat Franz Meinders zunächst noch einmal nach Nymwegen, mit einer Vollmacht zum Abschlusse des Friedens mit Frankreich ausgerüstet. Sein Programm war dabei das alte: er will von der gefährlichen Nachbarschaft der Schweden befreit sein und deshalb das mit der ihm aufgezwungenen Waffe Eroberte behalten. Er ist bereit, Schweden für den territorialen Verlust mit „einigen Tonnen Goldes“ zu entschädigen. Meinders soll Frankreich gegenüber keine Lockung sparen, um es zur Annahme dieser brandenburgischen Wünsche zu bewegen. Er soll der Pariser Regierung vorstellen, dafs sie ihre Bundespflicht gegenüber Schweden vollständig erfüllt habe, indem sie ihm so reichliche Geldmittel gewährt und es dadurch vor dem gänzlichen Untergange gerettet habe, den es infolge seiner „bösen Conduite“ reichlich verdient. Der Allerchristlichste König habe von Brandenburg weit gröfsere Dienste und Vorteile zu erhoffen, als Schweden solche zu leisten vermöge, schon infolge des Einflusses, den der Brandenburger als Reichs- und besonders als Kurfürst zu üben im stande ist. Der Gesandte soll hierbei allen Anforderungen Frankreichs zustimmen, die nicht „wider Unser Christliches Gewissen und wider die Pflichten, womit Wir Ihrer Kaiserl. Maj. und dem Reiche verbunden“. Eine eigentümliche Illustration zu der durch solche Begrenzung immerhin belassenen Weite der Verhandlung war die Zusage in der geheimen Nebeninstruktion: bei Gelegenheit der Neuwahl eines Römischen Königs oder Kaisers entweder den König von Frankreich oder diejenige Person, die dieser Herrscher bezeichnen würde, küren zu wollen. Allerdings, den bisherigen Verbündeten gegenüber hatte Meinders den Schein guten Einvernehmens zu wahren und die Bundestreue Brandenburgs zu betonen, das nur durch die Not zu diesen Verhandlungen gezwungen werde, zu denen ihm ja Oranien und die Generalstaaten selber geraten hätten. Allein, wie stimmte es zu solcher Bundestreue, wenn die Geheiminstruktion vorschrieb: „Obschon wir zwar gern sähen und wünschten, dafs ein Generalfriede zwischen allen kriegenden Theilen der Christenheit gemachet werden

möchte, . . . so sollte uns doch dieses [d. h. das Nichtzustandekommen des Generalfriedens] auch vom Schlufs des Friedens nicht abhalten.“ [1] Man sieht, dafs des Kurfürsten Politik nicht ehrlicher war als die seiner Verbündeten; nicht sein Verdienst ist es, wenn sie ihn eher im Stiche liefsen als er sie.

Meinders mufste sich in Gesprächen mit den französischen Gesandten in Nymwegen — d'Estrades — und im Haag — dem längst Brandenburg freundlich gesinnten Grafen d'Avaux — sehr bald davon überzeugen, dafs seine Aufgabe unlösbar sei, da Ludwig XIV. entschlossen war, von der Voraussetzung der völligen Wiederherstellung Schwedens nicht abzugehen. Auch von bewaffnetem Widerstande war kaum ein Erfolg zu erwarten. Der Prinz von Oranien, sowie der Grofspensionär Fagel beklagten bitter die Gleichgültigkeit der Generalstaaten gegenüber ihrem Verbündeten, dem Kurfürsten; allein, sie fügten hinzu, dafs augenblicklich nichts zu hoffen sei, nicht einmal die Neutralerklärung Kleves [2].

Für diese rheinische Besitzung Brandenburgs nahm die Gefahr einer französischen Überflutung beständig zu, während des Kurfürsten Truppen sich Hunderte von Meilen davon entfernt mit den Schweden in Preufsen herumzuschlagen hatten. Deshalb erhielt Meinders den Befehl schleunigster Abreise nach der französischen Hauptstadt, mit Briefen schmeichelndster, ja unterwürfigster Art an Ludwig XIV. und seinen Minister des Auswärtigen, Pomponne [3]. Meinders sollte als Mindestes von dem Könige erbitten, dafs er die Schweden nur mit Geld unterstütze, sonst den Kurfürsten die Sache mit ihnen ausfechten lasse. Aber zu jedem Zugeständnisse, auch an die Schweden, sei er bereit, wenn ihm nur der thatsächliche Besitz ganz Pommerns gewährt werde. Ludwig blieb unerschütterlich. So tiefen Eindruck die plötzlichen Siege des Kurfürsten in Preufsen auf die leitenden Kreise der gallischen Hauptstadt und besonders auf die höheren französischen Offiziere hervorbrachten, so hoch der König persönlich den Kriegsruhm seines guten Bruders von Brandenburg pries und seine Freundschaft für ihn beteuerte, — er fügte hinzu, er dürfe die Schweden, die er

[1] Ms.-Aktenstücke im Geh. Staatsarchiv in Berlin, Rep. 63, Konv. 58.

[2] Ms.-Bericht Meinders v. 10., 17., 23. Jan. 1679; ebendas. — Eigentlich war die Sendung Meinders' schon Ende Okt. geplant gewesen; ebendas.

[3] U. u. A., II, 529 ff.

selber in den Krieg verwickelt und ins Unglück gebracht, denen er endlich sein königliches Wort verpfändet habe, nicht verlassen. Meinders suchte ihn wenigstens von der eigentlichen Bundesgenossenschaft mit Schweden zu trennen, indem er ihn ersuchte, zwischen jenem Staate und Brandenburg die Vermittelung zu übernehmen; aber Ludwig erwiderte völlig sachgemäfs: „Wie kann ich Vermittler sein, da ich Partei bin?“ Trotzdem bemühte der Gesandte sich, Frankreich in die Rolle des Vermittlers zu drängen, um es von Thätlichkeiten abzuhalten und um Zeit zu gewinnen. Friedrich Wilhelm unterstützte seinen Vertreter durch einen abermaligen, eigenhändig aufgesetzten Brief, worin er dem Könige für die Zukunft seine treue und unverbrüchliche Ergebenheit antrug. Man erreichte nichts als die Vertröstung: wenn Schweden selber etwas von seinem pommerschen Besitze abtreten wolle, werde Frankreich sich dem nicht widersetzen. Aber an eine solche Opferwilligkeit Schwedens war nicht mehr zu denken[1].

Wie durfte man hoffen, den festen Willen des Allerchristlichsten Königs zu erschüttern, da Oranien und Fagel jeden Einfluſs in den Vereinigten Provinzen verloren hatten, vielmehr die Stadt Amsterdam, deren Geldmacht die ganze Republik beherrschte, die Entlassung des gröfsten Teiles der Armee durchsetzte und hiermit den Staat wehrlos machte? da am 5. Februar auch der Kaiser, trotz der bestimmtesten Versicherungen seiner Bundestreue und Kriegslust, mit Frankreich und Schweden den Frieden schloſs? Solcher beruhte vollständig auf den Westfälischen Verträgen, nur daſs Frankreich dem Kaiser Philippsburg überlieſs und dafür das viel wertvollere Freiburg im Breisgau mit dessen Umgebung eintauschte. Der 26. Artikel des französisch-kaiserlichen Abkommens setzte aber fest, daſs, wenn die nordischen Alliierten sich nicht der Vermittelung Frankreichs zwischen ihnen und Schweden fügen wollten, Kaiser und Reich nicht allein den Alliierten keine Unterstützung irgend einer Art gewähren, sondern auch gestatten würden, daſs französische Truppen jene auf dem Boden des Reiches angreifen, sowie zur Sicherung der Operationsbasis eine An-

[1] Ms.-Berichte Meinders' v. 11., 17., 20. Febr. 1679, sowie Ms. eigenhändiges Konzept des Kurf. zum Schreiben an Ludwig XIV.; Geh. Staatsarchiv in Berlin (Frankr. Rep. XI, Konv. 18).

zahl Festungen im Bistum Lüttich und am Rhein besetzen dürften. Ein Verrat an der Bundesgenossenschaft, wie ihn selbst die Holländer nicht begangen hatten, und wie er thatsächlich nicht schlimmer gedacht werden könnte. Es wäre thöricht, an diese politischen Verhältnisse den Mafsstab privater Moral zu legen. Kurfürst Friedrich Wilhelm wäre damals gern bereit gewesen, seine Allierten zu verlassen, wenn Frankreich ihm Pommern gewährt hätte. Allein, sich, wie hier der Kaiser, geradewegs zum Helfershelfer Frankreichs gegen die bisherigen Verbündeten zu machen, jenem den Weg zu deren Vernichtung zu öffnen, — das war in der That der Gipfel der Rücksichts-, ja der Ehrlosigkeit. Wir müssen sagen, dafs Ludwig XIV. sich niemals einer solchen schuldig gemacht hat, auch nicht in den schlimmsten Zeiten des spanischen Erbfolgekrieges.

Der Kaiser fühlte die Begründung der Vorwürfe und Gegenvorstellungen wohl, die ihm der Kurfürst durch Krockow machen liefs. Er und seine Minister wälzten die Schuld auf die Gesandten in Nymwegen, die ihre Instruktionen überschritten hätten. Allein die Ratifizierung dieses schmählichen Friedens zu versagen, dazu entschlofs er sich um so weniger, als ihn sonst alle bedeutenderen Reichsfürsten um schleunige Bestätigung der Nymweger Abmachungen angingen[1].

Denn der Regensburger Reichstag war froh, durch den Vorgang des Kaisers einen hinreichenden Anlafs zur Annahme des Nymweger Friedens zu erhalten. Der Form halber widersprach der brandenburgische Gesandte in milder Weise, allein er wufste, dafs das vergeblich sein werde. Der Reichstag billigte also am 21. März den Friedensschlufs. So viele Schwäche fand den gebührenden Lohn: man mufste bald vernehmen, dafs Ludwig XIV. die zehn elsässischen Reichsstädte endgültig in französische Landstädte verwandelt hatte. Als der Kaiser wegen dieser neuen übermütigen Kränkung den Rat Friedrich Wilhelms einholte, antwortete der Kurfürst mit bitterm Hohne: das seien die Früchte des Nymweger Vertrages. Er werde seinen Gesandten in Regensburg befehlen, ebenso grofse Worte zu gebrauchen wie die anderen; da diese, aufser solchen Worten, nichts für das allgemeine Beste thäten, habe auch er keine Veranlassung, mehr zu thun[2].

[1] Pufendorf, XVII, 34—36. 38.
[2] Das. 39.

Um dieselbe Zeit schlofs der neue Bischof von Münster und Paderborn, Ferdinand, Frieden mit Frankreich und Schweden, auf Grund des Vertrages mit dem Kaiser. Er stellte seine Eroberungen in Bremen und Verden zurück und erhielt dafür von Frankreich 50 000 Thaler, von Schweden die Herrschaft Wildhausen. Die Lüneburger Herzoge hatten, unter Vermittelung Rébenacs, zu Celle schon am 5. Februar abgeschlossen. Sie erhielten als Preis ihres Abfalls von Frankreich 100 000 Thaler, von Schweden die Vogtei Davern und das Amt Tedinghausen. Nach ihrer neuen, furchtbaren Niederlage in Preufsen hatten also die Schweden die Hartnäckigkeit aufgegeben, mit der sie bisher, den ausdrücklichen und oft wiederholten Wünschen Ludwigs XIV. gegenüber, jedes Zugeständnis abgelehnt hatten. So haben die Erfolge Friedrich Wilhelms in Preufsen mittelbar den Abfall seiner letzten Verbündeten herbeiführen geholfen! Dieser Vertrag war noch in höherm Grade als der des Kaisers gegen Brandenburg gerichtet, das unverblümt als Feind der Herzoge dargestellt war, und gegen dessen Quartiergeldansprüche die Könige von Frankreich und Schweden die Herzoge von Mecklenburg, sowie die Städte Hamburg und Lübeck zu schützen versprachen[1]. Die leitenden Minister der Herzoge verhiefsen dem Grafen Rébenac geradezu, erforderlichenfalls deren Heere gegen Brandenburg ins Feld zu führen[2].

Der Kurfürst und Dänemark standen nun ganz verlassen da, einer Welt von Feinden gegenüber. Ihre Lage war thatsächlich unhaltbar geworden.

Die französischen Gesandten in Nymwegen verkündeten am 24. Februar, dafs, wenn jene beiden Fürsten im Laufe des Monats März sich nicht dem allgemeinen Frieden anschlössen, der Allerchristlichste König sich von ihnen alle weiteren Kriegskosten bezahlen lassen und Brandenburg noch besonders zur Abtretung der Feste Lippstadt an Kurköln zwingen werde, das seine angeblichen Besitzrechte auf diese Stadt nunmehr geltend machte, wo die Lande des Kurfürsten allen Nachbarn als leichte Beute anheimfallen zu sollen schienen[3]. Durch die klägliche Schwäche seiner bisherigen Gegner ermutigt, spielte Frankreich, ohne

[1] Nég. de la paix de Nim., III, 559 ff.; IV, 383 ff.
[2] Mém. de Feuquières, IV, 351.
[3] Nég. de la paix de Nim., IV, 245 ff. 349 ff.

Widerstand zu finden, die Rolle des Diktators; freilich auch seinem Verbündeten Schweden gegenüber, den es durch stete Mahnung zu kleinen Abtretungen im Interesse des Friedens kränkte[1]. Die Generalstaaten aber lehnten es auf das bestimmteste ab, die drohende Vergewaltigung ihrer beiden Alliierten Brandenburg und Dänemark in anderer Weise als durch unfruchtbare diplomatische Vorstellungen abzuwehren.

Um so eifriger war Meinders in Paris bemüht, seinen Herrn mit dem allmächtigen „König Sonne“ auszusöhnen[2]. Er hatte den Auftrag, den Kurfürsten — wie dieser es thatsächlich war — als höchst erbittert gegen den Kaiser, Spanien und Holland, als durchaus bereit darzustellen, sich ganz der Politik und den Wünschen des Allerchristlichsten Königs unterzuordnen, selbst in den inneren Angelegenheiten des Reiches und namentlich bei einer neuen Kaiserwahl. Dafür verlangte er, wenn er nicht ganz Vorpommern erhalten könne, so doch die Peenelinie. Nachdem diese sich als unmöglich zu erlangen herausgestellt hatte, begnügte er sich mit der Linie der Ucker; vor allem Stettin müsse Brandenburg bleiben, da ihm der Besitz dieser Stadt nötig sei, um — durch Behauptung der Oderlinie — seine Staaten vor dem Angriffe der Schweden zu schützen. Allein, kein Versprechen, keine Lockung, keine scheinbare Mäfsigung und Unterwürfigkeit konnte den französischen Herrscher von dem einmal eingenommenen grundsätzlichen Standpunkte verdrängen, den er auch wiederholt in direkten Schreiben an den Kurfürsten betonte: er werde mit Freuden wieder in freundschaftliche Beziehungen zu Brandenburg treten, aber den Schweden sei er einmal verpflichtet, und deren Interessen müsse er wie die eigenen schützen. Er könne dem Kurfürsten eine Geldentschädigung zu teil werden lassen; über das schwedische Gebiet stehe ihm eine Verfügung nicht zu. — Diese unerschütterliche Bundestreue war ein Ausflufs jener unentwegten Gröfse und Majestät, die Ludwig XIV. seinem Königtume beizulegen liebte. Sie war ehrenhaft und imponierend. Sie entsprach aber auch in dem besondern Falle dem politischen

[1] Mém. de Feuquières, IV, 258 ff. 270. 279 f. (Schreiben König Ludwigs XIV.).

[2] Das Folgende nach den Akten des Geh. Staatsarchivs in Berlin (Frankr. Rep. XI, Konv. 18). — Vgl. Pomponne, Mém. I, 305 f., und Pufendorf, XVII, 69 ff.

Interesse Frankreichs. Freilich war das aufstrebende Brandenburg kräftiger und mächtiger als das sinkende Schweden; freilich konnte der Kurfürst als solcher im Reiche dem französischen Herrscher mehr nützen als jener Staat. Allein, Ludwig XIV. täuschte sich keineswegs über die eigentlichen Gesinnungen und Gefühle Friedrich Wilhelms gegenüber Frankreich. Er wufste wohl, dafs dieser Fürst ihm stets ein unzuverlässiger Verbündeter blieb, und dafs zumal in Kriegszeiten nicht auf ihn zu zählen war. Schon dafs der Kurfürst in allen seinen Allianzverträgen immer seine Pflichten gegen das Reich ausdrücklich vorbehielt — was Schweden nie that —, war sehr bedenklich und nahm eigentlich für Frankreich der brandenburgischen Bundesgenossenschaft jeden Wert. Ludwig wünschte also lieber Schweden als Brandenburg auf seiner Seite zu sehen, — am liebsten freilich beide.

Meinders kämpfte hartnäckig um eine bereits verlorene Position. Dafs Friedrich Wilhelm auf die Länge den französischen Waffen werde widerstehen können, war ja von vornherein ausgeschlossen. Die französischen Minister drohten: binnen kurzem werde ihr Heer den Rhein überschreiten und nötigenfalls bis zur Weichsel vordringen. Zumal der stets kriegerische und gewaltsame Louvois setzte hinzu: „es werde an sociis belli nicht ermangeln, welche an denen conquesten gerne participirten". Abgesehen von den Kölnern, die Lippstadt haben wollten, langte ein Abgesandter des seinen Nachfolger stets befehdenden Administrators von Magdeburg an, der fleifsig mit den Schweden konferierte und die Franzosen zum Kriege gegen Brandenburg aufstachelte[1]. Endlich fand der versöhnlich gesinnte Pomponne ein Mittel, dem Kurfürsten doch ein linderndes Pflaster auf die brennende Wunde zu legen: sein König werde bei den Schweden durchsetzen, dafs sie den Landstreifen auf dem rechten Oderufer, den sie ungerechterweise über die Bestimmungen des Westfälischen Friedens hinaus in Breite von einer bis drei Meilen durch den Stettiner Rezefs von 1653 Brandenburg abgenötigt hatten, diesem zurückerstatteten. Mit solchem wenig tröstlichen Bescheide mufste Meinders Mitte März 1679 nach Berlin heimkehren.

Und nun zeigte man dem widerspenstigen Brandenburger vollen Ernst. 20000 Franzosen unter General Calvau rückten

[1] Ms.-Bericht Meinders' v. 3. März 1673; Geh. Staatsarch., Berlin, a. a. O.

zur selben Zeit in das Herzogtum Kleve ein, besetzten es bis auf die Festungen und den östlichsten Teil, wo sich noch der brandenburgische General Spaen mit seiner kleinen Streitmacht hielt, und schrieben starke Kriegssteuern aus. Solche liefen freilich den Sicherungsverträgen zuwider, die im vorhergehenden Jahre der französische Intendant mit den Ständen abgeschlossen hatte zum Entgelte für die Steuern, die das Land seit dem Jahre 1676 an die Krone Frankreich zahlte. Aber daran kehrte Calvau sich nicht im mindesten[1].

Friedrich Wilhelm hatte immer noch die Hoffnung gehegt, die Generalstaaten und der Kaiser würden die Besetzung des Unterrheins durch die Franzosen nicht dulden. Aber keine Hand rührte sich; man überliefs ihn und seine Lande ihrem Schicksale. Dagegen bot Frankreich, das jetzt in Kleve ein Faustpfand für Schwedisch-Pommern besafs, einen einmonatigen Waffenstillstand an. Er wurde am 27. März in Nymwegen für Frankreich, Schweden, Dänemark und Brandenburg abgeschlossen.

Der Kurfürst benutzte diese Zeit der Ruhe zu einem nochmaligen Versuche bei den Niederländern. Er stellte ihnen vor, wie sehr die Festsetzung Frankreichs an ihrer östlichen Grenze sie selber bedrohe, und dafs sie nach den bestehenden Bündnissen zu seiner Unterstützung gegen fremden Angriff verpflichtet seien. Sie aber, die ganz entwaffnet hatten, zuckten die Achseln, beklagten die Lage des Kurfürsten und rieten ihm zum Frieden. Er liefs ihnen keinen Zweifel darüber, dafs, wenn die alten Bundesgenossen ihn ganz verliefsen, er sich dem Gegner anschliefsen werde. Auch das verschlug nichts; selbst die Besetzung Wesels wollten sie nicht übernehmen. Oranien mufste ihm schreiben: „Ich hege so furchtbaren Schmerz, Ihnen jetzt nutzlos zu sein, dafs ich dem nicht genügenden Ausdruck geben kann.“ Und ebenso meldete Krockow aus Wien: „Ich finde hier nichts als eine grofse Konsternation und eine solche Neigung, Alles zu leiden, dafs es gewifs nicht gut wäre, wenn der König von Frankreich solches vollkommen wüfste, inmafsen noch heute ein vornehmer Minister zu mir gesagt hat: Wir haben den Verstand verloren, wir sind zu allem unfähig.“[2]

---

[1] Nég. de la paix de Nim., IV, 319 ff. 344 ff.

[2] Droysen, III, III 666. 672.

Die Lüneburger schlugen dem Kurfürsten den Pafs durch ihre Länder für seine nach dem Rhein marschierenden Regimenter rundweg ab.

Es blieb nichts übrig, als sich wiederum an Frankreich zu wenden. Blaspeil unterhandelte in Nymwegen mit Colbert-Croissy — allein fruchtlos. Ludwig wiederholte jetzt selber und präzisierte das Anerbieten Pomponnes: Brandenburg solle Schwedisch-Pommern rechts der Oder, mit Greifenhagen, jedoch ohne Damm — das schon der Westfälische Friede an Schweden gegeben hatte — erhalten und überdies von Frankreich eine Geldsumme als Kriegsentschädigung (22. April)[1]. Diese kleine Landabtretung von Schweden zu erlangen, sparte der König nicht die nachdrücklichsten Vorstellungen und selbst kaum verhüllte Drohungen an den Stockholmer Hof[2].

Mit der ganzen Hartnäckigkeit seines optimistischen Temperaments hoffte der Kurfürst noch immer auf einen Umschwung der politischen Lage, die ihm günstigere Bedingungen schaffen sollte. Er glaubte, diese Möglichkeit selbst mit schweren Opfern erkaufen zu müssen. Als der Stillstand am 1. Mai ablief, die Franzosen den brandenburgischen Vorschlag, solchen um sechs Wochen zu verlängern, ablehnten[3], vielmehr die Feindseligkeiten sofort wieder aufnahmen, wurde, nach einer Beratung mit Anhalt, Meinders und Derfflinger[4], die Waffenruhe auf vierzehn Tage erneuert, unter der harten Bedingung, den Franzosen die beiden wichtigen Festungen Wesel und Lippstadt einzuräumen. Gerade durch so verhängnisvolle Zugeständnisse hoffte Friedrich Wilhelm die Niederländer aus ihrer absoluten Friedensseligkeit aufzurütteln. Sie stellten thatsächlich militärische Rüstungen an — aber von da bis zu einem aktiven Vorgehen gegen Frankreich war noch ein weiter Weg.

Inzwischen ging Meinders[5] von neuem nach Nymwegen. Der Kurfürst hatte es mit dieser Reise so eilig, dafs er dem

---

[1] Prutz, 346.

[2] Seine beiden Schreiben an Feuquières v. 3. März 1679; Mém. de Feuquières, IV, 319 f. 326 f.

[3] Pomponne, I, 308.

[4] Buch, II, 531.

[5] Das Folgende nach den Akten des Geh. Staatsarchivs in Berlin, Rep. 63, Konv. 57, sowie Frankr. XI, 18. — Vgl. Pufendorf, XVII, 72 ff.; Mém. de Feuquières, IV, 396 ff.; Ranke, Sämtl. W., XXV/XXVI, 330.

Geheimrate nicht erlaubte, noch einmal mit seinem Gesinnungsgenossen Schwerin zu beraten. „Also ist jetzt keine Stunde zu verlieren," schrieb ihm der Herrscher, „auf dafs wir fürkommen mögen. Möge es Dänemark lieb oder leid sein. Gebe Gott, dafs hierbei bessere conditiones als früherhin zu erlangen."

Die Sendung war durch den Versuch einer merkwürdigen Intrigue von seiten des Kurfürsten eingeleitet. Er hatte den treuen d'Espence in Paris beauftragt, die Maitresse des Königs, Frau von Montespan, zu gewinnen. „Da man mir gesagt hat," schrieb Friedrich Wilhelm dem Obersten am 5./15. April 1679, „dafs die Montespan viel zum Heile meiner Angelegenheiten beitragen könnte, wenn sie für mich wäre, werdet Ihr mir ein Vergnügen bereiten, wenn Ihr Euch bemüht, sie meinen Interessen zuzuführen und, falls Ihr dazu kein anderes Mittel findet, Euch hierbei der Gouvernante ihrer Kinder bedient, von der man sagt, dafs sie viel auf ihr Gemüt vermag." Diese „Gouvernante", deren Namen Friedrich Wilhelm nicht einmal kannte, war die Witwe Scarron, die später so berühmte, einflufsreiche und verhängnisvolle Marquise von Maintenon! Espence wurde ermächtigt, für dieses Unternehmen 100000 Thaler und sogar mehr zu opfern, die der Kurfürst unmittelbar nach Abschlufs des Friedens treulichst entrichten werde[1].

Allein, dieser Versuch, an den man ebensowenig wie an die sonstigen politischen Vornahmen des Kurfürsten den Mafsstab privater Moral legen dürfte, führte nicht zum Ziele. Espence scheint ihn nicht einmal gewagt zu haben.

Man mufste auf andere Mittel denken, den Frieden zu bewirken. Meinders hatte, im äufsersten Falle, einen Austausch des linksrheinischen Kleve gegen Vorpommern vorzuschlagen, zum Beweise, dafs es dem Kurfürsten nicht sowohl auf eine Gebietserweiterung wie vielmehr darauf ankomme, den Druck der schwedischen Macht auf das Herz seines Staates nicht mehr

[1] „Comme on m'a dit que la Montespan pouvait beaucoup contribuer au bien de mes affaires, si elle estoit pour moy, vous mes ferez plaisir de tacher à la mettre dans mes interets, et si vous n'avez pas d'autre moyen, de vous servir en cela de la gouvernante de ses enfans qu'on dit pouvoir beaucoup sur son esprit. Quand cela couteroit iusqu'a la somme de cent mil ecus et davantage, je vous donne le pouvoir de les offrir et promettrai de ma part, si vous le trouvez a propos, que je vous degageray en les payant soigneusement, la paix étant faite."

zu empfinden. Ja, er bot Frankreich und Schweden noch weiter an, ihnen einen beträchtlichen Teil der ihm noch von Spanien geschuldeten Subsidien zu überlassen, — allerdings müfsten sie ihm erst dazu verhelfen, dafs diese Gelder ihm ausgezahlt würden. Aber mit allen solchen Verlockungen drang Meinders bei Colbert-Croissy nicht durch. Auch von den kaiserlichen und englischen Gesandten in Nymwegen war nichts als fruchtlose Befürwortung zu erlangen. Die Aufopferung Lippstadts und Wesels hatte sehr ungünstig gewirkt, indem sie nur den Glauben an die Schwäche Brandenburgs verstärkte.

Obwohl Croissy meinte, das werde zu nichts führen, begab sich Meinders, seinen Weisungen zufolge, nach Paris. Der Kurfürst unterstützte ihn durch einen neuen demütigen und flehenden Brief an den König. Der Geheimrat war mit einer geheimen Instruktion versehen, die beweist, dafs Friedrich Wilhelm, über den Abfall seiner Bundesgenossen entrüstet — als ob er selber nicht stets zu solchem bereit gewesen wäre —, ein ganz neues System der Politik einzuweihen willens war. Wie oft hat man ihn mit einem kundigen Steuermann verglichen, der, kühn und gewandt, im Augenblicke der Gefahr sein Fahrzeug mit einem Rucke herumzuwerfen und aus Klippen und Brandung in ruhigeres und sichreres Fahrwasser zu lenken gewufst habe. Im Grunde aber erinnert er nicht minder an die Condottieri, die, wenn der Kriegsdienst auf der einen Seite nichts abwarf, ohne Bedenken und sogleich zu dem bisherigen Feinde übergingen und ihre Waffen gegen den richteten, dessen „gute Sache“ sie bis vor kurzem verfochten hatten. — Die Instruktion zählt zuerst die Opfer auf, die Brandenburg dem Frieden zu bringen bereit sei. Wenn die Abtretung des linksrheinischen Kleve nicht angenommen wird, so bietet man die Rückgabe Stralsunds und des Barthschen Kreises in Vorpommern, darauf auch Greifswald, Grimmen und Tribsees: sogar mit der Begrenzung durch die Peene würde der Kurfürst sich zufrieden geben. Meinders habe so lange wie möglich auch das dänische Interesse zu verteidigen. Allein, verursache dieses Schwierigkeiten, so könne er ohne Dänemark abschliefsen, selbst unter der bestimmten Zusage, sich der Ansprüche dieses Staates auf das Herzogtum Bremen-Verden nicht annehmen zu wollen. Es ist wahr, dafs die einseitigen Friedensunterhandlungen Dänemarks mit Schweden in Lund den Kurfürsten bei seiner

Aufopferung der Bundesgenossen einigermafsen entschuldigen. Endlich aber sollte Meinders eine förmliche Parteinahme Brandenburgs gegen den Kaiser in Aussicht stellen. Er rufe Frankreichs Hilfe an, um dem Wiener Hofe die Verwirklichung der Anrechte auf Jägerndorf abzunötigen. Und mehr noch: „Wollte auch Frankreich mit dem Kaiser gar brechen, solchen Falls erböte sich S. Ch. D. in Schlesien zu gehen, liefse es auch bei den übrigen Offerten, welche Ihrer Kön. Maj. schon für diesem mündlich von dem Geh. Rath Meinders geschehen." [1]

Dessen Berichte aus Nymwegen mufsten den Kurfürsten überzeugen, dafs seine rücksichtslose Schwenkung keine Aussicht auf Erfolg biete, dafs Frankreich unerbittlich die Rückgabe fast ganz Schwedisch-Pommerns fordere. Da wallte der Zorn des Kurfürsten auf. „Wir seynd entschlossen," schreibt er am 25. April / 5. Mai an Meinders, „lieber die extrema abzuwarthen und alles aufzusetzen, alfs solche conditiones einzugehen. Damit wir aber Zeith gewinnen, woran alles gelegen, umb unsere Armée aus Preufsen zu bekommen, so habet Ihr vermittels unser Euch erteilten Instruction mit möglichstem Fleifse zu versuchen, ob Ihr nicht wiederumb einen Stillestand erhalthen, oder zum wenigsten die Sachen so lange trainiren könnt, bifs wir en estat von defense seyn." Er suchte selbst die vertragsmäfsige Einräumung Wesels an die Franzosen noch im letzten Augenblicke zu verhindern; Generalleutnant von Spaen „solle selbige bis auf den letzten Mann vertheidigen". Aber mit dieser Weisung kam er zu spät, — das Lilienbanner wehte schon über den Bollwerken der niederrheinischen Festung. Da machte der Grimm wieder der Besonnenheit Platz. Friedrich Wilhelm schrieb an Meinders, er möge den ersten Commis Pomponnes, Tourmont, bestechen; übrigens, wenn man nur Stettin und den Oderstrom behalte, solle der Rest keine Schwierigkeiten verursachen. Er flehte den König in einem von ihm eigenhändig aufgesetzten Briefe an (16./26. Mai): der grofse Herrscher möge doch nicht auf Rückgabe sämtlicher Eroberungen bestehen, sondern ihm wenigstens einige Genugthuung belassen, um sich einen Fürsten zu erhalten, der ihm wesentliche Dienste zu leisten im stande sei.

Es ist geradezu schmerzlich, zu sehen, wie berechtigter

[1] Ms. Geh. Instr. v. 22. April / 2. Mai 1679, Geh. Staatsarch., Berlin.

Ehrgeiz und wohlverstandenes Staatsinteresse sich winden und abmühen, um der brutalen Gewalt doch einige Zugeständnisse abzuringen. Es war alles vergeblich. Die Schweden wollten von dem Tausche mit Kleve nichts wissen, denn dieses, sagten sie mit Recht, sei ihnen ganz unnütz; und ebenso von einem Verzichte auf Stettin, das sie nicht eher missen möchten als Stockholm. Als der brandenburgische Abgesandte in Paris eintraf, erhielt er sofort den Bescheid: er werde nicht mehr erzielen, als man ihm bisher geboten. In der Audienz, die Meinders wenige Tage später erhielt, schnitt der König jede weitere Erörterung als mit seiner Ehre und seinem Worte unverträglich ab, forderte sofortige Unterwerfung, drohte sonst mit noch ungünstigeren Bedingungen. Diese erste Audienz, sagte er dem Gesandten, werde auch die letzte sein, und Meinders müsse in drei bis vier Tagen zurückreisen. Der mildere Pomponne erreichte nur mit Mühe, dafs der über die steten Zögerungen des Kurfürsten ergrimmte Monarch gestattete, der brandenburgische Geheimrat dürfe noch drei Wochen in Paris bleiben, bis er von seinem Herrn Bescheid erhalte. Allein, den Vorschlag Meinders, d'Espence nach Berlin zu entsenden, um den Kurfürsten von der Notwendigkeit der Annahme jener harten Bedingungen zu überzeugen, wies der König zurück, denn der Oberst sei sein Unterthan, und er wolle bei den Schweden nicht den Verdacht erwecken, als spiele Frankreich mit Brandenburg unter einer Decke.

Der König hatte dabei jede Verlängerung des Waffenstillstandes verweigert und den sofortigen Wiederbeginn der Feindseligkeiten angeordnet. Marschall Créqui zog an der Spitze von 30000 Mann brandschatzend und plündernd längst der Lippe nach der Grafschaft Mark. Nicht ohne Widerstand zu finden. Die wackern Bauern der Grafschaft führten einen grimmigen Krieg gegen die Welschen; Oberstleutnant Heyden vernichtete die französische Vorhut bei Brackwede. Aber die Übermacht war zu stark, General Spaen mufste sich vor ihr auf das rechte Weserufer bei Minden zurückziehen. Nach hartnäckigen Gefechten, in denen sich die 6000 Brandenburger trefflich hielten, erkämpften die Franzosen den Übergang über die Weser und schickten sich zur Belagerung Mindens an (3. Juli). Es sollte aber zu solcher nicht kommen.

Friedrich Wilhelm war zuerst fest entschlossen gewesen,

zum Schwerte zu greifen, um seines Staates Lebensinteressen zu schützen. „Wir seynd," schrieb er nochmals am 31. Mai / 10. Juni an Meinders, „gäntzlic hresolvieret, lieber alles abzuwarthen, was der höchste Gott Uns zuschicken will, alfs auf solche conditiones und insonderheit mit Wiedereinräumung der Stadt Stettin Frieden zu machen." Der Gesandte solle nur die Verhandlungen in die Länge ziehen, damit inzwischen die Truppen aus Preufsen herankämen. Aber als er aus Paris die niederschmetternde Nachricht erhielt, dafs er auf solche Frist nicht zu hoffen habe, als dann seine westfälischen Besitzungen, eine nach der andern, dem Feinde in die Hände fielen, — da schlug seine Stimmung um. Wir vermögen den Tag dieser Entscheidung noch wohl festzustellen. Am 10. Juni hatte er jene kriegerische Weisung an Meinders gesandt. Am 11. befahl er Schwerin, von Alt-Landsberg zu ihm nach Potsdam zu kommen. Am 12. haben die beiden beraten. Am 13. ging eine neue, friedliche Instruktion an Meinders ab[1]. Der Kurfürst mufste einsehen, dafs seine politischen Berechnungen abermals allzu optimistisch gewesen seien. Kein Helfer erstand ihm; im Gegenteil, auch von dem einzigen ihm noch gebliebenen Bundesgenossen, Dänemark, war baldiger Abfall zu fürchten. Der alte Johann Georg von Sachsen, der stete Neider und heimliche Gegner Brandenburgs, hatte bei diesem vergebens eine Friedensvermittelung versucht. Im Grunde war ihm solche Zurückweisung erwünscht, da die Hartnäckigkeit des Brandenburgers dessen gründliche Demütigung und Beraubung verhiefs, wie besonders Johann Georgs Bruder, der Administrator von Magdeburg, sie längst ersehnte. Wenn Brandenburg hilflos am Boden lag, konnte man ihm die Erbfolge im Herzogtum Magdeburg entziehen und auf die Söhne des Administrators übertragen. Der sächsische Kurfürst wandte sich also an Dänemark und vermittelte zwischen diesem und Schweden einen Friedenskongrefs zu Lund, zu dem Brandenburg nicht hinzugezogen wurde. So hoffte er diesem Staate den letzen Helfer zu rauben[2]. Noch mehr: er und der Administrator schickten einen Gesandten an die Lüneburger Herzoge, um mit diesen ein Angriffs- und Raubbündnis gegen Brandenburg abzuschliefsen[3]. Stellte doch Graf Rébenac, der

[1] Alles nach den Akten des Geh. Staatsarchivs in Berlin.

[2] Auerbach, 458 ff.

[3] Dep. Rébenacs, der diesen Gesandten selber gesprochen hat, vom 10. April 1679; Mem. de Feuquières, IV, 376. — Das Folgende ebendas. 375.

französische Gesandte bei den Welfen, den Nachbarn des Kurfürsten Friedrich Wilhelm geradezu eine Verbürgung der auf dessen Kosten zu machenden Eroberungen durch den Allerchristlichsten König in sichere Aussicht.

Diese Vorgänge müssen in Betracht gezogen werden, um die Lage Friedrich Wilhelms und seine endgültigen Beschlüsse richtig zu würdigen. Freilich, das Heer Créquis würde er wohl haben bestehen können, wenn erst seine Regimenter aus Preufsen, die sich im Anmarsche befanden, herangekommen waren; die brandenburgischen Truppen, wie die letzten Kriegsjahre sie herausgebildet, hatten sich in den bisherigen Kämpfen den Franzosen überlegen gezeigt. Aber was wäre mit einem Siege über Créqui gewonnen worden? Lediglich nichts, da die ungeheure Übermacht Frankreichs immer hingereicht hätte, Brandenburg zu erdrücken. Im Gegenteil, eine Fortdauer des Kampfes mufste geradezu das Dasein dieses Staates auf das ernstlichste gefährden, der selbst unter seinen Volks- und Glaubensgenossen damals nur Feinde und Gegner besafs. Hörte doch Meinders ferner von den einflufsreichen Bankiers Formont in Paris, die dort seit lange die finanziellen Agenten des Kurfürsten waren, dafs Ludwig XIV. grofse Summen an General Henrik Horn nach Livland schickte, um dessen Armee zu einem neuen Angriff auf Preufsen zu rüsten[1]. Die Beharrlichkeit, mit der Friedrich Wilhelm bisher die hohen Interessen seines Staates in der pommerschen Angelegenheit verfochten hatte, wäre zum Unsinn, zum Verbrechen geworden, hätte er sie noch länger bethätigt. Schwerin und andere seiner Räte drängten ihn zum Friedensschlusse, auch aus finanziellen Gründen, da ohne fremde Subsidien das Land nicht mehr in der Lage sei, die Kosten für das Heer auf Kriegsfufs aufzubringen. Er entschlofs sich also blutenden Herzens, auf die französischen Bedingungen einzugehen. Zwar machte er noch einen letzten verzweifelten Versuch, doch etwas aus dem grofsen Schiffbruche zu retten, indem er den Schweden vorschlug, er werde ihnen zur Besitznahme der längst von ihnen begehrten Reichsstadt Bremen behilflich sein, wenn sie ihm Stettin liefsen. Allein, dafs sie darauf eingehen würden, das Unsichere für das Sichere einzutauschen, war sehr unwahrscheinlich. Bescheidener, aber

[1] Pagès, Les frères Formont (Revue historique, Bd. 46 [1891]), S. 297).

aussichtsreicher war es, wenn er auf dem rechten Oderufer Damm und Gollnow, die durch den Westfälischen Frieden Schweden überlassen waren, ferner die Insel Wollin und endlich den Verzicht Schwedens auf die Hälfte der Seezölle in den hinterpommerschen Hafenstädten zu erlangen bestrebt war.

Meinders verzehrte sich inzwischen in Ungeduld[1]. Er mufste mit ansehen, wie die Schweden eifrigst daran arbeiteten, den Frieden zu hintertreiben, weil sie hofften, der Krieg mit französischer Hilfe werde ihnen nicht nur das Verlorene, sondern neue Eroberungen verschaffen. Sächsische und lüneburgische Abgesandte in Paris intriguierten untereinander und mit den Schweden; Kursachsen forderte Kleve und Magdeburg. Diejenigen Franzosen, die es mit Brandenburg gut meinten, waren einstimmig der Ansicht, dieses Land müsse vor allem einen Frieden, wie er auch beschaffen sei, mit Frankreich schliefsen, um zunächst dessen Monarchen von dem sinkenden Schweden zu lösen. Endlich, im letzten Augenblicke, am 24. Juni, kam das kurfürstliche Reskript vom 13. an, das den Abschlufs ermöglichte. Meinders benachrichtigte sofort Pomponne und eilte dann nach St. Germain, wo der König sich damals aufhielt.

Er bemühte sich vergebens, noch in zwölfter Stunde einige Milderungen der harten Bedingungen durchzusetzen. Pomponne traf wohl das Richtige, wenn er die Schuld an des Königs Unzugänglichkeit dem langen Zögern Brandenburgs und den dadurch ermöglichten Umtrieben der Schweden und der Norddeutschen zuschrieb. Nur die Freigabe der Seezölle erlangte Meinders, da der schwedische Anteil an ihnen nur 4—5000 Thaler jährlich betrug, die Beschränkung und Demütigung, die er dem Kurfürsten auferlegte, also in keinem Verhältnisse zu dessen Bedeutung für Schweden standen, und weil er nicht aus dem Westfälischen Friedenstraktate, sondern aus dem Stettiner Rezesse des Jahres 1653 erflofs. Gollnow sollte dem Brandenburger bleiben, bis Schweden das Städtchen mit 50000 Thalern einlöse. In betreff Damms war nichts zu erreichen, da es als Teil des Stettiner Festungsbezirks galt. Ebensowenig ging der König auf das Anerbieten eines Äquivalents für Stettin ein. Meinders brachte es mit Mühe dahin, dafs die Geltendmachung

[1] Das Folgende nach den Ms.-Depeschen Meinders' im Geh. Staatsarch. zu Berlin a. a. O.

der finanziellen Ansprüche Brandenburgs an Hamburg, Lübeck und Mecklenburg, wegen der Quartiergelder, nicht auf den Weg friedlichen Ausgleiches verwiesen wurde. Die sofortige Räumung des klevischen Landes wurde nicht erreicht, vielmehr nur verhütet, dafs nicht das ganze französische Armeecorps bis nach geschehener Räumung Vorpommerns in jenem Herzogtume verblieb. Von einem engern Bündnisse mit Brandenburg wollte der König zunächst noch nichts hören. Und doch hielt Meinders es für unbedingt geboten, trotz aller Enttäuschungen und Bitternisse, abzuschliefsen. „Man will," schrieb er am 28. Juni dem Kurfürsten, „hier Gewifsheit entweder des Krieges oder des Friedens haben. Ich bin indessen in der höchsten Perplexität der Welt, indem ich sehe, dafs das, was Ew. Churf. Durchl. verlangen, nicht zu erhalten ist, und wofern man auch die Sache weiter traiiniret und den Schlufs des Tractats weigert, so ist daraus nichts anderes als die höchste Verwirrung und die äufserste Gefahr für E. Ch. D. und Dero Estat zu besorgen." So unterzeichnete Meinders am 29. Juni 1679 den Vertrag in St. Germain-en-Laye.

Die Einzelbestimmungen machten diesen Traktat noch drückender, als schon die allgemeinen Bedingungen es gethan hatten. Der Unterlauf der Oder blieb den Schweden vorbehalten, so dafs am rechten Ufer dem Kurfürsten keinerlei Befestigung anzulegen gestattet wurde. Seine Hoffnung, dem heimischen Handel den Zugang zur See auf dem Strome zu eröffnen, wurde also mit so vielen andern Erwartungen getäuscht! Meinders mufste ferner zugestehen, dafs bis zur vollbrachten Einräumung Vorpommerns an Schweden die Franzosen tausend Reiter in den rheinischen Besitzungen des Kurfürsten belieisen, sowie die Festungen Wesel und Lippstadt besetzt hielten. Zum Danke für die geschehene Unterwerfung und als „Zeichen seiner Freundschaft" verhiefs der König, dem Kurfürsten 300 000 Thaler in acht vierteljährlichen Raten zu zahlen. D'Espence durfte nunmehr nach Berlin gehen, um Friedrich Wilhelm alle Einzelheiten der Verhandlungen zu schildern und dessen Zustimmung zu erlangen.

Der Brandenburger nahm mit tiefem Schmerze einen Vertrag auf, der allen seinen stolzen Hoffnungen so völlig ein Ende bereitete. Er hatte noch im letzten Augenblicke von der „Generosität" des Königs Zugeständnisse erwartet. Allein, er

durfte nicht daran denken, das Abkommen, wie schlimm es auch ausgefallen war, zu verwerfen. Meinders berichtete ihm unausgesetzt von den Umtrieben deutscher Fürsten in Paris, die darauf abzielten, Brandenburg seiner sämtlichen linkselbischen Besitzungen zu berauben. Von den Niederlanden war nicht einmal finanzielle Unterstützung zu erhoffen: als der Kurfürst, der seine bis auf die für ihn ungeheure Summe von 900000 Thalern[1] aufgelaufenen Kriegsschulden zu regulieren und sich überdies eine Summe bereitliegender Gelder zu sichern wünschte, sie um ein Darlehen von 1200000 Thalern anging, wollten sie solches nur unter der Bedingung gewähren, wenn ihnen dafür die Einkünfte des Herzogtums Kleve verpfändet würden. Eine neue Auflage der Hofyserschen Schuld und der Occupation klevischer Festungen durch staatische Garnisonen, — darauf konnte man selbstverständlich nicht eingehen[2]. Die Geheimräte, so sehr sie die kommerzielle und politische Bedeutung Stettins anerkannten, stellten doch vor, dafs Frankreich allzu stark, Brandenburg von allzu vielen Feinden umgeben, das Land auch allzu erschöpft sei, als dafs man an Fortsetzung des Krieges denken könne; um einer Stadt willen dürfe man nicht den ganzen Staat in Gefahr bringen. Friedrich Wilhelm war krank, mifsmutig, von dem bevorstehenden Verluste Stettins tief bewegt, allein er mufste die Richtigkeit der Gutachten seiner Räte anerkennen[3]. Ohne Zögern, um nur schnell seine Lande jenseits der Weser von den unliebsamen französischen Gästen zu befreien, ratifizierte er den Vertrag von St. Germain und erklärte seine Bereitwilligkeit zur Räumung Vorpommerns.

Der grofse, sieben Jahre dauernde Krieg war zu Ende. Mit kühnen Hoffnungen begonnen, hatte er Europa zu kläglichen Ergebnissen geführt. Das eine Frankreich hatte sich dem grofsen europäischen Bündnisse überlegen gezeigt. Anstatt für seine übermütige Angriffs- und Eroberungspolitik gezüchtigt zu

[1] Ms. Kurf. an Meinders, 24. Juni/4. Juli 1679; Berlin, Geh. Staatsarchiv, Frankr. Rep. XI, Konv. 18.

[2] Droysen, III, III 682.

[3] Ranke, Sämtl. W., XXV/XXVI, 332.

werden, war es mit neuem Gewinne und der stolzen Gewifsheit seiner Unbesiegbarkeit aus dem Kampfe hervorgegangen. „Die deutschen Fürsten werden keine Kriege mehr gegen mich führen," sagte Ludwig XIV. mit schneidendem Hohne der Herzogin Sophie von Hannover, die bald nach dem Friedensschlusse Versailles besuchte. Diesem Frankreich und seinem Könige schien nunmehr alles erlaubt. Wie später seinem wahren Nachfolger, Napoleon I., war Ludwig XIV. jeder Friedensvertrag nur ein Ausgangspunkt zu neuer Vergröfserung, zu abermaligen Gewaltthaten und Eroberungen. Was wollten neben ihm noch die anderen Grofsmächte besagen: das altersschwache, in moralisches und materielles Elend versunkene Spanien, der furchtsame Kaiser, mit den aufständischen Ungarn und der steten Türkengefahr zur Seite, die gedemütigten, besiegten und gespaltenen Niederlande, England unter dem verräterischen und käuflichen Stuart? Ein Wille nur galt noch in Europa — der des „Königs Sonne", dem die Gröfsen der Politik, des Krieges, der Verwaltung, der Litteratur, der Kunst, der Wissenschaft gleicherweise huldigten.

Und Brandenburg? Gewifs, sein Fürst und sein Heer hatten glänzenden, wohlverdienten Ruhm geerntet. Aber dafür waren fast alle seine Lande auf das schlimmste verheert; von Kleve bis Preufsen waren alle Anfänge neuer Blüte in Landbau, Gewerbe und Handel, der bescheidene Wohlstand, die Ansätze geistiger und geselliger Kulturentwickelung wiederum zerstört und erdrückt unter dem schweren Tritte der feindlichen Heeresmassen und durch die bis zum Unerträglichen gesteigerte Wucht der Kriegssteuern. Und was war an reellem Vorteil dafür gewonnen? Allerdings, einiges: das rechte Oderufer, die Befreiung der klevischen Festungen von der niederländischen Besetzung, das Verschwinden des drohenden Gespenstes der Hofyserschen Schuld mit ihren zwölf Millionen Gulden. Allein, das war unendlich wenig im Vergleich zu all der unsäglichen Mühe und Arbeit, zu den schweren Opfern an Gut und Blut, zu den hochfliegenden Plänen und Hoffnungen. Der Kurfürst mufste sich mit Ingrimm eingestehen, dafs seine ganze Politik des letzten Jahrzehnts gründlich verfehlt war.

Zorn und Enttäuschung machen ungerecht, und die herben Leiden, denen sein Körper unterworfen war, stimmten den alternden Herrn nicht milder. Er, den die Gicht immer wieder

für Wochen, ja für Monate aufs Lager warf, hatte sich so wenig geschont, dafs der fast Sechzigjährige alle Strapazen und Anstrengungen der Feldzüge mit seinen Soldaten geteilt hatte in den nassen Gräben während Stettins spätherbstlicher Belagerung ebensowohl wie bei der eiligen Fahrt über hundert Meilen Schnee und Meereseis. Und aller Früchte dieser unerhörten Mühen, die er und die Seinigen durchgekostet, aller Früchte einer weitausschauenden, listigen und zugleich kühnen Politik war er beraubt, alle Sorgen, Beschwerden, Opfer dieser sieben Kampfjahre waren vergeblich! Da fafste ihn ein heftiger Grimm gegen die Verbündeten, die ihn im Stiche gelassen, dem mächtigen Feinde geradezu überantwortet hatten. Es ist keineswegs sicher, dafs er nach der Unterzeichnung des Friedens den Vergil-Vers angeführt habe: Exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor, — sie finden sich vielmehr auf einer in jener Zeit geprägten Denkmünze. Aber das hat er wiederholt gesagt, dafs er nicht den offenen Gegner, den französischen König, sondern seine eifersüchtigen Alliierten für alles ihm zugefügte Leid verantwortlich mache; jedoch, die Zeit der Reue werde für sie kommen, wo ihre Verluste durch Frankreich ebensogrofs sein würden wie jetzt die seinen[1]. Freilich, er vergafs, dafs er genau ebenso gehandelt wie jene. Hatte er nicht im Frieden von Vossem die Niederländer, die Spanier und den Kaiser trotz bindender Allianzverträge ohne weiteres verlassen? Hatte er nicht noch jüngst seinen Frieden mit Frankreich geschlossen, ohne seinen einzigen treuen Bundesgenossen auch nur zu fragen, mit den Worten: möge es Dänemark lieb oder leid sein? Durfte er sich da über andere Staaten beschweren, die allerdings kaum moralischer gehandelt, aber doch den Buchstaben der Verträge beobachtet hatten, der ihm lediglich den Zustand vor dem Kriege, keineswegs Eroberungen verbürgte? Er hatte sich in jenen Fällen auf die Notwendigkeit berufen, die ihm keine anderen Entschlüsse gestatte. Aber diese selbe Notwendigkeit durften auch der Kaiser, Spanien und vor allem die Vereinigten Provinzen anführen, deren Geldmittel völlig erschöpft waren, während ihre Heere eine Niederlage nach der andern erlitten. Gewifs, sie verdankten ihre Rettung im Sommer 1672 vor allem dem hochherzigen Dazwischentreten des Kurfürsten, und zumal

[1] Tagebuch v. Buchs; Kessel, II, 179 f.

Oranien und Fagel haben ihm das nicht vergessen; es wäre schöner gewesen, wenn die Generalstaaten in Nymwegen auf einige eigene Vorteile verzichtet und dafür günstigere Bedingungen für Brandenburg ausgemacht hätten. Allein, man darf nicht vergessen, dafs Friedrich Wilhelm ihnen für die reichen Hilfsgelder kaum einen direkten Dienst geleistet hatte. Gegen ihren Willen war er 1672 und 1674 nicht an den Unter-, sondern an den fernen Oberrhein gezogen; und seitdem hatte er lediglich zu seinem eigenen Vorteile einen Eroberungskrieg in Pommern geführt, ohne jede Rücksicht auf die Wünsche und Bedürfnisse seiner Verbündeten. Vergebens hatten sie ihn immer und immer wieder mit Bitten und Drohungen zu bewegen gesucht, zunächst den Hauptfeind, Frankreich, unschädlich machen zu helfen; obwohl sie zum grofsen Teile sein Heer unterhielten, war er seinen Plänen in Pommern nachgegangen. Konnte er sich wirklich mit Recht darüber beschweren, dafs die Folgen so selbstischen und — wir müssen es sagen — so verkehrten Handelns sich schliefslich gegen ihn selbst wandten?

Der Grimm Friedrich Wilhelms galt auch weit weniger den Niederländern als dem Reiche und in erster Linie dem Kaiser. „Seitdem," sagt Leopolds I. zeitgenössischer Biograph Wagner, „beherrschte des Kurfürsten Geist eine unauslöschliche Abneigung gegen das erlauchte Erzhaus." [1] Und hier mit Recht. Ein tiefer Gegensatz in den Auffassungen und Zielen machte sich zwischen Wien und Berlin geltend. Hier bestrebte man sich vor allem, die Fremden vom Boden des Reichs zu vertreiben, — gewifs zunächst aus selbstischen Beweggründen, allein es ist nur um so bezeichnender, dafs solche mit den grofsen Interessen Deutschlands zusammenfielen. Dort wollte man, auf dem Zustande, wie die internationalen Verträge von 1648 ihn geschaffen hatten, fufsend und diese dem Buchstaben nach bewahrend, vor allem die kaiserliche Macht im Reiche wiederherstellen und stärken. Hatte doch der Kaiser mit offener Verletzung der Reichsverfassung sich herausgenommen, in Nymwegen ohne Mitwirkung des Reichstages für das Reich den Frieden zu vereinbaren. Von dem soeben angedeuteten Standpunkte ausgehend hatte Leopold nicht sowohl den Ausschlufs der Fremden wie die Niederhaltung der Reichsfürsten im Sinne; und wer

[1] Historia Leopoldi Magni, I, 488.

war ihm da gefährlicher als der mächtigste unter ihnen, der Kurfürst von Brandenburg, der zudem als souveräner Herzog in Preufsen eine bevorzugte Stellung einnahm? Im Gegenteil, es entsprach dem so verstandenen Interesse des Kaisers, dafs die Schweden in Pommern blieben und damit die Macht des Brandenburgers, sowie die Bewegungsfreiheit seiner Politik auf das wirksamste beeinträchtigten. Man lese nur in den Berichten der venezianischen Gesandten in Wien die bitteren Anklagen gegen die Untreue und „Thatenlosigkeit" Friedrich Wilhelms, in denen sich die Stimmung des kaiserlichen Hofes gegen diesen Fürsten so getreu widerspiegelt! Ascanio Giustiniani, der 1682 seinen Schlufsbericht erstattete, geht so weit, zu behaupten: der Kaiser habe den Frieden nur aus Besorgnis vor den geheimen Plänen des Brandenburgers geschlossen[1]. Aus diesen Sphären hat sich später sogar in die Kreise der brandenburgischen Diplomatie die gänzlich unbegründete Anschauung verpflanzt, der Kurfürst habe sich zum „Könige der Wenden" machen wollen, sei aber an der Ausführung dieses Planes durch die Friedensschlüsse von Nymwegen und St. Germain verhindert worden[2]. Die Sendung d'Espences nach Paris, im Mai 1678, hatte, nicht ganz mit Unrecht, das Mifstrauen des kaiserlichen Hofes verstärkt[3]; dürfen wir zweifeln, dafs, wenn sie Erfolg gehabt, Friedrich Wilhelm damals, wo der Abfall Hollands schon so gut wie feststand, ohne viel Bedenken den Kaiser und Dänemark verlassen und mit den Franzosen einen möglichst günstigen Frieden eingegangen sein würde? Immer und immer wieder bezeugt der niederländische Gesandte in Wien, Bruyningx, in den entscheidenden Wintermonaten von 1678 auf 1679, dafs die Eifersucht auf Brandenburg in Wien viel stärker sei als die Abneigung gegen Frankreich, und dafs man dort nichts dringender wünsche, als dafs Schweden auch fernerhin die brandenburgische Macht „einzäune"[4].

[1] Fiedler, Die Relationen der Botschafter Venedigs üb. Deutschl. u. Öster. im 17. Jahrh. (Wien 1867) II, 195 f. 227.

[2] Das behauptet z. B. der brandenb. Gesandte in Wien, Christian v. Bartholdi, am 26. Nov. 1699 — also nur elf Jahre nach Friedrich Wilhelms Tode — in einer an dessen eigenen Sohn gerichteten Denkschrift; A. Waddington, L'acquisition de la couronne royale de Prusse par les Hohenzollern (Paris 1888), S. 20 f.

[3] Temple, Mémoires, 404.

[4] U. u. A., III, 543 f.

Diese Gesinnungen waren Friedrich Wilhelm wohlbekannt. Der Eindruck, den sie auf ihn hervorbringen mufsten, wurde verstärkt durch ein greifbares Unrecht, das der Kaiserhof ihm soeben zugefügt hatte. Am 21. November 1675 war das Haus der Herzoge von Liegnitz und Brieg ausgestorben, mit dem Kurfürst Joachim II. von Brandenburg im Jahre 1537 eine Erbverbrüderung eingegangen war. Der Kaiser aber hatte die Lande sofort als erledigte böhmische Lehen zu eigenen Händen eingezogen. Während der Kriegsunruhen hatte Friedrich Wilhelm seine Ansprüche auf diese beiden schlesischen Herzogtümer nur unter der Hand geltend gemacht; jetzt aber war er entschlossen, solche öffentlich zu erheben[1].

Viele Jahre hindurch hatte Friedrich Wilhelm sich redlich bemüht, mit den Pflichten gegen den eigenen Staat die Ergebenheit gegen das Reichsoberhaupt zu verbinden. Während der vier Jahrzehnte, seitdem er Brandenburg regierte, hatte er immer wieder versucht, sich dem Kaiser anzuschliefsen und mit diesem in enger Verbindung vorzugehen. Es war ihm dafür übel gelohnt worden. Er mufste in dem Hause Österreich einen grundsätzlichen Widersacher nicht allein seiner Person, sondern auch seiner Dynastie und seines Staates erkennen. Der Gegensatz wider den Kaiser beherrscht seitdem seine Politik zum grofsen Teile.

Zum andern der Gegensatz wider Schweden. Es hiefse den Charakter dieses Fürsten völlig verkennen, wenn man annähme, er habe nach dem grofsen Fehlschlage des Jahres 1679 seine Pläne der Eroberung Vorpommerns aufgegeben. Der zähe Sinn, der ihn stets veranlafste, das einmal als erstrebenswert Erkannte immer von neuem in den Kreis seiner Entwürfe aufzunehmen, solchem, wenn es auf dem einen Wege nicht zu erlangen gewesen, auf einem andern nachzugehen, flöfste ihm nunmehr den Entwurf ein, die Vertreibung der Schweden aus Deutschland, die im Gegensatze zu Frankreich nicht gelungen war, künftighin mit dessen Beistand zu suchen. Schon im Juli 1679 sagte er dem Gesandten Dänemarks ganz offen: der Hauptgrund, weshalb er für den Augenblick den Frieden acceptiere,

[1] C. Grünhagen, Gesch. des ersten schles. Krieges, I (Gotha 1881), 130 f.

sei die Absicht, die enge Verbindung zwischen Frankreich und Schweden zu zerstören[1].

Um des Kaisers feindliche Absichten zu vereiteln, um zugleich Pommern doch noch den Schweden zu entreifsen, schlofs er sich eng dem bisher bekämpften Frankreich an. Nicht Laune, nicht Rachsucht — so oft er auch solche in seinem Zorne aussprach — haben ihn zu der gänzlichen Änderung seiner Politik veranlafst, sondern wohlerwogene Gründe und längst gehegte Pläne. Er hat nur, da die bisherigen Mittel versagten, sich zu seinen Zielen anderer Mittel zu bedienen gesucht. Für den Augenblick hat ihn oft aufwallende Erregung gemeistert, — in Wirklichkeit, in dauernder Weise blieb sie ohne Einflufs auf ihn, leitete ihn nur eine Leidenschaft: das Interesse seines Hauses und Staates.

[1] Pufendorf, XVII, 87.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Viertes Buch. Brandenburg als Verteidiger deutschen Wesens 1—220

Zwanzigstes Kapitel. Sicherung des Gewonnenen . . 3— 26

Spanische Erbschaft und polnische Frage, S. 3; Brandenburg und die Mächte, S. 4; die Nachfolge in Polen, S. 8; Kandidatur Friedrich Wilhelms, S. 12; Elbing und Draheim, S. 14; Bündnisse Brandenburgs mit den Mächten, S. 17; Eintritt in den Rheinischen Bund, S. 25.

Einundzwanzigstes Kapitel. Reichspolitik. . . . . 27— 43

Friedrich Wilhelm und das Reich, S. 27; der Türkenkrieg, S. 29; Brandenburgische Hilfe gegen die Türken, S. 33; der Streit um die Reichsfreiheit Erfurts, S. 39; Auflösung des Rheinischen Bundes, S. 43.

Zweiundzwanzigstes Kapitel. Brandenburg als Schützer von Deutschlands Westgrenze. . . . . 44— 74

Übergriffe der Fremden in Deutschland, S. 44; Münster und England gegen die Vereinigten Niederlande, S. 45; Dorstener Verträge, S. 50; Friedensbestrebungen Brandenburgs, S. 53; seine maßgebende Stellung, S. 63; Bündnis mit den Generalstaaten, S. 67; der Friede zu Kleve, S. 71; Erbvergleich mit Pfalz-Neuburg, S. 73; Gegensatz gegen Frankreich, S. 74.

Dreiundzwanzigstes Kapitel. Magdeburg und Bremen 75— 95

Reichsrechtliche Stellung Magdeburgs, S. 75; Friedrich Wilhelm nötigt die Stadt zur Huldigung und zur Aufnahme brandenburgischer Besatzung, S. 77; Schweden und die Reichsfreiheit Bremens, S. 82; Krieg der Schweden gegen Bremen, S. 88; Brandenburg zwingt die Schweden zum Nachgeben, S. 89; Sinken des schwedischen Ansehens, S. 93; Verdienste Friedrich Wilhelms um Deutschland, S. 94.

Vierundzwanzigstes Kapitel. Brandenburg und der Devolutionskrieg . . . . . 96—124

Bedrohliche Herrschsucht Frankreichs, S. 96; Teilnahme

Seite

Brandenburgs an der Quadrupelallianz, S. 98; sein Streben nach Einigung Deutschlands, S. 101; Einfall der Franzosen in die spanischen Niederlande, S. 105; Friedrich Wilhelm arbeitet gegen Frankreich, S. 106; seine Erfolge in Deutschland, S. 115; Verrat der kaiserlichen Regierung, S. 122; Mifstrauen Friedrich Wilhelms, S. 123.

Fünfundzwanzigstes Kapitel. Polnische Thronfolge und Tripelallianz . . . . . 125—144

Französische Umtriebe in Polen, S. 125; Friedrich Wilhelm für den Neuburger, S. 127; Berliner Vertrag zwischen Brandenburg und Frankreich, S. 136; die Tripelallianz, S. 138; Friede von Aachen, S. 141; Abdankung Johann Kasimirs von Polen, S. 142.

Sechsundzwanzigstes Kapitel. Die polnische Königswahl des Jahres 1669 . . . . . 145—159

Zustände Polens, S. 145; der Konvokationsreichstag, S. 150; Unaufrichtigkeit Frankreichs und des Kaisers gegen Brandenburg, S. 151; Wahl Michael Wisnowieckis, S. 156; Ergebnis für Brandenburg, S. 159.

Siebenundzwanzigstes Kapitel. Der Entscheidungskampf mit den preufsischen Ständen . . . . . 160—204

Friedrich Wilhelm und die Landstände, S. 160; die preufsischen Stände und die Libertät, S. 162; Einberufung des preufsischen Landtags, S. 165; die Familie Kalckstein, S. 166; Schöffenmeister Roth, S. 168; Anerkennung der Souveränität, S. 171; erneuter Widerstand aller Stände, S. 171; die Stände und Polen, S. 175; der Kurfürst in Königsberg, Verhaftung und Prozefs Roths, S. 178; Landtagsabschied von 1663, S. 183; Erbhuldigung, S. 183; erster Prozefs gegen Oberst Kalckstein, S. 187; Gefangennahme und Hinrichtung Kalcksteins, S. 191; Vernichtung der ständischen Macht in Preufsen, S. 202.

Achtundzwanzigstes Kapitel. Die brandenburgischen Stände; finanzielle Neuschöpfungen . . . . . 205—220

Politisch-ökonomische Anschauungen Friedrich Wilhelms, S. 205; das kurmärkische Kreditwerk und die landesfürstliche Autorität, S. 206; Landmacht und Seemacht, S. 208; der Kampf um die Accise, S. 210; Sieg des Kurfürsten über die kurmärkischen Stände, S. 217; der Absolutismus in Brandenburg-Preufsen, S. 219.

Fünftes Buch. Die Heldenzeit. . . . . . 221—438

Neunundzwanzigstes Kapitel. Der Bruch mit Frankreich . . . . . 223—262

Ludwigs XIV. Rachepläne gegen Holland, S. 223; Verblendung der Niederländer, ihre Abneigung gegen Brandenburg, S. 226; französische Werbungen um Brandenburg, S. 228;

Seite

französisch-brandenburgisches Verteidigungsbündnis, S. 230; Brandenburgs Friedensbestrebungen, S. 232; Ludwigs XIV. Angriffsbündnisse mit deutschen Fürsten, S. 237; Österreichs Bündnis mit Frankreich, S. 242; der Kölner Streit, S. 246; Bemühungen Frankreichs und Hollands um Brandenburg, S. 248; Friedrich Wilhelm schliefst sich Holland an, S. 261.

Dreifsigstes Kapitel. Niederlage und Demütigung . . 263—297

Brandenburgs vergebliche Bemühungen um eine Koalition gegen Frankreich, S. 263; die Franzosen in den Niederlanden, S. 266; der Kaiser anscheinend Verbündeter Brandenburgs, S. 267; abermaliger Verrat des Kaisers, S. 274; Vormarsch an den Oberrhein, S. 277; die Kaiserlichen verhindern jede Aktion, S. 279; verlustreicher Rückzug der brandenburgisch-kaiserlichen Armee, S. 285; Verhandlungen mit Frankreich, S. 287; Friedensverträge von St. Germain und Vossem, S. 293; eigentliche Absichten Friedrich Wilhelms, S. 296.

Einunddreifsigstes Kapitel. Von neuem gegen Frankreich . . . . . 298—331

Vergebliche Friedenshoffnungen des Kurfürsten, S. 298; Ludwigs XIV. Gewaltthaten in Deutschland, S. 301; erste Koalition gegen Frankreich, S. 302; Brandenburg und Schweden, S. 305; Werbungen der Verbündeten um Brandenburg, S. 308; Sobieski, König in Polen, S. 317; Eintritt Brandenburgs in die Koalition, S. 317; Rüstungen, S. 319; Kriegserklärung an Frankreich, S. 321; Feldzug im Elsafs, S. 322; Schlacht bei Türkheim, S. 328; Rückzug über den Rhein, S. 330.

Zweiunddreifsigstes Kapitel. Fehrbellin . . . . . 332—361

Aufstände in Ungarn und Sicilien, S. 332; Schweden bedroht Brandenburg, S. 333; dessen Verbündete unthätig, 336; militärische Lage der Kurmark, S. 337; die Schweden in der Kurmark, S. 339; Friedrich Wilhelm bleibt einstweilen am Rhein, S. 341; Übergriffe der Schweden, S. 346; Entschlossenheit des Kurfürsten, S. 347; Haager Bündnis, S. 350; drohende Lage für Brandenburg, S. 351; Eilmarsch des brandenburgischen Heeres von Franken in die Kurmark, S. 354; Überfall von Rathenow, S. 355; Schlacht bei Fehrbellin, S. 357; Befreiung der Kurmark, S. 360.

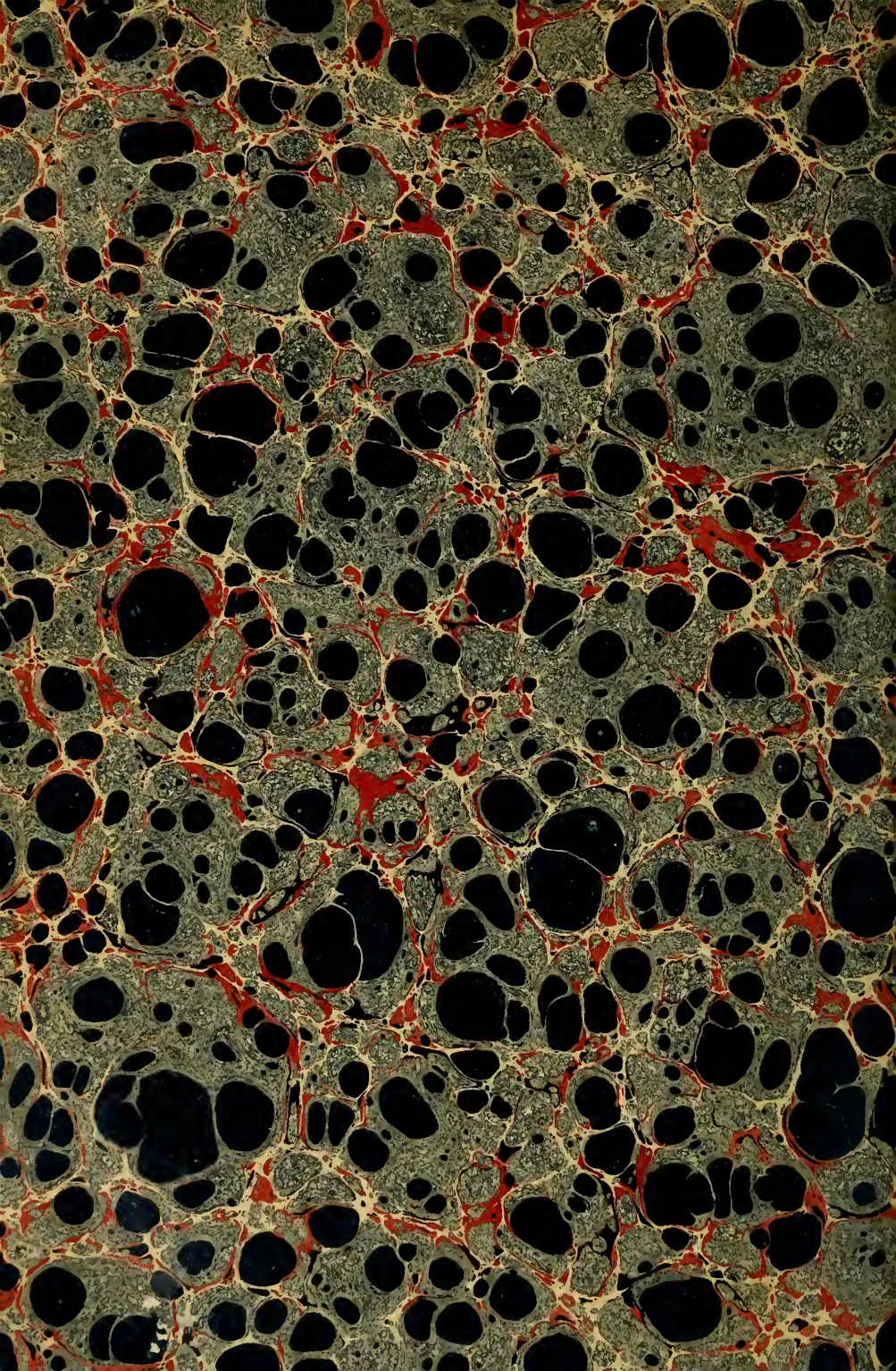
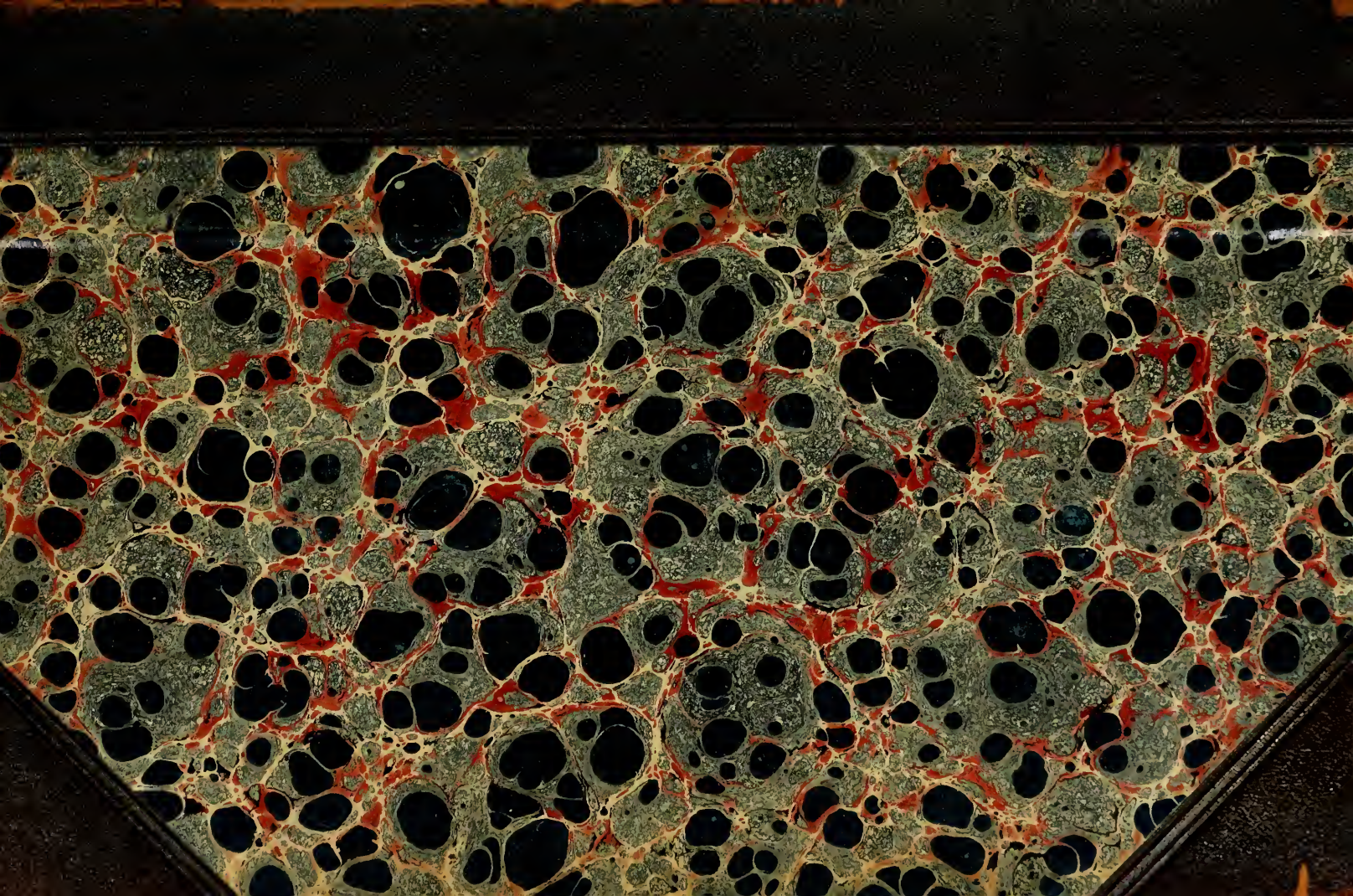
Dreiunddreifsigstes Kapitel. Die Eroberung Pommerns 362—398

Verzögernde Momente, S. 363; Bündnis zu Doberan, S. 364; Einnahme von Wolgast, S. 366; ungünstige diplomatische und militärische Lage der Verbündeten, S. 367; Zorn des Kurfürsten, S. 370; Haager Vertrag, S. 372; zweiter pommerscher Feldzug: Eroberung Anklams und Demmins, S. 375; Friedensverhandlungen in Nymwegen, S. 378; dänisch-brandenburgisches Sonderbündnis, S. 380; Bündnis mit Münster, S. 383; dritter pommerscher Feldzug: Eroberung Stettins, S. 384; der Kurfürst

Seite

verweigert den Generalstaaten direkte Hilfe, S. 389; diese nähern sich Frankreich, S. 391; vierter pommerscher Feldzug: Eroberung Rügens und Vorpommerns, S. 395; neue Schwierigkeiten, S. 398.

Vierunddreifsigstes Kapitel. Neuer Ruhm im preufsischen Feldzuge und trauriger Friede . . . . . 399—438

Abfall der Generalstaaten und Spaniens, S. 399; drohender Abfall des Kaisers, S. 401; geheime Verhandlungen zwischen Brandenburg und Frankreich, S. 403; Einfall der Schweden in Preufsen, S. 408; Friedrich Wilhelm eilt nach Preufsen, S. 410; Vernichtung des schwedischen Heeres, S. 413; vergebliche Versuche des Kurfürsten, Frankreich von Schweden zu trennen, S. 415; Friede zwischen dem Kaiser, dem Reiche und Ludwig XIV., S. 417; hartnäckige Bemühungen Brandenburgs in Paris um einen Teil Schwedisch-Pommerns, S. 420; die Franzosen dringen bis an die Weser vor, S. 422; Friede zu St. Germain-en-Laye, S. 430; Ergebnisse und Ausblick, S. 432.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.